

Barry McLoughlin
Hans Schafranek
Walter Szevera

AUFBRUCH
HOFFNUNG
ENDSTATION

Österreicherinnen und Österreicher
in der Sowjetunion
1925 – 1945



VERLAG FÜR GESELLSCHAFTSKRITIK

Druck gefördert durch den Fonds zur Förderung der
wissenschaftlichen Forschung in Österreich

CIP-Einheitsaufnahme der Deutschen Bibliothek

Aufbruch – Hoffnung – Endstation :

Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion, 1925 – 1945 /

Barry McLoughlin / Hans Schafranek / Walter Szevera. -

Wien : Verl. für Gesellschaftskritik, 1996

(Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik ; Bd. 64)

ISBN 3-85115-236-0

NE: MacLoughlin, Barry; Schafranek, Hans; Szevera, Walter; GT

ISBN 3-85115-236-0

© 1997 Verlag für Gesellschaftskritik Ges.m.b.H. & Co.KG

A-1030 Wien, Hintzerstraße 11/3

Alle Rechte vorbehalten

Druck: MANZ, Wien

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	9
 <i>Hans Schafranek</i>	
Die Avantgarde der Einäugigen – Österreichische Arbeiterdelegationen in der UdSSR	13
Rahmenbedingungen	13
Die erste Welle (1925–1927)	17
Die sozialdemokratische Parteiführung und die Arbeiterdelegationen	31
Die Arbeiterdelegationen und Trotzki	37
Österreichische Arbeiterdelegationen während des Ersten Fünfjahresplans	39
 Ein gescheitertes Projekt: Die »Uhlfeld«-Kolonie	49
Finanzierung und organisatorische Vorbereitung	49
Österreichische Kolonisten in Ksyl-Orda	53
Das bittere Ende	62
 <i>Walter Szevera</i>	
Österreichische Facharbeiteremigration in den 30er Jahren in die Sowjetunion	71
Österreichische Wirtschaftsemigranten in der Sowjetunion während des Ersten und Zweiten Fünfjahresplans	71
Vorbedingungen für Arbeitsemigration: Die ökonomische Situation in Österreich	71
Weitere Voraussetzungen: Die sowjetisch-österreichischen Handelsgesellschaften	76
Ab- und Anreise in die Sowjetunion	78
Motivation	78
Anreisemöglichkeiten	80
Politische Polemik um die Arbeitsemigranten	85
Aufenthalt und Soziales	89
Unterbringung und Wohnen	89

Löhne und Arbeitsverträge	93
Steuern und Abgaben	101
Sozial- und Krankenversicherungen	102
Preisentwicklungen und Warenangebot	103
Soziales und politisches Leben in der Sowjetunion	108
Politische Propaganda und Facharbeiter	108
Kulturarbeit und kulturelle Einrichtungen	114
Beziehungen zwischen Ausländern und einheimischer Bevölkerung	116
Arbeitsplatz und Produktion	118
Die Verhältnisse in den sowjetischen Betrieben	119
Organisierung der Arbeit	127
Die Rückkehr nach Österreich	129
Die Rückreisewelle 1933/34	130
Die Heimkehrwelle 1935	131
Heimkehr 1936–1938	134
Terror und Repression gegen österreichische Facharbeiter	137
Exkurs: Die sozial-politischen Bedingungen in der Sowjetunion zwischen 1928 und 1934 – Die Diskussion um den Plan und die Ausschaltung der ökonomischen Rationalität	137
Der Verlauf der Verfolgungen 1932–1938	143
Friedrich Aust	151
Eduard Keipert	155
 <i>Barry McLoughlin</i>	
Die Schutzbund-Emigration	159
Aufnahme	159
Zwischenstation Tschechoslowakei	159
Ankunft	173
Im eigenen Auftrag: Richard Bernaschek in der Sowjetunion	185
Betriebsleben	190
Einleitung: Die sowjetische Wirtschaft 1934–1935	190
»Garantielohn« 1934–1936	193
»Sozialistische Wettbewerbe«: Leistung und Benotung	209
Stachanow-Bewegung	215
Die letzten »Wettbewerbe«	228

Das Leben im Kollektiv	232
Akklimatisierung 1934–1936	232
Gleichsetzung mit sowjetischen Werktätigen 1937–1941	255
Schutzbund-Frauen	268
Auseinandersetzungen	278
Kaderpolitik: Hierarchien und Überprüfungspraktiken in der Moskauer Auslandsleitung der KPÖ	278
»Konsulatsheimkehrer« und andere »schlechte Elemente«	286
Abrechnungen in den Kollektiven:	301
Moskau	301
Leningrad	319
Rostow	325
Gorki	327
Charkow	334
Terror	344
Opferzahlen und Erklärungsmodelle	344
Verhaftungen in Gorki	352
Verhaftungen in Rostow	353
Verhaftungen in Charkow	354
Verhaftungen in der weiten »Provinz«	363
Verhaftungen in Leningrad	367
Verhaftungen in Moskau 1935–1937	371
Moskau 1938: Repressionen auf Hochtouren	380
Verhaftungen in der Kriegszeit 1941–1945	391
Opferschicksale	400
Alexander Lange	400
Franz Pillich	401
Heinz Roscher	405
Josef Brüll	409
Eduard Lange	413
Agnes und Gustav Deutsch	421
Interventionen zugunsten der Verhafteten: die Rolle der KPÖ-Leitung in Moskau	426
Franz Quittner	429
Franz Falk	431
Hans Jellinek	431

Hans Schafranek

Österreichische Kommunisten an der »Internationalen Lenin-Schule« 1926–1938	435
1926–1934	435
Der »österreichische Sektor« an der Internationalen Lenin-Schule (ILS)	446
Kontrolle, Disziplinierung, Terror	455
Österreichische »Altkommunisten« als Opfer des stalinistischen Terrors	467
Vorbemerkung	467
Fallbeispiele	
Franz Koritschoner	471
Hans Jellinek	491
Anna Maché	498
Österreicher im GULag	505
Fallbeispiel 1: Julius Puschek	508
Fallbeispiel 2: Franz Jurica	519
Opfer der Sippenhaftung: Exemplarische Schicksale von Familienangehörigen verhafteter Österreicher in der UdSSR . .	545
Die Kriegsjahre 1941–1945	561
Die Evakuierung österreichischer Politemigranten	561
Die Stiefkinder der Roten Armee: Österreicher in der »Trud Armija«	578
Die Komintern-Schule in Kuschnarenkowo (1942–1943)	585
Propagandistische Tätigkeit unter den Kriegsgefangenen	590
Österreichische Polit-Instruktoren in Gefangenlagern	590
Die »ANTIFA-Schulen«	596
ANHANG	
Anmerkungen	605
Abkürzungsverzeichnis	692
Quellen- und Literaturverzeichnis	695
Personenregister	707

Barry McLoughlin Die Schutzbund-Emigration

Aufnahme

Zwischenstation Tschechoslowakei

Unter den etwa 750 Schutzbund-Emigranten¹ in der UdSSR ist die Zahl jener, die nicht über die Tschechoslowakei fuhren, an einer Hand abzuzählen. Auch die zumeist steirischen Schutzbündler, die vorläufig in Jugoslawien Aufnahme fanden und zwischen 1934 und 1936 in die Sowjetunion einreisen durften, hatten wegen Visaformalitäten einen kurzen Aufenthalt in der tschechoslowakischen Republik. Lediglich einzelne, in der Schweiz von der dortigen Sozialdemokratischen Partei bzw. der kommunistischen Roten Hilfe betreute Schutzbundflüchtlinge, konnten die mitteleuropäische Reiseroute meiden und gelangten mit dem Schiff über Frankreich oder Belgien in die UdSSR.² In der Zeit unmittelbar nach der Februarniederlage dürfte die Flucht der Schutzbündler aus der Provinz ohne Inanspruchnahme eines eingespielten Apparats erfolgt sein, etwa in Oberösterreich, wo Einzelpersonen und Kleinstgruppen die Grenze im Mühlviertel überquerten. Bei den Wienern kann man zwei größere Gruppen ausmachen: Erstens die berühmte »Gruppe der 47«. Von Floridsdorf in der Stärke von 60 Mann aufbrechend, legte sie den Weg bis zum Grenzfluß March, den sie in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar überquerte, zu Fuß und mit der Waffe in der Hand zurück.³ Zweitens eine große Zahl Gefährdeter, die einige Tage bei Anlaufadressen in der Bundeshauptstadt ausharrten, bis sie von Gewährsmännern der KPÖ oder der österreichischen Roten Hilfe in die Nähe der Grenze gebracht und dort, im Nordosten Österreichs, an Berufsschmuggler weitergeleitet wurden.⁴

Trotz Solidarität der tschechischen Arbeiter (Spenden, Patronate über einzelne Schutzbündler) und der erheblichen finanziellen Opfer, die die tschechische sozialdemokratische Partei (SPTsch) sowie die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) für die österreichischen Emigranten erbrachten, übertönten Kontroversen, politischer Hickhack und Schuldzuweisungen diese positive Leistung »internationalistischer« Hilfe. Die vor der Polizei geflohenen Februarkämpfer betraten ein Land, das von Massenarbeitslosigkeit heimgesucht war. Daher erhielten die Schutzbündler keine Ar-

beitserlaubnis und mußten ohne Beschäftigung in den Emigrantenlagern die Zeit absitzen, bis sie das Einreisevisum für die UdSSR erhielten oder von sich aus die Entscheidung trafen, nach Österreich zurückzukehren. Nur ein Bruchteil der ca. 1.200 Mann zählenden Schutzbundemigranten konnte oder wollte sich auf einen längeren Aufenthalt in der ČSR einrichten. Die Februaremigranten wurden zudem Gegenstand innerösterreichischer politischer Auseinandersetzungen. Die Anwesenheit der Österreicher wurde von den bürgerlichen und Rechtsparteien besonders zu Wahlzeiten aufgegriffen, um beide im Land tätigen sozialistischen Parteien als »kommunistenfreundlich« abzustempeln. Letzteres entsprach keinesfalls der Realität, vielmehr verschlechterten sich die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Tschechoslowakischen Republik gerade wegen der Emigrantenfürsorge. Die Auseinandersetzungen, die innerhalb der Schutzbündlerenklaven ausbrachen, hatten in erster Linie österreichische Wurzeln. Mitglieder des Schutzbundes gerieten in den letzten Jahren der Ersten Republik immer wieder in Widerspruch zur Beschwichtigungspolitik der Parteiführung. Nach dem Februar 1934 wuchs die Vermutung, daß Parteivorstand und Schutzbundführung die Kämpfenden im Stich gelassen und sich um jeden Preis mit der Dollfuß-Regierung arrangiert hatten. Außerdem schmerzte manche Erfahrung aus den Kampfperioden, etwa der Umstand, daß Partei- und Schutzbündler nicht selten vor oder während der Kämpfe sich freiwillig der Exekutive stellten oder mancherorts direkten Verrat verübten. Dieses politische Psychogramm der Mehrheit unter den emigrierten Schutzbündlern verhärtete sich, nachdem man die Haltung der geflüchteten SDAPÖ-Führer im Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten in Brünn (ALÖS) hinsichtlich der Niederlage selbst erfahren hatte. Im Zusammenhang mit der Februarkatastrophe ließ die ALÖS-Leitung keine Fehlerdiskussion zu. Das war nicht verwunderlich, repräsentierten die führenden Männer im ALÖS, mit Ausnahme von Otto Bauer, doch die beamtete Schutzbundführung, die von der KPÖ 1931 als »Offiziersclique« und »Kamarilla, die sich in der Rechten Wienzeile 95 breitmacht«, titulierte wurde.⁵

Aus dem alten Apparat um den Schutzbundobmann Julius Deutsch waren in Brünn, Prag und an den verschiedenen Grenzstellen führend tätig: Karl Heinz, Sekretär des Schutzbundes seit der Gründung; Gronemann, der Adjutant von Deutsch; Freytag, früherer Nachrichtenchef des Wehrverbandes, und der Schutzbundkassier Philipp.⁶ Unter den anderen einstigen Angestellten bzw. Amtsträgern der SDAPÖ befand sich Hans Schabes, der im Bundesrat und zugleich Hauptvertrauensmann der sozialdemokratischen Wachleute in Wien gewesen war. Als Leiter der An-

laufstelle in Prag geriet Schabes öfters in Konflikt mit einigen, um Aufnahme suchenden Schutzbündlern.⁷ Er wurde auch ALÖS-intern, insbesondere von den tschechischen Sozialisten, wegen seiner überheblichen Manieren gegenüber den mittellosen Emigranten scharf kritisiert.⁸

Aus der legalen Periode beibehalten wurde außerdem eine finanzielle Unterstützung des SDAP-Apparats, die in krassem Gegensatz zur Lage des Parteivolktes stand: Gewährte man den einzelnen Schutzbundemigranten eine Tagesunterstützung von zehn, später sieben Kronen, so erhielt Heinz 300 Kronen wöchentlich, während andere Büromitglieder mit 140 bis 210 Kronen in der Woche auskommen mußten.⁹

Von größerer Brisanz in diesen Februartagen war jedoch die in den Schutzbündlerunterkünften heftig diskutierte Rolle der Schutzbundführung. Angeblich rechtfertigte Karl Heinz seine vor Ausbruch der Kämpfe unternommene Flucht in die ČSR damit, »daß er das Archiv wegschaffen mußte«.¹⁰ Julius Deutsch wiederum verstrickte sich derart in Widersprüche, daß er viel Ansehen verlor: Er hatte verschiedenen Wiener Bezirksgruppen der Schutzbündler im Brünnner Lager unterschiedliche Versionen über seine Tätigkeit nach der Auflösung der sogenannten Kampfleitung geschildert.¹¹ Dazu kam die ärgerliche Geschichte von seinem verbundenen Auge. Während seines tschechischen Aufenthaltes und auch später behauptete Deutsch hartnäckig, daß er während der Kämpfe verwundet worden sei.¹² In Wirklichkeit war Deutsch bis zu seiner Flucht aus Wien, die er der Tapferkeit seiner Frau Maria und Pflgetochter Hedwig sowie der Menschlichkeit des tschechischen Botschafters in Wien, Fierlinger, zu verdanken hatte, unverletzt geblieben. Seiner Frau zufolge bestand die Möglichkeit, daß ihm ein Zweig im Wald ins Auge geschlagen haben könnte, und überdies habe er »immer an Blutaustritten gelitten«.¹³ Eine Schußwunde schloß Maria Deutsch aber dezidiert aus.

Nicht nur aus politischen Motiven, sondern auch aus finanzieller Notwendigkeit schien es dem ALÖS und den beiden Schwesterparteien in der ČSR erforderlich, die größtenteils stark radikalisierten Schutzbundflüchtlinge so schnell wie möglich außer Landes zu bringen. Da jedoch außer Norwegen¹⁴ kein anderes Land als die UdSSR letztendlich bereit war, den Februarkämpfern Asyl zu gewähren und Arbeit zu ermöglichen, boten sich die sogenannten »Rußlandtransporte« als einziger Ausweg an.

Bevor die Organisation größerer Schutzbundtransporte konkrete Konturen anzunehmen begann, hatten einzelne Schutzbündler Einreiseanträge an den sowjetischen Konsul in Prag gerichtet.¹⁵

Über die tschechische Rote Hilfe erging zudem eine offizielle Einladung an die Schutzbündler im Lager Zbraslav, eine Delegation nach

Moskau zu entsenden. Dafür wurden Delegationsleiter gewählt, die die Sache aber nicht weiter verfolgten, da der Floridsdorfer Schutzbundkommandant Heinz Roscher sie überredete, mit dem ersten großen Transport mitzufahren.¹⁶ Die grundsätzliche Entscheidung über die Einladung nach Rußland wurde naturgemäß in den höchsten Gremien in Moskau gefällt – im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI). Mit der Durchführung der Transporte beauftragte man die Internationale Rote Hilfe (MOPR) sowie den Allunionsrat der sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS). Die MOPR hatte Gewährleute in der tschechischen KP und in der Roten Hilfe in Prag. Letztere Organisation verwaltete den »Ing. Weissel-Fonds«, der vorwiegend aus Spendengeldern aus der UdSSR gespeist wurde und der finanziellen Unterstützung von Februarkämpfern und deren Familienangehörigen gewidmet war. Ende Februar 1934 beschloß das Politische Sekretariat des EKKI, die Möglichkeit zu sondieren, in Moskau ein Kinderheim für die Kinder der Februargefallenen einzurichten. MOPR-Vorsitzende Stassowa sowie WZSPS-Sekretär Abolin erhielten den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den Kominternfunktionären Knorin und Großmann (KPÖ), »konkrete Maßnahmen« bezüglich der Einreise jener österreichischen Arbeiter, »die in die Sowjetunion zur Arbeit kommen wollen«, zu formulieren.¹⁷ Das Politische Sekretariat befürwortete außerdem einen Antrag des WZSPS, hundert Schutzbündler zu einem Kuraufenthalt in der Sowjetunion einzuladen.¹⁸

Allgemein bekannt wurde das sowjetische Angebot durch eine Rede Stalins im Radio.¹⁹ Der wichtigste Verhandlungspartner für die Sowjets war Ing. Josef Brüll. 1910 der SDAP beigetreten, war Brüll 1920–1921 KPÖ-Mitglied und Ende der 20er Jahre wieder eingeschriebener Sozialdemokrat. Als Angestellter des österreichisch-sowjetischen Handelskonsortiums RATAO reiste er mehrmals in die russische Metropole.²⁰ 1933 führte Brüll im Namen der SDAP-Linksopposition Verhandlungen mit der Komintern. Die Führer der »Weltrevolution« wollten allerdings von seinem Vorschlag, die SDAP-Linke als »autonome Gruppe« aufzunehmen, nichts wissen.²¹ Während der Februarkämpfe hatte Brüll versucht, obzwar kein Schutzbundmitglied, in die Kampfgeschehnisse in Favoriten organisatorisch einzugreifen.²²

Für die Auswanderung in die UdSSR verlangte das sowjetische Konsulat, daß drei Fragebogen pro Mann auszufüllen und mit Lichtbildern zu versehen seien.²³ Außerdem mußten ausreisewillige Emigranten in den Lagern (Zbraslav, Znaim, Chocerady, Sternberg und Brünn) aufgesucht und für sie auch polnische Durchreisevisa beantragt werden. Laut ALÖS drängten die sowjetischen Stellen auf Eile, da sie die Schutzbünd-

ler anlässlich des 1. Mai »drüben haben« wollten.²⁴ Angeblich machten die sowjetischen Konsulatsbeamten zur absoluten Bedingung, »daß sie nur Leute nehmen, die mit der Waffe in der Hand gekämpft haben«.²⁵ Sie nahmen zu diesem Zweck »Stichproben«²⁶ bzw. Kurzinterviews in den Lagern selbst vor, um »von den Angemeldeten Ausscheidungen durchzuführen«.²⁷ Allzu intensiv dürfte dieser Durchsiebungsprozeß kaum gewesen sein: Dafür war die Zeit einfach zu kurz und weder die sowjetischen Diplomaten noch das ALÖS waren imstande, die Angaben eines jeden Februarkämpfers auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, denn die einschlägigen Unterlagen lagen in Österreich – bei diversen Staatsanwaltschaften. Man war also auf mündliche Zusicherungen angewiesen, wobei anzunehmen ist, daß mancher für seinen Freund bürgte, damit sie gemeinsam in die UdSSR fahren und vielleicht nach Jahren der Erwerbslosigkeit den erlernten Beruf wieder ausüben oder gar einen neuen ergreifen konnten. Die bürokratischen Einwände der sowjetischen Vertretung in Prag verlangsamten den Abschluß der Formalitäten, und der Sekretär der SPTsch, Berger, drohte in die Öffentlichkeit zu gehen, »wenn die Russen weiter die nötige (sic!) Vorbereitungen sabotieren« sollten.²⁸

Für das ALÖS war Brüll auch aufgrund seiner Mitarbeit im »Internationalen Komitee der Angestellten« innerhalb der Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern)²⁹ der Mann, der »bei der beschleunigten Behandlung der Rußlandfragen behilflich« sein könnte.³⁰ Er dachte aber nicht daran, die Entscheidungen über die Fahrt dem ALÖS oder den tschechischen Sozialdemokraten zu überlassen. In einer Brünner Schutzbündlerversammlung (Mitte März 1934) zum Thema »Klassenbewußtsein nach der Niederlage« erntete Brüll Beifall, als er konstatierte, ein Umbau oder Aufbau der alten SDAPÖ »sei nicht zielführend«, der einzige Ausweg sei die Komintern.³¹ Später bestand er darauf, daß ein gewählter Vertrauensleuteapparat in den verschiedenen Lagern die Vorbereitungen für den Transport übernahm, was ihm den Vorwurf von Julius Deutsch eintrug, »daß hier die Kommunisten wieder ihr Süppchen kochen wollten«.³² Brüll halfen einige Wiener Kommunisten, darunter das ZK-Mitglied Franz Fuchs und Josef Meisel, der an den Kämpfen um den Goethe-Hof in Wien-Kaisermühlen aktiv teilgenommen hatte. Die Gruppe traf mehrmals mit hohen Funktionären der KPÖ zusammen, u.a. mit dem langjährigen Reichssekretär und späteren Vorsitzenden Johann Kopenig, der zur Feinfühligkeit bei der Anwerbung von Schutzbündlern riet.³³ Ärgerlich für die sozialdemokratischen Funktionäre war auch der Umstand, daß die sowjetische Vertretung Brüll als ersten über die prinzipielle Zusage der sowjetischen Regierung informierte.³⁴ Einige Tage

später wurde ihm das Betreten des Lagers in Brünn verwehrt, was einen geharnischten Protest der Vertrauensleute auslöste.³⁵

All diese Aktivitäten und der Umstand, daß Vertrauensleute die Formulare für die Rußlandfahrt austeilten und später einsammelten, erzeugten die tschechische Sozialdemokratie, daß hier ein kommunistisches Unterfangen im Gang sei, das die KPTsch weidlich auszunützen wußte. Der Ärger der stramm antikommunistischen SPTsch-Führung war umso mehr verständlich, als sie für die Unterbringung der österreichischen Emigranten aufkam und sich zudem bereit erklärt hatte, die Fahrtkosten für den ersten Transport bis zur russischen Grenze zu bezahlen.

Unmittelbar vor der Abfahrt des ersten Schutzbundkontingents (23. April 1934) spitzten sich die Gegensätze noch weiter zu. Am Vorabend konnten die Vertrauensleute der Abfahrenden durchsetzen, daß Julius Deutsch beim Abschiedessen nicht das Wort ergriff.³⁶ Die Atmosphäre wurde auch dadurch vergiftet, daß einige Schutzbündler, die sich mittlerweile im Fahrwasser der Kommunisten bewegten, ihre Gastgeber nun verschmähten. Einige der kurz vorher von der Sozialdemokratie zum Kommunismus Übergetretene übertrafen langjährige KPÖ-Mitglieder in ihrer Polemik gegen die »verräterische« 2. Internationale. Die Presse der KPTsch lieferte einen zusätzlichen Beitrag, indem sie die kommunistischen Sympathien innerhalb der Schutzbundgruppen durch unwahre Berichte entstellt wiedergab, und so den Argwohn der SPTsch und DSAP nur vergrößerte.³⁷ Bei der Abfahrt selbst und bei Aufhalten in Prag und Mährisch-Ostrau kam es zu Polizeiaktionen gegen kommunistische Demonstranten, die sich von den Schutzbündlern verabschieden wollten.³⁸ Ludwig Carhoun, ein Schutzbündler aus Wien-Döbling, beschrieb die Abfahrt wie folgt:

»Unsere Abfahrt aus der ČSR (Brünn) glich einem Gefangenentransport, großes Polizeiaufgebot, Absperrung des Bahnhofes usw. Auf sämtlichen Stationen, in welchen wir hielten, Gendarmerie und Polizei!«³⁹

Für weitere politische Gehässigkeiten sorgten die nach der Abfahrt verteilten Stellungnahmen der Abgereisten. Die wohl bekannteste davon, das sogenannte »Manifest der 305«, legte zwar Zeugnis vom Radikalisierungsprozeß innerhalb des Schutzbundes ab (Kampf gegen »demokratische Illusionen« und »das kapitalistische System«), hätte aber dem Inhalt nach auch von Linksozialisten in Österreich unterschrieben werden können.⁴⁰ Ganz anders verhielt es sich bei einem Papier, unter das sieben Vertrauensleute und weitere 19 Schutzbündler ihre Unterschrift setzten. Im letzten Absatz war die Forderung an die sozialistischen

Arbeiter enthalten, »sich von der verräterischen Sozialdemokratie zu trennen und unter die Fahnen der Kommunistischen Internationale zu treten«. ⁴¹ Als Reaktion auf das »Manifest« wurden in den Lagern in Göding ⁴² und Sternberg ⁴³ sozialdemokratische Gegenresolutionen verabschiedet, während 23 in Znaim befindliche Schutzbündler diesbezüglich einen neutralen Standpunkt – im Sinne der »proletarischen Einheit« – einnahmen. ⁴⁴

Solche Schriftstücke provozierten noch einige sinnlose »Berichtigungen« sowohl in der tschechischen Presse als auch seitens der nun in Moskau angekommenen Verfasser des Originaldokuments. ⁴⁵ Die konkreten Folgen der beiderseitig erhobenen Anschuldigungen bekam die noch 400 Mann zählende österreichische Emigration in der ČSR zu spüren.

Schon vor der Abfertigung des ersten Transports überlegte sich das ALÖS, die Emigration durch die Entlassung von »Ruhestörern« und »Nichtgefährdeten« (der Vorwurf lautete, »weil sie nirgends dabei waren«) zu reduzieren. ⁴⁶ Unmittelbar vor der von Polemiken überschatteten Abfahrt am 23. April regten Julius Deutsch und Karl Heinz in einem Schreiben an die tschechischen Bruderparteien an, alle Kommunisten aus der Emigrantenfürsorge zu entlassen, einschließlich jener, die Geld oder Literatur von kommunistischer Seite erhielten. Diese Personen wären an die tschechische Rote Hilfe zu verweisen. ⁴⁷ SPTsch-Sekretär Berger war nicht nur mit dem Vorschlag einverstanden, sondern insistierte, daß die »Säuberung« vor dem 1. Mai durchgeführt werden müßte. ⁴⁸ So verordnete eine tags darauf an die verschiedenen Lagerleitungen ergangene Weisung den Hinauswurf der Kommunisten, aber auch von »Mindergefährdeten«, d.h. jenen, »die nicht zumindest schwere Kerkerstrafen in Österreich von über einem Jahr zu gewärtigen haben« und »nicht am Leib und Leben bedroht sind«. ⁴⁹

Deutsch vertrat überdies die Meinung, alle UdSSR-Anwärter sollten sich »gleich von vornherein in die Verpflegung der Kommunisten begeben«. ⁵⁰ Im Brünnener Lager informierte der ALÖS-Funktionär Pleyl die »Rußlandfahrer« vom Ausschluß. Die Ausgeschiedenen erhielten dann in Brünn und Umgebung eine Unterkunft, die von der KPTsch oder der Roten Hilfe vermittelt wurde. ⁵¹ Die Entlassung aus der Emigrantenfürsorge konnte Verhaftung und Abschiebung nach Österreich mit sich bringen, vor allem, wenn der Betroffene im Verdacht stand, mit tschechischen Kommunisten politisch zusammenzuarbeiten. ⁵² Obzwar die Auslieferung an die österreichischen Behörden in den meisten Fällen nach Interventionen seitens des ALÖS verhindert werden konnte, erbitterten die Ende April einsetzenden »Säuberungspraktiken« die verbliebenen Februartämpfer zusehends und machten sie für die Propaganda

der KPTsch und der KPÖ, auf deren Unterstützung sie nun angewiesen waren, noch empfänglicher als vorher.

Parallel zum Ausschluß »kommunistischer Elemente« und der praktischen Auflösung einiger Lager drängten beide tschechischen sozialdemokratischen Parteien auf eine generelle Reduzierung und einen Aufnahmestopp. Für sie waren Neuzugänge »am meisten nicht wirklich gefährdet«, sondern »Arbeitslose«, »Plänkler« usw.⁵³ Die SPTsch und die DSAP drohten der ALÖS sogar mit der Auflösung aller Lager, sollten die Ausschlüsse unliebsamer Personen nicht durchgeführt werden, wobei die restlichen Schutzbündler eine Loyalitätserklärung abzugeben hätten.⁵⁴

Seit Februar 1934 gegenüber den eigenen radikalisierten Genossen sowie den tschechischen Geldgebern in der Defensive, führte die ALÖS-Leitung nun wachsende Emigrantenzahlen auf rege Untergrundtätigkeit in Österreich zurück, hatte jedoch prinzipiell nichts gegen ein drastisches Ausleseverfahren unter jenen des Kommunismus Verdächtigten einzuwenden.⁵⁵ So wurden im Lager Zbraslav zwölf Entlassungen vorgenommen.⁵⁶ Im Znaimer Lager, dessen Leitung dem späteren Bundespräsidenten Franz Jonas oblag, verlief die Trennung von einigen ehemaligen Schutzbundgenossen kontroversieller. Die aus diesem Lager stammende »neutrale« Antwort auf das »Manifest der 305« hatte die Leitung der DSAP nicht befriedigt: Man habe darin zwar gegenüber den Gastgebern Dank ausgesprochen, ihn aber nicht an beide sozialdemokratische Parteien gerichtet, daher sei die Stellungnahme ein »Verlegenheitsprodukt«. ⁵⁷ Später erlangte das ALÖS durch Öffnen der Post eines Znaimer Emigranten davon Kenntnis, ⁵⁸ daß Vertrauensleute der Schutzbündler im Lager Verhandlungen mit dem russischen Konsulat führten und Unterschriften für das berüchtigte »Manifest« sammelten. Ende Mai 1934 wurden die Vertrauensleute aus dem Lager ausgeschlossen, weitere 19 angemeldete »Rußlandfahrer« erklärten sich solidarisch mit ihnen und verließen freiwillig die Unterkünfte.⁵⁹ Dadurch wollten die Sozialdemokraten einem ähnlichen Eklat wie bei der Abfahrt am 23. April vorbeugen und die Vertrauensleute aus den Vorbereitungen für den zweiten Transport (Abfahrt 1. Juni) heraushalten. Dies schien um so dringender, als sich Verdachtsmomente verdichtet hatten, denen zufolge die KPÖ und ihre Kontaktleute in den Lagern die Liste der für die Ausreise nach der UdSSR Angemeldeten manipulierten.⁶⁰ Daher verweigerten die sozialdemokratischen Parteien, die laut eigenen Angaben 95.000 Kronen für die Transportkosten der ersten Schutzbündlerfahrt ausgegeben hatten,⁶¹ jeglichen weiteren Fahrkostenbeitrag. Die Ausgaben von 83.000 Kronen im Zusammenhang mit dem zweiten Transport bestritt

der Ing. Weissel-Fond.⁶² Und obwohl die SPTsch und die DSAP anfangs versuchten, Einfluß auf das Zustandekommen des zweiten Transports zu nehmen und diesbezügliche Gespräche mit russischen Konsulatsbeamten führten,⁶³ nahmen sie von einer »generelle(n) Aktion« Abstand und rieten, die jeweiligen Daten individuell direkt an das sowjetische Konsulat in Prag zu schicken.⁶⁴ Der Rückzug der Sozialdemokraten in dieser Frage war von der Erkenntnis bestimmt, daß sie kaum noch Einfluß darauf hatten, wer wegfahren durfte und wer nicht.⁶⁵ Wieder einmal überprüften sowjetische Diplomaten die Angaben der ausreisewilligen Schutzbündler,⁶⁶ es durften aber diesmal statt der 270 Angemeldeten nur 230 die Reise in die UdSSR antreten.⁶⁷

Auch bei der Abfahrt der zweiten Schutzbundformation gab es weniger rührende Szenen des Abschieds als vielmehr gehässige Konfrontationen. Am Brünnener Bahnhof nahm die Polizei kommunistische Demonstranten fest. Zwei Tage vor Abfahrt verkündete die sozialdemokratische Presse, daß man »für diesen zweiten Transport jedwede Verantwortung« ablehne und damit »nichts zu tun haben« wolle.⁶⁸

Bis zur Ankunft des ersten Transports in Moskau am 25. April 1934 war das Emigrantenkontingent laut Stadler auf 350 angewachsen.⁶⁹ Das offizielle Sammelvisum enthält 308 Namen.⁷⁰ Unseren Berechnungen zufolge sind mindestens 326 Personen mit diesem Transport gefahren,⁷¹ wobei sieben bis zwölf Schutzbündler, die im Sammelvisum vermerkt waren, die Reise nach Rußland überhaupt nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt antraten. Allem Anschein nach wurden etliche aus dem ersten Transport gestrichen, um Platz für wichtige KPÖ-Funktionäre zu machen. Einer, der darauf verzichtete, war Josef Meisel. Kopenlig hatte ihn darum gebeten, den zweiten Transport mitzuorganisieren. Meisel mußte dann mit dem zweiten Kontingent am 1. Juni wegfahren, da er »auf Lebenszeit« aus der ČSR ausgewiesen worden war.⁷² Josef Dycka, einer der maßgebenden Kommunisten im ersten Transport, arbeitete für den sowjetischen Aufklärungsdienst. Dycka war 1919 mit 15 Jahren der Kommunistischen Jugend (KJVÖ) beigetreten und wurde als Funktionär der KPD vier Jahre später im Rheinland zu einer Zuchthausstrafe und anschließendem Landesverweis verurteilt. 1925 entkam er einer mehrmonatigen Haftstrafe in Wien durch Flucht in die Sowjetunion, wurde später Mitarbeiter im ZK des KJVÖ und Delegierter zum 5. Weltkongreß der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI/KIM) im August 1928.⁷³ Bereits 1928 in Moskau und jetzt wieder im Eisenbahnwaggon mit Dycka war Johann Täubl, der später unter den Parteinamen »Robert« und »Keller« als Kaderverantwortlicher für die KPÖ-Mitglieder in der Sowjetunion ein enger Vertrauensmann der allmächtigen Ka-

derabteilung der Komintern werden sollte. Weitere prominente Fahrgäste, laut Sammelvisum gleichfalls zunächst nicht für die erste Abfahrt vorgesehen, waren der führende SDAP-Linksintellektuelle Ernst Fischer und seine Frau Ruth. Sechs Wochen vorher hatte das EKKI den Beschluß gefaßt, Fischer vorzuschlagen, »zusammen mit zwei, drei seiner Anhänger zwecks Verhandlung nach Moskau« zu kommen.⁷⁴ Bei einigen anderen Mitfahrenden, die nicht im Sammelausweis standen, handelte es sich um Brüderpaare oder Verwandte, von denen nur eine Person ursprünglich eine Einreisebewilligung bekommen hatte.

Hinsichtlich der Teilnahme an den Februarkämpfen ist besonders bei den Mitgliedern des ersten, schnell zusammengestellten Transportes eine gewisse Skepsis geboten. Aus Kadercharakteristiken der Moskauer KPÖ-Leitung geht hervor, daß mindestens zwei der am 23. April abfahrenden Schutzbündler gar keine Februarkämpfer waren, sondern sich »dem Transport einfach angeschlossen« hatten.⁷⁵ Weiters ist zu bezweifeln, ob alle – mehr als 20 – der mitfahrenden »Altkommunisten«,⁷⁶ d.h. jene, die vor dem Februar 1934 der Partei beigetreten waren, in den Februartagen direkt zu den Waffen gegriffen hatten. Diesen drohte bei illegaler Betätigung – die KPÖ wurde schon im Mai 1933 verboten – die Einweisung in das Anhaltelager Wöllersdorf, wo prominente Kommunisten bereits einige Monate vor den bewaffneten Auseinandersetzungen einsaßen.⁷⁷

Die KPÖ hat ja in einigen Fällen den ersten Transport dazu benützt, um vermeintlich gefährdete Kader nach Moskau in die erhoffte Sicherheit zu bringen. Andererseits dürften für diesen Personenkreis und einen nicht unbeträchtlichen Teil der »echten« Februarkämpfer wirtschaftliche Momente für die Auswanderung maßgebend gewesen sein – die Möglichkeit, aus dem tristen Arbeitslosendasein herauszukommen und einen neuen, vielversprechenden Lebensabschnitt in der UdSSR zu beginnen. Unter den Mitgliedern des ersten Transports befanden sich viele, die eine kurze Haftstrafe in Österreich hinter sich, aber sonst keine Strafverfolgung mehr zu befürchten hatten, da ihre Verfahren bereits eingestellt worden waren. Dann gab es andere, die auf Gelöbnis Freigang erhielten und den Abschluß der Untersuchung gar nicht erst abwarteten. Es muß aber der Gerechtigkeit halber hinzugefügt werden, daß der Wissensstand unter den Emigranten um die aktuelle Politik der Verfolgungsinstanzen in Österreich damals und später nur marginal sein konnte. Nach den Hinrichtungen im Februar war wohl das Schlimmste zu erwarten, eine Generalamnestie für den Großteil der gleich nach den Kämpfen verhafteten Schutzbündler erließ man erst zu Weihnachten 1935. Außerdem erhielten die meisten »Rußlandfahrer«, die zwischen 1934 und 1937

heimkehrten, eine Haftstrafe wegen Beteiligung an der Februarrevolte, die allerdings selten über einige Wochen Untersuchungshaft hinausging.

Zur Verhaftung ausgeschrieben – »kurrendiert« in der Terminologie der Polizei – war ein Großteil der Schutzbundemigranten. Besonders gefährdet waren ganze Schutzbundgruppen aus Gebieten, wo hartnäckiger Widerstand während der Februarereignisse gegen die Staatsgewalt geleistet worden war oder in Fällen, wo »Mordverdacht« vorlag. Beide Kriterien trafen auf die Flüchtlingsgruppe aus St. Michael in der Steiermark zu, die bei einem Überfall auf eine Unterkunft der Regierungskräfte einen Gendarmen und vier Schutzkorpsleute getötet hatte.⁷⁸ Aus dem selben Grund zur Festnahme ausgeschrieben waren etliche Schutzbündler aus Wien-Stadlau. Sie wurden verdächtigt, an dem Tod des dort am 12. Februar diensthabenden Polizeimajors Ableitinger beteiligt gewesen zu sein.⁷⁹ Genügend Belastungsmaterial besaßen die österreichischen Behörden über zahlenmäßig stärkere Personengruppen aus Regionen, wo die bewaffneten Auseinandersetzungen erst durch Heranziehung des Bundesheeres beendet werden konnten. Der besonders hohe Anteil von Februarkämpfern aus Wien (Floridsdorf, Goethe-Hof Leopoldstadt, Karl-Marx-Hof Döbling usw.), Linz, Steyr und Pernegg (Steiermark) war deshalb beim ersten und zweiten Rußland-Transport nicht verwunderlich. Aufgrund der Tatsache, daß die Einschleusung von Emigranten auf tschechisches Territorium von Wien aus besser organisiert und infolge der geringen Entfernung leichter zu bewerkstelligen war als aus anderen Bundesländern, wies die Liste für den ersten Transport eine Prädominanz der Wiener auf (220 Mann), während aus der Steiermark, Nieder- und Oberösterreich nur 30, 27 bzw. 24 Personen vermerkt sind. Unter den Wienern stellten die 105 Floridsdorfer den größten Anteil, gefolgt von 37 Schutzbündlern aus Simmering, während die Bezirke Ottakring, Favoriten, Döbling, Meidling und Leopoldstadt jeweils mit elf bis 13 Mann präsent waren. Auch sieben Frauen – mit einer Ausnahme Freundinnen oder Gattinnen mitfahrender Schutzbündler – reisten am 23. April Richtung Moskau ab, ferner eine Familie – Franz und Anna Ibounig aus Amstetten mit ihren drei Kindern.

Die Zusammensetzung des 230 Menschen umfassenden zweiten Transports⁸⁰ sah etwas anders aus, denn seit März waren mehr Schutzbündler aus Süd- und Westösterreich in der ČSR eingetroffen als unmittelbar nach den Kämpfen. Außer Salzburg und Vorarlberg waren diesmal alle Bundesländer vertreten, in einem stärkeren Ausmaß als zuvor Oberösterreich (52) und die Steiermark (40), jedoch stellten die Wiener (97) wieder das stärkste Kontingent. Sieben Frauen begleiteten ihre Männer, darunter Ella Bernaschek, die Tochter des oberösterreichischen Schutz-

bundführers Richard Bernaschek. Spätere Transporte erreichten nicht annähernd die Größe der im April und Juni abgefertigten Kontingente.

Nach einer mehrmonatigen Pause reisten Ende September und Mitte Oktober 1934 jeweils 15 Mann Richtung Moskau ab, Anfang November wieder 30, darunter mehrere Steirer, die sich vorher in Jugoslawien aufgehalten hatten.⁸¹ Mitglied letzterer Gruppe war der Grazer Josef Lorber, der sich nach den Februarkämpfen nach Jugoslawien absetzte, später jedoch »im Auftrage der KPÖ« nach Wien reiste. Dort verhaftet und zu drei Monaten Arrest verurteilt, konnte er aus dem Spital flüchten und in die ČSR gelangen. Den Novembertransport leitete der Floridsdorfer Fritz Tränkle, der Ende April 1934 mit neun Schutzbundkameraden von der lettischen Sozialdemokratie nach Riga eingeladen wurde. Die Österreicher wurden jedoch in Lettland von einem faschistischen Putsch überrascht, inhaftiert und schließlich des Landes verwiesen. Sie kehrten nach mehreren Abenteuern wieder in die ČSR zurück.⁸²

Die letzte zahlenmäßig bedeutende Gruppe von Rußlandauswanderern, ca. 30 Mann, erreichte in den ersten Dezembertagen des Jahres 1934 sowjetisches Territorium. In dieser Gruppe fuhren zwei Linzer Februarkämpfer mit, deren Erfahrungen und Absichten nicht untypisch für jene Schutzbündler waren, die 1934 in die Sowjetunion ausreisten: Nach dem 12. Februar drei Wochen Haft, danach Entlassung, in der Folge Verlust des sicheren Arbeitsplatzes (Straßen- und Eisenbahner). Die daraus resultierende Erwerbslosigkeit bewog diese beiden – sowie viele andere – eine neue Lebensperspektive in der Sowjetunion zu suchen. Die Erlebnisse der zwei Linzer sind auch von Interesse, da sie, obwohl auf dem Sammelvisum eingetragen, an der sowjetischen Grenzstation Negoreloje zurückgehalten wurden, weil sie angeblich »keine Kommunisten waren«. Hin- und hergeschoben zwischen polnischen und sowjetischen Grenzposten, erreichten die beiden Oberösterreicher Moskau erst am 10. Dezember.⁸³ Zu diesem Zeitpunkt war der Einfluß der tschechischen bzw. österreichischen KP-Funktionäre ausschlaggebend dafür, wem man die Einreisebewilligung nach der UdSSR erteilte. Außerdem mußte das sowjetische Diplomatenpersonal an Ort und Stelle in der ČSR seine diesbezügliche Entscheidungsgewalt an das Volkskommissariat für Auswärtiges (Narkomindel) in Moskau abgeben.⁸⁴

Beschleunigte Verfahren mittels »fliegender Abstimmungen« in der Legitimationskommission der MOPR in Moskau ermöglichten besonders gefährdeten Österreichern, die ein Ausweisungsverfahren in der ČSR zu gewärtigen hatten, auf schnellstem Wege in die Sowjetunion einzureisen.⁸⁵ Eine schärfere bürokratische Kontrolle in der Emigrantenfrage ergab sich auch aus der Forderung seitens Moskauer KPÖ-

Funktionäre an ihre tschechischen Gewährsleute, der Weissel-Fonds habe künftig Berichte mitzuschicken, die die Teilnahme der Einreisewilligen an der Februarrevolte belegten.⁸⁶ Vermutlich waren ein Großteil der nach dem Dezember 1934 in der Sowjetunion eingetroffenen österreichischen Politemigranten bereits Mitglieder, wenn nicht wichtige Funktionäre der illegalen KPÖ. Die Reisegruppen ab 1935 waren auch vergleichsweise viel kleiner, vier bis zehn Mann, Einzelpersonen oder Ehepaare. Mit seiner Familie traf der »Armeniarzt« vom Laaerberg in Wien und Bruder des nachmaligen EKKI-Vertreters Ernst Fischer, Walter Fischer, im Februar 1935 in Moskau ein.⁸⁷ Im Zeitraum 1935–1937 fuhren insgesamt noch etwa hundert österreichische Politflüchtlinge in die UdSSR. Zumeist dem Schutzbündlerkontingent zugeordnet, wurden sie häufig an die Lenin-Schule kommandiert oder mit einem anderen Auftrag von der KPÖ in die UdSSR transferiert.

Nach relativ kurzer Zeit kam die Entsendung von großen Schutzbündlergruppen zum Stillstand. In einem Schreiben an alle um ein Einreisevisum nach der Sowjetunion Ansuchenden, führten die Parlamentarier der KPTsch-Fraktion Nedved und Hodinova den Schwenk in der sowjetischen Emigrantenpolitik auf die »Tatsache« zurück, daß die ersten Überprüfungen nicht gründlich genug gewesen wären. Daher seien – obzwar nur eine kleine Minderheit – »auch unwürdige Elemente mitgeföhren, die oft ein undiszipliniert« (sic!) und »unproletarisches Verhalten an den Tag legten«. Gleichzeitig wurde aber den Adressaten versichert, künftige Reisebewilligungen seien »an die Bestimmungen der betreffenden Ländersektion« der Roten Hilfe, jedoch nicht an eine KP-Mitgliedschaft gebunden und »von der politisch-moralischen Qualität des Antragsstellers« abhängig. Dabei spielte der Grad der »Gefährdung« eine wichtige Rolle, wobei nach Meinung der KPTsch die Februartkämpfer damals (März 1935) in Österreich eine geringere Strafe zu erwarten hätten als jene, die gegenwärtig in der illegalen Arbeiterbewegung tätig seien.⁸⁸ Im Lande selbst erklärte die österreichische Rote Hilfe, man müsse die Emigration in die UdSSR einschränken, »da sich immer mehr unlautere Elemente einschleusen«.⁸⁹ Auch die KPÖ warnte ihre Leitungen im Lande 1935 und 1936 davor, einige namentlich angeführte Mitglieder, die wegen »Mindergefährdung« aus der ČSR heimgeschickt wurden oder »ohne Bewilligung der Partei« auf eigene Faust zurückkehrten, finanziell zu unterstützen. Darunter waren auch »schlechte und nicht polizeisicher(e) Elemente«.⁹⁰

Daß die Sowjetbehörden ihren strengen Maßstäben gemäß »schlechte« Erfahrungen mit einer Minderheit der Schutzbündler machten, wird uns später mehrmals beschäftigen. Wahrscheinlich waren es nicht in

erster Linie die Trinkgewohnheiten, Mangel an Arbeitsdisziplin oder gar von der politischen »Linie« abweichende Ansichten der Schutzbündler, die die sowjetische Sichtweise beeinflussten, sondern staatspolitische Gründe: Die anfängliche Propagandawirksamkeit der Schutzbundasy-lanten – als Herzeigeobjekt – schwand zunehmend, besonders nach 1935, als die Integration der Österreicher in das russische Proletariat ange-strebt wurde. Weitere Gründe für das Einstellen der bisher generös ge-handhabten Asylantenpolitik lagen im großen Mangel an Wohnraum. Eine ausgesprochene Besserstellung der Ausländer widersprach den In-tegrationsbestrebungen und war auch in einer Atmosphäre wachsenden Sowjetchauvinismus und gelenkter Xenophobie »politisch« überholt.

Die Nachricht, daß keine weiteren Transporte in die Sowjetunion be-absichtigt seien, trieb viele Schutzbündler und Kommunisten in der ČSR zur Verzweiflung.⁹¹ Die rigorosen Ausschlüsse von nicht genehmen Österreichern aus den tschechischen Asylantenheimen wurden fortge-setzt. Bereits im Juni 1934 waren 130 Schutzbündler ins Patronat der tschechischen Roten Hilfe übergewechselt.⁹² Nach schweren Ausein-andersetzungen und Raufszenen löste man im Dezember 1934 das Lager in Znaim auf und entließ 14 Asylanten aus der Fürsorge.⁹³ Die der Un-tätigkeit überdrüssigen, zurückgebliebenen Schutzbündler hofften noch auf ein sowjetisches Visum und schrieben Beschwerdebriefe nach Moskau. Darin sparte man nicht mit Vorwürfen an bereits in der Sowjet-union befindliche Genossen. Auch die Rote Hilfe und die KP in der ČSR mußten sich ein »Versagen« attestieren lassen: »Überall ist Mißtrauen ... (es) kämpft sozusagen einer gegen den anderen ... Hier will man uns zum Klassenfeind treiben, indem man uns die Lebensmöglichkeit vorent-hält.«⁹⁴

Letzten Endes blieb für jene, die keine Einladung in die Sowjetunion erhielten, die unerfreuliche Alternative, entweder unter der strengen Obhut der tschechischen Sozialdemokratie weiterhin zu vegetieren oder die Heimreise anzutreten. Dies waren die Hauptgründe für die sinkende Zahl der von den sozialdemokratischen Parteien unterstützten Österrei-cher in der ČSR zwischen Jänner und Dezember 1935 von 215⁹⁵ auf 121⁹⁶. Am 16. Juni 1936 machte die sozialistische Emigrantenklave nur noch 45 Mann aus,⁹⁷ wobei sich die noch existierenden Emigrantenheime »nach dem Abgang der radikalen Elemente zu friedlichen kleinen Wohn-gemeinschaften« entwickelt hatten.⁹⁸

Ankunft

Eine möglichst störungsfreie Integration der Schutzbündenauswanderer in das gesellschaftliche Leben in der UdSSR setzte die Verleihung des Status eines Politemigranten voraus. Wirkungslos war eine Berufung auf Artikel 20 der 1918 angenommenen Verfassung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFR), die »wegen politischer oder religiöser Vergehen« verfolgten Ausländern das Asylrecht gewährte.⁹⁹ Als wichtigste Adresse für Asylsuchende fungierte die Internationale Rote Hilfe (IRH), deren Zentrale, zugleich auch IRH-Zweigstelle, sich in Moskau befand und unter den russischen Initialien MOPR bekannt war. Die 1922 gegründete MOPR betonte 1927 in den an die IRH-Ländersektionen verteilten Richtlinien, Politemigranten dürften nur unter gewissen Umständen (Todes- oder hohe Kerkerstrafen, Auslieferungsgefahr, UdSSR als letztes Asylland) in die Sowjetunion kommen – ein bewilligter Aufenthalt in der Sowjetunion könne nur vorübergehender Natur sein, da die Verfolgten »zwecks Weiterführung revolutionärer Tätigkeit« später in die Heimat zurückzukehren hätten.¹⁰⁰ Über die Ansuchen der einreisewilligen Schutzbündler entschied die Zentrale Legitimationskommission beim ZK der MOPR. Sie bestand damals aus dem stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees der IRH, dem Leiter der Politemigrantenabteilung beim ZK der MOPR, einem Sekretär und einem Mitglied des Exekutivkomitees der IRH sowie aus einem Vertreter der Geheimpolizei NKWD.¹⁰¹ Zumindest 1936, wenn nicht schon früher, ergingen Faksimiles der Sitzungsprotokolle der Legitimationskommission auch an die Hauptverwaltung sowie die Auslandsabteilung des NKWD.¹⁰² Wenn Anträge österreichischer Einwanderer diskutiert wurden, nahm auch der Vertreter des ZK der KPÖ beim EKKI an den Sitzungen teil.¹⁰³ Die Zustimmung der betreffenden »Bruderpartei« – in diesem Fall der KPÖ – war, wie oben dargestellt, schon in der Tschechoslowakei wichtigste Bedingung für die Weiterfahrt in die UdSSR. Dabei handelte man nach dem langjährigen Prinzip, daß ein Kommunist nur mit Einwilligung seiner Partei nach der Sowjetunion ausreisen oder auswandern durfte. Das galt übrigens auch für die zahlreichen KPÖ-Mitglieder, einschließlich der Spezialisten, Wissenschaftler und Facharbeiter, die vor 1934 aus hauptsächlich wirtschaftlichen Gründen in die Sowjetunion eingewandert waren, aber den Status eines Politemigranten gar nicht anstreben konnten oder wollten.¹⁰⁴

Ausschlaggebend für einen positiven Bescheid der MOPR-Kommission war – den Protokollen hundertfach zu entnehmen – der Grad der Gefährdung, die infolge persönlicher Involvierung in die Februarrevolte

in Österreich zu gewärtigen sei. Diese Bedingung war nach Ansicht der MOPR gegeben, als sie am 22. April 1934 Gustav Deutsch den Status eines politischen Emigranten verlieh. »Gustl« Deutsch, dem Sohn des Schutzbundobmannes, wurde diese Bezeichnung als erstem Schutzbundflüchtling zuteil. Er hatte von sich aus in Prag die Einreise beantragt und war mit seiner Frau Agnes am letzten Märztag 1934 in Moskau eingetroffen.¹⁰⁵ Die Anerkennung als politischer Emigrant erfolgte in bezug auf Schutzbundtransporte nennenswerter Größe en bloc,¹⁰⁶ ansonsten individuell. Damit erhielten die österreichischen Asylanten Anspruch auf einen Arbeits- und Wohnplatz. Beides fiel in den Kompetenzbereich des WZSPS-Auslandsbüros (»INO-Büro«).¹⁰⁷ In den folgenden Jahren sollte das jeweilige INO-Büro die wichtigste Anlaufstelle für alle möglichen Beschwerden seitens der Schutzbündler werden. In Wohn- und Arbeitsangelegenheiten sowie anderen, die österreichischen Emigrantenklaven betreffenden Problemen waren die Bürokraten des INO-Büros auf das Wohlwollen des Stadtkomitees (»Gorkom«) des WZSPS, der MOPR sowie der WKP/b angewiesen. Ständige Kontakte mußten auch zu den Kommunalverwaltungen in Moskau, Leningrad, Charkow, Gorki und Rostow gepflegt werden.

Manchmal verweigerte man den Politemigrantenstatus, weil die fragile Person theoretisch die Möglichkeit hatte, sich in einem anderen Asylland niederzulassen. Dabei handelte es sich meistens um KPÖ-Mitglieder jüdischer Abstammung, die in den nichtdeutschsprachigen Gebieten der k.u.k. Monarchie geboren und mit ihren Eltern nach Österreich eingewandert waren. Hatte der Vater in der Folge nicht für Österreich optiert – die Staatsbürgerschaft der Kinder richtete sich nach der des Vaters – galten seine Sprößlinge als staatenlos. Solche polizeibekanntenen Kommunisten wurden nach dem 12. Februar 1934 kurzerhand aus Österreich ausgewiesen. Der Weiterverbleib solcher Menschen in der Sowjetunion wurde an zwei Bedingungen geknüpft: Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft und eines Arbeitsplatzes außerhalb Moskaus.¹⁰⁸ Ohne die Hilfe der MOPR oder den Schutz einer ausländischen Staatsbürgerschaft im sowjetischen Alltag zurechtzukommen, war mühselig: Man stand praktisch ohne Fürsprecher da und wohnte zudem oft weit entfernt vom nächsten österreichischen Arbeits- und Wohnkollektiv. Zu dieser Kategorie gehörte etwa Menachim Menzel, ein Medizinstudent, der 1927 in Wien in die Leopoldstädter Zelle des KJVÖ eingetreten war und 1935 mit Hilfe des belgischen Roten Kreuzes in die Sowjetunion einreiste. Seinen abenteuerlich anmutenden Angaben über persönliche Teilnahme am Februarkampf der Schutzbündler wurde offensichtlich wenig Glauben geschenkt.¹⁰⁹

Ein beträchtlicher Teil der nach Dezember 1934 eintreffenden Schutzbündler durfte weder in Moskau noch in Leningrad ansässig werden. Das hing sicherlich mit den gespannten Verhältnissen im Wohnungssektor zusammen, aber auch mit dem Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen.¹¹⁰ Hinsichtlich der Überführung von »Bräuten«, Ehefrauen und anderen Familienangehörigen der Schutzbündler nahmen die Sowjetbehörden eine zunehmend restriktive Haltung ein. Die Einreise der Frauen bzw. Freundinnen und Kinder der Schutzbündler des ersten und zweiten Transports erfolgte für sowjetische Verhältnisse relativ rasch. 1935/36 wies man jedoch einige individuelle Einreiseanträge für »Schutzbündlerbräute« ohne Angabe von Gründen ab¹¹¹ oder weil der Antragsteller selbst kein Politemigrant war bzw. »bloß« der Sohn eines solchen.¹¹² Negativ beschieden wurden auch Anträge in Fällen, wo die Antragsteller mit den um Einreise Ansuchenden »nicht in Gemeinschaft gewohnt haben bzw. anderweitig ständigen Wohnsitz« hatten.¹¹³ Verständlicherweise wurden überdies unverfrorene Ansuchen um Daueraufenthalt abgewiesen, z.B. die Einreise von (nichtgefährdeten) Geschwistern, Eltern und Schwiegereltern.¹¹⁴

Die ersten Schutzbundemigranten leiteten im Sommer 1934 ihre Ansuchen über das jeweilige INO-Büro an die MOPR, die ihrerseits meistens die Fahrtkosten der Frauen und Kinder ab Prag bewilligte. Dort war auch das Visum abzuholen.¹¹⁵ Die Gesamtkosten für diese ersten Fahrten bestritt der Weissel-Fonds in der tschechischen Hauptstadt.¹¹⁶ Später machte die MOPR oft die Bewilligung für die Einreise davon abhängig, daß die Frauen selbst die Fahrt bezahlten. Die Anträge von schlechter gestellten Österreicherinnen wurden an ein MOPR-Finanzkomitee verwiesen.¹¹⁷ In einer Handvoll von Anträgen gab die MOPR ihre Zustimmung nur unter der Bedingung, daß die Gewerkschaften für die betreffende Familie einen Wohnplatz gefunden hatten.¹¹⁸ Und als etwaige Verzögerungen bei einer bewilligten Einreise auftraten, schoben sich MOPR und WZSPS die Verantwortung dafür gegenseitig zu.¹¹⁹ Dem Chef des INO-Büros in Moskau (Sharikow) zufolge, wirkte sich die verschleppte Ankunft der Familien äußerst ungünstig auf die Stimmung der Schutzbündler aus und bereitete »schädlicher Agitation seitens feindlicher Elemente« den Boden.¹²⁰

Entsprechend der propagandistischen Ausschlachtung der Abreise von über 300 »Barrikadenkämpfern« ins Land »der Arbeiter- und Bauernmacht« war man beim ersten Transport bestrebt, dem ganzen Unternehmen eine starke militärische Färbung zu verleihen.¹²¹ Als »militärischer Führer« der Reisegesellschaft und zugleich »Bataillonskommandant« trat Heinz Roscher auf. Ihm unterstanden drei Kompanieführer,

von denen uns nur der Name von Alois Erjautz überliefert ist, der eine führende Rolle bei den Kämpfen um den Goethe-Hof in Wien-Kaisermühlen gespielt hatte.¹²² Die »politischen« Führer dürften Ernst Fischer und Ing. Brüll gewesen sein. Abgesehen von dem gemeinsamen Antreten auf den wichtigsten Bahnstationen und in Moskau selbst hatte die Gliederung nach Kompanien kaum Bedeutung. In Brünn hatte man in den Wochen zuvor die wichtigsten Bewegungen des Marschdrills eingeübt.¹²³ Andererseits wußten die aus dem Lager in Chocerady zum Transport gestoßenen Schutzbündler während der ganzen Fahrt nicht, welcher Kompanie sie zugeteilt waren.¹²⁴

Vor der Abreise erhielten die Transportmitglieder vom ALÖS dunkle Baskenmützen und blaue Strickhemden, also jene Kleidungsstücke, die man im »Wehrsport«, der Jugendabteilung des Schutzbundes, zu tragen pflegte. An einige wurden auch kleine Koffer und Schuhwerk verteilt.¹²⁵ Der Transport ging am 23. April um 17 Uhr von Brünn über Warschau nach Moskau ab. Mehrere Waggons wurden in Prag angehängt, in Prerau stießen Gruppen aus den kleineren Schutzbundlagern dazu.

Größere Probleme traten erst in Polen auf. Polnische Sicherheitsbeamte, welche die Schutzbündler unfreundlich behandelten, ausfragten und nicht aussteigen ließen, hielten den Zug vor Warschau an und befeuerten, die Fahrt durch Polen sei nicht bezahlt worden. Es dauerte mehrere Stunden, bis sich das Problem aufklärte und die Weiterfahrt gestattet wurde.¹²⁶ Unterdessen hatte man einen »wilden« Passagier aufgespürt. Ing. Brüll wollte den 20jährigen Floridsdorfer Johann Djuritsch aus dem Zug entfernen lassen, weil sich dieser dem Transport »einfach angeschlossen« hätte. Djuritsch gab an, am Bahnhof in Floridsdorf gekämpft zu haben, und durfte schließlich mitfahren: Sein Hinauswurf hätte Verhaftung durch die polnische Polizei und Abschiebung nach Österreich bedeutet.¹²⁷ Je näher man der sowjetischen Grenzstation Negoreloje kam, umso mehr stieg die gute Stimmung. Bis dahin hatte es kleinere Geplänkel gegeben, beispielsweise als fünfzackige rote Sterne verteilt wurden und sich einige Schutzbündler weigerten, das kommunistische Symbol an die Baskenmütze zu heften.¹²⁸ Kopfschütteln und mildes Lächeln ernteten die militärischen Gebärden des »Kompanieführers« Erjautz sowie das revolutionäre Getue einiger Floridsdorfer.¹²⁹ Als der Zug in Negoreloje eindampfte, brach unter den Schutzbündern frenetischer Jubel aus. Dann hieß es »Antreten!«, um sich von einem »Ehrensparier« der NKWD-Grenztruppen, einer Delegation der Kommunistischen Internationale sowie einer Abordnung von WZSPS-Funktionären willkommen heißen zu lassen. Auch Dr. Franz David, ein langjähriges Mitglied der KPÖ, hatte sich eingefunden. Er war 1928 aus ökonomi-

schen Gründen nach der UdSSR ausgewandert, weil er als einer der amtlich bekannten »sieben kommunistischen Ärzte in Wien« keine Arbeitsstelle finden konnte. Da er vom Kommen der Schutzbündler wußte, bot er Oskar Großmann, dem österreichischen EKKI-Vertreter, seine Dienste an. David fungierte einige Monate als einer der wichtigsten vom WZSPS eingesetzten Betreuer der Schutzbündler.¹³⁰ Nach einem üppigen Essen am Grenzbahnhof und dem Umsteigen in die breiteren russischen Waggons der »weichen« Klasse ging die Fahrt weiter, über Minsk, wo es wieder den Befehl »Antreten!« und Begrüßungsreden gab. Der erste Transport traf kurz vor Mittag am 25. April am Weißrussischen Bahnhof in der sowjetischen Metropole ein. Auf der letzten Strecke der Bahnfahrt begleiteten Journalisten von in Moskau erschienenen deutschsprachigen Zeitungen die Schutzbündler und befragten sie über den kurzlebigen österreichischen Bürgerkrieg. Besonders interessiert daran zeigte sich Julia Annenkowa, Chefredakteurin der *Deutschen Zentral-Zeitung* (DZZ), der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung.¹³¹

Nur cirka ein Zehntel der Mitglieder des ersten Transports fuhr mit einem gültigen Reisepaß. Ihre Pässe sahen die Schutzbündler nie wieder, was sich später als ernstes Problem erweisen sollte, nachdem nicht wenige einst Begeisterte sich entschlossen hatten, doch in die Heimat zurückzukehren. Alle diese Pässe dürften für den illegalen Apparat der Komintern (OMS) oder für die Auslandsaktivitäten des NKWD oder der Roten Armee (GRU) verwendet worden sein. Einigen Schutzbündlern hatte man schon in der Tschechoslowakei mitgeteilt, der Paß werde für die illegale Bewegung »gebraucht«, ¹³² anderen erklärte man in Moskau achselzuckend, der »Koffer mit den Reisepässen« sei in Polen aus dem Zug gestohlen worden.¹³³ Etwaige Bedenken über solch merkwürdige Praktiken dürften bisweilen von dem überwältigenden Eindruck der Ankunft in Moskau verdrängt worden sein. Die Schutzbündler nahmen militärische Stellung auf dem Platz vor dem Moskauer Weißrussischen Bahnhof ein, wo Musikkapellen, Soldaten, Betriebsdelegationen und hochrangige Funktionäre der IRH sowie der WZSPS-Sekretär Abolin auf sie gewartet hatten. Für den ganzen Transport sprachen Roscher aus Floridsdorf und August (Ditto) Pözl, ein Jungsozialist aus Graz, der seine »internationalistische« Gesinnung durch Seitenhiebe auf die »alte« SDAPÖ und die SAI unter Beweis stellte.¹³⁴

In fabrikneuen Autobussen fuhr man die Angekommenen die kurze Strecke bis zum 3. Haus des Sowjets, einer Herberge (unweit der Gorkistraße) für Studenten der »Universität für Nationale Minderheiten des Fernen Ostens«. In dieser provisorischen Unterkunft schliefen die

Schutzbündler in großen Schlafsälen auf Strohsäcken, während Ehepaare kurzfristig in einer Schule untergebracht wurden.

Das nun einsetzende, intensive Besichtigungsprogramm erschöpfte manche Schutzbündler; andere machten selbständig Erkundungstouren durch die hektische Stadt. Bei vielen löste die anfangs reiche und üppige Kost Verdauungsprobleme aus. Mit Talons konnten die Gäste kleinere Mahlzeiten und Rauchwaren kostenlos beziehen. Überall in der Stadt erweckten die mehrheitlich jungen, sportlichen Österreicher Neugier. Sie fielen natürlich durch ihre halb-militärische Kluft auf, aber auch dadurch, daß einige Knickerbocker trugen – damals eine Sensation für Moskauer, denen dieses Kleidungsstück bisher unbekannt war. Die meisten Schutzbündler hatten aber nur ihre abgetragenen Kleider aus Österreich mit und wurden in Kaufhäusern von Kopf bis Fuß neu eingekleidet.¹³⁵

Dem ersten Morgenappell im Hof des 3. Hauses des Sowjets folgte die Aufforderung an die Österreicher, mit Hilfe von Übersetzerinnen Lebensläufe (»Anketi«) auf vorgedruckten Formularen niederzuschreiben. Dabei machten die Österreicher Bekanntschaft mit einem Wesensmerkmal der sowjetischen Bürokratie, nämlich dem Gebot, der Staats- und Parteiführung keine Geheimnisse vorzuenthalten. In den darauffolgenden Jahren mußten die einstigen Februarkämpfer die eigene Biographie mehrmals verfassen – für die KPÖ (Kaderrevision), bei Arbeitsantritt und Betriebswechsel, für die WZSPS-Bürokratie, und immer dann, wenn man ein Gesuch stellte. So mancher Emigrant, der einen Teil seiner Biographie verschwieg, nicht erschöpfend genug darstellte oder sich in Widersprüche zwischen den zu verschiedenen Zeitpunkten geschriebenen Lebensläufen verstrickte, mußte unangenehme Fragen über sich ergehen lassen, die manchmal schwerwiegende Folgen hatten. Wichtig bei der Auflistung der eigenen Lebensdaten war die soziale Herkunft des Betroffenen – ein proletarisches Zuhause war jedenfalls vorteilhaft.

Zu den zahlreichen Versammlungen marschierten während der folgenden Wochen die Schutzbündler oft in militärischer Formation und mit musikalischer Begleitung. Betreut von Dolmetscherinnen, absolvierten Schutzbündlergruppen von 10 bis 15 Mann Betriebsbesichtigungen, trafen sich mit Offizieren der Roten Armee, begegneten Veteranen der Revolution und des Bürgerkriegs und erzählten Kindern der Organisation »Junge Pioniere« aus ihrem Leben im kapitalistischen, nun faschistisch regierten Österreich. Ihren größten Auftritt erlebten die Schutzbündler anlässlich des Maiaufmarsches am Roten Platz. Links von der Tribüne auf dem Lenin-Mausoleum erhielten die bemützen Österreicher einen Ehrenplatz zugewiesen. Von 10 bis 13 Uhr zogen Einheiten aller sowjetischen Waffengattungen in Wellen vorbei, darauf folgten die



Während des Moskauer 1. Mai-Aufmarsches 1934 ziehen Schutzbündler über den Roten Platz.

bewaffneten Fabrikswehren. Gleich anschließend reichten sich die Schutzbündler unter Roschers Kommando in die Marschkolonnen der Betriebsdelegationen ein und zogen in einem immer schneller werdenden Tempo an der hinabblickenden sowjetischen Prominenz vorbei.¹³⁶ Warum das Vorbeidefilieren in einer Art Wettlauf ausartete, war den Schutzbündlern unerklärlich. Größere Verwunderung – wenn nicht hämische Bemerkungen – löste unter ihnen ein damals aufgenommenes Foto aus, das in der KP-Presse abgebildet wurde. Es zeigte Ruth Fischer und eine Grazer Jungkommunistin im Schutzbunddress, beide Augenpaare nach oben gerichtet und die rechte Faust zum kommunistischen Gruß erhoben. Die lästernden Kommentare und Vorwürfe waren insofern frauenfeindlich, als die empörten »echten Barrikadenkämpfer« die Rolle von Ruth Fischer während der Februartage in Wien gar nicht kannten und auch keine Bereitschaft aufbrachten, den Beitrag »geheimer« Sozialdemokratinnen im Schutzbundapparat (Nachrichtendienst, Transport und Verstecken von Waffen usw.) gebührend zu würdigen. Andere störte die Vorstellung, Frau Fischer wolle sich unbedingt in Szene setzen. Wäre Ernst Fischer statt Ruth abgebildet worden, hätte man wahrscheinlich keinen Tratsch daraus gemacht.

Fünf Tage nach dem Aufmarsch kamen die Schutzbündler mit Georgi Dimitrow, dem »Held von Leipzig«, zusammen. Er war bekanntlich kurz zuvor aus dem deutschen Kerker entlassen und nach Moskau eingeflogen worden. Dort avancierte er bald zum Generalsekretär der Komintern. Besonders angetan waren die Februarkämpfer von Dimitrows Bescheidenheit und Realitätssinn. Bei seiner Einschätzung des Bürgerkriegs in Österreich sparte der Bulgare nicht mit Kritik an der KPÖ, die seiner Meinung nach »isoliert gearbeitet« und »keine Verbindung zum Schutzbund« unterhalten hätte. Er vertrat außerdem die Ansicht, daß die Voraussetzung für eine revolutionäre Erhebung der österreichischen Arbeiter damals nicht gegeben war und sie daher »erfolglos geblieben« sei.¹³⁷ Die Aussprache fand im Beisein bekannter sowjetischer »Udarniki« (Bestarbeiter) statt,¹³⁸ ferner nahm Bela Kun daran teil, der nach 1919 einige Jahre in Wien verbracht hatte. Kurz vor diesem Treffen war der prominente ungarische Kommunist während einer EKKI-Sitzung mit Kopenig, dem Reichssekretär der KPÖ, zusammengestoßen, weil dieser die EKKI-Resolution zu den Februarkämpfen als schwülstig empfand und die darin enthaltenen Passagen über den »Arbeiteraufstand« scharf kritisierte. Als Kun ihn einen »Abweichler« nannte, verließ Kopenig wütend die Sitzung und mußte zur Rückkehr überredet werden.¹³⁹ Kopenig war vermutlich auf Kun ohnehin nicht gut zu sprechen, hatte doch der Ungar nach Ansicht des EKKI anlässlich einer Rede am Moskauer Institut für Weltwirtschaft die Beteiligung der österreichischen KI-Sektion im Februar 1934 unterschätzt. Das EKKI unterbreitete Kun hierauf den »Vorschlag«, diesen Fehler »in einem passenden Moment durch die Presse zu korrigieren«.¹⁴⁰

Mit den Schutzbündlern gab sich Kun nun volkstümlich, redete breiten Wiener Dialekt und sammelte Erfahrungsberichte für eine Broschüre über die Februarrevolte.¹⁴¹ Einige Tage später lud man einen Teil der Schutzbündler ins Machtzentrum, den Kreml, ein, wo sie sich die heute bekannten, aber damals der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Prunkräume sowie die Schatzkammer und Kathedrale ansehen durften. In einem Saal trat ein Chor der Roten Armee auf, der »Budjonny-Marsch« wurde gespielt, wonach sich der Kavallerieheld des Bürgerkrieges persönlich zu den Gästen gesellte. Beim Festessen erschien kurz Stalin, blieb am Tischende stehen und begrüßte die Österreicher. Die Tischreden an jenem Abend liefen nach dem mittlerweile bekannten Muster ab – lange, schwülstig und von Toasts unterbrochen. In einem eher nüchternen Ton sprach Staatspräsident Kalinin, der im allgemeinen Volksmund liebevoll der »Deduschka« (Opa) genannt wurde. Er bot sich den Schutzbündler als letzte Instanz an, als eine Art Ombudsmann – eine

Rolle, die ihn auch in der heimischen Bevölkerung populär gemacht hatte.¹⁴²

»Ideologisch« integriert war das Gros des ersten Schutzbundtransports zu diesem Zeitpunkt freilich noch nicht. Wie Ernst Fischer berichtete, sprachen die österreichischen Februarkämpfer den KPD-Apparatschiki in Moskau das Recht ab, die SDAP in Bausch und Bogen zu verdammen, zumal die große KPD sang- und klanglos untergegangen war.¹⁴³ In Gesprächen mit Funktionären der Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern) prangerten die Schutzbündler die bis dahin praktizierte Politik der KPÖ an: Diese hätte keine richtigen Führer gehabt, unerfüllbare Forderungen gestellt, den Kampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie geführt u.v.a.m. Auch die Losungen der österreichischen Bolschewisten und die Schreibweise der Wiener Zeitung *Die Rote Fahne* stießen auf Ablehnung. Die Schutzbündler verstanden nicht, warum so viele obdachlose Kinder (Besprizorni) in den Straßen Moskaus herumliefen und weshalb die Neubauten keinen Außenverputz hatten.¹⁴⁴ Schockiert hatte die österreichischen Politemigranten, daß Frauen in aller Öffentlichkeit, auch auf der Straße, rauchten. Da schwangen unbewußt gängige westliche Benimmregeln und bewußt ein in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) praktizierter »Arbeiterpuritanismus« mit: Nur »deklassierte« Frauen und Huren frönen dem Glimmstengel auf offener Straße.¹⁴⁵ Die jungen Februarkämpfer wurden allerdings gleich nach ihrer Ankunft in diesem Weltbild bestätigt, als der WZSPS-Sekretär Abolin gegen die vor dem palaisähnlichen Haus stehenden, neugierig dreinblickenden Mädchen eine Tirade lobließ, in der er sie Prostituierte nannte und den Österreichern riet, Freundinnen im Komsomol (Kommunistischer Jugendverband) zu suchen.¹⁴⁶

Nach intensiven medizinischen Tests schickte man etwa 80 Schutzbündler auf Kur; einige fühlten sich durchaus gesund und mußten dazu überredet werden. Die Feriengäste verbrachten einige Wochen in Sanatorien der »gehobenen Klasse« auf der Krim oder im Kaukasus (Kislowodsk, Mineralniwoda).¹⁴⁷ Sie dürften in bester Stimmung abgefahren sein, nachdem sie unmittelbar zuvor bei einem Treffen in der WZSPS-Zentrale Erfreuliches vernommen hatten. Da war zunächst die Bekanntmachung der Arbeitseinteilung nach Stadt und Betrieb, dann die Formalitäten hinsichtlich der Einreise ihrer Familien und schließlich die Lohn- und Wohnungsfrage. Die Bestimmungen des WZSPS waren in der Tat generös: ein einmaliges »Startgeld« von 500 Rubel sowie ein für sechs Monate garantierter Monatslohn von 250 Rubel.¹⁴⁸

Grundsätzlich konnte der einzelne Schutzbündler den Beruf und seinen künftigen Aufenthaltsort wählen, die Praxis sah jedoch häufig

anders aus. Manche zogen Charkow vor, in der Erwartung eines wärmeren Klimas.¹⁴⁹ Den Freundeskreis aufrechtzuerhalten, erachteten viele als wichtig. Ein Schutzbündler aus Wien-Stadlau mußte enttäuscht zur Kenntnis nehmen, daß er seine Freunde verlassen und nach Leningrad fahren werde, weil es für ihn in Moskau keine Wohnung gab.¹⁵⁰ Mit der Berufswahl klappte es oft nicht, wie später zu zeigen sein wird. Dabei orientierte sich der WZSPS natürlich an den Bedürfnissen der lokalen Industrie. Einige Berufe der Österreicher waren überdies entweder wenig bekannt oder nicht gefragt (Installateur, Maler, Tischler, Kunsttischler, Bauarbeiter). Die Aufteilung sah schließlich folgendermaßen aus: 117 Mitglieder des ersten Transports verblieben in Moskau, 91 kamen nach Leningrad, 96 nach Charkow.¹⁵¹

Der zweite Transport erreichte Moskau am 4. Juni. An der sowjetischen Grenze beschlagnahmten sowjetische »Organe« Filme, womit einige Schutzbündler die imposante Ehrengarde von NKWD- und Rote



Schutzbündler in Moskau, Sommer 1934.

v.l.n.r:

1. Reihe: Dr. Franz David, Johann Pischka, sowjetischer Berater.
2. Reihe: Karl Ruzicka, Eduard Marischka, Hans Dobias, Josef Wallenback, Karl Dobias, Hans Elsner, Anton Schneider, Eduard Kummer, Hans Täubl.
3. Reihe: Franz Pischka, Karl Hübsch, Josef Ruzicka, Josef Baumgartner, Franz Dorfner.

Armee-Einheiten fotografiert hatten. Auch diesmal verschwanden die österreichischen Pässe auf Nimmerwiedersehen. Man begründete die vorläufige Abgabe des Personaldokuments mit der Notwendigkeit einer polizeilichen Anmeldung in Moskau.¹⁵² Den zweiten Transport leitete Robert Rosak, ein 28jähriger gelernter Lithograph, der bis zur Februarrevolte Angestellter der burgenländischen Arbeiterkammer gewesen war.¹⁵³ Auf dem Platz vor dem Weißrussischen Bahnhof erwarteten Betriebsdelegationen und Truppen, aber auch Mitglieder des ersten Transports die neuen Flüchtlinge. Begrüßungsreden hielten u.a. Abolin (WZSPS), Germanetto (MOPR) und ein Vertreter der ausländischen Arbeiter in Moskau. In ihren Reden richteten Vertreter der KPÖ und der beiden Transporte polemische Angriffe gegen die österreichische Sozialdemokratie und die tschechischen Sozialdemokraten.¹⁵⁴ Im Zuge dieser Polemik verwandelte die sowjetische Publizistik die früheren Unterkünfte der Schutzbündler in »Konzentrationslager der tschechoslowakischen Bourgeoisie«.¹⁵⁵

Im Hotel »Europa« untergebracht, absolvierten die Mitglieder des zweiten Transports ein dichtes Programm (hauptsächlich Kultur- und Betriebsbesichtigungen), außerdem einen Besuch bei Lenins Witwe und den obligaten Gang zum Lenin-Mausoleum. Man kleidete sie neu ein und schickte sie Anfang Juli zur Arbeit. Je 30 Mann kamen nach Rostow am Don und Gorki, den Rest verteilte man auf Moskau, Leningrad und Charkow.¹⁵⁶ Die wichtigste politische Veranstaltung, der die Angehörigen des zweiten Transports vor Arbeitsantritt beiwohnten, fand am 9. Juni im Kolonnensaal des Gewerkschaftshauses an der Ecke Puschkinstraße-Marx Prospekt statt. Gewerkschaftssekretär Abolin eröffnete die Tagung am 9. Juni, der österreichische EKKI-Vertreter Großmann und Sekretär der KPÖ Koplénig leiteten sie.¹⁵⁷ Als Hauptredner für die sowjetische Funktionärsschicht sprach W.G. Knorin, ein im EKKI für Mitteleuropa zuständiger Lette (im Juni 1937 verhaftet und im darauffolgenden Jahr erschossen).¹⁵⁸ Knorin forderte die Schutzbündler auf, sich freimütig zu folgenden Fragen zu äußern:

- 1) Warum hielten revolutionäre Arbeiter der SDAPÖ bis zuletzt die Treue?
- 2) Warum blieb die KPÖ bis zum Februar 1934 klein und ohne Einfluß in der Arbeiterschaft?
- 3) Wie kann man in Österreich eine kommunistische Massenpartei aufbauen?

Als erster Österreicher sprach Josef Liebert, dessen Biographie viele jener Stationen aufwies, die die Entwicklung vom radikalen Sozialde-

mokraten zum »Nachfebruar-Kommunisten« markierten: Kinderfreunde, SAJ, Bundesheer (1927 entlassen), Arbeit im Wiener Gaswerk, vierjähriger Besuch der Wiener Abendschule der SDAPÖ, Kampfeinsatz in Floridsdorf, Flucht in die ČSR, dort Beitritt zur KPÖ. Der Ausschluß kommunistisch beeinflusster Februarkämpfer aus den tschechischen Emigrantenlagern nach Abgang des ersten Transports war auch für Liebert der entscheidende Anlaß, mit der Sozialdemokratie zu brechen.¹⁵⁹ Nach zwei weiteren österreichischen Redebeiträgen, in denen u.a. die Taktik und Publizistik der KPTsch hinsichtlich der österreichischen Flüchtlinge einer scharfen Kritik unterzogen wurden, ergriff Dmitri Manuilski, der prominenteste sowjetischer Vertreter im Politischen Sekretariat des EKKI, das Wort. Seinen Ausführungen zufolge waren die Gründe für die anhaltende Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung in der Politik der Sozialdemokraten zu suchen: im »Verrat« vom 4. August 1914 sowie der feindlichen Einstellung gegenüber dem jungen Sowjetstaat; und schließlich in der Mitarbeit von Sozialisten in westlichen Koalitionsregierungen. Manuilskis weitere Ausführungen waren ebensowenig differenziert: etwa die Vorstellung, eine internationale Vereinigung der Werktätigen könne nur gemäß dem sowjetischen Modell, d.h., durch einen bewaffneten Aufstand zustandekommen. Danach präzentierte er eines der abgegriffenesten KI-Argumente: Man müsse die sozialdemokratischen Arbeiter gewinnen, deren Führer aber »entlarven«.

Koplenigs Antworten auf die drei Fragen Knorins trugen insofern zu einer Klärung bei, als er die schlimmsten sektiererischen Ausfälle seiner Partei gegen die SDAP ausschließlich mit Beispielen aus dem politischen Alltag in Österreich zu begründen versuchte, beispielsweise die Verspottung und das Lächerlichmachen der KPÖ durch die mächtige Partei Otto Bauers sowie die politisch-wirtschaftliche Diskriminierung von KP-Aktivisten durch Gewerkschaften und SP-kontrollierte Gemeinden. Er unterstrich die Notwendigkeit, die neuen, aus der SDAP kommenden KPÖ-Kader unvoreingenommen zu behandeln und ihnen leitende Funktionen zu übertragen.

Fünf Tage später sprach am selben Ort S.A. Losowski (Vorsitzender der Roten Gewerkschaftsinternationale und EKKI-Mitglied) zu den Schutzbündlern. Sie hatten ihn gebeten, über die Unterschiede zwischen »reformistischer« und »revolutionärer« Gewerkschaftspolitik zu referieren und ihre Fragen zu beantworten.¹⁶⁰

All diese Diskussionen, die nicht nur der Bekehrung zum Kommunismus der Schutzbündler dienen sollten, sondern teils auf deren ausdrücklichen Wunsch veranstaltet wurden, können nicht als ein Wettstreit von

Auffassungen, als Beitrag zu einem Klärungsprozeß bezeichnet werden. KPÖ-Redner gestanden zwar Fehler in der Vergangenheit ein, die Selbstkritik blieb jedoch unspezifisch und ahistorisch. Das darf nicht verwundern, denn eine ehrliche Auseinandersetzung mit der politischen Praxis der KPÖ bis 1934 hätte eigene Funktionärpositionen untergraben und zudem auch den kontraproduktiven Kurs der Komintern (insbesondere nach 1928) aufzeigen müssen. Andererseits lernten viele Schutzbundemigranten sehr rasch die Sprache der Epigonen des »Vaters aller Werktätigen« und übertrafen einander in ihrer Verteidigung des schematischen »Freund/Feind«-Bildes stalinscher Politik. Und weil sie dabei die Errungenschaften der österreichischen Arbeiterbewegung ins Lächerliche zogen und die des »Sowjetvolkes« über alle Maßen lobten, entwerteten sie die eigene Vergangenheit – ein interessantes Phänomen bei der »Umformung« der Persönlichkeitsstruktur im Stalinismus.

Im eigenen Auftrag: Richard Bernaschek in der Sowjetunion

Aufschlüsse über die Möglichkeiten einer von vielen Schutzbündlern ersehnten Annäherung der beiden Internationalen gibt Richard Bernascheks Besuch in der Sowjetunion (Spätsommer 1934).¹⁶¹ Der Führer des oberösterreichischen Schutzbundes wurde bekanntlich am 12. Februar 1934 im »Hotel Schiff« gefangengenommen, er konnte jedoch mit Hilfe von österreichischen Nationalsozialisten aus dem Gefängnis nach Bayern flüchten. Da Bernaschek sich für die illegale Arbeit der Nazi in Österreich nicht einspannen ließ, legte man ihm nahe, Deutschland zu verlassen. Ende Mai 1934 kam er in Prag an; unterwegs hatte er in der Schweiz Fritz Adler, den Sekretär der SAI, getroffen und eine sowjetische Einladung abgeholt. Bernaschek fand im Zbraslaver Schutzbundlager eine freundliche Aufnahme. Das ehemalige Hotel »Ritz« war ursprünglich eine Herberge für deutsche Politflüchtlinge, wurde aber ab März 1934 eine Hochburg der oberösterreichischen Schutzbündler.

Der Neuankömmling arbeitete hier an seinem Konzept einer »Überpartei« der österreichischen Linken. Warum Bernaschek in den ersten Augusttagen nicht allein, sondern in Begleitung von August Moser (Steyr) sowie Richard Strasser nach Moskau fuhr, ist unklar. Möglicherweise gesellte sich Strasser auf Empfehlung des ALÖS, Moser hingegen auf Bitte der KPÖ dazu. Beide Parteien kannten das eigenwillige Benehmen des Linzer Politikers, und das ALÖS war seit den Auseinandersetzungen anlässlich der Abfahrt des ersten Schutzbundtransports über das anhaltende Abdriften seiner Schützlinge ins Lager der Kommuni-

sten höchst beunruhigt. Eine Aussprache zwischen Bernaschek und Otto Bauer konnte die sozialdemokratischen Vorbehalte gegen die Reise nach Moskau nicht ausräumen, zumal ersterer nicht einmal seine Begleiter über die geplante Verhandlungsstrategie aufzuklären bereit war.

Strasser hatte über einen längeren Zeitraum eher dem linken Flügel der Sozialdemokratie angehört im Gegensatz zu Moser. Ersterer war nach 1918 Vorsitzender sowohl des Linzer als auch des oberösterreichischen Arbeiterrates, ferner Gemeinderat in Linz, Landtagsabgeordneter und Parteivorstandsmitglied. 1925–1934 und nach seiner Rückkehr aus der englischen Emigration (1945) leitete Strasser die Wirtschaftsabteilung in der oberösterreichischen Arbeiterkammer.¹⁶² Im Gegensatz zu Strasser, der in der ČSR wie in Moskau eine kritische Distanz zur KPÖ bewahrte, näherte sich Moser vorsichtig der kommunistischen Bewegung. Auf Einladung der Roten Hilfe führte er im Mai 1934 mit Johann Kopleng eine unverbindliche Aussprache. Beim zweiten Treffen, etwa einen Monat später, erklärte sich Moser bereit, der KPÖ beizutreten.¹⁶³ Moser, Strasser und Bernaschek fuhren im selben Zug, der den großen österreichischen Kindertransport am 8. August 1934 über die sowjetische Grenze brachte. In Negoreloje wartete Dr. Franz David auf die drei Emissäre, die er während der Verhandlungen mit der Komintern und anschließender Rundreise bis Ende September betreute. Eine Woche nach Ankunft der Oberösterreicher erhielt Bela Kun von der Kominternleitung den Auftrag, »in nicht offizieller Weise mit Bernaschek zu sprechen«.¹⁶⁴ Am 15. August fand eine – hitzig verlaufende – Aussprache statt, an der Bela Kun, der österreichische EKKI-Vertreter Großmann und die drei Besucher teilnahmen.¹⁶⁵ Vor dem Treffen waren Moser und Bernaschek aneinander geraten, da dieser zum wiederholten Male erklärte, als Führer der Delegation bestimme er und niemand sonst.

Da Bela Kun und Bernaschek, ein gebürtiger Ungar, ihre Unterredung in ungarischer Sprache durchführten, sah sich Moser zu einer entsprechenden Beschwerde veranlaßt. Bernaschek erklärte dann – auf deutsch – daß er, obwohl er sich mit Bauer und Adler getroffen hätte, weder im Namen der Revolutionären Sozialisten noch der Kommunisten, sondern »im rein persönlichen Interesse an der Sache« spreche. Beide Arbeiterparteien in Österreich müßten sich in einer Einheitsfront zusammenschließen, mit dem gegenseitigen Abwerben von Mitgliedern Schluß machen und ein aus Vertretern beider Richtungen bestehendes Exekutivkomitee schaffen, das ein Presseorgan herausbringen würde. Eine solche Bewegung sollte die Massen mobilisieren, ohne sie parteimäßig anzuwerben.

Nachdem Kun eine Vielzahl von Fragen gestellt hatte, präziserte Bernaschek seine Vorstellungen: Die Bewegung habe als Bindeglied zwischen der 2. und 3. Internationale zu dienen, müsse aber so konzipiert sein, daß in ihr die Bauernschaft und »alle unzufriedenen Elemente«, insbesondere die enttäuschten, die von der herkömmlichen Linken nur teilweise erfaßten Schutzbündler Aufnahme finden könnten. Inwieweit die KPÖ Einfluß auf eine solche Sammelbewegung haben sollte (darauf zielten mehrere Zwischenfragen von Kun und Großmann ab), wollte Bernaschek im Laufe von noch zu führenden Verhandlungen geklärt sehen. Worauf ihm Kun zu verstehen gab, daß hier keine Verhandlungen, sondern lediglich eine Aussprache stattfinde. Bernaschek stellte einen ähnlichen Meinungsaustausch mit der 2. Internationale in Aussicht, gab aber zu, die Ablehnung seiner Ideen, sei es in Moskau oder in Zürich, würde seine Mission »erledigen«.

Auf den realistischen Einwand von Großmann, daß das ALÖS vielleicht kein eindeutiges Urteil darüber abgeben, sondern zaudern würde, antwortete Bernaschek, es wäre ein Gewinn für die Komintern, sollte diese allein seinem Konzept zustimmen. Dann gingen Bela Kun und Großmann zur Offensive über. Der EKKI-Vertreter der KPÖ verlangte von Bernaschek, sich vom ALÖS zu trennen, während Kun darüber dozierte, weshalb es zwischen den Interessen der Kommunistischen Partei und jenen der Arbeiterklasse keinerlei Konflikte geben könne. Das provozierte Bernaschek zu einer längeren Erläuterung, warum die KPÖ einen revolutionären Sturz in Österreich nicht allein herbeizuführen imstande sei, da weder sie noch die Revolutionären Sozialisten bei Aufrechterhaltung bestehender Führungsansprüche die Massen würden leiten können. In seiner Erwiderung ließ Kun gegen die bolschewistische Variante der »Diktatur des Proletariats« keine Einwände gelten und warf Bernaschek sämtliche »Fehler« der österreichischen Sozialdemokratie seit 1918 an den Kopf. Weitere »Abrechnungen« Großmanns und Kuns mit der Sozialdemokratie implizierten, Bernaschek habe sich von der Sozialistischen Internationale zu distanzieren, vor allem von deren rechtem Flügel. Dabei erhob Großmann fragwürdige Thesen: Die österreichischen Arbeiter glaubten nicht mehr an die Demokratie, die bürgerliche Demokratie »faschisiere« sich auch in anderen Ländern, die Politik der 2. Internationale habe überall Bankrott gemacht usw. Bernaschek versprach schließlich, sein Konzept zu Papier zu bringen und stellte resignierend fest:

»Aber so wie ich einer bin, so werdet ihr in Österreich eine Menge von Leuten finden, und zwar sind das die besten unserer Leute. Dafür kann ich euch jetzt

schon Bürgschaft geben. Ihr werdet sie nicht bekommen. Euer Kampf, der 15 Jahre lange vergeblich war in Österreich, wird auf lange ebenso vergeblich sein (...), wenn ihr an dieser starren Haltung festhaltet, ist ein Versuch einer Vereinigung, ein Versuch, eine Brücke zu schlagen zwischen diesen beiden Internationalen und durch die Tat zu beweisen, daß es möglich ist, einen Zusammenschluß herbeizuführen, gescheitert.«¹⁶⁶

Von Kun zu Bernascheks Konzept befragt, meinte Moser, dieses bedeute wieder Separatismus, eigentlich eine neue Partei, mit der viele nicht mitgehen würden. Bernaschek sagte anschließend zu Moser: »Das ist mein Entwurf. Da darfst Du nicht dreinreden!«¹⁶⁷

Am darauffolgenden Tag legte Bernaschek seine Ausführungen zur Einheitsfront – in Form einer Überpartei der Linken – schriftlich nieder.¹⁶⁸ Dmitri Manuilski teilte Bernaschek mit, die Zeit sei für solche Pläne nicht reif. Bela Kun lehnte sie mit der Begründung ab, die Kommunisten würden nie ihre Selbständigkeit aufgeben. Auch ein finanzieller Vorschub zur Verwirklichung des Konzepts des Linzer Führers wurde in Moskau abgelehnt. Gegenüber Manuilski sprach er offen über seine Eindrücke. Diese waren typisch für jemanden, der aus Europa kam – einerseits Wahrnehmung des schlechten Zustands der Häuserfassaden und der armselig gekleideten Menschen, andererseits Begeisterung für das Schulwesen und die rege Kulturarbeit unter den Massen.¹⁶⁹ Das ausgedehnte Besuchsprogramm führte die drei Oberösterreicher auf Baustellen der Moskauer Metro, nach Dnepropetrowsk, auf die Krim, nach Gorki und in die Autonome Republik der Tschuwaschen. Nachher beschrieb Bernaschek seinem Bruder das Leben in der Sowjetunion als »grandios und grauenhaft«. In Moskau vertraute er einem aus Steyr stammenden Schutzbündler an, die sowjetische Diktatur sei genauso wie der deutsche Nationalsozialismus abzulehnen: »Das ist nichts für uns.«¹⁷⁰ Obwohl Richard Bernaschek eine Einladung zum Verbleib in der Sowjetunion erhielt, fuhr er enttäuscht nach Prag zurück.

Einige Zeit vor Bernascheks Ankunft entnahm Ernst Fischer seiner Unterredung mit Manuilski die Möglichkeit, daß die Komintern die KPÖ auflösen und eine neue Partei der österreichischen Linken mitbegründen könnte.¹⁷¹ Manuilskis Erwähnung dieser Variante diente vermutlich in erster Linie dem Zweck, in Abwesenheit des KPÖ-Vertreters Großmann die ungeschminkte Wahrheit über die sekundäre Rolle der KPÖ während des Februaraufstandes zu hören.

Unbestreitbar war hingegen, daß der Linzer Schutzbundführer nur für sich allein sprach und von der 2. Internationale weder ein Verhandlungsangebot noch einen sonstigen Auftrag erhalten hatte. Unbeantwortet ließ er auch die Frage, wo er den notwendigen Kader für die Schaffung

der neuen Bewegung hernehmen wollte. Außerdem lieferte sein Aufenthalt in Deutschland zahlreiche Verdachtsmomente (nicht nur in Moskau).

Gustl Moser besuchte die Schutzbundkollektive in den verschiedenen Städten und hielt Betriebsversammlungen ab, etwa vor den steirischen Schutzbündlern in der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik »Selmasch« in Rostow am Don. Erst im September 1935 kehrte Richard Strasser aus Moskau in die Tschechoslowakei zurück.¹⁷² Im März 1935 begann er eine achtmonatige Volontärbeschäftigung im Institut für Wirtschaftliche Untersuchungen bei der Planungsbehörde Gosplan. Sein Fachgebiet waren die Sozialversicherungssysteme der kapitalistischen Länder. Obwohl ihm sein Vorgesetzter im Gosplan ein gutes Arbeitszeugnis ausstellte, lehnte der WZSPS Strassers Einstellung mit der Begründung ab, für solche Spezialkenntnisse gebe es keine Planstelle.¹⁷³ Die Gründe für Strassers Rückkehr an die Moldau waren nicht vorwiegend beruflicher, sondern politischer Natur. Er selbst war der Meinung, daß er seinen Aufenthalt, früher als ihm lieb gewesen wäre, abbrechen mußte, da er »Kommunist nicht werden konnte«. Mit hohen sowjetischen Funktionären kam Strasser laut eigener Darstellung gut aus, nicht aber mit den Kaderleuten der KPÖ und dem Moskauer Schutzbundkollektiv. Man akzeptierte anfangs seine Bedingung, daß er der KP vorerst nicht beizutreten brauche und den Zeitpunkt seiner Ausreise selbst bestimmen könne, mit der Zeit jedoch fand man ihn zu passiv. Als bekannter SP-Führer, der mit seiner politischen Heimat nicht brechen wollte, kam er bei Versammlungen der Schutzbündler in eine peinliche Lage, insbesondere, als es darum ging, Resolutionen gegen »Verräter« in den eigenen Reihen oder gegen die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI) zu verabschieden. Mit dieser Einstellung war er als Referent unbrauchbar. Strassers Dilemma spitzte sich zu, nachdem er festgestellt hatte, daß seine kritischen Bemerkungen zum sowjetischen Alltag (in Briefen nach Prag) in Moskau die Runde machten. Es warnte ihn überdies ein österreichischer Kommunist, seine Briefe stünden »unter strenger Postkontrolle«. Strassers Abreise verzögerte sich über Monate. Der offizielle »Grund« für die Verzögerung war die Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Ein- und Ausreise der Delegierten zum 7. Weltkongreß der KI. Strasser selbst glaubte, daß man hoffte, ihn letzten Endes doch umzustimmen und politisch »umzudrehen«, was freilich nicht gelang.¹⁷⁴

Betriebsleben

Einleitung: Die sowjetische Wirtschaft 1934–1935

Die sowjetische Industrie war in den Jahren 1934–1935 geprägt vom Wechsel von der extensiven zur intensiven Wirtschaftsmethode. Der jährliche Zuwachs in der Arbeitsproduktivität verdoppelte sich beinahe zwischen 1933 (8,7 Prozent) und 1935 (15,7 Prozent).¹ Die Steigerung in der Arbeitsproduktivität fiel deshalb so hoch aus, da erstens die Werteproduktion in der Sowjetunion Ende der 1920er Jahre extrem niedrig war und zweitens, weil man im Zuge des Ersten Fünfjahresplans (1928–1932) große Mittel in die Modernisierung der Betriebe steckte.

Die für den Zweiten Fünfjahresplan (1933–1937) konzipierten Ausstoßziffern wurden 1933 radikal nach unten revidiert. Der Plan sah eine Verschiebung knapper Ressourcen von der Schwer- in die Leichtindustrie (Konsumgüter) sowie eine generelle Hebung des sehr niedrigen Lebensstandards vor. Als Voraussetzung dafür schrieb man den Betrieben effektives Wirtschaften, erhöhte Produktivität und das Meistern der »neuen Technik« vor. Diese hochgesteckten Ziele wurden nur teilweise erfüllt. Zwar stieg die Arbeitsproduktivität zwischen 1934 und 1936 stark an, im darauffolgenden Jahr setzte jedoch eine Stagnationsperiode ein, die einerseits mit der Verschiebung von Ressourcen im Zusammenhang mit dem sprunghaft gewachsenen Militärbudget, andererseits mit den Auswirkungen des Terrors erklärt wird.²

Die zweite Phase der Industrialisierung lief ab 1932 unter dem Motto: Erhöhte Produktivität durch intensive Ausnutzung des Maschinenparks und Einführung neuer Produktionsmethoden. Eine wichtige Bedingung dafür wäre die Gewährung von mehr Autonomie innerhalb der verschiedenen Trusts gewesen, insbesondere in bezug auf die Zuteilung von knappen Ressourcen, industrielle Entwicklungsstrategien und Lohnpolitik. Aber gerade das war mit der sich herausbildenden stalinistischen Kommandowirtschaft unvereinbar: Eine durchgängige Entscheidungsfreiheit für industrielle Unternehmen hätte nach Meinung der Parteiführung den Primat der Partei in Frage gestellt und die von ihr mühsam aufgebaute institutionelle Infrastruktur in Wirtschaftsangelegenheiten gefährdet. Statt also von wissenschaftlich begründeten und realistischen Produktionsdaten auszugehen, griff die Parteiführung immer wieder auf voluntaristische Maßnahmen zurück. Dabei bediente sich das Zweigespann Partei (WKP/b)/Volkskommissariat für Schwerindustrie (NKTP) einer Schar von Kontrollinstanzen: Parteiorganisatoren, WZSPS-Funk-

tionäre, Bevollmächtigte der Kontrollkommission der Partei, NKWD-Stellen usw. Ihre gemeinsame Aufgabe bestand darin, die Arbeiterschaft für höhere Produktionsziele und verbesserte Arbeitsproduktivität zu mobilisieren, ohne dabei grundsätzliche Kompromisse an die »Kommandeure« der Betriebe machen zu müssen.

Die chronische Ineffizienz der sowjetischen Wirtschaft – die produktive Arbeitszeit bei einem siebenstündigen Arbeitstag betrug 1933/34 kaum mehr als fünf bis fünfundeneinhalb Stunden³ – wurde weder ökonomisch diskutiert noch wissenschaftlich analysiert, sondern »mit willentlichem oder fahrlässigem Fehlverhalten der Verantwortlichen begründet.«⁴ Und weil man in der Stalinschen ZK-Führung den Systemcharakter des Wirtschaftens nicht anerkennen wollte und lieber jede wirtschaftliche Handlung als Ausdruck des politischen Willens und beliebig steuerbar wählte, begab man sich bei Industrieunfällen, Produktionsstockungen und Nichterfüllung des Plans auf die Suche nach »Sündenböcken«. Dies war ein Wesensmerkmal des Stalinschen Verständnisses von Industriepolitik und lag einer Vulgarisierung des »dialektischen Materialismus« zugrunde, der zufolge »sich das ›Neue‹ nur im heftigen Kampf mit dem ›Alten‹ durchsetzen« könne und nach einem Antipoden verlange.⁵ Den »Antipoden« bildeten 1928–1931 und wieder ab 1935 die sogenannten »bürgerlichen« Industriefachleute und Manager sowie die erste Generation ihrer Nachfolger. Die virulente »Spez-Hatz« (1928–1931), besser bekannt als »Schädlingekampagne«, untermauerte man mit »Hinweisen« auf die »Verschärfung des Klassenkampfes« im Lande.⁶ »Schuldige« Wirtschaftsexperten wurden in den ersten großen Schauprozessen der Stalinära unter größter Publizität abgeurteilt und zum Teil hingerichtet. Hier sei an die Schachtly-Affäre (1928) erinnert, den Prozeß gegen die fiktive »Industriepartei« (1930) sowie gegen das menschewistische »Unionsbüro« (1931).⁷

Die vier Jahre währende Hetzjagd auf »Spezialisten« hatte immerhin dafür gesorgt, daß Debatten über politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik, die in den 20er Jahren offen geführt wurden, nun der Vergangenheit angehörten. Außerdem waren die Spezialisten künftig weniger geneigt, gegen unsinnige Planvorgaben zu protestieren.

Das niedrige Produktions- und Produktivitätsniveau versuchten Wirtschaftsmanager vornehmlich über die Lohnpolitik einer Lösung zuzuführen. Nach Stalins Verurteilung der »Gleichmacherei« in der Lohnpolitik⁸ wurden im Herbst 1931 stark differenzierte Tarifsysteme eingeführt und durch gestaffelte Akkordlöhne ergänzt. Dadurch weitete sich die Spanne zwischen unterster und oberster Lohngruppe stark aus. Gemäß den neuen Tarifsätzen erhielt ein Arbeiter bei Erfüllung seines Leistungssolls den einfachen Akkordsatz, bei Übererfüllung je nach Lei-

stung gestaffelte Akkordzuschläge. Immer mehr Arbeitsvorgänge wurden nach dem Stücklohnprinzip entgolten. 1935 war der Anteil im Akkord geleisteter Arbeitsstunden an der gesamten Arbeitszeit der sowjetischen Industrie auf 70 Prozent gestiegen.⁹ Den steigenden Reallohn konnten gutverdienende Facharbeiter – in der Gesamtindustrie noch eine kleine privilegierte Minderheit – jedoch erst 1935 materiell umsetzen, als das Rationierungssystem auslief und mehr Konsumgüter auf den Markt kamen. Die neue Lohnpolitik setzte sich jedoch nicht überall und nicht gleichzeitig durch, so daß viele Arbeiter durch Betriebswechsel ihr Einkommen zu verbessern suchten. Damals war auch die Normierung uneinheitlich; manchmal setzte die Progression bereits ein, wenn 80 Prozent des Solls erfüllt wurden. Das hing wiederum mit der Tatsache zusammen, daß ein Großteil der Norm- und Akkordsatzkontrolleure über keine technische Vorbildung verfügte.¹⁰

Ein weiteres Ziel war die Hebung des technischen Niveaus. Obwohl der Zustrom an Arbeitskräften in die Betriebe 1933 abnahm, betrug der Anteil der unqualifizierten Arbeiter in jenem Jahr ein Drittel aller Beschäftigten (1929: 22,5 Prozent).¹¹ 1932 wurden die sogenannten »Technisches Minimum«-Kurse eingeführt und 1934/35 intensiv propagiert, auch unter den Schutzbündlern. Solche Kurse waren auf Beruf und Betrieb zugeschnitten, dauerten sechs bis zehn Monate und ersetzten die vierjährigen Fabriksschulungen.¹²

Die Qualifikationsverbesserung bei den Betriebsarbeitern war überdies eine Aufgabe, der sich auch – die oft brigademäßig zusammengefaßten – »Bestarbeiter« stellten. Das Konzept der »Stoßarbeit« (Udar-nichestwo)¹³ ging auf die Bürgerkriegszeit zurück und wurde 1927/28 wieder popularisiert, als sich Gruppen von Arbeitern, meistens Komso-molzen, verpflichteten, über die Produktionsvorgaben hinaus bestimmte Produktionsaufträge im Betrieb zu erfüllen. Zu diesem Zweck wurden Brigaden zusammengestellt, die mittels »Offener Briefe«, Resolutionen und direkter Herausforderungen andere Brigaden aufforderten, einen »sozialistischen Wettbewerb« anzutreten und damit die Leistungen berühmter Stoßarbeiter nachzuahmen. Betriebsleitungen standen solchen – zunächst spontanen – Arbeitseinsätzen skeptisch gegenüber. 1932 war die Kommune-Bewegung, in der nach Muster des Artels (Arbeitsgruppen) alle Mitglieder der Brigade den gleichen Lohn vom »Ältesten« bekamen, der Kampagne gegen »Gleichmacherei« zum Opfer gefallen.¹⁴ Die Kommune-Bewegung, bei der emanzipatorisch-sozialistische Prinzipien auch in der Privatsphäre fortlebten, war nun einmal nicht lenkbar.

Die Steuerung der Wettbewerbsmanie oblag schon seit 1929 dem WZSPS. Gewerkschaftsfunktionäre mußten auch die Ergebnisse regi-

strieren, während es der Fabriksleitung zufiel, die arbeitstechnischen Voraussetzungen für den »Wettstreit« zu schaffen. Dem Parteiorganisator (»Parteiorg«) des Werkes fiel die Rolle eines Aufsichtsorgans zu. Zusammen mit dem »Parteiorg« bildeten der von der Partei bestellte »Rote Direktor« sowie dessen technischer Leiter die Führungstroika im Betrieb.

Bei der Teilnahme von Schutzbündlern an individuellen, abteilungs- und betriebsmäßigen Wettbewerben wurden Gewährsleute der KPÖ in die Organisation und Auswertung eingebunden. Über sie erhielt dann die Kaderabteilung der KI genaue Informationen über Arbeitsleistung und Verhalten des einzelnen Österreicher im Werk. 1935 jedoch hatte die Stoßarbeiter-Bezeichnung viel von ihrer ursprünglichen Substanz eingebüßt. Um immer mehr Arbeiter zu Wettbewerben zu animieren, wurden der Stoßarbeiter-Titel und die dazugehörenden Privilegien – vorwiegend in Form von Lebensmitteln, Konsumgütern und Urlaubspässen – freizügiger verliehen. Als die Schutzbündler in das sowjetische Arbeitsleben eintraten, war »Udarnik« bereits ein inflationärer Begriff, und der Trend der »sozialistischen Wettbewerbe« ging in Richtung individueller und nicht gruppenmäßiger Hochleistungen. Eine wichtige individuelle Komponente fand man auch in der Bewegung für Qualitätsarbeit (Otlitchnichestwo). Der »Otlitchnik« erhielt auch Geldprämien und andere Anreize, wenn er möglichst wenig Ausschuß (»Bruk«) produzierte. Diese Auszeichnung wurde einigen Schutzbündlern zuteil, die »Qualitätsoffensive« erfaßte aber nur eine verschwindende Minderheit der Gesamtarbeiterschaft und wurde für einige Zeit von der Stachanow-Hysterie aus den Schlagzeilen verdrängt.

»Garantielohn« 1934–1936

Das Gros der Schutzbündler des ersten und zweiten Transports bestand aus gelernten Arbeitskräften. Davon waren 468 Arbeiter, von diesen wiederum:¹⁵

Metallarbeiter	201
Bauarbeiter	56
Chemiearbeiter	10
Möbeltischler	38
Buchdrucker	19
Schneider	10
Textilarbeiter	5
Kraftwagenfahrer	17
Kommunalarbeiter	6

Trotz des hohen Anteils an gelernten Kräften mußten 70 bis 80 Prozent der Schutzbündler¹⁶ beginnen, in den Betrieben einen neuen Beruf zu erlernen oder umzulernen. Man kann davon ausgehen, daß sich ihre Arbeitserfahrungen in der eher kleinbetrieblichen Industriestruktur Österreichs für eine Laufbahn in einem sowjetischen Betriebsgiganten kaum eigneten, umso mehr, als der Maschinenpark oft am neuesten Stand war. Gefragt waren hauptsächlich Metallarbeiter. Bei der als notwendig erachteten Umschulung kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in vielen Fällen keine besonderen Anstrengungen unternommen wurden, den Österreichern eine Arbeit in ihrem bisherigen Beruf zuzuweisen. Schließlich gab es Hilfsarbeiter, Jugendliche mit abgebrochener Lehre und eine erkleckliche Zahl von Langzeitarbeitslosen, die sich an die Disziplin des Betriebsalltages wieder gewöhnen mußten. In Moskau, Leningrad und Charkow wurde die überwiegende Zahl der Schutzbündler in Großbetrieben untergebracht, in Gorki und Rostow beim größten Arbeitgeber der Stadt, dem Autowerk »Molotow« (GAS) bzw. der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik »Rostselmasch« (Selmaschstroj).

Die allgemeinen Schwierigkeiten der Schutzbündler im Betrieb und folglich auch die kollektivinternen Auseinandersetzungen traten am schärfsten in Charkow zutage. In bezug auf Lebensmittel, Wohnung, Sozialeinrichtungen, Kulturangebot, aber auch hinsichtlich der politischen und gewerkschaftlichen Betreuung dürften die Emigranten in Moskau und Leningrad besser versorgt gewesen sein. In diesen Ballungszentren lagen auch die Löhne durchschnittlich höher als im Süden. Die Zusammensetzung der Schutzbundkollektive in Moskau und Leningrad wies eine viel stärkere, von den Februarkämpfen herrührende Gruppenstruktur auf als in Charkow. Jedenfalls war die Zahl von politisch »unbeschriebenen Blättern« in Charkow auffallend hoch. Laut Eigenbericht eines Mitglieds des zweiten Transports, den es nach Charkow verschlagen hatte, sorgte man bei vermeintlich »unverläßlichen Elementen« dafür, daß sie sich außerhalb Moskaus niederließen, »da dort für Wankelmütige die österreichische Botschaft eine große Gefahr betreffend die eventuelle Heimreise bedeutete.«¹⁷

In Moskau arbeiteten 24–30 Schutzbündler in dem gigantischen Autowerk »Stalin« (SIS), heute als die inzwischen privatisierte Autofabrik »ZIL« bekannt. Der Betrieb ging aus der AMO-Fahrzeugfabrik hervor, wurde in den 30er Jahren ständig ausgebaut und beschäftigte 1935 24.000, Anfang 1938 43.000 Menschen. Die vorwiegend aus Deutschen, Österreichern und Nordamerikanern zusammengesetzte Ausländergruppe zählte Mitte der 30er Jahre 150 Mann. 1937 produzierte das Werk 75.000

Fahrzeuge, darunter den berühmten Personenwagen »SIS« sowie Lastwagen und Limousinen. Der politisch prominenteste Österreicher im »Stalin«-Werk, Ing. Josef Brüll, arbeitete im Planungsbüro und trat bei »sozialistischen« und stachanowistischen Wettbewerben als Hauptorganisator hervor.¹⁸ Die imponierenden Produktions- und Beschäftigtenzahlen sollen nicht darüber hinweg täuschen, daß auch der Automobilgigant »Stalin« an vielen Kinder- und chronischen Krankheiten neuer sowjetischer Betriebe litt. Im Oktober 1935 listete die Hauptverwaltung der Auto- und Traktorenindustrie die Gründe auf, derenthalten sie kritisiert wurde: funktionsgestörte Hupen, brüchige Armaturengriffe, schlechte Lackierung und Fensterscheiben, »die Zerrspiegeln glichen (und) Unfälle geradezu vorprogrammierten«.¹⁹

Im »Dynamo«- (später »Kirow«)-Werk, einer Lokomotiv- und Motorenfabrik, arbeiteten ca. 15 Schutzbündler, größtenteils Wiener.²⁰ Über 30 Februarflüchtlinge, darunter etliche Floridsdorfer, fanden Arbeit im großen Elektrosawod »ATE«, wo sie Elektromaschinen und Automaten warteten.²¹ Etwas weniger österreichische Emigranten, in der Mehrzahl Linzer und Steyrer, begannen ihr Erwerbsleben in der UdSSR im Kugellagerwerk Nr. 1 (später »Kaganowitsch«), neben deutschen, ungarischen und italienischen Politemigranten. Der Bau des Unternehmens,



Alois Zehetner im Kreis seiner Arbeitskollegen in der Ersten Staatlichen Uhrenfabrik, Moskau.

eines der Großvorhaben des Ersten Fünfjahresplans, kostete 116 Mill. Rubel. Das Werk lieferte alle notwendigen Kugellager für die Auto- und Traktorenindustrie. Fast ein Fünftel der Produktion im Jahre 1934 war jedoch Ausschuß.²² Insgesamt 40 ausländische Facharbeiter, darunter 17 Österreicherinnen und Österreicher, leisteten 1935 Präzisionsarbeit in der (1931 in Betrieb genommenen) 1. Staatlichen Uhrenfabrik (Moskau).²³ Die Fabrik war ein Neubau, die Maschinen hatte die sowjetische Regierung von der Dueber Haman Watch Company in Canton, Ohio, USA gekauft.²⁴ Kleinere Gruppen von Schutzbündlern arbeiteten in der Möbelfabrik Nr. 4, im Gummiwerk »Kautschuk«, in der Fahrradfabrik »Velosawod«, als Juweliere, Friseure, Drucker (»Iskra Revoluzii«, auch Druckerei Nr. 7 genannt, wo die DZZ hergestellt wurde) sowie in wissenschaftlichen Instituten. Ende 1935 arbeiteten 77 Schutzbündler in den erwähnten Großbetrieben, weitere 50 in Kleinunternehmen und Instituten.²⁵ Eine nicht feststellbare Zahl werkte 1934–1935 auf Baustellen – an Schulbauten, in den Schächten der Metro und am Hotel »Mossowjet« im Stadtzentrum.²⁶ Infolge der niedrigen Löhne dürften die meisten österreichischen Bauarbeiter zur Betriebsarbeit übergewechselt sein. Anfang 1936 waren nur noch neun in Moskau befindliche Schutzbündler auf Moskauer Baustellen beschäftigt.²⁷

Von den 160 bis 170 nach Leningrad verschickten Schutzbündlern²⁸ arbeitete die überwiegende Mehrheit in den folgenden Großbetrieben:²⁹

BETRIEB	PRODUKTE	ZAHL d. Schutzb. Mitte 1935
1) Elektroapparat	Elektrische Motoren, Heizkörper, Schalter	10
2) Elektrosila	Turbogeneratoren	15
3) Kasizki	Radiotechnik	16
4) Krassnaja Sarja	Telefontechnik	12
5) Krassnoje Snamja	Trikotagen, Strümpfe	3
6) Petschatny Dwor	Buchdruckerei	4
7) Putilow- (später Kirow-) Werke	Maschinenbau, Traktoren	28
8) Max Hoelz	Maschinenbau	6
9) Maxim Gorkij	Papier	4
10) Proletarski	Lokomotive	14
11) Skorochochod	Schuhwerk	9
12) Stalin	Turbinen	19
13) Fleischkombinat	Wurstherstellung	2
14) Milchkombinat	Milchpulver, Eiscreme	3

Einzelne Emigranten oder Kleinstgruppen arbeiteten im Werk »OGPU«, im Pelzkombinat, im Textilwerk »Rabotschi«, in der Bauverwaltung des Leningrader Stadsowjets, in Brotfabriken, bei der deutschsprachigen *Roten Zeitung*, in Autoreparaturwerkstätten, in der Eisenbahnwaggonfabrik »Oktober« und in verschiedenen Instituten.

Auch in Charkow mußten 80 Prozent der Ankömmlinge umgeschult werden.³⁰ Über die 43 Betriebe³¹, in denen die ca. 200 Charkower Schutzbündler erwerbstätig waren, ist vergleichsweise wenig bekannt. Ein Großteil arbeitete in metallverarbeitenden Betrieben, der Rest in Textilwerken, Brot-, Bier- und Möbelfabriken, einem Eisenbahndepot, der Reparaturwerkstatt der städtischen Straßenbahn sowie auf Baustellen. Die Aufteilung nach Großbetrieb sah im Herbst 1935 folgendermaßen aus:

Charkower Turbogeneratorenwerk (CHTGS): 17 Mann
Charkower Elektromechanische Werk (CHEMS): 27 Mann
Swet Schachtjora (Grubenmaschinen): 11 Mann
Serp i Molot (landwirtschaftliche Maschinen): 28 Mann
NKWD (Waffenerzeugung): 7 Mann
Tramwaytrust: 13 Mann
Traktorenwerk (CHTS): 26 Mann³²

Nach dem Muster des Stalingrader Traktorenwerkes gebaut, begann CHTS im Oktober 1931 mit der Produktion und expandierte vier Jahre später zum weltweit größten Traktorenhersteller. Damals erzeugte die über 14.000 Personen zählende Belegschaft 40.000 Traktoren. Je nach Produktionslinie berechnet, betrug die Ausschußquote 1935 immerhin 27 Prozent.³³

Soweit bekannt ist, fanden alle Angehörigen des kleinen Schutzbundkollektivs von Gorki (bis 1932 Nischnij Nowgorod) Arbeit im dortigen GAS-Autowerk, das in Kooperation mit der Ford Motor Company zwischen 1929 und 1931 entstanden war.³⁴ In der Fahrzeugfabrik arbeiteten Deutsche, Finnen, Tschechen, Nordamerikaner, Engländer, Schotten, Italiener und Österreicher nebeneinander; sie machten jedoch nur einen Bruchteil der riesigen Belegschaft (1937: 34.700 Mitarbeiter)³⁵ aus.

Mitglieder des gleich großen Kollektivs (30–35 Mann) in Rostow am Don fanden Arbeit in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik »Rostselmasch«, wo einige österreichische Facharbeiter seit Jahren werkten, darunter Leopold Maresch und Friedrich Aust, zwei ehemalige ZK-Mitglieder und Mitbegründer der KPÖ in der Steiermark.

1934–1935 betrug die Arbeitszeit in der sowjetischen Industrie sieben Stunden. Industriearbeiter hatten eine Fünftagewoche, jeder sechste Tag

war frei. Im Betrieb bedeutete dies, daß die Belegschaft in fünf Gruppen eingeteilt wurde, damit jeden Tag eine andere Gruppe ihren freien Tag hatte. Dieses 1932/33 eingeführte System ersetzte einen viertägigen Arbeitsrhythmus (der 5. Tag war Ruhetag). Durch solche Maßnahmen (1939/40 kam die Siebentageweche dazu) verringerten die Behörden die Zahl der Sonn- und Feiertage und trug dafür Sorge, daß der Betrieb ununterbrochen produzierte.³⁶ Es wurde aber sehr oft weitaus mehr als sieben Stunden gearbeitet, vor allem im letzten Monatsdrittel: Man mußte die durch Produktionsstockungen hervorgerufenen schlechten Arbeitsergebnisse ab dem 20. des Monats durch intensive Arbeitseinsätze ausgleichen, um den Plan rechtzeitig zu erfüllen. Zu solchen wohl üblichen Begebenheiten an der »Produktionsfront« sollte man auch die vielen Überstunden rechnen, die im Rahmen von diversen »Wettbewerben« und während der Stachanow-Periode geleistet wurden.³⁷

Innerhalb des Akkordlohnsystems gab es sieben Lohnklassen, wobei die siebte für hochqualifizierte Facharbeiter, die erste und zweite für Lehrlinge vorgesehen waren.³⁸ Die Lohnklassensätze variierten je nach Industriezweig und Region. Von den Schutzbündlern erwartete man, daß sie möglichst bald von der ersten in die dritte Lohnstufe (Rjasrad) aufsteigen und »selbständig« verdienen sollten, wobei sich die Notwendigkeit des Garantielohns bald erübrigen würde. Mit der Freigabe der Brotpreise (Anfang 1935) erhielten sie zum Garantielohn (250 Rubel) monatlich einen Brotzuschlag von 14 Rubel.³⁹ Der WZSPS hatte keinen Einfluß auf die Lohnpolitik, während die Betriebe mit folgendem Widerspruch fertig werden mußten: Erhöhte Produktivität durch leistungsbezogene Löhne zu realisieren, ohne den »Lohnfonds« frühzeitig, d.h. vor Ende des Planabschnitts, zu erschöpfen. Die Gewerkschaften hingegen waren aus budgetären Gründen daran interessiert, die Politik des Garantielohnes (»Dotazija«) möglichst bald einzustellen. Dies war für die Schutzbündler aus psychologischen und sozial-politischen Gründen auch erstrebenswert und entsprach zudem – in den meisten Fällen – ihren eigenen Vorstellungen von Assimilation.

Aufgrund des Widerspruchs Garantielohn-Leistungsentgelt stellten sich in der Folgezeit zwei konkrete Probleme heraus: Nach Einstellung der »Dotazija« kamen einige Schutzbündler nicht mehr auf 250 Rubel im Monat, während eine weitaus höhere Zahl bei einem darüber liegenden Leistungslohn den Lebensstandard nicht aufrechterhalten konnte, den sie mit dem Fixgehalt in den ersten Monaten genossen hatte. Dieser Problemkomplex war wiederum Folge von Maßnahmen, die schon Mitte 1935 einen Reallohnabbau bewirkten: Manipulation der Normen nach oben und erhöhte Lebensmittelpreise. Allerdings gab es gravierende Un-

terschiede in der sozialen Lage der Schutzbündler von Stadt zu Stadt und von Betrieb zu Betrieb. Ganz oben auf der Lohnpyramide standen die hochqualifizierten Fachkräfte in Moskauer Präzisionsbetrieben, wie in der 1. Uhrenfabrik; am untersten Ende der Skala findet man die schlechtverdienenden Bauarbeiter in Charkow.

Eigentlich hätte das Fixgehalt (264 Rubel), auf sechs Monate konzipiert, für die im April und Juni 1934 angekommenen Februarkämpfer in den ersten Monaten des Jahres 1935 auslaufen sollen. Da der Qualifizierungsprozeß jedoch eher schleppend vonstatten ging, beschloß das Sekretariat des WZSPS Anfang 1935, die subventionierten Löhne unionsweit bis zum 1. April 1935 weiterhin auszuzahlen.⁴⁰ Damals arbeiteten knapp 30 Prozent der in Industriebetrieben beschäftigten Schutzbündler lohnmäßig selbständig:

STAND DER DOTATIONSZAHLUNGEN 1. März 1935⁴¹

STADT	MIT DOTATION	% MIT DOTATION
Charkow	105 von 154	68
Moskau	89 von 154	58
Leningrad	118 von 138	85
Gorki	18 von 30	60
Rostow	k.D.	

In Moskau konnten zu diesem Zeitpunkt nur etwa 20 Schutzbündler auf die Dotation gänzlich verzichten; sie wurden außerdem vom Betrieb mit bis zu 60 Rubel für die durch Produktionsausfälle verursachten Lohn-einbußen entschädigt. Weitere 25 Mann, die als ausgelernnt galten, verdienten ihren Lebensunterhalt noch nicht und erhielten die Lohnsubvention bis 1. Juli 1935; einer Gruppe von 30 tüchtigen Lehrlingen gewährte man den Gewerkschaftszuschuß bis Anfang Oktober 1935. Für zusätzliche 15 Lehrlinge (mit schlechten Lernerfolgen) sowie für andere Schutzbündler, die in Ämtern untergekommen waren und die russische Sprache mangelhaft beherrschten, war der Garantielohn sogar bis zum Jahresende 1935 gesichert.

Resignierend stellte man fest, daß bei einer kleinen Anzahl Schutzbündler in Moskau, die den Betrieb oft wechselten, sich um ihre Qualifikation nicht kümmerten oder viele Fehlstunden hatten, eine Unterstützung wohl langfristig zu gewähren sei.⁴² Um zu einem realistischen Bild der Betriebsarbeit der Februarkämpfer in Moskau zu gelangen, hätte man sich mit den Zuständen am Arbeitsplatz beschäftigen müssen. Das war aber eine Zeitlang keineswegs der Fall: Die Arbeiter- und Bauern-

kontrollkommission (RABKRIN) stellte der Gewerkschaftsbürokratie in dieser Frage ein schlechtes Zeugnis aus: Der WZSPS versäume es, Funktionäre zu den Schutzbündlern in die Fabriken zu schicken, der dafür verantwortliche Kader verlasse sein Amtszimmer im Hotel »So-wjetskaja« nicht usw.⁴³

Ein großes Hemmnis bei dem schrittweisen Abbau des Fixlohnes ortete das Leningrader INO-Büro in einer Taktik der Betriebe, derzu- folge man sich auf einen ZK- und Regierungsbeschuß über »das zeit- weilige Verbot des Wechsels von Arbeitern in eine andere (Lohn-) Klasse« stützte und Schutzbündler, die schon längst gute Arbeitsleis- tungen erbrachten, lohnmäßig unangemessen niedrig einstuft.⁴⁴ Um eine Verbesserung der Qualifikation voranzutreiben, untersuchte das INO- Büro in Leningrad, zusammen mit den Gewerkschaftssekretären der fraglichen Betriebe, das Verhalten der Schutzbündler in der Produktion. Besonderes Augenmerk wurde der Arbeitsdisziplin sowie dem Besuch von Technik- und Sprachkursen gewidmet:

KATEGORIE	ZAHL	PROZENT
vorbildlich	16	11,6
gut	80	57,9
geeignet	23	16,7
ungeeignet	19	13,8
	138	100,0

Im Jänner 1935 verdienten nur zwölf Mitglieder des Leningrader Schutz- bundkollektivs »aus eigener Kraft« mehr als 250 Rubel. Den Spitzenlohn von 429 Rubel erzielte der Ingenieur Hans Kunstovny (»Elektrosila«), ein »parteiloser« Februarkämpfer aus Bruck an der Mur. Acht Rubel weniger verdiente Josef Berghaus aus Graz, ehemals Lokomotivführer und Maschinist bei den ÖBB; in der Leningrader Eisenbahnwaggonfabrik »Oktober« war er bereits prämiierter »Udarnik«. Ausgehend von einem Durchschnitt von 175 (25 x 7) Arbeitsstunden im Monat, bewegten sich die meisten Löhne vor dem Zuschuß zwischen 100 und 200 Rubel, wobei 11 der 14 im »Proletarski«-Sawod arbeitenden Österreicher vom Betrieb bloß eine Lehrlingsentschädigung von 65 Rubel im Monat bekamen. Da laut dieser Untersuchung 30 Prozent der Schutzbündler unterschiedlich oft gegen die Betriebsdisziplin verstießen und so gut wie keine Kurse besuchten, schlug der Leningrader Gewerkschaftsrat für die Zeit ab April 1935 vor, die Unterstützung proportional zur Zahl der »ver- bummelten« bzw. Fehlstunden zu reduzieren. Auch um die Arbeitsin- tensität zu erhöhen, hatte man Vorschläge parat: Erhielt ein Schutzbünd-

ler bei 100prozentiger Normerfüllung einen vom WZSPS aufgebesserten Lohn von 279 Rubel, sollte sich bei Überbietung der Norm auch die »Dotazija« entsprechend erhöhen.⁴⁵

Bestrebungen zur Qualifikationssteigerung stießen in Charkow auf größere Barrieren. Im März 1935 hatte die Mehrzahl des Charkower Schutzbundkollektivs die Umschulung beendet, verdiente jedoch bei weitem nicht die Fixlohnsomme von 264 Rubel. Außerdem befand sich das im Februar 1935 eingetroffene dritte Schutzbündlerkontingent erst am Anfang der Lehrzeit. Um der »ungünstige(n) Stimmung« unter den Österreichern entgegenzuwirken, brachte die ukrainische Gewerkschaftsführung in Vorschlag, den Garantielohn der seit 1934 Beschäftigten bis 1. Juni 1935, jenen der dritten Schutzbündlergruppe bis 1. November 1935 zu verlängern.⁴⁶

Eine Inspektionsreise der zentralen WZSPS-Leitung im Februar 1935 förderte zutage, daß die Beschlüsse, wonach ein Schutzbündler innerhalb von sechs, maximal neun Monaten qualifiziert werden mußte, von der Gewerkschaftsbürokratie in Charkow ignoriert worden waren. Da die Betriebe diesbezüglich auf Anregungen seitens der Gewerkschaft warteten, war nichts geschehen. Beim Arbeitsantritt hatte man beinahe alle Schutzbündler in die Lohnklassen 1 (90 Rubel) oder 2 (100 Rubel) eingeteilt. Die Löhne wurden auch nirgends individuell berechnet: Alle Österreicher verharrten in der 2. Lohnklasse, unabhängig von Produktionsnorm, Qualifikation, Einsatz und Fleiß. Vom Meister oft angewiesen, Arbeitsvorgänge der 4. und 5. Lohnklasse durchzuführen, wurden sie trotzdem nach der 2. Lohnstufe entlohnt. Auf solche Unregelmäßigkeiten angesprochen, teilte das Lohnbüro des Traktorenwerkes (CHTS) mit, es bestehe kein Interesse daran, die Schutzbündler höher einzustufen, »da von Moskau sowieso ein Existenzminimum« gesichert sei. Im Werk »Schewtschenko« gab der Vorsitzende des Fabrikkomitees (WZSPS) unumwunden zu, daß die Österreicher aufgrund ihrer schlechten Russischkenntnisse sich selber überlassen seien. Bis Februar 1935 wurde auf Anordnung des Direktors angeblich nur im Traktorenwerk jedem Schutzbündler ein Meister zugeteilt, um ihn in technischer Fertigkeit und Qualifizierung zu schulen. In einigen Fabriken ließ man die Februarkämpfer aus »Angst vor Maschinenschaden« nicht an die Geräte heran, so daß sie sich als Schmierer, Werkzeugreicher und dergleichen verdingen mußten.⁴⁷

In der Turbogeneratorenfabrik CHTGS war die Anlernzeit für die Schutzbündler in einer bestimmten »Zeche«, d.h. Abteilung, besonders langweilig – sieben Stunden lang neben dem Meister stehen, fast jeden Tag nur dieselben Arbeitsvorgänge beobachten dürfen usw. Man ließ die

betreffenden Schutzbündler erst an den Drehbänken und Fräsmaschinen arbeiten, nachdem sie, von Langeweile getrieben, sich nachmittags hinter der Fabrik in die Sonne gelegt hatten.⁴⁸

Das WZSPS-Inspektionsteam konstatierte: Es fehlte an Ansporn, weil der Garantielohn nicht von der Arbeitsleistung abhing. Auch die Arbeit der fünf deutschsprachigen Instruktoressen unterzog man einer vernichtenden Kritik. Auf Initiative Sharikows (Leiter des zentralen INO-Büros in Moskau) tagten in Charkow Krisensitzungen der Gewerkschaften und der Partei, um den Leiter des lokalen INO-Büros unter Druck zu setzen.⁴⁹ Im Anschluß daran besuchte sogar WZSPS-Generalsekretär Abolin in dieser Angelegenheit Charkow. Im Einvernehmen mit ihm entsandte die KPÖ im Sommer 1935 für einige Monate eine Emissärin⁵⁰ und zwar die 33jährige Anka Litwak, eine geborene Krakauerin, die den Parteinamen Anna Lange führte. Litwak-Lange war seit 1921 in der kommunistischen Bewegung tätig und zu verschiedenen Zeitpunkten Mitglied der KP Polens, Deutschlands und Österreichs.⁵¹ Nach Erkundigungen an Ort und Stelle kam sie zur Erkenntnis, daß sich in Charkow seit Februar nichts geändert hatte. Bei den Schutzbündlern stellte Litwak eine sehr frustrierte Stimmung fest:

»Man läßt sie nicht aufkommen, sie können ihr Brot nicht verdienen, sie sind vom Gehalt der Gewerkschaft abhängig, obwohl sie sich von der Dotation befreien wollen.«

Damals regten sich bereits die ersten Zeichen einer »Heimkehrer«-Bewegung. Besonders erwähnenswert fand Litwak eine mittlerweile durchgeführte Prüfung von Arbeitsnormen, die einer Lohnreduzierung gleichkam. Im Elektromotorenbauwerk CHEMS waren einige Schutzbündler bei den alten Normen auf 300–360 Rubel im Monat gekommen. Nach der Normrevision bekamen sie nur 200 Rubel ausbezahlt. Im Turbogeneratorenwerk CHTGS betrug die Norm für Bolzenanfertigung bei Drehern der 4. Lohnklasse 10 Stück pro Schicht. Der Stückpreis war 65 Kopeken. Hielt man das Pensum ein, konnte mit ca. 170 Rubel im Monat gerechnet werden. Ein Schutzbündler erzeugte aber bald durchschnittlich 20 Bolzen in der Schicht, wurde »Udarnik« und verdiente 400 Rubel. Allerdings nicht lange, denn man reduzierte den Stückpreis auf 45 Kopeken und verdoppelte die Norm auf 20 Bolzen. Fazit: Der nächste Monatsverdienst betrug nur 270 Rubel. Seine Schlußfolgerung:

»Erstens hatte ich dadurch unbewußt den anderen Arbeitern und mir die Norm verdorben und wir mußten schuften, um die Norm von 20 Stück erfüllen zu können. Zweitens machte ich mir ebenfalls unbewußt die Arbeiter zu Feinden.«⁵²

Überdies wußte – wie Anka Litwak herausfand – kein Schutzbündler genau, ob er »Udarnik« war oder nicht. Die Verbesserungsvorschläge der Österreicher in den Fabriken blieben unberücksichtigt, so daß manch frustrierter Schutzbündler zu seinem alten Beruf zurückkehren wollte. Am schlimmsten erging es den in der Baubranche Beschäftigten: Viele gingen nicht mehr zur Arbeit, weil sie kein regelmäßiges Mittagessen bekamen, sehr wenig verdienten und widersprüchliche Weisungen von den Technikern und Ingenieuren entgegennehmen mußten. Litwak betrachtete all diese Schwierigkeiten als

»eine Folge des maßlosen Bürokratismus und der Verständnislosigkeit für die politische Bedeutung der Arbeit der Schutzbündler in der Sowjetunion.«

Um das »Vertrauen der Schutzbündler zu unseren Sowjetorganen« wiederherzustellen, empfahl sie »das rasche und durchschlagende Eingreifen des WZSPS«. ⁵³

So rasch reagierte die Sowjetbürokratie jedoch nicht – erst fünf Wochen später schickte Abolin eine Kopie des Berichts an den in Charkow zuständigen WZSPS-Sekretär Wyschinskij. Er bat um eine Mitteilung, weshalb längst beschlossene Verbesserungsvorschläge nicht durchgeführt worden seien. ⁵⁴

Im August kam wieder ein WZSPS-Beauftragter nach Charkow, um »die als nicht befriedigend anerkannte politische Lage unter den Schutzbündlern zu untersuchen« und »die Fehler der örtlichen Gewerkschaftsorgane« kennenzulernen. Seine Ausführungen in einer Vollversammlung der Schutzbündler, die wir an anderer Stelle detailliert behandeln werden, dienten eher dazu, das Kollektiv politisch auf Vordermann zu bringen und »die schlechten Elemente« zu isolieren. Zur »Dotazija«-Frage schlug der WZSPS-Bürokrat aus Moskau die Festsetzung einer Frist (3–6 Monate) vor, nach deren Ablauf jeder Schutzbündler ohne Zuschuß auszukommen hätte. Bei dieser Veranstaltung beschwerten sich die Österreicher über verschiedene Mißstände: Gewerkschaft und Betriebsmanagement hätten sich ihrer zuwenig angenommen, allerlei Versprechungen seien nicht eingehalten worden. Georg Meischl (Traktorenwerk) beteuerte, daß er in der 2. Lohnklasse geblieben wäre, hätte nicht Gewerkschaftsboß Abolin bei einem Betriebsbesuch im April seinen Aufstieg in die 3. Lohnstufe angeordnet. Der Schutzbündler Rebhandl aus Steyr sprach den problematischen Berufswechsel an. Der Direktor einer Moskauer Autogarage hatte dem Mechaniker im Mai 1934 Arbeit, Verpflegung und Wohnung zugesichert, die »Vertrauensleute« entschieden jedoch seine »Kommandierung« nach Charkow, auch ein Protest an Abolin fruchtete nichts. Und weil es in Charkow angeblich keinen Bedarf

an Chauffeuren gab, lernte er auf Dreher um, verdiente jedoch nicht mehr als 140 Rubel; inzwischen sei er Autobusfahrer geworden, sein Gefährt habe aber keine funktionierenden Bremsen mehr und die Gewerkschaft unternehme nichts, damit er eine andere Arbeit bekomme. Josef Goldberger begründete das Desinteresse des Betriebsmanagements am beruflichen Weiterkommen der Österreicher mit dem Garantelohn. Es verbitterte die Schutzbündler, so Goldberger, wenn man sie wie russische Lehrlinge behandle, schließlich hätten viele von ihnen jahrelang in österreichischen Betrieben gearbeitet. Mit 36 Jahren wäre er nie hochqualifizierter Dreher geworden, daher sei er, trotz bürokratischer Widerstände, zu seinem alten Beruf im Eisenbahnwesen übergewechselt.⁵⁵

Der Bericht des WZSPS-Emissärs bekräftigte solche Kritik, zeigte aber auch auf, daß seit dem Frühjahr mehr Schutzbündler in höhere Lohnkategorien aufgestiegen waren, auch wenn der Großteil noch in der 3. und 4. Lohnklasse verblieben war:

Traktorenwerk: Durchschnittslohn von 130 bis 150 Rubel.

Serp i Molot: Nur fünf von 28 Schutzbündlern verdienten mehr als 200 Rubel.

Alle Betriebe: ca. 80 Prozent der Österreicher waren noch auf die »Do-tazija« angewiesen.

Der Berichterstatter tadelte auch die Instruktooren sowie die Haltung der Partei- und Komsomolorganisation in den Fabriken, ließ aber schließlich erkennen, daß die WZSPS-Bürokratie einem mächtigen Werksdirektor nichts zu befehlen hatte:

»Er (Direktor des Werkes »Serp i Molot« – der Verf.) erklärte mir direkt, daß er in seiner Fabrik 10.000 Arbeiter habe, und daß er sich nicht um 20 Leute kümmern könne. Er erklärte ebenso, daß die Schutzbündler die schlechtesten Arbeiter seien, und daß wir zuviel mit ihnen herumtrödeln. Als ich ihn an seine internationale Pflicht als Kommunist erinnerte, war er gekränkt und erklärte, daß er seine parteilichen Verpflichtungen nicht weniger als ich kenne.«⁵⁶

Bis September 1935 blieben wichtige WZSPS-Beschlüsse in Charkow auf dem Papier, vor allem Abolins Anregung, jede örtliche Gewerkschaftsleitung solle dem lokalen INO-Büro eine Liste jener Schutzbündler übergeben, die eine Verlängerung der finanziellen Unterstützung benötigten. Im Anschluß daran – so das Konzept – hätte sich die jeweilige Fabrikdirektion mit dem WZSPS-Vertreter im Betrieb auf Fristen

einigen sollen, innerhalb derer die Schutzbündler sich aus der finanziellen Abhängigkeit befreien und in eine höhere Lohnstufe hinaufrücken müßten. Bei einem Besuch in Rostow sorgte Abolin persönlich dafür, daß eine solche Liste erstellt wurde; in Moskau war dies – wie bereits angeführt – bereits im Februar 1935 geschehen. In Leningrad stellte Abolin diesbezüglich große Versäumnisse seitens der Gewerkschaft fest, auch wenn die Arbeitsverhältnisse für die Schutzbündler dort um einiges besser als in Charkow waren. In der einstigen russischen Metropole des Nordens hatte man die o.a. WZSPS-Beschlüsse nicht verwirklicht, und die Instrukoren waren für die Arbeit unter den Österreichern nicht qualifiziert. Abolin kam zu dem Schluß, die Hauptschuld liege bei der Gewerkschaftsbürokratie. Gutbeleumdete Schutzbündleraktivisten erzählten ihm von Schikanen im Betriebsalltag. In der Trikotagefabrik »Krasnaja Snamja« überhörte man die Verbesserungsvorschläge, der Abteilungsmechaniker spielte lieber Schach, anstatt Havarien zu beheben usw. Als zweites Beispiel führte Abolin die Frustration des Bauarbeiters Sch. an, der innerhalb kürzester Zeit zwei unerklärliche Lohnsenkungen hatte hinnehmen müssen. Auf der Baustelle war er dreimal bestohlen worden, Kleiderkästchen standen, trotz mehrmaliger Versprechungen, nicht zur Verfügung. Die für seine Arbeit notwendigen Harken erhielt Sch. erst, nachdem ein Artikel von ihm in der *Leningrader Prawda* abgedruckt worden war. Dann schrieb ein Reporter der deutschsprachigen *Roten Zeitung* einen Bericht über ihn, der nur als Verhöhnung verstanden werden konnte: Der Genosse Sch. sei ein vorbildlicher Stoßarbeiter (Udarnik) »mit lockigen Haaren«, der »rasch seine Qualifikation unter den Bedingungen der sowjetischen Gesellschaftsform verbessert« hätte. In Wirklichkeit hatte der Genosse Sch. eine Glatze und war 15 Jahre in der österreichischen Bauwirtschaft tätig gewesen.⁵⁷

Abgesehen davon, daß die Qualifikations- und folglich die Verdienstmöglichkeiten – sowohl regional als auch betriebsmäßig – unterschiedlich waren, bezogen 466 von 606 Schutzbündlern im Juni 1935 noch den Gewerkschaftszuschuß.⁵⁸ Es hing wiederum von den konkreten Lebensbedingungen ab, ob und wie sie mit den 250 Rubel plus ein Auslangen fanden. Einige Zeit hindurch waren Verpflegung und Quartier in Hotels – »Spartak« (Charkow)⁵⁹ und »Moskwa« (Leningrad)⁶⁰ – kostenlos. In Moskau wohnten einige Schutzbündler im Hotel »Baltschug«, wo auch viele deutsche Emigranten unterkamen. Ein größeres Kontingent an Österreicherinnen und Österreichern bewohnte Zweibettzimmer des Hotels »Sowjetskaja«. Auch dort dürfte die Unterbringung anfangs kostenlos gewesen sein. Jedenfalls wissen wir, daß Frühstück und Abendmahl lediglich 1,24 Rubel täglich kosteten. Mit dem 1. Oktober 1935

wurde diese Subvention eingestellt; ob ein Ansuchen der Moskauer Gewerkschaftszentrale, den Zuschuß von 3.132 Rubel zu verlängern, bewilligt wurde, ist unbekannt.⁶¹

Auch in der Fabrikskantine (»Stolowaja«) genossen die Schutzbündler eine bevorzugte Behandlung. Im Werk »Elektrosila« (Leningrad) aßen sie das dreigängige Mittagessen mit den Ingenieuren zusammen und mußten nicht wie die übrigen Arbeiter lange vor der Kassa stehen, sondern wurden sofort bedient. Dieser Elektrobetrieb bot auch den »Udarniki« Privilegien: Sie hatten reservierte Tische und wurden bei Mangel an Fleisch oder Fisch bevorzugt.⁶² In der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik »Serp i Molot« (Charkow) nahmen die Österreicher das Mittagessen mit »Udarniki« und dem technischen Personal ein.⁶³ In einer Moskauer Möbelfabrik kostete das Mittagessen (1934) einen Rubel und bestand aus Fleischgerichten, die man sich aussuchen konnte. Es wurde den dort beschäftigten Schutzbündlern in einer für Direktoren, Parteiangestellten und Gewerkschaftsführer reservierten Speisehalle serviert.⁶⁴ Ein ähnliches Arrangement organisierte der Moskauer WZSPS für die auf Baustellen beschäftigten Österreicher, die einige Zeit einer »Ingenieursküche« zugeteilt wurden.⁶⁵ Dagegen war das gewöhnliche Betriebsessen für die russischen Arbeiter, soweit sie es sich überhaupt leisten konnten, recht eintönig und fettlos: Im Optischen Werk »Geophysika« (Moskau) bestand das Mittagsmenü fast immer aus Krautsuppe, Kraut, Kartoffeln und Salzgurken.⁶⁶

1935 wurden Kantinenpreise generell erhöht.⁶⁷ Auch die Anzahl der in den Betrieben verabreichten Mahlzeiten sank erheblich – von 11.800 Mill. (1933) auf 4.200 Mill. (1937).⁶⁸ Im Betrieb »Elektrosila« (Leningrad) kostete das für die Schutzbündler bis dahin kostenlose Mittagessen auf einmal 3–4,20 Rubel (d.h. 75–105 Rubel im Monat). Zwei Drittel der Österreicher im Werk verzichteten überhaupt darauf, denn die »gewöhnliche« Mittagkost in der »Stolowaja« war auch relativ teuer und für österreichische Gaumen »ungenießbar«.⁶⁹

Eine einschneidende Verschlechterung des Lebensstandards bewirkte zudem das Einstellen der Ausländerversorgung (INSNAB). Als Inhaber eines INSNAB-Büchleins hatte ein Schutzbündler – zumindest auf dem Papier – das Recht auf gewisse Mengen von Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Konsumartikeln. War er mit einer Österreicherin verheiratet, erhielt er die doppelte Menge.⁷⁰ Schätzungsweise lagen die INSNAB-Preise mindestens 50 Prozent unter jenen der Kommerzläden.⁷¹ Für viele Schutzbündler war das Einkaufen bei INSNAB jedoch schwierig, weil diese Läden dünn gesät waren, inflexible Öffnungszeiten hatten und die Arbeitsplätze der – durchwegs Schicht arbeitenden – Österreicher oft

weit draußen am Stadtrand lagen. Außerdem erhielt man nicht immer das jeweilig zustehende Warenangebot, z.B. selten Milch, die für Kinder und Kranke reserviert war.⁷² Im Spätsommer 1934 beschwerten sich Leningrader Schutzbündler über die kundenfeindlichen Öffnungszeiten, die endlosen Warteschlangen und das Fehlen von Obst und Speiseöl. Nach 17 Uhr war oft kein Brot mehr zu bekommen.⁷³ Andere kritisierten, man habe alle drei Monate Anspruch auf Socken und Hemden, aber auch auf weniger oft benötigte Kleidung (z.B. Mäntel).⁷⁴ Wie letzteres Beispiel ahnen läßt, waren die Österreicher wegen ihrer Privilegien bei der Zuteilung von knappen Gütern gern gesehene »Freunde«. Das ganze System konnte leicht mißbraucht werden, Tausch- und Spekulationsgeschäfte waren vorprogrammiert. Das Ende der bevorzugten Versorgung von Ausländern wurzelte jedoch weitgehend in anderen Faktoren. Die ganze Industrieentwicklung ging in Richtung Autarkie, es wurden immer weniger ausländische Fachkräfte »gebraucht«, man stützte sich zunehmend auf die junge, schnell anwachsende sowjetische Intelligenz- und Technikerschicht. Die verbleibenden Ausländer sollten in »das sowjetische Leben« voll integriert und den heimischen Werktätigen gleichgestellt werden.⁷⁵

Die Schließung der INSNAB-Stellen ging auf einen Regierungsbeschluß zurück und wurde am 1. Juli 1935 wirksam. In einem Gesuch an Stalin bat WZSPS-Sekretär Schwernik darum, Schutzbündlern und spanischen Politemigranten Lebensmittel und Industriewaren zu den INSNAB-Preisen vom 1. Jänner 1935 weiterhin zur Verfügung zu stellen. Dabei hob er hervor, daß 75 Prozent der Schutzbündler den Lohnzuschuß voll oder teilweise bezogen. Die von Schwernik angeführten Zahlen verdeutlichen die immense Teuerung. Hatte ein ausländischer Arbeiter vorher für den durchschnittlichen Monatsverbrauch an Grundnahrungsmitteln und Industriewaren 137 Rubel in einem INSNAB-Laden bezahlt, so mußte er nun für dasselbe Sortiment 330 Rubel hinblättern. Für Arbeiter mit zwei nichtverdienenden Familienmitgliedern machte die Differenz bei Lebensmitteln 427 Rubel aus. Gemäß Daten aus dem Volkskommissariat für Binnenhandel beliefen sich die gesamten Mehrkosten für ausländische Arbeiter auf 250–300 Rubel, für Spezialisten auf 350–400 Rubel im Monat.⁷⁶ Stalin hörte nicht auf die Bitte der Gewerkschaft, die Lebenskosten für die Österreicher stiegen – einer nicht offiziellen Schätzung zufolge – um 70 Prozent. Konfrontiert mit massiven Protesten aus dem Leningrader Schutzbundkollektiv, lenkte die Gewerkschaft ein. Die Österreicher durften in einer Kooperativen einkaufen, von der nur Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre ihre Lebensmittel bezogen. Die Versorgung verbesserte sich sogar,

da die Schutzbündler in einigen Fabriken auch Betriebslebensmittelkarten erhielten. Diese Zuvorkommenheit währte jedoch nur zwei Monate.⁷⁷

Angesichts der Teuerungswelle, der Streichung von Begünstigungen und der Einstellung des Garantielohns (1936) begannen immer mehr Schutzbündler ihre Heimreise zu organisieren. Andere weigerten sich, die Wohnungs- bzw. Zimmermiete zu zahlen.⁷⁸ Und hatten es wenige Februarkämpfer vor der Stachanow-Offensive in der Lohnpolitik geschafft, an die 300 Rubel oder mehr im Monat zu verdienen, bedrückten sie nicht nur die sprunghaft angestiegenen Preise, sondern auch die Lohnabzüge. Diese betrug bei einem Monatsverdienst von 300 Rubel zirka ein Sechstel.⁷⁹

Lohnabzüge	Rubel
Anleihe	25
Kultursteuer (Bau v. Theatern, Bibliotheken usf.)	3,5
Einkommenssteuer	3,5
Gewerkschaftsmarke	3
MOPR-Beitrag	3
Ossoviachim-Beitrag	3
Spanienhilfe (nach Asturien-Aufstand 1934)	3
Parteimarke	3
	47,00

Ganz unabhängig von ihrer materiellen Lage wurden die Österreicher in öffentlichen Meetings und Vollversammlungen des Kollektivs unter Druck gesetzt, einen ganzen Monatslohn für eine neue Industrialisierungsanleihe zu zeichnen. Josef Galina, Schlosser bei »Elektrosila«, zeichnete aber freiwillig »nur« 150 Rubel. Von der Gewerkschaft instruiert, warfen ihm die »Vertrauensleute« in einer Schutzbündlerversammlung vor, dieses Verhalten sei »unproletarisch« und »ein schlechtes Beispiel für die Wankelmütigen«. Seine Entgegnung, zum Leben habe er zu wenig, ertete nur Entrüstung und die Drohung mit einem »Kameradschaftsgericht«. Solcherart eingeschüchtert, erhöhte Galina seinen Beitrag auf 350 Rubel.⁸⁰ Die gezeichnete Summe wurde über das Jahr in zehn Raten vom Lohn abgezogen.⁸¹ Aber es blieb nicht bei dem einen Mal. Der Aufruf zur Zeichnung einer neuen Anleihe wiederholte sich fast jährlich.⁸² War inzwischen der Verdienst gesunken, wurde der ursprünglich vereinbarte Betrag trotzdem abgezogen. Es gab eine verzinsliche Anleihe und eine mit Gewinnauslösung. Die Auszahlung der Anleihen erfolgte alle 10, später alle 20 Jahre. Die Verzinsung betrug 4–6

Prozent, 1936 jedoch, als man acht Staatsanleihen einzog und dafür eine einzelne herausgab, wurde der Zinsfuß auf 2¹/₂ Prozent gesenkt.⁸³ Für die staatliche Anleihe des Jahres 1935 in der Höhe von 3.500 Mill. Rubel machte der WZSPS große Reklame.⁸⁴ Zahlreiche Belegschaften »begrüßten« die Auflegung,⁸⁵ die Stimmen ausgesuchter Schutzbündler-Aktivisten klangen nicht minder enthusiastisch.⁸⁶

Als Folge des geschilderten Sozialabbaus und angesichts der hohen Lebenskosten und Lohnabzüge rutschten nicht wenige Emigranten unter das Existenzminimum: 130–140 Rubel Monatslohn in Leningrad,⁸⁷ 250 Rubel für eine mehrköpfige Schutzbündlerfamilie in Charkow.⁸⁸

»Sozialistische Wettbewerbe«: Leistung und Benotung

Von den Schutzbündlern erwartete man eine ziemlich intensive Tätigkeit auch nach Betriebsschluß: Den Besuch von Sprach-, Polit- und Technikkursen sowie einen Beitrag zum »gesellschaftlichen Leben«. 1935 implizierte dies vielfältige Verpflichtungen: Beitritt zur MOPR sowie die Werbung und Kassierung von MOPR-Mitgliedern am Arbeitsplatz; Mitarbeit an der betrieblichen Wandzeitung; Errichtung und Pflege von »Roten Ecken« im Hotel bzw. Wohnhaus; Teilnahme an paramilitärischem Training (»Ossoaviachim«); Frequentierung von Kursen zum Zivil- und Gasschutz.

Sollten die Schutzbündler alle diese Ziele erreichen und beispielhafte Leistungen am Arbeitsplatz erbringen, so galt es, ihnen die »Vorteile« des »sozialistischen Wettbewerbes« schmackhaft zu machen. Solche Konkurrenzkämpfe wurden 1935 auf individueller Basis abgeschlossen, aber auch zwischen verschiedenen »Zechen« einer Fabrik, zwischen Betrieben in derselben Stadt oder mit einem Betrieb aus der gleichen Industriebranche. Die komplizierteste, viel Koordinationsarbeit erfordernde Form des Wettbewerbs veranstaltete man zwischen den städtischen Schutzbündlerkollektiven auf Unionsebene. Als Beispiel des individuellen Wettbewerbs, typisch für die Anfangsphase, verpflichtete sich der aus Linz stammende Februarkämpfer Josef Mittermayer (»Proletarski«-Werk, Leningrad) dazu:

- 1) Die Arbeitsleistung zu steigern.
- 2) Den Arbeitsplatz sauber zu halten.
- 3) Aktiv an Sprach- und Politikursen sowie an Betriebsversammlungen teilzunehmen.
- 4) Aktiv an der Wandzeitung mitzuarbeiten.⁸⁹

Die Vorgaben für Wettbewerbe zwischen Betrieben waren nahezu ident. Ausgehend von zwischenbetrieblichen Wettbewerben zum VII. Sowjetkongreß (Jänner 1935) zwischen Ausländerkollektiven in Moskauer Fabriken (Autowerk »Stalin«/Stankosawod⁹⁰; 1. Uhrenfabrik/Kugellagerwerk⁹¹) begann der erste Konkurrenzkampf von Schutzbündlerkollektiven in Leningrad und Moskau. Anfang Jänner 1935 versprach eine Schutzbündlerdelegation vor dem Sowjetkongreß des Leningrader Gebietes die Zahl der »Stoßbrigadler« im Kollektiv zu erhöhen und deren wehrpolitische und marxistische Kenntnisse zu vervollkommen.⁹² Bereits erreichte Leistungen rapportierte das Leningrader Kollektiv in einer Ergebnissadresse an Staatspräsidenten Kalinin.⁹³ Beim ersten Wettbewerb Moskau–Leningrad »startete« ein Schutzbündler im Autowerk »Stalin« die sogenannte »Produktionsmarschroute 12. Februar«, der sich die Kollektive in den beiden Städten auch bald anschlossen.⁹⁴ Die Kampagne ging mit betriebsinternen Wettbewerben einher, die das beste Fabrikkollektiv in der jeweiligen Stadt ausweisen sollten. In Moskau errangen die Schutzbündler der 1. Uhrenfabrik den ersten Platz,⁹⁵ in Leningrad ihre Landsleute im »Kirow«-Werk.⁹⁶ Dem jeweiligen Sieger übergab man eine »Wanderfahne«; Betriebsdelegationen wurden nach Leningrad und Moskau entsandt, um die Ergebnisse zu kontrollieren.⁹⁷ Nach langen Beratungen fiel der Sieg zugunsten des Leningrader Kollektivs aus, womit es die »Rote Wanderfahne« des WZSPS feierlich überreicht bekam.⁹⁸

Auch die Rostower Schutzbündler rüsteten im Frühling 1935 zu ihren ersten Wettbewerben, zunächst fabriksintern,⁹⁹ später mit dem Charkower Traktorenwerk.¹⁰⁰ Der Ankündigung von neuen Wettbewerben, ihren laufenden Ergebnissen und insbesondere dem Endresultat räumte man in der Presse viel Platz ein. Der Funktionär des zentralen INO-Büros in Moskau, Shugar, kritisierte im Zusammenhang mit dem Ausgang des Moskau–Leningrad Wettbewerbes die ungenauen Zielsetzungen, die dem Wettstreit zugrundelagen, da dadurch die Vergleichbarkeit erschwert worden sei. Auch prangerte Shugar – im Beisein Großmanns und einiger Schutzbunddelegationen – das Fehlen laufender Kontrollmechanismen an: Es genüge beispielsweise nicht, sich zu verpflichten, die 420 Minuten des Arbeitstages »voll auszunützen« und nur darauf zu achten, pünktlich im Werk zu erscheinen und keine Rauchpausen einzulegen; man müsse vielmehr die Produktionsstockungen verursachenden Mängel auflisten und der Direktion mitteilen. Laut Shugar sei nun die Zeit gekommen, daß aus »Udarniki« »Otlitischniki« würden, womit er die schlechte Qualität sowjetischer Erzeugnisse ansprach. Schließlich mahnte er andere Kollektive, dem Beispiel Moskau–Leningrad zu folgen.¹⁰¹

Am »schwarzen Brett« in der Zeche prangten die individuellen Arbeitsleistungen, eine Kontrollfunktion, die auch die Wandzeitung erfüllte. Die Überwachung von Arbeitsleistungen war umso leichter durchzuführen, wenn Schutzbündler, wie im Betrieb »Elektroapparat« (Leningrad), ihre Verpflichtungen schriftlich festhielten.¹⁰² Als weiteres Disziplinierungsinstrument wäre das Udarnik-Ausweis zu nennen, mit dem Betriebsaktivisten sonst kaum erhältliche Kleidung und Schuhwerk kaufen konnten. Einem Schutzbündler im Autowerk »Stalin«, der »sonst stets seinen Pflichten nachkam«, zog man den Udarnik-Propusk ein, weil er einmal eine Stunde zu spät zur Arbeit kam.¹⁰³

In diesem Zusammenhang erschien in der *Roten Zeitung* (Leningrad) eine Vielzahl denunziatorischer Berichte. Dazu soll einleitend festgestellt werden, daß der jeweilige Bericht auf konkreten Vorfällen beruhte. Viel wichtiger als die angekreideten Mißstände – meistens Lapalien – war die erzieherische Absicht solcher Reportagen. Kleingeistige, oberlehrerhafte Attitüden prägten die Darstellung der jeweiligen »Unterlassungssünden«. Auch fehlte fast völlig der Bezug auf die (für Schutzbündler sicherlich nicht leicht zu verkräftenden) neuen sozialen und betrieblichen Begebenheiten. Man siedelte die Wurzeln aller Mißstände lieber im persönlichen Bereich an. Die Infantilität der Kritik durch die Zeitung manifestierte sich auch in der Praxis, das Vorleben der Österreicher zu negieren – als ob sie vor ihrer Ankunft in der Sowjetunion eine Fabrik nie von innen gesehen hätten. Dem INO-Büro Leiter Shugar zufolge verfügten die Schutzbündler anfangs über »kein Verständnis für die Arbeitsmethoden in den sozialistischen Betrieben«.¹⁰⁴ Von absurder Weltfremdheit zeugte auch die in der *Roten Zeitung* verbreitete Auffassung, es hätte nur einer strengen Mahnung bedurft, um den betreffenden Österreicher auf die richtige Bahn zu helfen. In den Zeitungsspalten kam das sadomasochistische Ritual von Kritik und Selbstkritik zum Vorschein, wobei erstere immer »positiv« zu sein hatte. Dies läßt sich an einer Reihe von Beispielen gut veranschaulichen:

- Von einem Schutzbündler in der Möbelfabrik »Chalturin«: »Mich selber hat man leider mit sozialistischen Arbeitsmethoden nicht bekannt gemacht.«¹⁰⁵
- Die Wohnungen auf den Krestowski-Inseln seien vorbildlich und »werden dem Proletariat immer gehören. Nicht wie die von der SPÖ soviel besungenen ›herrlichen‹ Wiener Gemeindehäuser«.¹⁰⁶
- Namentliche Auflistung von »undisziplinierten« Schutzbündlern, die den Technikunterricht schwänzten.¹⁰⁷

- Namentliche Auflistung von Österreichern, die ihre Produktionsvorgaben nicht erreichten.¹⁰⁸
- »Entlarvung« eines »Doppelzünglers«, der Saufgelage veranstaltete und als Vertrauensmann im Kollektiv eine »Doppelrolle« spielte.¹⁰⁹
- Selbstkritik wegen unregelmäßiger Kursbesuche.¹¹⁰
- Selbstkritik: »Alles verdanke ich der Politschulung.«¹¹¹
- Verurteilung eines Schutzbündlers, der »bummelte«, Mädchen »verführte« und »nörgelte«. Kommentar eines Landsmannes: »Die Veröffentlichung in der *Roten Zeitung* ist nicht nur richtig gewesen, sie ist vor allem »zu milde« gehalten.«¹¹²
- Selbstkritik: Ein Februarkämpfer, der die ihm versprochenen Theatertickets nicht erhielt, ließ sich zur Bemerkung hinreißen, er würde keine Kurse mehr frequentieren. Bekannte später diesen »Fehler« ein.¹¹³

Gelegentlich wurde auch über ein ganzes Arbeitskollektiv der Österreicher gerichtet. Der Parteisekretär des Kirow-Werkes griff publizistisch eine Reihe von österreichischen Arbeitskollegen an, billigte ihnen jedoch – dank einer wunderwirkenden Reinigungskraft der »Selbstkritik« – zu, sie seien auf dem Weg der Besserung:

Genosse L. fühlte sich doppelt gestraft: Seine hohe Ausschußquote zog eine Lohnreduzierung und den Verlust eines Kurplatzes nach sich; seine Beteuerung, es sei Funktion der Gewerkschaft, solche Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, schmettete man als »Gleichmacherei« ab.

Genosse P. hatte – dank des Politikurses – »die kränklichen, kleinbürgerlichen, sozialdemokratischen Vorstellungen« überwunden. Gleichfalls verbessert hatte sich Schutzbündler S., bis vor kurzem »typischer Vertreter« der »von der Bourgeoisie unterstützten« Sozialdemokratie.

Der wegen »Undiszipliniertheit« öffentlich gebrandmarkte Genosse K. bedankte sich via Zeitung für die Kritik; als »Kämpfer für den Sozialismus«, sei er nun aktiver Mitarbeiter der Wandzeitung.¹¹⁴

Ein ähnlicher Bericht erschien über »nörgelnde« Österreicher in der Schuhfabrik »Skorochoch«:

Nach einer Intervention seitens der Partei habe ein Schutzbündler eine bessere Arbeit, ein zweiter einen neuen Küchentisch, zwei weitere neue Bettdecken bekommen, womit alle Streitpunkte ausgeräumt worden seien. Den Österreichern im Werk attestierte man »eine kleinbürgerliche sozialdemokratische Erziehung«, schlechte Arbeitsdisziplin und hohe Ausschußproduktion. Ihre Umerziehung sei aber dank der Schulungskurse und persönlicher Wettbewerbe bereits im Gang.¹¹⁵

Auch andernorts konnten die österreichischen Politemigranten nicht abseits stehen. Im Sommer 1935 forderten die Schutzbündler von Gorki ihre Landsleute in Charkow zu einem Wettbewerb auf.¹¹⁶ Die Automobilarbeiter gingen als Sieger hervor, dem Wettbewerb in Charkow bescheinigte die Zeitung eine »sehr mangelhaft(e)« Durchführung.¹¹⁷ Dabei kam der Frequenzquote beim Besuch des Politunterrichts große Bedeutung zu. Drei Monate vor Beginn des Charkow–Gorki Wettbewerbes, also Ende März 1935, richtete das ZK der WKP/b neue Abteilungen in den Stadtkomitees ein, welche die organisatorische und propagandistische Arbeit verbessern sollten. Im politischen Unterricht wurde das Studium der russischen Parteigeschichte obligatorisch, um nicht zuletzt auf »die rechte Gefahr« hinzuweisen, die laut Stalin »das Hineinwachsen der kapitalistischen Elemente in den Sozialismus, vom Erlöschen des Klassenkampfes« propagiere.¹¹⁸ Und gerade unter diesem Aspekt wurde die Bildungsarbeit unter den Charkower Schutzbündlern WZSPS-intern als nicht befriedigend charakterisiert. Im August 1935 konstatierte der Moskauer Gewerkschaftsemissär Jewrenow, sie verstünden nicht »die Rolle der Partei im bewaffneten Kampf«, was er den Instruktooren ankredete.¹¹⁹ Die Kritik eines anderen WZSPS-Funktionsnäs aus Moskau knüpfte an den Formalismus des Politunterrichts an: Der nicht genügend qualifizierte Zirkelleiter berücksichtigte nicht die Besonderheiten der politischen Erfahrungen der Österreicher, sondern unterrichtete sie wie russische Arbeiter in den Fächern Marxismus-Leninismus und Parteigeschichte.¹²⁰

Diese »Mißstände« rührten teilweise von der begreiflichen Ängstlichkeit der Lehrer her: Das Fach Politunterricht enthielt so viele aktuelle und hochbrisante Aspekte, daß »Mißinterpretationen« seitens des Vortragenden oder seine »ungesunde« Reaktion auf provokatorische Fragen von selbsternannten Hütern der »revolutionären Wachsamkeit« eine Falltür nach der anderen öffnen konnten.

Dieses Schicksal wurde einem in Charkow tätigen Zirkelleiter namens Hochberg zuteil, der am 9. Juni 1935 vor Schutzbündlern aus den Betrieben »Swet Schachjera« und »Buskeni Sawod« referierte. Auch der seit 1925 in der UdSSR lebende KPD-Mann Richard Greve fand sich ein. Zur Zeit seines Besuchs in Charkow war er stellvertretender Chefredakteur und Leiter der Landabteilung der *Deutschen Zentral-Zeitung*.¹²¹

Greves Anwesenheit war sicherlich kein Zufall, sondern das Vorspiel für eine »Abrechnung« mit den Instruktooren der Gewerkschaft, die für allerlei Schwierigkeiten in Charkow verantwortlich gemacht wurden. Und daß sich hier nicht ein Schutzbündler als sogenannter »Rabkor«

(Arbeiterkorrespondent) zum Richter aufspielte, sondern der zweite Mann in der größten deutschsprachigen Zeitung der gesamten Sowjetunion, läßt die Funktion seines Berichtes erahnen: Eine deutliche Warnung an alle mit politischer Bildung Beauftragten und nicht zuletzt auch an »lernunwillige« Österreicher. Greve erwies sich in seiner scholastischen Interpretation der marxistisch-leninistischen Lehre als gelehriger Schüler des ehemaligen Priesterseminaristen Dschugashwili-Stalin. In Hochbergs Ausführungen zum Komplex Finanzkapital/Monopolkapital/Imperialismus fand sich, so Greve, »kein Wort von den fünf Hauptanzeichen des Imperialismus, kein Wort von der Bedeutung des Kapitalexports, der Aufteilung der Welt und dem Kampf um die Neuaufteilung; nichts über den parasitären, verwesenden (sic!) Charakter des Imperialismus.« Hochberg soll auch »vergessen« haben, ellenlange Zitate aus der Polemik Lenins gegen Kautsky den nach einem harten Arbeitstag ermüdeten Schutzbündlern einzuprägen. Greve zufolge unterließ es Hochberg zudem, in der Frage Faschismus/Demokratie zu erwähnen,

»daß es eine proletarische Demokratie gibt, daß wir in einem Land leben, wo der Sowjetdemokratismus die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, alle Gebiete des materiellen und kulturellen Lebens umfaßt, eine Demokratie, die wir vor der ganzen Welt mit Stolz demonstrieren.«

Mit der Aufzählung dieser Beispiele »unerhörter Vulgarisierung der theoretischen Lehre unserer Partei« untermauerte der deutsche Eiferer seine Forderung an das Charkower Gewerkschafts- und Parteikomitee, sich mit der politischen Arbeit unter den Schutzbündlern zu befassen, »die Arbeit der Zirkelleiter zu kontrollieren und unfähige Propagandisten von der Arbeit zu entfernen«. ¹²² Hochberg wurde tatsächlich abgesetzt. ¹²³ Ob ihm etwas Gröberes zustieß, entzieht sich unserer Kenntnis. Dokumentarisch belegt ist hingegen, daß der inquisitorisch agierende Greve zwei Jahre später selbst verhaftet wurde und seither als verschollen gilt. ¹²⁴

Meldungen über Versäumnisse bei der Durchführung des Politunterrichts kamen auch aus Rostow am Don. Dabei wurde die Gelegenheit genutzt, den fehlenden Lerneifer namentlich genannter Schutzbündler anzuprangern. ¹²⁵ Einen folgenschweren Fall von Pressedenunziation in »Rostselmasch« stellte ein *DZZ*-Bericht dar, demzufolge ein spanischer Arbeiter in Schwierigkeiten geriet, weil er zweimal die ihn karikierende Seite aus der Betriebswandzeitung herausriß:

»Kein Arbeiter seiner Brigade nahm ihn in Schutz, alle verurteilten sein unproletarisches Verhalten und die Mehrheit sprach sich für seine Entfernung aus dem Betrieb aus.« ¹²⁶

Die pädagogische Funktion der medialen »Bloßstellung« zielte schließlich auch darauf ab, die Schutzbündler für eine Vorreiterrolle im Betrieb und im politischen Leben umzuerziehen. Ähnlich den »Udarniki« sollten auch die österreichischen Politemigranten durch mustergültiges Benehmen und hohe Arbeitsleistung im Betrieb die große Masse der indifferenten Kollegen positiv beeinflussen.

Eigentlich waren die maßgeblichen Funktionäre des WZSPS mit den Integrationsfortschritten der Österreicher weitaus zufriedener, als die o.a. Pressereportagen vermuten lassen. Sharikow (Leiter des INO-Büros des Moskauer Gewerkschaftsrates) sprach »von einem stabilen, gesunden Kern«, der hauptsächlich aus Schutzbündlern mit langjähriger Berufspraxis bestand. Schon im April 1935 waren 110 der 138 in Leningrader Betrieben stehenden Schutzbündler »Udarniki«. Anlässlich des »Februarmarschroute«-Wettbewerbes arbeiteten die Februarkämpfer im Werk »Elektrosila« ganze Nächte hindurch. Ähnlich verhielt es sich bei den Moskauer Schutzbündlern. Echte Probleme bereiteten dem WZSPS sogenannte »lumpenproletarische« Elemente. Als solche wurden sowjetischerseits meistens junge Menschen bis zu 30 Jahren charakterisiert, die in Österreich permanent arbeitslos gewesen waren. Ihr negatives Verhalten äußerte sich, Sharikow zufolge, in Betriebswechsel, Trunkenheit und »Bummelei« (»auf Krankenschein spazierengehen«).¹²⁷ Im Herbst 1935 lobte Abolin das Leningrader Kollektiv als das beste von allen fünf. Einerseits geißelte er Bummelei, Fehlstunden und asoziales Verhalten der Ausländer; andererseits gab er zu, daß »den konkreten Nöten und Interessen einzelner Schutzbündler keine Beachtung geschenkt« werde. Seiner Ansicht nach war ein Grund für Unzufriedenheit unter den Schutzbündlern die Tatsache, daß einige von ihnen zu Hause gut verdient hatten und hohe Qualifikationen aufwiesen, ihre Spezialisierung aber in den großen mechanisierten Fabriken der Sowjetunion kein entsprechendes Betätigungsfeld fand und die Löhne und Lebensbedingungen ihnen unzureichend erschienen.¹²⁸

Stachanow-Bewegung

Was den früheren Mobilisierungsversuchen an der sowjetischen »Arbeitsfront« fehlte, war ein systematisches Bindeglied zwischen Arbeiteraktivismus und moderner Technik. Ein solches Zweckbündnis hatten »Udarniki« und »Otlitschniki« nur ansatzweise zuwege gebracht, eine Massenbewegung stellten sie nicht dar. Nur eine Lockerung der Befehlsgewalt, d.h. mehr Freiraum für das Wirtschaftsmanagement, hätte den

Teufelskreis von Anfangserfolgen, Rückschlägen und temporären Kraftanstrengungen durchbrochen. Entsprechende Zugeständnisse kamen für die politische Elite nicht in Frage. In den Führungsgremien des Staates war man nicht bereit, die Macht im Wirtschaftsressort zu teilen oder grundlegende Fehler im stalinistischen Industrialisierungskonzept einzubekennen. Da die Parteiführung seit jeher von Mißtrauen gegenüber Wirtschaftsexperten erfüllt war und nach wie vor exorbitanten, von den Betriebskommandeuren als unrealistisch eingestuften Produktionszielen hinterherjagte, suchte die Partei ihr Heil in der erneuten Mobilisierung der Werktätigen. Dieser Schwenk nahm innerbetriebliche Konflikte in Kauf und war, wie fünf Jahre zuvor, gegen die Industriekader gerichtet. Die neue Politik stützte sich eindeutig auf die Arbeiter. Betriebsleiter gerieten ab Mitte 1935 wiederum leicht in Gefahr, als »Schädling« oder »Saboteur« abgestempelt zu werden. Die Fortführung einer wissenschaftlich abgesicherten Rationalisierung in den Betrieben kam dadurch zum Stillstand. Auch in diesem Bereich ging die Initiative auf die Arbeiter über, die an ihren Arbeitsplätzen teils spontan, teils unter der Leitung des Parteiorganisations neue Arbeitsmethoden entfalteten, die schließlich in der Stachanow-Bewegung ihren Kulminationspunkt erreichten.

Schon 1934 wurden individuelle Spitzenleistungen und Normüberbietungen aus einigen Industriebranchen gemeldet.¹²⁹ Den Kampf gegen »kanzlei-bürokratische« Leitungsmethoden und realistisch denkende Ökonomen – die verschmähten »Grenzwertler« – nahm L.M. Kaganowitsch, ein enger Vertrauter Stalins und seit März 1935 Volkskommissar für das Transportwesen, energisch auf. Kaganowitsch kontrollierte persönlich die Durchführung einer »Schädlingskampagne« im Eisenbahnwesen. Dabei stützte er sich auf kommunistische Eisenbahner, von denen der Lokführer P.F. Krivonos einen unionsweiten Bekanntheitsgrad erlangte, nachdem er Geschwindigkeitsbeschränkungen ignoriert und seine Lokomotive »voll ausgenutzt« hatte. Krivonos stellte sich an die Spitze einer Bewegung, die dazu beitrug, daß sich die Zahl der geführten Eisenbahnwaggons im Jahre 1935 um 50 Prozent erhöhte.¹³⁰

Auf einer Konferenz von Wirtschaftsfachleuten im Mai 1935 griffen der Volkskommissar für Schwerindustrie (NKTP), Ordschonikidse, sowie sein Stellvertreter Pjatakow die geltenden Industrienormen heftig an. Sie vertraten die Meinung, daß technisch begründete Normen, weil niedrig angesetzt, überholt seien und die Arbeiter daran hinderten, den Produktionsprozeß zu beschleunigen und quantitativ auszuweiten. Ordschonikidse plädierte für die Einführung des progressiven Akkordlohnes in allen Industriebranchen.¹³¹ Dafür war der Zeitpunkt insofern günstig,

als man kurz vorher die Normen um drei bis sieben Prozent hinaufgesetzt hatte.¹³² Eine höhere Normsteigerung aber – so das Argument der Fachleute, Wissenschaftsspezialisten und Manager – würde technische Standards gefährden. Solche Einwände stießen im NKTP auf wenig Gegenliebe, zumal allgemein bekannt war, daß den bestehenden Normen Messungen zugrundelagen, die sich aufgrund längst eingeführter Modifikationen im Produktionsbereich als obsolet erwiesen und nur noch Geltung hatten, um das implizierte Einvernehmen zwischen Meistern und den (in genügender Zahl noch nicht vorhandenen) Facharbeitern nicht zu unterminieren.¹³³

Auch Stalin schaltete sich in die Debatte ein. Hatte er im Februar 1931 die griffige Formel »die Technik meistern« geprägt,¹³⁴ so wandelte er diese in seiner programmatischen Rede (4. Mai 1935) vor den Absolventen der Akademien der Roten Armee in den Satz um: »Die Kader entscheiden alles.« Seine Ausführungen vor den jungen Militärs waren von unverhüllten Drohungen durchtränkt – gegen jene, die »den Rückzug« predigen, der Parteispitze »mit der Entfachung eines Aufstandes in der Partei gegen das Zentralkomitee« oder gar »mit Kugeln« drohen. Damit wollte er etwaige Widerstände gegen seine voluntaristische Industriepolitik und »terroristische Absichten« seitens angeblicher Widersacher innerhalb der Partei auf eine Stufe stellen.¹³⁵

Seine Rede hatte zwei weitere Implikationen: Erstens, eine direkte Schützenhilfe für Ordschonikidse bei dessen Ablehnung der von den Betriebsleitern postulierten »Grenzwerte« im Hinblick auf die Produktionskapazität; zweitens, einen Hinweis (den er möglicherweise gar nicht so intendiert hatte) an die Fabriksleitungen, ja nicht in einer »herzlosbürokratischen Manier« gegen die Belegschaft zu agieren.¹³⁶ Stalins Rede erreichte eine massive Breitenwirkung und wurde auch in Stachanows Grubenabschnitt agitatorisch eingesetzt. Die Leistung des Mineurs – die vierzehnfache Normüberbietung – in der Nacht vom 31. August auf den 1. September 1935 war kein »Zufall«. Besondere Anstrengungen zum traditionellen »Tag der Weltjugend« hatte es auch früher gegeben. Diesmal sorgte man jedoch den ganzen Tag über für optimale Arbeitsbedingungen, und zwei Zimmerleute assistierten Stachanow. Der »Parteiorg« im Bergwerk hatte schon vorher alle Vorbereitungen bis ins kleinste Detail mit ihm abgesprochen. Bei der Propagierung solcher Leistungen – Stachanows Produktionsrekord übertrafen zwei andere Bergarbeiter in der darauffolgenden Woche – wurden die einmalig vorteilhaften Arbeitsbedingungen kaum oder gar nicht erwähnt, ebensowenig die Beistellung von speziell dazu ausgesuchten Fachkräften bzw. Hilfsarbeitern. Innerhalb kürzester Zeit erfaßte die

Massenbewegung »Rekordmenstwo« das ganze Land.¹³⁷ Bereits in der ersten Phase trug der Stachanowismus zwei grundsätzliche und schließlich unlösbare Widersprüche in sich: Erstens, die Unkoordinierbarkeit von individuellen Spitzenleistungen mit einer allgemeinen und beträchtlichen Produktionsausweitung; zweitens, die Tatsache, daß sogenannte »persönliche Rekorde« – wie im geschilderten Fall – faktisch etwas anderes darstellten, nämlich das Resultat gut vorbereiteter, brigademäßig ausgeführter Arbeitsabläufe. Die Glorifizierung jener Stachanowisten der ersten Stunde war von dem Wunsch diktiert, die große Masse der Betriebs- und Bergbauarbeiter zu überzeugen, daß Spitzenlöhne, mannigfache Privilegien und Berühmtheit all jenen zuteil werden konnten, die die Technik »meistern«. Diese Aufforderung von Stalin erlangte zwar nahezu biblische Aussagekraft, war jedoch letzten Endes eine hochtrabende Phrase für die Verwirklichung rationeller Produktionsbedingungen: Arbeitseinteilung, Abtrennung von Hilfs- und Nebenarbeiten, Arbeitsvorbereitung, Organisierung des Auftrags an der ausgewählten Produktionsstelle, Anordnung der Arbeitskräfte, Auswahl der Geräte und Werkzeuge, Beseitigung unproduktiven Zeit- und Kraftaufwandes, 100prozentige Ausnützung der vorhandenen Ausrüstung usw.¹³⁸ Daß viele Schutzbündler, von ihren Arbeitserfahrungen in einer alten Industriekultur nachhaltig geprägt, mit glänzenden Arbeitsergebnissen aufwarten konnten, soll nicht überraschen. Vermutlich konnten sie erst nach Einführung von stachanowistischen Wettbewerben durchsetzen, daß ihre längst deponierten Rationalisierungsvorschläge von den nun unsicher gewordenen Betriebsingenieuren verwirklicht wurden. Manchmal bedurfte es kleiner Änderungen und einer Portion »common sense«, um die Produktionsziffern mit einem Male in die Höhe zu treiben:

1) »Serp i Molot«, Charkow

Anstatt daß jeder qualifizierte Holzarbeiter die Bretter vom Lager selbst holen und zurecht schneiden mußte, tat dies nun ein Hilfsarbeiter. Normerhöhung: 140 bis 170 Prozent.¹³⁹

2) Kugellagerwerk, Moskau

Stehzeit dadurch reduziert, daß die Maschinisten zu verschiedenen Zeiten in die Mittagspause gingen. Die Maschinenarbeiter entlasteten die Einsteller, indem sie selbst Kleinigkeiten an der Einstellung vornahmen.¹⁴⁰ Der Mangel an Werkzeugen in der Reparaturwerkstatt führte dazu, daß die russischen Maschinenarbeiter versuchten, die Muttern mit dem Hammer abzumontieren. Die dadurch entstandenen notwendigen

Reparaturen an den teuren ausländischen Geräten gingen zurück, nachdem man Werkzeuge in genügender Zahl geliefert hatte.¹⁴¹

3) Krassnaja Sarja, Leningrad

Gründlich geschmierte Werkbänke und die Bereitstellung aller erforderlichen Werkzeuge ermöglichten dreifache Normerfüllung.¹⁴²

4) Dynamo-Werk, Moskau

Unter ständiger Hilfe von Meistern und Zechenleitern für die Schweißerbrigade wurde Material bis zum Arbeitsplatz gebracht, darunter genug Elektroden. Außerdem prüfte ein Elektromonteur das Schweißaggregat. Ergebnis: Einzelne Hochleistungen bis zu 370 Prozent des Planes.¹⁴³

5) Elektro-Sawod, Moskau

Weil man Ersatzteile auf Vorrat machen ließ, entstanden in der Schlosserei keine Stehzeiten mehr. Arbeitsleistungen von 160–211 Prozent.¹⁴⁴

In der ersten Phase der stachanowschen Rekordmanie (etwa bis Ende 1935) waren extrem hohe Tagesverdienste keine Seltenheit, wenn auch nur vorübergehend. Die Anwendung des progressiven Leistungslohnes – Motor der Stachanow-Bewegung – in der Automobilindustrie ab 1935 bewirkte eine noch stärkere Differenzierung bei den Löhnen. In der Montagezeche des »Stalin«-Autowerkes erreichten im September 1935 bloß elf der 544 ausgewiesenen Stachanowisten die zweifache Normerfüllung; zwei Monate später hatte sich diese Zahl auf 113 erhöht. Im Autowerk von Gorki war die Leistungsdynamik noch stärker. Vor der Einführung des progressiven Leistungslohnes (19.10.1935) erfüllten hier 258 Arbeiter das Plansoll, nachher schafften 3.743 Beschäftigte die Norm, wovon sich ein Drittel einer Normleistung von 200 Prozent und mehr erfreuen konnte.¹⁴⁵ Diese Dynamik war zu einem erheblichen Teil auf einen seit März 1935 geltenden, bis Mai 1936 andauernden Normerhöhungsstopp zurückzuführen.¹⁴⁶ In einem Grundsatzstatement des WZSPS hieß es diesbezüglich Mitte Oktober 1935:

»Die Gewerkschaften müssen allen Versuchen mancher übereifriger Wirtschaftsführer, die Leistungsnormen zu revidieren und die Akkordberechnungen unmittelbar nach dem Übergang der Arbeiter zu stachanowschen Arbeitsmethoden zu ändern, eine entschiedene Abfuhr erteilen.«¹⁴⁷

Hätte man nämlich die Normen früher angehoben, wären die allseits kolportierten Heldentaten von Stachanow und seinesgleichen deutlich

bescheidener ausgefallen. Und weil die bisher chronometrisch und nicht aufgrund durchschnittlicher Arbeitsleistungen gemessenen Normen niedrig waren, befürchteten die nun in der Defensive befindlichen Fabriksdirektoren, daß die ihnen von der Staatsbank gewährten Lohnfonds bald zur Neige gehen würden.

In seiner Rede auf der 1. Unionsberatung der Stachanowleute (17. November 1935) plädierte Stalin vermutlich aus diesem Grund für eine Verdoppelung bestehender Arbeitsnormen.¹⁴⁸ Die Angriffe auf die alten Normen fielen auf dem ZK-Plenum im Dezember 1935 noch schärfer aus. Einstweilen beschloß man lediglich, Anfang 1936 Konferenzen einzuberufen, um neue Normen zu setzen.¹⁴⁹ Im Zeitraum Mai 1935 bis März 1936 stieg der durchschnittliche Fabrikslohn von 176 auf 207 Rubel, in der Leningrader Industrie sogar um 30 Prozent.¹⁵⁰

Konnten auch die Schutzbündler 1935 lohnmäßig vom »Goldenen Herbst« sprechen? Man kann davon ausgehen, daß die meisten Monatslöhne der Österreicher bis mindestens Mitte 1936 anstiegen, d.h. bevor neue Normen in Kraft traten. Schnell wachsende Verdienste waren eher dort zu erreichen, wo die Arbeitsorganisation rationalisiert wurde und günstige Vorbedingungen für ununterbrochene Arbeit herrschten. Solche Voraussetzungen existierten z.B. in Charkow kaum. Dort benötigten Anfang 1936 94 der 165 Schutzbündler noch den Gewerkschaftszuschuß.¹⁵¹ Davon waren 21 Prozent Stachanowisten, und ganz wenige verdienten mehr als 500 Rubel monatlich. Die meisten Löhne der anderen Stachanowisten gingen nicht über 200–300 Rubel hinaus. Daß diese Summen für die zwei- bis dreifache Normüberbietung ausbezahlt wurden, weist wiederum auf die niedrigen Lohnsätze in der Ukraine.¹⁵²

Im allgemeinen beruhten außerordentlich hohe Tages- bzw. Monatsverdienste auf untypisch vorteilhaften Arbeitsbedingungen und – nicht zuletzt – auf extremen körperlichen Anstrengungen, was folgende Beispiele von prominenten österreichischen Stachanowisten veranschaulichen. Der Floridsdorfer Februarkämpfer Anton Barak war zwei Monate nach Eintritt in den Betrieb »Dynamo« schon »Udarnik«, bald darauf »Otlitschnik«. Sein Monatsverdienst als Elektroschweißer betrug durchschnittlich 350 Rubel.¹⁵³ Allerdings hatte Barak diesen Beruf zehn Jahre lang in Wien ausgeübt¹⁵⁴ und war daher für sowjetische Verhältnisse eine absolute Spitzenkraft. Kurz nach Anlauf der Stachanow-Offensive rüstete Barak zu einem internen Wettbewerb in der Schweißerei. Er überprüfte seine Werkzeuge vor Arbeitsbeginn und fertigte selbst fehlende an; den Meister brachte er dazu, die Brigade laufend mit Werkstücken zu beliefern. Er wirkte anspornend auf jene Arbeitskollegen ein,

»die häufig die Arbeit« unterbrachen und »zu einer kleinen Unterhaltung in der (Schweiß-)Kabine des Nachbarn verschwinden« wollten. Auch für den Betriebsratsobmann, der den Gewerkschaftsbeitrag kassieren wollte, hatte Barak erst nach Arbeitsschluß Zeit.¹⁵⁵ Der Floridsdorfer Stachanowist hielt monatelang ein extremes Arbeitspensum durch:

Normerfüllung: 190 Prozent (Oktober 1935), 275 Prozent (21.10.1935), 330 Prozent plus (Mitte November 1935), 300 Prozent (Jänner 1935), 360–370 Prozent (März 1936)¹⁵⁶

Baraks Arbeit, das Schweißen von Motorgehäusen, war anstrengend und gesundheitsgefährdend. An einem »Stachanow-Tag« Anfang Jänner 1936 forderte er einen russischen Arbeitskollegen zum Wettbewerb auf. Die Norm betrug acht Stunden für ein Stück, Barak schweißte zweieinhalb Stück in sieben Stunden.¹⁵⁷

Stachanow-Arbeiter schrieben ihre Hochleistungen nicht nur der eigenen Körperkraft, sondern auch den Worten des Genossen Stalin zu, beispielsweise jener berühmten Stelle in dessen Rede auf der 1. Unionsberatung der Stachanowisten, als er apodiktisch kundtat:

»Es lebt sich jetzt froher. Und wenn es sich froh lebt, dann geht die Arbeit gut vonstatten.«¹⁵⁸

Neben anderen führenden ausländischen Stachanowleuten bestätigte Barak in kindlicher Ergebenheit die weisen Worte des Führers:

»Ich freue mich sehr über die Rede des Genossen Stalin (...) (ich) lebe gut und die Arbeit macht mir Freude. Immer besser und fröhlicher leben, sagt Genosse Stalin, ja, das tun wir. Unter seiner Führung schreiten wir immer mehr dem Wohlstand entgegen.«¹⁵⁹

Erkenntlich dankbar zeigte sich auch Johann Jilke, der prominenteste Schutzbündler-Stachanowist in Leningrad. Wie Barak stammte Jilke aus dem 21. Wiener Gemeindebezirk und war gleichfalls erfahrener Metallarbeiter. An seiner Drehbank im Betrieb »Krassnaja Sara« übertraf er die Norm dauernd:

an einem Tag im Dezember 1935 346 Prozent des Planes (Monatsdurchschnitt 286 Prozent), in der ersten Jännerhälfte 360 Prozent, im Zeitraum 10.–15. Jänner 1936 402–450 Prozent usw. Sein Verdienst war entsprechend: im Oktober 1935 600 Rubel und 666 Rubel Rationalisierungsprämie, im November 800 Rubel, im Dezember 1.164 Rubel, in der ersten Jännerhälfte 1936 600 Rubel.¹⁶⁰

In der Instrumentalzeche des Werkes traf der *DZZ*-Reporter Max Pfeifer – ein deutscher Kommunist, der 1937 »verschwand«¹⁶¹ – den Schutzbündler Jilke in folgender Haltung an:

»Um die Hüften ist ein breiter Gurt geschlungen, der mit der Drehbank verbunden ist. Wenn der Arbeiter sich nach hinten lehnt, dann hängt der Oberkörper ein wenig (...). Um stärkeren Druck ausüben zu können, beugt sich der Arbeiter (Jilke – der Verf.) jedesmal ein wenig nach hinten, wodurch sein Eigengewicht besondere Kraftanstrengungen erspart und er in der Hauptsache nur den Druckstahl fest in den Händen halten muß, der das Röhrchen formt.«¹⁶²

Dabei porträtierte der Zeitungsmann in recht drastischer Weise – man denke nur an die körperlichen Verschleißerscheinungen –, wie man tatsächlich und symbolisch »die Technik meistert«: Arbeiter und Drehbank symbiotisch vereint.

An besonders prominenter Stelle in der Presse feierte man auch die Leistungen des Schutzbündlers Hübsch (Leiter einer Reparaturschlosserbrigade des Kugellagerwerkes »Kaganowitsch«). Der hochqualifizierte Metallarbeiter hatte als Fachkraft in der Pensaer Fahrradfabrik und in den Steyrer-Werken gearbeitet.¹⁶³ Im Monat Oktober 1935 verdoppelte sich sein Lohn auf 700 Rubel.¹⁶⁴ Er verpflichtete sich, drei Maschinen außerhalb des Planes zu reparieren¹⁶⁵ und – bei einem Wettbewerb mit seinem Meister – die Stehzeiten der Maschinen zu verringern.¹⁶⁶ Während seiner ständigen Anstrengungen, die ihm anvertrauten deutschen Automaten instand zu halten, erweckte Hübsch laut Aussage eines russischen Technikers oft den Eindruck, als wäre er »nur ein streitsüchtiger und übergescheiter Brigadier«, der sich letzten Endes doch durchsetzen konnte.¹⁶⁷ Da schimmerten die Ressentiments des technischen und Leitungspersonals durch, das damals oft viel weniger als ein Stachanowist verdiente und einiges an Autorität eingebüßt hatte. Nicht leicht verkraftbar für sowjetische Betriebsangestellte waren sicherlich auch die Belehrungen seitens ausländischer Fachleute, einschließlich Schutzbündler, die den neuen Wind spürten und Meister oder Zechenleiter auf die Jagd nach Ersatzteilen, Werkzeugen, Hilfsarbeitern und dergleichen mehr schickten.¹⁶⁸

Laut Bericht eines Schutzbündlers, der als Schlosser und einziger Ausländer in der Garage des Werkes »Elektrosila« arbeitete, verhielten sich die russischen Arbeiter zum Stachanowismus ablehnend, ohne dies allerdings offen zu äußern. Im Werk gab es einen »Herzog«-Stachanowisten, der mehr als 1.000 Rubel monatlich verdiente und den man mit einer Wohnung, Möbel, einer Uhr, einem Grammophon, Geld und »Eh-

renbanketten« prämiert hatte. Komsomolzen und Parteimitglieder agierten als Hauptträger der neuen Arbeitsmethoden, auch in der Garage, wo der Schutzbündler Carhoun zwischen Oktober 1935 und Februar 1936 seinen Verdienst von 280–320 auf 650–700 Rubel steigern konnte. Die kleine Brigade spezialisierte sich auf die Reparatur von Traktoren, aber ihre Arbeitsleistungen ernteten, obwohl voll entgolten, bei der Garagenleitung und den Kalkulanten hämische Bemerkungen:

»Wir hätten zu schnell gearbeitet, unser Verdienst sei ja unerhört (...) nicht zuletzt hätten wir dies unseren russischen Arbeitern zu verdanken, die der Bewegung ferne standen und uns als Lohndrücker betrachteten und dementsprechend sich beim Meister, beim verantwortlichen Betriebsleiter und der Betriebsgewerkschaft äußerten, um uns unmöglich zu machen.«

Daraufhin folgte der Gegenzug der Ingenieure, die einen Dynamo sowie verschiedene Meßinstrumente in der Reparaturwerkstatt montieren ließen, um jeden von der Brigade Carhoun reparierten Traktor einer 36stündigen Probe mit voller Belastung zu unterziehen. Diesmal siegte die Brigade, alle Traktoren wurden einwandfrei akzeptiert.¹⁶⁹

In der hypertrophen betrieblichen Atmosphäre, im fieberhaften Aktionismus, der sich oft im Kreis drehte und von Feindseligkeit zwischen Arbeitern und Vorgesetzten begleitet war, konnte man den Status einer anerkannten Fachkraft leicht verlieren.

In der Leningrader Druckerei »Petschatny Dwor«, wo 1934 120 Millionen Exemplare der Werke von Marx und Engels, Lenin und Stalin gedruckt und gebunden wurden, wurde der Wiener Februarkämpfer Anton (Toni) Sandmann zum besten Stachanowetz in der 1.500 Arbeiterinnen und Arbeiter umfassenden Buchdruckerei gekürt. Er kam zu einer speziellen »Kunstbrigade«, deren Auftrag darin bestand, die 300.000 Exemplare der »Geschichte des Bürgerkrieges« zu binden. Am 28. Jänner 1935 gelang es Sandmann, 300 (Norm: 170), am 3. März 400 und bis Ende Mai 420–560 Stück täglich einzubinden. Inzwischen hatte man die Tagesnorm hinaufgesetzt, Sandmann aber überbot das neue Tagessoll und lieferte einmal 701 gebundene Exemplare ab. Am 1. Mai 1936 prangte sein Bild an der Fassade der Fabrik.¹⁷⁰ Bald danach kam die Ernüchterung: Da er sich beim Schneiden der Bürgerkriegsausgabe die Hand verletzt hatte, warf man ihm in einer Versammlung während der Mittagspause vor, er hätte sich verstümmeln wollen. Sandmann beherrschte damals nur mangelhaft Russisch und war ahnungslos in die Versammlung gegangen, wo ihm außerdem klar gemacht wurde, daß eine Wiederholung eines solchen Arbeitsunfalls eine Lohnreduzierung mit sich bringen würde. Ärgeren Zwischenfällen im Betrieb

entging Toni Sandmann durch eine Meldung als Freiwilliger zu den Internationalen Brigaden in Spanien. Den der »Sabotage« bezichtigten Generaldirektor verhaftete das NKWD um die gleiche Zeit. Zu seinem Unglück war der Ausschuß bei der Lenin-Ausgabe besonders hoch, was nicht verwundern durfte, da er zu wenige Facharbeiter hatte und junge, ungelernete Kräfte an die modernen amerikanischen Maschinen stellen mußte.¹⁷¹

Unter den Schutzbündlern gab es leistungsmäßig auch »Eintagsfliegen«, wie Josef Lorber (Kirow-Werk, Leningrad), der an einem einzigen Tag 119 Rubel verdiente.¹⁷² Bei der Popularisierung des Stachanowismus nahmen auch die beharrlichen Hinweise auf imponierende Arbeitseinsätze von Lehrlingen oder angelernten Metallarbeitern einen gewissen Stellenwert ein. Der 1913 geborene Georg Dam, auch in politischem Sinn »ein neuer Mensch« geworden, eignete sich hierfür vortrefflich. Laut DZZ-Bericht spannte Dam am 12. Februar 1934, damals ein politisch nicht organisierter Fuhrmann, sein Pferd aus, ließ sich von Heinz Roscher ein Gewehr geben und nahm an den Kämpfen in Floridsdorf teil. Er fand sich im »Stalin«-Werk (Leningrad) erst zurecht, nachdem er unter die Obhut eines Meisters gekommen war, der den bekanntesten Stachanowist in der Fabrik protegiert hatte. In einer siebenstündigen Nachtschicht überbot Dam den Plan um 680 Prozent. Den Monatsdurchschnitt von 176 Prozent schaffte er in 20 Tagen und verdiente dabei zum ersten Mal über 350 Rubel.¹⁷³

Ab der Jahreswende 1935/36 nahm die Zahl solcher Berichte ab. Man brach auch mit der Praxis, die Zahl der Stachanowisten im jeweiligen Schutzbündlerkollektiv anzugeben. Anfang 1936 nahm das Stachanowisten-Kontingent in den Emigrantenklaven folgenden Anteil ein:¹⁷⁴

CHARKOW	GORKI	LENINGRAD	MOSKAU	ROSTOW
30 %	20 %	62 %	19 %	k.A.

Wie sich herausstellte, hatten die Konzentration auf Einzelleistungen und die dazu nötigen Umstellungen im Betrieb längst bekannte Probleme nur verschärft: Nicht einhaltbare Lieferfristen, Finanz- und Lohnengpässe, Mangel an Stahl aufgrund der verzögerten Fertigstellung neuer Stahlhütten, Verschleiß an Maschinen, fehlende Ersatzteile u.v.a.m. Die Einsicht drängte sich auf, daß man alle Produktionsphasen involvieren mußte, um die Stachanow-Kampagne vor der vollkommenen Kompromittierung zu retten. Das bedingte wiederum verstärkte Koordination innerhalb und zwischen den Sektionen einer Industrie – ein Zustand, der nur mit der Einbeziehung der Manager und Spezialisten in

die Stachanow-Bewegung gewährleistet werden konnte.¹⁷⁵ Es nimmt daher nicht wunder, daß seitens der Partei eine versöhnlichere Haltung gegenüber der Industrie-Intelligenzija langsam wieder Platz griff, hauptsächlich wegen des enttäuschenden Verlaufs von Stachanow-Perioden in der ersten Jahreshälfte 1936. Nachdem sich die »Stachanow-Tage« Anfang des Jahres genauso desorganisierend auf die Gesamtproduktion wie die Hochleistungen Einzelner im letzten Quartal 1935 ausgewirkt hatten,¹⁷⁶ drängte die Parteiführung auf eine zeitliche Ausdehnung der Stachanow-Schichten: Auf einen fünf- bzw. zehntägigen (»Dekadi«) oder gar monatlichen Arbeitsrhythmus. Damit hoffte man das stachanowsche Tempo branchenmäßig zu installieren und leitende Betriebsfunktionäre zu überzeugen, daß die Organisierung und Koordinierung der Fabriksproduktion zu ihren normalen Funktionen gehörten.¹⁷⁷ Die Umstellung auf Stachanow-Perioden mit einer Dauer von fünf, zehn und 25 Tagen trug dazu bei, daß der Jahresplan bis Juni 1936 zu 50,3 Prozent erfüllt wurde, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 37,4 Prozent ausmachte.¹⁷⁸ Ab Juli machten sich jedoch die dysfunktionellen Auswirkungen immer stärker bemerkbar, vornehmlich in der Fahrzeugindustrie: »Stürmen« während des letzten Monatsdrittels, Erschöpfung von Mensch und Maschine, Produktionsverfall nach Beendigung der Stachanow-Periode, Produzieren auf Halde usw.¹⁷⁹

Bei einigen Großbetrieben, die Schutzbündler beschäftigten, gab es eklatante Einbrüche, beispielsweise im GAS-Autowerk (Gorki). Hier hatte Busygin eine Rekordzahl von Kurbelwellen geschmiedet und war damit einer der berühmtesten Stachanowisten geworden.¹⁸⁰ Nach den anstrengenden Dekadi ging die Produktion des Autowerks zurück, man hatte die Produktionsvorgaben zu hoch gesteckt. Im Sommer 1936 mangelte es an Stahl, die Arbeiter standen untätig herum, die Maschinen bedurften aufgrund der Überlastung dringend einer Reparatur.¹⁸¹

Sprunghaft erzielte Produktionsverbesserungen erwiesen sich auch im Kugellagerwerk »Kaganowitsch« (Moskau) auf die Dauer als nicht haltbar. Ende 1935/Anfang 1936 brachte das »Stürmen« der Stachanow-Tage enttäuschende Ergebnisse, der Direktor wurde gefeuert. Sein Nachfolger, der frühere Technische Leiter, mußte gleichfalls gehen, schließlich leitete das Werk ein Stachanow-Ingenieur.¹⁸² Im Frühjahr 1936 wurden die Produktionsziele drei Monate aufeinander erfüllt,¹⁸³ was Ordschonikidse bei einem Werksbesuch dazu bewegen haben mag, eine Erhöhung des Ausstoßes von 2,5 auf 3 Millionen Kugel- und Rollenlager zu verlangen.¹⁸⁴ Dieser Aufgabe konnte man nur im Juni und Juli gerecht werden. Einige Wochen später brach die Produktion mehr oder minder zusammen: Die Stehzeiten häuften sich, ganze Abteilungen

schickte man tagsüber nach Hause, die Drehbänke waren beschädigt und es herrschte großer Mangel an Ersatzteilen. Unsinnige bürokratische Praktiken hatten ebenfalls zur Misere beigetragen, ein Facharbeiter mußte z.B. für die Ausgabe irgendeines Werkzeuges drei Zettel ausfüllen und in einer langen Schlange vor dem Schalter stehen.¹⁸⁵

Ähnliche Mißstände gehörten zum Alltag im Autowerk »Stalin«. Während der Stachanow-Dekadi verbrachten die Manager bis zu 14 Stunden täglich in den Hallen, Ingenieure und Meister suchten verzweifelt nach Ersatzteilen. Daraus ergab sich ein Zyklus von Überstunden und häufigen Stehzeiten.¹⁸⁶ Am achten Tag einer solchen Dekade liefen nur zwei zusätzliche Autos vom Förderband.¹⁸⁷ Das NKTP hatte gute Einzelergebnisse (wie im Kugellagerwerk »Kaganowitsch«) zum Anlaß genommen, auch der Direktion des Autowerkes höhere Produktionszahlen zu verordnen. Die Erfolge stellten sich aber nicht ein, was Ing. Brüll, der Vertrauensmann der Schutzbündler im Werk, eine »schmachvolle Bresche« nannte. Das Management appellierte im September 1936 an die Ingenieure und das übrige technische Personal, drei bis vier Stunden nach Arbeitsschluß sowie an ihren freien Tagen (!) in den Werkhallen zu helfen, »bis der Betrieb wieder planmäßig arbeitet«. Brüll unterschrieb diesen Aufruf zur Selbstaussbeutung, andere ausländische Kollegen aber nicht. Diese »Unterlassung« wurde von Brüll »politisiert«: Das INO-Büro sei daran schuld, weil es die Durchführung von Politikursen im Werk vernachlässigt habe (!).¹⁸⁸

Im Juni 1936 signalisierte der ukrainische Parteiführer Postyschew eine differenzierte Haltung gegenüber den Ingenieuren und dem technischen Personal (ITR).¹⁸⁹ Die damit einhergehenden Entwicklungen bedeuteten eine starke Modifikation der bisherigen Stachanow-Bewegung. Man setzte großangelegte »Wettbewerbe« vorläufig aus, revidierte die meisten Normen nach oben, legte die Betonung auf die technische Weiterbildung bewährter Stachanowisten und nicht mehr auf die Leistungen des Einzelnen. Schließlich erlebte das Udarnik-Konzept eine Renaissance. Derlei Schritte zielten auf eine Zurückdrängung der konfliktreichen Aspekte der Stachanow-Bewegung.¹⁹⁰

Eine stärkere Involvierung der Industrieingenieure in stachanowsche Produktionsanstrengungen äußerte sich bei den Ausländern schon im Mai 1936, und zwar durch einen Appell, bei der Intensivierung der technischen Ausbildung behilflich zu sein. Ausländische Ingenieure wurden dazu vergattert, im Moskauer Deutschen Klub »Thälmann« Technikurse auf deutsch abzuhalten.¹⁹¹ Die Forderung, das ITR müsse sich an die Spitze der Stachanowisten stellen und diese führen, stellte Ordschonikidse in einer NKTP-Sitzung (Juni 1936) auf. Darauf folgten Beratungen

der ausländischen Spezialisten mit deutschen bzw. österreichischen Stachanowisten, was wiederum einer Institutionalisierung der Stachanow-Bewegung gleichkam. Eine generelle Schwächung der Stachanowisten zugunsten des ITR bewirkten auch die 1936 erfolgten Normerhöhungen. Durch Manipulation am wichtigsten stachanowschen Kriterium – Arbeitsleistung und deren Bemessung – wurde der ephemere Charakter des Stachanow-Titels offenbar. Gemäß den Empfehlungen des ZK-Plenums vom Dezember 1935 führte man zwei Monate später die Erhöhung der Normen im Bergbau durch, allerdings mit der Zusage, auf der Basis des Stücklohnmodells werde nur die Grundnorm, nach deren Erfüllung die Sätze progressiv zu steigen begannen, hinaufgesetzt.¹⁹² In den Minen beliefen sich die Normsteigerungen auf 22–38 Prozent, in der Automobil- und Traktorenindustrie lagen sie bei durchschnittlich 27 Prozent. Bis Juli 1936 hatte man nach der Abhaltung von Sonderkonferenzen in allen Hauptindustriezweigen 90 Prozent aller bestehenden Normen revidiert.¹⁹³ Angeblich kamen die Beschlüsse »unter Beteiligung der besten Stachanow-Leute« zustande.¹⁹⁴

Das wahre Ausmaß der Lohnreduzierung bei den österreichischen Politemigranten ist unbekannt, zwei Beispiele sind jedoch eindeutig. Im »Elektrosila«-Werk stieg zwischen November 1935 und April 1936 die Zahl aller Arbeiter, die unter der Norm blieben, von 10 auf 22 Prozent.¹⁹⁵ Carhoun bezifferte den generellen Lohnabbau mit 40–45 Prozent.¹⁹⁶ Josef Soucek (Moskauer Kugellagerwerk) erfüllte mit seiner Brigade im Juni 1936 die neuen Normen zu 150 Prozent, im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten sank sein Lohn aber um 40 Prozent. Außerdem verdiente die Fünfmannbrigade aufgrund der häufigen Produktionsstockungen im Monat Juli nur insgesamt 170 Rubel.¹⁹⁷ Obwohl die neuen Normen nicht überall gleichzeitig zum Tragen kamen,¹⁹⁸ verringerte sich die Zahl der ausgewiesenen Stachanowisten erheblich.¹⁹⁹

»Stalin« Autowerk, Moskau	GAS Autowerk, Gorki	Leningrad (insgesamt)
April 1936: 6.321	März 1936: 8.000	Juli 1936: 182.000
Okt. 1936: 1.854	Sept. 1936: 3.025	Sept. 1936: 122.000

Die Zahl der Leningrader Schutzbündler-Stachanowisten stieg später wieder an, erreichte jedoch nicht mehr die Höhe der 1. Jahreshälfte 1936.²⁰⁰ Eine ähnliche Entwicklung dürfte sich bei den Löhnen der österreichischen Stachanow-Leute abgezeichnet haben, d.h. eine Lohnreduzierung nach Inkrafttreten der neuen Normen, gefolgt von einer langsamen Lohnstabilisierung, deren reale Kaufkraft aber unter jener lag, der

man sich mit den Spitzenverdiensten in der Periode November 1935 – Februar 1936 erfreut hatte.

Die letzten »Wettbewerbe«

Alle neuen Wettbewerbe zwischen den Schutzbündlerkollektiven standen im Zeichen des Stachanowismus und wiesen präzisere Ziele als bisher auf. Ein ab November 1935 laufender und vom Leningrader Kollektiv initiiertes »Allunionswettbewerb« wurde mittels Aufrufen mehrmals verlängert – bis zum 12. Februar, 1. Mai und 15. Juli 1936. Dazu kamen Stachanow-Tage zu Ehren Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks. Die Schutzbündler in Leningrad gingen immer wieder als Sieger hervor,²⁰¹ aber die unterlegenen Kollektive beschwerten sich über die mangelhafte Unterstützung seitens des jeweiligen INO-Büros,²⁰² für das es übrigens auch einen Unionswettbewerb gab.²⁰³ Das Gesamtergebnis für 1935 war eindeutig.²⁰⁴

Relation zur Gesamtzahl der Schutzbündler – Betriebsarbeiter (%)	STADT UND ERREICHTE ZIELE				
	LNGD	MOS	CHAR	GOR	ROST
Zahl der Stachanowisten	42,5	26,9	33,9	22,2	12,5
Besuch der Pol. Schulung	91,5	45,0	13,3	–	83,3
Besuch des Tech. Kurses	39,8	7,9	52,1	–	50,0
Erlangung Tech. Minimum	35,9	k.D.	30,9	–	–
Besuch des Spachkurses	65,0	51,5	33,9	–	50,0

Ein unheimlich anmutendes Novum bei den Verpflichtungen war ein im Autowerk »Stalin« gefaßter Beschluß, von allen Genossen Biographien zu verlangen. Dies diente zur »Stärkung der Klassenwachsamkeit (...) der bolschewistischen Selbstkritik« sowie der »Erhöhung des politischen Niveaus«.²⁰⁵ Interessanterweise wurde gerade diese Verpflichtung von Vertretern anderer Betriebe in der Kontrollkommission der Moskauer Schutzbündler als »gesellschaftliche Arbeit« nicht anerkannt.²⁰⁶ Die generelle Wettbewerbsstrategie ging in Richtung »Russifizierung«, d.h. die Ziele ähnelten immer mehr den von sowjetischen Arbeitergruppen angestrebten. Dies erforderte die völlige Beherrschung der russischen Sprache (»die Sprache des siegreichen Proletariats«), um nicht zuletzt zur »Zerschlagung aller bürokratischen Kräfte, die die Entwicklung der Stachanowbewegung hemmen« beitragen zu können.²⁰⁷ Gute Sprach-

kenntnisse waren natürlich auch zur technischen Weiterbildung notwendig. Der letzte Wettbewerb zwischen den Österreicher-Enklaven lief im September 1936 an. Künftig sollten sich die Schutzbündler »nicht mehr untereinander, sondern mit den sowjetischen Arbeitern messen« und »mit ihnen abteilungs- und betriebsweise im sozialistischen Wettbewerb neue sozialistische Siege erringen«. Laut diesem Aufruf waren die Februarkämpfer »Sowjetarbeiter geworden«, die »der wohlhabenden, im Überfluß lebenden klassenlosen Gesellschaft« (!) entgegenmarschierten.²⁰⁷ Nach Prüfung der Ergebnisse ging die »Wanderfahne« des WZSPS diesmal an das Moskauer Kollektiv.²⁰⁹

STADT UND ERREICHTE ZIELE (%)					
Relation zur Gesamtzahl der Schutzbündler – Betriebsarbeiter	MOS	LNGD	CHRW	GORKI	ROST
Stach. o. Udarnik	83	36	83	75	97
Woroschilowschütze	78	37	46	57	25
Politunterricht	k.A.	40	k.A.	k.A.	k.A.
Sprachunterricht	k.A.	48	50–85	k.A.	k.A.

Ende 1936 existierte der Stachanowismus nicht mehr in seiner ursprünglichen Form. Die Bezeichnung umschrieb nun lediglich den Versuch, einen ununterbrochenen Produktionsverlauf zu gewährleisten. Die wertvollste Langzeitwirkung der Bewegung war die Hebung technischer Standards und die Forcierung von Schulungsjahrgängen für Techniker und angehende Spezialisten. So wurden österreichische Stachanowisten aus Leningrad auf zweijährige Kurse für »Meister der Sozialistischen Produktion« geschickt, um später als »Kommandeure« in die Betriebe zurückzukehren.²¹⁰

Die Geißelung oder Selbstgeißelung von Schutzbündlern in der sowjetischen Presse feierte auch während der Blütezeit des Stachanowismus »fröhliche Urständ«. Inzwischen waren die Ansprüche an den Einzelnen gestiegen. Im Juni 1936 druckte die *DZZ* das Stenogramm einer Produktionsberatung ab, die Schutzbündler in der Lokomotivreparaturwerkstatt des »Proletarski«-Sawod (Leningrad) abhielten. Dabei ging es vordergründig um Schulungsarbeit und Wettbewerbe, real um das »Ausrichten« (im doppelten Sinn). Bei der in russischer Sprache stattfindenden Sitzung nahmen sich die Schutzbündler den steirischen Februarkämpfer Franz Koubek vor. Dessen Beteuerung, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz hätten ihn am Besuch des Politunterrichts gehindert, provozierten nur den Spott seiner Landsleute und des Vertreters der Betriebs-

leitung: Er sei »unehrlich«, habe »niemals an der Schulungsarbeit teilgenommen«, seine Entschuldigungen seien lauter »Ausreden«. Am Schluß der Beratung erklärte sich Koubek bereit, das Lernprogramm einzuhalten. Seine »Genossen« versprachen, jeden zweiten Tag neunzig Minuten russisch zu lernen und einmal wöchentlich den Politikkurs durchzuführen. Eine »Kommission« der Anwesenden nahm sich überdies vor, mit dem zuständigen Meister über »die angeblichen Schwierigkeiten« des Franz Koubek zu sprechen.²¹¹

Man gewinnt mitunter den Eindruck, daß die Journalisten selbst solche Berichte »inszenierten« und sehr oft Statements von Österreichern verdrehten, um sie den Usancen des sowjetischen Sprachgebrauchs anzupassen. Es wurden aber auch reale Probleme angesprochen, z.B. daß die Arbeiter im Radiowerk »Kasizki« Anfang 1936 mindestens an zwei Auszahlungstagen ohne Lohn nach Hause gehen mußten.²¹² Auch andere Reportagen über Betriebsgruppen der Österreicher bezogen sich auf konkrete Mißstände, enthielten andererseits aber oft Komponenten abstruser »Verschwörungstheorien«, die in zunehmendem Maße als »Ursachen« für Produktionsschwierigkeiten herhalten mußten. Der »Parteiorg« des »Proletarski«-Werkes führte das Zuspätkommen einiger namentlich angeführter Schutzbündler auf die »Tatsache« zurück, sie hätten nicht begriffen, »warum in der Produktion eine *hohe Disziplin* herrschen« müsse. Die Presse führte diese Mißstände auf die Machinationen des Übersetzers zurück, eines inzwischen dingfest gemachten »Klassenfeindes«, der auch »Sohn eines Großgrundbesitzers« war. Dieser nutzte die Gutgläubigkeit der Österreicher aus und trieb unter ihnen »Zersetzungsarbeit« – Spaltung der Schutzbündler in »gute« und »schlechte Elemente«, Saufgelage, eine Schlägerei mit dem Meister usw. Nachdem man jedoch die »Erziehungsarbeit« für die Österreicher in den Betrieb verlegt hatte, seien die Schutzbündler »vollkommen neue, andere Menschen geworden«. Der solcherart konvertierte Schutzbündler Mouchar soll wörtlich gesagt haben:

»Ich schätze jetzt die Selbstkritik und liebe sie deshalb, weil sie das einzige Mittel ist, bestehende Mängel wirklich zu beseitigen.«²¹³

Der Rapport Anissimows (Parteisekretär im Betrieb »Elektroapparat«) war nach einem ähnlichen Muster gestrickt. Eingangs gab er zwar Unterlassungsfehler der sowjetischen Betreuer zu (ungenügende Berücksichtigung der kulturellen und der Lebensbedingungen der Schutzbündler, Verzögerung bei der Zustellung von Wohnungseinrichtungen), begründete die steigende Unzufriedenheit der Österreicher jedoch mit einer »konterrevolutionären Arbeit« deutscher Facharbeiter, die im

Frühjahr 1935 angeblich für die »Gleichmacherei in der Lohnfrage« agiert, Antisemitismus gepredigt und »Gerüchte« verbreitet hätten. Letzten Endes waren die Schutzbündler zufriedengestellt – nach persönlichen Gesprächen, nach Versorgung mit neuen Arbeitsplätzen und Urlaubsscheinen für Sanatorien. Der Berichtstatter konnte es schließlich doch nicht lassen, einige Schutzbündler wegen mangelhafter Kursfrequenz öffentlich zu rügen.²¹⁴

Offiziell war man nicht bereit, die unerträglichen Belastungen im Alltag als Hauptursache für die schlechte Stimmung unter einem Gutteil der nicht fanatisierten Mitglieder der Schutzbündlerkollektive anzuerkennen. Wenn alles »politisch« zu sein hatte, mußte hinter jeder kritischen Äußerung oder abweichenden Handlung eine abgefeimte, von außen gelenkte politische Absicht stehen. Die »Verschwörungstheorien« in der deutschen Presse Leningrads waren unsinnig, sie wiesen jedoch immer wieder auf reale Schwierigkeiten hin. Da war beispielsweise die Klage der Schutzbündler in der »Stalin«-Fabrik, »daß jeder Abend der Woche durch irgendeinen Zirkel besetzt ist«. Ob der Vorschlag des Betriebsrates, die verschiedenen Kurse in einem sechsstündigen Unterrichtsblock an einem Abend abzuwickeln, bewilligt wurde, ist nicht bekannt.²¹⁵

Das Leben im Kollektiv

Akklimatisierung 1934–1936

Da viele Schutzbündler in Moskau Schichtarbeit leisteten und keinen gemeinsamen freien Tag hatten, kamen sie nicht häufig zusammen. Außerdem waren sie über die ganze Stadt verteilt – in den Hotels »Sowjetskaja« und »Baltšug«, in Werkswohnungen und den bescheidenen Quartieren Moskauer Arbeiterfamilien, in die sie »hineingeheiratet« hatten. Wichtigster Treffpunkt war der Deutsche Arbeiterklub, wo Kollektivversammlungen stattfanden. Diese gingen aber auch in den zwei für Schutzbündlerfamilien freigemachten Stiegen der neuen Wohnhausanlage in der Worotnikowskij pereulok 7–9 über die Bühne. Das Haus lag nicht weit vom Stadtzentrum entfernt, in der Nähe der Gorki-Straße und des Majakowskij-Platzes. In dem ursprünglich für Bauarbeiter der Moskauer Metro geplanten Bau übergab man Wohnungen an 46 aus dem Hotel »Sowjetskaja« übersiedelte österreichische Familien, insgesamt



Moskau-Zentrum, Worotnikowskij pereulok 7–9, das Wohnhaus der Schutzbündler heute.

118 Personen, einschließlich 21 Kinder. Auf jeder der sechs Stiegenetagen befanden sich zwei Großwohnungen, in denen vier bis sechs Familien Platz fanden.¹

Familien mit Kindern erhielten zwei, kinderlose Ehepaare ein Zimmer. Alle Familien in einer »Kwartira« (Wohnung) mußten jedoch das große Vorzimmer, Bad, WC und Küche miteinander teilen. Die Wohnungen in der Worotnikowskij-Gasse entsprachen modernen Bauweisen und waren bestens eingerichtet. Bis zur Übersiedlung hatte der Moskauer Stadtsowjet die Hotelrechnungen der 46 Familien beglichen und schließlich den neuen Wohnraum zur Verfügung gestellt. Die Gewerkschaften machten überdies 300.000 Rubel für Möbel, Besteck, Geschirr und Bettwäsche flüssig.² Die komplette und kostenlose Wohnungseinrichtung im »Schutzbundhaus« machte pro Familie 6.500 Rubel aus, was dem zweijährigen Einkommen eines russischen Facharbeiters entsprach. Auch ein Blick in die Statistik veranschaulicht den privilegierten Status der Bewohner des »Schutzbundhauses«.

Schon in der Zarenzeit herrschte in Moskau ärgste Wohnungsnot: 1912 kamen auf 100 Wohnungen 900 Menschen, wobei 400.000 Personen in Elendsquartieren (mehr als 15 Personen in einem Zimmer) hausten; die entsprechenden Zahlen waren für Paris: 270, Berlin: 400 und Wien: über 400. Im Zeitraum 1915–1923 ging die Wohnfläche in Moskau – bedingt durch massiven Zustrom und Abriß alter Holzhäuser – von 14 auf 9,8 Mill. Quadratmeter zurück. Die Bautätigkeit hielt dem Bevölkerungszuwachs keineswegs stand, Ende der 30er Jahre wurde sogar über 20 Prozent weniger Wohnfläche fertiggestellt als zehn Jahre zuvor.³ 1928 betrug der Wohnraum pro Kopf 5,9, 1932 nur noch 4,6 Quadratmeter.⁴ 1935, als sich die Schutzbündlerfamilien häuslich einrichteten, lebten 6 Prozent aller Moskauer Mieter in Einzelwohnungen, 40 Prozent hatten ein einziges Zimmer. Weitere 29 Prozent teilten ein Zimmer mit anderen oder mußten in den Gängen oder der Küche einer »Kwartira« hausen. Der Rest kam in den Schlafsälen der Fabrikswohnheime unter.⁵ Die Größe der Zimmer im »Schutzbundhaus« betrug 16 bis 25 Quadratmeter für Ehepaare, Kinderzimmer waren etwas kleiner.⁶

In der Folge richtete man auf den »Österreicher«-Stiegen einen Gemeinschaftsraum sowie eine »rote Ecke« ein (hier hing die von den Hausbewohnern verfaßte Wandzeitung). Ende 1935 fanden im Haus sieben Kurse statt, vorwiegend Sprachunterricht und Sanitätszirkel für die Schutzbündler-Frauen.⁷ In späteren Jahren zogen russische Familien in den Bau ein. Inzwischen waren einige Familien der Schutzbündler nach Österreich zurückgefahren – auf freiwilliger Basis oder unfreiwillig, als



Schutzbündler bei der Vorbereitung zum 1. Mai.

»lästige Ausländer« abgeschoben, nachdem das NKWD den Familienvater verhaftet hatte.

Beim Prozeß der Integration ins »sowjetische Leben« kam dem Deutschen Arbeiterklub »Thälmann« eine wichtige Rolle zu. Ursprünglich befand sich der Klub in der »Internationalen Base« des Kulturparks (Gorki-Park). Später übersiedelte man in ein geräumiges und renoviertes Haus in der Uliza Gerzena (Stadtzentrum). Im Parterre befanden sich Garderobe, Billard- und Schachzimmer, Bücherkiosk und Verwaltung. Das Haus verfügte außerdem über ein Fotozimmer, sieben Kursräume, einen Versammlungssaal für 120 Personen, ferner über Büffet, Bibliothek sowie Lese- und Ruhezimmer. Mehrere Politkurse, darunter ein »Elementarkurs« für Frauen, wurden im Klub abgehalten, ebenso technische Beratungen für Facharbeiter sowie Samariter-, Massage- und

Schneiderekurse für die Frauen der Emigranten. Auch gab es die übliche »Wandzeitungsbrigade«, eine Fotogruppe und gymnastisches Training (Frauen). Sänger (Chor), Tänzer/innen und Laienschauspieler kamen ebenso auf ihre Rechnung.⁸ Im Klub gab es Mitte der 30er Jahre eine englische, größtenteils aus US-amerikanischen Facharbeitern bestehende Sektion sowie eigenständige tschechische und deutsche Gruppen. Am 2. Februar 1935 gründete man die österreichische Klubsektion und bestellte eine aus zehn Personen zusammengesetzte Leitung. Besonders starken Beifall erhielt an jenem Abend Heinrich Brodnig, der frisch gekürte Sekretär der österreichischen Gruppe, als er »von den Maßnahmen gegen die konterrevolutionäre verbrecherische Sinowjew-Opposition, von der Stärke unserer ruhmreichen Roten Armee« sprach.⁹ Von den politisch weniger instrumentalisierten Aktivitäten des Klubs könnte man Exkursionen (beispielsweise zur Gemäldesammlung in der Tretjakow-Galerie)¹⁰ oder einen Besuch der Zentralausstellung für Frauen- und Kinderschutz anführen.¹¹ Neben jährlich wiederkehrenden Feiern zu Ehren Lenins¹² oder der Gefallenen der österreichischen Februartkämpfe¹³ gab es Vortragsabende der österreichischen Klubsektion. Die erste dieser Veranstaltungen bestritt Walter Fischer mit einem Erlebnisbericht über seine Haft in Österreich, wobei er die politische Untätigkeit



Weihnachten 1936 im Klub Ausländischer Arbeiter, Moskau.

der sozialdemokratischen Prominenz im Anhaltelager Wöllersdorf heftig attackierte.¹⁴ Ein halbes Jahr später referierte der Ökonom Ludwig Birkenfeld. Er berichtete von einer ausgedehnten Forschungsreise in der Tundra und von den dort reichlich vorhandenen Bodenschätzen.¹⁵ Referaten im Klub über die sowjetische Bergwelt brachten die sportbegeisterten Schutzbündler reges Interesse entgegen.¹⁶ Ein Großteil der Klubaktivitäten stand jedoch unverhüllt im Dienst der aktuellen Wirtschaftsstrategie. Ein angeblich fehlendes Interesse der Klubleitung am Betriebsleben der Ausländer erntete Kritik,¹⁷ wobei der Anschein erweckt werden sollte, der »Wunsch« nach Integrierung ausländischer Fabrikarbeiter ins Klubleben sei deren spontane Willensäußerung.¹⁸ So wurde der erste Klubabend der österreichischen Sektion im Wintersemester 1935 dem Stachanowismus gewidmet.¹⁹ Einen Monat später prangten Fotos der besten ausländischen Stachanowisten an den Klubwänden. Unter den gefeierten »Bestarbeitern« befanden sich zwei Schutzbündler – die Brigadiere Hübsch und Soucek aus dem Kugellagerwerk.²⁰ Zur gleichen Zeit bot der Klub Weiterbildungskurse für Betriebsarbeiter an: Mathematik, Physik, Materialkunde, Technologie und Technisches Zeichnen.²¹ Die regelmäßige Teilnahme am Klubleben bedurfte sicherlich einer gewissen Überwindung, da die Kurse erst um 22 Uhr endeten und außerdem in vielen Fällen noch ein langer Heimweg die Nacht verkürzte. Die Praxis der »sozialistischen Wettbewerbe« feierte auch im Klub fröhliche Urständ; außerdem wurde von den einzelnen Sektionen »Kritik und Selbstkritik« eingefordert.²² Dies war Vorbote einer Kampagne gegen alle »Ausländer«-Klubs, die 1937 ihre Pforten schließen mußten. Einstweilen studierten die Teilnehmer der Politschulung im Moskauer Klub die Geschichte der KPdSU, die Beschlüsse des 7. Weltkongresses der KI und die Entstehung der I., II. und III. Internationale. In einer speziell dazu einberufenen Konferenz nach Abschluß des Lehrgangs übertrafen sich Lernende und Lehrende in »Kritik und Selbstkritik«.²³

Für solche Rituale hatten die Österreicher laut Zeitungsbericht wenig Interesse. Die Schutzbündler kamen nur zur monatlichen Politversammlung und zu Sportveranstaltungen. Um die Klubbätigkeit anzukurbeln, ließ Brodnig Kurse über Leninismus und die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung organisieren und sorgte dafür, daß der Sektionsvorstand durch einige schon länger in der UdSSR lebende österreichische Facharbeiter ergänzt wurde.²⁴

Fallschirmspringen, Wettschießen und Fliegen übte man im Rahmen der Unionsorganisation »Ossoaviachim« (Gesellschaft zur Förderung der Verteidigung und des Ausbaus des Flugwesens und der Chemie).

Dem Präsidium des Verbandes gehörten Gewerkschafts-, Partei- und Armeeführer an. Ehrenpräsident war Molotow, Vorsitzender des Zentralrates Robert Eideman.²⁵ Eideman übernahm 1932 die Leitung von Ossoaviachim und wurde im Zusammenhang mit der »Tuchatschewski-Affäre« im Juni 1937 erschossen.²⁶



Fallschirmunterricht im Rahmen von Ossoaviachim für das Moskauer Schutzbund-Aktiv, 8.12.1934.
Dritter von links sitzend: Albin Mayr. Dritter von links stehend: Willi Wagner.

Bei den Schießwettkämpfen mit Kleinkalibergewehren im Ossoaviachim sollten die Schutzbündler durch eine hohe Trefferzahl das »Woroschilow-Abzeichen« erster oder zweiter Stufe erlangen.²⁷ Das paramilitärische Training inkludierte auch Kurse über Schutzmaßnahmen gegen chemische Überfälle im Kriegsfall. Besonderer Beliebtheit erfreute sich unter den Österreichern das Fallschirmspringen, ein Massensport in der Sowjetunion der 30er Jahre.²⁸ Zunächst sprang man von Türmen²⁹ und später vom Flugzeug ab. Als bekanntester österreichischer Flieger sei Hans Dobias erwähnt, der später in einer Jagdstaffel der Republikanischen Luftwaffe in Spanien diente.³⁰

Während einem Großteil der Mitglieder des »Thälmann-Klubs« eine »no sports« Haltung nachgesagt wurde, rühmte man umso mehr die sport-

liebenden Österreicher. Im Sommer trainierten die Leichtathleten, Fuß- und Handballer im »Stalin«-Stadion, die »Wasserratten« im Kulturpark. Der Linzer Schutzbündler Hugo Müller (ein Neffe von Richard Bernaschek) fungierte als Trainer der Faust- und Handballmannschaft der Komsomolzinnen aus dem E-Werk »MOSENGRO«. Er leitete auch die Schwimmgruppe der Schutzbündler.³¹ Die Handballmannschaft des österreichischen Kollektivs verbuchte schöne Siege,³² ebenso die Fußballer. Im Sommer 1935 schlugen sie eine Reihe starker Mannschaften aus Moskauer Großbetrieben haushoch. Nach vier Spielen stand die Tor-differenz 21 : 3 zugunsten der österreichischen Kicker.³³ Zum Sommerprogramm gehörten auch Ausflüge ins Grüne mit der Bahn oder dem Schiff,³⁴ während andere sich dem »Schwammerlsuchen« in den Wäldern um Moskau hingaben.³⁵

Im Winter konnte man in den Lenin-Bergen schifahren. In der Gartenanlage hinter dem »Schutzbundhaus« legte das Kollektiv einen Eislaufplatz an.³⁶ Andere Schutzbündler nahmen an Tanzkursen teil, beispielsweise in der 4. Möbelfabrik, wo Tango, Foxtrott, Boston und Walzer angeboten wurden.³⁷ Einen originären Beitrag zur Weiterentwicklung des Sports in der UdSSR leisteten die österreichischen Emigranten jedoch nicht auf der Tanzfläche oder dem Fußballfeld, sondern als Bergwanderer, Extrembergsteiger und Alpinistikinstrukteure.

Schon vor Ankunft der Schutzbündler hatten sich zwei österreichische Alpinisten einen Namen gemacht. Der Wiener Werkmeister Anton Zak kam 1931 in die Sowjetunion und arbeitete in einer Waggonfabrik bei Moskau. Bereits 1933 leitete er eine Expedition auf den Pamir, unweit der chinesischen Grenze, und war bei der Erstbesteigung des 7495 m hohen »Pik Kommunismus« mit dabei. Im Sommer bildete er Alpinisten aus. 1937 wurden Zak und seine Frau trotz einer Empfehlung von Ernst Fischer³⁸ aus der UdSSR ausgewiesen.³⁹

Als zweiter Pionier ist der seit 1926 in Charkow lebende Franz Sauberer zu nennen. Der aus Wien stammende Metallarbeiter, ein langjähriges Mitglied der KPÖ (ab 1928 der WKP/b), leitete das Alpinistenlager in Naltschik (Kabardinische Autonome Republik) am Nordrand des Kaukasus.⁴⁰ Vermutlich fungierte er auch als Führer einer Gruppe von Charkower Schutzbündern, deren Kletterleistungen im Kaukasus durch die Umbenennung eines Gipfels in »Pik Schutzbundowzow« verewigt wurden.⁴¹ Im Sommer 1937 verhafteten »höhere Organe« Sauberer in Naltschik und schoben ihn im darauffolgenden Jahr nach Österreich ab.⁴² Sein Nachfolger, Gustl Döberl, geriet ebenfalls in die Mühlen des NKWD. Im Februar 1938 verhaftet und zu fünf Jahren Lager verurteilt, kam er erst im Jänner 1947 frei. Franz Berger, Döberls Assistent in der

Bergsteigerschule, hielt sich während der »Jeshowschtschina« in Spanien auf. Nach Ende des Bürgerkrieges kehrte er in die UdSSR zurück und fiel kurz vor Kriegsende bei einem Partisaneneinsatz in seiner steirischen Heimat.

Döberl führte schon vor seiner Abreise nach Moskau (November 1934) ein abwechslungsreiches Leben. Als Jugendlicher schloß er sich in Waidhofen an der Ybbs der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend) an, 1929 trat er der KPÖ bei. Von den Böhler-Werken entlassen, emigrierte der gelernte Former nach Frankreich, wo er zwei Jahre lang in den Peugeot- und Citroën-Autowerken sein Brot verdiente. Nach seiner Rückkehr absolvierte er einen Bergsteigerkurs in Sellrain und legte 1933 die staatliche Prüfung für den Schisport erfolgreich ab.⁴³ Bevor Döberl Richtung Moskau aufbrach, ließ er seine komplette Ski- und Bergausrüstung aus Österreich in seine tschechische Unterkunft bringen. Nachdem er sowjetischen Sportlern auf den Lenin-Bergen bei Moskau kostenlosen Schiunterricht gegeben hatte, machte ihm der WZSPS das Angebot, Schifahren »offiziell« zu unterrichten. Dies sollte von der Hochschule für Körperkultur in Chimki nördlich von Moskau organisiert werden, aber erst, nachdem Döberl die russische Sprache erlernt hatte.⁴⁴

Sein Assistent in Chimki war der schon erwähnte Franz Berger aus Aflenz (Steiermark). Berger war von Beruf Installateur, hatte aber zu Hause diesen Beruf nicht ausüben können und verdingte sich im Sommer als Bergführer, im Winter als Schilehrer.⁴⁵

Die Modernisierung des Berg- und Wintersports in der Sowjetunion ging mit der Auflösung der Touristenorganisation OPTE (Proletarische Vereinigung für Touristik und Exkursionen) einher, deren Agenden auf das Sportkomitee im Zentralrat der Gewerkschaften übergingen. Den Aufbau der Alpinistik nahmen Berger und Döberl 1935 in Angriff. Berger erschien in österreichischer Bergsteigerkluft beim Gewerkschaftsboß Schwernik und übergab seine Bergschuhe und Eispickel, damit sowjetische Betriebe mit der Herstellung von alpinistischer Aus-



Franz Sauberer.



Der von Katherina der Großen in Auftrag gegebene, aber nie vollendete Palast in Zaryzino bei Moskau.

rüstung beginnen konnten.⁴⁶ In Chimki hielten Döberl und Berger Kurse in Schillauf, modernen Klettermethoden und Rettungswesen ab. Für Kletterübungen wählten sie die Ziegelmauern des von Katharina der Zweiten begonnenen, aber nie fertiggestellten Schlosses Zaryzino bei Moskau aus. Im Frühjahr 1935 fuhren beide mit dem russischen Bergführer Saritschnjak nach Naltschik. Nach langwieriger Suche fanden sie bei Tegenekli ein geeignetes Stück Wald in 2300 Meter Höhe. Nach händisch durchgeführten Einebnungsarbeiten entstand rechtzeitig zum Beginn der ersten Kurse für Alpininstruktoren im Sommer 1935 das Zeltlager Atyl-Su. Der dortige »kurze Lehrgang« dauerte sechs Tage: zwei Tage Felsklettern, einen Tag Eis- und Schneegehen und drei bis vier Tage auf Bergtouren. Unmittelbar danach nahmen die Kursteilnehmer ihre Tätigkeit als Instruktoren in den verschiedenen Bergsteigerschulen des Kaukasus auf. Später leitete Döberl einen 40 Tage dauernden Kursus. Ein Absolvent dieser Schulung war der Grazer Februarkämpfer Ferdinand Kropf, ein Schlosser im Charkower Werk CHEMS. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Kropf die administrative Leitung des sowjetischen Alpin- und Rettungswesens inne.⁴⁷ 1935 arbeiteten elf Schutzbündler im Zeltlager als Instruktoren. Im darauffolgenden Jahr bildeten



Auf dem Gelände des Palastes üben heute noch russische Bergsteiger.

Döberl und sein Team 168 Alpinisten heran, darunter acht Schutzbündler. Anfangs stellten die Österreicher auch 50 Prozent des Lehrpersonals in Atyl-Su. Die Schule diente auch als Tourenlager für Urlauber. Nach einschlägigen Instruktionen und längeren Touren geleitete Döberl oder einer seiner Kollegen die Touristengruppe hinauf zum Gipfel des Elbrus.⁴⁸

Im Sommer 1935 war Atyl-Su Durchgangsstation für urlaubende Schutzbündler aus Gorki,⁴⁹ Charkow⁵⁰ und Moskau. Die Moskauer Gruppe bestand vorwiegend aus »Stoßbrigadlern« des Autowerks »Stalin«. Für die Urlaubskosten der sechs mitfahrenden Schutzbündler kam die Betriebsleitung auf.⁵¹ Die Elbrus-Besteigung ging von dem nun mit einer Radiostation ausgestatteten Lager in Atyl-Su aus und führte über das Lager Krusagor (3200 m) zur »Hütte 11« (4300 m), der letzten Unterkunft vor dem Gipfel. Ende September 1935 »stürmten« 96 Bergsteiger mit einem sowjetischen Begleiter den Berg. Wegen des schlechten Wetters erreichten nur 74 den Gipfel.⁵² Unterwegs stießen die Bergsteiger, darunter eine Reihe Schutzbündler, auf eine mit einem eisernen Kreuz markierte Stelle, wo der österreichische Naturfreund Fuchs 1930 verunglückt und begraben worden war.⁵³

Ein anderes Denkmal mit österreichischem Bezug befindet sich in einer Felswand unweit des nordkaukasischen Kurortes Shelsnowodsk. Im Sommer 1934 meißelten auf Erholung befindliche Schutzbündler einen fünfzackigen Stern mit Rondell in den Stein. Unter Hammer und Sichel steht der Text: »Den gemordeten Helden der Februarkämpfe in Österreich. Der Tag kommt! Wir rächen Euch!«⁵⁴

Die Betätigung als Alpininstrukteur scheint das NKWD 1936–1938 besonders interessiert zu haben. Die Zahl der verhafteten österreichischen Alpinisten ist auffallend hoch. Wie schon angedeutet, dürfte die Kommandierung nach Spanien weitere potentielle Opfer vor dem NKWD-Zugriff gerettet haben. Was Döberl anbelangte, so stellten ihm die österreichischen Kaderverantwortlichen in der Komintern ein gutes Zeugnis aus und empfahlen sein Verbleiben in der UdSSR. Trotzdem spekulierte der Schutzbündlerbetreuer Uccusic (»Urban«) über »Gefahren«:

»(Es) wäre denkbar, daß sich bürgerliche Sportorganisationen über das österreichische Konsulat besonders für ihn interessiert hätten (...) (Döberl) gibt an, mit einer Delegation der österreichischen Alpingruppe (Präs. Schwarz) im Kaukasus zusammengetroffen zu sein. Sie hätten von ihm verschiedene Sportarten verlangt, er hätte sie aber an das Inobüro des WZSPS verwiesen. Sonst gibt es laut seinen Angaben keine Berührungspunkte mit bürgerlichen Organisationen.«⁵⁵



Gustav Döberl und sowjetische Bergsteiger im Kaukasus, Anfang der 50er Jahre.

Ein hoher Prozentsatz der Kollektivmitglieder in Moskau meldete sich auch zur Weiterbildung. Neben den üblichen Polit-, Sprach- und Technikkursen für Schutzbündler und den noch gesondert zu behandelnden Kommandierungen an die »Internationale Lenin-Schule« sind vor allem jene Lehrgänge anzuführen, die man in der »Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens« (KUNMS) oder an der »Arbeiterfakultät« (Rabfak) der Moskauer Hochschulen inskribieren konnte.

Die »Arbeiterfakultät« diente als Vorstudium zu einem Hochschullehrgang und entsprach dem Lehrprogramm der Mittelschulen, das allerdings in viel kürzerer Zeit absolviert werden mußte. In den 20er Jahren wurde in Moskau auch eine deutschsprachige »Rabfak« gegründet, die mit dem Zustrom ausländischer Arbeiter und Politemigranten bis 1937 auf 150–200 Studenten in sechs Gruppen angewachsen war. Nach der Schließung aller fremdsprachigen Lehrinstitute (1938) übersiedelten einige österreichische Studenten in eine russische »Rabfak« und gingen später auf eine Hochschule, wo sie meistens einen technischen oder linguistischen Lehrgang absolvierten.⁵⁶ Einige Schutzbündler bzw. deren Ehefrauen besuchten die deutsche »Rabfak« in den Lenin-Bergen, wo

sie nach Arbeitsschluß Fächer wie Algebra, Geometrie, Geographie, Russisch und Englisch durchgingen.⁵⁷ Obwohl keine Zahlen vorliegen, dürfte die Ausfallsquote hoch gewesen sein – kein Wunder angesichts der äußerst karg bemessenen Freizeit.

Etwas übersichtlicher, aber für Schutzbündler ohne Mittelschulabschluß nicht minder anstrengend war das Pensum in der KUNMS,⁵⁸ dem im Gegensatz zur »Rabfak« nicht rein berufliche, sondern parteipolitische Lernziele zugrundelagen. Die KUNMS wurde 1921 von dem polnischen Kommunisten Julian Marchlewski gegründet. Nach dessen Tod (1925) fungierte bis zur Schließung der Universität (1936) die aus der litauisch-jüdischen Arbeiterbewegung stammende Maria Frumkina als Direktorin. Stellvertretender Direktor war der Pole Walecki. Den deutschen Sektor leitete lange Jahre hindurch Theodor Beutling, der 1938 vom NKWD in eine »Sammelanklage« gegen Schutzbündler und deutsche Facharbeiter aus dem »Stalin«-Autowerk hineingezogen wurde.

Als Hauptziel der Schulungen, die nach 1933 etwa 600 Studenten (darunter annähernd 300 deutschsprachige) umfaßten, galt die Ausbildung mittleren Kaderpersonals und »zuverlässiger« Parteijournalisten. Die Bezeichnung KUNMS (Kommunistische Universität für die Minderheiten der Völker des Westens) war in vielerlei Hinsicht irreführend. In der Anfangsphase entstammten ungefähr 90 Prozent der Schüler deutschsprachigen Gebieten in der UdSSR und mußten zuerst ein schulisches Grundwissen erwerben; später kamen die meisten ausländischen Schüler aus Mitteleuropa und gehörten keineswegs einer nationalen Minderheit, sondern einer KP an. Ab 1933 führte man neben dem dreijährigen Hauptkurs, der Arbeitseinsätze in Betrieben und »Parteiarbeit« auf dem Lande (in den Sommermonaten) miteinschloß, kürzere Lehrgänge (14 bis 24 Monate) ein. Ab diesem Zeitpunkt wurde Geheimhaltung groß geschrieben, und die Schüler erhielten Decknamen. Im Vergleich zur Internationalen Lenin-Schule (ILS) wurde jedoch »Konspiration« an der KUNMS wesentlich laxer gehandhabt.

Über die österreichische Beteiligung an den früheren KUNMS-Lehrgängen ist wenig bekannt. Absolvent eines »langen Kursus« (1925–1928) war Peter Schnur (Kolaritsch), später KPÖ-Gemeinderat in Steyr.⁵⁹ Nach Ankunft der Schutzbündler in Moskau wurde sowohl in der KUNMS als auch in der ILS ein österreichischer Sektor gegründet. Bis zur Schließung der KUNMS im Frühjahr 1936 studierten dort zwei Gruppen von Österreichern in Abend- und Tageskursen. Die kleine Tagesgruppe (ca. 10 Personen) bestand aus »Kommandierten«, die man zwar als politisch nicht erfahren genug für die ILS, jedoch als »vielversprechend« einstufte. Sofern sie nicht verheiratet waren, kamen die Ta-

gestudenten im Studentenheim neben der Universität in der Petrowe-riskij-Gasse unter.

Einer der ersten Schutzbündler, die auf Empfehlung des EKKI-Ver-treterers Großmann einen Tageskurs an der KUNMS belegten, war Lorenz Mraz (»Lorenz Moritz«)⁶⁰, der im Unterricht durch besondere Leistungen auffiel⁶¹ und sich daneben noch als eifriger Politfunktionär betätigte, indem er das Schutzbund-Kollektiv im Hotel »Sowjetskaja« leitete, bevor er 1936 mit seiner Frau Hilde ins »Schutzbundhaus« übersiedelte. Außerdem fungierte er als Verbindungsmann zwischen der Parteigruppe im Hotel und dem INO-Büro des Moskauer WZSPS-Komitees.⁶²

Als die KUNMS 1936 aufgelöst wurde, schickte man die aus Deutsch-land stammenden Studenten in Moskauer Betriebe, auf Arbeitseinsatz in die Provinz oder auf eine Stelle im Kominternapparat. Einige setzten ihre Studien nun in der ILS fort. Für viele war die neue Tätigkeit von kurzer Dauer, denn schon im Herbst 1936 begann die Auswahl von Kadern für die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Auch eine Handvoll österreichischer KUNMS-Studenten versetzte man an die ILS. Darunter war der Tagesstudent Karl Wagner aus Linz, der als 19jähriger an den Februarkämpfen in Linz teilgenommen hatte. In Leningrad stieg der gelernte Friseur auf die Fräselei um und wurde Po-litverantwortlicher der Schutzbündlergruppe in einer Lokomotivwerk-statt. 1935 delegierten ihn die Kaderreferenten in Moskau zu einem »langen« Tageskurs an der KUNMS.⁶³ Im Kursjahr 1935–1936 studierte Wagner (»Friedrich Führer«) folgende Fächer mit Erfolg:

Geschichte der Völker der UdSSR

Allgemeine Geschichte

Ökonomie und politische Geographie

Russisch

Deutsch

Physik

Biologie.⁶⁴

Die von der Universitätsleitung ausgestellte Charakteristik wies Wagner als »guten Genossen« aus, der sich »keine Schwankungen oder Abwei-chungen von der Parteilinie« zuschulden kommen habe lassen.⁶⁵

Neben diversen Tageskursen – der längste dauerte 38 Monate⁶⁶ – gab es, wie oben erwähnt, ab Herbst 1934 separat für die Schutzbündler einen Lehrgang am Abend, der Politische Ökonomie, Geschichte der interna-tionalen und der österreichischen Arbeiterbewegung sowie Russisch be-inhaltete. Als Lehrer wirkten u.a. die auch an der ILS als Dozenten

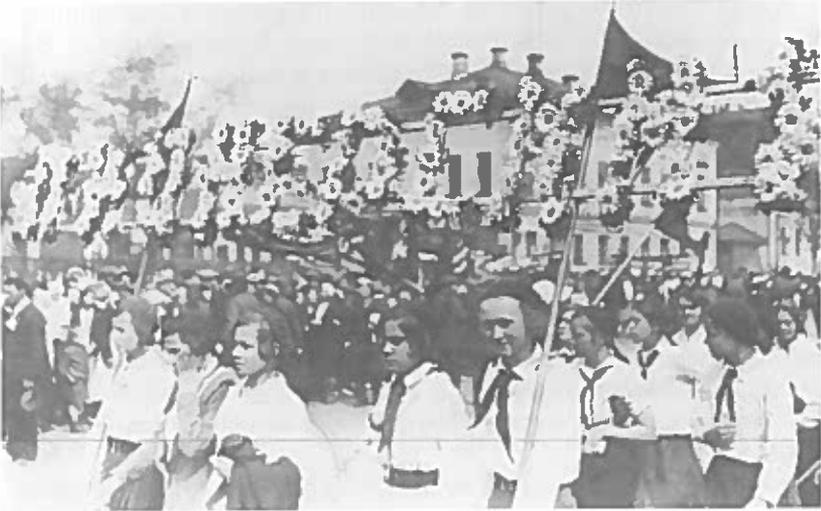
tätigen Genia Lande und Arnold Reisberg (»Bruno Braun«) sowie der gebürtige Ungar Otto Benedikt, ein in der Ersten Republik bekannter KPÖ-Funktionär. Ein beliebter Lehrer war der Deutsche Walter Naumann, ein Mitarbeiter des Marx-Engels-Lenin-Instituts.⁶⁷ Viele Hörer schliefen wegen Übermüdung während des Unterrichts ein oder kamen mit dem Lerntempo nicht mit und gaben auf. Für werktätige Studenten zeigte die Direktorin Frumkina wenig Verständnis, statt dessen hielt sie Moralpredigten:

»Badet jeden Tag kalt und eßt nichts Scharfes. Meidet Tabak und Alkohol und werft euch mit aller Macht aufs Lernen. Geht allem anderen aus dem Wege, und ihr werdet das werden, was wir von euch erwarten: Lehrer des Marxismus.«⁶⁸

Für einen im Berufsleben stehenden Emigranten war der Besuch des Abendkurses anstrengend: Man kam frühestens um 23 Uhr nach Hause und mußte für den nächsten Abend noch Hausaufgaben machen. Am Semesterende fanden strenge Prüfungen statt, etwa eine mündliche über die »Geschichte der WKP/b«, die vor einer großen Kommission abgelegt werden mußte.⁶⁹

Von den österreichischen Teilnehmern der KUNMS-Abendkurse in den Jahren 1934–1935 gehörte etwa die Hälfte dem sogenannten »Jugendaktiv« der Moskauer Schutzbündler an. Bis zu seiner Delegierung an die ILS leitete Valentin Strecha die Gruppe. Er war das jüngste Mitglied des Moskauer Schutzbündler-Kollektivs und hatte als 17jähriger an den Kämpfen um den Goethe-Hof in Wien teilgenommen.⁷⁰ Andere jugendliche Aktivisten waren Gerda Morberger, Hilde Mraz, Josef Kormout und Alois Sladky (d.i. Alois Kroisenbrunner).

Auf dem Höhepunkt seiner Tätigkeit organisierte das österreichische Jugendaktiv in Moskau einen Politikurs für die älteren Kinder aus dem Kinderheim Nr. 6 und übernahm das Patronat über österreichische Bur-schen, denen man »asoziales Verhalten« nachsagte. Wie bei ähnlichen, im stachanowistischen Geist geäußerten »Verpflichtungen« nahm sich die 40 Mitglieder zählende Jugendgruppe allzuviel vor. Nur in Gorki dürfte der Beschluß des Aktivs, Jugendgruppen in allen Schutzbündler-Kollektiven zu schaffen, verwirklicht worden sein.⁷¹ Ein Wettbewerb des Jugendaktivs mit der Komsomolgruppe am Institut für Schwerindustrie in Nowotscherkassk bei Rostow am Don schief trotz gegenseitiger Delegationsbesuche ein.⁷² Verhaftungen (Kormout, »Sladky«), »Kommandierung« (Morberger, Strecha) und die zahlreichen anderweitigen Tätigkeiten der jungen Emigranten waren die Hauptfaktoren für das schließliche Auseinanderfallen der Gruppe.



Schutzbund-Kinder in Moskau.



Übung der Ossoviachim in der Moskauer Karl-Liebnecht Schule, 1936.

Am 12. Mai 1934 traf die erste Schutzbündlergruppe in Leningrad ein. Sie absolvierte ein dichtes Besuchsprogramm: Stadtbesichtigung, Begrüßung im Newaer Kulturhaus, Treffen mit Arbeitern und Altbolschewiken, Führung durch den Peterhof usw. Schon eine Woche später standen einige vor der Werkbank.⁷³ Bis zum Herbst 1935, als das Kollektiv auf über 170 Schutzbündler angewachsen war, hatten 137 möblierte Wohnungen erhalten, die restlichen 37 Mann kamen im Hotel »Moskowskaja« unter.⁷⁴ Im Juli 1934 wurden die ersten Wohnungen übergeben – im Wiborger, Moskauer und Newaer Bezirk. Das Ministerium für Schwerindustrie steuerte 50.000 Rubel zur Möbelausstattung der neuen Unterkünfte bei.⁷⁵ Die in den Betrieben »Stalin« und »Krassnaja Sarja« beschäftigten Österreicher bezogen Wohnungen im Haus Lesnoi Prospekt 37B.⁷⁶ Andere, beispielsweise aus dem Lokomotivwerk »Proletarski«, bewohnten eine »eigene« Stiege in der Bolschaja Schtschnernilowka.⁷⁷

Wie in Moskau gab es auch in Leningrad bereits vor dem Eintreffen der Februarkämpfer eine gewisse Infrastruktur für Deutschsprachige, z.B. eine deutsche Mittelschule⁷⁸, ein »Deutsches Bildungshaus«⁷⁹ und die seit 1931 erscheinende *Rote Zeitung*.⁸⁰

Zentrum der kulturellen Aktivitäten für die Februarkämpfer war das Wiborger Kulturhaus, wo Sprach- und Politikurse (»Geschichte der WKP/b«) abgehalten wurden.⁸¹ Dort veranstaltete man auch die »Februarfeiern«⁸² und Jahresversammlungen des Kollektivs,⁸³ ferner Diskussionsabende mit Prominenten, beispielsweise mit Bela Kun (»Die Kommunistische Internationale im Kampf um die Einheitsfront«)⁸⁴ oder Richard Greve von der *DZZ* (»Die Internationale Lage«).⁸⁵

Aus dem Leningrader Kollektiv fuhren Schutzbündler zur Bergsteigerschule nach Naltschik. Rudolf Bieloch, ein begeisterter Schiläufer, nahm im Jänner 1936 an einer zweiwöchigen Schitour durch Karelien teil.⁸⁶ Das Kollektiv stellte drei Handballmannschaften auf, die Emigrantengruppe im »Kirow«-Werk ein starkes Fußballteam.⁸⁷ Für 30 Österreicher, darunter fünf Frauen, war Reiten die beliebteste Freizeitbeschäftigung im Rahmen des Ossoaviachim. Um in den Besitz des Abzeichens eines »Woroschilow-Kavalleristen« zu gelangen, mußte man fehlerfrei reiten, das Pferd und Sattelzeug pflegen, über tierärztliche Kenntnisse verfügen und sich im Nahkampf bewähren. Letzteres beinhaltete sichere Handhabung der Gasmaske und des Säbels.⁸⁸ Zum Ausbildungsprogramm der Schutzbündler-Kavalleristen, das übrigens ein Wiener Rittmeister a.D. leitete, gehörten Übungsabende im Winterpalais und ein Sommeraufenthalt im Ossoaviachim-Lager bei Sosnowka. Im Rahmen der Abschlußprüfung führten die Österreicher Reitsprünge über breite

Gräben bzw. Hürden sowie – reitend – einen Schießwettbewerb durch.⁸⁹ Ausflüge mit propagandistischem Hintergrund unternahmen Betriebsgruppen, wie jene der Schutzbündler aus dem »Proletarski«-Sawod, die im Sommer 1934 eine »Pilgerfahrt« nach Sestorezk machten, um die Hütte zu besichtigen, in der sich Lenin 1917 versteckt hatte.⁹⁰ Prämierte »Udarniki«, darunter Schutzbündler und deutsche Facharbeiter, unternahmen auf Kosten der Gewerkschaft im Sommer 1935 eine Dampferfahrt auf dem Belomor-Kanal – der 1933 mittels Sklavenarbeit fertiggestellte Verkehrsverbindung zwischen dem Weißen und Baltischen Meer. In einem an den Leningrader Parteisekretär Shdanow gerichteten Brief schrieb die Delegation:

»Die gewaltige Erziehungsarbeit, die gerade beim Bau des Weißmeer-Kanals an ehemaligen Rechtsbrechern vollbracht wurde, ist in der Geschichte einzig dastehend.«⁹¹

Damit wiederholten sie nur die Lobgesänge eines Kirow, der »unseren Tschekisten« für die Vollbringung von »wahren Wundern« gratuliert hatte, oder jene »Argumente« aus einem vor dem 17. Parteitag (1934) erschienenen Sammelband, in dem Maxim Gorki und andere Autoren schrieben, der Kanalbau sei der erste Versuch in der Geschichte, »aus Volksfeinden Volksfreunde zu machen«.⁹²

Nähere Bekanntschaft mit der rauen sowjetischen Wirklichkeit mußten jene Schutzbündler machen, die »Subbotniki« auf einer in der Nähe von Leningrad befindlichen Kolchos leisteten. Dies geschah im Rahmen des sogenannten »Cheftums«, d.h. einer Patenschaft, die ausländische Facharbeiter schon 1933 mit deutschsprachigen Kolchosbauern abgeschlossen hatten.⁹³ In der Kolchose »Thälmann« halfen die Österreicher beim Umbau der alten Kirche in ein »Kulturhaus«, legten Elektroleitungen und sorgten für die »Radiofizierung« des Dorfes.⁹⁴ Anlässlich des ersten Besuches schlug den Schutzbündlern eine Welle der Feindseligkeit entgegen, die am Abend in eine offene Schlägerei zwischen Bauern und einigen Österreichern vor dem Kolchosklub ausartete. Ein anwesender Schutzbündler berichtete: »Wieder einige Verhaftungen (...). In derselben Kolchose, nur Monate später, als wir die Kirche umbauten zu einem Klub, wieder heftiges Murren, aber die Furcht vor dem Schicksal der ersten Verhafteten unterband jeden Gewaltakt.«⁹⁵

Mit der »Kommandierung« der Parteiaktivisten nach Spanien ließen die politischen Aktivitäten im Leningrader Kollektiv stark nach. Es fanden keine Parteiversammlungen mehr statt, erst mit der Rückkehr der Interbrigadisten (1939) setzte eine in bescheidenem Rahmen gehal-

tene politische Betreuung ein.⁹⁶ Nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes stieg die Zahl der »Heimkehrer« erneut an.

Der »Kollektivgeist« war in Gorki ausgeprägter, denn die dortige Schutzbündler-Enklave zählte nur 30 Mann und war in einem einzigen Wohnhaus in der Amerikanischen Siedlung des Autowerks untergebracht. Die erste Gruppe von Februarkämpfern fing im Juli 1934 zu arbeiten an.⁹⁷ Die Bereitstellung von deutschkundigen Lehrkräften – die den Schutzbündlern Unterricht in der russischen Sprache und den Politikursen erteilen sollten – erwies sich immer wieder als ernstes Problem.⁹⁸ Da aber das Ausländerkontingent im Autowerk 300 Arbeiter aus zehn Nationen umfaßte,⁹⁹ konnten etliche Schutzbündler in der Frühphase auf alte Sprachkenntnisse zurückgreifen. Die Finnen waren allesamt aus den Autowerken in Detroit gekommen, außerdem gab es englischsprachige Emigranten aus den USA, England und Schottland. So konnte Franz Springer sich mit seinem schottischen Brigadier auf englisch verständigen. Mit einer Arbeitskollegin tauschte er englische Stunden gegen russische ein.¹⁰⁰ Einige Schutzbündler stellten sich auf das Langzeitprogramm des Autotechnikums ein: Ein vierstündiger Unterrichtsblock fand dreimal in der Woche statt und sollte vier Jahre dauern; danach folgte ein abschließendes Jahr in einer Tagesschule.¹⁰¹

Die Schutzbündler in Gorki schlossen sich zu einer »Kommune« zusammen. Zu diesem Zweck erhielten sie vom WZSPS eine zusätzliche Wohnung, in der ein Vorratsraum und ein Speisesaal für 40 Personen eingerichtet wurden. Die Gemeinschaftsküche, in der die Frau eines Schutzbündlers gegen Bezahlung österreichische Kost zubereitete, wurde erneuert, außerdem stellte die Gewerkschaft Geschirr, Eßbesteck, den Samowar und Tischtücher gratis zur Verfügung. Eine Zeitlang zahlte die Werksleitung 1.000 Rubel monatlich (36 Rubel pro Schutzbündler) in die Küchenkassa ein. Hinter dem Haus legten die Österreicher einen 2.000 Quadratmeter umfassenden Gemüsegarten an, bauten einen Stall und hielten sich Schweine, Ferkel und Hühner.¹⁰²

Laut Rosa Puhm, die seit 1933 mit ihrem italienischen Mann in Gorki lebte, hatten die Schutzbündler Glück mit ihrem wichtigsten Betreuer, Prof. Mitkowsky aus Polen, »der es wunderbar verstand, sich der österreichischen Mentalität anzupassen, und der sich in kürzester Frist einige österreichische Dialektausdrücke und Redewendungen angeeignet hatte«.¹⁰³

Was den durch Studium, Gartenarbeit und Kommunepflichten ohnehin beanspruchten Februarkämpfern anscheinend nicht zusagte, war der vom Autowerk finanzierte »Klub für Ausländische Arbeiter«. Das einstöckige Gebäude in der Amerikanischen Siedlung beherbergte einen

Versammlungssaal, Büffet, Sitzungs-, Ruhe-, Lese- und Spielzimmer für die 400 Klubmitglieder. Beanstandet wurde vor allem, daß zu wenige Veranstaltungen in deutscher Sprache durchgeführt wurden.¹⁰⁴ In einem weiteren DZZ-Artikel über angebliche »Mißstände« im Ausländerklub feuerte Alois Ketzlik eine existenzvernichtende Breitseite gegen Klubchef Nasarow ab. Konkret warf er diesem vor, er könne weder Arbeit delegieren noch das Aktiv der Ausländer in die Programmplanung einbeziehen.

Vor lauter Arbeitswut – so Ketzlik in einer hämischen Passage – finde Nasarow »oft nicht nur keine Zeit zum Rasieren, sondern auch zum Essen«. Ferner sei seine Kleidung »so vernachlässigt, als würde er zur Zeit des Bürgerkriegs und nicht in der Epoche der siegreichen Beendung (sic!) des zweiten Fünfjahresplans leben«. ¹⁰⁵ Ob sich Nasarow die Etikettentips zu Herzen nahm, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Mann verschwand jedenfalls von der Bildfläche. Seine Absetzung rechtfertigte ein »wachsames« Mitglied der Österreicher-Enklave in Gorki mit Zitaten von Stalin und Shdanow. Aber auch Nasarows Nachfolger wurde in kleinkariert-denzunziatorischer Weise kritisiert.¹⁰⁶

Das »einträchtige« Leben im Gorkier »Schutzbundhaus« währte nicht allzu lange. Einige Monate nach Abfahrt der Spanien-Kommandierten setzte die erste Verhaftungswelle ein. Von den ursprünglich 33 männlichen Kollektivmitgliedern war 1941 nur noch eine Handvoll vorhanden, von einem »Kollektivleben« konnte keine Rede mehr sein.

Ähnlich verhielt es sich bei der gleich großen Schutzbündlergruppe in Rostow am Don, wo die Verhaftungsquote unter den österreichischen Emigranten allerdings höher war. Über das soziale Umfeld, in dem die Rostower Schutzbündler lebten und arbeiteten, ist so gut wie nichts bekannt. Die Februarkämpfer kamen in zwei Schüben nach Rostow – 20 Mann im Sommer 1934 und weitere 15 im Februar 1935.¹⁰⁷ Im »Selmaschklub« fanden die üblichen Kurse und Veranstaltungen statt, u.a. Gedenkfeiern für die Opfer des 12. Februar.¹⁰⁸

Von den über 170 nach Charkow entsandten Schutzbündern trafen 60 im Mai,¹⁰⁹ weitere 53 im Juli 1934 ein.¹¹⁰ Die dritte und letzte Gruppe erreichte die ukrainische Stadt im Februar 1935.¹¹¹

Die wichtigsten deutschsprachigen Betreuer waren die KP-Mitglieder Gröschel, Pollmann und Morgenthal. Fritz Pollmann war früher Fachmann für Bergbau gewesen und betreute 1934 die Schutzbündler im Hotel »Spartak«, später im Werk »Serp i Molot«. Der 1915 in Gefangenschaft geratene »Altösterreicher« Gröschel lebte seit dieser Zeit in Rußland. Das NKWD verhaftete in der Folge alle drei.¹¹² Mit den Emigranten befaßten sich zeitweilig auch die KPÖ-Funktionäre Anka Litwak, Dr. Franz David, Franz Koritschoner und Anton Reisinger. Das

Charkower Gewerkschaftskomitee setzte später die Abberufung Reisingers durch, da sich »Unklarheiten« in dessen Parteibiographie ergeben hatten. Reisinger, einst Mitglied der »rechtsopportunistischen« Gruppe um Willi Schlamm, wurde 1929 aus der KPÖ ausgeschlossen und zwei Jahre später in die UdSSR »abkommandiert«. Aufgrund eines selbsterniedrigenden Bekenntnisses seiner früheren politischen »Fehler« nahm ihn das ZK der KPÖ 1934 wieder in die Partei auf.¹¹³

Für ein Drittel der Schutzbund-Emigranten blieb das Hotel »Spartak« bis zur Evakuierung 1941 der ständige Wohnort. Etliche erhielten Betriebswohnungen, andere von der Gewerkschaft bereitgestellte Wohnungen oder Zimmer in der Darwin und Tschernischewski Uliza.¹¹⁴ Ins Haus Tschernischewskaja 35B, einem dreistöckigen Bau mit Balkonen, zogen 57 Schutzbündler-Familien im Jahre 1935 ein.¹¹⁵ Das Gebäude lag direkt neben dem Hauptquartier des NKWD und gehörte diesem.

Auch in Charkow bekamen die Schutzbündler die komplette Wohnungseinrichtung mit allem Zubehör gratis.¹¹⁶ Politische Veranstaltungen sowie Sprach- und Zivilschutzkurse fanden im Hotel »Spartak« und im »Klub für ausländische Arbeiter« statt. Die Kursfrequenz unterlag jedoch einer starken Fluktuation: Gegenüber dem Vorjahr ging 1936 die Zahl der österreichischen Teilnehmer von 100 auf 15 zurück, und auch die vom Kollektiv herausgebrachte Wandzeitung erschien nicht mehr; Vorträge seitens der Gewerkschaft über Fortbildungsmöglichkeiten stießen ebenfalls kaum noch auf Interesse.¹¹⁷ Der als Dreher in der »Experimentalzeche« des Traktorenwerks beschäftigte Erich Wolf mußte die Mittelschulbildung aufgeben, nachdem man im Betrieb das Dreischichtensystem eingeführt hatte.¹¹⁸ Eine Befreiung vom Schichtdienst aus Studiengründen erhielten üblicherweise nur gutbeleumdete Partei- und Komsomolaktivisten. Dem jungen Wiener Alois Bauer wurde eine solche Befreiung zuteil, aber erst, nachdem er sich die Unterstützung der Meister und Ingenieure im Turbogeneratorenwerk CHTGS gesichert und mit dem Nachhausefahren gedroht hatte. Man versetzte ihn in ein technisches Büro und ermöglichte ihm ein dreijähriges Studium in einer der Fabrik angeschlossenen technischen Schule, wo er den Titel eines Technikers für Wärmetechnik und Turbinenbau erwerben konnte.¹¹⁹

Eine für Schichtarbeit leistende Schutzbündler zusätzliche Belastung ergab sich daraus, daß man den Zubringerdienst mittels Autobus zum Betrieb und zurück im Laufe der Zeit einstellte.¹²⁰ Die großen Betriebe – »Serp i Molot«, CHEMS, CHTGS usw. – lagen ca. 12 km vom Stadtzentrum entfernt und waren nur mit einer einzigen Straßenbahnlinie erreichbar. Den beschwerlichen Pendelverkehr schilderte Alois Bauer wie folgt:

»Alle diese Menschen müssen nun aus allen Richtungen zur Schichtablöse um 7 Uhr im Werk sein. Die Straßenbahn verkehrt, wenn alles gut geht, in einem 5-Minuten-Intervall. Sie hat einen Motor- und zwei Beiwagen. Die Straßenbahnen waren naturgemäß zum bersten voll, die Menschen hingen – wie man es heute noch in Indien sieht – wie die Trauben an den Waggons, so daß man vom Waggon selbst fast nichts sehen konnte. Es kam nicht selten vor, daß einige Menschen von einem Gegenzug abgestreift und schwer verletzt wurden. Diese Tragödie, einen Platz zu erhaschen, und sei es, um sich am Fensterrahmen zwischen den Puffern festzuhalten, spielte sich im Laufe des Tages dreimal ab, immer bei Schichtwechsel um 7 Uhr früh, um 16 Uhr und um Mitternacht. Um einen Platz zu erwischen, mußte man daher mindestens eine Stunde oder mehr, je nach Entfernung vom Arbeitsplatz, bei der Haltestelle stehen, um dann zu sehen, daß die Waggons bereits überfüllt waren. Was sich innen, im Tramwaywagen, abspielt, ist für den Normalbürger unvorstellbar. Die ersten Stationen fährt man auf dem Trittbrett. Wenn die Arbeiter bei den auf der Strecke liegenden kleineren Werken aussteigen, wird man langsam vorgeschoben und, wenn man Glück hat – oder das Unglück – kommt man bis in die Mitte des Waggons, was besonders im Winter von Vorteil, im Sommer von großem Nachteil ist. Nun kommt die erste große Fabrik und ein Großteil stürzt aus dem Wagen, weil man mit dem Stehenbleiben nicht allzu lange wartet, um die vorgeschriebene Fahrzeit einhalten zu können. Ist man nicht schnell genug beim Aussteigen, muß man unbarmherzig mit weiterfahren und wenn man Glück hat, kann man bei der nächsten Station heraus. Die Brutalität der Fahrgäste ist vorstellbar, um nicht zu spät zur Arbeit zu kommen. Dort wird keinerlei Entschuldigung entgegengenommen. Dabei ereignen sich im Winter folgende Vorfälle: unter starkem Gefluße drängt alles, was aussteigen muß, aus dem Wagen. Es wird geschimpft, gestoßen, geschoben. Ist bei der letzten Station alles draußen, liegen zahlreiche Galoschen im Waggon, die vom Schaffner mit dem Fuß hinausgeschupft werden. Da auch Galoschen Seltenheitswert sind, beginnt ein Kampf um die Überschuhe. Schließlich beginnt das große Tauschen, da jeder einen oder zwei Galoschen aber verschiedene Größen erbeutet hat. Dann laufen alle – auch mit verschiedenen Größen – auf und davon, um nicht zu spät zu kommen. Man versucht dann innerhalb des Werkes noch zu den eigenen oder wenigstens zwei gleichen Galoschen zu kommen.

Hat ein Arbeiter seinen »Propusk« (Ausweis) vergessen oder verloren, hat er die größten Schwierigkeiten an seine Arbeitsstelle zu gelangen und kommt natürlich zu spät. Man stellte schließlich noch Stechuhren auf, um die Ankunftszeit zu kontrollieren. Man merkte bald, daß dies ein großes Hindernis ist, weil man bei 30.000 Arbeitern in einer Schicht nie und nimmer zurecht kam. Da die meisten Arbeiter aber bereits bei Schichtwechsel innerhalb des Fabrikgeländes waren, durch das Stechen bei der Uhr aber aufgehalten wurden, kamen naturgemäß manche Arbeiter oder Angestellte erst statt um 7 Uhr um 7.15 Uhr an ihren Arbeitsplatz. Man kam schließlich zur Einsicht, schaffte die Uhren wieder ab und richtete durch die Abteilungsleiter und Meister das Augenmerk auf pünktlichen Arbeitsbeginn.«¹²¹

Trotzdem fanden die – überwiegend jungen – Kollektivmitglieder Zeit für Sport und Unterhaltung: Schach, Fußball, Tennis, Handball, Leichtathletik, Fallschirmspringen, Eislaufen und »modernes« Tanzen.¹²² Anfang 1936 ergriffen einige Österreicher die Initiative zur Gründung eines Mandolinenorchesters und erhielten für den Ankauf von Musikinstrumenten über 3.000 Rubel vom lokalen Gewerkschaftsrat. Die als »der beste Zirkel des Charkower Schutzbundkollektivs« apostrophierte Musikergruppe¹²³ trat bei einem künstlerischen Abend im »Deutschen Arbeiterklub« neben österreichischen Schuhplattlern, Jodlern und tanzenden Kindern der deutschsprachigen Emigranten auf, was wiederum ein besserwisserischer DZZ-Reporter zum Anlaß nahm, um die Leistungen der Amateure in kleinkariierter Weise zu verreiben.¹²⁴

Ausgehend von einem Vorschlag der Schutzbündler-Frauen (anläßlich der Wahl zum örtlichen Sowjet im Dezember 1934) bauten Kollektivmitglieder in 2.000 »freiwilligen« Arbeitsstunden ein Kinderplanschbecken im Postyschew-Park unweit ihres Wohnhauses.¹²⁵ Andere »Subbotniki« gingen vom Betrieb aus. Da beschloß beispielsweise das »Parteiaktiv« im Werk CHTGS, aus dem der Fabrik gegenüberliegenden alten Friedhof einen »Kulturpark« für die Arbeiter zu machen. An den festgelegten freien Tagen rückten zwei Schichten der Belegschaft aus, schlugen die Grabsteine kurz und klein und machten die Grabhügel dem Erdboden gleich. Die »Umgestaltung« vollbrachten die von Parteimitgliedern und Komsomolzen angespornten 5.000 Betriebsarbeiter im Eiltempo.¹²⁶

Auch in Charkow stand der »Deutsche Arbeiterklub« im Sperrfeuer der von oben gelenkten Kritik, die 1937 ein vom NKWD inszeniertes Nachspiel hatte: Schließung des Klubs und Fabrikation einer wahnwitzigen Anklage gegen prominente Klubmitglieder. Die üblichen Kritikpunkte in solchen Fällen – chronische Unpünktlichkeit, Schlamperei, ein lethargischer Führungsstil, Generationskonflikte usw.¹²⁷ – reichten im Jahre 1936 den Wachsamkeitsfanatikern nicht mehr. Es mußten vielmehr »schwere politische Fehler« herangezogen werden, z.B., daß die Klubleitung Wilhelm Pieck nur fünf Tage vor der Veranstaltung »Tag der Gründung der KPD« einlud und noch dazu »Jazz und Tanz« nach seinem Referat anbot.¹²⁸

In dem von politischen Auseinandersetzungen und einer starken Heimkehrerwelle ohnehin gebeutelten Charkower Schutzbündlerkollektiv brach das »gesellschaftlich-politische Leben« 1937 endgültig zusammen. Damals hielten sich 40 KPÖ-Aktivisten in spanischen Schützengräben auf, die in Charkow verbliebenen Kollektivmitglieder zogen sich angesichts der steigenden Verhaftungen ins Privatleben zurück oder begannen, ihre Heimreise zu organisieren.

Gleichsetzung mit sowjetischen Werktätigen 1937–1941

Wenngleich die sowjetischen Behörden seit Anfang der 30er Jahre den Lebenshaltungskostenindex nicht mehr veröffentlichten,¹²⁹ ist die Verschlechterung des Lebensstandards von etwa 1936 bis zum Kriegsausbruch 1941 unumstritten. In den Betrieben ging die Manie des »Stürmens« langsam zurück, Ende 1937 fand der letzte »Stachanow-Monat« statt.¹³⁰ Nach 1936 fielen Normerhöhungen bescheidener aus: 1937 ca. 20 Prozent, 1938 keine wesentlichen Änderungen.¹³¹ Bei der Industrieproduktion, besonders auf dem Stahlsektor, war der Zuwachs 1937–1938 noch kleiner. Hauptursachen für die allgemeine Stagnation in der geplanten Wirtschaftsexpansion waren das durch die Massenverhaftungen unter Industriekadern ausgelöste Chaos sowie die Umleitung von Investitionen, Maschinen und Arbeitskräften in die Rüstungsindustrie. Der Anteil des Verteidigungsressorts am Gesamtbudget stieg 1934–1939 von 9 auf 25 Prozent, im selben Zeitraum verdoppelte sich der Mannschaftsstand der sowjetischen Streitkräfte.¹³²

Vorsichtigen Schätzungen zufolge stiegen Industrielöhne zwischen 1937 und 1940 um 35 Prozent, die Preise jedoch viel mehr, sodaß ein Reallohnverlust von 10 Prozent zu verzeichnen war.¹³³ Eine Studie über die Gesamtentwicklung der Reallöhne von Moskauer Industriearbeitern seit Beginn des Ersten Fünfjahresplans läßt den negativen Trend noch eklatanter erscheinen:

1928: 100; Oktober 1935: 33,9; 1938: 46,4; April 1940: 37,7.¹³⁴

»Offizielle« Preise stiegen 1939–1940 stark an, in noch stärkerem Ausmaß auf privaten Märkten, wo sie 1940 um ca. 80 Prozent höher lagen als in den staatlichen Läden.¹³⁵ Und weil das Warenangebot zurückging und sich Engpässe häuften, waren immer mehr Konsumenten gezwungen, Lebensmittel »privat« einzukaufen. Die inflationäre Spirale beschleunigte sich zur Zeit des Krieges mit Finnland.¹³⁶ Damals verschlimmerten sich auch die Strukturschwächen des sowjetischen Transportsystems. Beispielsweise wegen Brennstoffknappheit mußten viele Leningrader Fabriken den Betrieb einstellen.¹³⁷ Parallel zum Verfall des Lebensstandards wurden Arbeitnehmerrechte allmählich abgeschafft. Dekrete vom 20. und 28. Dezember 1938 verschärften schon bestehende Sanktionen gegen das »Krankfeiern« bzw. »Fernbleiben« – Geldstrafen, Entlassung, Delogierung, Ausschluß aus dem Sozialversicherungssystem etc. Man führte zudem »Arbeitsbücher« ein, die zusammen mit dem »Inlandspaß« der verstärkten Ahndung von »Disziplinbruch« und Betriebs-

wechsel dienen sollten.¹³⁸ Neben den Personalien enthielt das »Arbeitsbuch« auch Angaben über Arbeitsantritt, Veränderung der Arbeitstätigkeit und Entlassungsgründe.¹³⁹ Die Fabrikleitung stellte diese Ausweise aus und nahm auch alle Eintragungen vor.¹⁴⁰ Neu war auch die Bestimmung, derzufolge Beschäftigte statt der bisherigen sieben Tage nun eine Kündigungsfrist von einem Monat angeben mußten. Bei Zuwiderhandeln verlor man/frau den Anspruch auf Kranken- und/oder Mutterschutzgeld und war erst nach sechs Monaten am neuen Arbeitsplatz wieder bezugsberechtigt.¹⁴¹

Viel gefährlicher, weil täglich präsent, waren die erhöhten Sanktionen gegen das »Zuspätkommen«: Warnung, Rüge, scharfe Rüge, Versetzung auf eine schlechter entlohnte Arbeitsstelle im Betrieb und schließlich Entlassung; letzteres, wenn drei Verspätungen innerhalb eines Monats oder vier in zwei aufeinander folgenden Monaten festgestellt wurden. War der fristlos Entlassene Inhaber einer Werkswohnung, verlor er auch diese. Eine »klärende Interpretation« der Arbeitsgesetze vom Dezember 1938 legte eine 20minütige Verspätung als »unerlaubte Entfernung vom Arbeitsplatz« aus. Die Verhängung von Strafen lag nicht mehr im Ermessen des Betriebsdirektors, er war nun vielmehr von Gesetz wegen dazu verpflichtet. Und ein Arbeiter, der vor Schichtbeginn seine Karte in die Stechuhr einschob, mußte auch aufpassen, daß er nicht frühzeitig nach Hause fuhr, zu früh in die Mittagspause ging oder zu spät von dort an seine Maschine zurückkam. Auch das »Herumstehen am Arbeitsplatz« wurde als »unerlaubte Entfernung« interpretiert.¹⁴² Manager, die die volle Härte des Gesetzes nicht walten ließen, wurden selbst angeklagt. Andererseits konnten sie über eine völlig eingeschüchterte Belegschaft berichten: Im Moskauer Betrieb »Tochizmeritel« hatte sich die Mittagspause auf 15–22 Minuten reduziert; viele Arbeiter im Charkower Traktorenwerk besaßen keine Uhren und machten aus Angst überhaupt keine Eßpausen.¹⁴³

Mit einem Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets vom Juni 1940 wurde das Arbeitsrecht zu Grabe getragen. Damit führte man den Achtstundentag ein, machte den Sonntag zu dem einzigen freien Tag und stellte den »unerlaubten« Betriebswechsel unter Strafanklage. Arbeiter, denen man »Zuspätkommen« oder »Bummelei« nachwies, mußten nach der ersten Verurteilung die Strafe an der Werkbank abbüßen – bis zu sechs Monaten mit einer Lohnreduzierung von 25 Prozent und dem Verlust aller Sozialrechte. Betriebsleiter und Bezirksrichter wurden unter Druck gesetzt, das Strafmaß voll auszuschöpfen. Im Herbst 1940 wurden beispielsweise 90 Prozent jener Personen, die ohne Zustimmung der Betriebsleitung gekündigt hatten, zu Gefängnisstrafen von zwei und

mehr Monaten verurteilt. Man wandelte überdies befristete Arbeitsverträge in unbefristete um. Ausgenommen davon waren lediglich Hilfsarbeiter. Ende 1941 kamen alle arbeitsrechtlichen Gerichtsfälle in die Jurisdiktion der Militärtribunale.¹⁴⁴

Eine weitere Folge der neuen Dekrete kam einer Lohnreduzierung gleich: Nun galten ein längerer Arbeitsmonat und der Achtstundentag auch in Betrieben, wo bisher sieben und – seltener – sechs Stunden gearbeitet wurden. Ferner strich man den kürzeren Arbeitstag vor Sonntagen und öffentlichen Feiertagen. Die Löhne und Gehälter blieben jedoch unverändert. Ein zusätzlicher Reallohnraub erfolgte durch die Verordnung höherer Normen und niedriger Stücklohnsätze.¹⁴⁵

In welchem Maße die inzwischen mit den sowjetischen Werktätigen im sozialrechtlichen Sinne »gleichgeschalteten« Österreicher von diesen Maßnahmen und dem generellen Verfall des Lebensstandards betroffen waren, ist an drei Beispielen von »treuen« KPÖ-Mitgliedern zu veranschaulichen. Josef Leschanz nahm an den Februarkämpfen in Linz teil und war nachher in Untersuchungshaft. Im Oktober 1934 fuhr er mit seiner Frau über die ČSR nach Leningrad, wo er Arbeit im Radiowerk »Kasitzki« fand.¹⁴⁶

Seine Frau Margarete wurde im Werk 210 »Stoßbrigadlerin« und später »Stachanowistin«. In wenigen Jahren avancierte sie von einer Arbeiterin zur Kontrolleurin, schließlich zur Abteilungsleiterin und verdiente zuletzt 500–600 Rubel monatlich. Im März 1939 versetzte man sie gegen ihren Willen ins Werk »Karl Marx«. Dort verdiente sie nunmehr 150 Rubel. In einem Brief an die KPÖ-Führung in Moskau beschwerte sie sich über »die unmöglichen Arbeitsverhältnisse« an ihrem neuen Arbeitsplatz (Säuredämpfe, minus 10 Grad usw.), die ihr Ischiasleiden verschlimmert hätten. Sie und ihr Mann seien schon wieder im Krankenstand, schloß sie ihren Hilferuf ab.¹⁴⁷ Ende 1940 fuhr das Ehepaar Leschanz nach Österreich zurück.



Josef Leschanz.

Robert Löffler kam erst im Oktober 1939 in die SU. Als schwerverwundeter Spanienkämpfer (Granatsplitter im Rücken) wurde er in Moskau behandelt und zur Arbeit nach Charkow verschickt.¹⁴⁸ Da seine Verwundung nicht ausgeheilt war, mußte er öfters in den Krankenstand. Im Sommer 1940 wurde Löffler beim Baden seine einzige Hose gestohlen. Mit einem Krankengeld von 150 Rubel konnte er den Verlust selbstverständlich nicht ersetzen. Fürnberg intervenierte für ihn bei der MOPR, damit er »einen Anzug oder zumindest eine entsprechende Hose« bekomme.¹⁴⁹

Anton Barak, 1935–1936 der prominenteste österreichische »Stachanowist«, wurde ebenfalls in Spanien schwer verwundet. Über Frankreich kehrte Barak im April 1939 in die Sowjetunion zurück und mußte sich einer Bauchoperation unterziehen. Die »Invalidenkommission« in Moskau befürwortete, dem ehemaligen Spanienfreiwilligen eine Pension sowie eine leichtere Arbeit in seinem alten Betrieb »Dynamo« zu verschaffen. »Ohne Grundangabe« lehnte die MOPR das Pensionsansuchen ab, sodaß Barak die leichtere, aber schlechter entlohnte Arbeit im Werk nicht annehmen konnte, sondern aus finanziellen Gründen wieder zur Schweißerbrigade stieß.¹⁵⁰

Die Gleichsetzung der Schutzbündler mit ihren sowjetischen Arbeitskollegen fiel in die erste Phase des »Großen Terrors« (1936). Diese Parallelität drückte sich in der wachsenden Zahl der »freiwillig« heimkehrenden männlichen Schutzbund-Emigranten aus:

1934: 7; 1935: 33; 1936: 41; 1937: 46; 1938: 17; 1939: 24; 1940–1941: 30.

Die Heimfahrezahl für 1938 (17) fiel aus mehreren Gründen vergleichsweise niedrig aus. In jenem Jahr wütete der Staatsterror am stärksten und erfaßte auch manche Österreicher, die schon Vorbereitungen zur Heimfahrt getroffen hatten oder dies beabsichtigten. Mit der Besetzung Österreichs wurden noch gültige österreichische Pässe wertlos und konnten auch nicht verlängert werden. Es ist vorstellbar, daß etliche Österreicher aus Angst, in Unkenntnis ihrer staatsbürgerlichen Rechte und nicht zuletzt aus ideologischen Gründen sich zwecks Ausreise nicht an die diplomatischen Vertreter des faschistischen Deutschland wenden wollten. Nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und vor allem nach den militärischen Siegen der Wehrmacht in Westeuropa (Sommer 1940) war die Rückkehr in die Heimat – zumindest als bürokratisches Verfahren und – begünstigt durch die politische »Großwetterlage« – einfacher zu organisieren. Wirtschaftliche Überlegungen spielten schon ab 1938 eine erhebliche Rolle. Aus dem oft unterbroche-

nen Briefverkehr mit Österreich erfuhren viele Schutzbündler von dem – im Vergleich zu den »Hungerjahren« 1933–1934 – bescheidenen Wohlstand und neuen Arbeitsplätzen in der »Ostmark«. Der NS-Autor Krupinski hatte Zugang zu den nicht der Geheimhaltung unterliegenden Teilen von Vernehmungsprotokollen ab 1938 zurückgekehrter Schutzbündler sowie deutscher Facharbeiter und verarbeitete diese Berichte in einem 1942 erschienenen Buch. Laut Krupinski führte eine Reihe jener Schutzbündler schlechte soziale Verhältnisse, insbesondere die Verlängerung des Arbeitstags, als »Rückwanderungsursache« an.¹⁵¹ Andere von ihm zitierte Zeugen gingen mehr ins Detail, z.B. Fritz Diem, der erst 1940 Leningrad verließ, obwohl ihm die österreichischen Behörden schon drei Jahre zuvor die Heimfahrt bewilligt hatten.¹⁵² Diems russische Frau kam einmal wegen einer Zugverspätung nicht rechtzeitig zur Arbeit, und obwohl sie »die Zugverspätung durch eine Bescheinigung des Bahnbeamten beweisen konnte, wurde sie vom Volksgericht zu einer Gehaltskürzung von 25 Prozent auf die Dauer von sechs Monaten verurteilt«. ¹⁵³ In einem ähnlichen Fall mußte der Schutzbündler Anton Kuchticek (Rückkehr 1941) einen 15prozentigen Lohnabzug auf vier Monate hinnehmen, weil er »infolge Übermüdung innerhalb eines Monats dreimal, und zwar eine Minute, drei Minuten und sieben Minuten« zu spät in der Schlosserwerkstatt erschienen war.¹⁵⁴

Über die weitverbreitete Unzufriedenheit in den Kollektiven rapportierten die Vertrauensleute an die KPÖ-Führung nach Moskau. Als echte »Sorgenkinder« erwiesen sich die Österreicher-Enklaven in Charkow und Leningrad, wo laut Fürnberg »schlechten Elementen praktisch freie Hand gegeben wird«. ¹⁵⁵ In einer ausführlichen Darstellung seines Besuches bei den Charkower Schutzbündlern (Herbst 1938) billigte Fürnberg, der einige Monate zuvor zum Nachfolger Ernst Fischers als Vertreter der KPÖ beim EKKI ernannt worden war, der Mehrheit im Kollektiv »eine gesunde Einstellung« zu und tadelte die MOPR, weil sie zuwenig unternehme, um die »Propaganda der gegnerischen Elemente« zu bekämpfen.¹⁵⁶ Da die MOPR in Charkow nur über drei Angestellte und wenige Mittel verfügte, schlug Fürnberg die Anstellung einer nur für die Schutzbündlerbetreuung verantwortlichen Funktionärin vor, deren Gehalt teilweise vom ZK der MOPR bezahlt werden sollte. Bezüglich der Unterstützung der Frauen jener Schutzbündler, die nach Spanien kommandiert worden waren, ließ sich Fürnberg über die MOPR aus: Diese ziehe 2 bis 5 Rubel für die bloße Überweisung von der kärglichen Unterstützung an die Frauen ab und habe einigen von ihnen auf einmal und nicht in Raten 150 Rubel für die Urlaubskosten älterer österreichischer Kinder »abgebucht«. Daher seien die Frauen, die einen monatli-

chen Mietzins von 75 bis 100 Rubel zu entrichten hatten, »unnötigerweise und (...) überflüssigerweise in eine sehr schlechte finanzielle Lage« gekommen. Bei Fürnberg beschwerten sich die Österreicherinnen auch über das Nichtvorhandensein von Kinderwäsche, Kinderschuhen und geeigneten Kinderbüchern in Charkow. Bezüglich der Löhne versprach das Stadtkomitee (Gorkom) der WKP/b, in den Betrieben für einige Österreicher zu intervenieren, deren Monatsverdienst unter 200 Rubel lag. Auch von der Auslandsabteilung der Miliz, die die Aufenthaltsgenehmigungen erteilte, fühlten sich die Österreicherinnen schlecht behandelt. Dort drohte man ihnen mit Abschiebung, sollten sie nicht einen von der Deutschen Botschaft ausgestellten neuen Paß vorweisen können. Eine andere Taktik der sowjetischen Bürokraten in Charkow sah vor, daß sich der Betrieb um die alle drei Monate fällige Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung kümmern sollte. Realistischerweise wandte Fürnberg dagegen ein, dies mache keine Fabriksleitung, wenn der betreffende Österreicher nicht ersetzbar sei. Er regte vielmehr an, daß eine vom ZK der MOPR noch auszustellende Bescheinigung zur weiteren Legitimierung der Emigranten auch die Miliz zufriedenstellen müßte.

Die ärgsten Zerwürfnisse in Charkow ergaben sich zweifelsohne aus der herrschenden Wohnungssituation. 1938 wohnten noch 35 österreichische Familien im Hotel »Spartak«. Die seit längerem geplante Umsiedlung der österreichischen Hotelgäste wurde in der Folge nur teilweise verwirklicht: Einerseits, weil die Betroffenen keine Ersatzwohnungen fanden oder diese aus Geldnot nicht möblieren konnten; andererseits, weil sie noch hohe Mietschulden im Hotel zahlen mußten. Die Mietrückstände im »Spartak« waren laut Fürnberg auf 15.000 Rubel angewachsen. Er warnte die bessergestellten Schuldner, bei Nichtzahlung würde die Sache »dem Gericht mit allen daraus entstehenden Folgen« übergeben, konzedierte jedoch, daß nur Ratenzahlungen in Frage kamen. »Eine einfache Streichung« sei unangebracht, weil damit die pünktlichen Zahler bestraft und die Säumigen belohnt würden. Ein weiterer Konflikt ergab sich aus dem schweren, allerdings nur zum Teil aufgeklärten Vorwurf, ausgereiste Schutzbündler (»praktische Sowjetfeinde«) hätten ihre Wohnungen an Bestbieter und nicht an notleidende Landsleute »verkauft«. »Offensichtlich(e) Ungesetzlichkeiten« ortete der EKKI-Vertreter auch in der Art und Weise, wie das NKWD den ihm gehörenden Wohnraum der Schutzbündlerfamilien in der Tschernischewskaja 35B »freigemacht« hatte. Infolge der rücksichtslosen Räumung mußte die kurz vor der Niederkunft stehende Ehefrau eines Schutzbündlers ihr Bett verlassen und »in eine in jeder Beziehung schlechtere Wohnung« übersiedeln. Laut Fürnberg war die Folge davon, daß die Frau »eine Frühgeburt hatte, das

Kind starb und sie selbst einen schweren gesundheitlichen Schaden davon trug«. Die nach Charkow zurückgekehrten österreichischen Spanienkämpfer regten sich begreiflicherweise über die Behandlung ihrer Frauen während des Spanieneinsatzes auf. Diese Männer hatten zudem im Betrieb Schwierigkeiten, ihren Spanien-Einsatz als »Dienstzeit« geltend zu machen. So hatte – Fürnberg zufolge – der Wiener Karl Huber »eine ganze Anzahl Äußerungen gemacht, die praktisch nur den Sowjetgegnern geholfen« hätten. Damit konfrontiert, bekannte Huber seinen »Fehler« ein, »begründete« ihn »mit seiner eigenen Situation und mit der ungenügenden politischen Schulung« (!), fuhr aber bezeichnenderweise samt Familie kurze Zeit später nach Österreich zurück.

Ende 1938 bat der Vertrauensmann Johann N. die Moskauer KPÖ-Leitung um die Entsendung eines verantwortlichen Funktionärs nach Leningrad, damit die Partei vor Ort konstatieren könnte, »wie tief die Zersetzung ist«. N. führte den Fall eines »heimkehrwilligen« und inzwischen arbeitslos gewordenen Schutzbündlers an, der Gespräche führe, »wie sie Hitlers Anhänger tun«. Von dem unmittelbar unter ihm wohnenden und üblicherweise laut sprechenden Schutzbündler-Ehepaar S. wußte der Vertrauensmann zu berichten, Franz S. habe die Wahl des »Blocks der Kommunisten und Parteilosen« zum Obersten Sowjet »Schwindel« genannt und Zweifel am guten Abschneiden der Stalinisten bei freien Wahlen geäußert.¹⁵⁷

Die Haltung der sowjetischen Behörden gegenüber den inzwischen »lästig« gewordenen Ausländern setzte auch die Loyalität der Leninrader Kollektivmitglieder einer harten Probe aus. Im Hinblick auf die Aufenthaltsgenehmigung und die »Heimholung« der Spanienkämpfer spürten vor allem die österreichischen Ehefrauen eine desinteressiert-herablassende Reaktion der sowjetischen Bürokraten. 1938 ging es der KPÖ-Führung vornehmlich darum, schwerverwundeten und in Frankreich »wild« (d.h. polizeilich nicht gemeldet) lebenden österreichischen Angehörigen der Internationalen Brigaden eine Schiffspassage in die UdSSR zu ermöglichen. Kopenig, der sich damals in Paris aufhielt, wandte sich über Fürnberg in dieser Angelegenheit an Dimitrow:

»Weiter schreibt Gen. Kopenig, daß ihm die Emigrantenfrage große Sorgen macht, denn (sic!) eine große Anzahl unserer besten Genossen in aller Herren Länder verstreut wurde und offenbar von seiten der entsprechenden MOPR-Organisation keine organisierte Hilfe besteht. Schließlich teilte er noch mit, daß die Lage der Spanienfreiwilligen eine sehr schlechte ist und zwar nicht nur in bezug auf die Aufenthaltsgenehmigungen, sondern auch in bezug auf die primitivsten materiellen Erfordernisse. Es gibt auch bereits eine Reihe von Privatbriefen, die von der unhaltbaren Lage der Spanienfreiwilligen in

Frankreich sprechen und ein Zeichen dafür sind, daß die Organisation dieser Sache überhaupt nicht klappt. Über die politischen Auswirkungen dieser Tatsachen zu schreiben ist wohl überflüssig (...). Wir können und dürfen diese Genossen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen.«

Schließlich beklagte sich Fürnberg darüber, daß der im März 1938 bewilligte »außerordentliche Fonds« der MOPR für die österreichischen Emigranten in Frankreich acht Monate später nur zur Hälfte ausbezahlt worden sei.¹⁵⁸

Einige der in Leningrad lebenden Frauen von »kriegsuntauglichen« österreichischen Interbrigadisten, die damals in Frankreich Behördenwillkür und Hunger preisgegeben waren, appellierten im November 1938 an den sowjetischen Staatspräsidenten Kalinin, bei der Repatriierung ihrer Männer behilflich zu sein. Sie unterstrichen ihre Forderung mit Zitaten aus Briefen, die sie von notleidenden Österreichern aus Frankreich erhalten hatten, und gaben ihrem Glauben Ausdruck, daß »man solche Genossen, die ehrlich gekämpft« hätten, nicht »auf solche Weise umkommen« lassen wolle. Ihre Bitte schlossen die Frauen eindrucksvoll:

»Wenn die Union unsere Genossen nicht mehr aufnimmt, so heißt dies soviel, daß sie den Faschisten ausgeliefert sind. Und solches zu erzielen, war doch gewiß nicht der Zweck der Kommandierung.«¹⁵⁹

Dmitri Manuilski erhielt die Eingabe der Österreicherinnen aus Kalinins Kanzlei und leitete das Schreiben an das ZK der WKP/b weiter.¹⁶⁰ Auch wenn diese Intervention schließlich zum Erfolg führte, sind die generellen Kriterien für die »erlaubte« Rückkehr von österreichischen Spanienveteranen in die Sowjetunion nicht klar. Zunächst versuchte die KPÖ-Vertretung in Moskau Schwerverwundete und »wertvolle Funktionäre für die Partei« (Lorenz Mraz, Anton Dobritzhofer, Leopold Stancl, Albin Mayr, Anton Barak usw.) in die UdSSR zu repatriieren.¹⁶¹ Bei der zweiten Repatriierungsaktion nach Francos Sieg stand zur Entscheidung, wer mit Erlaubnis der Partei ein Internierungslager in Südfrankreich verlassen und per Schiff in die Sowjetunion zurückfahren durfte. Allem Anschein nach überließen führende Funktionäre der KPÖ in Moskau diese Auswahl den Vertrauensleuten im Lager und/oder der illegalen Leitung der Partei in Paris. Ob diese dabei familiäre Aspekte (Frau und Kinder in der Sowjetunion) mitberücksichtigten oder das Verhalten des Betroffenen in einer Kampfeinheit der spanischen Volksarmee als Richtschnur nahmen, ist ungewiß. Jedenfalls lehnten sie die Überfahrt einiger Schutzbündler ab, die aus der UdSSR nach Spanien gefahren waren.¹⁶²

Da bei all diesen Bemühungen die sowjetische Bürokratie schleppend arbeitete, griffen einige Frauen zur Selbsthilfe. Auf dem Meldeamt in

Leningrad erfuhr Hedwig Sandmann von gerade eingetroffenen Spanienkämpfern, daß ihr Mann Toni noch im Internierungslager St. Cyprien festsaß. Daraufhin schrieb sie einen Brief an Dimitrow, der die beschleunigte Rückkehr ihres Mannes tatsächlich durchsetzte. Ein Jahr vorher hatte die Miliz Hedwig Sandmann (wie auch den österreichischen Politemigrantinnen in Charkow) die Ausweisung aus der Sowjetunion angedroht. Die Begründung: Da Österreich nicht mehr existiere, sei ein österreichischer Paß keine Grundlage für ein sowjetisches Aufenthaltvisum. Man räumte ihr, der Halbjüdin mit einem Kleinkind, eine zwei-monatige Frist zum Verlassen der Sowjetunion ein. Die Leningrader MOPR organisierte für sie und noch zwei in einer ähnlichen Lage befindliche Österreicherinnen einen Termin beim Staatspräsidenten Kalinin. Im Kreml nahm Kalinins Sekretär die Petition der Frauen entgegen und regelte die Angelegenheit.¹⁶³

Nach Zwischenstationen in Prag und Paris übersiedelte der KPÖ-Vorsitzende Johann Kopenig im Oktober 1939 nach Moskau, wo im Februar 1940 eine »provisorische Auslandsleitung« gebildet wurde. Ständige Mitglieder dieses Gremiums waren Kopenig, Ernst Fischer (»Peter Wieden«), Friedl Fürnberg, Hermann Köhler (»Konrad Försterling«) und Erwin Zucker-Schilling. Fallweise nahmen auch die ZK-Mitglieder Friedrich Hexmann, Franz Honner, Leo Gabler (»Meier«) und Willi Frank (»Fink«) an den Sitzungen teil.¹⁶⁴ Unter den Bedingungen des Hitler-Stalin-Paktes wurde die Problematik der gänzlichen oder teilweisen Auflösung der Emigration virulent. Diesen Punkt besprach die Auslandsleitung im Februar 1940, man beschloß lediglich, »die Frage vorläufig zu vertagen«.¹⁶⁵ Im Juni 1940 wurden Köhler, Fürnberg sowie Frau Priworotzkaja von der Kaderabteilung, die übrigens an fast allen Sitzungen der KPÖ-Leitung teilnahm, damit beauftragt, eine Kaderüberprüfungskommission zu bilden und einschlägiges Material zu sammeln.¹⁶⁶ Zwei Monate später erhielt die Gruppe das Aviso, festzustellen, »welche Genossen ins Land zurückkehren können«.¹⁶⁷ Eine Durchsicht der im April, Mai und Dezember 1940 verfaßten Charakteristiken zeigt, daß die Führer der KPÖ in Moskau ihre politischen Optionen während der Dauer des Nichtangriffspaktes offenhalten wollten oder mußten. Dies implizierte die ins Auge gefaßte Möglichkeit einer legalen Betätigung in der besetzten Heimat. Ob andererseits die wenigen Hinweise in den Kaderbeschreibungen auf die militärische Fähigkeit des Betroffenen als Indiz dafür gelesen werden können, die KPÖ-Leitung hätte die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion miteinkalkuliert, muß beim gegenwärtigen Forschungsstand dahingestellt bleiben. Ansonsten rangierte die Skala

individueller Verwendbarkeit von »Arbeit in einer Unterorganisation« bis hin zur »Arbeit in höheren Instanzen«. Interessanterweise wurden zudem 43 in Österreich befindliche KPÖ-Funktionäre im selben Verfahren »mitbewertet«. ¹⁶⁸

Die 1940 vollzogene Durchkämmung der eigenen Reihen erbrachte bemerkenswerte Nebenergebnisse von unmittelbarer Bedeutung. Man erteilte an etwa ein Fünftel der erfaßten Mitglieder eine Rüge oder Verwarnung wegen Säumigkeit in der Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen, wobei festgelegt wurde, daß eine Parteistrafe auch dann auszusprechen sei, »wenn eine Beitragszahlung wieder aufgenommen werden kann«. ¹⁶⁹ Daß manche, darunter mehrere Spanienkämpfer, ihre Parteimarken jahrelang nicht mehr bezahlt hatten und somit Gefahr liefen, die Parteimitgliedschaft zu verlieren, sagt einiges über die Effektivität des Parteiapparats ab 1937, aber auch über die materielle Situation der österreichischen Emigranten aus. ¹⁷⁰ Was die Parteimitgliedschaft von Angehörigen bereits in sowjetischer Haft befindlicher Österreicher betraf, legten die österreichischen Parteifunktionäre eine Mischung aus vorauseilendem Gehorsam und ängstlichem Formalismus an den Tag. 1938 hatten Fürnberg, Fischer und Hexmann bezüglich der Kassierung dieser Frauen beschlossen, »jeden einzelnen Fall individuell zu überprüfen«, was dann auch KI-Chef Dimitrow guthieß. ¹⁷¹ Für Paula Wagner jedoch, deren Mann Karl 1938 verhaftet wurde, war die Frage ihrer Parteizugehörigkeit 1940 noch nicht »geklärt«. Die Leitung delegierte Fischer, Köhler und Fürnberg, mit ihr »über die ganze Angelegenheit zu sprechen und einen entsprechenden Beschluß zu fassen«. ¹⁷²

Die österreichische Parteiführung hatte auch darüber zu bestimmen, welche Genossen zur Überführung in die sowjetische Partei empfohlen werden sollten. Von einer diesbezüglichen Rekommandation ausgeschlossen waren jene KPÖ-Mitglieder, die nach dem Februar 1934 in die Partei eingetreten waren. Ausnahmen machte man nur für »bewährte« Spanienveteranen. Den Schutzbund-Emigranten blieb es jedoch unbenommen, »auf allgemeiner Grundlage« um den Eintritt in die sowjetische Partei anzusuchen. ¹⁷³

Die Betreuung der gesamten österreichischen Politemigration fiel nun Hermann Köhler zu, ¹⁷⁴ der diese Arbeit mit der MOPR zu koordinieren hatte. Im Sommer 1940 fuhren Köhler nach Charkow und Honner nach Leningrad, um »eine Überprüfung der Kader« und »politische Aufklärungsarbeit« durchzuführen. ¹⁷⁵

In Charkow fand Köhler noch 73 Schutzbündler vor. 25 Familien wohnten im Hotel »Spartak«, weitere 13 in der Uliza Darwina 15, der

Rest in Werks- und Privatwohnungen. Der Emissär konnte keine »Verfehlungen« in der Betriebstätigkeit der Österreicher finden, wohl aber in deren Bezahlung. Zurückgekehrte Spanienfreiwillige fühlten sich vom Meister benachteiligt und beklagten sich über viel Stillstand in der Produktion. Sie seien lohnmäßig falsch eingestuft worden und verdienten daher zu wenig. Andere Beschwerden richteten sich gegen die allgemeine Lebensmittelknappheit und hohe Mieten, insbesondere die Betriebskosten in der Uliza Darwina. Da das Haus 1939 fast überhaupt nicht geheizt wurde, kauften sich einige Schutzbündler elektrische Öfen. Die hohen Betriebskosten (100–150 Rubel bei einem Monatsverdienst von 300–400 Rubel) rührten auch von dem Mißstand her, daß die Hausverwaltung die Schulden und Zinsrückstände der Heimkehrer auf die noch verbliebenen Familien abwälzte. Andere österreichische Familien wohnten in ganz desolaten Herbergen, ein Emigrant mußte seinen Wohnungsanspruch gegen Spekulanten vor dem Gericht geltend machen. Negative Auswirkungen leitete Köhler auch von der knausrigen Sozialpolitik der ukrainischen Regierung ab, Spanieninvaliden oder Familien in Spanien gefallener Österreicher die Pension vorzuenthalten bzw. zu verweigern. Eine Österreicherin führte Klage darüber, daß sie, obwohl ihr Mann in Frankreich interniert war, keine Unterstützung von der MOPR erhielt. Bezüglich des politischen und technischen Niveaus der Schutzbündler stellte Köhler weitverbreitete Lernunwilligkeit fest und führte viele Mängel darauf zurück, man habe den »Kurzen Lehrgang der Geschichte der WKP/b« nicht genug »durchgearbeitet« (!). Die Rückkehr von 20 Politemigranten in die »Ostmark« sah Köhler nicht in den miserablen sozialen Zuständen begründet, die sich seit Fürnbergs Besuch im Oktober 1938 sogar noch verschlimmert hatten. Köhler wies stattdessen auf das Fehlen von politischer Arbeit sowie auf die »Schwäche« der noch ausharrenden Februarkämpfer in solchen Belangen hin. Zur »Abrechnung« gehörte natürlich die Namhaftmachung von »schlechten Elementen« und »Organisatoren« einer angeblich zentral gelenkten »Rückfahrbewegung«. Die »Zersetzung« des Kollektivs lastete der Politemissär Köhler auch den Frauen an (Neigung zu »Klatsch und Tratsch«) und stellte überheblich fest, daß »gerade unter ihnen eine große politische Arbeit notwendig« sei. Seine Vorstellung von politischer Betreuung der Unzufriedenen erschöpfte sich in der Empfehlung, den berüchtigten »Kurzen Lehrgang« systematisch durchzuackern. Köhlers sonstige Vorschläge zur Behebung der sozialen Mißstände waren ebensowenig einfallsreich. Mit seiner letzten diesbezüglichen Anregung zeigte er, worum es ihm ging: »um ihre politische Entwicklung leichter kontrollieren zu können«, möge man die in Klein-

oder mittleren Betrieben arbeitenden Österreicher in Großbetriebe versetzen.¹⁷⁶

Honnors erste Begegnung mit den Leningrader Schutzbündlern (Juli 1940) fand bei einer Kollektivversammlung im Saal der MOPR statt, wo er über die internationale Lage referierte. Allen Deutschland betreffenden Fragen wich er aus, »weil damit gerechnet werden mußte, daß einige Versammlungsteilnehmer, besonders die Heimkehrer, darüber dem Deutschen Konsulat, mit dem sie in Verbindung stehen, berichten könnten«. Honner hatte insofern Anlaß zur Sorge, als die Österreicher-Enklave seit 1936 von 170 auf 70 Mitglieder zusammengeschrumpft war. Seinem Bericht zufolge äußerten sich die starken »Zersetzungserscheinungen« im Kollektiv »in einem sehr ausgeprägten gegenseitigen Mißtrauen, mangelnder Kameradschaft, gegenseitigen Verdächtigungen, unproletarischem Verhalten einer ganzen Reihe Schutzbündler (und) starker Unzufriedenheit mit der materiellen Lage«. Bei seiner Überprüfung der Gründe für diese katastrophale Stimmung stützte sich Honner auf die Angaben der »guten Genossen«, die einfache Antworten parat hatten: Es seien zuviele »schlechte Elemente« (»Träger und Verbreiter von Unzufriedenheit«) mit den Schutzbundtransporten nach Leningrad gekommen; es herrsche »politische Indifferenz« bei der Mehrheit; einige hätten noch Sprachschwierigkeiten; andere seien »vom politischen und gesellschaftlichen Leben der Sowjetbürger« isoliert; manche schließlich wollten die für Deutschland günstige militärische Lage ausnützen, um nach Hause zu fahren, denn, »wenn der Krieg aus ist, nimmt uns Hitler nicht mehr zurück«.

Die der Unzufriedenheit zugrundeliegende soziale Misere (geringes Einkommen, keine Perspektive auf einen besseren Lebensstandard, Mißtrauen gegenüber Ausländern usw.) schmetterten die »guten Genossen« als »Ausflüchte« ab. Die Kaderleute meinten, die Zahl der Heimkehrer werde zunehmen: Diese müßten nicht mehr nach Moskau fahren (wo sich einige Schutzbündler zur Abreise nach Österreich bereithielten), denn man könne Paßanträge nun auch in Leningrad deponieren, wo das deutsche Konsulat wieder geöffnet sei. Als Besucher des »Internationalen Klubs der Seeleute« gerieten einige Politemigranten ins Zwielficht. Kollektivintern warf man ihnen vor, Informationen und Güter mit deutschen Matrosen auszutauschen und sich von diesen »in nazistischem Sinne« beeinflussen zu lassen. Über diese »Verbindungen« erstattete ein Leitungsmitglied Anzeige bei einer nicht näher genannten »Stelle«. Honner zufolge waren viele Schutzbündler infolge der Kriegsentwicklung »völlig resigniert«. Der ehemalige Interbrigadist Johann P., der vor der Ausreise stand, bekundete Honner gegenüber unverblümt seine Meinung:

»Der Faschismus ist überall im Vormarsch, er wird überall siegen. Die Revolution ist in die Ewigkeit gerückt, es gibt in dieser Hinsicht keinerlei Aussichten mehr. Es ist schon klar, daß es noch zum Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion kommen wird. Deutschland wird auch in einem solchen Krieg der Stärkere sein. Es ist deswegen besser, man fährt schon jetzt nachhause, um den Anschluß nicht zu verpassen.«

Der KPÖ-Emissär gab sich hinsichtlich der weiteren Entwicklung im Kollektiv keinen Illusionen hin. Er registrierte, daß nur eine Handvoll Genossen den von der MOPR in einem neuen Anlauf organisierten Politikurs (»Kurzer Lehrgang« (!)) besuchte. Beim Sprachunterricht sah es nicht besser aus. Er meinte, von den 70 noch in Leningrad lebenden Schutzbündlern würden »nur 25 bis 30 gute und brauchbare Elemente übrig bleiben«. Bevor es so weit komme, so Honner, müsse man »die schlechten Elemente auf irgendeine Weise von den guten isolieren oder sie aus Leningrad (...) entfernen« (!). Vor seiner Abreise drängte ihn die Kollektivleitung, einen Genossen von Moskau nach Leningrad zu entsenden, um eine drei- bis vierwöchige Schulung durchzuführen und »bei der Überwindung verschiedener Schwierigkeiten« zu helfen.¹⁷⁷ Fürnberg schickte Honners Bericht an Dimitrow und urgierte die Entsendung von Instruktoern nach Charkow und Leningrad. Die entsprechenden Kader wurden ausgewählt, ungewiß ist jedoch, ob eine solche Mission zustandekam.¹⁷⁸

Kurz vor dem deutschen Überfall (22.6.1941) fühlte sich die Moskauer KPÖ-Führung nochmals bemüht, ihr Augenmerk den auf eigene Initiative zurückgekehrten Emigranten zuzuwenden. Am 13. März 1941 faßte die Auslandsleitung den Beschluß, 41 Genossen »wegen Rückkehr ohne und gegen den Willen der Partei« aus den Reihen der KPÖ auszuschließen.¹⁷⁹ Mehr als ein Drittel der Ausgestoßenen war bereits 1936/37 ausgewandert, darunter Erna Ascher, die im September 1938 in Wien wegen »kommunistischer Betätigung« in Gestapohaft genommen und ins KZ-Ravensbrück verschickt wurde, wo sie auch starb.



Erna Ascher.

Schutzbund-Frauen

Nur knapp 15 Prozent der 700 registrierten KPÖ-Mitglieder in der Sowjetunion (1936–1937) waren Frauen. Etwa vier Fünftel des weiblichen Kaders waren in den 20er und Anfang der 30er Jahre der österreichischen KI-Sektion beigetreten. Nur etwa 20 Lebensgefährtinnen bzw. Ehefrauen in die UdSSR emigrierter Februarkämpfer dürften sich der KPÖ nach dem Februar 1934 angeschlossen haben, meistens nach ihrer Ankunft in der Sowjetunion, teilweise aber auch schon in der tschechischen Emigration.¹⁸⁰ Über diese Frauen gibt es Kaderunterlagen, während die übrigen, politisch nicht organisierten und als »Anhängsel« ihrer Männer angesehenen Gattinnen der Schutzbündler archivalisch kaum, die russischen Ehefrauen überhaupt nicht erfaßt sind. Nahmen die Ehefrauen der Österreicher am politischen und beruflichen Leben teil, wurden sie – meistens gruppenweise – in der Presse gelegentlich erwähnt. Vor allem außerhalb der Großstädte mangelte es an Arbeitsplätzen für Frauen sowie an Betreuungsplätzen für Kinder. Die diesbezügliche Lage in Charkow (s.w.o.) entspannte sich erst Ende 1936 teilweise, als die ersten neuen Kinderkrippen ihrer Bestimmung übergeben wurden.¹⁸¹

Bis zu diesem Zeitpunkt waren jedoch viele Schutzbund-Familien bereits heimgefahren. Die zwangsläufige Erwerbslosigkeit vieler Österreicherinnen in Charkow hing mit Veränderungen am Arbeitsmarkt zusammen. Aufgrund erhöhter Produktivität begannen etliche Charkower Großbetriebe »überzähliges« Personal abzubauen. 1934/35 wurden 1.500 Beschäftigte im Traktorenwerk »freigesetzt«, im Werk CHEMS etwas weniger. Besonders für ungelernete Kräfte, zu denen die Österreicherinnen großteils zählten, war es in Charkow zunehmend schwieriger, irgendeinen Arbeitsplatz zu finden.¹⁸² Manche Frauen von Schutzbündlern gingen keiner regulären, betriebsmäßigen Arbeit nach, weil sie oder ihre Männer tradierten Rollenklischees verhaftet waren. Die wirtschaftliche Realität, daß eine Familie mit Nachwuchs vom Lohn eines Alleinverdieners nicht leben konnte, hatte sicherlich manchmal eine Meinungsänderung bewirkt. Aber auch dann erwies sich die gängige Lösung (Betriebsarbeit) für viele Frauen als unattraktiv. Sie verdienten schätzungsweise ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen¹⁸³ und unterlagen mit Haushalt, Mann und Kindern einer dreifachen Belastung. Diese Art des Zusammenlebens wurde manchmal schlicht unerträglich, wenn die Frau in einem anderen Betrieb als ihr Mann arbeitete, noch dazu im Schichtsystem:

»Wir (...) hatten am öffentlichen Wechnodnoi, d.i. am 6., 12., 18., 24. und 30. jeden Monats frei. Alle öffentlichen Ämter, Schulen, Universitäten, Biblio-

theken und Institute hielten das so. Aber ich kannte Ehepaare, die nie zusammen frei hatten, weil der eine Betrieb am 2., 8., 14. usw. frei hatte und der andere am 3., 9., 15. usw.«¹⁸⁴

Auch wenn diese erschwerten Bedingungen nicht zutrafen oder die Frau keine Kinder hatte, waren die alltäglichen Belastungen hoch. Käthe Hübsch erinnert sich:

»Von meinem Arbeitsplatz in der Nostravni Bibliothek aus haben wir immer Politikurs gehabt, den wir besuchen mußten. Ich habe nicht viel Zeit gehabt. Ich hatte den Haushalt, mußte dann in die Rabfak. Fortwährend bin ich unterwegs gewesen. Wenn ich nach Hause kam, mußte ich meinen Mann versorgen, dann habe ich lernen müssen. Ich bin meistens um 11 in der Nacht nach Hause gekommen.«¹⁸⁵

Etliche Österreicherinnen waren als gelernte Näherinnen oder Schneiderinnen an keinen fixen Arbeitsplatz gebunden. Sie nähten für Privatkunden, Artels (Modeateliers) oder Theater.¹⁸⁶ Andere verdienten ihren Unterhalt oder ein Zubrot durch das Stricken von Wollsachen – eine in der UdSSR damals nicht verbreitete Frauenbeschäftigung.¹⁸⁷

In den spärlichen Presseberichten über österreichische Betriebsarbeiterinnen war zumeist von Frauen die Rede, die in derselben Fabrik wie ihre Männer arbeiteten. Bezeichnenderweise findet man kaum Angaben über Frauenlöhne, auch nicht im Fall von Grete Erb, der einzigen Frau unter 44 österreichischen Stachanowisten in Charkow.¹⁸⁸ Man erwartete auch von solchen Arbeiterinnen eine intensive Beteiligung an diversen Kursen:

Gretl Ganko (Moskau): jeden 2. und 4. Tag russischer Sprachkurs; politischer Unterricht am Arbeitsplatz; jeden 3. Tag Sanitätszirkel.¹⁸⁹

Steffi Tucek (Leningrad): Staatsexamen für das »technische Minimum«, zweimal wöchentlich Politschulung.¹⁹⁰

In Moskau wurden österreichische Arbeiterinnen sowie »nur« im Haushalt tätige Schutzbündler-Frauen zu »sozialistischen Wettbewerben« angehalten. Ihre Verpflichtungen enthielten u.a. die Gewinnung von MOPR-Mitgliedern unter den Frauen ausländischer Fachkräfte, »persönliche« Wettbewerbe zur Erhöhung der Kursfrequenz im Hotel »Sowjetskaja«, die Herausgabe einer Wandzeitung sowie Kinder- und Frauenveranstaltungen im »Thälmann«-Klub.¹⁹¹ Vorsitzende der Frauengruppe im »Sowjetskaja« war Maria Wagner. Sie und ihre Kolleginnen bildeten eine »Küchenkommission«, die den Einkauf der Produkte, das Kochen und die Speise-Ausgabe kontrollierte. Andere Österreicherin-

nen im Hotel verpflichteten sich, ein Kinderzimmer einzurichten und die dort wohnenden Lehrlinge in ihre Obhut zu nehmen.

Ins Auge gefaßt wurden außerdem die Schaffung eines Nähzirkels, gemeinsame Ausflüge mit anderen Ausländerinnen und Russinnen sowie der Besuch kultureller Einrichtungen.¹⁹² Drei Monate später stellte Frau Wagner fest, die Wandzeitung (*Für Kultur und Reinlichkeit*) sei nur einmal erschienen, andere Wettbewerbspunkte hätten die Frauen nur teilweise erfüllt.¹⁹³

1935 fing die Linzer Polizei den Brief einer in Leningrad wohnenden Schutzbündler-Frau ab, der ein ungeschminktes Bild der damaligen Zustände wiedergibt. Frau T. teilte einer Linzer Familie zunächst mit, zwei andere Linzerinnen seien bereits abgefahren. Im einem Fall war der 10jährige Sohn an Ruhr gestorben, im zweiten war der Mann immer wieder »fremd« gegangen. Über andere Rückkehrer schrieb sie:

»Von Charkow sind unter 2 Monaten 32 heimgefahren, aber größtenteils solche Frauen, die nicht arbeiten wollen und deren Männer Heimweh hatten. Denn, offen gesagt, wenn die Frau hier nicht mitarbeitet, können sie nicht leben, weil alles sehr teuer ist und der Mann nur 250-300 R. monatlich verdient.« »Viele Heimkehrer«, schrieb sie weiter, »glaubten, es fliegen ihnen die Gebratenen ins Maul und mitmachen brauchens gar nicht. Es ist eben ein großer Fehler gemacht worden für die 1. und 2. Transporte, weil alles hier auf das kleinste vorbereitet wurde und die (Schutzbündler – d. Verf.) Reklame-menschen waren. Jede Reklame hat seine (sic) Zeit und jetzt müssen – wie man sagt – die nur geduldeten Menschen in der SU um das Notwendige streiten und immer warten, immer warten. Ich schimpfe nicht über hier, aber ich sag das eine: kein ruhiges Leben hat man hier, so wie es der Österreicher gewöhnt wäre. Arbeiten, lernen, die Kurse alle besuchen und auf sein eigenes Wohl auch schauen. Das kann man nicht, denn kann man drei Herren dienen? Das führt viele zur Verzweiflung und sie fahren heim, denn man braucht hier gute Nerven.«

Über das Zusammenleben mit ihrem Mann schrieb Frau T.:

»Mein Mann ist sehr dick, auch weil es hier ein sehr gutes, schwarzes Bier gibt (...) Er ist sehr gut zu mir und schätzt, wen er hat und – was die Hauptsache ist – arbeitet er fleißig und ist im Betrieb bei seinen Leuten sehr beliebt. (Er) kümmert sich wenig um die russischen Frauen, denn sehr viele Ehen gehen hier durch das flöten. Die haben es recht scharf auf unsere Männer und in einer so großen Stadt kann eine Frau nicht auf den Mann aufpassen, noch dazu wenn sie in Arbeit steht.«¹⁹⁴

Viele »Februarkämpfer« schlossen bald Ehen mit Russinnen. Dazu meinte ein Journalist kritisch:

»Man heiratete in den ersten Wochen der Ankunft in der Sowjetunion, ohne sich mehr als ein paar Abende gekannt zu haben.«¹⁹⁵

1935 dauerte die Eheschließung auf dem Standesamt (SAGS) »nicht einmal fünf Minuten und es ging alles ohne irgendeine feierliche Zeremonie oder Ansprache vor sich«. ¹⁹⁶ Damals konnte jeder Ehepartner ohne Angabe von Gründen die Scheidung beantragen. Ein Facharbeiter aus Graz dazu:

»Es ist tatsächlich eine alltägliche Erscheinung, daß eine ahnungslose Frau mit offener Postkarte die behördliche Mitteilung ihrer Scheidung bekommt, und es kann ihr passieren, daß sie in Ermangelung jeglicher anderen Wohnmöglichkeiten in demselben Zimmer wohnen bleiben muß, in dem der Mann mit der neuen Frau haust.«¹⁹⁷

Die Scheidungsgebühr betrug 30 Rubel.¹⁹⁸ Die Österreicher waren von Anfang an wegen des INSNAB-Ausweises Objekt des Schleichhandels und der »weiblichen Begierde«. Ein nach Charkow eingeteilter Schutzbündler beschreibt die Folgen:

»Vor unserem Hotel gab es jeden Abend eine Revue nicht der schlechtesten Mädchen, die für ein Paar Strümpfe oder ein halbes Kilo Butter oder sonstige Lebensmittel gern die russische Sprache im Bett beibrachten.«¹⁹⁹

»Im Nu«, laut Bericht, »waren 34 Prozent der Schutzbündler (im Hotel) mit einem Tripper bedacht worden.«²⁰⁰

In der Serie »Frau als Kamerad« brachte die *DZZ* einige selbstkritische Artikel von Österreichern, die mit einheimischen Frauen zusammenlebten. Einer mußte beispielsweise seine »Pascha«-Attitüden aufgeben und selbst Knöpfe annähen lernen.²⁰¹ Anderen Februarkämpfern halfen ihre russischen Frauen beim Erlernen der russischen Sprache und bei der »Bewältigung« der politischen Vergangenheit, d.h. dem Abstreifen sozialdemokratischer »Eierschalen«. ²⁰² Gemeinsame Lebensmitteleinkäufe waren manchen Männern ein Greuel, besonders das »Schlangestehen« (Otschereds) erregte mitteleuropäische Gemüter.²⁰³ In der Zeitung wurden außerdem Fälle von »Vielweiberei« und Gewaltanwendung in Schutzbündler-Familien angeprangert.²⁰⁴ Dem Inhalt nach decken sich diese Berichte mit Meldungen aus dem jeweiligen Kollektiv (s.w.u.). Ein weiterer unerquicklicher Aspekt des Zusammenlebens zwischen einer Minderheit der Schutzbündler und ihren russischen Partnerinnen betraf die Heimfahrt des Mannes. Einige Österreicher konnten die Entlassung ihrer Frauen aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft (eine Vorbedingung, daß die Frau ausreisen durfte) nicht durchsetzen oder warteten den endgültigen Bescheid gar nicht ab. Es kam allerdings

auch vor, daß der österreichische Gatte bei »Nacht und Nebel« verschwand, so etwa ein Oberösterreicher aus Leningrad, dessen Frau und Kind später bei einem Bombardement umkamen.²⁰⁵ Im Zuge der »Abkommandierung« verbliebener Politemigranten zurück in die Heimat (1945–1947) trachtete eine Handvoll KPÖ-Mitglieder danach, sich auf bequeme Weise von ihren russischen Familien zu lösen. In einer Sammelcharakteristik von Heimkehrern schrieb Hexmann an Fürnberg über den Schutzbündler L.:

»(Er) ist leichtfertig und ich vermute, daß er seine Familie hier zurücklassen will. Man müßt (sic) ihm gleich auf den Kopf zusagen, daß er sich um seine Familie wird kümmern müssen.«²⁰⁶

Ein Jahr später führte Hexmann vier solcher »Absagen« an. Er bat das ZK, »die Sache« mit den betreffenden, in Wien befindlichen Genossen zu klären und schloß seinen Brief mit dem Seufzer ab: »Was mir diese Schweinereien zu schaffen machen, kann ich Dir gar nicht sagen.«²⁰⁷

Die Antwort aus der Kaderabteilung in Wien bot wenig Trost:

»(Gen. R.) sieht ein, daß sein Vorgehen seiner Frau gegenüber und die Unannehmlichkeiten, die Gen. Hexmann damit hat, unseriös und falsch sind. Bleibt dabei, daß seine Frau dort bleibt (...) (Gen. W.) verspricht, auf raschestem Wege die Scheidungserklärung zu beschaffen und hinüberzuschicken.«²⁰⁸

Einer der von Hexmann beanstandeten Fälle hatte ein langes Nachspiel. Wieder in Wien ansässig, beantragte O. die Einreise seiner russischen Frau, besann sich später eines besseren und heiratete eine Wienerin. Seine erste Frau verkaufte die Wohnungseinrichtung in Leningrad und fuhr nach Moskau, zum obligaten Abschiedsbesuch bei Hexmann im Hotel »Lux«. Von diesem erhielt sie den »Absage«-Brief ihres Mannes. Schließlich konnte der ehemalige Schutzbündler dazu gebracht werden, seiner Frau zumindest die kleine Wohnung in Leningrad zu überschreiben.²⁰⁹

Die Haltung der deutschsprachigen Emigrantinnen zum Sexual- und Familienleben kam im Mai/Juni 1936 bei der sogenannten »Abtreibungsdebatte« relativ offen zur Sprache. Damals ging es dem sowjetischen Staat um die Rückbesinnung auf familiäre Werte: Abtreibungsverbot, Kindergeld, verbesserte Kindereinrichtungen und Rückgang der hohen Scheidungszahlen. Die Umwälzungen des Ersten und Zweiten Fünfjahresplans, insbesondere die Zerschlagung herkömmlicher Wohn- und Lebensverhältnisse auf dem Land, hatten eine enorme Migration in die Städte sowie eine Zunahme der Zahl obdachloser Kinder (besprizor-

nost') zur Folge. Einhergehend mit dem massiven Zustrom weiblicher Arbeitskräfte in die Industrie und den Dienstleistungssektor (6,6 Millionen im Zeitraum 1928–1937)²¹⁰ wuchs zudem die Zahl unbeaufsichtigter Kinder und Jugendlicher (beznadzornost'). Der Kinderkriminalität lag, so die neue Interpretation stalinistischer Juristen, nicht Armut, sondern ein verantwortungsloses Handeln der Eltern zugrunde. Ab 1935 konnten solche Eltern zu Haftstrafen verdonnert werden, ebenso säumige Alimentenzahler. Zusätzliche Maßnahmen zur Festigung familiärer Werte waren die Abschaffung der »Postkartenscheidung« (s.w.o) und das Abtreibungsverbot. Laut Justizminister Krylenko sollte das sogenannte »Abortusgesetz« zweierlei bewirken: Die Gesundheit der Frau schützen und die Heranbildung »einer starken und gesunden jüngeren Generation« gewährleisten.²¹¹

Die Leser/innen der *DZZ*, die ihre Meinung zu den gesetzlich vorgesehenen Abtreibungseinschränkungen kundtaten, waren trotz gravierender Vorbehalte oft bemüht, die neue Familienpolitik nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Bei einer Diskussion in der 1. Uhrenfabrik (Moskau) meinte die deutsche Kommunistin Else Weber (1937 verhaftet),²¹² das Gesetz sei wegen fehlender Kindergarten- und Krippenplätze »verfrüht«, worauf die hämische Insinuation folgte, sie habe kein »Vertrauen zu unserer Regierung«.²¹³ Frau Weber ließ sich dadurch nicht einschüchtern und richtete eine eigene Stellungnahme an die Zeitung. Ihre sechs »Ergänzungsvorschläge« beinhalteten u.a. intensivere Kinderbetreuung in den Betrieben sowie eine Ärztekommision, die den Abortus ab dem dritten Kind oder bei beengtem Wohnraum bewilligen sollte.²¹⁴

Der deutsche Literat Friedrich Wolf, Autor des Bühnenstücks »Floridsdorf«, argumentierte differenziert. Er setzte sein Engagement gegen das Abortusverbot in Deutschland (§ 218), das ihm mehrere Verhaftungen eingetragen hatte,²¹⁵ nachträglich in einen ausschließlich politischen Rahmen: Die Frage des § 218 sei »nur eine Teilfrage des ganzen heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems«, die KPD sei immer »Gegner der Schwangerschaftsunterbrechung (>ultima ratio<) und Befürworter der Geburtenregelung« gewesen. Das 1920 erlassene sowjetische Gesetz über die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs bis zum dritten Monat habe, so Wolf weiter, der damaligen ökonomisch-politischen Situation (Hunger, Seuchen, Bürgerkrieg) entsprochen, die vergleichbare Lage heute (1936) fordere jedoch eine völlig neue Einstellung. Daher sei das neue Gesetz in einem »sozialistischen Staat«, in dem auch die Wohnungsfrage »in nächster Zeit auch für die Großstädte« gelöst sein werde (!), zu bejahen. Schließlich hinterfragte Wolf die Bedeutung der im Entwurf

erwähnten »rein medizinischen Indikation« und verlangte – wie fast alle deutschsprachigen Teilnehmer/innen an der Debatte – mehr Wohnungen sowie die forcierte Herstellung von Verhütungsmitteln.²¹⁶

Aus Leningrad meldeten sich der deutsche Metallarbeiter Rudolf Tieke²¹⁷(1937 verhaftet)²¹⁸ sowie das Schutzbündler-Ehepaar Jilke mit Hinweisen auf das ungelöste Wohnungsproblem kritisch zu Wort.²¹⁹ Bei einer von 100 ausländischen Frauen besuchten Versammlung im Moskauer »Thälmann«-Klub lief die Diskussion nach ähnlichen Kritikpunkten ab. Eine deutsche Teilnehmerin meinte, das Gesetz sei um fünf Jahre verfrüht, ein unbedingtes Verbot würde die Zahl der heimlichen Schwangerschaftsunterbrechungen steigen lassen, was »bestimmt noch schädlicher« sei.²²⁰

Einer solchen Argumentationslinie schloß sich die deutsche Ärztin Martha Ruben-Wolf (1939 Selbstmord im Gulag)²²¹ mit Beispielen aus der Praxis an. Die Abweisung von Schwangeren wegen »Bettmangel« treibe viele Frauen »zum Pfuscher, zum Wucherer, zur Selbsthilfe«. Weiters wußte sie zu berichten:

»Als während der Monate Mai und Juni 1935 infolge einer bürokratischen Methode (Ordersystem) in Moskau viele Schwangere ziemlich wahllos abgewiesen wurden, häuften sich die verpfuschten Fälle im Botkin-Krankenhaus, im Sklifassowski-Krankenhaus und in der Klinik am Arbat. Gerade in den letzten zwei Jahren berichtete die *Prawda* öfters über die Verhaftungen von »weisen Frauen« und wuchernden Privatärzten.«

Dr. Ruben-Wolf vermißte im Gesetzesentwurf jegliche Erwähnung von medizinischen Beratungsstellen und dort erhältlichen Verhütungsmitteln. Sie betonte weiter den Unterschied zwischen »Pfuscherabortion« und »kunstgerecht«(er) Abtreibung: Bei letzterer sterbe in Moskau unter 23.000 Abortierten nur eine Frau, im Ausland jedoch eine von 100.²²²

Auch ein Rayonsarzt aus der Krim befürwortete »breiteste Aufklärung über Verhütungsmittel«, Eheberatungsstellen und die »wohntech-nische« Indikation ab dem zweiten Kind. Obwohl kein bedingungsloser Anhänger des Schwangerschaftsabbruchs, zeigte er mit Beispielen aus seiner Kundenkartei, daß ungewünschte Schwangerschaften eben zum Alltag gehörten:

- »1) Arbeiterin mit einem Kind, zum zweitenmal schwanger. Mann fortgelaufen.
- 2) Arbeiterin zum zweitenmal schwanger.
- 3) Frau eines Sowjetfunktionärs. Zweite Schwangerschaft. Will studieren.
- 4) Lehrerin. Ein Zimmer mit zwei Kindern und Hausmädchen.
- 5) Mann Schlosser. Dritte Schwangerschaft. Ein Zimmer.«²²³

Für einen ebenso realitätsbezogenen, aus Ungarn stammenden Arzt war ein einmaliger Abortus aufgrund der Entscheidung einer Ärztekommision vorstellbar, ebenso aus eugenischen und sozialen Gründen (schlechte Wohnverhältnisse, »Zufallsschwangerschaft«, gescheiterte Ehe usw.).²²⁴

Ein Charkower Arzt widmete sich in seiner Stellungnahme der Lage armer, kinderreicher Familien. Er sprach sich für eine Abtreibungswahl aus, wenn die Eheleute insgesamt 300 Rubel oder weniger im Monat verdienten und ein oder mehrere Kinder hatten.²²⁵ Im Autosawod »Stalin« und im Kugellagerwerk »Kaganowitsch« wurde das Gesetz von den ausländischen Fachkräften und Schutzbündlern nicht einhellig begrüßt.²²⁶

Unter den dezidierten Anhängern der neuen Einschränkungen waren zwei Österreicherinnen. Aloisia (Luise) Soucek, »altes« KPÖ-Mitglied und Mutter eines kleinen Sohnes, ließ nur eugenische Gründe als »Ausnahme« zum Abortusverbot gelten. Für Frauen, die ein ungewünschtes Kind erwarteten, hatte sie nur Gemeinplätze parat:

»Die Frau, die kein Kind oder nicht mehr Kinder haben will, muß eben rechtzeitig vorbeugen.«²²⁷

Berta (»Mama«) Heider, dreifache Mutter und Erzieherin bei den »Schutzbundkindern« im Kinderheim Nr. 6, begründete ihre Unterstützung des Entwurfs mit eigenen Erlebnissen. Als Fürsorgerin und Mitglied der »Gesellschaft für Sexualforschung« in Wien, später als »Arbeiterdelegierte« in der Aufsichtsgruppe eines Moskauer Spitals gewann sie die Überzeugung, daß die gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Abtreibung ein Verbot derselben rechtfertigten.²²⁸

Die einen Monat dauernde Diskussion bewirkte keine wesentlichen Ergänzungen oder gar Änderungen in der Gesetzesvorlage. Laut dem Ende Juni 1936 vom Ministerrat beschlossenen, Verhütungsfragen völlig ausklammernden Gesetz durfte eine Abtreibung nur dann vorgenommen werden, wenn sich die Frau in Lebensgefahr befand, von »einer schweren Gesundheitsschädigung« bedroht war oder »bei Vorliegen schwerer erblicher Krankheiten der Eltern«. Zuwiderhandelnden Ärzten drohten zwei, Puschern drei Jahre Haft. Die Nötigung »zur Vornahme eines Abortus« wurde mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft. Die abtreibende Frau erhielt allenfalls einen »öffentlichen Verweis«, bei wiederholten Verletzungen der neuen Verbotsrichtlinien eine Geldstrafe bis zu 300 Rubel. Man erhöhte die karge monatliche Unterstützung für Wöchnerinnen (von 32 auf 45 Rubel) und stillende Mütter (von 5 auf 10 Rubel) und legte die allgemeine Dauer des Entbindungsurlaubs vor und nach der Geburt mit jeweils 56 Tagen fest. In dieser Zeit war die Frau unkündbar und hatte das Recht auf »leichtere« Arbeit. Kindergeld (2.000

Rubel jährlich auf fünf Jahre) wurde nun gewährt, aber erst ab dem 7. (!) Kind. Ab dem 11. Kind bekam die Mutter die ersten zwei Jahre 5.000 Rubel jährlich, für vier weitere Jahre 3.000 Rubel im Jahr. Angekündigt wurde auch eine beträchtliche Erhöhung der Zahl von Plätzen bzw. Betten in Kindergärten, Krippen und Entbindungsanstalten.

Inwieweit die geplante Expansion von Kindereinrichtungen tatsächlich verwirklicht wurde, ist uns nicht bekannt. Wie bei der »Hilfe« für kinderreiche Familien war die Verbesserung des Kindergartensystems insofern eine Augenauswischerei, als sich der Staat weitgehend aus der Verantwortung stahl: Die Leitung und Verwaltung aller Kindergärten ging von den Bildungsministerien in den einzelnen Unionsrepubliken an jene Institutionen und Betriebe über, wo Frauen arbeiteten. Künftig war das betreffende Bildungsministerium nur noch für die pädagogische Seite des Kindergartensystems verantwortlich, während Betriebsleiter sicherlich höhere Prioritäten hatten, als knappe Mittel für Kindereinrichtungen auszugeben.

Lediglich zwei Aspekte der neuen Gesetzgebung dürften Zustimmung der weiblichen Bevölkerung gefunden haben. Erstens mußte die Scheidung künftig in die Pässe beider Partner eingetragen werden, wobei die Gebühr nun 50 Rubel für die erste, 150 Rubel für die zweite und 300 Rubel für die dritte und weitere Scheidungen betrug. Zweitens wurden die Alimentenzahlungen fixiert – 25 Prozent des Lohnes für ein, 33 Prozent für zwei und 50 Prozent für drei und mehr Kinder. Bei Nichtzahlung hatte der Angeklagte bis zu zwei Jahre Gefängnis zu gewärtigen, außerdem mußte er die Kosten der Fahndung nach seiner Person berappen.²²⁹

Was man höheren Ortes von demokratisch zustandekommenen Stellungnahmen zum Abtreibungsgesetz hielt, läßt sich am Beispiel der ausländischen Automobilarbeiter in Gorki demonstrieren. In einer speziell dazu einberufenen Versammlung herrschte die Meinung vor, »daß es in der Sowjetunion nicht ein Gesetz geben solle, wie wir es in den kapitalistischen Ländern bekämpft hatten«. Die Gruppe schickte einen kritischen Brief an eine große Moskauer Zeitung, worauf den Betreuern im Gorkier INO-Büro die Leviten gelesen wurden: Sie hätten den Brief »verhindern« müssen.²³⁰ Einem der später verhafteten Betreuer warf das NKWD diese »Unterlassung« noch in Verhören vor.²³¹

Rückkehrer berichteten, die Strafen für »Pfuscher« und schwangere »Wiederholungstäterinnen« seien später auf fünf Jahre Lager erhöht²³² und der Kindergeldanspruch auf das dritte bzw. vierte Kind erstreckt worden.²³³ Bezüglich der neuen Scheidungsgebühren meinten sie, diese seien so hoch, daß sich ein Arbeiter eine Scheidung nicht mehr leisten könne.²³⁴

Trotz der vielgepriesenen »neuen« Familienpolitik gab es auch nach 1936 eine eklatante Mißachtung der Schutzbestimmungen für Schwangere. Die Gewerkschaftspresse prangerte Bergbauleitungen an, die Frauen im 7. oder 8. Monat Arbeit unter Tage oder Nachtschichten verordneten. Der WZSPS beschwerte sich zudem, daß das Minenmanagement protestierenden Schwangeren oft eine »Bummelei«-Anklage androhte. Der Staatsanwalt, so der Bericht weiter, unternehme trotz zahlreicher eingegangener Anzeigen dieser Art nichts.²³⁵

Auseinandersetzungen

Kaderpolitik:¹ Hierarchien und Überprüfungspraktiken in der Moskauer Auslandsleitung der KPÖ

1935–1936 wurden 717 Mitglieder der KPÖ in der UdSSR »kadermäßig« erfaßt.² 405 davon waren folgenden Gruppen zuzuordnen: Schutzbündler bzw. deren Frauen; in Schutzbündlerkollektiven lebende Parteifunktionäre; Facharbeiter, die vor 1934 in die UdSSR eingereist waren. Weiters gab es über 230 gesondert angeführte Kommunisten älteren Parteilalters, die aus den verschiedensten Gründen, aber fast ausnahmslos »mit Bewilligung der Partei« ausgewandert und in russischen Städten erwerbs- oder sonst tätig waren. In die Gesamtzahl inkludiert waren auch verstorbene Genossen (zwei) und jene Mitglieder, die auf Schulung nach Moskau (20) oder von dort zur Parteiarbeit in die Heimat (18) geschickt wurden. Auch 13 Ausgeschlossene und sogenannte »Konsulatsheimkehrer«, d.h. Personen, die ohne Parteierlaubnis und mit einem von der österreichischen Gesandtschaft in Moskau ausgestellten Reisepaß nach Hause gefahren waren, schienen namentlich auf. Ein Großteil dieser Mitglieder wurde bei der Ausreise ausgeschlossen, der Rest – en bloc – auf Grund eines vom Moskauer KPÖ-Polbüro 1941 gefaßten Beschlusses.³

Nimmt man die Zahl für die in Schutzbündlerenklaven lebenden KPÖ-Kader (also etwa 400) als Richtwert, so kommt man zum Schluß, daß nur etwa 60 Prozent der in die Sowjetunion emigrierten Schutzbündler der KPÖ entweder dort oder vorher in der Tschechoslowakei beitraten. In Leningrad waren im Jahre 1935 nur 76 der 172 männlichen Schutzbundemigranten, also lediglich 44 Prozent, eingeschriebene KPÖ-Mitglieder.⁴ 1936 verhängte die KPÖ-Leitung in Moskau einen Aufnahmestopp für neue Mitglieder,⁵ der auch für den Kommunistischen Jugendverband (KJVÖ) galt.⁶ Der Organisierungsgrad unter den Schutzbündern war insofern nicht von Bedeutung, als deren lokale Kollektive mitunter die Funktion von Grundorganisationen der Partei erfüllten, auch wenn Parteiose an den Beratungen teilnahmen. Laut Friedrich Hexmann, der in den Jahren 1938–1947 im Kominternquartier (Hotel »Lux«) wohnte und nach dem Krieg bis zu seiner Heimkehr als KPÖ-Vertreter bei der KPdSU amtierte, gab es »ein Parteileben im üblichen Sinn« nicht: Es fanden nur Versammlungen der Schutzbündler statt, »da die KPÖ sich als eigene Partei gar nicht organisieren durfte«, sodaß das Kassieren der Mitgliedsbeiträge heimlich erfolgte und angeblich ohne Wissen der KPdSU.⁷

Theoretisch bestand auch die Möglichkeit, von der KPÖ in die WKP/b (ab 1941 KPdSU) überführt zu werden, allerdings nicht in der Periode von Jänner 1933 bis November 1936, als im Zuge diverser Säuberungen und Kaderüberprüfungen der Mitgliederstand der russischen Partei »eingefroren« war.⁸ Vor 1933 war es aber durchaus Usus, daß in die Sowjetunion eingereiste KPÖ-Mitglieder, meistens Facharbeiter, offenbar ohne größere Probleme in die zuständige Fabrikzelle der sowjetischen Partei überführt wurden. Zu diesem Zweck mußte man einen Lebenslauf und ein ausgefülltes Überführungsformular an die Komintern schicken. Im Formular waren – neben den üblichen Personalien – anzugeben: Arbeitsstelle und politische Tätigkeit in Österreich, Datum des Parteibeitritts, wann und warum in die Sowjetunion eingereist; ob bis zur Abreise alle Parteibeiträge entrichtet wurden; Namen von Bürgen, die das politische Engagement des Antragstellers in seiner Heimat bestätigen konnten; und schließlich, ob er/sie »mit Zustimmung der Partei« aus dem Heimatland ausgereist war.⁹ Mitte der 30er Jahre war eine neue Rubrik auszufüllen: »Beteiligten Sie sich an irgendwelchen Fraktionsgruppierungen?«¹⁰ Ab 1939 mußten Ansuchen um KPdSU-Mitgliedschaft von Polbüromitgliedern der KPÖ in Moskau behandelt und bewilligt werden, wobei die Dauer der Mitgliedschaft in Österreich sowie die dortige politische Tätigkeit des Antragstellers den Ausschlag für die – nicht ohne weiteres ausgestellte – offizielle Empfehlung gaben.¹¹ Da aber ca. die Hälfte der KPÖ-Kader in der UdSSR aus ehemaligen Schutzbündlern bestand, war die Zusammensetzung der österreichischen Parteienklaven etwas anders geartet als bei sonstigen mittel- und osteuropäischen Exil-KPen. Bis zum Februar 1934 mußte ein Schutzbündler nämlich auch Mitglied der SDAPÖ sein, und deshalb hatten die Schutzbündler-Kommunisten auch in der UdSSR ein vergleichsweise »kurzes« Parteialter. Während etwa bei der KPD als wesentliches Kriterium für politische »Zuverlässigkeit« die Haltung bei den Fraktionskämpfen der 20er Jahre unter die Lupe genommen wurde, erfand man für die Schutzbündler Ersatzkriterien, nämlich Arbeitsmoral, politisches Verhalten im Kollektiv, Beteiligung an Kursen usw.

Innerhalb der KPdSU hatte das Wort »Tschistka« (Säuberung) eine genaue Bedeutung, nämlich die periodische »Selbstreinigung« der Partei von »unwürdigen Elementen«. ¹² 1921 und 1924 führte man eine Säuberung der Kader in der sowjetischen Partei durch, 1925 die Verifikation der Parteidokumente, 1928 eine nochmalige Überprüfung eingeschriebener Parteimitglieder, und ein Jahr später folgte ein großangelegtes Reinemachen in den eigenen Reihen. Diese Kampagne zielte auch auf die Entfernung vermeintlich oppositionell Gesinnter ab, aber häufigere

Ausschlußgründe waren Trunkenheit, Passivität und Karrierismus.¹³ An der Internationalen Lenin-Schule in Moskau führte man die Tschistka vom Herbst 1929 Tag und Nacht durch, der Unterricht fiel monatelang aus. Bei der Überprüfung der angehenden Revolutionäre aus aller Welt, die bei Schulbeginn als »Sympathisanten« in die WKP/b aufgenommen worden waren, konzentrierte man sich auf »schwache Stellen« in den einzelnen Biographien.¹⁴

Nach einer teilweisen Öffnung der Partei Anfang der 30er Jahre folgte 1933 eine neue, erst im Dezember 1935 abgeschlossene Tschistka.¹⁵ 1935 entfachte man eine neue »Proverka«, d.h. Verifikation der Parteidokumente. Dabei spielte auch das Bestreben eine Rolle, Ordnung in die oft chaotische Evidenzhaltung (verlorene, gestohlene oder gar verkaufte Parteibücher, unregelmäßiges Kassieren der Mitgliedsbeiträge, Fehler bei der Buchhaltung usw.) provinzieller Parteisektionen zu bringen.¹⁶ Die Frist für den Abschluß der »Proverka« bedurfte einer mehrmaligen Verlängerung. Im Jahre 1936 führte man dann – als logische Konsequenz – den Austausch der neuen Parteikarten durch und nahm erstmals seit drei Jahren wieder neue Mitglieder auf.

Die Durchforstung der KPÖ-Kader fiel zwar nicht immer zeitlich mit der Überprüfungsmanie in der sowjetischen Partei zusammen, sie wurde aber naturgemäß von sowjetischen Praktiken bestimmt. Laut Richtlinien der KPdSU hatte die Proverka die Funktion, sogenannte »schlechte Elemente« (»Schwindler, Kulaken, Weißgardisten, Doppelzüngler, Trotzkiisten und Sinowjew-Anhänger«)¹⁷ aus der Partei auszustoßen, der Umtausch der Parteidokumente hingegen war gegen »passive Elemente« gerichtet.¹⁸ Als sich die Reihen der Partei wieder öffneten, warnte man vor der kampagnemäßigen Anwerbung neuer Mitglieder¹⁹ und betonte die Wichtigkeit von Einzelbeitritten moralisch einwandfreier Arbeiter.²⁰ Gruppenweise vorgenommene Aufnahmen wurden auch verboten.²¹ Dies führte verständlicherweise dazu, daß individuelle Mitglieder öfter als früher gebeten wurden, für einen Parteikandidaten zu bürgen – eine Pflicht, der sie angesichts der ständigen Kaderüberprüfungen begreiflicherweise nur zögernd nachkamen. Das nannte das ZK »eine spießbürgerliche Angst, die mit bolschewistischer Wachsamkeit nichts zu tun hat«.²²

Die intensivsten Kaderrevisionen seitens der österreichischen Komintern-Sektion fanden 1936, 1937, 1940 und in den letzten Kriegsjahren statt. 1936 beschloß die KPÖ-Leitung eine langsame aber systematische Auflösung der Schützbündleremigration, da diese nach den Leninschülern die wichtigste »Kaderreserve« der Partei darstellte und in Österreich gebraucht wurde:

»(Es) ist notwendig, daß wir eine Überprüfung aller Emigranten durchführen, daß wir die entsprechenden Kader, die für die Reserve in Betracht kommen, für die Parteiarbeit vorbereiten.«²³

Daß die Empfehlungen der speziell dazu gebildeten Überprüfungskommission erst ein Jahr später vorlagen, hängt höchstwahrscheinlich mit der Spanien-Kommandierung zusammen. Mit der Auswahl für den Einsatz in Spanien befaßten sich alle Kollektive. Das entscheidende Wort dabei sprachen jedoch sowjetische Stellen, vorwiegend die Kaderabteilung der KI und – obwohl dies nicht direkt belegbar ist – das NKWD. Nicht anders zu interpretieren ist eine aus 66 Personen umfassende Liste von Schutzbündlern, welche die Parteikontrolle abgelehnt hatte. Johann Täubl, der österreichische Referent der Kaderabteilung im EKKI, hielt es für zweckmäßig, »die Gründe, soweit dies möglich ist«, von der Kaderabteilung zu erfahren.²⁴ Der Spanieneinsatz dürfte bereits laufende Kaderrevisionen kompliziert bzw. verlangsamt haben. Die »besten Elemente« schlug man zur »A« (Spanien) oder »B« Kommandierung (illegale Arbeit in Österreich) vor. Die legale Rückkehr der restlichen Schutzbündler wurde ins Auge gefaßt, aber aus zwei Hauptgründen nie systematisch durchgeführt: Erstens konnte die Frage nie geklärt werden, ob sich die in Österreich erlassenen Amnestien auch auf die in der UdSSR lebenden Schutzbündler erstreckten; zweitens machte der immer stärker wütende, auch wichtige KPÖ-Funktionäre verschlingende Terror, die ruhige Abwicklung einer von der Partei sanktionierten Heimkehrbewegung unmöglich. Als Basis für die Entscheidungen der Überprüfungskommission – diese faßte die Kadercharakteristiken zusammen – dienten die in jedem Stadtkollektiv von einer oder mehreren Vertrauenspersonen ausgefüllten Fragebogen. Davon gab es einen mit 16, einen anderen mit 19 Spalten:

- 1) Alter
- 2) Beruf in Österreich
- 3) Beruf in SU
- 4) Wie in der Produktion
- 5) Gesellschaftliche Arbeit
- 6) Kurse
- 7) Kollektiv
- 8) Wie hilft er beim Kommunenaufbau
- 9) Anteilnahme an Versammlungen
- 10) Politisches Niveau
- 11) Politschulung

- 12) Persönliche Haltung
- 13) Einstellung zur Sowjetunion
- 14) Schwierigkeitenüberwindung
- 15) Heimkehrgedanken
- 16) Anmerkung²⁵

- 1) Alter
- 2) Beruf in Österreich
- 3) Beruf in SU
- 4) Soziale Herkunft
- 5) Schulbildung, milit. Ausbildung
- 6) Politische Vorbildung in Österreich
- 7) Politische Schulung in SU
- 8) Politisches Niveau
- 9) Anteilnahme an Versammlungen
- 10) Rednerfähigkeit
- 11) Propagandafähigkeit Stadt, Land
- 12) Wie in der Produktion
- 13) Wie in der gesellschaftlichen Arbeit
- 14) Wie im Kollektiv
- 15) Persönliche Haltung
- 16) Einstellung zur SU
- 17) Schwierigkeitenüberwindung
- 18) Heimkehrgedanken
- 19) Anmerkung²⁶

Mit diesen Unterlagen trugen Täubl und Uccusic im April 1937 das kurzgehaltene Kaderurteil auf Formulare ein, die in zwei Vordrucken vorlagen:

Name
 Geboren
 Beruf
 Soziale Herkunft
 Staatsangehörigkeit
 Politisch organisiert
 Gewerkschaftlich organisiert
Politische Tätigkeit und Funktion
Ausreise und Einreise SU
Auskünfte
 Mitgliedsbeiträge

Bemerkungen
Vorschlag der Kommission
Prüfungskommission am
Vertretung des EKKI
Referent der Kaderabteilung
»Anlagen«²⁷

Name
Geboren
Beruf
Soziale Herkunft
Staatsangehörigkeit
Politisch organisiert seit
Gewerkschaftlich organisiert seit
Wann in die SU eingereist
Wo beschäftigt
Politische Tätigkeit in Österreich
Entwicklung in der SU
Vorschläge der Kommission
Prüfungskommission am
Vertretung EKKI
Referent der Kaderabteilung
»_____« Anlagen²⁸

Bei den meisten Schutzbündlern hieß es, »legale Rückkehr anstreben«, sollte der Betroffene in Österreich »nicht mehr gefährdet« sein. Unmittelbar nach dem ersten Schauprozeß gegen Stalins einstige Mitstreiter (August 1936) plädierte auch Wilhelm Pieck für eine bedeutende Reduzierung der Emigrantenklaven sowie für eine rigorose Durchleuchtung der KPD-Kader in der UdSSR und die legale Rückkehr jener Mitglieder, über deren Tätigkeit die Nazis kein belastendes Material hatten.²⁹

Solange sich die engere KPÖ-Führung in Prag und später in Paris aufhielt, war der österreichische Vertreter beim EKKI die höchste Parteiautorität für die Schutzbündler. Zwischen Juni 1932 und November 1935 übte der 1905 in Teplitz geborene Oskar Großmann diese Funktion aus.³⁰ Gerda Morberger zufolge war Großmann den Denkweisen der sektiererischen »Dritten Periode« verhaftet und konnte sich mit der von Dimitrow verkörperten offeneren Kominternpolitik nicht anfreunden.³¹ Seit Februar 1934 setzte die KI-Führung große Stücke auf Ernst Fischer, der Großmanns Funktion im November 1935 übernahm.³² Im März 1934

beschloß das Politische Sekretariat des EKKI in der Sache Fischer folgendes:

»Es ist alles zu unternehmen, um mit Fischer weiter zu verhandeln und ihn zu beeinflussen. Ihm soll vorgeschlagen werden, zunächst mit den österreichischen Genossen zu verhandeln, aber gleichzeitig ist ihm mitzuteilen, daß wir nichts dagegen einzuwenden haben, daß er, falls er es wünscht, zusammen mit zwei, drei seiner Anhänger zwecks Verhandlungen nach Moskau kommt.«³³

Koplenig zufolge gab Fischer beim Eintritt in die KPÖ eine Erklärung ab, daß er »zur Gänze den Standpunkt der politischen Plattform« teile und »seine vorherigen politischen Ansichten liquidiert« hätte.³⁴ Damit meinte der KPÖ-Vorsitzende vorwiegend Fischers Haltung zu

Trotzki, den der junge Journalist 1927 verteidigt hatte, während er zehn Jahre später zu den Hetzern gegen den »Trotzkismus« gehörte.³⁵ Widmete sich Fischer als EKKI-Vertreter eher den literarischen und propagandistischen Aspekten seines Auftrages, war der Funktionär, der ihn im Juli 1938 ablöste³⁶, seit jeher ein Mann des Apparates.

Der 1902 in Niederösterreich geborene Siegfried (Friedl) Fűrberg war nur kurze Zeit Student, bevor er die Laufbahn eines Berufrevolutionärs einschlug: Sekretär des KJVÖ seit 1924, ab 1926 Leiter der Informationsabteilung der Kommunistischen Jugendinternationale (KIM/KJI) und Mitglied des Exekutivkomitees der KJI. 1928–1931 diente Fűrberg als KI-Aufpasser bei der tschechischen, französischen, schweizer, bulgarischen, jugoslawischen und griechischen Komintern-Sektion. Bei einer Sitzung in Wien Anfang 1935 verhaftet, kam er schließlich ins Internierungslager nach Wöllersdorf, aus dem er anderthalb Jahre später mit Hilfe der Partei fliehen und nach Moskau gelangen konnte. Dort hatte er Anfang der 30er Jahre im Institut für Weltpolitik und Weltwirtschaft »der roten Professur« studiert, nun trat er ins Sekretariat Gottwald im EKKI ein.³⁷ Während Fischer wegen seiner schillernden linkssozialistischen Vergangenheit nie das vollkommene Vertrauen



Der junge Ernst Fischer, 1935–1938 Vertreter der KPÖ beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

der »Freunde« erwarb, genoß Fürnberg als Gründungsmitglied der KPÖ und erfahrener Komintern-Abgesandter wie kein zweiter österreichischer Parteifunktionär hohes Ansehen innerhalb des sowjetischen Apparates.

Eine Art »eminence grise« der österreichischen Politemigration war der eher im Hintergrund agierende Wiener Johann Täubl, vulgo »Keller« oder »Robert«. Vier Jahre jünger als Fürnberg, trat Täubl 1922 dem KJVÖ, 1924 der KPÖ bei. 1929–1930 besuchte er die Lenin-Schule. Er war zu verschiedenen Zeiten Organisationssekretär und Leiter der Arbeiterwehr, der Wehrformation der österreichischen Kommunisten. Ab 1931 wählte man ihn ins ZK, dann ins Polbüro. 1935 weilte Täubl in Wien mit dem Auftrag, den illegalen Schutzbund aufzubauen. Im April 1935 entkam er einer Haftstrafe durch Flucht aus dem Gefängnisspital. Nach Moskau zurückgekehrt, erhielt er die Agenden eines Kaderreferenten für die österreichischen Parteimitglieder.³⁸

Ende 1935 schuf man zudem eine Art Zwischenstelle zwischen (Täubl) und EKKI-Vertretung (Fischer). Einige Monate hatte sich Dr. Franz David den Belangen der Schutzbündler gewidmet, bevor er für illegale Arbeit »ins Land kommandiert« wurde. Die »Schutzbündler«-Agenden übernahm Ende 1935 Richard Uccusic (Parteiename: »Urban«), der bis dahin die illegale Parteiarbeit in der ČSR geleitet hatte. Im Herbst 1935 übersiedelten Uccusic, seine Frau Jilke und die zwei Kinder Milan und Ljubica nach Moskau. Gehaltsmäßig war Uccusic bei den Moskauer Gewerkschaften angestellt,³⁹ arbeitsmäßig sollte er Ernst Fischer zur Hand gehen.⁴⁰ Obwohl sein verhältnismäßig niedriges »Parteialter« und die bürgerliche Abstammung immer gegen ihn verwendet wurden, war der neue Schutzbundesreferent deshalb nützlich, weil er sich jahrelang mit der Gewinnung radikalierter Sozialdemokraten für die KP befaßt hatte.⁴¹

Zwei Monate später traf Uccusic' Freund, Karl Wagner aus Salzburg, den er bei der Grenzarbeit in der ČSR kennengelernt hatte, in Moskau ein. Wagner war der prominenteste Schutzbundfunktionär aus Westösterreich, den es in die Sowjetunion verschlug: Leiter der Eisenbahnerformation (ETO), Radioverantwortlicher und Nachrichtenreferent des Schutzbundes im Land Salzburg. Wagner hatte infolge von Kriegsverletzungen ein schweres Nervenleiden.⁴² Als Schutzbundfunktionär wurde er vor 1934 mehrmals in Haft genommen, unter anderem wegen Wafenschiebung. Im Oktober 1933 entließ man ihn fristlos aus dem Dienst der Österreichischen Bundesbahn.⁴³ Die Haltung der sozialdemokratischen Prominenz während der Februartage 1934 schockierte und radikalisierte Wagner zugleich. In der ČSR kam er innerhalb des ALÖS

einigen Spitzeln und Korruptionisten auf die Spur und brachte eine geradezu krankhafte Neigung zu Verdächtigungen in die UdSSR mit.⁴⁴

Als nächste Stufe im Apparat fungierte die Kollektivleitung der Schutzbündler in der jeweiligen Stadt, die meistens kooperativ die Kaderurteile unterschrieb. In Moskau gab es dazu noch das aus Heinz Roscher, Ing. Josef Brüll, Ferdinand Beier, Roman Füchsl (alle Stalin-Fabrik) und Ernst Fischer bestehende sogenannte »Fünfer-Komitee«.⁴⁵

Besonders bei »Kameradschaftsgerichten« und der sonstigen Verurteilung »schlechter Elemente« dürfte dem Ausschuß eine entscheidende Funktion zugekommen sein.⁴⁶

Dem Fünferausschuß arbeitete eine Reihe Schutzbündler zu, die Spitzeldienste außerhalb der österreichischen Gesandtschaft leisteten, Mitgliedsbeiträge kassierten oder sich sonst unentbehrlich machten. Diese »Aktivisten« betätigten sich auch als »Rabkor« (Arbeiterkorrespondent) der *DZZ*. Sie sahen in anderen Stadtkollektiven nach dem Rechten und befeißigten sich des behelrenden Tons, der jene Zeitung auszeichnete.

Auf jeder Stufe in dieser Hierarchie befanden sich Mitarbeiter des NKWD. In den meisten Fällen wurde man dazu erpreßt, je höher jemand die Karriereleiter hinaufstieg, desto unklarer wurden die Trennlinien zwischen Partei- und NKWD-Agenden.

»Konsulatsheimkehrer« und andere »schlechte Elemente«

Laut eigener Berechnung kehrten 220 Schutzbündler, teils mit Familie, zwischen 1934 und 1941 freiwillig in die Heimat zurück. Viele konnten sich an die Fremde und das Fremde nicht gewöhnen, hatten schlicht Heimweh, vor allem die Frauen, die oft keine oder keine entsprechende Arbeit fanden. Die mannigfachen Verpflichtungen (hohe Arbeitsleistung, Sprach-, Technik- und Politikurse, MOPR-Arbeit usw.) kamen einem Auftragskatalog gleich, dem selbst ein überzeugter Kommunist nur schwer gerecht werden konnte. Wegen dieser Mehrfachbelastungen wurde man säumig, schwänzte den Abendunterricht, gab sich dem »Blauen Montag« hin usw. Andere gewöhnten sich nicht an die Kost, das rauhe Klima, den Mangel an Privatheit in Hoteldoppelzimmern oder Mehrfamilienwohnungen, in denen WC, Bad und Küche von allen Parteien geteilt werden mußten. Später fanden viele die Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens, »Tratschens« und Denunzierens unerträglich.

Die anfangs gewährten Privilegien inkludierten nicht nur das Startgeld und Monatsfixum, sondern auch die komplette Ausstattung der Fami-

lienmitglieder mit Kleidern im Sommer 1934 und Winter 1934/35.⁴⁷ Bei Mieten und Kommunalsteuern sowie Gas- und Stromrechnungen räumte man den Schutzbündlern eine 50prozentige Ermäßigung ein – ein Recht, das sonst nur ehemalige Rotgardisten und Rote Partisanen genossen.⁴⁸

1935 fielen die Ermäßigungen und günstige Einkaufsmöglichkeiten weg, und die Preise stiegen stark an:

Moskau 1936		
Zwetschken	Kilo	4 Rubel
Äpfel	"	3,60–12 Rubel
Weintrauben	"	8–14 Rubel
Brot	"	0,85–6,80 Rubel
Schweinefleisch	"	12–15 Rubel
Rindfleisch	"	6–12 Rubel
1 Ei		0,60 Rubel
Butter		18–26 Rubel ⁴⁹
Kleider/Wäsche		
Herrenanzug		900–1600 Rubel
Herrenmantel		430 Rubel
Wintermantel		600–700 Rubel
Schuhe		240 Rubel
Hemden		22–75 Rubel ⁵⁰
Leningrad 1935 (durchschn. Monatsverdienst 160 Rubel)		
1 Kilo Schwarzbrot		0,86 Rubel
" " Weißbrot		5,60 Rubel
" " Speck		18,00 Rubel
" " Butter		16,00 Rubel
" " Zucker		3,60 Rubel
" " Wurst		11,00 Rubel ⁵¹

Mit einem Verdienst von 200–300 Rubel nagte eine mehrköpfige Familie am Hungertuch. Ein Ehepaar in Leningrad, das 1936 gemeinsam 760 Rubel verdiente, hatte am Monatsende beide Gehälter für Lebensmittel und Miete zur Gänze ausgegeben.⁵²

Die ersten »Konsulatsheimfahrer« waren Otto Müller und Josef Seitzlinger. Beide Wiener hatten im Leningrader Werk »Elektrostal« Arbeit gefunden, wandten sich aber zwecks Heimreise schon Ende Mai 1934 an die österreichische Gesandtschaft. Müller war Schutzbundkommandant des Karl-Marx-Hofes gewesen, wohin er jedoch angeblich (laut einem

Kampfgefährten) nach einer Kundschaftspatrouille am 12. Februar 1934 nicht mehr zurückkehrte.⁵³ In der Tschechoslowakei leitete Müller das Emigrantenlager in Sternberg und fuhr mit dem ersten Transport in die UdSSR. Er gab familiäre Umstände sowie die Unmöglichkeit, sich zu »akklimatisieren«, als Gründe für die Rückkehr nach Österreich an.⁵⁴ Im Gegensatz zu späteren Anträgen legten die Gesandtschaftsbeamten und die Polizeibehörden in Wien beiden Rückkehrern keine Hindernisse in den Weg, weil weder Müller noch Seitlinger ausgebürgert waren und sich zudem mittels Heimatschein identifizieren konnten. Probleme schuf eher das Moskauer Kollektiv durch seine unnachgiebige Haltung, aufgrund derer beide den Schutz der Gesandtschaft in Anspruch nehmen und dort eine Zeitlang leben mußten. Auf der Straße rief ihnen ein Schutzbündler zu, man wisse, sie seien der Heimwehr beigetreten (!) und hätten Pässe erhalten. Er riet ihnen, »zu verschwinden«, da am selben Abend eine Versammlung über sie stattfinden werde. Von demselben Informanten erfuhren sie später, die versammelten Schutzbündler hätten sogar WZSPS-Sekretär Abolin dazu gedrängt, beide Heimkehrer auf keinen Fall ausreisen zu lassen. Besonders hatten sie es auf Müller abgesehen: »Er wisse zu viel, er war ja Funktionär des Schutzbundes.«⁵⁵ Um die Ausreise »ohne unliebsamen Zwischenfall« zu sichern, kontaktierte Gesandter Pacher den Leiter der 2. Westabteilung im sowjetischen Außenamt (Narkomindel) und übergab ihm das Protokoll – ohne allerdings Namen anzuführen – über die Versammlung des Moskauer Kollektivs.⁵⁶ Die Ausreisevisen wurden in einem beschleunigten Verfahren ausgestellt. Gleich allen anderen Heimkehrern wurden beide Schutzbündler an der tschechisch-österreichischen Grenze von der Polizei erwartet. Von allen Rückkehrern erhielt Müller die härteste Strafe wegen Beteiligung an den Februarrevolte – sechs Jahre Kerker. Im Gerichtssaal soll er folgendes gesagt haben:

»Ich wollte lieber jede Strafe auf mich nehmen, als weiter in Sowjetrußland bleiben. Die Verhältnisse dort sind so entsetzlich schlecht, daß mich auch die Gefahr der härtesten Bestrafung von der Heimreise nicht abhalten konnte.«⁵⁷

Erst am 7. August 1935 kam Müller aufgrund einer Amnestie frei.

Laut Gesandtschaftssekretär Schwinner hatte Müllers harte Bestrafung »Aufsehen erregt«, und bei nicht wenigen sei die Sehnsucht, in die Heimat zurückzufahren, »abgekühlt«.⁵⁸ Dies war – wenn überhaupt – nur ein kurzfristiges Phänomen, wie wir bald sehen werden.

Ohne ernste Zwischenfälle mit den ehemaligen Mitstreitern gestaltete sich wenige Monate später die Ausreise von Rudolf Fuchshofer (Leninград), Karl Birnbaumer und Werner Necas (beide Rostow). Der Grazer

Fuchshofer gab Heimweh als Ursache für die Heimreise an, und, da er unbescholten und noch österreichischer Staatsbürger war, legte sich die Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit in Wien auch nicht quer. Birnbaumer lieferte zusammen mit seinem Linzer Freund Necas ein erschütterndes Bild von den Zuständen in Rostow.⁵⁹ Der Prager Zeitung *Sozialdemokrat* berichtete Necas detailliert über seinen dortigen Aufenthalt. Als Schichtarbeiter hatte er zwischen dem 3. und dem 17. Juli 1934 keinen freien Tag gehabt, das Essen war ungenießbar, so daß »nach Ablauf von 14 Tagen schon 13 von 20 Schutzbündlern bereits in Krankenstand standen«. Necas verkaufte seine westliche Kleidung, um den Preis für die Fahrkarte nach Prag aufzutreiben. »Intourist« verständigte daraufhin den »Parteiorg« im Betrieb, der Necas weiszumachen versuchte, er solle froh sein, »der Zweiten Internationale und den Sozialfaschisten« entronnen zu sein. Eine Seite in der Wandzeitung des Betriebes karikierte ihn als »Konterrevolutionär«, was gewiß nicht dazu beitrug, ihn von seinem Entschluß abzubringen. Das Moskauer Kollektiv setzte den Linzer unter Druck. In den Auseinandersetzungen bat man Necas darum, sein Urteil, ein zivilisierter West- oder Mitteleuropäer könne »die dortigen Arbeitsverhältnisse nicht ertragen«, zu begründen. Daraufhin berichtete er von hungernden und verhungerten »Kulaken«, die er in einer Kirche in Rostow gesehen hatte. Er erzählte auch davon, wie die sowjetischen Behörden einen österreichischen Vertragsangestellten, der hungernden, in Mistkübeln herumstochernden »Kulaken-Kindern« Hilfe angedeihen lassen wollte, scharf anprangerten. Weiters kritisierte Necas den auffallenden Unterschied zwischen dem Lebensstil der Beamenschaft und jenem der Arbeiter, die oft nicht mehr als 90 Rubel monatlich verdienen.⁶⁰

Bei der Behandlung des Reisepaßantrags des gleichfalls aus Rostow geflüchteten Schutzbündlers Johann Zimmerl und dessen Frau Franziska bereitete die österreichische Bürokratie erstmals Schwierigkeiten.⁶¹ Gesandter Pacher zog den Groll Wiener Stellen auf sich, weil er für eine humane und beschleunigte Behandlung anfallender Ausreisearbeiten der Schutzbündler plädierte. Er unterschied zwischen zwei Typen von Ausreisewilligen: jene, die Heimatschein und einen Identitätsausweis vorweisen konnten und andere, die darüber nicht verfügten, so daß solche Dokumente aus Wien angefordert werden mußten.⁶² Der Gesandte verwies auf die vollkommen problemlose Ausstellung von Ausreisewisens seitens des Narkomindel und auf die seiner Meinung nach größte Gefahr – die Behelligung der Paßansuchenden durch eigene »Kameraden«, was eine Schutzbedürftigkeit nach sich ziehe und den Aufenthalt des Betroffenen in der Gesandtschaft notwendig mache.⁶³ Darüber war

das Außenamt nicht erfreut: Wenn Zuflucht ausnahmsweise gewährt werden müßte, dann sei dem genannten Schutzbündler »eine formelle, wenn auch geringfügige Beschäftigung (...) als Arbeiter oder Angestellter« zu geben. In solchen Fällen werde das Außenamt bestrebt sein, »die Staatsbürgerschafts- und Identitätsverhältnisse mit aller tunlichen Beschleunigung zu erheben«. ⁶⁴ Das Ehepaar Zimmerl verbrachte schließlich fast zwei Monate im Gesandtschaftsgebäude, denn die Anfrage an die Bundespolizeidirektion über den Leumund des Mannes war »unglücklicherweise in Verstoß geraten«. ⁶⁵ Aus seinem Ärger über die Praktiken der Wiener Polizei machte Pacher kein Hehl: Ihre Vorgangsweise sei ihm »absolut unbegreiflich«, da es lediglich darum gehe, festzustellen, ob im Zusammenhang mit Zimmerl ein »Ausbürgerungserkenntnis erflossen sei«. Es konnte natürlich vorkommen, daß die Gesandtschaft ein Paßansuchen für einen bereits Ausgebürgerten bewilligte, wenn der Betreffende in der jüngsten Ausbürgerungsliste noch nicht erfaßt war. Pacher regte an, alle nachweislich an den Februarkämpfen beteiligten und nun in der UdSSR wohnhaften Schutzbündler »allgemein« auszubürgern oder eben Milde walten zu lassen. ⁶⁶

Gemäß diplomatischen Gepflogenheiten und aufgrund der Rechtslage setzten sich die Beamten in der Moskauer Gesandtschaft nicht für jene Landsleute ein, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht mehr besaßen, oder, weil sie die sowjetische angenommen und die österreichische zurückgelegt hatten, sei es, weil sie von einer Behörde ausgebürgert worden waren. Letzteres lag im Ermessen der Länder, genauer gesagt bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft. Einigen Behörden, vor allem außerhalb Wiens, dürfte bloß die Beteiligung an den Februarkämpfen ausgereicht haben, um gegen Einzelpersonen das Ausbürgerungsverfahren einzuleiten. Der betreffende Ausbürgerungs-Passus (BGB Nr. 369, Artikel I, v. 19.8.1933) lautete:

»Außerdem tritt die Ausbürgerung ein, wenn ein Landesbürger (Bundesbürger ohne Heimatrecht) im Auslande offenkundig, auf welche Weise immer, Österreich feindliche Handlungen unterstützt, fördert oder an derartigen Unternehmungen teilnimmt oder wenn er sich zu diesem Zweck ins Ausland begeben hat. Das gleiche gilt, wenn er sich ohne Ausreisebewilligung in einen Staat begibt, für den eine solche vorgeschrieben ist.«

Demnach diente also die bloße Auswanderung nach der UdSSR als Ausbürgerungsgrund. In den meisten Fällen erfuhr der Betroffene von seinem Ausschluß aus dem Staatsverband, wenn er mit einer österreichischen Behörde zu tun hatte. Das konnte die zuständige Paßstelle der Bundespolizei sein, wo nicht wenige »Rußlandfahrer« und »Spanien-

kämpfer« nach 1945 mit Verwunderung vernahmen, daß sie staatenlos waren. Hinsichtlich der Ausbürgerung vieler Schutzbundemigranten ging es zuerst um die Feststellung der Identität von jemandem, der seinen Namen unter einen Artikel in der deutschsprachigen Presse der Sowjetunion gesetzt hatte, und zwar egal, ob aus dem Geschriebenen »eine österreichfeindliche Tätigkeit« konstruiert werden konnte oder nicht. Man bequemte sich aber nicht, die solcherart brüsk Ausgestoßenen davon in Kenntnis zu setzen. Umso größer daher die Bestürzung oder auch Verzweiflung eines Österreicherers, dem in der Moskauer Gesandtschaft erklärt wurde, er sei nun staatenlos und könne keine Hilfe seitens der österreichischen Diplomatie erwarten. Auch hier machte man freilich Ausnahmen, aber eben zu wenige, auch wenn der Bittsteller seine bevorstehende Verhaftung durch sowjetische »Organe« plastisch darzustellen imstande war.

Eine am 15. Jänner 1935 in der *DZZ* abgedruckte Begrüßungsadresse von elf Mitgliedern des Moskauer Schutzbundkollektivs an den IX. Sowjetkongreß der Wolgadeutschen wurde zum Anlaß genommen, gegen alle Unterzeichner die Ausbürgerung zu beantragen.⁶⁷ Sechs davon stammten aus Wien, darunter drei spätere Opfer der »Jeshowschtschina«:

Ing. Josef Brüll und Heinz Roscher (beide 1938 erschossen) sowie Ferdinand Beier (in der Haft verstorben). Interessanterweise waren Brüll und Roscher schon 1934, also längst vor Erscheinen des beanstandeten Artikels, ausgebürgert worden.⁶⁸ Im April 1935 bürgerte die Bundespolizei in Steyr mehrere Schutzbündler aus ähnlichen Gründen aus: Alois Zehetner (Moskau), August Penninger und Franz Lindlbauer (beide Gorki). Die Antwort der drei »vaterlandslosen« Gesellen »An die Herren in Österreich« nahm eine halbe Seite in der *DZZ* ein. Penninger und Lindlbauer drückten sich eindeutig aus:

»Die Sowjetunion ist nicht nur unsere Heimat, sondern auch die der Werktätigen von Steyr, Österreich und der ganzen Welt. Warum werft ihr Herren nicht alle Proleten aus eurem reaktionären Heimatsverband? Habt ihr Angst, dann selbst arbeiten zu müssen?«⁶⁹

Die umfangreichste Ausbürgerungsaktion stand im Zusammenhang mit einem *DZZ*-Artikel (August 1936), dessen Inhalt allerdings nicht im geringsten der üblichen Sonnenschein-Berichterstattung der Schutzbund-»Rabkor« entsprach. Erstens handelte es sich um einen von über 70 Moskauer Kollektivmitgliedern mit eigener Handschrift unterschriebenen Ergebnisebrieff an den »teuren Genossen Stalin«. Zweitens hatten die Österreicher (65 davon konnte die Gesandtschaft entziffern) ihre Namen

unter einen Hetzartikel gesetzt, der sich gegen Proteste seitens der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) anlässlich der Hinrichtungen im ersten Schauprozeß (Sinowjew, Kamenew usw.) richtete. Die Unterzeichner meinten: »Jede Gnade gegen dieses Gesindel« (d.i. die Hingerichteten – d. Verf.) wäre nicht nur ein Verbrechen an der Sowjetunion, sondern an den revolutionären Arbeitern der Welt.«

Die Proteste der internationalen Sozialdemokratie könnten »zur direkten Hilfe für den bestialischen Faschismus« werden, zumal »der Freiheitskampf in Spanien und die Vernichtung der trotzkistisch-sinowjewistischen Gestapoagenten (1) in der Sowjetunion nur zwei verschiedene Teilerscheinungen desselben Kampfes« seien.⁷⁰

Eine nachhaltige Reaktion im Moskauer Kollektiv, zu einem geringeren Grad auch in der Tschechoslowakei und in Österreich, löste die Rückfahrt von fünf Februarkämpfern im Frühling 1935 aus. Ein Jahr darauf erschien in Wien deren Broschüre »Zweimal auf der Flucht«, die ein völlig negatives und wohl auch verzerrtes Bild von der sowjetischen Wirklichkeit zeichnete. Dies trieb Wasser auf die Mühlen derer, die ausreisewillige Kollegen seit jeher zu »Verrätern« und potentiellen »Polizeispitzeln« stempelten. Interessanterweise befanden sich in der fünfköpfigen Gruppe drei »Altkommunisten«:

Alfred Herold, seit 1923 KPÖ-Mitglied und Funktionär der kommunistischen Roten Gewerkschaftsopposition im Gaswerk Leopoldau, wurde von den österreichischen Behörden verdächtigt, an der Erschießung eines Polizeibeamten im Februar 1934 mitbeteiligt gewesen zu sein; Johann Kupecek (KPÖ-Beitritt 1931) hatte als Bezirksführer der »Arbeiterwehr« gewirkt; Karl Weninger schließlich, der spätere Wortführer der Gruppe, war seit 1924 Kommunist und bis zum Verbot der kommunistischen Tageszeitung *Rote Fahne* deren Schriftleiter. Der politische Weg von Josef Loibl und Ludwig Zounek entsprach hingegen dem eines sozialdemokratischen Militanten – SAJ, Schutzbund, Vertrauensmann in der SDAP. Vier der fünf hatten außerdem im österreichischen Bundes-



Johann Kupecek.

heer gedient, bevor dieses nach dem Polizeimassaker in Wien am 15. Juli 1927 von Linken systematisch »gesäubert« wurde.⁷¹ Da sie die Zustände »im gelobten Land« mit den eigenen schwärmerischen Vorstellungen nicht in Einklang bringen konnten, erklärt zum Teil den nörgelnden und larmoyanten Ton ihrer Broschüre.

Die Auseinandersetzungen um die Heimkehr von Weninger und Konsorten wurden in der Moskauer Enklave der Österreicher Anfang Februar 1935 virulent, nachdem die Schutzbündler Weninger, Kupecsek, Eduard Kummer, Matthias Wimmer und Anna Mönch in der österreichischen Gesandtschaft vorgesprochen und um Pässe für die Heimreise angesucht hatten.⁷² Gesandter Pacher urgierte die Erledigung der Paßansuchen, da noch vier weitere Schutzbündler samt Familien auf die Heimreisebewilligung durch die Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit in Wien warteten und Gefahr liefen, inzwischen arbeits- und obdachlos zu werden. Dieses Schicksal hatte den Wiener Schutzbündler Chrastka ereilt. Dem aus Leningrad Angereisten mußte Zuflucht im Botschaftsgebäude gewährt werden, bis er Anfang Februar 1935 Richtung Heimat abreisen konnte.⁷³

Vermutlich durch Beobachtung des Parteienverkehrs auf der Gesandtschaft konnte das Moskauer Schutzbundkollektiv relativ bald einige Namen der »Konsulatsheimfahrer« in Erfahrung bringen. Am 5. März 1935 fand eine Sondersitzung des gesamten Moskauer Kollektivs im Deutschen Arbeiterklub statt. Einziger Tagesordnungspunkt war die Verurteilung der Heimkehrer als »Deserteure des Klassenkampfes« und deren Entfernung aus dem Kollektiv, d.h. Hinauswurf aus den Hotels, Verlust des Arbeitsplatzes, Einziehen des INSNAB-Buches und Aberkennung aller Emigrantenrechte.⁷⁴ In der Versammlung, an der nicht alle Gebrandmarkten teilnahmen, gaben Großmann sowie Ing. Brüll die Linie vor. Brülls Philippika:

»Das Fünferkomitee ist eine gute Sache. Wir dürfen aber eines nicht vergessen. Wir haben hier ein Kameradschaftsgericht, das die Sache zu Ende führen muß. Wenn man auf Verzeihung rechnet, muß man Reue äußern. Wir fordern von jedem einzelnen, er soll sich hier vor uns äußern, wir wollen alle hören. Hier muß es Selbstkritik, schärfste Selbstkritik geben. Wir müssen die ganze Sache erforschen. Wir müssen die Drahtzieher kennenlernen. Du, Wimmer muß hier die anderen anklagen, als gemeine Schurken. Du mußt Dich von ihnen lossagen, sie wollen unsere Genossen in den Kerker und an den Galgen bringen.«⁷⁵

Die Selbstrechtfertigung eines der Heimkehrwilligen veranlaßte Brüll, die Anwesenden daran zu erinnern, daß er schon in der Tschechoslowakei vor Illusionen gewarnt hatte:

»Überlegt es Euch, die Arbeiter in der SU leben noch in keinem Paradies, aber sie arbeiten und ihr werdet mit ihnen für die Revolution arbeiten. Wir haben damals nicht ahnen können, mit welcher Begeisterung, mit welcher Liebe wir hier empfangen werden. Wir waren beschämt, wir sind so hochgehoben worden, als ob wir unser ganzes Leben für die Revolution gekämpft hätten. Um so tiefer sinken jetzt diese Schurken. Eines möchte ich allen diesen Verrätern sagen und ich weiß mich da eins mit allen Schutzbündlern: Ihr werdet Euch nicht vor dem proletarischen Gericht in Österreich retten. Hier schont man Euch, aber wenn Euch die Proleten in Österreich nicht gleich erwischen, das verspreche ich Euch, wir werden Euch erwischen. Ihr werdet das, was Ihr Euch jetzt zu erkaufen glaubt, teuer bezahlen. Der Schritt zum Konsul ist der erste Schritt zum Verrat. Ich warne Euch, jeden Namen und jede Adresse, die Ihr nennt, werdet Ihr doppelt und dreifach bezahlen müssen.«⁷⁶

Wimmer, ein enger Freund Heinz Roschers, dürfte seinen Ausreiseartrag zurückgezogen haben, denn er wurde nicht aus der Emigrantenliste gestrichen und fuhr erst im März 1936 nach Wien zurück. Als einziger zeigte sich Eduard Kummer reuig, aber erst nachdem er gesehen hatte, wie die »Genossen« mit »Uneinsichtigen« umsprangen.

Einige Stunden nach Abschluß der Versammlung überfielen und verprügelten vier Schutzbündler Alfred Herold im Hotel »Sowjetskaja«, dann setzten sie ihn der eisigen Nachtluft aus. Ähnliches passierte Josef Loibl und seiner Frau in der Arbeitersiedlung des Kugellagerwerks. In den frühen Morgenstunden wurden sie von Schutzbündlern mißhandelt und delogiert. Der Leiter der Auslandsabteilung im Werk stellte Loibl eine andere Wohnung zur Verfügung, ferner einen Milizionär zu seinem persönlichen Schutz. Nachdem sich dieser aber entfernt hatte, brachen Schutzbündler die Türe auf. Loibl sprang aus dem Fenster, wo er zwei Aufpassern in die Arme fiel. Das Dazwischentreten russischer Wohnparteien veranlaßte die rasenden Schutzbündler von Loibl abzulassen. Aber nicht für lange. Als er in die Wohnung zurückkehrte, schlugen seine Verfolger derart auf ihn ein, daß er vier Oberzähne verlor. Auch seine – gleichfalls mißhandelte – Frau sowie die achtjährige Tochter wurden von den Schutzbündlern auf die Straße gesetzt. Unter Polizeischutz konnte Frau Loibl am Abend zurückkehren und die Habseligkeiten der Familie abholen.

Unmittelbar nach dem »Kameradschaftsgericht« wurde Friedrich Benesch, der nach seiner Flucht aus Leningrad mit seiner Lebensgefährtin eine provisorische Unterkunft in der sowjetischen Hauptstadt bezogen hatte, beim Verlassen der Straßenbahn von aufgehetzten Kollektivmitgliedern beschimpft und geohrfeigt. Am nächsten Tag suchten Benesch und seine Freundin Zuflucht bei der Familie Loibl in der Ku-

gellagerwerksiedlung. Dort wurden auch sie mißhandelt und aus dem Zimmer hinausgeworfen. Johann Kupecek bekam im Hotel »Sowjetskaja« am Vormittag des 6. März unwillkommenen Besuch: Eine Abordnung des Kollektivs gab ihm eine Stunde Frist zum Verlassen seines Quartiers und streifte sein INSNAB-Buch ein.⁷⁷ Als Benesch, seine Lebensgefährtin sowie das Ehepaar Herold einige Stunden später die Gesandtschaft aufsuchten, äußerten sie gegenüber einem österreichischen Geschäftsmann im Vorzimmer ihre Befürchtung, von draußen lauern den Schutzbündlern wieder überfallen zu werden. Der Österreicher gewährte den Obdachlosen Unterkunft und ging mit ihnen zur Straßenbahn. Die Präsenz eines Milizionärs sowie eines Gesandtschaftsangestellten, der der Heimkehrergruppe in einiger Entfernung folgte, hinderte zwei Gruppen von Schutzbündlern daran, mit den »Verrätern« in körperlichen Kontakt zu treten. Nachdem sich der Gesandtschaftsangestellte vergewissert hatte, daß die gefährdeten Heimkehrwilligen weggefahren waren, setzte er sich in die nächste Straßenbahn und hörte noch die Rufe der »Aufpasser«: »Du Halunke, Dich werden wir schon noch kriegen.«⁷⁸

Bei einer Unterredung mit Stern, einem hohen sowjetischen Diplomaten, übergab Gesandter Pacher eine Zusammenfassung des Protokolls über das gewalttätige Vorgehen gegen die Heimkehrer und verlangte, daß der Spitzeldienst (»Unfug«) des Kollektivs von der Gesandtschaft abgeschafft werde.⁷⁹

Generell urteilten die Kollektivmitglieder viel schärfer über die Heimkehrer als offizielle sowjetische Stellen. Im Bericht des Arbeiter- und Bauerninspektorats hieß es beispielsweise, »Genosse« Loibl genieße »großes Ansehen bei den Kollegen«, er sei »zu allem sehr kritisch«, daher fordere er »unsere Aufmerksamkeit«.⁸⁰ Laut eigener Aussage wurde er nach knapp zwei Wochen im Betrieb als »Udarnik« ausgezeichnet, wurde aber immer wieder von Fieberanfällen heimgesucht und verlor innerhalb einiger Monate 16 Kilo.⁸¹ KPÖ-intern wurde dies als Bummelei ausgelegt: »Er hatte monatlich durchschnittlich 250 Rubel verdient. Er arbeitete von Mai 1934 bis Februar 1935 nur 110 Tage.«⁸²

Auch im Fall Herold riet man von sowjetischer Seite zu mehr Aufmerksamkeit. Schon am 8. Februar 1935, also ein Monat vor dem Scherbengericht, schrieb Sharikow an die Gewerkschafts- und Kulturabteilung des Moskauer Stadtkomitees der WKP/b und umriß Herolds Schwierigkeiten: Dieser hatte als Lastwagenfahrer auf der Baustelle des Hotels »Mossowjet« gearbeitet, mußte aber wegen offener Tbc krank geschrieben werden; er bekam einen Schein für ein Sanatorium, verließ aber dieses nach einigen Tagen wegen der schlechten Verpflegung. Nun sei Herold wieder im Hotel »Sowjetskaja«, wo die Schutzbündler Fleisch-

marken aus ihren INSNAB-Büchern sammelten, um ihm besseres Essen zu verschaffen. Daß Herold beabsichtigte, zurückzufahren, sah Sharikow als »Ergebnis des Fehlens der entsprechenden Wachsamkeit von seiten der Kader, die die Arbeit bei den Schutzbündlern leiten«.

Schließlich forderte der Gewerkschaftsmann »eine entschlossene Änderung der derzeitigen Situation«. ⁸³ Innerhalb des Moskauer Kollektivs ging das Kesseltreiben gegen die Aureisewilligen weiter. Ende März 1935 verabschiedete das Schutzbundkollektiv in der 1. Staatlichen Uhrenfabrik einen Protest über die »Klassenverbrecher (...) welche uns nun in den Rücken fallen«. Die acht Unterzeichner verlangten »die sofortige Entlassung dieser konterrevolutionärer Elementen aus unserem Kollektiv«, das »von solchen Subjekten« nicht mehr »beschmutzt« werden dürfte. Die Resolution endete mit einer Verpflichtung:

»Genossen, wir wissen, welche Wunde dieser Verrat an der Arbeiterklasse schlägt und daher verpflichten wir uns, alle unsere Kräfte einzusetzen, um diese Schande wieder wettzumachen.« ⁸⁴

Inwieweit die Wut der Schutzbündler über den »Frontwechsel« einiger einstiger Kameraden echt war oder von oben bewußt angefacht und gesteuert wurde, ist schwer zu beurteilen. Möglicherweise stand bei den Anklagenden die Angst im Vordergrund, etwaige Rückkehrer könnten den Behörden in Österreich über Vorfälle im Februar 1934 berichten, bei denen Exekutivbeamte zu Tode gekommen waren. Dies hätte den Familien von steckbrieflich gesuchten, aber nun in der UdSSR lebenden Schutzbündlern Nachteile bescheren können. Außerdem befürchtete man vielleicht die Verhaftung aktiver Februarkämpfer, gegen die bisher nicht ermittelt worden war. Ein anderer Erklärungsansatz betrifft weniger altruistische Interessen, nämlich die Hochhaltung von Legenden über die Februartage 1934. Das mag gerade diejenigen motiviert haben, die ihre Teilnahme am Februarkampf des Schutzbundes hochstilisiert oder gar erfunden hatten. Psychologisch verständlich war es daher, wenn sich gerade solche Kollektivmitglieder – es gab ihrer nicht wenige – gegenüber potentiellen Zerstörern getürkter Heldenbiographien besonders scharf gebärdeten. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung muß auch dem Umstand beigemessen werden, daß die Gesandtschaft jenes offizielle Österreich symbolisierte, zu dem die Schutzbündler seit jeher in politischem Gegensatz gestanden hatten, nicht erst im Februar 1934. Und nachdem das Dollfuß-Regime während der Schutzbundrevolte auf Wehrlose schießen, Gemeindebauten bombardieren, verwundete Februarkämpfer (z.B. Karl Münchreiter) und beliebte Arbeiterfunktionäre (Weissel, Wallisch) hinrichten ließ, kam der Gang zum österreichischen

Konsul einem Verrat an all dem gleich, wofür man jahrelang gekämpft hatte und wozu man erzogen worden war. Schließlich empfanden viele, daß die Heimkehrer schlicht undankbar waren, genossen sie doch Privilegien und einen Lebensstandard, den ein sowjetischer Arbeiter nicht einmal annähernd erreichen konnte. Im Zusammenhang damit sind persönliche Erfahrungen zu betrachten, die Kollektivmitglieder mit den nun Ausgestoßenen gemacht hatten.

Einschlägige Details aus Kummers Reuebekennntnis dürfte in Schutzbündlerkreisen die Runde gemacht und so zur Anheizung der Anti-Heimkehrerstimme beigetragen haben. Laut Kummer hatte Kupecek eine Reihe von Arbeitskollegen im Autowerk »Stalin« angestiftet, gemeinsam mit ihm einen Ausreiseantrag aus der UdSSR zu stellen. Beide gingen in die tschechische Botschaft, aber dort verwies man auf die Zuständigkeit der österreichischen Vertretungsbehörde. Kupecek habe vorgeschwebt, Referate in den Volkshäusern der tschechischen Sozialdemokratie über »die wahren Zustände in Rußland« zu halten und dadurch die dort noch in den Lagern verbliebenen Schutzbündler von der Abfahrt Richtung Moskau abzubringen, womit auch der Einfluß der KPdSch geschmälert werden könnte. Kummer berichtete auch über andere Heimkehrwillige, ohne sie allerdings namentlich anzuführen. Sein sowjetisches Gegenüber war von Kummers Reue überzeugt, vor allem als dieser darum bat, »ihn als einfachen Arbeiter an jeden beliebigen Ort der Sowjetunion zu schicken.«⁸⁵ Er wurde 1935 aus der KPÖ ausgeschlossen⁸⁶ und kehrte dann 1940 freiwillig nach Hause zurück.⁸⁷

Karl Weninger hingegen konnte alle schweren Verdachtsmomente von sich weisen. Unter dem Titel »Vom Bettler zum freien Menschen« listete er in der DZZ Ende Jänner 1935 die Verpflichtungen auf, die er sich im Betrieb auferlegt hatte, darunter zwei Tageslöhne für die österreichische Rote Hilfe. Er beschrieb sich zudem als einen jener Menschen, die »befreit von allen Sorgen, glücklich und zufrieden« seien.⁸⁸

Ein wohl unvoreingenommener Zeitzeuge – der Linzer Sozialdemokrat Richard Strasser – bezichtigte Weninger der Lüge. In der Broschüre »Zweimal auf der Flucht« berichtete dieser darüber, wie man im Werk seinen Kleiderkasten ausräumte, wobei er Kleider, Dokumente und seine Uhr verloren hätte. Strassers Gendarstellung:

»Abgesehen davon, daß er deshalb eine entsprechende Entschädigung erhielt, habe ich viel später *selbst* die Uhr bei ihm gesehen. Er selbst erzählte mir auch vor seiner Abreise, daß er die Uhr verkaufen wollte, daß er sie aber dem ›Juden‹ bald ins Gesicht geworfen hätte, weil ihm dieser dafür nur 100 R. geben wollte.«

Weningers antisemitische Beschreibung der Schutzbündlerbetreuerin Sina Mandelkorn⁸⁹ regte Strasser besonders auf, der konterte: »Sie war immer liebenswürdig, hilfsbereit und rührig für die Schutzbündler tätig.«⁹⁰

Weninger entkam dem Bannstrahl und erst recht dem Scherbengericht des Kollektivs, da er seinen Paß auf »Schleichwegen« erhielt und die Ausreise seiner Frau parteimäßig »umbiegen« konnte: Sie sei konterrevolutionär, er wolle sich von ihr trennen und eine russische Genossin ehelichen.⁹¹ Bis zur Abfahrt hielt er sich in Moskau und Umgebung versteckt.⁹² Seine Frau fuhr auf eigene Kosten unbehelligt und mit Zustimmung der MOPR aus der Sowjetunion nach Wien zurück.⁹³

Unter den sich zur Vaterländischen Front bekennenden Heimkehrern erlangte Weninger in Österreich den größten Bekanntheitsgrad. In Moskau hütete er sich – aus verständlichen Gründen – davor, mit Herold, Kupecek und anderen »Verrätern« assoziiert zu werden. Nach der Rückkehr wanderte Herold für neun Monate, Weninger für fünf Wochen in Untersuchungshaft.

Im März 1936 erschienen Weninger und Zounek neu eingekleidet (»vorstadtmäßige Eleganz«) im Außenamt in Wien, bedankten sich für die ihnen erwiesene Hilfe und überreichten ein druckfrisches Exemplar des Büchleins »Zweimal auf der Flucht«. Sie boten sich der »Vaterländischen Front« als Aufklärer in Sachen Sowjetunion an und begehrt eine Audienz beim Bundeskanzler und seinem Vize.⁹⁴ Weninger galt aber auch in den Augen des austrofaschistischen Beamtentums schon längst als zwielichtige Figur. Sein Aufsatz in der Zeitschrift der Vaterländischen Front (*Der Beamte*, 7.2.1936) veranlaßte Gesandten Pacher zur Mitteilung, man möge dem Gesinnungswandel des Heimgekehrten Skepsis entgegenbringen, er scheine »nicht nur zwei, sondern auch noch ein drittes Eisen im Feuer« zu haben.⁹⁵ Dabei stützte sich Pacher auf Herolds (März 1935) Aussage, Frau Weninger fahre auf Kosten der MOPR in die Heimat und ihr Mann selbst habe eigentlich vor, in Prag zu bleiben. Obwohl die erste Behauptung falsch war, konnte der Gesandte nicht ausschließen, daß Weninger doch in irgendeinem Parteauftrag nach Prag und dann nach Wien gefahren war.⁹⁶

Die Publikation der Broschüre änderte nichts an der offiziell-vorsichtigen Haltung Weninger gegenüber. 1937 stellte die Wiener Polizeidirektion fest, seine Schriften und Rednertätigkeit hätten keine besondere Bedeutung »im Kampfe gegen die kommunistischen Lehren« gehabt. Außerdem wurde er von den Austrofaschisten nicht gerade fürstlich entlohnt: Er war von der Entlassung aus der Haft (Juli 1935) bis November 1936 arbeitslos. Schließlich stellte ihn die Gemeinde Wien bei der städtischen Reinigung als »Saisonnarbeiter« ein.⁹⁷ Undankbar und unbeein-

druckt zeigte sich ihm gegenüber auch die Arbeiterschaft, vor der er unter den Ägiden der Vaterländischen Front in diversen Versammlungen über seine Rußlanderlebnisse Vorträge hielt. Zu sehr war er mit dem bankrotten, unpopulären Regime in Österreich liiert, als daß seine Tiraden Gehör gefunden hätten. Bei einer Versammlung (Jänner 1936) in der Gastwirtschaft »Siedlung Zukunft« im 14. Wiener Gemeindebezirk unterbrach man seinen eindeutig negativen Bericht über die Zustände in der UdSSR mit Zwischenrufen, die sowohl Ärger als auch Ungläubigkeit ausdrückten. Ein von der Polizei als kommunistisch apostrophierter Teil der 800 Zuhörer verließ frühzeitig die Versammlung, die Weninger mit der Aufforderung abschloß, der Vaterländischen Front beizutreten.⁹⁸ Ob er mit der österreichischen Staatspolizei zusammenarbeitete, insbesondere, um die illegale KPÖ zu infiltrieren,⁹⁹ läßt sich dokumentarisch nicht belegen. Dagegen sind Hinweise auf sein »drittes Eisen im Feuer« vorhanden. Der Heimkehrer Matthias Wimmer schrieb Heinz Roscher im Juli 1936 nach Moskau, auch er, Wimmer, sei von der Vaterländischen Front (VF) kontaktiert worden, um als »Rußlandexperte« in deren Versammlungen aufzutreten. Dafür hätte man ihm seine alte Arbeitsstelle in Aussicht gestellt, aber er habe abgelehnt. Weninger wollte ihn in Floridsdorf besuchen, traf ihn nicht an und hinterließ folgenden Brief:

26.7.1936

Werter Kollege!

Es war mir leider gestern nicht mehr möglich nochmals zeitgerecht bei Dir vorzusprechen, um Dich zu erreichen. Jedenfalls übermittele ich Dir so auch meiner (sic) Frau die herzl. Grüße. Nun habe ich auch Deiner Frau neben anderem von der Sache erzählt, die ich mit vielen anderen Heimkehrern schon durchgeführt habe und für jeden eine kleine Hilfe bis 50,-S. gebracht. Es ist eine durchaus legale Sache, welche ich mit einem Polen durchführe und besteht darin dass nur reine Fragen, welche den russischen Betrieb betreffen, in welchem Du gearbeitet hast. In ca. 3/4 Stunden war die Sache erledigt und Du hättest im Mindesten 30.-S. verdient. Ich will Dir im Beispiel die Fragen bekanntgeben. Wie heißt der Betrieb, wie viele Leute sind beschäftigt? Was wird erzeugt, wieviele Ausländer, (...) wieviel wird erzeugt, ist es ein reiner Kriegsbetrieb, was für Marken und Typen, wird mit ausländischen Maschinen gearbeitet, mit engl., deutschen? Wie stark ist die komm. Partei, der Komso-mol? Wieviele ausländische Ingenieure, wieviele russische alte Diplomingenieure, technische? Wie heißt der Savkom? Der rote Direktor? Der technische Direktor? Es sind ca. 24 Fragen im ganzen zu ergänzen, wie die Lebensmittelpreise und Lebensverhältnisse der Arbeiter. Also kinderleichte Sache für diesen Betrag und kurze Zeit. Also bitte ich rechne vollauf mit Deiner

Zusage und deines (sic) pünktlichen Erscheinens am Donnerstag den 30. Juli, 7 Uhr abends Ecke Kärntnerstraße und Singerstraße. Wichtig ist, dass Du irgend ein Dokument als Beweis mitbringst, sowie eine R. Arbeitsbestätigung, dass Du wirklich dort gearbeitet hast. Ich rechne bestimmt auf Dein Erscheinen.

Im Nachsatz an Roscher bekräftigte Wimmer, daß er seine Gesinnung nicht preisgebe und »festbleiben« werde.¹⁰⁰

Ähnlich wie Weninger, aber über einen längeren Zeitraum hinweg spielte Anna Mönch ein Doppelspiel: Nach außen die resolute Kommunistin, aber innerlich schon längst im gegnerischen Lager. Zusammen mit ihrem Mann Franz trat Anna Mönch der KPÖ 1918 bei, in der sie ab 1927 mehrere Funktionen ausübte – in der Frauenabteilung, als Arbeitslosenleiterin, kommunistische Betriebsrätin und Polleiterin der KP-Zelle Laaerberg.¹⁰¹ Ihre Teilnahme an den Februarkämpfen dürfte minimal gewesen sein. Jedenfalls gab sie gegenüber dem Gesandtschaftspersonal in Moskau zu, sie und Emmerich Ungar – auch ein »Altkommunist« aus der Arbeitersiedlung am Laaerberg (Wien-Favoriten) – hätten die »Gründe« für die Flucht aufeinander abgestimmt und in der ČSR ihre Daten gegenseitig bestätigt. Angeblich suchte die Wiener Polizei sie deshalb, weil sie an die mobilisierten Schutzbündler Tee verteilt hatte (!).¹⁰² Obwohl ihr die österreichischen Behörden im Mai 1935 die Heimreise bewilligten,¹⁰³ verließ sie Moskau erst im April 1937, nachdem man sie »wegen politischer Unzuverlässigkeit« ausgewiesen hatte.¹⁰⁴ Aufgrund ihrer langjährigen Parteimitgliedschaft setzte sie in Moskau durch, daß ihr Kind, Ehemann und Vater in die Sowjetunion nachreisen durften. Großmann attestierte ihr einen »krankhaften Hang zu Tratschereien«, Verbindung zu Heimkehrwilligen und die Eigenschaft, »jeden Tag drei Ansichten zu haben«.¹⁰⁵

Einstweilen unternahm man gegen Anna Mönch nichts. Ihr Mann kam im November 1935 in Moskau an und erhielt Arbeit als Dreher in der Experimentalzeche von »Stankosawod«. Sie selbst nahm an einem »langen Kurs« an der KUNMS teil und arbeitete tagsüber beim WZSPS als Typistin. Ende 1936 notierte Schutzbündlerreferent Uccusic:

»Interessant ist, daß auch die Gruppe der in Baltschug wohnenden Schutzbündler, welche aus der Sowjetunion wegfahren wollen (...) in letzter Zeit die Verbindung zur Genossin Mönch in Sowjetskaja aufgenommen haben, wo sich nach wie vor alles Verdächtige sammelt.«¹⁰⁶

Mit dieser Notiz hatte Uccusic Mönchs Rolle sogar untertrieben, denn er wußte nicht, daß sie bzw. ihre Familie über die österreichische Gesandtschaft in brieflichem Kontakt mit Karl Weninger, dem Agenten

der Vaterländischen Front, standen. In einem durch das Außenamt übermittelten Brief stellte Franz Mönch kurz vor seiner Abfahrt aus Moskau eine politische Zusammenarbeit mit ihm in Aussicht. Außerdem warnte er Weninger vor parteioffiziellen Publikationen gegen die Verfasser des Machwerkes »Zweimal auf der Flucht«. Mönch zufolge sollten Agnes Deutsch, die Frau von Gustl Deutsch, sowie die mit Bewilligung der Partei nach Hause gefahrene Gerda Morberger an der gemeinsamen Gegenbroschüre arbeiten.¹⁰⁷ Tatsächlich ist ein der Feder von Agnes Deutsch entstammendes Buch »Schutzbündler in der Sowjetunion« in Straßburg verlegt worden. Darin findet sich aber keine Zeile über die »verräterischen« Heimfahrer, auch nicht über Weninger. Da dessen Schützenhilfe für das Regime in Österreich ohne Widerhall in der Arbeiterschaft geblieben war, hatte man mittlerweile vielleicht sogar in Moskau eingesehen, daß weitere Polemiken gegen ihn und seine gleichartigen lediglich längst diskreditierte Politbankrotteure aufwerten würden.

Abrechnungen in den Kollektiven:

Moskau

Die von der Partei nicht oder nur mit Widerwillen sanktionierte Ausreise von ca. 40 Mitgliedern des Moskauer Schutzbündlerkontingents im Zeitraum Jänner 1935 bis August 1939 war steter Anlaß für Auseinandersetzungen und Ausgrenzungen durch den Parteiapparat. Dank energischer Proteste seitens der österreichischen Diplomaten in Moskau dürfte es – zumindest für einige Zeit – zu keinen weiteren Prügelnszenen zwischen einzelnen »Renegaten« und den Schlägertrupps des Kollektivs gekommen sein. Ende Juli 1935 berichtete Linde (Leiter der 2. Westabteilung im sowjetischen Außenamt) dem INO-Büro Chef Sharikow über die Erklärung des österreichischen Gesandten, in der dieser über die üblichen Schikanen (Raufhändel, Delogierung, Verlust des Arbeitsplatzes usw.) Beschwerde führte, die das Kollektiv Heimkehrern zufügte. Pacher suchte um Schutz für die mit Ausreisepapieren ausgestatteten Schutzbündler an und warnte »vor jeglichen Ausschreitungen«, die »den gegenseitigen politischen Beziehungen mit der österreichischen Regierung Schaden zufügen würden«. Linde legte seinem Schreiben eine Liste von 16 ausreisewilligen Österreichern bei und bat den INO-Büroleiter, dafür zu sorgen, daß »die genannten Personen vor Erhalt ihres Ausreisewisums« nicht entlassen würden.¹⁰⁸

In diesem Zusammenhang suchte Pacher auch den stellvertretenden Außenminister Nikolai Krestinskij auf, der später im dritten Moskauer Schauprozeß (März 1938) mit Bucharin und anderen abgeurteilt und erschossen wurde.¹⁰⁹ Der österreichische Diplomat verwies auf die Unmöglichkeit, allen heimkehrwilligen Schutzbündlern, die Repressalien befürchteten, Unterkunft in der Gesandtschaft zu gewähren, daher bitte er das NKWD, sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen und Sorge dafür zu tragen, daß Ausreisende keinen Gewalttätigkeiten ausgesetzt würden. Krestinskij unterstützte das Begehren des Gesandten und forderte NKWD, WZSPS und die WKP/b auf, »Maßnahmen zum Schutz der Ausreisewilligen zu ergreifen und ebenso unter den Zurückgebliebenen die unerläßliche politisch-aufklärende Arbeit fortzuführen.«¹¹⁰

Aus Angaben von Heimkehrern geht hervor, daß die Leitung des Schutzbundkollektivs in Moskau – wohl aufgrund sowjetischer Weisungen – dazu übergang, Überredungsarbeit statt Brachialgewalt anzuwenden. Man wollte die Ursache für die Heimfahrt erfahren, aber aus naheliegenden Gründen hielten die meisten Rückkehrer ihre Gesandtschaftsbesuche geheim.¹¹¹ Andere »verhandelten« mit Uccusic, beispielsweise die Brüder der verhafteten Elisabeth Pfeiffer. Um ihrem Hinauswurf aus dem Hotel »Sowjetskaja« vorzubeugen, führten Johann und Andreas Pfeiffer die Festnahme der Schwester und die Amnestie als Gründe für die geplante Rückfahrt an. Bis zur Abreise passierten keine gröberen Zwischenfälle, auch weil sie Uccusic versprachen, »weiterhin Parteimitglieder zu bleiben.«¹¹²

Als 1936 die KPÖ eine generelle Auflösung der Schutzbund-Kolonien ins Auge faßte, versuchte man herauszufinden, ob die in Österreich erlassenen Amnestien sich auch auf alle »Rußlandfahrer« erstreckten. Zu diesem Zweck schickte das Kollektiv Franz Dorfner und Hans Griebaum, zwei politisch verlässliche Aktivisten, in die Gesandtschaft. Sie gaben dort an, auf einen Kurzurlaub nach Wien fahren zu wollen und fragten, ob die Amnestie sie selbst betreffe und die Ausstellung eines Reisepasses möglich sei. Auf die Antwort, daß die zuständige Heimatbehörde die Paßangelegenheit bewilligen müsse, machten beide – laut Gesandtschaftsbericht – eine enttäuschte Miene, stellten dann doch einen Reisepaßantrag. Dem Gesandtschaftspersonal fiel dabei auf, daß Dorfner und Griebaum – im Gegensatz zu allen anderen Heimreisewilligen – keine negativen Bemerkungen über die sowjetischen Zustände äußerten.¹¹³ Dem parteiinternen Bericht der beiden zufolge wurde ihnen versichert, es läge gegen sie in Österreich nichts vor, sie könnten ruhig ein Paßansuchen an die Behörden in der Heimat richten. Der zuständige Legationsrat hütete sich aber davor, dezidiert zu sagen, ob für sie die

Amnestie Geltung hatte. Er sprach auch die Ausbürgerungspraxis des österreichischen Staates an und bat beide, das nächste Mal mit Paßfotos zu erscheinen. Sieht man davon ab, daß Dorfner und Griebaum der Komintern über echte Heimfahrer, die sie bei den diversen Arbeiten in der Gesandtschaft trafen, berichten konnten, so war auch ihr zweiter Besuch ergebnislos. Sie kamen ohne Fotos und erteten bei den wohl noch mißtrauischer gewordenen österreichischen Beamten barsche Antworten auf ihr ungeschicktes Drängen, das Ausmaß der politischen Amnestie in Österreich zu erfahren.¹¹⁴ Zwei Tage später ging Ing. Josef Brüll im Auftrag von Uccusic in die österreichische Gesandtschaft. Gegenüber Brüll zeigte sich Legationsrat Lohner schlaucharmannt. Nachdem er bei Durchsicht der Ausbürgerungshefte festgestellt hatte, daß Brüll ausgebürgert war, sagte Lohner:

»(...) aber vielleicht schreiben Sie an das Bundeskanzleramt, wir sind doch keine Preußen, vielleicht hebt man diesen (Ausbürgerungs- – d. Verf.) Erlaß wieder auf. Ich verstehe ja, daß Sie nicht leicht auf die Staatsbürgerschaft verzichten, besonders in den jetzigen Zeiten.«

Nach diesem frustrierenden Meinungs austausch schrieb Brüll:

»Ich habe nach dieser Unterredung den Eindruck, daß die Amnestie wohl nur für die in Österreich befindlichen Genossen gilt bzw. daß in jedem einzelnen Falle individuell entschieden wird, ob man einem erklärt, daß der Prozeß abgeschlossen und niedergeschlagen oder daß er beim Betreten des Landes wieder auflebt.«¹¹⁵

Die Gesandtschaftsbeamten teilten Brüll freilich nicht mit, daß Gesandter Pacher sich bereits ein Jahr zuvor aus politischen Erwägungen gegen die Rückkehr der Schutzbündler ausgesprochen hatte. Damals (Jänner 1935) lief die erste Heimkehrerwelle gerade an, außerdem wurden der Gesandtschaft erstmals Berichte über die negative Stimmung unter den Schutzbündlern in Charkow und Rostow zugespielt. Pacher meinte, eine etwaige Amnestie ziehe ein starkes Rückfluten der Emigranten nach sich, wodurch »energische Agitatoren gegen die noch vorhandenen kommunistischen Strömungen in Österreich gewonnen würden.«¹¹⁶ Die Meinung der Staatspolizei dazu war noch negativer: Dadurch kämen neben den von Rußland enttäuschten Personen »auch geschulte Propagandisten für den Kommunismus nach Österreich« zurück.¹¹⁷ Obwohl in der Amnestiefrage also keine verlässlichen Informationen vorlagen, empfahl die Überprüfungscommission der KPÖ-Leitung, wie erinnerlich, einige Monate später die legale Rückkehr eines Großteils der Schutzbundemigranten. Schon im August 1936 urgierten Täubl und

Uccusic gegenüber der MOPR-Vorsitzenden Stassowa, den »Kampf und das Recht auf Rückkehr« beginnen zu dürfen.¹¹⁸

Da es trotzdem aus uns unerklärlichen Gründen jedoch nie zu einer parteimäßig sanktionierten »Heimkehrerwelle« kam, blieb der einzige Weg nach Hause weiterhin der des Bittgesuchs, d.h. das Warten auf den Bescheid der österreichischen Sicherheitsbehörden hinsichtlich der Paßausstellung, was den Kontakt mit der Gesandtschaft unabdingbar machte. Auch nach 1935 wurden Ausreisewillige verfeimt. Das war nur ein scheinbarer Widerspruch. Eine »indifferente« Haltung der lokalen Kaderfunktionäre gegenüber vermuteten oder tatsächlichen, jedoch nicht autorisierten Heimkehrvorbereitungen einzelner Schutzbündler hätte die Funktion jener Kader als Kontroll-, Überwachungs- und Disziplinierungsinstrumente obsolet werden lassen – eine Funktion, die sie ja ganz bewußt ausübten, auf deren Wahrnehmung sich zudem ein wesentlicher Teil ihres politischen Selbstverständnisses gründete. Ein weiterer Grund für die Überwachung und Registrierung von Heimkehrern hing mit dem Verdacht zusammen, Heimfahrer würden Kameraden »vernadern« oder über Parteinterne Angaben machen, um sich bei den Vertretern des österreichischen Staates in Moskau lieb Kind zu machen. So konnte Geschäftsträger Schwinner im Sommer 1936 in Kontakt mit einer Schutzbündlerfrau treten und über sie ein geheimes Treffen mit einem Kollektivmitglied arrangieren. Der Informant übergab eine Liste sämtlicher in Moskau arbeitenden Schutzbündler mit Berufs- und Betriebsangaben sowie politischen Bemerkungen über einzelne.¹¹⁹ Das Gesandtschaftspersonal interessierte sich besonders für die »Kommandierung« nach Spanien. Ein in Charkow arbeitender Schutzbündler, der einen Reisepaß für die Heimreise beantragte, wurde aufgefordert, bekanntzugeben, wer aus dem Charkower Kollektiv nach Spanien gefahren sei und auf welche Weise.¹²⁰ Ein anderer ausreisewilliger Schutzbündler beteuerte auf der Gesandtschaft, »er nähme lieber jede Kerkerstrafe in Österreich auf sich, als hier unter diesen Verhältnissen weiter zu leben«. Dafür machte er Angaben über seinen Arbeitsplatz im Elektrosawod (Moskau) und denunzierte Kollegen, die »sich durch radikale Redensarten besonders hervorgetan« hätten.¹²¹ Unter den Heimkehrenden gab es natürlich auch Personen, die sich an ein geregeltes Arbeitsleben nicht gewöhnen konnten oder wollten. Einer von diesen war Stefan M., ein Jungkommunist aus Krems, der »aus Rache (...) für die in der Sowjetunion erfahrene schlechte Behandlung und erlittene weltanschauliche Enttäuschung« auf der Gesandtschaft »auspackte« und teilweise falsche Informationen über leitende Funktionäre der KPÖ in Moskau lieferte.¹²² Zusammen mit seinem Zimmerkollegen aus dem Hotel »Sowjetskaja«,

dem Schutzbündler Rudolf H., sprach Stefan M. im April 1936 auf der Gesandtschaft vor. Beim zweiten Mal wurde er vom Spitzeldienst des Kollektivs erkannt und am darauffolgenden Tag aus seiner Herberge ausgewiesen.¹²³ Das Parteiaktiv beschrieb Rudolf H. als Krakeeler, der »Schlägereien nicht nur mit den Schutzbündlern, sondern auch an seinem Arbeitsplatz in dieser Hinsicht Anstände« hätte.¹²⁴ Stefan M. arbeitete anfangs in einer Möbelfabrik, war dort jedoch unzufrieden. Da er eine künstlerische Laufbahn einschlagen wollte, verhalf ihm die Gewerkschaft zu einer Stelle im Staatlichen Akademischen Theater. Laut Arbeitsaufzeichnungen fehlte er dort sehr oft, war in Diebereien verwickelt und wurde in der Folge aus der KPÖ ausgeschlossen. Besonders erwähnenswert fand Uccusic, daß Stefan M. den Leiter des Deutschen Klubs in Moskau beleidigt und angespuckt hatte.¹²⁵ Laut dieser Quelle übersiedelte M. schließlich in die österreichische Gesandtschaft, bevor er im Mai 1936 die Heimreise antrat.¹²⁶

Diese »Zersetzungserscheinungen« im Kollektiv waren bloß vereinzelte schwarze Wolken am Sowjethimmel, verglichen mit dem Gewitter, das sich 1936 zusammenbraute und im Frühjahr 1937 über den Häuptern von prominenten Führern der österreichischen Emigration in Moskau niederging. Im Grunde genommen ging es dabei um den Arbeitsstil des für die Schutzbündlerarbeit verantwortlichen Richard Uccusic. Als sein schärfster Widersacher trat Heinz Roscher hervor. In den ersten Jahren der Emigration war dessen Rolle bei den Februarkämpfen 1934 in Floridsdorf Gegenstand eines publizistischen Schlagabtausches zwischen Roscher und ALÖS-Funktionären, insbesondere Julius Deutsch. Die Unterlassungen der Kampfgruppen im 21. Bezirk (keine Entsendung von Hilfstruppen nach Döbling; Scheitern der geplanten Stürmung des Polizeikommissariats, der Sprengung der Sender am Bisamberg usw.) konnte Roscher zum Teil überzeugend zurückweisen. Aufgrund seiner Kontakte zu Georg Weissel (dem das interne Telefonnetz der Feuerwehr zur Verfügung stand) über die chaotischen Zustände informiert, die bei der Waffenausgabe und auch nachher in den meisten Wiener Bezirken herrschten, verzögerte Roscher den Bewaffnungsbefehl sowie die Angriffsparole, so daß die Floridsdorfer Schutzbündler erst im Morgenrauen des 13. Februar zum Angriff übergingen.¹²⁷ In seinem Standardwerk »Der Bürgerkrieg in Österreich« und in späteren Schriften verzichtete Deutsch bezeichnenderweise auf eine Weiterführung der sinnlosen Polemik gegen Roscher.¹²⁸ Auch im Moskauer Parteikollektiv war Roscher umstritten. Viele fanden, er sei hochmütig und glorifiziere sich selbst in seinen Schriften über die Februarrevolte.¹²⁹ Andere wiederum konnten seinen raschen Gesinnungswandel im Jahre 1934 schwer nach-

vollziehen: Nach Ludwig Carhoun soll Roscher denjenigen, die in Brünn Propaganda für die KP betrieben, mit Gewalt gedroht haben.¹³⁰ Umso größer daher die Verwunderung, als er bei der Ankunft in Moskau eine »bolschewistische« Brandrede hielt.¹³¹

Die detailliertesten und glaubwürdigsten Zeugnisse in diesem Zusammenhang stammen von der ALÖS-Führung. Sie behauptete, über einen von Roscher unmittelbar nach den Kämpfen verfaßten Bericht über die bewaffneten Auseinandersetzungen nördlich der Donau zu verfügen und deshalb sei sie in der Lage, auf teils gravierende Widersprüche zwischen dem ALÖS-Bericht und Roschers Buch »Die Februartkämpfe in Floridsdorf« hinzuweisen. Details darüber gaben die österreichischen SP-Führer in Brünn aber nicht preis, statt dessen führten sie ins Treffen, Roscher habe in bestem Einvernehmen mit Deutsch und Otto Bauer verkehrt und seine angeblichen Aussagen (in der KP-Zeitung *Delnicka Rovnost*, 8.3.1934) in einer Zuschrift an das Brünnner SP-Blatt *Der Volksfreund* bestritten, indem er das Gespräch mit dem kommunistischen Reporter als »glatt erfunden« abtat. Des weiteren soll Roscher seine Unterschrift unter einen antisozialdemokratischen Artikel in der KP-Presse, der von den Schutzbündlern Brudna, Hütter, Kotzian und anderen unterzeichnet und am 21. April 1934 abgedruckt wurde, verweigert haben.¹³²

Für einige Mitstreiter hatte also Roschers Hinwendung zur Dritten Internationale einen opportunistischen Beigeschmack. Etliche kommunistische Konvertiten waren darauf bedacht, hervorzuheben, daß sie früher als er und andere der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt hatten.

Ende 1934 wurden Roscher und Alois Zehetner vom Betrieb aus in den Moskauer Gemeinderat (Mossowjet) gewählt. Beide widmeten sich dem Schulbau, wobei sich Roscher besonders um die rechtzeitige Lieferung von Schulmöbeln kümmerte.¹³³ In einem langen Artikel ließ Roscher kurz nach seiner Wahl die Gelegenheit nicht aus, das Wahlsystem der Sowjets über alle Maßen zu loben und jenes der westlichen Demokratien als »Betrug« zu bezeichnen.¹³⁴ Nicht nur im politischen Leben, auch im Betrieb war Roscher ein Bilderbuchkommunist – im Autowerk »Stalin« etwa als anerkannter Brigadier bei der Montage der ersten sowjetischen Dieselmotoren.¹³⁵ Im November 1935 erfüllte seine Brigade den Arbeitsplan zu 140 Prozent.¹³⁶ Am 31. Dezember 1935, einem »Stachanow-Tag«, erbrachte Roscher, der damals an einem neuen 8-Zylinder-Motor für Personenautos arbeitete, 201,6 Prozent des Plans. Nebst zehn weiteren Österreichern im Autosawod prämierte man ihn mit einer Uhr für gute Arbeitsleistungen.¹³⁷ Wegen hoher Arbeitspro-

duktivität wurde Roscher zum letzten Mal knapp einen Monat vor seiner Festnahme (5.2.1938) in der Presse gelobt.¹³⁸

Andere Zeugnisse lassen keine Zweifel zu, daß Roscher seine Meinung selbstbewußt ausdrückte und sich von höher gestellten Funktionären nicht allzu sehr beeindrucken ließ. Bei seinem Antrag, Sowjetbürger zu werden, legten ihm weder die MOPR noch die KPÖ oder die Kaderabteilung des EKKI Hindernisse in den Weg.¹³⁹ Ganz anders verhielt es sich bei seinem Wunsch, nach Spanien zu den Internationalen Brigaden »kommandiert« zu werden. Obwohl er einer der bestqualifizierten Militärfachleute im Moskauer Kollektiv war (ausgebildeter MG-Schütze, Schutzbundmitglied seit 1924) und noch dazu über praktische Erfahrungen bei der Befehligung von Truppen im Straßenkampf verfügte, wurde er Ende 1936 ohne Angabe von Gründen für den Spanieneinsatz abgelehnt.¹⁴⁰ Gegen seine Entsendung hatten sicherlich »höhere Organe« Einwände erhoben, wahrscheinlich auch Uccusic, der Mitglied der Überprüfungs-kommission und Roschers Intimfeind war. Ein Rekurs fruchtete nichts: Manuiski reagierte auf sein Schreiben nicht, ein mit ihm befreundeter Offizier der Roten Armee konnte nichts ausrichten, in der Kaderabteilung des EKKI bekam er nur »Vertröstungen« zu hören usw.¹⁴¹ Laut der von Uccusic über Roscher verfaßten Charakteristik hatten die Floridsdorfer Ferdinand Beier und Leopold Brudna,¹⁴² die auch im Stalin-Sawod arbeiteten, dezidiert wissen lassen: Falls sie gemeinsam mit Roscher kommandiert werden sollten, seien sie »fest entschlossen«, bei der Partei zu beantragen, nicht mit Roscher nach Spanien geschickt zu werden, da sie »ihm in seiner krankhaften Eitelkeit alles zutrauen, jeder sowjetfeindlichen Handlung und auch jedem (sic) persönlichen Racheakt für fähig« hielten. Aus seiner Erbitterung über den verhinderten Spanien-Einsatz machte er kein Hehl. Dazu vermerkte Uccusic scheinheilig:

»Dabei ist mir nicht bekannt, daß er sich überhaupt bei jemandem zur Kommandierung gemeldet hätte.«¹⁴³

Gemäß den inquisitorischen Maßstäben der Kaderabteilung eignete sich der unabhängig denkende Roscher höchstwahrscheinlich deshalb nicht für die Internationalen Brigaden, weil er »die proletarische Gerechtigkeit« der Urteile im ersten Schauprozeß (August 1936) in Frage stellte. Wie leicht Meldungen aus zweiter und dritter Hand entstellt werden können, zeigen die zwei sowjetischen Varianten der beanstandeten Aussage des Floridsdorfer Schutzbundkommandanten:

»In einem Gespräch mit dem Parteiorg. seiner Zeche hat er in den ersten Tagen des Prozesses erklärt, daß er nicht glaubt, daß Sinowjew und Kamenew erschossen werden, weil die Erschießung solcher Leute eine Zuspitzung im in-

ternationalen Maßstabe hervorrufen kann und die Möglichkeit gibt, vom Roten Terror zu sprechen. Er drückte die ›Befürchtung‹ aus, daß sogar innerhalb unseres Landes es noch solche Leute gibt, welche nicht verstehen werden, weshalb Sinowjew und Kamenew unbedingt erschossen werden müssen.«¹⁴⁴

»Während des Trotzistenprozesses gegen Sinowjew hat Roscher in einem Gespräch mit dem Parteiorganisator im Betrieb die Meinung geäußert, daß man Sinowjew und Kamenew nicht erschießen *soll*, da dies zu einer Verschärfung der internationalen Beziehungen führen kann. Es könnten auch verschiedene Äußerungen über den Roten Terror in der UdSSR entstehen.«¹⁴⁵

Ein paar Tage später fand im Wohnhaus der Schutzbündler eine Versammlung statt, die zum Sinowjew-Kamenew-Prozeß »Stellung nehmen« sollte. Einige »Genossen« forderten Roscher auf, seine Äußerungen zu erläutern. Roscher rechtfertigte sich mit der Feststellung, er habe damals – am ersten Prozeßtag – »vom geplanten Attentat auf den Gen. Stalin« nichts gewußt. Er stritt jedoch seine Ansicht nicht ab, daß die Todesurteile gegen ehemalige Sowjetführer auf die sozialdemokratischen Arbeiter des Auslandes »abschreckend« wirken würden, man hätte lieber die Hauptangeklagten einige Monate später »irgendwo an einer Lungenentzündung zugrunde gehen lassen« sollen. Dann lastete Roscher Schwierigkeiten im Automobilwerk nicht nur »Bürokraten«, sondern auch »versteckte(n) Feinde(n)« an. Der Produktionsrückgang, so Roscher weiter, sei in den Sommermonaten nicht auf »die Hitze zurückzuführen«, daran seien Verhaftungen schuld: In seiner Zeche »mußte« man »allein zwölf in der Produktion führende Menschen« verhaften; man könne sich daher »den Schaden für die Produktion vorstellen«, den dies bewirke. Brüll widersprach, er wollte nur von einer einzigen Verhaftung wissen. Vier weitere Arbeitskollegen bezichtigten Roscher der »Miesmacherei«. In seinem Schlußwort polte Uccusic die Aussagen Roschers zu einer Anklage um (wann und wie habe er die am ersten Prozeßtag geäußerte »falsche Meinung« richtiggestellt?), worauf der Beschuldigte antwortete, dies habe er noch nicht getan, er arbeite jedoch an einem Artikel. Hinsichtlich der Haftfälle im Autogiganten »Stalin« stellte Uccusic die drohende Frage, wann ein Schaden eintrete – bei der »Beseitigung von Klassenfeinden« oder bei deren »Nichtentlarvung«? Er unterstellte dem Floridsdorfer »wenig Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse«, wenn dieser meine oder suggeriere, »daß sie nicht imstande« sei, auch zwölf führende Posten zu ersetzen.

Später warf Ernst Fischer dem Schutzbundreferent dessen scharfes Auftreten in der Versammlung vor. Uccusic erwiderte, es wäre »ein schwerer politischer Fehler« gewesen, Roscher nicht entgegenzutreten, was übrigens »mit persönlichen Gegensätzen (...) nicht das Geringste zu

tun gehabt« hätte. In einer anderen Aktivistenversammlung wehrte sich Roscher gegen Uccusic' harsche Beurteilung einiger Floridsdorfer Heimkehrer. Gleich Roscher vertraten die Fischer Brüder Walter und Otto die Meinung, die Ausreisewilligen hätten mit Weninger-Typen nichts gemein. Daraufhin beklagte sich Uccusic, Otto und Walter Fischer hielten »große Stücke« auf Roscher und wüßten ihm auch die gute Meinung Ernst Fischers zu sichern.¹⁴⁶ Robert Rosak ließ verlauten, Roscher halte Uccusic für einen »Konterrevolutionär«, ein »Musterbeispiel dafür, welche Leute in der Partei an exponierter Stelle« seien, während ehemalige Sozialdemokraten von der Parteiarbeit sowohl in Moskau als auch in Wien ausgeschlossen würden. Auf Rosaks Einwand, die Bestellung von Ernst Fischer zum EKKI-Vertreter widerspreche einer solchen Auffassung, antwortete der Floridsdorfer Schutzbundführer, man wolle nicht, daß Fischer in Österreich tätig sei, daher habe man »ihn hier an die Kette gelegt«. Roscher drohte, »die erste Gelegenheit zu benützen, um öffentlich mit der Partei abzurechnen«, d.h. die Benachteiligung von neuen, nach dem Februar 1934 gewonnenen KPÖ-Kadern durch den alten Apparat anzuprangern. Zur Unterstützung seiner These holte er aus seiner Wohnung ein Päckchen Briefe, die er aus Floridsdorf erhalten hatte. Dabei zitierte er den ihm nahestehenden Kaffeehausbesitzer Wilhelm Swatosch, der bis zu seiner Verhaftung kurz vor dem 12. Februar 1934 sein unmittelbarer Vorgesetzter in der Bezirksleitung des Schutzbundes gewesen war. Der inzwischen amnestierte Swatosch schrieb, er könne »den Weg zur KPÖ nicht finden,« da diese sich sektiererisch abschließe.¹⁴⁷

Schon vor der Versammlung zum ersten Schauprozeß hatte Roscher seiner Abneigung gegen Uccusic freien Lauf gelassen. In Anwesenheit von drei bekannten Aktivisten aus seinem Heimatbezirk wiederholte er, Uccusic sei Konterrevolutionär; auf Beweise dafür angesprochen, stellte er diese für später in Aussicht. Auf Drängen Uccusic' verlangte Ernst Fischer im Mai und Juli 1936 von Roscher, im Beisein der drei Aktivisten seine Aussage zurückziehen. Obwohl auch Täubl mit Roscher in diesem Sinne sprach, soll der Rückzieher ausgeblieben sein.¹⁴⁸

Roscher genoß bei Ernst Fischer sowie dessen Brüdern weiterhin großes Ansehen. Uccusic hingegen, sein größter Widersacher, verlor Amt und Würden. Dies dürfte erklären, weshalb Roscher vor seiner Verhaftung (Februar 1938) parteiintern nicht in größere Kalamitäten geriet oder gar ausgeschlossen wurde.

Im Kollektiv gab es schließlich im Zusammenhang mit der Familie des kontroversiellen Schutzbundführers eine auf den ersten Blick ungläubliche Geschichte, welche die damalige Atmosphäre von Denunzia-

tion, Bespitzelung und Mißgunst plastisch vor Augen führt. Vorweg die formell-bürokratische Seite:

Das Ehepaar Roscher berichtet Ernst Fischer am 10. Februar 1937 von ihren Verdächtigungen; am Tag darauf ergeht eine Zusammenfassung aus Fischers Feder an den Kaderfunktionär Krajewski; Täubl schickt am 26. Februar die deutsche Fassung, Alichanow (Kaderabteilung) tags darauf die russische Version an das NKWD.¹⁴⁹

Marie Roscher zufolge wurde sie kurz vor Beginn des 2. Schauprozesses (Jänner 1937) von der deutschen Kommunistin »Frieda«, einer Angestellten im Auslandsbüro des »Stalin«-Werks, eingeladen, bewirtet und schließlich zur Mitarbeit für den NKWD angesprochen. Ihre Aufgabe: Das Wohnhaus der Schutzbündler observieren, Heimkehrabsichten und Verbindungen zum österreichischen Konsulat melden. Zum absoluten Stillschweigen (auch im familiären Kreis) verpflichtet, beriet sich Marie Roscher dennoch mit ihrem Gatten, der sie »beauftragte (...) auf den Vorschlag einzugehen und auf alles gut aufzupassen«. Später führte ein russischer NKWD-Agent Frau Roscher in eine konspirative Wohnung, die ihr als eine Art Treffpunkt für Konfidenten beschrieben wurde. Einmal überraschte sie dort einen ihr bekannten Schutzbündler, der auf einer Kofferschreibmaschine Meldungen tippte und alles schnell wegräumte, als sie eintrat. Bald danach rissen die Kontakte ab, Frau Roscher hörte nichts mehr von ihren Auftraggebern. Da ihre »Betreuung« kurz vor Beginn des Radek-Prozesses aufhörte, äußerten Heinz Roscher und Ernst Fischer den Verdacht, das angebliche NKWD-Team sei in Wirklichkeit »eine konterrevolutionäre trotzkistische Gruppierung (...) deren Verbindungen mit dem Ausland abgerissen« seien. Die Anwerbung von Marie Roscher sei erfolgt, weil solche »Agenten« Leute suchten, »die aus der Sowjetunion ausreisen«. Damit waren aber Fischer und Roscher ihrer »Wachsamkeitspflicht« nur in ungenügendem Ausmaß nachgekommen: Krajewski wollte wissen, warum das Ehepaar Roscher erst jetzt und nicht vor oder während des Prozesses Meldung erstattet hatte, ferner, ob und welche Angaben Frau Roscher der Deutschen »Frieda« gemacht hätte.¹⁵⁰

Im Fall Karl Wagner war hingegen die NKWD-Mitarbeiter von wesentlicher Bedeutung. Während der langen Auseinandersetzungen zwischen diesen und der KPÖ-Führung gab Karl Wagner seine Dienste für die Geheimpolizei mehrmals zu. Um seinem Dilemma zu entkommen, bat Wagner die österreichische Sektion darum, ihm die Heimreise zu ermöglichen. Er unterstrich die Brisanz seiner Lage mit dem Hinweis, der NKWD bearbeite gerade auch die Akten von Ernst Fischer und Täubl.¹⁵¹ Durch die Diskreditierung Wagners kam auch dessen Freund

Richard Uccusic, der in Moskau stets unter seinem Parteinamen »Urban« auftrat, in Bedrängnis.

Zunächst die wichtigsten Lebensdaten von Richard Uccusic: Der 1895 geborene Sohn eines Privatangestellten geriet 1916 in italienische Gefangenschaft. Wegen Meuterei verhaftet und später nach einem Fluchtversuch wieder verurteilt, entkam Uccusic erst 1919 der italienischen Militärjustiz. 1920–1921 als Hauslehrer bei einem Großgrundbesitzer in Kroatien tätig, mußte er fliehen, nachdem seine wahre politische Gesinnung erkannt worden war. In Wien absolvierte er einen Handelskurs, wurde Angestellter einer Weberei und trat 1923 der SDAP bei. In der Döblinger Parteiorganisation gehörte er dem linken Kreis um Bezirkssekretär Karl Mark an und geriet in immer stärkeren Widerspruch zur offiziellen Parteilinie. Wie für viele Militante der österreichischen Arbeiterbewegung, war der 15. Juli 1927 auch für Uccusic ein Schlüsselerlebnis: Er beteiligte sich an den Kämpfen um den Schmerlingplatz, und am darauffolgenden Tag mobilisierte er Schutzbundeinheiten, um den Verkehr auf der Döblinger Hauptstraße zu kontrollieren. Später erhielt der militante Linkssozialist aufgrund seines Engagements gegen den »braunen« und den »grünen« Faschismus immer wieder Polizeistrafen, nahm an kommunistischen »Einheitskongressen« teil und trat mit einer Gruppe Gleichgesinnter im März 1931 der KPÖ bei, wo er schnell »Karriere« machte, unter anderem als zentraler Presseleiter und Ressortverantwortlicher für die »Gegnerarbeit«. In dieser Funktion war er für Propagandaarbeit innerhalb der Sozialdemokratie zuständig. Im Februar 1934 beteiligte sich Uccusic an den Kämpfen im Karl-Marx-Hof, wurde einen Monat darauf verhaftet und im Mai 1934 nach Wöllersdorf eingeliefert. Im Parteiauftrag flüchtete er mit Othmar Strobl Ende Juli 1934 aus dem Anhaltelager. Wegen fortgesetzter politischer Tätigkeit mit einer Wiederaufnahme der »Februar«-Anklage rechnend, übersiedelte er nach Prag und leitete von dort aus die illegale Grenzarbeit der KPÖ bis April 1935. In der Folge verschlimmerte sich sein Gesundheitszustand (Blutsturz), und er fuhr mit Zustimmung des Polbüros der KPÖ im September 1935 nach Moskau.¹⁵² Zwischen November 1935 und Sommer 1937 führte Uccusic die Betreuung der Schutzbündler durch.¹⁵³

Die für eine solch wichtige Funktion erforderlichen Empfehlungen stammten von den altgedienten KPÖ-Funktionären Arpad Haasz und Alfred Klahr. Haasz, der Politische Ökonomie an der Internationalen Lenin Schule unterrichtete, schrieb u.a. folgendes:

»Genosse Fürnberg berichtete in einer Sitzung des Wiener Sekretariats über seine (Urbans – d. Verf.) gute Haltung im Karl Marx Hof und beantragte,

Gen. Urban aufzufordern, seine Stelle zu verlassen (...) um mit seiner ganzen Arbeitskraft im Dienste der Partei stehen zu können (...) (Urban war in Wöllerdsdorf) vom ersten Tag an Mitglied unserer Leitungsexekutive. Er leitete auch dort die Gegnerarbeit unter den Sozialdemokraten (Schutzbündlern). Außerdem leitete er Zersetzungsarbeit unter der Heimwehr und dem Militär (...) Bei der Organisation und Leitung der einzelnen Aktionen und Demonstrationen trat er mit besonderem Mut hervor (...) Gen. Urban hat auch infolge seiner militärischen Kenntnisse (er war früher Offizier) und infolge seiner Praxis in der Gegnerarbeit die Mentalität der Schutzbündler gut gekannt und genoß unter ihnen ein großes Ansehen.«¹⁵⁴

Laut Klahr (Parteiame: »Rudolf Pohl«) hatte Uccusic 1933–1934 die Gegnerarbeit »zu unserer vollsten Zufriedenheit durchgeführt (...), obwohl er unter großen persönlichen Schwierigkeiten arbeitete (den ganzen Tag war er im Geschäft und seine Frau war lange Zeit schwer krank)«.¹⁵⁵

Schon 1936 war man innerhalb der Kaderabteilung des EKKI der Meinung, seine Agenden gehörten eigentlich in den Bereich der Gewerkschaften, denn die daraus resultierenden administrativen Aufgaben hätten den Kominternapparat nur belastet, daher sollte Uccusic in den Gewerkschaftsapparat überwechseln.¹⁵⁶

Es war letztlich ein »Aufstand« der im Hotel »Baltschug« wohnenden Schutzbündler, der die Untersuchung von Wagners Arbeitsmethoden – dieser agierte im Namen Uccusic' – ins Rollen brachte.

Im Juli 1936 traten einige Mitglieder des Baltschug-Kollektivs Wagner in einer Versammlung demonstrativ entgegen. Eingangs schalt Wagner die Anwesenden, daß sie einen gewissen Finster nicht überredeten, die Reise zu seiner Arbeitsstelle in Tscheljabinsk anzutreten, obwohl sie ihn zur Bahn begleitet hatten. Ob es sich hier um eine »Strafversetzung« handelte, ist ungewiß, aber wahrscheinlich. Jedenfalls stieg Finster gar nicht in den Zug ein, sondern wandte sich in Moskau wieder an die MOPR. Als er zu Karl Wagner kam und ihn um Talons für Essen ersuchte, wies ihn dieser ab:

»Du warst zwar unvernünftig genug, gegen die MOPR zu rebellieren, aber auf Kosten der MOPR geht das nicht. Du bist außerhalb der Fürsorge, dein Geld hast du bekommen, nunmehr bist du auf dich angewiesen.«

Heinrich Finster, damals 25 Jahre alt und aus Graz stammend, war seit 1930 Mitglied der KPÖ. 1936 bezichtigte ihn das NKWD der »Spionage«, im September 1937 folgte das Todesurteil.

Die Haltung der Kollektivmitglieder im Fall Finster veranlaßte Wagner zu einer kleinen Abhandlung. Er diagnostizierte »Emigrämie« wie folgt:

»Emigrämie ist eine Krankheit, die willensschwache Menschen befällt, die sich nicht oder schwer von ihrer Vergangenheit, ihren früheren Lebensgewohnheiten loslösen können, die ihre frühere Ideologie nicht abzustreifen vermögen. In diesem kritischen Übergangsstadium rebellieren sie gegen sich, gegen das Neue, Ungewohnte, kommen dadurch mit vielen anderen in Konflikt, machen Bocksprünge und glauben, trotz allem im Recht zu sein. Das Fehlen jeder realen Einstellung, ein mangelndes politisches Niveau führen dazu, daß anstelle jeder praktischen Erkenntnis an politischer Notwendigkeit Kleinlichkeit, Hoteltratsch, Nörgelei, persönliche Eifersüchteleien treten. Politemigranten werden so zu Spießbürgern und Quertreibern. Auf dieser Linie bilden sich sehr leicht Platten, Interessensgemeinschaften, die nicht immer organisiert sein müssen, trotz allem aber zur Absonderung führen, weil sich diese Interessen nicht immer mit denen der Allgemeinheit (...) decken.«

Damit erwies sich Wagner als scharfer Beobachter seiner unglücklichen Landsleute, aber auch als Zyniker im wahrsten Sinne des Wortes.

Gleich anschließend verbat sich ein gewisser Hänzl die Bezeichnung »Platte«¹⁵⁷ und beschwerte sich über das Abfangen an ihn adressierter Briefe durch seinen Zimmerkollegen Josef Fahrner, der Wagner zuarbeitete. Dazu lieferte Gustav Hoppe (Gründungsmitglied der KPÖ) einen bemerkenswerten Kommentar:

»Wegen der Post an Hänzl ist mir das unverständlich. Wir sind im Kollektiv eine Familie und die Sowjetunion ist unsere Mutter und unser Vater. Was sollen wir da verheimlichen? Alles darf man wissen. Meine Briefe sind unsere Briefe (...) Als Kommunist bin ich Soldat. Wo die Partei mich hinschickt, gehe ich hin.«¹⁵⁸

Bei anderen Mitbewohnern des Hotels war das Resultat stalinistischer Erziehung – die (Selbst-)Auslöschung der eigenen Persönlichkeit – noch nicht so weit fortgeschritten. Ihre Ausführungen in der Versammlung legten auch Zeugnis von der haßerfüllten Atmosphäre unter Menschen ab, die auf engem Raum jahrelang miteinander auskommen mußten und die Aufforderung zur »revolutionären Wachsamkeit« ausnützten, um sich heute zwar lächerlich anmutende, doch damals potentiell verderbnisbringende Aussagen gegenseitig an den Kopf zu schleudern:

»Hlouschek: Marusa (vermutlich eine Dolmetscherin – d. Verf.) machte mir einen Witz, als sie sagte, ich werde am Kanal arbeiten können. Aber wenn ich Erlaubnis bekomme, arbeite ich selbstverständlich auch am Kanal.

Biller: Also du arbeitest trotz des Verbotes am Kanal?

Hlouschek: Wo ich arbeite, ist mir gleich. Das kannst Du nicht verstehen. Bleib daher sitzen.

Hänzl: So eine Scheiße habe ich noch nie gehört.

Wagner Karl: Er nennt unsere Versammlung eine Scheiße.«¹⁵⁹

Erst im Oktober 1936 legte Josef Stückler aus dem »Baltschug«-Kollektiv einen offiziellen Protest gegen Wagner bei der Komintern ein. Bis dahin hatten die Hotelbewohner gezögert, gegen ihn auszusagen, weil sie glaubten, »Wagner sei Vertrauensmann der KI und er genieße besonderes Vertrauen in der KI«. Stückler berichtete, Wagner habe Vertrauensleute im Hotel eigenmächtig abgesetzt und durch eigene Gewährsleute ersetzt, er ließe die Post der Emigranten öffnen und Telefongespräche abhören. Des Weiteren habe Wagner Charakteristiken über alle im Hotel Wohnenden verfaßt und dabei 16 KPD-Mitglieder sowie den Grazer Adolf Gatter (März 1937 Verhaftung, 1942 Tod im GULag) als »Konterrevolutionäre« abgestempelt.

Im Zusammenhang mit dem Streit Hänzl–Wagner (s.w.o.) gab Stückler zu Protokoll, Wagner habe ihm eröffnet, er hätte »den strikten Auftrag gehabt, bei der Emigrantenversammlung zu provozieren«. Laut Stückler schufen die ständigen Bespitzelungen eine Atmosphäre, die jede politische Tätigkeit unterminiert hätte. Weiters:

»Es entstanden dadurch verschiedene Gruppierungen, es traut sich niemand mehr ein offenes Wort zu sprechen und das alles ist das Werk von Wagner und diese Tätigkeit wirkt wie die Tätigkeit eines Provokateurs.«¹⁶⁰

Der Protest bewirkte noch im Oktober 1936 eine Aussprache zwischen Uccusic und Ernst Fischer. Der österreichische EKKI-Vertreter meinte, die Schutzbündlerarbeit würde bald nicht mehr nötig sein, es hätten sich aufgrund dieser Arbeit ohnehin »schwere Vorwürfe« ergeben.

Abschließend fügte Fischer hinzu, »Keller« (d.h. Täubl) beurteile die Vorwürfe viel schärfer als er selbst, der ja wisse, »welche undankbare Arbeit« die Betreuung der Schutzbündler sei. Fischer nannte die Praktiken von Wagner und Fahrner im Hotel »Baltschug« eine anmaßende »polizeiähnliche Überwachung«. Angeblich wollte Togliatti (Partei-name: Ercoli) in die Angelegenheit gleich eingreifen, statt dessen habe man die Wagner und Fahrner belastenden Materialien an die Internationale Kontrollkommission (IKK) der Komintern übergeben. Fischer meinte, er wisse noch nicht, ob Wagner ein Provokateur sei, auch wenn dieser »Zersetzungsarbeit« leiste, »wie sie kein Provokateur besser leisten könnte«. Er kündigte an, für die Ausweisung von Wagner und Fahrner aus der Union zu sorgen. Auf den Vorwurf Fischers, Uccusic mische sich zu sehr »in private Dinge der Schutzbündler« ein oder halte sich nicht fern genug davon, widersprach dieser und gab seine strengen Beurteilungskriterien an:

»Wenn aber politische Folgen eintreten, die dem Ansehen der Partei oder des Schutzbundes Abbruch tun in den Augen der Parteilosen hier oder im

Land, wenn es sich um Erscheinungen der moralischen Zersetzung oder Korruption handelt, dann war und bin ich für konsequentes Vorgehen gegen solche Genossen, sei es durch Belehrung, Verweise, Rügen, sei es durch Ausschluß aus dem Kollektiv und Partei.«

Als Beispiele führte er das Verhalten einiger Floridsdorfer an: ein Frauenheld, dessen »Exzesse« im Schutzbundhaus einen Schutzbündler in den Selbstmord getrieben haben; ein anderer, der sich eine Invalidenrente »erschwindelt« hatte; und schließlich jemand, der als einer der Hauptorganisatoren der Heimkehrerwelle verdächtigt wurde.

Bevor er Fischer verließ, zählte Uccusic nochmals alle die Person Roschers inkriminierenden Punkte wieder auf. »Nach selbstkritischer Überprüfung« seiner Handlungsweisen insistierte Uccusic, daß die Vorwürfe Fischers gegen ihn »der Berechtigung entbehren«. Er beteuerte am Ende seines Berichts, bereits im Juli 1936 Wagner gewarnt zu haben, »die Gegensätze im Kollektiv Baltschug nicht aufs äußerste« zu treiben, gab jedoch nun zu, gegenüber dem Salzburger »nicht energisch genug« gewesen zu sein, so daß dieser »seiner Kontrolle zum Teil entglitten« sei.¹⁶¹

Bis April 1937 hatte Täubl einen aus fünf Punkten bestehenden Beschwerdekatalog zusammengestellt. Zu den uns schon bekannten Vorwürfen kamen zwei weitere hinzu: Uccusic verkehre »im Offizierston« mit den Emigrantanten, sein Mitarbeiter Karl Wagner sei »ein feindliches Element«. Unter Berufung auf Stückler (Wagners Arbeit habe darin bestanden, jedem »Fallen zu stellen, um ihn als Konterrevolutionär bezeichnen zu können«) gestaltete Täubl seinen Bericht so, daß er sich letzten Endes vorwiegend nicht gegen Uccusic, sondern gegen dessen Adlatus richtete. Dabei legte Täubl dar, wie leicht sich im Kollektiv Gerüchte zu Verdächtigungen umwandeln ließen. Nach der turbulenten Versammlung im Hotel »Baltschug« (16. Juli 1936) schrieb der aus Pichl bei Windischgarsten stammende Schutzbündler Karl Wurm an Dimitrow einen Beschwerdebrief über Karl Wagner, in dem er Wagner als ehemaligen österreichischen Polizeibeamten bezeichnete. Daraufhin zitierte man den Oberösterreicher ins Kominternhaus und fragte ihn über die Quelle dieser Information aus. Wurm berief sich auf die Aussage eines Lagerleiters in der Tschechoslowakei, der dann – über die tschechische Partei – vom Polbüro der KPÖ gefragt wurde, ob Wurms Aussage stimme. Er verneinte dies und sagte, er habe diesem lediglich mitgeteilt, daß Wagner als ein im Nachrichtendienst des Schutzbundes tätig gewesener Funktionär Verbindungen zu Polizisten unterhalten hätte.

Nach dieser entlastenden Mitteilung kam jedoch ein von der KPÖ übermitteltes Schreiben, das Wagner schwer belastete:

»Über SOPADE-Kreis (Deutsche Sozialdemokraten – d. Verf.) erhalten wir folgende Mitteilung (27.5.1936): Wir machen auf einen Österreicher Karl Wagner, Moskau, Hotel Baltshug, Zimmer 14, aufmerksam. Er hat hier gewohnt, verfügte über große Mitteln (sic), war ständig auf Reisen und arbeitete nicht nur für den Schutzbund, sondern ihrer Ansicht nach für die Nazi. Der Verrat der Teilnehmer an einer Konferenz in Budweis konnte ihm nachgewiesen werden. Als sich die Polizei seiner annehmen wollte, war er verschwunden und jetzt meldet er sich aus Moskau.«

Täubl konnte die Anschuldigungen größtenteils entkräften:

Wagner verfügte manchmal über beträchtliche Mittel, die er von der KPÖ erhalten hatte; für seine Grenztätigkeit spannte er, wie er selbst zugab, auch Henlein-Leute ein; vom Hochfliegen einer Konferenz in Budweis wußte in Moskau niemand. Schließlich schrieb Täubl über Wagners Versuche, Kameraden im Hotel für das NKWD zu werben. Wagners diesbezügliche »Arbeitsvorschläge« wollte Täubl nicht kommentieren, da ein Angeworbener dem NKWD bereits Meldung darüber erstattet hatte. Als Conclusio hielt er fest:

»Wir haben uns mit Urban beschäftigt. Auf Grund der Untersuchung können wir annehmen, daß Urban kein feindliches Element ist, sondern nur von Wagner ausgenutzt wurde. Inwieweit Wagner ein feindliches Element ist, entzieht sich aus dem oben genannten Grund unserer Kenntnis. Wir halten ihn aber nicht für ein eindeutiges Element.«

Der Bericht war mit der Überschrift »Zur Weiterleitung« versehen, d.h. für den NKWD bestimmt.¹⁶²

Kurz darauf besprachen Koplénig, Täubl, Fürnberg und Ernst Fischer die Ergebnisse der noch laufenden Untersuchung gegen Uccusic. Sie orteten bei ihm drei große »Fehler«:

- 1) Obwohl er »auf dem Gebiete der Klassenwachsamkeit einiges geleistet« und »schlechte Elemente aufgedeckt« hatte, vermochte Uccusic andererseits nicht zu differenzieren, d.h. »die noch Verbesserungsfähigen loszulösen von den verlorenen Elementen«.
- 2) Seine Aufträge an Wagner waren »zu weitgehend«. Und da Wagner kein Vertrauen unter den Emigranten genoß, verlagerte sich die Mißstimmung auf alle KPÖ-Funktionäre in der KI, besonders auf Uccusic.
- 3) Sein ironischer Kommandoton stieß viele Emigranten ab.

Alle gelangten zum Schluß, Uccusic sei trotz seiner »Fehler« in der politischen Arbeit, »kein feindliches oder fremdes Element«. Nur kamen bei ihm seine bürgerliche Herkunft und Offiziersmanieren »überall zum Durchbruch«.¹⁶³

Im Juni 1937 wurde Uccusic entlassen. Offiziell gab es drei Gründe dafür: Erstens hatte die Schutzbündlerbetreuung selbst ein Ende gefunden; zweitens führte der Referent diese Arbeit nicht gut durch; drittens hatten sich in bezug auf seine Vergangenheit Bedenken ergeben.

Ernst Fischer schlug vor, ihn samt Familie zur Partearbeit nach Paris ausreisen zu lassen, aber die Untersuchung zog sich über Monate hin, und Uccusic mußte bis zum Abschluß der Ermittlungen in Moskau bleiben.¹⁶⁴

Unmittelbar nach seiner Entlassung – ein kausaler Zusammenhang läßt sich nicht feststellen – verfaßte Uccusic eine siebenseitige scharfe Polemik gegen die neueste Theorie der KPÖ: »die österreichische Nation«. Der Titel seiner in äußerst sarkastischem Stil geschriebenen Abrechnung war vielsagend: »Einige Bemerkungen zur Nationalen Frage in Österreich: einige Zweifel an der »österreichischen Nation«. Im Grunde genommen ließ er sich von zwei bis dahin in der Arbeiterbewegung nicht hinterfragten Glaubenssätzen leiten: Haß gegen die morsche Welt der Habsburger bzw. deren Nachbeter und Anschluß an ein *sozialistisches* Deutschland.¹⁶⁵

In einer Meldung an die Kaderabteilung stellte Täubl fest, der Artikel sei »voll mit Naziideologie« und enthalte »schwere Angriffe auf die Linie der Partei«. ¹⁶⁶ Als nächstes nahm man die von Uccusic selbst verfaßten Biographien unter die Lupe und entdeckte Widersprüche. Uccusic mußte drei Versionen seines Kroatien-Aufenthaltes (1920–1921) schreiben, bevor man bereit war, seiner Beteuerung Glauben zu schenken, er habe die Biographie sehr rasch in die Maschine diktiert, und dadurch seien »Ungenauigkeiten« entstanden. Die »Ungenauigkeiten« betrafen »Unruhen« in Kroatien und eine übertrieben dargestellte Beteiligung daran sowie die in diesem Zusammenhang geschilderten Verbindungen zu Funktionären der KPJ. Der jugoslawische Kommunist Trenowsky prüfte die Angaben und verwarf sie allesamt, denn es hätte »zu jener Zeit in jenem Ort (...) gar keinen Aufstand« gegeben, daher sei der jugoslawische Teil der Biographie »nicht richtig«. ¹⁶⁷ Nach einer Konfrontation mit Trenowsky (25.12.1937), der auch Täubl und Samek von der Kaderabteilung beiwohnten, entgegnete Uccusic auf die Einwände des jugoslawischen KP-Funktionärs: Als jahrelang in der UdSSR lebender Serbe könne er diese Angaben über Vorfälle in Kroatien nicht einschätzen. Stärker befremdet hatte Richard Uccusic die Tatsache, daß Täubl nun auch noch seine Beteiligung an politischen Aktionen in Österreich bezweifelte und die Möglichkeit bestritt, sein politisches Engagement durch die Befragung von Parteigenossen im Land bestätigen zu lassen. Uccusic bestand weiterhin auf der völligen Klärung »aller noch unklar

gebliebenen Punkte«. ¹⁶⁸ Das aber sollte ihm nie gelingen. Zwar beantragte die österreichische EKKI-Vertretung Anfang 1938 die Ausreise der Familie nach Frankreich, ¹⁶⁹ wobei Fürnberg das hierfür notwendige Formular für den Verbindungsdienst der KI (OMS) selbst unterschrieb, ¹⁷⁰ aber Uccusic blieb in einer Art Vorhölle. So begann sein sozialer Abstieg mit der Suche nach einer entsprechenden Arbeitsstelle. Im Sommer 1938 versicherte ihm Koplenig, daß »kein Anlaß zu politischen Zweifeln« in seinem Fall bestehe. ¹⁷¹ Fürnbergs zahlreiche Eingaben (zwecks Linderung der Not des Verfeimten und seiner Familie) wären wahrscheinlich nicht notwendig gewesen, hätte man sich durchringen können, eine »politische Rekommodation« zu geben. Eben das konnte die Partei laut Fürnberg aber nicht tun, weil Uccusic in der Schutzbundarbeit mit einem inzwischen Verhafteten (Wagner – d. Verf.) kooperiert und im »Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs (...) einen grundsätzlich falschen Standpunkt eingenommen« hatte. ¹⁷²

Uccusic hatte lediglich an führender Stelle vorgeführt, was die Wachsamkeitsmanie jener Jahre von jedem Kommunisten einforderte. Dabei



Ella Bernaschek, Tochter von Richard Bernaschek, 1934 am Schwarzen Meer.



Franz Leschanz, der Mann von Ella Bernaschek.

warf man ihm zwar »Übertreibungen« vor, seine »Verdienste« bei der Aufdeckung ganzer Gruppen von vermeintlich »schlechten Elementen« wurden jedoch gebührend zur Kenntnis genommen. Sein besonderer Eifer in dieser Frage dürfte dem EKKI-Vertreter Fischer übertrieben erschienen sein, vor allem deshalb, weil die praktizierten Methoden eine Rebellion unter sonst gut beleumdeten Aktivisten im Kollektiv hervorriefen. Urbans überspitzte Ansichten über prophylaktische Observation blieben kadermäßig oft unbeanstandet, waren sie doch »ideologisch fundiert«. Ein Beispiel bot seine Fixierung auf vermeintliche Anhänger von Richard Bernaschek in Moskau und Leningrad.¹⁷³ Im Kleinkrieg mit der Leitung des Kinderheimes Nr. 6, wo die Schutzbundkinder unterkamen, sparte Uccusic auch nicht mit diffamierenden, politisch ausgrenzenden Meldungen, was ihm die Angegriffenen allerdings auf ähnliche Weise heimzahlten.¹⁷⁴

Leningrad

Während der ersten Heimkehrerwelle 1934–1938 – die zweite fiel in die Paktzeit 1939–1941 – fuhren über 40 Schutzbündler, d.h. ein Fünftel des Kollektivs, freiwillig von Leningrad nach Österreich zurück. Die Unzufriedenheit nahm aus den schon erwähnten Gründen 1935 stark zu, was Abolin bei einer Visite konstatieren konnte. Gleich zu Beginn seines Besuches vernahm Abolin, Vertreter der WKP/b sowie Chavenson, der Bevollmächtigte des NKWD für das Leningrader Gebiet, in einer Kollektivversammlung zahlreiche Beschwerden der Schutzbündler. Auf die Initiative Abolins fand auch eine Sitzung des Gorkom (Stadtkomitee) der Partei statt, an der auch Chavenson teilnahm. Alle Anwesenden waren der Ansicht, die Arbeit unter den Schutzbündlern sei »nicht zufriedenstellend«, und da man auf längere Sicht »politische Ausschreitungen«, in allernächster Zeit aber eine Verschlechterung der Stimmung unter den Österreichern befürchtete, wurde die Einberufung einer allgemeinen Parteiversammlung der Schutzbündler verschoben.

Abolin hielt die Angaben des lokalen INO-Büros über die Beteiligung der Schutzbündler »an der Gründung einer illegalen konterrevolutionären Organisation« für stark übertrieben, leugnete aber nicht das Vorhandensein einer organisierten Heimkehrerwelle.

30 Prozent der Schutzbündler hielt er für gute Genossen, da sie »die proletarische Abhärtung erhalten hatten«, weitere 40 Prozent waren »noch nicht ganz frei von halbbourgeois Meinungen«, der Rest erschien ihm schwankend, wobei er »15–18 Personen als Deklassierte und

Kandidaten für die Rückkehr« einstuft. Abolin stellte fest, daß sich der Leiter des Leningrader INO-Büros über den Zustand der Betreuungsarbeit unter den Österreichern nicht informiert hatte und von der schlechten Stimmung und »Wühlarbeit« im Kollektiv so gut wie nichts wußte, obwohl dessen Stellvertreter Sommermaier dem NKWD darüber berichtet hatte. Dieser Sommermaier, so Abolin weiter, hatte durch seine tolpatschigen Arbeitsmethoden die Situation nur verschlimmert: Im Beisein dreier Schutzbündler hatte er vom Büro aus die Zentrale des NKWD angerufen und erklärt, man solle die Beobachtung einer Schutzbündlerfrau »vom Verlassen ihrer Wohnung an bis zum Bahnhof aufnehmen«. Dabei sprach er so laut, daß auch die im Vorraum Wartenden das Gespräch mitbekamen. Weiters beanstandete Abolin die Beendigung des Politunterrichts und konstatierte, die Arbeit des INO-Büros des Leningrader Gewerkschaftsrates unter den Schutzbündern hätte sich eher auf die Betreuung einzelner als auf koordinierte politisch-erzieherische Aufgaben konzentriert. Die grundsätzliche Unterlassung betraf jedoch die Qualifizierung der Schutzbündler und folglich ihre Verdienstmöglichkeiten. Eine diesbezügliche Direktive der WZSPS-Zentrale wurde damals in Leningrad noch nicht verwirklicht.

Im Schlußteil seines Berichts empfahl Abolin:

- 1) Die Direktive bezüglich der Qualifikation auszuführen.
- 2) Die »Massenarbeit« unter den Schutzbündern zu verbessern.
- 3) Die Zahl der Instruktoren zu erhöhen.
- 4) Eine Kontrolle der Gesamtbetreuung der Österreicher zu gewährleisten.
- 5) Um den Einstieg von Schutzbündlerfrauen ins sowjetische Berufsleben erst zu ermöglichen, Plätze in Krippen und Kindergärten zu organisieren.
- 6) »Auf der Grundlage einer Entscheidung des Kollektivs unverbesserliche Elemente« von der Subventionsliste der Gewerkschaft zu streichen und an der Ausreise aus der UdSSR nicht zu hindern.¹⁷⁵

Die »Zersetzungserscheinungen« unter den Leningrader Schutzbündern hatten, wie in Charkow, starke kollektivinterne Wurzeln. Infolge einer politisch motivierten Aufteilung, derzufolge die prominentesten und »verlässlichsten« Genossen in Moskau leben mußten, setzte sich die Leningrader Führung aus jungen, politisch unerfahrenen und übereifrigen Neo-Kommunisten zusammen. In der Kollektivleitung war kein prominenter »Altkommunist« vertreten, der Ansehen in der Kaderabteilung der KI genossen hätte. Bekannte ehemalige Schutzbündlerführer oder Funktionäre, die sich beim Februaraufstand hervorgetan hatten, fehlten ebenfalls. In der Folge brachte die Leitung den Anpassungsschwierigkeiten der eigenen Landsleute wenig Verständnis entgegen und agierte zudem als scharfmacherischer Erfüllungsgehilfe der Gewerkschaftsbürokratie.

1935 entbrannte ein Streit im Kollektiv über die empfohlene Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft. Der Vertrauensmann Carhoun und andere Schutzbündler sträubten sich gegen die Annahme dieses Danaergeschenks und mußten ihre ablehnende Haltung vor der Leitung rechtfertigen. Später enthob ein »Kameradschaftsgericht« Ludwig Carhoun seiner politischen Funktion, mit der Begründung, er habe die Heimkehr von drei in seinem Betrieb beschäftigten Schutzbündlern »begünstigt«, indem er den »Verrat« nicht gemeldet hätte.¹⁷⁶

Laut *DZZ* war die Leningrader Enklave bei den zwischenstädtlichen Wettbewerben deshalb so erfolgreich, weil es dort »günstigere objektive Voraussetzungen« gegeben hätte »als in irgendeiner anderen Stadtgruppe«. Die »objektiven« Bedingungen waren nichts anderes als einzelne Komponenten eines feinmaschigen Kontrollsystems, das der Kollektivleitung, den Gewerkschaften und schließlich dem NKWD ermöglichte, den einzelnen nach »Leistung« zu beurteilen und auf ihn den erforderlichen Druck auszuüben. Die Schutzbündlergruppen in den Leningrader Betrieben gründeten »Kontrollgruppen« und entsandten einen Delegierten in die »Wettbewerbskontrollkommission«. Zweimal monatlich rief ein Kommissionsmitglied seine Gruppe zusammen, um »die Schwächen jedes einzelnen Genossen« festzustellen. Beim Abschluß des Wettbewerbs im März 1936 erhielt der WZSPS einen Stoß von ausgefüllten Formularen, auf denen das arbeitsmäßige und politische »Vorankommen« von 90 Prozent der Kollektivmitglieder in nicht weniger als 43 Spalten festgehalten war. Als ausschlaggebende Kriterien galten folgende:

- 1) Ob der Genosse einen »Rechenschaftsbericht« abgelegt hatte.
- 2) Betätigt sich der Betreffende als »Rabkor« oder als Artikelschreiber für eine Wandzeitung?
- 3) Hat der Genosse mit Landsleuten oder russischen Arbeitskollegen einen »persönlichen« Wettbewerb abgeschlossen?
- 4) Zehn Fragen zur Stachanow-Arbeit, u.a.:
Lohnstufe vor und nach dem Wettbewerb, Monatsverdienst im letzten Halbjahr, höchster und niedrigster Prozentsatz der Planerfüllung, Arbeitseinsatz an Stachanow-Tagen bzw. -Dekaden.
- 5) Teilnahme an einem politischen, technischen und Sprachzirkel, ferner am Gasschutz- und Sanitätskurs, Zahl der »besuchten« Kursabende, Entschuldigungsgründe.
- 6) MOPR-Aktivität, Teilnahme an Produktions- und politischen Versammlungen.
- 7) Ob der Genosse alle Ossoaviachim-Abzeichen erlangt hat, Note beim Abschluß des Technikums.

8) Allgemeines: Weshalb und womit der Genosse prämiert wurde, der Inhalt seiner Verbesserungsvorschläge für die Produktion.¹⁷⁷

Ludwig Carhoun gab später in Österreich an, die Organisierung eines größeren Transports in die Heimat sei durch die Verhaftung des Hauptorganisators vereitelt worden. In dieser Angelegenheit verhörte man auch Carhoun und stellte ihm anheim, für den NKWD zu arbeiten oder ins Straflager zu wandern. Ein Genosse Beerenzweig vom NKWD verhiess ihm bei Tee und Zigaretten eine lichte Zukunft: Die Geheimpolizei suche »tüchtige Fachleute, Schloßspezialisten, denn Reisegesellschaften sind zu kontrollieren, Koffer zu öffnen ohne Gewalt, Inhalt zu fotografieren usw.«. Daher biete man Carhoun für seine Mitarbeit den bisherigen Betriebslohn und gewisse Privilegien (NKWD-eigene Bekleidungs- und Versorgungsstellen) an. Carhoun sagte aus taktischen Gründen zu, aber beim zweiten Treffen mit seinem »Führungsoffizier« hieß es plötzlich, er müsse zuerst seine russischen Arbeitskollegen und eigene Landsleute observieren und Meldung über sie erstatten. Auch diesem Auftrag stimmte Carhoun zu, mußte ihn aber nicht erfüllen, weil er glaubhaft machen konnte, daß seine Freunde ihm nun mißtrauten und Heimkehrwillige ihre Intentionen ohnedies geheimhielten. Gleichzeitig urgierte Carhoun bei der Gewerkschaft, daß er, das raue Klima nicht vertragend, nach Charkow versetzt werde, was ihm im Februar 1936 auch gelang.¹⁷⁸

Als »Hauptorganisator« des in großen Zügen geplanten Heimkehrertransports wurde Josef Stern angesehen, ein ehemaliger Gemeindevwachmann und Schutzbund-Zugsführer aus Floridsdorf. Im Leningrader »Kasitzki«-Werk war Stern gemäß sowjetischen Angaben ein fleißiger und politisch aktiver Arbeiter. Anlässlich der erhöhten Lebensmittelpreise in den INSNAB-Läden (Anfang 1935) versuchte er vergeblich, einen Protest des Kollektivs zustandezubringen. Laut derselben Quelle war Stern früher aus dem Werk »Krassnaja Sarja« entlassen worden, weil er in eine Schlägerei mit dem Bilderbuchstachanowisten Jilke verwickelt war.¹⁷⁹

Das Kollektiv schloß Stern wegen eines Geldskandals aus: Angeblich hatte seine Freundin in unkorrekter Weise Geld vom Weissel-Fonds in Prag bezogen. Angelastet wurde ihm auch, er sei »Polizeispitzel« und hätte unter den Leningrader Schutzbündlern »oppositionelle Gruppen« mit dem Namen »Revolutionäre Sozialisten« gebildet.¹⁸⁰ Stern wurde am 18. August 1935 verhaftet und »konterrevolutionärer Handlungen« bezichtigt. Später aus unbekanntem Gründen enthaftet, floh er in die österreichische Gesandtschaft. Dort wurde ihm die Paßausstellung verweigert, weil er wegen Beteiligung an der Februarrevolte schon im

Oktober 1934 ausgebürgert worden war.¹⁸¹ Später berichtete die Deutsche Botschaft in Moskau, Stern habe doch die Erlaubnis zur Heimreise erhalten, sei aber wieder verhaftet, zu zehn Jahren verurteilt und in der Folge zur Ausweisung bestimmt worden.¹⁸² Ein 1937 abgeschobener Schutzbündler, der als Sträfling beim Baikalski-Amurski-Magistral Bahnbau (BAM) »eingesetzt« war, gab nach seiner Rückkehr zu Protokoll, Stern befinde sich in Wladiwostok und werde bald zu einem Straflager auf einer Insel im Ochotskischen Meer eingeschifft.¹⁸³

Ein weiteres Indiz für eine großangelegt geplante Ausreisewelle 1935 aus Leningrad, ist die Tatsache, daß in jenem Jahr nur drei Schutzbündler aus Leningrad nach Hause fuhren, während zehn aus Moskau und 17 aus Charkow diesen Schritt unternahmen. Möglicherweise legten potentielle Heimkehrer nach Sterns Festnahme ihre Pläne vorläufig auf Eis, denn im darauffolgenden Jahr reisten 14 Schutzbündler aus Leningrad, 13 aus Moskau und 12 aus Charkow gegen Westen ab.

Auf der Gesandtschaft berichteten zwei aus Leningrad geflüchtete Schutzbündler darüber, wie sie von Kollektiv und Gewerkschaft überwacht und mit Drohungen verfolgt wurden.¹⁸⁴ Sie nannten den österreichischen Diplomaten die Namen der radikalsten Mitglieder und würzten ihre Angaben mit antisemitischen Bemerkungen. Daraufhin leitete die Gesandtschaft die Ausbürgerung der genannten Aktivisten in die Wege.¹⁸⁵ Um den Reisepaß zu erhalten, mußte ein Linzer Schutzbündler die gefährliche Reise nach Moskau ein zweites Mal unternehmen. In der Zwischenzeit verlor er Arbeit und Wohnung.¹⁸⁶

Alois Wieser aus Eisenerz gab die schlechte wirtschaftliche Lage als Hauptgrund für die Rückkehr an. Sein Lohn wurde in Leningrad von 250 auf 200 Rubel reduziert, von dieser Summe und dem Verdienst seiner Frau konnten zwei Personen nicht leben. Die von ihm angeführten Lebenshaltungskosten verdeutlichen die Unverhältnismäßigkeit der Lohn-Preis Beziehung:

1 l Milch	1,80 Rubel	1 Anzug	150–300 Rubel
1 kg Brot	1,90 Rubel	1 Paar Schuhe	200 Rubel
1 kg Butter	6–20 Rubel		

Man hatte ihn übrigens auch unter Druck gesetzt, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, wovon er freilich Abstand nahm.¹⁸⁷

Daß ein Ausschluß aus dem Kollektiv manchmal aus verständlichen Gründen geschah, ist am Fall des Karl M. aus Floridsdorf nachvollziehbar. Über einen »Mittelsmann« reichten Karl M. und Karl P. bei der österreichischen Gesandtschaft die Paßansuchen ein. Gegen die Ausstel-

lung der Reisepapiere erhob die Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit keine Einwände.¹⁸⁸ Man fällt den Ausschluß von Karl M. aus der Parteigruppe, weil er, bevor er den Paß abholte, die Einrichtung in seiner Wohnung zertrümmert hatte.¹⁸⁹ Gemeinsam mit Karl P. unterschrieb er in Leningrad eine »Erklärung«, in der er seinen Gang zur Gesandtschaft bereute und seiner Hoffnung Ausdruck gab, »durch meine Arbeit in der Sowjetunion das Vertrauen der Sowjetunion« wieder zu gewinnen. Weiters hieß es:

»Die Sowjetunion ist mein einziges Vaterland und nach dem gegenwärtigen Österreich gibt es kein Zurück für mich (...) Ich bitte, mich wieder einzustellen in meinem Beruf und werde diszipliniert wieder ein aktiver Kämpfer am Aufbau unseres sozialistischen Vaterlandes (sic).«¹⁹⁰

Vorher hatte Uccusic – nach telegraphischer Mitteilung aus dem Kollektiv, daß sechs Leningrader Schutzbündler nach Moskau gefahren seien – dafür gesorgt, daß die Ausreisewilligen weder zu den Hotels »Baltshug« und »Sowjetskaja« noch zum Wohnkomplex der Schutzbündler Zutritt bekamen. Auf der Gesandtschaft »unfreundlich behandelt«, wandte sich die Gruppe an die Moskauer Gewerkschaften und beteuerte, sie bereue den Gang zur österreichischen Vertretung. Die Antwort des Gewerkschaftssekretärs:

»Sie mögen ihre Erklärung und ihre Reue vor den Arbeitern und Schutzbündlern in Leningrad öffentlich bekunden und dort mit einer Kellerwohnung vorliebnehmen.«

Uccusic verständigte davon das Leningrader INO-Büro sowie den Kollektivverantwortlichen Zika und empfahl, nach der oben zitierten Methode vorzugehen »bzw. in einem anderen Falle vor den letzten Konsequenzen nicht zurückzuschrecken«. Karl M. übersiedelte später auf die Gesandtschaft, kam nach zwei Monaten wieder ins Kollektiv zurück, gab eine zweite »Erklärung« ab und erhielt eine Arbeitsstelle außerhalb Leningrads zugewiesen.¹⁹¹ Kurze Zeit später fuhr er nach Wien zurück.

Ein skandlößes Verhalten gegenüber seinen Angehörigen legte der im September 1936 nach Wien zurückgekehrte Johann Schl. an den Tag. Früher war Schl. Mitglied der KPÖ (1930–1932) und der Arbeiterwehr gewesen. Er nahm angeblich an den Februarkämpfen teil und gelangte mit dem ersten Transport in die UdSSR. In Wien war Schl. jahrelang arbeitslos gewesen und hatte Zitronen verkauft. Der Fabriksalltag in Leningrad war ihm so ungewohnt, daß er sich um 7 Uhr abends schlafen legte.¹⁹² In Leningrad heiratete er eine russische Frau, obwohl er in Wien eine Ehefrau und zwei Kinder hatte. Obgleich die Modalitäten einer

Alimentenzahlung von 10 Rubel mit der MOPR arrangiert wurden, weigerte sich Schl. das Geld zu überweisen.¹⁹³ Später ließ er seine Wiener Familie nachkommen.¹⁹⁴ Nachdem ihn »das proletarische Gericht« zur Zahlung der Unterhaltungskosten für seine österreichische Familie verurteilt hatte, verließ Schl. diese und wurde ab März 1936 ein weiterer Mitesser auf der Gesandtschaft. ¹⁹⁵Parteiobmann Zika rapportierte, Schl.'s österreichische Frau lebe mit nur 120 Rubel monatlich »unter äußerst dürftigen Verhältnissen«, ihre Kinder seien im Kinderheim, und die MOPR zahle gerade noch die Miete für das Hotelzimmer. Seine Betriebskollegen verlangten, daß »die Sowjetorgane« Schl. an der Ausreise hindern »und ihn zur Unterstützung seiner Frau und Kinder veranlassen«.¹⁹⁶

Rostow

Abgesehen von den 1934 ausgereisten Schutzbündlern Necas, Birnbauer und Zimmerl gab es vor 1940 in Rostow nur einen einzigen freiwilligen Heimkehrer, nämlich Anton Mader aus Wien-Meidling, der wohl aus Abenteuerlust als 18jähriger nach Rußland ausgewandert war. Die Sicherheitsdirektion in Wien hegte keine Bedenken gegen die Paßausstellung.¹⁹⁷ Nach Wien zurückgekehrt (Februar 1937) wurde er »auf freiem Fuß belassen«, da die Behörden keine Anhaltspunkte für eine Beteiligung an den Februarkämpfen ausfindig machen konnten.¹⁹⁸ Auch Mader begründete seine Heimfahrt mit verschlechterten Lebensverhältnissen und schlicht mit Hunger.¹⁹⁹ Den Gang zur österreichischen Gesandtschaft hatte er gemeinsam mit dem Steirer Franz Rasborschek angetreten. In einer sechs Monate zuvor (Mai 1936) verfaßten Biographie für die Kaderabteilung beklagte sich Rasborschek, er verdiene zu wenig, habe seit Schließung der Fabrikskantine nichts Warmes mehr gegessen und brauche dringend ein Hemd, eine Hose und Schuhe.²⁰⁰ Gegen eine Paßausstellung hatte die Polizei keine gravierenden Einwände, obzwar man anlässlich einer Hausdurchsuchung bei seinem Bruder Briefe von Franz fand, in welchen dieser »den Kommunismus verherrlicht und die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich einer in höhnischen Worten ausgedrückten Kritik unterzogen« hatte.²⁰¹ »Heimkehrabsicht« war wohl der Hauptgrund, warum Rasborschek und der Großteil des Rostower Schutzbundkontingents 1937 in Haft genommen wurden. Eine Handvoll Schutzbündler, die im Mai 1935 Rostow Richtung Charkow verließen, wurden »wegen unkameradschaftlichen Verhaltens« am darauffolgenden Tag aus dem Rostower Kollektiv ausgeschlossen.²⁰² Als

Franz Sulzbacher, aus derselben Gegend wie Dallinger stammend, rundete seine Biographie positiv ab:

»Nach Österreich schreibe ich sehr selten und unwichtige Dinge, aber die Polizei übergibt die Briefe trotzdem nicht meinen Verwandten. Mein Vater schrieb vor kurzem an Dallinger, daß er sehr lange ohne Nachricht von mir sei. In der SU fühle ich mich sehr gut, bin Stachanow-Arbeiter, habe mich fachlich ausgebildet. Mit einem Wort, ich fühle mich hier zu Hause.«²⁰⁸

Franz Pietzka (St. Michael) hätte wahrscheinlich wegen der Angaben über seine Mitgliedschaft in der Hilfspolizei (1933–1934), einer Teilorganisation der Heimwehr, Probleme bekommen können. Er machte jedoch Zeugen namhaft, die bestätigten, daß sein Beitritt zu dieser Organisation auf einem Parteibeschuß fußte und Teil der Infiltrationspolitik des obersteirischen Schutzbundes gewesen war.²⁰⁹

Gorki

Die österreichische Politenklave in Gorki war nicht so homogen wie die aus älteren SDAP-Funktionären und »gestandenen Schutzbündlern« zusammengesetzte Rostower Gruppe. »Kadermäßig« gab es in Gorki die größten Probleme mit den »Altkommunisten«. Die Komintern tauschte die Vertrauensleute in der Gorkier Kollektivleitung mehrmals aus. Erster Parteiorganisator war der aus Linz stammende Schlosser Alexander Lange, ein KPÖ-Mitglied seit 1932. Lange wurde im August 1935 abgesetzt.²¹⁰ Seine Nachfolge traten Fritz Hackl und Franz Chuchlik gemeinsam an. Hackl starb 1937, während seines Spanien-Einsatzes an einer »heimtückischen Krankheit«.²¹¹ Den Wiener Chuchlik entthob man schon vorher seiner Vertrauensstelle, da die Genossen ihn für einen »Stänkerer«, »Nörgler« und »Intriganten« hielten.²¹² Anfang März 1937 wählte man in einer Kollektivversammlung anstelle des nach Spanien gefahrenen Hackl den Steirer Johann Schweiger zum Vertrauensmann, Alois Sieberer aus Steyr zum Leiter der Wohnkommune (s.w.o.) und den altgedienten Arbeiterfunktionär Franz Leinmüller (Wien) zum Kassier. Auf die Wahl nahm der anwesende Gen. Markus vom INO-Büro Einfluß. Kurz darauf änderte Uccusic die Zusammensetzung der Leitung und beharrte darauf, daß Sieberer die Funktion des politischen Obmannes übernehme.²¹³

Die in Gorki erstellten Kadercharakteristiken enthielten diffamierende Eintragungen und zeigten, in welchem Maße jedes Kollektivmitglied unter ständiger Observanz stand und die private Sphäre des Menschen

schwer beeinträchtigt bzw. gänzlich aufgehoben war. Neben den üblichen Bezeichnungen wie »guter Arbeiter«, »diszipliniert«, »undiszipliniert«, stößt man auf Vermerke, die nur mit persönlicher Abneigung zu erklären sind:

»neidisch«, »ein bißchen zu verliebt«, »ein bißchen zu gescheit« usw. In der Spalte »Heimkehrergedanken« hieß es beispielsweise über Alois Sieberer: »Man kann bei ihm noch nicht genau feststellen, da er erst ganz kurze Zeit in unserem Kollektiv ist.«²¹⁴ Andererseits stellte man jemandem, der eifrig studierte (Technikum) und als »sehr gut und diszipliniert« in der Produktion bezeichnet wurde, doch eine negative Beurteilung aus:

»Er ist politisch sehr gut geschult, d.h. belesen, man kann Ihm (sic) aber praktisch nicht verwenden, weigert sich sogar in Versammlungen zu referieren. Er scheint vor irgend etwas Angst zu haben.«²¹⁵

Daß eine Denunziation teilweise nicht immer die Meinung der Kollektivleitung wiedergab, sondern sich auf die Eingaben gewisser eifriger »Meldungsmacher« stützte, aber trotzdem verheerende Wirkung haben konnte, veranschaulicht ein Fall, den Ernst Fischer persönlich in die Hand nahm. Am 11. Juni 1937 schrieb der EKKI-Vertreter an die Kaderabteilung und bat, »durch einige Ausweisungen aus der UdSSR einige Exempel« zu statuieren. Fünf der acht Auszuweisenden gehörten dem Gorkier Kollektiv an. Fischer zufolge betrieben die angeführten »schlechten Elemente« (Alexander Lange, Matthias Szigethy, Antonia Katzelberger, Friedrich Mankowits und Robert M.) aus Gorki »zersetzende, die Sowjetinstitutionen kompromittierende Agitation«, u.a. dadurch, daß sie »in demonstrativer Art ein Gastmahl, zu welchem sie Hunde schlachteten«, veranstalteten, »um ihre Notlage zu zeigen«.²¹⁶ Vier Tage zuvor hatte der Vertrauensmann Sieberer die Angelegenheit mit dem Verzehr von Hundefleisch in die richtige Perspektive gesetzt, aber zu spät, um Fischers Brief zu beeinflussen. Unbeantwortet muß hier die Frage bleiben, ob die Richtigstellung überhaupt berücksichtigt worden wäre, denn eine »Korrektur« hätte in der damaligen politischen Atmosphäre sich als »Rohrkrepierer« erwiesen und einen Rattenschwanz an unangenehmen Fragen für den Meldungsmacher und höher gestellte Funktionäre bedeuten können. Sieberer zufolge hatte nämlich Gen. Chuchlik, der »immer gegen den Vertrauensmann« nörgelte,²¹⁷ nach Moskau rapportiert, Johann Rohrer, Alex Lange und Franz Weißhäupl hätten den Hund gegessen. Sieberer legte »der ganzen Sache keine Bedeutung bei« und war der Ansicht, daß die Genannten damit »keine antisowjetische Propaganda« machen wollten. Denn: Hundefleisch sei nach landläufiger Meinung »gut für die Lunge«, Katzenfleisch erfreue

sich aus demselben Grund »in unserer Siedlung« Beliebtheit, auch bei denen, die 500–600 Rubel im Monat verdienten. Die Angelegenheit sollte auch deshalb keine Folgen haben, so Sieberer weiter, weil auch INO-Leiter Markus sie für bedeutungslos hielt, zumal der Vertreter des INO-Büros Gen. Jakowlew an der sonderbaren Mahlzeit teilgenommen hatte.²¹⁸ Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß das »konterrevolutionäre« Abendessen in Fischers Brief fünf Menschen angelastet wurde, obwohl nur einer davon wirklich dabei war. Eine ebenso nebulose Dif-famierung enthielt Fischers Beschwerde über namentlich nicht genannte Österreicher, die am Krankenbett eines Genossen in Gorki geäußert haben sollen: »In der Sowjetunion läßt man auch Invalide krepieren.«²¹⁹

Antonia Katzelberger war seit 1928 KP-Mitglied, ihr Lebensgefährte Matthias Szigethy seit 1932. Fischer schlug beide zur Ausweisung vor, weil sie in der österreichischen Gesandtschaft gewesen waren. Daß sie von dort nicht gleich Richtung Heimat, sondern nach Gorki zurückfuhren, legte Fischer folgendermaßen aus: »Entweder sind ihre Papiere nicht in Ordnung, oder sie haben noch gewisse Aufträge zu erfüllen.«²²⁰ Ein möglicher Grund für die Heimkehrabsicht des Paares war der Verdienstentgang, da Antonia Katzelberger nach der Geburt ihres Sohnes Sergej (27.4.1935) wegen Mangel an Krippenplätzen in Gorki lange Zeit keiner Arbeit nachgehen konnte.²²¹ Erst im März 1937 schloß die Bundespolizei-direktion Wien das Erhebungsverfahren gegen Szigethy ab. Die Polizei-juristen stellten sich wegen der früheren kommunistischen Tätigkeit Szigethys »entschieden« gegen die Ausstellung eines Reisepasses, zumal auch sein Bruder ein amtsbekannter Kommunist war.²²² Auch ohne diese »belastenden« Faktoren standen die Chancen für Szigethy schlecht: Er hatte ehemals die ungarische Staatsbürgerschaft besessen, in der UdSSR lebte er als Staatenloser.²²³ Frau Katzelberger kehrte mit ihrem Sohn im April 1938 nach Hause zurück. Einen Monat zuvor war Matthias Szi-gethy verhaftet worden.

Auch Otto, der jüngere Bruder des in der 1. Moskauer Uhrenfabrik arbeitenden Josef Kormout, konnte von Gorki nach Hause fahren, al-lerdings erst, nachdem man seine Frau aus der sowjetischen Staatsbür-gerschaft entlassen hatte. Mit 15 Jahren trat Otto Kormout 1929 dem KJVÖ bei und war bis 1932 Polleiter der Simmeringer Jugendgruppe.²²⁴ Im Juni 1934 kam er mit dem zweiten Schutzbundtransport nach Moskau, dann nach Gorki, wo er bis Dezember 1936 im Autowerk als Zeichner-Konstrukteur arbeitete.²²⁵ Laut eigenen Angaben verlor Kormout seine Arbeitsstelle und jegliche Unterstützung seitens der MOPR, weil er sich weigerte, »im Parteiauftrag« in die Heimat zu fahren.²²⁶ Da Kormout mittellos war, für seine russische Frau und Tochter sorgen mußte und

»wegen seiner sowjetfeindlichen Gesinnung auch keine Arbeit erhalten« konnte, urgierte die österreichische Gesandtschaft, sein Heimkehrgesuch möglichst rasch zu erledigen.²²⁷ Die Staatspolizei billigte die Heimfahrt, trotz Kormouts kommunistischer Vergangenheit.²²⁸ Seine sofort nach der Ankunft in Wien erfolgte Inhaftierung dauerte nur eine Woche. Nach Abgabe einer »Loyalitätserklärung« ließ man ihn frei, durch einen »Gnadenakt« des Bundespräsidenten wurde das »Fieberverfahren« eingestellt.²²⁹

Ein weiterer »Altkommunist«, der in Ungnade fiel, aber im März 1938 doch heil abfahren konnte,²³⁰ war Robert M., ehemals Leiter des Gebietes Wiener Neustadt der KPÖ.²³¹ Laut Fischer war M. »sowjetfeindlich« und verwendete seine Dienstfahrten – er stellte Lastautos aus dem Gorkier Autowerk in Moskau zu – »um mit dem Konsulat in Verbindung zu treten.«²³² Das Kollektiv bescheinigte M., er sei »geizig« und interessiere sich »nur für seine Familie«. Seiner Frau wurde in der gleichen Stellungnahme nachgesagt, sie habe »Haare auf den Zähnen« und sei größtenteils daran schuld, daß M. so tief gesunken sei.²³³ Heinz Kamil, ein Emissär Täubls, stellte im September 1936 bei Frau M. Heimweh und Arbeitsunlust fest, daher, so Kamil, »wird die Familie immer zu wenig haben.«²³⁴ Robert M. konnte sich Hackl zufolge »dem Kollektiv nicht anpassen« – wegen einer Gartenschaufel beispielsweise, die M. für sich beanspruchte, die aber »Kollektiveigentum« war, wäre es fast zu einer Schlägerei gekommen.²³⁵

Ein ganz anderes Benehmen im familiären Bereich führte Emanuel M. vor, den das Kollektiv der Arbeitsscheue, des Hooliganismus und der Vielweiberei bezichtigte und aus der Gemeinschaft ausschloß. Im April 1935 wurden die drei Leitungsmitglieder Hackl, Siersch und Katzelberger beauftragt, einen informierenden Brief über Emanuel M. an den WZSPS zu schreiben. Die Vorwürfe lauten:

In der tschechischen Emigration waren Emanuel M. und einige andere trotz negativer Beurteilungen der Vertrauensleute in die Sammelliste für den zweiten Transport aufgenommen worden. In Wien hatte M. eine Frau und zwei Kinder, ließ aber seine tschechische Freundin nach Gorki nachkommen. Er mißhandelte sie und randalierte in betrunkenem Zustand in einer Nachbarwohnung, wohin sie geflüchtet war. Die Auseinandersetzungen endeten in einer Schlägerei auf der Straße. Nachdem M. die Erlaubnis bekommen hatte, eine Arbeitsstelle in Charkow zu suchen, heiratete er am Vortag seiner Abfahrt eine Angestellte des Zahnambulatoriums in Gorki. Er kam aber bald nach Gorki zurück und behauptete, es sei unmöglich in Charkow zu bleiben, »da die dortigen Schutzbündler den Leiter des INO-Büros verprügelten«. Das Gorkier

Kollektiv war über die Eskapaden des Emanuel M. derart empört, daß es die Gewerkschaft ersuchte, ihm »sofort alle Rechte eines Schutzbündlers und Politemigranten abzuerkennen (...) und die strengsten Maßnahmen zu ergreifen«. ²³⁶ Im Juni 1937 reichte Emanuel M. ein Paßansuchen bei der österreichischen Gesandtschaft ein. Man gewährte ihm kein Asyl im Haus, sondern wies ihn an, »nach seiner gegenwärtigen Arbeitsstelle in Gorkij zurückzukehren und dort die Entscheidung abzuwarten«. ²³⁷ Drei Monate später wurde er unter »Spionageverdacht« in Gorki verhaftet.

Den Neo-Kommunisten ist Gustav Siersch zuzuordnen, dessen tragisches Ende in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich war. Der Medizinstudent aus Wien-Ottakring war im Autowerk wohl fehl am Platz. Er hätte einen Arbeitsplatz an einem wissenschaftlichen Institut in Moskau erhalten sollen, brauchte aber dafür eine »Charakteristik« von seinen Kollegen im Kollektiv. Als die Beurteilung über ihn teilweise negativ ausfiel, weigerte er sich, diese anzunehmen und suchte Verbündete. In einer Versammlung traten einige Schutzbündler zur Verteidigung des Ottakringers auf. »Um das Kollektiv zusammenzuhalten«, gab man Siersch eine neue, positivere Charakteristik. ²³⁸ In Moskau mußte Siersch in eine Nervenheilanstalt eingeliefert werden, man entließ ihn später als »geheilt«. Er wurde auf der österreichischen Gesandtschaft vorstellig, bekam in der Folge seinen Reisepaß, weigerte sich jedoch, die für die Ausreise nötigen Papiere bei der Miliz zu unterschreiben. Als er später gegen das Gesandtschaftspersonal gewalttätig vorging, brachte man ihn wieder in eine psychiatrische Klinik, ²³⁹ wo er 1938 starb. Seine Verwandten in Wien meinten, aus seinen Briefen nach Hause gehe klar hervor, daß sich Siersch »eingebildet oder auf Tatsachen beruhend« von der sowjetischen Geheimpolizei verfolgt fühlte. ²⁴⁰

Wilhelm Bankler, seit 1934 KPÖ-Mitglied, war hingegen ein erfahrener Arbeiterfunktionär. Von Beruf Metallarbeiter, arbeitete er jahrelang in Deutschland und war im Raum Chemnitz SPD-Funktionär und Ortsvorsitzender einer Einheit des Reichsbanners, der SPD-nahen Wehrformation. In Wien schloß sich Bankler den kämpfenden Schutzbündlern (Abschnitt Gürtel-Reumann-Hof) an und reiste mit dem zweiten Transport nach Sowjetrußland. Seine Fähigkeiten schätzte man im Gorkier Autowerk hoch ein, Kollektivmitglieder kritisierten jedoch seine Trinkfreudigkeit und offenen Redensarten. Trotzdem war die Prüfungskommission in Moskau für sein Verbleiben in der UdSSR. ²⁴¹ Dies wäre kaum geschehen, hätten Uccusic und Täubl ihre Untersuchungsergebnisse später fertiggestellt, denn ein Vierteljahr nach der Beschlußfassung ging ein Bankler auf schärfste denunzierender Brief bei der österreichischen

KI-Sektion ein. Die gravierendsten Vorwürfe seiner »Genossen« lauteten:

- 1) Er beschreibe den Radek-Pjatakow Prozeß als »Affentheater«.
- 2) Die Stachanow-Bewegung sei »Ausbeutung in versteckter Form«.
- 3) Der sowjetische Werktätige könne nur bestimmen, wo das Scheißhaus hin gebaut wird und sonst nichts.
- 4) In Österreich lebe ein Arbeitsloser besser als ein Arbeiter in Rußland.
- 5) Für »diesen Sauhaufen« gehe er »nicht mehr auf die Barrikaden«.

Die Leitungsmitglieder des Kollektivs behaupteten, Bankler wolle »seine Ausweisung aus der S.U. provozieren (...), damit er drüben von den Faschisten gut empfangen« werde.²⁴²

Der Vertrauensmann Sieberer berichtete an Uccusic, einigen Kollektivmitgliedern, darunter Bankler, sei »das Maul anständig zugestopft worden«. Dieser habe »trozkistische Gespräche geführt gegen Partei und Sowjetunion«, aber er, Sieberer, habe besagten Fall dem Leiter des lokalen INO-Büros »übergeben«.²⁴³ Acht Monate später nahm man Bankler fest und warf ihm »Spionage« vor.

Der »Altkommunist« Heinz Kamil kam im August 1936 zur Inspektion nach Gorki und resümierte, Sieberer habe »die festeste Einstellung von allen«, er solle für die sowjetische Staatsbürgerschaft vorgeschlagen werden.²⁴⁴ Kamils Gesamteindruck:

»Man muß feststellen, daß die schlechten Elemente im Gorkier Kollektiv gerade die älteren Parteimitglieder sind (...) Es ist interessant, daß, wenn man die älteren Parteimitglieder mit den jüngeren diskutieren hört, haben die jüngeren gesündere Einstellungen.«²⁴⁵

Die »Altkommunisten« machten auch gegenüber dem INO-Büro-Leiter Markus aus ihrer Unzufriedenheit kein Hehl und deponierten ihren Wunsch, nach Hause fahren zu wollen.²⁴⁶ Darunter waren die von Ernst Fischer zum Landesverweis vorgeschlagenen Alex Lange und Fritz Mankowits. Nach Fischer war Mankowits unzufrieden und »sowjetfeindlich«, leistete »eine bestimmte Arbeit« für die österreichische Gesandtschaft und hatte behauptet, »auf die Entlassung seiner Frau aus der Sowjetstaatsbürgerschaft zu warten«.²⁴⁷ Mankowits wurde 1936 aus dem Kollektiv ausgestoßen und im November 1937 vom NKWD abgeholt. Zur Gruppe der »Unzufriedenen« zählte man auch den 24jährigen, aus Steyr stammenden August Penninger, der 1930–1932 Mitglied des KJVÖ gewesen war.²⁴⁸ Laut Charakteristik galt Penninger als »Stachanowetz«, »Nörgler« und »frech«.²⁴⁹ Diese und weitere Angaben verwendete die Kaderüberprüfungskommission, um Penninger »Heimkehrerabsichten« nachzusagen und seine Redensarten als »Nazipropaganda« darzustellen.

Vorschläge machte die Kommission in seinem Fall keine.²⁵⁰ Für Penningers weitere Verwendung sorgte das NKWD, das ihn im September 1937 abführte.

Die Komplizenschaft der Kaderabteilung bei Festnahmen durch das NKWD tritt bei Alex Lange viel eindeutiger hervor. Lange hatte im Autowerk mit seinem finnischen Meister große Probleme und verdiente an einem Tag im August 1935 für fünf Stunden Dreherarbeit nur 45 Kopeken. Daraufhin weigerte er sich eine Zeitlang, zur Arbeit zu erscheinen, und verlor deswegen seine Stelle als »Parteiorganisator« im Kollektiv.²⁵¹ Er bat seinen in Moskau befindlichen Bruder Eduard, dafür zu sorgen, daß Großmann seine Versetzung nach Moskau anordne und einen Ersatz für ihn in der Gorkier Kollektivleitung finde.²⁵² 1936 berichtete Agnes Deutsch nach einer Visite im Siedlungshaus der Schutzbündler, Alex Lange sei »viel gleichmäßiger geworden«, arbeite voll in der Kommune mit und erfülle »seinen Produktionsplan zu 300 Prozent«.²⁵³ Im selben Zeitraum bezeichnete der Kollektivobmann Hackl die Arbeitsleistung von Lange als »beispielhaft«: Dieser habe früher nie mehr als 250 Rubel verdient, jetzt verdiene er das Doppelte.²⁵⁴ Im Juni 1937 nahm Sieberer Lange gegenüber Chuchlik in Schutz, nachdem dieser den Beschluß des WZSPS, Langes Schulden an die Kommune (500 Rubel) zu zahlen, kritisiert hatte.²⁵⁵ Alex Lange stand aber schon damals auf der Abschußliste: Ende 1936 »entlarvte« man seinen Bruder Edi, der in der Leninschule unter dem Namen »Ricker« studierte, als »faschistischen Agenten«. In Alex Langes Kaderakte gelangte danach eine Notiz Uccusic', derzufolge jener nach der Inhaftierung seines Bruders von der österreichischen EKKI-Vertretung verlangt hätte, man möge auf die Anfrage einer Schweizerin über den Verbleib Eduard Langes wenigstens mit dem Code »Kasten offen« oder »Kasten zu« antworten.²⁵⁶ In seinem »Ausweisungsbrief« brachte Ernst Fischer gegen Alex Lange sowohl die Verhaftung seines Bruders als auch »die ständige Korrespondenz, welche ständige Nachforschungen nach dem Verbleib des Moskauer Lange anstellte«, vor. Das Verhalten von Alex Lange in der Produktion nannte Fischer »nichts anders als eine Sabotage«.²⁵⁷ Die letzten »Beweisstücke« gegen Lange lieferten seine mit ihm als Bergsteigerinstruktoren im Kaukasus tätigen Landsleute. Aus dem Lager Dombai beim Kurort Temberla berichtete ein gewisser Dobias, Lange führe »ziemlich offen« konterrevolutionäre Gespräche, die anderen Schutzbündler dort meinten, er sei Faschist. Diese vom Leiter der Kaderabteilung, Below, unterschriebene Meldung ging an den für Verbindung zum EKKI zuständigen NKWD-Abteilungsleiter Poljatschek.²⁵⁸ Am 20. September 1937 schickte Below an dieselbe Adresse

einige »Ergänzungen«: Lange habe nach seiner Rückkehr aus dem Kaukasus das Gerücht verbreitet, zwei früher in Gorki wohnhaft gewesene Brüder aus Linz seien in Spanien gefallen. Der Kaderleiter schloß nicht aus, Lange mache dies absichtlich, »um das Kollektiv zu zersetzen«, denn er sei »ein schlechtes Element«. Im letzten Satz wies Below auf die Verhaftung von Alex Langes Bruder Eduard hin.²⁵⁹ Noch am selben Tag waren die NKWD-Büttel zur Stelle und verhafteten Alex Lange.

Charkow

Mit 50 freiwilligen Heimkehrern im Zeitraum 1935–1938 verzeichnete das Charkower Schutzbund-Kollektiv die höchste Zahl (Rostow: 1, Gorki: 5, Moskau: 37, Leningrad: 42). Auch relativ rangierte es mit 30 Prozent an erster Stelle.

Neben den besonders schlechten wirtschaftlichen und Arbeits-Bedingungen in der Ukraine kann man als Ursachen für die tiefe Unzufriedenheit in Charkow die Zusammensetzung des Kollektivs und dessen Leitung als zwei zusätzliche Erklärungsansätze anführen. Unter den Vertrauensleuten gab es nämlich niemanden, der aufgrund langjähriger Tätigkeit in der österreichischen Arbeiterbewegung oder wegen führender Teilnahme an den Februarkämpfen eine wirkliche Autorität beanspruchen hätte können.

Als Kassier bzw. Obmann fungierte Anton Hackl, ein Februarkämpfer aus Aflenz (Bezirk Bruck an der Mur). Während des Krieges nach Baschkirien evakuiert, ging er 1944 an der schwarzen Ruhr zugrunde.²⁶⁰ Über das in den Stadtsowjet gewählte Kollektivmitglied Rudolf Hart²⁶¹ ist wenig bekannt. Drei führende Aktivisten der Parteigruppe kommandierte die Partei nach Spanien: Robert Grassl, Laurenz Hiebl und Franz Gebhardt. Infolge dieser Abgänge und einer permanenten Verhaftungswelle verfiel die Schutzbund-Kolonie in Passivität. Neben Hackl war als Kollektivmitglied Fritz Turnheim ununterbrochen tätig. Der 1902 geborene Chemieingenieur machte seine ersten politischen Erfahrungen bei der SAJ und später als Aktivist der Sozialistischen Studenten.

In der Folge trat Turnheim dem Schutzbund bei und war während der Februarkämpfe im Leopolder Gaswerk zur Stelle. Wegen Sprengstoffbesitzes verhaftet, aber später aus Krankheitsgründen entlassen, flüchtete er in die Tschechoslowakei und erreichte im November 1934 die UdSSR.²⁶² In der Charkower Koks-Chemischen Versuchsanstalt nahm er seine Pflichten als Stachanow-Ingenieur ernst, indem er die Ausbildung ungelernter Kräfte forcierte, eine Brigade leitete und

immer wieder auf Havariegründe aufmerksam machte.²⁶³ Bald nach Arbeitsantritt stellte Turnheim fest, daß die Anlagen nicht richtig gebaut waren und die Apparate nicht einwandfrei funktionierten. Auch die Arbeitsteilung ließ »sehr viel zu wünschen übrig«. Arbeits- und Rationalisierungsvorschläge von Turnheim, mehreren Arbeitern sowie einem Sicherheitsinspektor blieben unbeachtet. Gegen Betriebsarbeiter, die einen Beschwerdebrief an Ordschonikidse schickten, strebte der Werksdirektor ein Parteiverfahren an. Auch ein Besuch Turnheims bei Loginow (Leiter des Kokstrusts) zeitigte keine Änderungen, statt dessen verspottete der Chefingenieur den unbequemen Mahner als »Streber, der sich emporarbeiten will, um recht viel Geld zu verdienen«. Erst nachdem sich der österreichische Chemiker an die Presse gewandt hatte, wurde im Werk ein »Büro für Rationalisierungsvorschläge und Erfindungen« (BRIS) eingerichtet. Da zwei von 22 Vorschlägen Turnheims zwar angenommen, aber nicht ausgeführt wurden, wies er die ihm zugesprochene Prämie (400 Rubel) zurück. Eine kurz danach im Kammerofen des Werkes erfolgte Explosion, vor deren Gefahr Turnheim angeblich unmittelbar zuvor gewarnt hatte, tötete zwei Arbeiter. Bei zwei weiteren Unfällen fanden zwei Arbeiter durch Gas- und vier durch Spiritusvergiftung den Tod. Das NKWD legte die Unfälle als »Schädlingsarbeit« aus, verhaftete den Leiter des Kokstrusts und entthob den Werksdirektor sowie die Gewerkschafts- und Parteisekretäre des Betriebes ihrer Funktionen.

Nun unterzog man die Vorschläge des im übrigen beförderten Turnheim einer genauen Prüfung. Die Presse stellte den Österreicher als Musterstachanowisten hin, seine einstigen Widersacher im Werk nicht als träge Menschen, die sie wohl waren, sondern als politische Saboteure:

»Dank seiner proletarischer Klassenwachsamkeit und beispielgebenden Ausdauer hat er ihn (den Kampf – d. Verf.) bestanden (...) Turnheim muß aber auch jetzt (...) in den vordersten Reihen der Stachanow-Arbeiter stehen, um die gründlichen Voraussetzungen für die bolschewistische Kritik und Selbstkritik in seiner Fabrik zu schaffen, die von den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären unterbunden wurde. Die restlose Erfüllung dieses Parteibeschlusses wird mithelfen, ein für allemal den Klassenfeinden ihr erbärmliches Handwerk zu legen.«²⁶⁴

Im Kollektiv nahm Turnheim seine »Pflichten« ebenso ernst, besonders beim Erstellen von Meldungen, wodurch er sich bei den nach 1937 stark dezimierten Schutzbündlern nicht gerade Popularität verschafft haben dürfte. 1940 attestierte ihm die Kaderabteilung gleichwohl »sozialdemokratische Überreste« (!). Obwohl er »gegenüber verschiedenen Emi-

grantenstimmungen die Linie der Partei« vertrat, konnte er laut Charakteristik »keinen richtigen Kontakt zu den Schutzbündlern« finden.²⁶⁵

In der Charkower Schutzbündlergruppe befand sich eine große Zahl politisch desinteressierter Menschen, darunter nicht wenige, denen »lumpenproletarische« Züge nachgesagt wurden. Als noch Franz David die Schutzbündler betreute, erreichte ihn der Hilferuf des Direktors des Hotels »Spartak«, wo in Ermangelung von Wohnungen damals fast alle Schutzbündlerfamilien logierten:

»Sie haben alles devastiert. Die Direktion wollte, daß die schönen Lüster erhalten bleiben (...) Wir haben (...) die wertvollen Gegenstände aus den Zimmern genommen und den Leuten Ersatz versprochen. Einer hat gesagt, ›Der Luster bleibt da!‹ Wir haben sie wie Helden verehrt am Anfang. Sie haben geglaubt, sie sind die großen Helden. Von den 600 Schutzbündlern hat nicht einmal die Hälfte gekämpft.«²⁶⁶

Den Schutzbündler Franz Jurica befremdeten die Nörgeleien seiner – gegenüber der einheimischen Bevölkerung – stark privilegierten Landsleute. Als eines Tages in der Kantine des Werkes »Serp i Molot«, wo die Schutzbündler das »Ingenieursessen« bekamen, ein junger Wiener ständig über das Essen meckerte (»Das ist kein Fressen! Immer den selben Dreck!«), versetzte ihm der ansonsten besonnene Jurica eine wuchtige Ohrfeige.²⁶⁷

Karl Mz. »simulierte« laut Gewerkschaftsbericht einen Hungerstreik: Man fand den ohnmächtigen Steirer auf der Straße und brachte ihn auf die Sanitätsstation des Hotels, wo er einen Tag blieb und Spezialkost aus der Krankenhauskantine bekam. Später gab er zu, vier Tage lang gehungert zu haben, weil er »sein Geld einem Geschäftsmann geborgt habe, um ein Radiogerät zu kaufen.«²⁶⁸ Kaderintern als »politisch völlig uninteressiert« eingestuft und 1937 zur legalen Rückkehr empfohlen, kehrte Karl Mz. erst 1939 nach Österreich zurück. Er war zudem kein Februartkämpfer, sondern wählte sich 1934 ob seiner Kenntnisse von Waffenlagern des Schutzbundes in Gefahr und flüchtete über Prag nach Moskau.²⁶⁹

Kein gutes Haar ließ die Gewerkschaft an dem 1939 nach Hause gefahrenen Schutzbündler Karl K., der aus der Heimat eigentlich gar nicht flüchten mußte, denn man hatte ihn im März 1934 »auf Gelöbniß« aus der Haft entlassen. K. ließ seine Frau und fünf Kinder nachkommen, bekam in der Folge eine eigene Wohnung, Geld für deren Renovierung und noch einen Betrag zum Anlegen eines Gemüsegartens. Als K.'s Frau bei der Gewerkschaft vorsprach und Federmatratzen sowie dieselbe Einrichtung wie im Hotel »Spartak« verlangte, provozierte sie die abschlä-

gige Antwort des Gewerkschaftssekretärs Nevelskij zur Bemerkung: »Ihr seid schlimmer als die Faschisten!«²⁷⁰ Das WZSPS-Personal hatte begrifflicherweise für derlei Reaktionen nur Spott über, denn die Schutzbündlerfamilien wohnten gratis im Hotel, erhielten »bessere« Lebensmittel und konnten in der Kantine der Gewerkschaft bzw. einer ITR-Speisehalle essen gehen, wofür sie 3 Rubel am Tag zahlten. Für die restlichen 3,75 Rubel pro Kopf kam die Fabriksverwaltung auf.

Die Gewerkschaftsfunktionäre waren ohnehin der Meinung, daß das »Hotelleben« bei den Schutzbündlern »schmarotzerhafte Ansichten« hervorrief, und urgierten daher die baldigste Freimachung anderweitigen Wohnraums. Gar so lustig war das Hotelleben jedoch nicht. Angeblich weil die Putzfrauen im »Spartak« lange Zeit nicht arbeiteten, brach dort eine Ruhrepidemie aus, der zwei Österreicher – eine Frau und ein Kind – zum Opfer fielen.²⁷¹ Außerdem gingen in den nun spartanisch eingerichteten Hotelzimmern Ratten aus und ein. Zwei Wiener Schutzbündler erschlugen in einer nächtlichen Verfolgungsjagd ein übergroßes Exemplar und legten es vor die Tür. Als die beiden am nächsten Tag den Direktor aufsuchten, entspann sich folgender Wortwechsel:

»Haben Sie nie eine Ratte gesehen?«, war sein Kommentar. »Noch nie in einem Hotelzimmer«, sagte der eine Wiener.«²⁷²

Der WZSPS stufte die überwiegende Mehrheit der Schutzbündler in Charkow trotzdem als »gutwillig« ein. Ein großes, von der Gewerkschaft anerkanntes und anscheinend nie gelöstes Problem betraf einen weiteren Grund für Unzufriedenheit: Das Fehlen von Frauenarbeitsplätzen und die Schwierigkeit, Kinder tagsüber in Krippen bzw. Kindergärten unterzubringen.²⁷³

Die ersten Heimkehrer aus Charkow trafen Ende August 1935 in Wien ein. Vier Monate vorher waren die ersten schweren Auseinandersetzungen ausgebrochen.

196 Kollektivmitglieder wohnten am 17. April 1935 einer Vollversammlung bei und verabschiedeten drei Resolutionen. Die erste richtete sich gegen einen in der Wiener *Reichspost* erschienenen Bericht über unzufriedene Österreicher in Charkow, die sich laut dem reaktionären Blatt in Konzentrationslagern befunden und »einen Aufstand gegen die bewaffnete Wache unternommen« (!) hätten.²⁷⁴ In der zweiten Resolution empfahlen die Anwesenden dem WZSPS, den Schutzbündler Pelzmann aus der Emigrantenliste zu streichen. Gleichzeitig kündigte das Kollektiv »schonungslosen Kampf gegen alle unzufriedenen Elemente« an, »die durch ihr Vorgehen die Arbeit der Proletarier der Sowjetunion an allen Frontabschnitten des sozialistischen Aufbaus hemmen und hindern.«²⁷⁵

Josef Pelzmann, ein Maurer aus dem Burgenland, war seit 1927 KPÖ-Mitglied. In Charkow teilte man Pelzmann den schlecht verdienenden Bautrupps zu, wo Kriminelle »ihre Zwangsarbeit« abbüßten. Für die Kaderleute der KI waren die österreichischen Arbeitskräfte auf Charkower Baustellen »die politisch rückständigsten Elemente«,²⁷⁶ Das Resultat von Verzögerungen bei der Lieferung des nötigen Baumaterials waren Hungerlöhne, etwa 50–70 Rubel für 14 Arbeitstage.²⁷⁷

In der Diskussion am 17. April 1935²⁷⁸ kam es wegen Pelzmann zu tumultartigen Szenen. Er hatte Ingenieur Turnheim angeblich antisemitisch beflagelt und verprügelt und wurde von diesem während der Versammlung als Führer einer »konterrevolutionären Gruppe« genannt. Andere nahmen den Maurer in Schutz. Beispielsweise das »gute Element« Rudolf Spitzer (Stachanowist, später Spanienkämpfer), der als Bauarbeiter berichten konnte, Pelzmann verdiene höchstens 6–7 Rubel am Tag, die Gewerkschaft unternehme dagegen nichts, der Bauleiter strecke Pelzmann den versprochenen Vorschuß nicht vor usw. Der Maurer Leopold Kuder billigte den Gewaltakt Pelzmans nicht, erwähnte jedoch, dieser verdiene 25 Kopeken in der Stunde und sei nicht in der Lage, »sich selbständig zu ernähren«, wobei das Mittagessen am Bau »unzureichend« sei. Als der Ausschluß Pelzmans beantragt wurde, verließen 20 Mann den Saal. Zehn Tage später suchte Pelzmann um einen Reisepaß an.²⁷⁹ Infolge seiner völligen Mittellosigkeit bat die Gesandtschaft telegraphisch um eine schnelle Antwort aus Wien.²⁸⁰ Mitte Juni 1935 erging die positive Antwort der Polizei an Gesandten Pacher.²⁸¹ Ob Pelzmann den Paß abholen konnte und mit oder ohne Papiere in Moskau²⁸² bzw. an der Grenze zu Polen²⁸³ festgehalten wurde, ist nicht klar. Man verurteilte ihn jedenfalls am 3. August 1935 in Charkow wegen »antisowjetischer Agitation und Propaganda« zu vier Jahren Haft. Der WZSPS-Instrukteur Stein schrieb zynisch aus Charkow an Oskar Großmann, Pelzmann sei unrasiert und in zerrissenen Kleidern zur Verhandlung gekommen, um »Mitleid zu erwecken, was ihm bei einigen Leuten auch gelungen« sein sollte.²⁸⁴

Wie in Moskau gab es 1935 auch in Charkow Widersprüche in der Heimkehrerfrage – einerseits zwischen verschiedenen sowjetischen Stellen untereinander, andererseits zwischen diesen und dem Kollektiv. Anfang August schrieb Abolin an Wyschinskij, den Vorsitzenden des Charkower Gewerkschaftsrates, und bat ihn, den Brief niemandem zu zeigen und innerhalb von 24 Stunden zu retournieren. Darin meldete der Allunions-Gewerkschaftssekretär, zwölf Schutzbündler aus Charkow hätten in Moskau den Ausreiseantrag gestellt, was »von der schlechten politischen Arbeit unter ihnen trotz Ihrer Überzeugung vom Gegen-

teil« zeuge. Man sollte, so Abolin, in einem Gespräch unter vier Augen versuchen, jeden Ausreisewilligen von der Abreise abzubringen. Darüber hinaus müsse man die geplante Ausreise der zwölf geheimhalten und in Unterredungen mit ihnen keinesfalls durchblicken lassen, daß die WZSPS-Zentrale von Heimkehrabsichten der Schutzbündler vorinformiert sei. Abolins letzte dringende Warnung:

»In keinem Fall dürfen Sie Drohungen aussprechen, Prügel und Aussiedlung aus den Wohnungen zulassen, oder diejenigen der Schutzbündler entlassen, die sich entschlossen haben, nach Österreich zu fahren.«²⁸⁵

Abolins Mahnung war höchstwahrscheinlich auf die schon erwähnte Intervention des Gesandten Pacher im sowjetischen Außenministerium zurückzuführen.²⁸⁶ In Charkow hielt die Kollektivleitung Eduard Halla für den Hauptorganisator der Heimkehrerbewegung.²⁸⁷ Halla, 1922–1927 Mitglied der KPÖ und später der SDAP, war weder »kurrendiert« noch ausgebürgert.²⁸⁸ Bei einer späteren Einvernahme in Wien bestritt er energisch, während der Februartage 1934 einen Schuß abgegeben zu haben und verwies auf seinen Beitritt (1933) zur Vaterländischen Front.²⁸⁹ Laut einer Meldung aus Charkow reichten konkrete Beweise für Hallas »Mitschuld« nicht aus, und man stellte ihn der Gewerkschaft zur Verfügung.²⁹⁰ Eine Woche nach Abolins Mahnung (s.w.o.) traf ein Abgesandter des WZSPS, ein gewisser Jewrenow, in Charkow ein und predigte auf einer Kollektivversammlung genau das Gegenteil.²⁹¹ Nach eigenen Worten »hierher kommandiert, da die politische Lage unter den Schutzbündlern in Charkow als nicht befriedigend anerkannt wurde«, ging er gleich in medias res. Er beschrieb den gegenwärtigen politischen Kampf als einen zwischen Sozialismus und Faschismus, wobei es in der Sowjetunion verdeckt arbeitende Faschisten gebe, die, unterstützt von ausländischen Faschisten, im Kollektiv der Schutzbündler ihre »schändliche Arbeit« durchführten. Einige Heimkehrer namentlich anführend, stellte Jewrenow die Rückkehr jedes einzelnen als »Verkauf des Proletariats (...), ein Überlaufen zum Klassenfeind« dar. Ihre Zukunft in Österreich malte er in drastischen Farben – entweder Kerker oder Zusammenarbeit mit den Faschisten. Dann erteilte er den österreichischen Politemigranten eine Rüge wegen Nachsicht und »faulem Liberalismus« im bisherigen Verhalten gegenüber den Heimfahrern. Seine Lösung kam einem Aufruf zum Pogrom gleich:

»Ihr müßt sie der Schande preisgeben. Es ist notwendig, sie zu vernichten. Leute, die zur Konterrevolution übergelaufen sind, stehen auf der Liste der Vernichtung (...) Ihr müßt klassenwachsen sein im Kampf gegen diese Elemente.«

Seitens der Schutzbündler gab es in der anschließenden Diskussion selbstkritische Töne, etwa, daß man »mit dem Gefühl der Selbstüberhebung« in die UdSSR gekommen sei. Andere orientierten sich an der Tirade des WZSPS-Abgesandten, wobei Georg Meischl seine Loyalität durch die Behauptung unter Beweis stellte, »die Leute« hätten im Fall Pelzmann »richtig entschieden«. Der später in der Ebro-Schlacht (1938) gefallene Fritz Fassel appellierte an die – allerdings nicht vorhandene – Solidarität: es herrsche im Kollektiv »zuviel Uneinigkeit«, man müsse sich um die »Schwankenden« kümmern. Der Schutzbündler G. wiederum wollte seinen Landsmann Schmidt (Heimkehr 1936) ertappt haben, als dieser in der Kantine die *Reichspost* gerade las. In hämischer, unterstellender Art führte G. weiter aus, Schmidt habe ihm gegenüber geäußert, er halte den Bericht über die Schutzbündlerenklave in Leningrad für wahr, denn die *Reichspost* sei eine politische Zeitung. Anschließend unterrichtete G. den Instrukteur Pollmann über den Vorfall; er wisse aber nicht, wie dieser darauf reagiert habe.

Im Schlußwort hob Jewrenow den Denunzianten als einzigen lobend hervor, da G. gezeigt habe, wie der Klassenfeind arbeite. Die anderen kritisierte er, weil sie in der Versammlung nicht aufgestanden waren, um die Namen der Ausreisewilligen zu nennen. Wyschinskij versprach, »unseren guten Udarniki« behilflich zu sein, um »die faschistischen Elemente (...) zu entlarven«.

Ende 1935 stellte ein Instrukteur fest, in Charkow gebe es kein »festes Aktiv«, außerdem sei die Verbindung zwischen Gewerkschaft und Kollektiv nicht eng genug. Diese Faktoren hätten »die Arbeit von unzuverlässigen Elementen unter den Schutzbündlern erleichtert.«²⁹² Konnten die wenigen »guten Elemente« keine Überzeugungsarbeit leisten, so denunzierten sie umso eifriger. Sie berichteten unter anderem, die »Unzufriedenen« sammelten sich im Hotelzimmer eines gewissen Hilbert.²⁹³ Drei Monate später war die diesbezügliche Meldung an Uccisic um einige Details reicher: Der Hauptträdelsführer sei Flitsch,



Matthias Flitsch.

der die (wegen des Auslaufens der Dotation und erlassener Amnestien in Österreich) schwankend gewordenen Elemente um sich schare und sie »trozkistisch« beeinflusse. Diese sowie später nach Hause Gefährte verkehrten laut Kollektivleitung auch bei Ing. Kösterle (recte: Keszterle), wo sich »zu Gelagen« auch »ein Rotarmist und ein Zirkusreiter aus dem Stadtzirkus« (!) einzufinden pflegten.²⁹⁴ Flitsch flüchtete Ende Oktober 1936 in die österreichische Gesandtschaft. Ihm zufolge war kurz zuvor in einer Kollektivversammlung seine Verhaftung gefordert worden. Man warf ihm damals vor, »seinerzeit österreichische Kommunisten der Polizei ausgeliefert« zu haben, »Trozkist« zu sein und die Charkower Schutzbündler in diesem Sinne zu beeinflussen. Gegenüber dem Gesandtschaftspersonal stellte Flitsch solche Vorwürfe vehement in Abrede, konnte seine brisante Lage glaubhaft machen und erhielt Asyl im Gebäude.²⁹⁵ Er bekam seinen Paß problemlos²⁹⁶ und fuhr im Dezember 1936 nach Wien zurück.²⁹⁷ Nicht so der gastfreundliche Hilbert, ein Februarkämpfer und altgedientes Schutzbundmitglied. Zum Verhängnis wurde ihm seine »Verbindung zum geflüchteten Trozkisten Flitsch«, mit dem er laut den Spitzelberichten seiner »Genossen« auch noch korrespondierte, als dieser Gast in der Gesandtschaft war.²⁹⁸ 1937 faßte das NKWD Hilbert im Hotel »Spartak«.²⁹⁹

Ing. Keszterle war sicherlich kein Freund der Arbeiterbewegung und vermutlich auch kein Spion. Im Mai 1932 fuhr er nach Moskau, arbeitete bis 1933 im Volkskommissariat für Ernährung und übersiedelte dann nach Charkow. »Wertvolles« Material zu seiner »Entlarvung« lieferte die Schutzbündlerfrau Anna L. Ihrem Mann Franz attestierte Uccusic im März 1937 eine »schlechte Entwicklung in der Sowjetunion«:

»Er zeigt eine ausgesprochen feindliche Einstellung gegen die Partei. Er spricht von Freunderlwirtschaft in der KP, von Sauwirtschaft im Betrieb und davon, daß der Arbeiter in der SU nirgends zu seinem Recht kommt.«

Uccusic unterstellte Franz L. Heimkehrabsichten und schlug ihn zur Ausweisung aus der Union vor.³⁰⁰ Franz L. suchte im Jänner 1937 um Pässe für sich und seine Familie an.³⁰¹ Der Sicherheitsdirektor für Niederösterreich hatte aber wegen der kommunistischen Vergangenheit des L. und dessen Teilnahme an der Februarrevolte »schwerwiegende Bedenken« gegen die Paßausstellung, die Staatspolizei billigte sie letzten Endes, wenn es »unbedingt notwendig erscheinen würde«.³⁰²

Franz L. mußte zunächst einmal seine Mietschulden im Hotel »abarbeiten« – der dreifache Familienvater brachte als Buschauffeur lediglich 300 Rubel monatlich nach Hause.³⁰³ Anna L. wartete dies nicht ab, sondern erschien Anfang April 1937 auf der Gesandtschaft, wo ihr und

ihren Kindern Asyl gewährt wurde. Erst Tage später wußte der Gesandte, mit wem er es zu tun hatte, nämlich mit der Denunziantin des Ing. Keszterle. Mit Rücksicht »auf die im zartestem Alter stehenden Kinder, die ganz unschuldig hätten leiden müssen«, sah Pacher von einer Delogierung der Familie ab. Keszterle, den man am 29. Oktober 1936 wegen »Spionage« und »konterrevolutionärer Propaganda« festgenommen, zehn Wochen später jedoch »gegen Revers« auf freien Fuß gesetzt hatte, war schon längst Gast der österreichischen Vertretung und hatte zudem dem Gesandten eine Eingabe über Frau L. überreicht.³⁰⁴

Konfrontiert mit dem Beweis für ihre Mittäterschaft, zeigte Anna L. Reue und berichtete, sie habe Ing. Keszterle zum ersten Mal Ende des Jahres 1935 im Zimmer der mit ihr befreundeten Familie Pucher getroffen. Das Wesentliche ihrer Bekenntnisse:

Als sich die Freundinnen zum Besuch des Sanitätszirkels fertigmachten, fragte sie Keszterle, was sie dort machten. Dann entspann sich eine Diskussion über die Kriegsgefahr, die Keszterle in Abrede stellte, denn kein Staat, »am allerwenigsten Deutschland«, habe das Geld dazu. Dabei soll er das Hitlerregime und »die Ehrlichkeit« Hitlers in Schutz genommen haben. Kurz darauf gab Frau L. das obige Gespräch in einer Kollektivversammlung zum besten und beschuldigte in ihrem »blinden politischen Fanatismus« Keszterle, Nazianhänger zu sein. Nach Keszterles Verhaftung holte das NKWD Frau L. zur Einvernahme, wo sie angeblich nur die oben angeführte Diskussion wiedergab. Ihr Mann soll im NKWD-Hauptquartier von Charkow »seine Zeugenaussage vollständig« verweigert haben.³⁰⁵

Zum Belastungsmaterial gegen Keszterle hatte auch die Kollektivleitung der Charkower Schutzbündler beigetragen. Sie berichteten Uccusic im Februar 1936, Keszterle sei im Frühwinter 1935/36 in Leipzig gewesen, seither arbeite er nichts, bewirte aber trotzdem »die Genossen« ständig und führe sie aus; seine Gäste würden auch von Keszterle Reichsmark erhalten, übrigens lägen in der Wohnung des Ingenieurs zahlreiche Exemplare des *Völkischen Beobachters* und anderer Nazi-Zeitungen auf.³⁰⁶ 1937 reiste Anna L. nach Hause. Wann ihr Mann folgte, ist unbekannt. Keszterle mußte neun Monate im Botschaftsgebäude ausharren. Pacher vermutete, das NKWD fahnde »nach irgendeinem in der Gesandtschaft untergebrachten Österreicher, wahrscheinlich Keszterle«. Und weil zwei Österreicherinnen beim Abholen ihrer Ausreisevisen verhaftet worden waren, traute sich Keszterle begreiflicherweise nicht, den diplomatischen Boden zu verlassen.³⁰⁷ Er reiste Ende Oktober 1937 nach Berlin ab und übersiedelte 1939 nach Wien.

In die Angelegenheit Keszterle-Flitsch wurde auch Leopold Pucher hineingezogen. Die Überprüfungscommission der österreichischen KI-Sektion schrieb im April 1937 über ihn:

»Ein guter Arbeiter, politisch interessiert, doch nur unregelmäßig tätig und erst in letzter Zeit aktiver.«

Auch in diesem Fall empfahl Uccusic »legale Rückkehr«.³⁰⁸ Seine Unterlagen gaben anscheinend nicht den letzten Stand wieder, denn die Mitte Juni 1937 über Pucher verfaßte Charakteristik lautete:

»Seine Mutter war ebenfalls hier, ist aber nach Österreich zurückgekehrt. Das Charkower Schutzbundkollektiv berichtet, daß Pucher hintenherum eine österreichische faschistische Zeitung zum lesen (sic) verbreitet. Er hatte ebenfalls Verbindung zum geflüchteten Trotzlisten Flitsch.«³⁰⁹

Im März 1937 verwehrten die österreichischen Sicherheitsbehörden Pucher die Heimreise,³¹⁰ sechs Monate später holte ihn das NKWD aus dem Hotelzimmer im »Spartak«. Turnheim zynisch dazu: »Bei Bucher (recte Pucher – d. Verf.) ist dies vollkommen klar«. Zu einem anderen, am selben Abend Verhafteten schrieb der »Klassenwachsamer«: »Da liegen unsererseits bis jetzt keine Verdachtsmomente vor – aber der (sic!) NKWD wird schon was wissen (...).«³¹¹

Terror

Opferzahlen und Erklärungsmodelle

Von den ca. 750 männlichen Schutzbundemigranten kehrten 200 bis 220 im Zeitraum 1934–1941 freiwillig nach Österreich zurück, weitere 160 meldeten sich zu den Internationalen Brigaden nach Spanien. Mindestens 190 weitere wurden vom NKWD verhaftet. Die wirkliche Zahl ist jedoch höher, da in über 100 Fällen die individuellen Schicksale während der stalinistischen »Säuberungen« noch nicht geklärt werden konnten und anzunehmen ist, daß auch unter diesen ein beachtlicher Prozentsatz dem Terror zum Opfer fiel. Veranschlagt man diesen Teil auf 30 Prozent, was keineswegs zu hoch gegriffen erscheint, so erhöht sich die Zahl der »Repressierten« auf etwa 220. Bei Abzug der Spanienkämpfer und »Heimkehrer« bedeutet dies, daß unter den in der Sowjetunion verbleibenden 400 Schutzbund-Asylanten mehr als 55 Prozent in die Fänge des NKWD gerieten. 46 Schutzbund-Flüchtlinge lieferte das NKWD während der »Pakt«-Periode (1939–1941) an die Gestapo aus, ca. 30 wurden – großteils 1938 in Moskau – erschossen, die Zahl der im Gefängnis bzw. im Gulag Umgekommenen ist unbekannt. Man kann jedoch davon ausgehen, daß höchstens 10–15 Prozent die mörderischen Haftbedingungen überlebten.

Nach dem Tod des Diktators waren Partei- und Sicherheitsinstanzen hartnäckig darum bemüht, das Ausmaß der Vernichtungspolitik in der Stalin-Ära zu verharmlosen bzw. zu verfälschen. Der KGB teilte »Prawda«-Lesern noch 1990 mit, in den Jahren 1930–1953 seien unter der Beschuldigung »konterrevolutionärer Verbrechen« 3,7 Millionen Menschen verhaftet worden; von diesen hätte das NKWD 786.000 erschossen.¹ Anfang 1991 informierte KGB-Vorsitzender Krjutschkow den Obersten Sowjet, 1937–1938 seien von den Verfolgungsbehörden eine Million Personen verhaftet und 600.000 hingerichtet worden.² Ähnliche Zahlen wurden noch im Sommer 1993 amtlicherseits in Moskau herausgegeben.³ Die von namhaften Historikern angeführten Opferzahlen sind – freilich aus anderen Gründen – meistens Schätzungen. Das hängt damit zusammen, daß brisante Details einer möglichen »Endbilanz« erst in der Spätperiode der Gorbatschow-Administration ans Tageslicht gelangten und nur vom britischen Historiker Conquest verwendet wurden.⁴ Die neuen Horrorziffern erfuhren russische Leser zum ersten Mal 1989, als in der *Literaturnaja Gazeta* (9.8.1989) ein Auszug aus den Memoiren Anastas Mikojans, des langjährigen Polbüromitglieds und Stalin-Epigo-

nen, erschien.⁵ Einige Artikel in *Argumenty i Fakty* erhellten den Hintergrund der Opferkalkulation. Chruschtschow, der den ihm vom KGB zur Verfügung gestellten Opferstatistiken nicht recht traute, beauftragte 1960 die Parteimitarbeiterin O.G. Schatunowskaja mit der Bildung einer Untersuchungskommission zur Erforschung des wahren Ausmaßes der Systemverbrechen. Das Untersuchungsergebnis – 19.840.000 Verhaftete, davon sieben Millionen Erschossene, im Zeitraum zwischen dem 1. Jänner 1935 und dem deutschen Überfall auf die UdSSR – ließ Chruschtschow zur »Verschlußsache« erklären. In der Folge wurden Teile der von der Schatunowskaja-Kommission gesammelten Materialien vernichtet oder verfälscht, wie Staatsanwälte 1989 bestätigen mußten, als sie die Zahl der GULag-Häftlinge feststellen wollten. Auf Anweisung von Chruschtschow wurden auch die von ihm mitunterzeichneten Todeslisten aus dem Archiv entfernt.⁶ Frau Schatunowskaja wurde übrigens schon 1962 ihrer Ämter enthoben, weil sie auf die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts drängte.⁷

Der KGB, die Nachfolgeorganisation des NKWD, hat bis zum Putsch 1991 nicht einmal den Versuch unternommen, die Angaben von Frau Schatunowskaja zu widerlegen.⁸ In letzter Zeit stützen sich sogenannte »revisionistische« Stalinismus-Forscher auf amtliche Zahlen aus den früher geheimgehaltenen »speziellen Fonds« des Staatlichen Archivs der Russischen Föderation (GARF). Bezeichnenderweise haben solche »revisionistischen« Kommunismusexperten in vorseilender Gutgläubigkeit weder den politischen Hintergrund dieser von den »postsowjetischen« Sicherheitsstellen »liberaler« gehandhabten Archivpolitik noch die freigegebenen Dokumente selbst einer kritischen Prüfung unterzogen.⁹ Angesichts der Tatsache, daß die »Täter« jahrzehntelang Zeit hatten, »inkriminierendes« Material zu zerstören bzw. zu verfälschen, dürfte das wahre Ausmaß der Opferbilanz nie dokumentarisch nachzuweisen sein. Nachstehend eine Auflistung der verschiedenen Opferschätzungen, einschließlich der »offiziellen« Zahlen, die den aktuellen Stand der Forschung wiedergeben:¹⁰

OPFERBILANZ FÜR DIE JAHRE 1937–1938¹⁰

Gesamtzahl:	Verhaftungen	Erschossene
Medwedew	5–7 Mio	0,5–0,6 Mio.
Schatunowskaja	19,8 Mio.(1935–41)	7,0 Mio.(1935–41)
Wolkogonow	3,5–4,5 Mio	0,8–0,9 Mio.
Conquest	7–8 Mio.	1,0 Mio
Amtlich (GARF)	2,5 Mio.	681.692

Während unter Historikern weitgehende Übereinstimmung über den zeitlichen Verlauf des Terrors, die Praktiken und Strategien des NKWD sowie die aktive Mitwirkung von Stalins Komplizen (Molotow, Kaganowitsch, Chruschtschow, Mikojan, Shdanow, Woroschilow, Jeshow, Berija usw.) an den Verbrechen herrscht, sind die ansatzweise dargebotenen Erklärungen zu den Wurzeln und der »Funktionalität« des Stalinschen Staatsterrors oft schwer miteinander in Einklang zu bringen. Conquest, Wolkogonow, Medwedew und Tucker bedienen sich einer narrativen Darstellung mit analytischen Einschüben. Andere, größtenteils jüngere, Historiker wie Getty, Rittersporn¹¹ und Robert Maier setzen hingegen auf strukturanalytische, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Erklärungsmuster, die von verschiedenen Konfliktszenarien in der sowjetischen Gesellschaft der 30er Jahre ausgehen. Getty konzentriert sich speziell auf die – vergeblichen – Versuche, die KPdSU zu »modernisieren«, d.h. ihre Rolle als Transmissionsschiene zwischen Moskau und der Provinz bei der Durchführung von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen effizienter zu gestalten. Rittersporns extrem dichte Darstellung behandelt vornehmlich jene gesellschaftlichen Spannungen, die bei den mit Gewalt durchgeführten Industrialisierungs- und Kollektivierungsmaßnahmen verstärkt auftraten, einerseits zwischen Partei- und Staatsapparat (Rolle der Partei in Wirtschaftsfragen, Auseinandersetzungen über das Industrialisierungstempo, die Nichtbefolgung von ZK-Weisungen durch regionale Parteisekretäre usw.), andererseits zwischen »Führern« und »Geführten« (»social antagonism« in der Partei sowie zwischen Arbeitern und Betriebsleitungen). Laut Robert Maier geriet das Regime wegen der durch die Stachanowismus-Manie verstärkten Desorganisierung des Wirtschaftslebens unter Handlungszwang: »Sollte das Regime nicht selbst in Gefahr kommen, war es unabdingbar, die sozialen Spannungen zu kanalisieren.«¹² Die Schauprozesse installierten »ein emotional aufgeladenes Feindbild«, das als Sündenbock für das Scheitern der stachanowistischen Initiativen und die enttäuschenden Wirtschaftsdaten erhalten mußte.¹³ Mit anderen Worten: Der tödliche Vorwurf des »Trotzkismus« wurde jeglichen politischen Inhalts beraubt und mit »Schädlingstätigkeit« gleichgesetzt.¹⁴ Aus der Kombination »Parteifeind« – »Schädling« konstruierte die stalinsche Führung ein noch schlichteres Feindbild – das bald allenthalben mit Schrecken vernommene Wort »Volksfeind«. So erhielt die »Jeshowschtschina« mörderische Virulenz und Dynamik, denn: vermeintlich oppositionelle Parteigruppen waren 1937–1938 schon längst zerschlagen,¹⁵ Wirtschaftsprobleme verschärfen sich jedoch zusehends.¹⁶ In dieser Situation »sorgten« Partei- und

NKWD-Stellen für einen stetigen Nachschub an verhafteten Industriekadern, den vermeintlichen »Saboteuren« und »Schädlingen« des wirtschaftlichen Aufbaus. Bei der »Entlarvung« von Sündenböcken in den Betrieben wurden die Ausländer nicht geschont, im Moskauer Kugellagerwerk wurde 1936–1937 ca. ein Achtel der Belegschaft, darunter 30 Italiener, in Haft genommen.¹⁷ Im Jahr darauf waren die österreichischen Werksangehörigen (s.w.u.) an der Reihe. Festnahmen von Arbeitern aus der Leningrader Schuhfabrik »Skorochoch« (auch dort gab es etliche Schutzbündler) setzten im August 1936 mit der »Aufdeckung« einer »Trotzkistengruppe« ein.¹⁸ Bei dem gleichzeitig stattfindenden 1. Schauprozess wurden vier ehemalige KPD-Funktionäre mitangeklagt.¹⁹ Ihre Verurteilung und Hinrichtung markierte den Beginn einer Kampagne, die darauf abzielte, Politemigranten pauschal der »Spionage« zu bezichtigen. Kurz vor Prozeßbeginn drohte die *DZZ*:

»Auch die vom Ausland zu uns gekommenen Genossen, die in der Sowjetunion arbeiten, haben sich nicht immer in genügendem Maße zu bolschewistischer Wachsamkeit erzogen. Die mit Blindheit Geschlagenen und Liberalen, die doppelzüngigen und moralisch zersetzten Elemente, die Raffer und Streber sind noch lange nicht restlos entlarvt und vertrieben. Dies erleichtert dem Feinde sein niederträchtiges Werk.«²⁰

Die *DZZ* brachte in der Folge weitere »Warnungen« und druckte die »Zustimmung« ausländischer Fachkräfte und Politemigranten zu den Urteilen auch in den späteren Schauprozessen ab.²¹ Unmittelbar vor dem Nowosibirsker »Schädlingsprozeß« teilte die *Prawda* mit, deutsche Spezialisten hätten »faschistische Organisationen« aufgebaut, »feindliche Propaganda« verbreitet, »Spionage« betrieben und Sabotageakte am Arbeitsplatz geplant.²² Solche Mehrfachbeschuldigungen finden sich fast wortwörtlich in den meisten gegen österreichische Politemigranten erhobenen Anklagen wieder, wie noch an etlichen Beispielen aufzuzeigen sein wird. Innerhalb der Komintern fielen auch ausländische EKKI-Mitarbeiter den immer wiederkehrenden »Tschistki« – die erste fand 1929–1930 statt – zum Opfer. Das hieß zunächst Parteiausschluß, ab 1935 auch Verhaftung.²³

Schließlich legten die Repressalien den Komintern-Apparat lahm, mehr als 50 Prozent der Mitglieder der KPdSU-Zelle im EKKI wurden in den Jahren 1936–1938 vom NKWD verhaftet.²⁴ Die Überprüfung jener Politemigranten, die von einer »Schwesterpartei« zur Überführung in die sowjetische Partei empfohlen wurden, setzte 1936 ein.²⁵ Vor allem sollte die seinerzeitige »Rekommodation« seitens der jeweiligen Komintern-Sektion »nachgeprüft« werden.²⁶

In der ersten Phase wurden 70 Mitglieder der KPÖ unter die Lupe genommen.²⁷ Die Überprüfungsmanie erfaßte später alle Politemigranten, bei den Österreichern gipfelte sie in der von Täubl (»Keller«) und Uccusic (»Urban«) geleiteten »Kaderüberprüfungskommission«, die im April 1937 ihre Beschlüsse faßte (s.w.o.). Als Ausgangspunkt diente ein kritischer Rückblick auf die Arbeit der Internationalen Kontrollkommission (IKK) seit ihrer Entstehung (1924). Da die bis dahin (1.1.1924 – 31.3.1936) behandelten 1.144 Fälle (darunter 23 Mitglieder der KPÖ)²⁸ »kein vollständiges Bild über den Zustand in den Sektionen hinsichtlich der bolschewistischen Wachsamkeit, der Bekämpfung der Provokation und der Verräterei, des Fraktions- und Gruppenwesens« ergeben hätten, wurde zum Kampf gegen solche »Elemente« aufgerufen:

»Sie sind rücksichtslos aus der Partei hinauszujagen«. Zudem wurde eine Rückbesinnung auf die »erzieherischen Aufgaben« der IKK gefordert, ihre Beschlüsse waren unter anderem »einem breiten Kreis von Parteimitgliedern zur Kenntnis zu bringen«. Andere Punkte im zehnteiligen Maßnahmenkatalog urgierten, »auch führende Parteifunktionäre zur Verantwortung zu ziehen (...), die sich einer opportunistischen Haltung gegenüber Verrätern und Lockspitzeln« schuldig machten oder Mitschuld daran trugen, daß »Agenten des Klassenfeindes« aus der eigenen Partei »in die Reihen der KPdSU eindringen« konnten.²⁹

Diese Anweisungen wurden im April 1937 per Beschluß der Kominternleitung den »Schwesterparteien« – speziell den in Moskau akkreditierten EKKI-Vertretern – noch einmal zur Kenntnis gebracht.³⁰ Außerdem erging an die in den kapitalistischen Ländern legal tätigen EKKI-Sektionen der Befehl, »Zentrale Kontroll-Kommissionen« zu bilden, um »verdächtige« Mitglieder besser belangen zu können. Nun hatten auch die »legalen« Parteien nach jenen »Wachsamkeitskriterien« vorzugehen, die seit geraumer Zeit in der KPdSU und allen kommunistischen Emigrantengruppen in der Sowjetunion, einschließlich der österreichischen, Anwendung gefunden hatten. Diese betrafen:

- 1) »Verletzung der Einheit der Geschlossenheit der Partei«
- 2) »Verletzung der Parteidisziplin und der Konspiration«
- 3) »ungenügende Klassenwachsamkeit«
- 4) Fehlen von »bolschewistischer Standhaftigkeit gegenüber dem Klassenfeind«
- 5) »Doppelzünglertum«
- 6) in die Partei eingedrungene »Klassenfeinde«.³¹

Aufgrund solcher Überprüfungs- und Verdachtsmomente schloß das EKKI nicht nur bereits verhaftete Mitglieder aus, sondern setzte oft die

Verfolgungsmaschinerie erst in Gang. Die gegen österreichische Polit-
emigranten angestrebten Anklagen stützten sich auf den Artikel 58 des
Strafkodex der RSFSR. Zur Ahndung von »konterrevolutionären Ver-
brechen« 1927 eingeführt, war dieser Artikel 1934 novelliert worden.
Gegen Ausländer wandte das NKWD in erster Linie folgende Teile des
berühmten »58er« Paragraphen an:

58/§ 6 »Spionage«:

»Die Weitergabe, Entwendung oder Sammlung – zwecks Weitergabe – von
Informationen« (einschließlich wirtschaftlicher Geheimnisse), die ihrem
Inhalt nach »ein speziell gehütetes Staatsgeheimnis« darstellten, »an ausländische Staaten, konterrevolutionäre Organisationen bzw. Privatpersonen«.

58/§ 8 »Terrorismus«:

»Terroristische Akte, die gegen die Vertreter der Sowjetmacht« (...) gerichtet
waren, und »Beteiligung an derartigen Akten, auch von Personen, die zu
keiner konterrevolutionären Organisation« gehörten.

58/§ 10 »Antisowjetische Propaganda und Agitation«:

»Propaganda der Agitation, die einen Aufruf zum Sturz, zur Untergrabung
oder zur Schwächung der Sowjetmacht bzw. zu einzelnen konterrevolutionären
Verbrechen« enthielten, »ferner Verbreitung, Herstellung oder Aufbe-
wahrung von Literatur desselben Inhaltes«.

58/§ 11 »Zugehörigkeit zu einer konterrevolutionären Organisation«:

»Jede Art von organisatorischer Tätigkeit, die auf Vorbereitung oder Durch-
führung konterrevolutionärer Verbrechen gerichtet« waren, sowie »Beteili-
gung an einer Organisation, die zur Vorbereitung oder Durchführung eines
solchen Verbrechens gebildet« wurde.

Die 1927 festgesetzten Strafen betragen sechs Monate bis drei Jahre
Haft. Am Tag der Ermordung Kirows (1.12.1934) ordnete Stalin telefo-
nisch die beschleunigte gerichtliche Durchführung von »terroristischen«
Fällen an. Gegen ein Todesurteil war kein Rekurs möglich, auch der
Gnadenweg wurde ausgeschlossen. Todesurteile waren sofort zu voll-
strecken. Außerdem sollten alle »Terrorismus«-Anklagen innerhalb von
zehn Tagen abgeschlossen werden, der Angeklagte, der keinen Rechts-
anwalt beiziehen durfte, erhielt erst einen Tag vor seiner Verhandlung
Einsicht in die Anklageschrift.³²

Die meisten unter Strafanklage gestellten Schutzbündler erhielten
drei, fünf oder acht Jahre Lagerstrafe mit anschließender Verbannung.
1937 wurde die maximale Haftstrafe wegen »Spionage«, »Sabotage«
oder »konterrevolutionärer Handlungen« von zehn auf 25 Jahre
erhöht.³³ Das Todesurteil blieb für alle »58er-Verbrechen« weiterhin
möglich und stand, wie Haftstrafen, von vornherein fest. In den Listen,

die das NKWD Stalin und anderen Polbüro-Mitgliedern vorlegte, wurden drei Kategorien von Strafen vermerkt:

1) Erschießen. 2) Acht bis 25 Jahre Haft. 3) Acht Jahre Haft und Verbannung.

Stalin und sein engster Kreis (vor allem Molotow und Kaganowitsch) bestätigten das vorgeschlagene Strafmaß – meistens Hinrichtung – und legten, beispielsweise im Juli 1937 fest, daß 258.950 Personen zu Strafen der Kategorien 1 und 2 zu verurteilen seien. Die Vorgabe wurde an Republiken, Regionen und Bezirke weitergeleitet, dem NKWD blieb es vorbehalten, die Auswahl der »Volksfeinde« zu treffen.³⁴ Diese »Verhaftungsquoten« erhielt das NKWD monatlich mittels codierter Telegramme aus Moskau.³⁵ Verschiedene Abteilungen der Geheimpolizei führten (z.B. in Kirgisien) untereinander einen »sozialistischen Wettbewerb« (sic!) durch und wetteiferten um die Zahl der »Spione« und »Mitglieder konterrevolutionärer Organisationen«, die sie »entlarvt« und abgeführt hatten.³⁶ Die jeweilige regionale Parteiorganisation war dabei Komplizin. Der Moskauer Parteisekretär Chruschtschow machte etwa selbst Vorschläge, wer von den leitenden Funktionären des Stadtsowjets und der Bezirkskomitees der Partei zu verhaften sei. In den Jahren 1936–1937 gab er sein Einverständnis zur Repression von 55.741 Moskauern. Während seiner Herrschaft in der Ukraine, wohin er 1938 versetzt wurde, gerieten in den folgenden zwei Jahren 167.000 Personen ins Netz der »höheren Organe«.³⁷

Da sowohl NKWD als auch Parteigruppe in jedem Großbetrieb präsent waren, ist es wahrscheinlich, daß sie auch die Listen der zu verhaftenden ausländischen Werksangehörigen, einschließlich der Schutzbündler, gemeinsam erstellten.

Auch Zusammensetzung und Befugnisse der urteilenden Organe hatten mit westlichen Rechtsnormen nichts gemein. Die berüchtigten »Sonderberatungen« (*osoboe sowschanje – OSO*) des NKWD wurden 1934 installiert und setzten sich ursprünglich aus führenden NKWD- und Milizoffizieren sowie Staatsanwälten zusammen. Die OSO waren anfangs berechtigt, Haftstrafen bis zu fünf Jahren in jenen Fällen zu verhängen, wo das Beweismaterial für ein ordentliches Gerichtsverfahren nicht »ausreichte«. In der Folge erhielten die OSO noch weiterreichende Befugnisse (z.B. Todesurteil) und arbeiteten nach einem denkbar einfachen Schema – Ermittlung, Ermittlungsgutachten, Beschluß. Der Angeklagte hatte kein Recht auf Verteidigung, das Urteil wurde in seiner Abwesenheit ausgesprochen. Berufungsverfahren konnten nur von der Prokuratur (Staatsanwaltschaft) eingeleitet werden, eine Urteilsrevision durfte nur von den höchsten Regierungsstellen ergehen. Die meisten

österreichischen Opfer wurden per OSO-Beschluß verurteilt, andere von sogenannten »Troiki«, die »wichtigeren« Fälle vom *Militärkollegium des Obersten Gerichts (MKOG)*. Die »Troiki« (Dreimannsenate) gingen aus der OSO-Konstruktion hervor und wurden mittels einer geheimen Direktive (27.11.1936) von Jeshow ins Leben gerufen. Vor allem in den Provinzen tätig, produzierten die »Troiki« (1. Gebietssekretär der Partei, örtlicher NKWD-Leiter sowie ein militärischer bzw. ziviler Staatsanwalt) Todesurteile am laufenden Band. In der Praxis setzte der NKWD-Chef seine Initialen auf die vorgefertigten Todeslisten, nach der Vollstreckung kamen die Schriftzüge der anderen Troika-Mitglieder hinzu. Schließlich gab es eine noch einfachere Form der »Rechtsprechung« – die sogenannten »Dwojka«, das Zweigespann Staatsanwalt/NKWD-Leiter. Aufgrund ihrer gemeinsam erstellten Listen wurden Unschuldige ohne Verfahren oder Urteilsverkündung erschossen.³⁸

Trotz seines hochtrabenden Namens fungierte auch das *Militärkollegium des Obersten Gerichts (MKOG)* lediglich als eine Werkstatt für die Fabrikation von Todesurteilen – 30.000 von insgesamt 36.000 Sprüchen (Zeitraum 1.10.1936 – 30.9.1938).³⁹ In dieser Zahl sind aber die von anderen Instanzen verhängten Erschießungsbefehle noch nicht enthalten. Eine Verhandlung beim MKOG, der der Angeklagte beiwohnte, dauerte meistens nur einige Minuten, das Abtippen des Urteils nahm mehr Zeit in Anspruch.⁴⁰ Ein Vierteljahrhundert lang bekleidete Wassili Ulrich den MKOG-Vorsitz, verhängte stapelweise Todesurteile und vollstreckte sie manchmal auch selbst. Verhandlungen vor den drei Militärrichtern fanden oft auch im Arbeitszimmer Berijas im Lefortowo-Gefängnis statt.⁴¹

Die Anwendung systematischer Folter (»physische Beeinflussung« – Stalin) wurde 1937 von oben angeordnet und 1939 von Stalin persönlich bestätigt.⁴² In Moskau führte das NKWD Hinrichtungen (Kopfschuß) in Gefängniskellern, im Hotel »Metropol« und anderen Gebäuden des NKWD bzw. der Militärs, auf Friedhöfen usw. durch.⁴³ Das Problem, die immer größer werdende Zahl von Hinrichtungen zu »bewältigen«, lösten die Henker in der Hauptstadt dadurch, daß sie Häftlinge zur Exekution nach Kalinin verfrachteten⁴⁴ und neue Hinrichtungsstätten in Stadtnähe einrichteten. 1937–1938 wurden auf dem südlich von Moskau befindlichen Landwirtschaftsgut Butowo mindestens 22.000 Menschen verscharrt. Sie wurden entweder in einem Moskauer Gefängnis oder direkt vor dem offenen Massengrab exekutiert. In Butowo liegen schätzungsweise 50 bis 70 österreichische und 300 deutsche Politemigranten.⁴⁵ Allein am 28. Februar 1938 starben dort über 500 Häftlinge unter den Kugeln der Hinrichtungskommandos.⁴⁶

Verhaftungen in Gorki

Die ersten NKWD-Razzien unter den in Gorki lebenden Schutzbündlern erfolgten relativ spät, im September 1937. Damals wurden fünf Schutzbündler abgeholt, im November weitere vier. Im Jahr darauf gab es zehn Verhaftungen, die letzte Festnahme wurde 1941 durchgeführt.

Laut Leonardo Damiano, einem italienischen Kollegen der Schutzbündler im Autowerk, waren die Österreicher in der Haft schwersten Mißhandlungen ausgesetzt. Einer soll erschlagen worden sein, nachdem er sich zur Wehr gesetzt und einem NKWD-Büttel den Kiefer gebrochen hatte.⁴⁷ Zuallerst verhaftete das NKWD die Kollektivleitung: den Obmann (Alois Sieberer) und Kassier (Franz Leinmüller). Der 50jährige Leinmüller hatte eine klassische sozialdemokratische Funktionärslaufbahn hinter sich: SP-Mitglied seit 1902, stellvertretender Bezirksobmann der Partei, Bezirksrat, Bezirksobmann der »Kinderfreunde« und Bezirksleiter des Schutzbundes in Wien-Hernals. Er war außerdem Sekretär der Gewerkschaft der Handelsangestellten seit 1924. Da sich in Hernals am 12. und 13. Februar 1934 kein Widerstand organisieren ließ, schloß sich Leinmüller den Schutzbündlern im Goethe-Hof an. Dem darauf folgenden Aufenthalt in Brünn bereiteten die tschechischen Behörden ein Ende, indem sie den Asylanten wegen politischer Betätigung (Schmuggel von kommunistischer Literatur nach Österreich) auswiesen, worauf er nach Moskau ausreiste.⁴⁸ Anfang 1936 lebte er in Engels (Deutsche Wolgarepublik), wo er die Stelle eines literarischen Sekretärs bei der deutschsprachigen Zeitung *Nachrichten* übernehmen sollte. Nach der Verhaftung der wolgadeutschen Regierung im Oktober 1936 wurde Leinmüller entlassen. Als langjähriger sozialdemokratischer Funktionär sei er – so die Begründung – für die Zeitung »untragbar« geworden, könne jedoch seine Übersetzungs- und literarische Tätigkeit⁴⁹ in einem Büro fortsetzen. Leinmüller lehnte ab und fuhr zu seinem Freund Alois Sieberer, der ihm einen Posten im Gorkier Autowerk verschaffte. In der Haft mißhandelten die NKWD-Schergen Leinmüller durch Fausthiebe, Fußtritte und Dunkelarrest und drohten ihm mit dem Erschießungskommando. Einmal mußte er 78 Stunden lang stehen, gestand jedoch weder »Spionagetätigkeit« noch gab er seine »Mitwisser« preis. Leinmüller verweigerte auch die Unterschrift unter ein Dokument, in dem seine Ausweisung aus der UdSSR »wegen konterrevolutionärer Tätigkeit« verkündet wurde. 1938 an die polnische Grenze gestellt, gelangte Leinmüller schließlich nach England.⁵⁰ Er kehrte 1946 nach Wien zurück und leitete bis zur Pensionierung die Rechtsabteilung der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten).

Sieberer, der »Zersetzungsarbeit« angeklagt, wurde zwei Jahre festgehalten und zu Weihnachten 1939 an die Gestapo ausgeliefert. Die in Gorki verhafteten Schutzbündler wurden »konterrevolutionärer Tätigkeit« bezichtigt und hatten meistens auch eine »Spionage«-Anklage zu verantworten. Drei schob man 1938 nach Polen ab, dreizehn wurden während der »Pakt«-Periode an die Gestapo übergeben. August Penninger starb in der Haft, der zu acht Jahren verurteilte Matthias Szigethy überlebte den Gulag und kehrte 1947 heim. Das Schicksal des zusammen mit seinem Bruder Josef im April 1938 verhafteten Jakob Wölfel ist ungewiß. Übrig blieb lediglich eine Handvoll österreichischer Spanienkämpfer, die erst nach Gorki zurückkehrten, als das schlimmste Wüten der Geheimpolizei verebbt war. Johann Wassermann entkam der Verhaftung, indem er sich mit seiner finnischen Frau nach Helsinki absetzte. Zweimal hatte eine NKWD-Abordnung Wassermanns Wohnung aufgesucht, ihn aber nicht vorgefunden. Er mußte von seinen Freunden überredet werden, es nicht auf einen dritten Besuch der »höheren Organe« ankommen zu lassen.⁵¹

Verhaftungen in Rostow

Mit der Heimkehr von drei Schutzbündlern im Jahre 1940 hörte das Rostower Kollektiv zu existieren auf. In den vorangegangenen Jahren hatten vier die Heimreise angetreten, einer war in Spanien gefallen, 19 Mann gerieten in die Mühlen des Terrors. Von diesen lieferte das NKWD zwölf an die deutschen Sicherheitsbehörden aus, schob einen Schutzbündler nach zwei Jahren Haft einfach ab und ließ weitere sechs ihre Gulag-Strafen absitzen. Rudolf Schachinger, 1938 verhaftet und im September desselben Jahres »wegen Mitgliedschaft in einer faschistisch-aufständischen Organisation« zu zehn Jahren Gulag verurteilt, starb 1943 in einem Lager nahe Perm.

Ludwig Zuber kam noch in der Untersuchungshaft ums Leben. Einige Monate vor seiner Festnahme ersuchte er die österreichische diplomatische Vertretung in Moskau, ihn trotz seines staatenlosen Zustands (Ausbürgerung) nach Hause fahren zu lassen. Dabei beschrieb er sich lediglich als »Mitläufer« bei den Februarereignissen 1934 in seinem Heimatort St. Michael (Steiermark). Die Wiener Staatspolizei war anderer Meinung:

Sie unterstellte Zuber die aktive Teilnahme an einem Angriff der Schutzbündler, bei dem fünf Tote und zahlreiche Verletzte auf Regierseite zu verzeichnen waren. Angesichts seiner als »überzeugte

Linksrevolutionäre« bezeichneten Verwandten befürchtete die Staatspolizei, Zuber würde sich nach seiner Rückkehr neuerlich in »staatsfeindlichem« Sinne betätigen, sodaß die Ausstellung eines Reisepasses verweigert wurde.⁵² Drei steirische Schutzbündler aus dem Rostower Kollektiv kamen nach etlichen Jahren frei und kehrten nach Hause zurück: Das Brüderpaar Ernst und Franz Pietzka sowie Franz Grün, alle aus St. Michael. Grüns Fall war mit dem von Zuber fast ident. Obwohl die österreichische Gesandtschaft seine Heimkehr unterstützte und angab, er sei vom Rostower NKWD schon zweimal verhört worden, blieb die Staatspolizei unbeeindruckt und sprach sich im Einvernehmen mit dem Sicherheitsdirektor für Steiermark dezidiert gegen die Rückkehr aus.⁵³ Grüns späte Heimkehr wurde in der Zweiten Republik einmal politisch »verwertet«. Bei dem stürmischen Wahlkampf zum Betriebsrat der Donawitzer Stahlhütte griff 1950 die SPÖ in einem Flugblatt (Überschrift: »Sie lassen Dich allein!«) die Kommunisten scharf an.⁵⁴ Nach Meinung der Sozialisten hatte die KPÖ neben Grün noch zwei weitere steirische Arbeiter »alleingelassen«, nämlich Wilhelm Pichler und Franz Pignitter.⁵⁵ Die KP-Tageszeitung *Wahrheit* (Graz) brachte es zuwege, polemisch zu replizieren, ohne auf die drei aufgezeigten Fälle einzugehen.⁵⁶ Auch das kommunistische Gewerkschaftsblatt *Der Alpine Arbeiter* kaschierte seinen Argumentationsnotstand mit Kraftausdrücken: »Gebt den Hetzern, Lügner, Bremsern und Eisenschiebern die verdiente Antwort und wählt die Kandidaten der Einheitsliste!«⁵⁷ Die konsequente und fließbandartige »Abrechnung« des Rostower NKWD mit den Ausländern läßt sich daran ablesen, daß alle 19 Verhaftungen in der zweiten Jahreshälfte 1937 erfolgten. Einige Festnahmen hatten aufgrund der geplanten bzw. bevorstehenden Ausreise der Schutzbündler »prophylaktischen« Charakter. Am 4. August 1937 bekam z.B. Johann Hladik vom Postamt die Verständigung, er könne seinen von der österreichischen Gesandtschaft zugesandten Reisepaß abholen. Das tat er tags darauf und wurde einige Stunden später selbst abgeholt. Seine Frau Marianne, die kurz darauf mit ihrem Baby nach Linz zurückfuhr, durfte ihren Mann im Gefängnis nicht besuchen, trotz wiederholter Anfragen erhielt sie vom Rostower NKWD auch keine Auskunft.⁵⁸

Verhaftungen in Charkow

Zwischen 1935 und Kriegsausbruch 1941 wurden mindestens 14 Mitglieder des Charkower Schutzbundkollektivs in Haft genommen, die Mehrzahl in den Jahren 1937–1938, als im Hauptgefängnis der Stadt 12.000

Menschen inhaftiert waren, während das »Normalkontingent« 800 betrug.⁵⁹ Nichtige Anlässe konnten auch den österreichischen Politemigranten zum Verhängnis werden, wie etwa folgende Episode zeigt:

Ein Spaßvogel unter den Schutzbündlern im Werk CHTGS setzte auf die herausstehenden Schenkelknochen eines im Fabrikhof vor einem Wagen eingespannten Gauls seine Mütze. Die allgemeine Heiterkeit der in die Kantine strömenden Arbeiter steigerte sich noch, als ein »wach-samer« Parteiorganisator den Österreicher zur Rede stellte. Der lokale Gewerkschaftssekretär fand den Vorfall gar nicht lustig, sondern witterte die absichtliche Verhöhnung eines »sowjetischen« Pferdes. Alois Bauer, ein Beobachter des harmlosen Streiches, abschließend dazu:

»Nur den unschuldigen Beteuerungen (gemeint: Unschuldsbeteuerungen – d. Verf.) und den murrenden Arbeitern hatte er es zu verdanken, nicht gleich verhaftet zu werden, was ihm angedroht wurde. Er wurde einige Zeit später wirklich verhaftet, niemand wußte, wohin er verschickt wurde. Er kam auch nach dem Krieg nicht nach Österreich zurück, ist also wahrscheinlich zugrundegegangen.«⁶⁰

Bei zwei weiteren von Bauer erwähnten, jedoch nicht einwandfrei identifizierbaren österreichischen Haftfällen ging es einerseits um einen Schutzbündler, der als Lastwagenfahrer einen Arbeiter niederstieß und dafür zwei Jahre »Besserungslager« verordnet bekam, andererseits um einen Langzeitgast im Hotel »Spartak«. Da dieser die Tür seines Hotelzimmers nicht verschließen konnte, mußte er sich anders gegen unerwünschte Besuche wappnen. Die Flasche, die er auf den Eindringling warf, traf das Nasenbein eines im Vollrausch herumtorkelnden sowjetischen Fliegeroffiziers. Der Österreicher wurde sofort verhaftet und in der Folge zu acht Jahren Haft verurteilt. 1940 lieferte man den inzwischen zu einem zahnlosen Wrack gewordenen Häftling an die deutsche Geheimpolizei aus.⁶¹

Die erste Verhaftung im Kollektiv (Juli 1935) traf den schon erwähnten Josef Pelzmann, den die Sowjetbehörden (laut Mitteilung der österreichischen Gesandtschaft) auszuweisen gedachten, was sie jedoch später widerriefen.⁶² Pelzmann kam im August 1938 in einem Lager um.⁶³ Als nächsten ergriff das NKWD am 27. August 1935 den 19jährigen Franz Schröpfer (vormaliger Obmann der SAJ in Wien-Döbling). Einige Monate zuvor hatte ihn ein Landsmann in einer Vollversammlung der Charkower Schutzbündler als »Antisemiten« gebrandmarkt und behauptet, daß er »regelmäßig aus dem Ausland (Österreich) Geld bekommt und sich um eine Anstellung im Konsulat bemüht«.⁶⁴ Die österreichischen Diplomaten in Moskau mutmaßten, die dreijährige

Haftstrafe gegen Schröpfer könnte eventuell auf judenfeindliche Äußerungen zurückzuführen sein.⁶⁵

Der nach Intervention der Gesandtschaft aus Sibirien nach Moskau zurückgeholte und im März 1937 abgeschobene Schröpfer begründete seine Verhaftung folgendermaßen:

»Die Uneinigkeit in den Reihen der ehemaligen Schutzbündler wurde immer größer, somit auch gefährlich mit irgend jemandem auch nur belanglose Dinge zu erörtern, da aus nichtigen Gründen falsche Ableitungen entstanden. Eine zufällig in meinem Besitz befindliche Photographie eines modernen russischen Tanks wurde mir zum Verhängnis. Aus rein persönlicher (sic!) Interesse sagte ich gesprächsweise zu jemandem, ich möchte die Konstruktion der Räderpaare wissen und von dann ab war mein Schicksal besiegelt. Ich wurde beobachtet, Material – ganz nichtiges – wurde zusammengetragen.«⁶⁶

Im Herbst 1937 leitete die Festnahme von Alois Erjautz⁶⁷ eine Verhaftungsserie unter den Österreichern ein. Erjautz, der Hauptakteur bei der tapferen Verteidigung des Goethe-Hofs im Februar 1934, war anfangs ein »loyales« Kollektivmitglied, allerdings wird ihm auch ein Hang zu theatralischen Gesten nachgesagt.⁶⁸ Seine Begeisterung für das »Sowjetleben« sank proportional zum fallenden Lebensstandard. Er protestierte z.B. gegen die hohen Mieten im Wohnhaus Tschernischewskaja 35B, entschied sich später für die Heimfahrt und wandte sich deshalb – erfolglos – an die KI, die MOPR und die österreichische Gesandtschaft. Er war nämlich seit November 1934 ausgebürgert, das Gesandtschaftspersonal leitete lediglich sein Wiedereinbürgerungs- und Heimreiseansuchen an Wiener Polizeistellen weiter und fügte hinzu, der Antragsteller »habe ständig mit seiner Verhaftung zu rechnen«.⁶⁹ Die sich darüber hinwegsetzende Wiener Bundespolizeidirektion begründete die seinerzeitige Ausbürgerung mit einer langen Schilderung der führenden Rolle Erjautz' bei den »Februarunruhen«.⁷⁰ Im Anschluß daran schrieb das Bundeskanzleramt, von einer Paßausstellung an den Genannten wäre »selbstverständlich abzusehen«.⁷¹ Auch nachdem Frau Erjautz die Gesandtschaft von der Verhaftung ihres Mannes benachrichtigt hatte, blieben die österreichischen Diplomaten untätig. Der Geschäftsträger schrieb nach Wien:

»Die Gesandtschaft wird es ohne ausdrückliche Weisung vorläufig unterlassen, sich für sein weiteres Schicksal zu interessieren.«⁷²

Nach seinem Besuch auf der Gesandtschaft (Juli 1937) wurde Erjautz bei der Ankunft in Charkow angehalten und perlustriert, jedoch »erst« am 1. September in seiner Wohnung per Arrestbefehl festgenommen. Man warf ihm »Spionage«, »Terror«, »antisowjetische Agitation« und »Mitgliedschaft in einer gegen Sowjetrußland gerichteten Organisation«

(§ 54/6, 9, 10 u. 11 des Strafkodex der Ukrainischen SSR) vor. Konkret sah die Sammelanklage wie folgt aus:

»Spionage«: E. habe der österreichischen Gesandtschaft »Material übergeben«.

»Terror«: In seinem Wohnhaus habe es Trinkexzesse und »Ausschreitungen gegen die Polizei« gegeben.

»Agitation«: E. habe in Betriebsversammlungen über »Mißstände in der Sowjetunion« gesprochen.

»Mitgliedschaft in einer antisowjetischen Organisation«: E. fasse »alle unzufriedenen Elemente und Heimkehrer« zusammen und helfe ihnen, nach Hause zu fahren.

Erjautz wurde den ganzen September hindurch verhört, einmal fünf Tage lang ohne Unterbrechung. Die Verhörspezialisten verabreichten ihm Fußtritte und Fausthiebe, zwangen ihn, stundenlang auf Sesseln ohne Sitzflächen auszuhalten und dergleichen mehr. Im Oktober erhielt er die Verständigung, er werde als »konterrevolutionärer Ausländer« des Landes verwiesen. Die Anweisung wurde später annulliert und Erjautz aus der Schubhaft in Kiew nach Charkow zurückgebracht, wo man ihn nun »lediglich« wegen »Agitation« belangen wollte. Der konkrete Vorwurf: Er habe in Österreich (!) »gegen die Juden gesprochen«. Im Sommer 1939 fanden zwei geschlossene Gerichtsverhandlungen statt, in deren Verlauf einige Österreicher gegen Erjautz aussagten. Laut seiner Darstellung traten gegen ihn auf:

»Als Zeuge dafür (»Antisemitismus« – Anm. d. Verf.) trat Lorenz Hiebl (...) am 5.7.1939 auf. Bei der 1. Verhandlung (15.6.1939) traten als Zeugen gegen mich auf: Hinterseher, Turnheim Friedrich, Exter Adolf, Zettl Matthias. Turnheim trat als Kronzeuge gegen mich auf und bezeugte:

1) Daß ich einer derjenigen sei, die die Unzufriedenheit unter den Ausländern förderten. 2) Die Unzufriedenheit als Agitation gegen die UdSSR mißbrauche und 3) der die Unzufriedenen organisiere und zurückführe. Hinterseher bezeugte, daß ich Antisemit bin und mit ihm im Charkower Stadion die Judenfrage behandelt hätte. Exter Adolf bestätigte gegen mich vor Gericht die Angaben der beiden Vorgenannten. Matthias Zettl erklärte vor Gericht, daß ich derjenige sei, der in der CSR die Kommunisten der Polizei ausgeliefert hätte. Ferner bezeugte er, daß ich Flitsch (vermeintlicher »Hauptorganisator« einer Heimkehrerwelle – Anm. d. Verf.) aus der UdSSR nach Österreich geholfen hätte (...) Bei der 2. Verhandlung kam außer den 5 genannten Personen noch Georg Meischl als Zeuge dazu, der gegen mich (...) aussagte, daß ich gegen das Lohnsystem der UdSSR Agitation betrieben hätte.«

Das Urteil lautete auf fünf Jahre Lagerhaft, wogegen Erjautz berief. Dem Rekurs wurde stattgegeben, und man ließ ihn – nach Überstellung

auf die Lubjanka – zu Weihnachten 1939 frei. Bis zu seiner Ausreise nach Wien (Februar 1940) verdingte er sich als Hausarbeiter gegen Kost und Quartier in der deutschen Botschaft. Die auf Betreiben seiner Frau zustande gekommenen Interventionen deutscher Stellen⁷³ trugen sicherlich zu seiner Freilassung bei, vermutlich aber auch die Tatsache, daß seine Berufung in die kurzfristige Periode bedingter Entlassungen nach Jeshows Absetzung fiel.

Walter Meischl, der Sohn des zuvor genannten Kollektivmitglieds, soll im Sommer 1937 in den Strudel der Repressionen hineingeraten sein, weil er mit einer im »Deutschen Arbeiter-Klub« arbeitenden Russin bekannt war. Die Klubräume wurden vom NKWD durchwühlt, die Leitungsmitglieder verhaftet. Die Geheimpolizisten ließen verkünden, sie hätten im Klub ein Waffenlager gefunden.⁷⁴ Der junge Meischl soll nach dem Zweiten Weltkrieg einmal mit seiner Mutter korrespondiert haben, dürfte aber im Lager umgekommen sein.⁷⁵

1937 wurden überdies Oskar Fraiss und Josef Schwarz festgenommen. Dem aus Steyr stammenden Fraiss bewilligte die oberösterreichische Sicherheitsdirektion 1935 die Rückkehr.⁷⁶ Zwei Jahre später (aus unbekanntem Gründen ausgebürgert),⁷⁷ mußte er in Charkow bleiben. Schwarz war der angesehene Lagerverwalter eines Getreidetrusts⁷⁸ und laut Kadercharakteristik »politisch interessiert, belesen und ein durchaus positives Element«, dessen Verbleib in der UdSSR empfohlen wurde.⁷⁹ Auch das weitere Schicksal dieser beiden konnte bisher nicht eruiert werden.

Am 21. September 1937 tauchten NKWD-Trupps im Hotel »Spartak« und im »Schutzbundhaus« auf und führten Leopold Pucher, Josef Hilbert, Johann Okenka, Josef Steiner und Paul Meisel ab. Wie an anderer Stelle erwähnt, ordnete die Kollektivleitung Pucher und Hilbert der »Konspiration« Keszterle-Flitsch zu. Die Spur Hilberts verliert sich nach dessen Überstellung nach Kiew, Pucher wurde vor Weihnachten 1939 der Gestapo ausgeliefert. Johann Okenka, dem sowohl der KPÖ-Vertrauensmann im Werk »Serp i Molot«⁸⁰ als auch Uccusic⁸¹ die denkbar schlechtesten Zeugnisse ausstellte, kam verhältnismäßig glimpflich davon. Die Sowjetbehörden »bestraften« ihn (»konterrevolutionäre Aktivität«) mit drei Monaten Untersuchungshaft und Landesverweis. Josef Steiner erhielt ein neutrales Kaderurteil,⁸² obwohl er seine Entsendung nach Spanien abgelehnt hatte.⁸³ Ob er, der einst in Ungarn und später im österreichischen Februar gegen die Diktatur gekämpft hatte, auch den Stalinismus überlebte, kann man derzeit nicht sagen.

Paul Meisel war kein Februarkämpfer und genoß auch nicht den Status eines Politemigranten. Sein Vater Jakob und der Bruder Josef

»Pepi« emigrierten nach ihrem Kampfeinsatz im Goethe-Hof in die Tschechoslowakei und später in die UdSSR. Vater Jakob fuhr zur Arbeit nach Charkow, Josef wurde an die Lenin-Schule delegiert. Dem alten Meissl gelang es ziemlich rasch, seine junge Frau, den gemeinsamen Sohn Karl und Paul nach Charkow zu holen. Jakob und Paul, beide gelernte Tischler, arbeiteten im Werk »Serp i Molot«, reagierten aber unterschiedlich auf die zunehmend gefährlicher werdende Atmosphäre. Während Jakob seine Frau und den jüngsten Sohn nach Wien vorausschickte, sich selbst unter den Schutz der österreichischen Gesandtschaft stellte und Ende Oktober 1937 ausreiste,⁸⁴ ließ Paul seine Verwandten in Wien wissen, er bleibe trotz aller Schwierigkeiten in Charkow und lehne es ab, in ein faschistisches Land zurückzufahren.⁸⁵ Inzwischen hatte die Wiener Staatspolizei seinen »ins Land« kommandierten Bruder Josef verhaftet.⁸⁶ Turnheim ließ kein gutes Haar an der Familie Meissl. Über den Familienvater schrieb er am 11. August 1937 an Täubl:

»In den nächsten Tagen fährt (...) Jakob Meissl (sic!) (der Vater des Meissl, der in Moskau die Politschule besuchte und zur Arbeit nach Österreich geschickt wurde und wegen seiner eigenen Dummheit nach wenigen Tage verhaftet wurde) nach Hause. Meissl war drüben Parteimitglied, ein jetzt 65jähriger, der sich hier überhaupt nicht betätigt hat. Er fährt nach Hause, weil er für die schwere Arbeit zu alt ist und von der Altersunterstützung nicht leben kann (...) Der trieftigere (sic!) Grund ist aber die Einladung seines sehr reichen Sohnes, der Redakteur des »Sportblatts« ist und Präsident des bürgerlichen Sportverbandes. Einer seiner Söhne (d.h. Paul – Anm. d. Verf.) ist noch hier in Charkow ebenfalls inaktiv.«⁸⁷

Tratsch und Halbwahrheiten bildeten auch später die Basis für eine spezifische Art von »Sippenhaftung«, vor allem nach der Verhaftung Paul Meissels:

»Am 21. wurden im Hotel der junge Meissl (Parteimitglied) und in der Darwingasse der Steiner und Bucher (recte: Pucher) verhaftet (...) Meissl hat sich die letzte Zeit mit Weiser (1941 verhaftet – Anm. d. Verf.) und Schimpl (1938 heimgekehrt – Anm. d. Verf.) herumgetrieben, war politisch vollkommen indifferent. Er ist der Sohn des alten Meissl, der vor 4 Wochen nach Österreich zurückgefahren ist, der Bruder des Meissl, der nach Besuch der Lenin-Schule in M. auf politische Arbeit nach Österreich geschickt wurde (soweit man mir berichtete, wiederhole ich, ohne diese Mitteilung als authentisch weitergeben zu wollen) und dort durch seine eigene Schuld aufflog. Wie sich gestern herausstellte, bekam der hiesige Meissl von seinem Bruder aus dem Arrest Briefe eingesandt mit dem Inhalt, daß es ihm im Arrest sehr gut geht, daß ihn die Polizei gut behandelt, daß ihn sehr das Leben in der SU interessiert und daß ihm sein Bruder doch Berichte einsenden soll. Nun frage ich, ob derartige Briefe von einem klassenbewußten Genossen, der doch in erster Reihe so

rasch als möglich sich zur politischen Arbeit zur Verfügung zu stellen hat, und also den Verdacht gegen sich nicht noch verschärfen sollte, überhaupt geschrieben werden können.«⁸⁸

Stutzig wird man bei dem hier zitierten Passus: »wie sich gestern herausstellte«. Wie konnte Turnheim wissen, was sich bei der im Morgengrauen des Vortags stattgefundenen Durchsuchung des Meiselschen Hotelzimmers und unmittelbar danach abgespielt hatte? Stützten sich seine intimen Kenntnisse des Briefwechsels zwischen Paul und Josef Meisel auf die bei der Verhaftung sichergestellten fünf Korrespondenzblätter »in einer ausländischen Sprache«?⁸⁹ Das überarbeitete NKWD-Personal hatte wenig Interesse für derlei Kleinkram, denn Paul war schon einer freilich erfundenen »Verschwörung« zugeordnet worden. Beim ersten Verhör (28.9.1937) im Gefängnis der NKWD-Zentrale stritt er entschieden ab, »Mitglied einer konterrevolutionären Spionage- und Diversantenorganisation« zu sein.⁹⁰ Drei Tage später wurde Meisel mit dem ehemaligen Schutzbündlerbetreuer Pollmann konfrontiert. Dieser führte unter anderem aus, sein Gegenüber sei »leicht antisowjetisch eingestellt«, mit dem Leben in der Sowjetunion »nicht zufrieden« und von Gröschl (einem anderen Betreuer) sowie ihm selbst für »Spionagedienste bearbeitet« worden; weiters unterstellte ihm Pollmann, im Betrieb eine »zersetzende« Tätigkeit ausgeübt zu haben, indem er die Lebensverhältnisse der Arbeiter in Österreich gelobt und gar behauptet hätte, die Arbeitslosen in Österreich lebten besser als die Sowjetarbeiter.⁹¹

Laut Meisels später bei der Gestapo abgegebenen Erklärung beschuldigte ihn Pollmann auch, ein Attentat auf Stalin geplant zu haben. Und als dieser »Zeuge« auf dem Wahrheitsgehalt seiner abstrusen Anschuldigungen beharrte und noch dazu erklärte, Meisel dürfe dagegen keine Einwendungen machen, endete das seltsame Zwiegespräch mit einem Eklat:

Der Beschuldigte spuckte Pollmann ins Gesicht, worauf dieser abgeführt und Paul Meisel mit einer Woche Dunkelarrest gedroht wurde. Dann setzte der verhörende NKWD-Mann eine Finte ein: Er werde Meisel die Woche Dunkelhaft »schenken«, wenn sich dieser bereit erkläre, für die Geheimpolizei zu arbeiten, wozu sich der Häftling dann auch mit Unterschrift verpflichtete.⁹² Weitere, diesmal ununterbrochene Verhöre folgten im November, in der undatierten (!) Anklageschrift schien das Spionage-Märchen noch auf, allerdings auch Meisels Beteuerung der eigenen Unschuld.⁹³ Die den Fall führenden NKWD-Leute beschlossen lediglich, die Akte »zur Begutachtung« weiterzuleiten.⁹⁴ Sie ließen den Gefangenen fortan mehr oder minder in Ruhe. Anfang 1938 nach Kiew, im Mai nach Minsk überstellt, wurde er am 18. Mai bei Stolpce auf polnisches Territorium abgeschoben und fuhr zwei Tage später über

Lundenburg in die »Ostmark«.⁹⁵ Als Jude und jahrelang aktiver Kommunist (KJVÖ ab 1925, KPÖ ab 1927) wurde Meisel sofort in Gestapo-Haft genommen. Seine weiteren Leidensstationen: Polizeigefangenenhaus Roßauerlände, KZ Buchenwald, 1942 oder 1943 KZ Auschwitz, wo er vergast wurde.⁹⁶ Den alten Jakob Meisel schob die Gestapo nach der Tschechoslowakei ab. 1939 oder 1940 konnte er über ehemaliges polnisches Territorium in die UdSSR zurückkehren. Das letzte Lebenszeichen von ihm war eine Postkarte aus Murmansk.⁹⁷

Beginnend mit dem Leidensweg von Josef Sladek, haben wir mit der Ausrottung einer zweiten, in Charkow lebenden österreichischen Familie zu tun. Nicht nur der Familienvater Josef verschwand aus dem Hotel »Spartak«, sondern drei Jahre später auch seine Frau Viktoria und der älteste Sohn Alfred. Sladek Senior arbeitete in Österreich und später in Osnowa (Gebiet Charkow) als Eisenbahner. Dem KPÖ-Aktiv zufolge war er »ein guter Arbeiter«, politisch jedoch indifferent und ein seltener Besucher diverser Kurse.⁹⁸ Am frühen Morgen des 15. Februar 1938 durchsuchte ein Milizoffizier Sladeks Zimmer im »Spartak« und nahm den Weichensteller aus Wien-Simmering mit. In seinem Fall (»antisowjetische Agitation«, »Spionage«) fanden erst nach zehn Monaten (!) ein Verhör und drei Gegenüberstellungen mit Eisenbahnerkollegen statt. Sie wurden »präpariert«, Sladeks realistischer, keineswegs beschö-



Josef Sladek, Haftfoto 1937.



Josef Sladek, Haftfoto 1939.

nigender Einschätzung der Lebensbedingungen in Österreich einen »konterrevolutionären« Akzent zu verleihen. »Grundlage« für die »Spionage«-Beschuldigung war die Reise der russischen Frau eines übel beleumdeten Charkower Schutzbündlers nach Wien. Sladek hatte sie nämlich gebeten, bei dieser Gelegenheit Schuhe und Textilien für seine Familie einzukaufen. Nach drei Jahren (!) Untersuchungshaft wurde er im Mai 1940 wegen »antisowjetischer Agitation« zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt.⁹⁹

»Unbekannten Ortes gestorben«, ist alles, was man über Josef Vogt derzeit berichten kann. Der schon im November 1934 vom österreichischen Staat ausgebürgerte Schutzbündler arbeitete bis zu seiner Verhaftung (1938) als Bühnendekorateur in einem Charkower Theater.¹⁰⁰ Josef Vollmann war in den Charkower Straßenbahnwerkstätten Monteur und wurde als gut im Betrieb und politisch aktiv eingestuft, obwohl er nicht der Partei angehörte.¹⁰¹ Uccusic zufolge hatte sich Vollmann bereit erklärt, »einen Parteiauftrag anzunehmen«.¹⁰² Das war Parteikurzschrift für die Annahme einer »Kommandierung« nach Spanien. Vollmann absolvierte ein militärisches Lager bei Rjasan, wurde offenbar als unzuverlässig beurteilt und flüchtete Ende 1937 in die österreichische Gesandtschaft. Infolge des »Anschlusses« zum »Gast« der deutschen Botschaft geworden, wagte er sich einmal auf die Straße und ging dem NKWD ins

Netz. Als »Spion« und »Provokateur« angeklagt, wurde er im April 1939 zu acht Jahren Straflager verurteilt, jedoch im Oktober 1940 über die Grenze abgeschoben.¹⁰³

Johann Slavik war im Charkower Kollektiv derartig schlechtangesehen, daß die Kaderüberprüfungskommission 1937 seine freiwillige Ausreise oder Ausweisung vorschlug.¹⁰⁴ Später erhielt er von der österreichischen Gesandtschaft einen positiven Bescheid auf seinen Rückwanderungsantrag.¹⁰⁵ Er zog den Argwohn der »Linientreuen« in Charkow auf sich, als er erzählte, die Gesandtschaft hätte von ihm unbedingt wissen wollen, welche Österreicher nach Spanien abkommandiert worden seien. In dieser Causa trafen aus Charkow bei der Komintern mindestens fünf Schriftstücke ein.¹⁰⁶ Die schwersten Anschuldigungen gegen Slavik faßte Täubl in einem für das NKWD bestimmten Schreiben mit dem Ratschlag zusammen, »ein besonderes Augenmerk auf ihn zu lenken«.¹⁰⁷ Slavik wurde »erst« 1939 verhaftet und der »anti-sowjetischen Agitation« bezichtigt. Kurz nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes sprach ihn der Richter eines Charkower Gebietsgerichtes (!) in einer öffentlichen Verhandlung frei.

Verhaftungen in der weiten »Provinz«

Auch in ukrainischen und westsibirischen Industriestädten, in der Wolgarepublik sowie in entlegenen Gegenden wie der Altai-Region oder der Mongolei gerieten versprengte Mitglieder der Schutzbundemigration in die Klauen des NKWD. Für die 1935 in Moskau eintreffenden Februarkämpfer gab es Probleme mit der Unterkunft und Arbeit, sodaß manche von ihnen an einen Arbeitsplatz »in der Provinz« verschickt wurden. Für andere, als »unzuverlässig« eingestufte Politemigranten kam eine solche »Komandirowka« einer Disziplinarstrafe gleich. Eine kleine Zahl wiederum verließ die Großstadt deshalb, weil sie sich an einem entlegenen Ort vor dem Zugriff der Verfolgungsinstanzen sicherer wähnte. Das war aber meistens ein tragischer Trugschluß, wie wir später an den Beispielen der steirischen Schutzbündler Pillich, Salzer und Koppelhuber darstellen werden. Zu den ca. 30 Schutzbundemigranten, die weit entfernt vom nächsten Österreicher-Kollektiv dem NKWD ins Netz gingen, gehörte auch das Ehepaar Gustav und Agnes Deutsch, deren Leidenswege weiter unten geschildert werden. Einige der von ihren Landsleuten isoliert lebenden Schutzbundemigranten kamen mit dem Leben davon. Verhältnismäßig glimpflich verlief das Schicksal Johann Lenggers, der in Marxstadt (Wolgarepublik) verhaftet und zwei Monate später aus der

UdSSR abgeschoben wurde. In Komsomolsk wurde Karl Chwatal, in Swerdlowsk Paul Irazyi nach ein bis zwei Jahren Haft als »unschuldig« aus dem Gefängnis entlassen. Eine vergleichbare Frist mußte Leopold Zarka in Tscheljabinsk absitzen, bevor man das Verfahren einstellte und ihn ausreisen ließ. Ähnlich erging es Johann Mirtl in Kiew, der 1937 mit Hilfe der österreichischen Gesandtschaft nach Hause fuhr. Karl Sobotka wurde 1937 in Tscheljabinsk verhaftet und zwei Jahre später der Gestapo übergeben. An zwei anderen Grazern wurde jedoch das »Höchststrafmaß« vollstreckt: Michael Hopfgartner und Franz Pabst. Hopfgartner, ob seiner Arbeitsleistung im Autowerk »Stalin« gelobt,¹⁰⁸ fiel 1935 in Ungnade. Er verprügelte seinen Meister, worauf ihn die Moskauer Kollektivleitung als »unziemlich undiszipliniertes und zeitweise verantwortungsloses Element« bezeichnete und aus der Partei ausschloß. Nach seiner Strafversetzung in die Mongolei lag »seither nichts Nachteiliges gegen ihn vor«.¹⁰⁹ Seinen Posten als Maschinenbauingenieur in der Lokomotiv- und Waggonfabrik von Ulan-Udenskom konnte Hopfgartner nur ein Jahr behalten. Er wurde im August 1937 verhaftet und zum Mitglied einer – selbstverständlich fiktiven – »konterrevolutionären rechtstrotzkistischen Spionage-, Sabotage- und Terrororganisation« ernannt. Eine Irkutsker NKWD-Troika fällte das Fern- und Todesurteil über ihn, das am 17. Mai 1938 vollstreckt wurde.

Franz Pabst, vormals Gebietsleiter des Grazer Schutzbundes, flüchtete 1934 in die Schweiz. Seine Bemühungen, über das ALÖS in Brünn für sich und seine Frau Elsa die Einreiseerlaubnis in die UdSSR zu erhalten, waren vorerst erfolglos.¹¹⁰ Im Oktober 1935 schob die Legitimationskommission der MOPR einen Beschluß über die Einreise auf und wies die Schweizer »Rote Hilfe« an, die Familie Pabst finanziell zu unterstützen.¹¹¹ Erst ein halbes Jahr später kam das Ehepaar in der Sowjetunion an, wo Pabst als Bauingenieur in der Textilstadt Iwanowo eine Anstellung fand. Einmal besuchte er Otto Fischer, seinen alten Freund aus Grazer Kampftagen, und beschwerte sich bitter über die Mißstände an seinem Arbeitsplatz. Fischer mahnte ihn, mit seiner Kritik vorsichtig zu sein, da er sich als Ausländer bei der damals herrschenden Hysterie gegen Fremde sonst »sehr unbeliebt machen« würde.¹¹² Ob Pabst, der der KPÖ nie beitrug, durch seine offenen Redensarten die Aufmerksamkeit des NKWD auf sich lenkte, ist unbewiesen, jedoch wahrscheinlich. Am 11. Jänner 1938 festgenommen und der »Spionage« angeklagt, wurde er auf Beschluß einer NKWD-Troika am 2. November 1938 erschossen. Elsa Pabst führte seine Verhaftung auf eine anonyme Anzeige zurück. Damals wollte das INO-Büro in Iwanowo von der nun Arbeit Suchenden nichts wissen. Ihr Hilfeantrag an die MOPR blieb unbeantwortet, sie

ersuchte dann Ernst Fischer, für sie bei der MOPR zu intervenieren. Als Frau eines »Volksfeindes«, teilte sie Fischer mit, »nimmt mich niemand in der Angst, daß sie selbst verhaftet werden, wenn sie mit mir in Kontakt kommen«. ¹¹³

Matthias Ehrlich, gleichfalls langjähriger SDAP-Funktionär, war 1934 Bürgermeister in Sankt Kathrein an der Laming (Obersteiermark). In den Februartagen 1934 schloß er sich der Kampfgruppe um Koloman Wallisch an und flüchtete später in die Tschechoslowakei. Dort trat er als Wortführer jener Schutzbündler auf, die nach Abgang der letzten »regulären« Rußlandtransporte Beschwerdebriefe über die schleppende Behandlung ihrer Einreiseanträge an sieben verschiedene Stellen in Prag und Moskau richteten. ¹¹⁴ Ehrlichs im Juli 1934 eingereichtes Gesuch wurde erst ein knappes Jahr danach von der MOPR bewilligt, ¹¹⁵ bis zur Einreise verstrichen weitere vier Monate. Von Beruf Müller leitete er bis zu seiner Verhaftung (Jänner 1938) eine Mühle in der Deutschen Wolgarepublik. 1940 durch eine Sonderberatung des NKWD zu fünf Jahren Haft verurteilt, starb er 1942 in einem Straflager des Archangelsker Gebiets. Gegen den Wiener Mittelschullehrer Josef Wludarczyk lieferten eigene Landsleute das Belastungsmaterial. Er war 1920 nach Sowjetrußland ausgewandert, mußte aber 1930 heimfahren, da die Behörden in der Stadt Balzer (Wolgarepublik) seine Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängern wollten. Der »Altkommunist« (1918–1920 KPÖ, 1920–1930 WKP/b) ¹¹⁶ wählte sich nach dem 12. Februar 1934 in Gefahr und begab sich nach Brünn, wo er in die Schutzbündlerfürsorge aufgenommen wurde. Hinsichtlich der Gründe für seine Flucht aus Österreich gibt es zwei Versionen: »Herausgabe einer illegalen Kampfschrift« ¹¹⁷ bzw. das »Aufliegen« eines von ihm verwalteten Waffenlagers. ¹¹⁸ Wludarczyk fuhr im November 1934 nach Moskau und erregte bald das Mißtrauen der Gewerkschaftsbürokratie. Bei Rundgängen in Moskauer Betrieben sorgten »Kontrollorgane« dafür, daß die ausländischen Besucher nur über den/die Dolmetscher/in mit den Betriebsarbeitern sprachen. Wludarczyk, der fließend Russisch konnte, brach dieses ungeschriebene Gesetz, als er mit anderen Schutzbundemigranten die Schächte der im Bau befindlichen Moskauer Metro besichtigte. ¹¹⁹ Sharikow (WZSPS) sammelte einschlägiges »Material« gegen Wludarczyk und berief Versammlungen – auch in Leningrad (!) – ein. Dort sprach der Gewerkschaftsmann eingangs über »einige Merkwürdigkeiten« im Verhalten des Wludarczyk und bekam von den Schutzbündlern die gewünschten Auskünfte: Wludarczyk sei kein Februarkämpfer gewesen und habe in der tschechischen Emigration »seine antisowjetische, konterrevolutionäre Haltung« gezeigt. Außerdem soll der im Moskauer Hotel »Baltschug«

auf Arbeitseinteilung wartende Wludarczyk einem Schutzbündler folgenden Rat gegeben haben: »Ich kann dich als Fahrer in irgendeiner ausländischen Botschaft unterbringen. Du bekommst deinen Lohn in Devisen, eine Wohnung und wirst ohne materielle Sorge leben – am sowjetischen Essen krepierst du vor Hunger wie ein Hund.« Wludarczyks Meinung zum Leben im Hotel (»Der Hoteldirektor hat die Schutzbündler satt« usw.) wurde ebenfalls nacherzählt, viel belastender war aber die ihm zugeschriebene Aussage über die Machtkämpfe innerhalb der sowjetischen Partei während der 20er Jahre:

»Trotzkij hat seinen Platz in der Geschichte. Auch wenn er aus den Reihen der bolschewistischen Partei ausgeschlossen ist, können seine Verdienste nicht ungeschehen gemacht werden. Trotzki ist kein Konterrevolutionär, wie man hier über ihn sagt; er ist der rechtmäßige Nachfolger des Leninschen Erbes.«

Andere Diskussionsteilnehmer in Leningrad drückten ihre »Angst« darüber aus, Wludarczyk könnte im Ausland als »Provokateur« tätig werden und die Aufenthaltsorte der Familien jener Schutzbündler preisgeben, deren Liste er während seines Aufenthaltes im Brünner Emigrantenlager angeblich gehabt hatte. Als ob die Wiener Polizei nicht gewußt hätte, welche Schutzbündler 1934 ins Ausland geflohen waren! Letzteres diente also ausschließlich der Aufrechterhaltung eigener Legendenbildungen. Die versammelten Schutzbündler faßten jedenfalls den für Sharikow nur zu »verständlich(en)« Beschluß, die Sowjetmacht zu bitten, Wludarczyk auf keinen Fall ausreisen zu lassen, »sondern ihn nach Sibirien zu schicken oder ihn in völliger Isolation zu halten, ganz egal, an welchen abgelegenen Orten der Sowjetunion (!)«. ¹²⁰ Unmittelbar nach diesem Scherbengericht verhaftete das NKWD Wludarczyk in Saratow und verurteilte ihn zweieinhalb Jahre später zu fünf Jahren Haft.

Als Lehrer hatte ehemals auch Adam Koziar gewirkt, der in Leningrad leitender Angestellter in einem Pelztrust ¹²¹ und Stachanowismus-Organisator unter den Schutzbündlern wurde. ¹²² Später war er in der unweit der estnischen Grenze gelegenen Stadt Pskow berufstätig, kehrte anschließend zu seinem alten Beruf zurück und unterrichtete in einer Mittelschule in der Nordossetischen ASSR. 1940 erhob das NKWD eine Anklage wegen »antisowjetischer Agitation und Propaganda« und verurteilte ihn zu fünf Jahren Freiheitsentzug. Er starb 1941 in einem Straflager bei Charkow. Gleichlautend war die Anklage im Fall des nach Nowotulka zur Arbeit abkommandierten Rupert Holzinger – auch sein Schicksal: Er starb 1942 am Internierungsort, im fernen Magadan.

Verhaftungen in Leningrad

Etwa 45 Mitglieder des Leningrader Schutzbundkollektivs wurden »repressiert«, etwa die Hälfte davon im ersten Kriegsjahr. Der ersten Verhaftungswelle (1935) fielen Josef Stern, Franz Sagl, Julius Zabransky und Franz Fukerieder zum Opfer. Stern, der vermeintliche »Hauptorganisator« der Heimkehrwilligen (s.w.o.), ist laut einem KGB-Untersuchungsbericht 1936 aus der Union ausgewiesen worden.¹²³ Den Mechaniker Sagl aus dem »Kirow«-Werk nahm das NKWD am 3. Mai 1935 fest. In der Folge urgieren sowjetische Diplomaten seine Ausweisung und übergaben der Gesandtschaft einen von Sagl selbst ausgefüllten Fragebogen samt Foto mit der Bitte, dem Oberösterreicher einen Reisepaß auszustellen.¹²⁴ Da Sagl »wegen Verbrechens nach dem Sprengstoffgesetz« von den Behörden im Hausruckviertel »kurrendiert« wurde und ein Jahr Kerker zu gewärtigen hatte, verweigerte die Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit die Heimreise.¹²⁵ Das NKWD annullierte das Ausweisungsdekret und verurteilte den wegen »Spionage« einsitzenden Sagl zu fünf Jahren Lagerstrafe.

Einen Tag nach Sagls Festnahme faßten NKWD-Fahnder den Steinmetz Julius Zabransky, einige Stunden vor seiner Abreise aus Moskau.¹²⁶ Er war im Februar von Leningrad nach Moskau gefahren, um sich direkt beim INO-Leiter Sharikow zu beschweren. Er hatte zeitweilig im Winterpalais und auf der Baustelle des Verwaltungshauses des Leningrader Stadtsowjets gearbeitet, jedoch keine Zuwendungen erhalten und fühlte sich folglich vom Leningrader INO-Betreuer Wischnjak vernachlässigt. Die Moskauer WZSPS-Bürokraten versuchten, Zabransky die Heimkehrabsichten auszureden und wiesen das Leningrader INO-Büro an, dem »niedergeschlagen(en)« und »in der letzten Zeit nur von Wasser und Brot« lebenden Schutzbündler die »Dotazija« voll auszubezahlen und ihn einer Arbeitsstelle zuzuweisen, »wo es ein gesundes Kollektiv von Schutzbündlern gibt.«¹²⁷ Trotzdem reichte Zabransky auf der Gesandtschaft den Heimreisantrag ein. Kurz darauf erfuhr das NKWD davon, nachdem ein »reuiger« Schutzbündler dem WZSPS mitgeteilt hatte, er habe in der österreichischen diplomatischen Vertretung auch die »Akte« von Zabransky gesehen.¹²⁸ Später begründete ein Zellengenosse dessen Arretierung folgendermaßen: »(Er) zog sich die Feindschaft des Gewerkschaftsführers Wischnjak, eines polnischen Emigranten, zu, weil er gegen die Judenwirtschaft im Leningrader Gewerkschaftsrat gesprochen haben soll.«¹²⁹

Zabransky selbst führte seine Inhaftnahme auf eine Denunziation aus dem Kollektiv zurück, derzufolge er als Sohn eines Fabrikanten in Wien

tituliert wurde, der nur nach Rußland gekommen sei, um für die österreichische, tschechische und norwegische (!) Polizei zu spionieren.¹³⁰ Nach zahlreichen Eingaben seitens der Familie Zabranskys, die ein heimgekehrter Schutzbündler informiert hatte, wurde die Gesandtschaft aktiv. Das NKWD verhängte über Zabransky wegen »Spionage« eine Lagerstrafe, schob ihn aber kurz nach der Verurteilung 1936 ab.¹³¹ Franz Fukerieder, ein anderer Schubhäftling, der gemeinsam mit Zabransky an die polnische Grenze gestellt wurde, biederte sich später bei den Austrofaschisten an. Im »vaterlandstreuen« Wiener Verlag »Tyrolia« erschien ein großteils auf seine Angaben gestützter »Enthüllungsbericht« unter dem Titel »Heimkehrer erzählen«. Fukerieders Aussagen waren unsigniert, da sein Sohn Kurt noch im Kinderheim Nr. 6 in Moskau wohnte.¹³² Laut Eigendarstellung geriet Fukerieder mit österreichischen Arbeitskollegen aus dem »Kirow«-Werk in Konflikt, weil er deren Berichte in der *Roten Zeitung* über die wirtschaftlichen Zustände in Österreich als unwahr abtat und obendrein mit russischen Werksingenieuren offen über das Leben im Kapitalismus sprach. Im Juli 1935 verhaftet, wurde er der »Spionage zugunsten Deutschlands« sowie »konterrevolutionärer Umtriebe am Arbeitsplatz« bezichtigt, jedoch nicht mißhandelt und schließlich des Landes verwiesen.¹³³

Die vergleichsweise längere Haftzeit des Franz Langer endete mit der Auslieferung an die Gestapo. In Leningrad arbeitete der Wiener Februar kämpfer im Radiowerk »Kasitzki«, ließ seine Freundin nachkommen und meldete sich freiwillig für den Spanien-Einsatz. Die österreichischen Kaderleute in der Komintern wiesen die Anmeldung zurück und empfahlen seine »legale Rückkehr« nach Österreich,¹³⁴ was Langer ohnehin wollte. Da er aber bei der Einreise seinen österreichischen Paß auf Nimmerwiederschen abgegeben hatte, wandte er sich im Dezember 1937 an die österreichische Gesandtschaft.¹³⁵ Bis zu deren Auflösung (März 1938) war die erforderliche Erlaubnis von Wiener Sicherheitsstellen nicht eingetroffen. Langer urgierte immer wieder auch bei der deutschen Botschaft, die ihm im Juni 1938 mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Falles (seit zwei Monaten arbeitslos, Ausreise seiner Frau) einen kurzfristigen, nur für die Heimreise gültigen Paß ausstellte.¹³⁶ Erst einen Monat später traf die Heimkehrerlaubnis aus Berlin in Moskau ein.¹³⁷ Die sowjetischen Behörden waren alles andere als kulant, sie hielten den um das Ausreisevisum Ansuchenden so lange hin, bis der deutsche Paß ungültig war.¹³⁸ Langer fuhr wieder nach Moskau, wo er auf der deutschen Vertretung seine prekäre Lage folgendermaßen begründete: Einerseits sei er dazu gezwungen worden, 1934–1935 im Kollektiv als NKWD-Informant zu fungieren, andererseits habe er sich unmittelbar

nach den Februarkämpfen in Wien kurze Zeit in einer NS-Gruppe betätigt und fürchte nun, ein ihm nicht wohl gesonnenes Kollektivmitglied aus seinem Heimatbezirk werde ihn deswegen denunzieren.¹³⁹ Obgleich nach den über Langer in Wien angestellten Ermittlungen die Paßausstellung weiterhin »unbedenklich erschien«, verlängerten die Botschaftsbeamten seinen Paß nicht,¹⁴⁰ sondern erklärten, er müsse noch einmal kommen.¹⁴¹ Anscheinend mißtrauisch geworden, schickte Legationsrat Schwinner einen Bericht nach Berlin und bat »die zuständigen Stellen«, Langer nach dessen Rückkehr »im Auge (zu) behalten«.¹⁴² In Botschaftsnähe übernahm einstweilen ein NKWD-Mann diese Aufgabe und beförderte Langer mittels Taxi in die Lubjanka. In einer Gemeinschaftszelle und auch nach seinem Abtransport nach Leningrad instruierten ihn seine Leidensgenossen über die Verhörpraktiken des NKWD und brachten ihm die wichtigsten »Benimmregeln« bei. Er genoß auch den Vorteil, daß seine Einvernahme erst drei Monate nach der Einlieferung begann und ohne größere Gewaltanwendung verlief. Nach vier oder fünf Verhören wollte er sich die phantastischen Anschuldigungen nicht mehr anhören und unterschrieb jede Seite des bis dahin aufgesetzten »Geständnisses«. Der etwas perplexer Untersuchungsrichter konnte sich den Schriftzug »Josef Meier« nicht erklären, worauf ihm Langer die Antwort gab: »Wenn das wahr ist, muß ich Meier heißen.« Verhöre gab es danach keine mehr, sondern abermals eine Überstellung, zurück nach Leningrad. Von dort fuhr Langer unter NKWD-Begleitung bis zur einstigen polnischen Grenze, wo er zusammen mit anderen »lästigen« Ausländern an die Gestapo ausgeliefert wurde.¹⁴³

Der Haftfall Karl Meth ist unter anderem deshalb bemerkenswert, weil der Wiener fast 16 Jahre lang inhaftiert war und drei Jahre nach Stalins Tod (!) im Lager starb. Außerdem gibt es über keinen zweiten Schutzbundemigranten so viele negative »Eingaben«. Nach dem Februaraufstand saß er eine sechswöchige Arreststrafe ab und fuhr anschließend nach Prag.¹⁴⁴ Im Zuge des vom ALÖS durchgeführten Ausleseverfahrens stuft Ferdinand Strasser (Lagerleiter in Chocerady) Meth als »in Österreich nicht gefährdet« ein und entließ ihn aus der sozialdemokratischen Fürsorge mit dem Geld für eine Bahnkarte nach der österreichischen Grenzstadt Gmünd.¹⁴⁵ Trotzdem konnten er und zwei weitere, aus den gleichen Gründen von den Sozialdemokraten abgewiesene Politemigranten, fünf Wochen später nach Moskau abreisen. Hier arbeitete Meth zuerst in der »Hutfabrik Nr. 6«,¹⁴⁶ anschließend im »Deutschen Staatlichen Theater« und bei einer deutschsprachigen Zeitung in Engels. Auf einer seiner zahlreichen Visiten in Moskau – seine Reisetätigkeit erweckte allenthalben Argwohn – lernte er eine im Schutzbundkinder-

heim beschäftigte deutsche Kommunistin kennen. Sie zogen nach Leningrad, wo Meth in der Druckerei »Petschatny Dwor«, in einer Zigarettenfabrik und schließlich in einer Konditorei Arbeit fand. Anfang 1936 legte der österreichische Vertrauensmann in der Druckerei Meth per Zeitungsbericht nahe, »in seiner Aktivität nicht hinter den anderen Genossen zurückzubleiben« und »ebenfalls einen individuellen Wettbewerb abzuschließen«. ¹⁴⁷ Als Franz Kroisenbrunner (alias »Alois Sladky«) Anfang November 1936 wegen seiner NS-Vergangenheit verhaftet wurde, geriet auch sein Freund Meth in Gefahr. Hermann Kandler, ein Arbeitskollege »Sladkys« aus der 1. Uhrenfabrik, berichtete der Komintern-Kaderabteilung über ein mit Meth geführtes Gespräch:

»Ich: »Welchen Eindruck hast Du von Sladky gehabt?«

Meth: »In welchem Auftrag fragst du?«

Ich antwortete ihm, in Interesse als Genosse und Kollektivangehöriger.

Meth: »Siehst du, du machst einen sehr groben Fehler, daß du da fragst. Denn nun kann ich dir keine Antwort geben darauf (...). Die Parteimitglieder machten den großen Fehler, da sie Pinkertons spielen. Dessen ungeachtet kann ich dir keine Antwort mehr geben. Nehmen wir den Fall an, ich wäre beauftragt und hätte in diesem Interesse mit Sladky gesprochen und du fragst jetzt, was ich mit Sladky gesprochen habe.«

Meth ist auch gerne bei Genossin Mönch und fühlte sich bespitzelt durch andere Genossen, worauf er vom Detektivspielen sprach. Die Informationen über Sladky dürfen bei Meth sehr gut sein.« ¹⁴⁸

Bei der Kaderüberprüfung 1937 charakterisierte Täubl Meth als »denkbar schlechtes Element«, der Verbindung zu »Sladky« unterhalten hätte. ¹⁴⁹ Kurze Zeit später geriet der solcherart Stigmatisierte ins Visier des österreichischen EKKI-Vertreters. Ernst Fischer griff Täubls Einschätzung auf, fügte das Attribut »arbeitscheues Element« hinzu und fuhr fort:

»Im Winter war er in Kiew und Odessa, hielt sich auf der Durchreise jedesmal längere Zeit in Moskau auf und verkehrte auch regelmäßig am österreichischen Konsulat.« ¹⁵⁰ Noch 1940 ordnete das Leningrader Kollektiv Meth der Gruppe potentieller Heimkehrer zu, vermerkte jedoch gleichzeitig, er sei Jude und schon in Haft. ¹⁵¹ Das NKWD hatte ihn am 2. Juni 1940 verhaftet und »der Spionage und anderer schädlicher Aktivitäten« angeklagt. Anfang 1941 zum Tode verurteilt, erhielt Meth schließlich eine 20jährige (!) Haftstrafe. Am 3. November 1956, also neun Monate nach dem 20. Parteitag der KPdSU, starb Meth, 44jährig, am Internierungsort. Seine deutsche Frau war während der Blockade von Leningrad an Entkräftung gestorben. ¹⁵²

Verhaftungen in Moskau 1935–1937

Von 1935 bis zum Kriegsausbruch im Juni 1941 wurden mindestens 65 Mitglieder des Moskauer Kollektivs von der Repressionsmaschinerie erfaßt. Das Schicksal von sechs ist uns unbekannt, drei wurden freigesprochen, weitere drei frühzeitig aus der Haft entlassen, 15 bis 20 nach Polen abgeschoben bzw. an Nazideutschland ausgeliefert und 19 erschossen. Vier saßen ihre Lagerhaft ab, mindestens 15 gingen jedoch an den Haftbedingungen zugrunde.

Freisprüche

Franz Binder sprach man 1935 der öffentlichen Gewaltätigkeit schuldig, in zweiter Instanz wurde das Urteil von zwei Jahren Kerker annulliert, der Angeklagte freigesprochen.¹⁵³ In die 1938 erhobene Sammelanklage gegen die österreichischen Automobilarbeiter Brüll, Roscher usw. (s.w.u.) versuchte das NKWD auch Schutzbündler Kajetan Baumgartner »einzubauen«. Dieser gestand jedoch nicht, die Staatsanwaltschaft stellte seine Causa ein und ließ den Steirer Ende 1939 frei.¹⁵⁴ In dasselbe Verfahren wurde Armand Weiss hineingezogen. Er war der höchstrangige Ex-Funktionär des Schutzbundes (Kreisleiter für die Wiener Bezirke II und XX) in der sowjetischen Emigration.¹⁵⁵ Das NKWD zwang Roscher zu »gestehen«, Weiss hätte in der Wohnung von Otto Fischer – alle drei waren Nachbarn in der Worotnikowskij pereulok – »genaueste Angaben über die Anzahl von Telefonanschlüssen in den Ministerien und in den Großbetrieben in Moskau gemacht«. ¹⁵⁶ Ernst Fischer intervenierte für Weiss bei Dimitrow, bei der öffentlichen Gerichtsverhandlung gegen den Telefoningenieur (Jänner 1940) trugen Fischers Plädoyer im Saal sowie eine positive Charakteristik von Fürnberg zum Freispruch bei – die Schuldfrage galt als »nicht bewiesen«, der Angeklagte hatte seine Unschuld fortwährend beteuert usw.¹⁵⁷ Es kamen auch Alois Glaser, Heinrich Zartl und Josef Leitner frei. Glaser kehrte bald darauf nach Hause zurück, Zartl fiel 1942 bei einem Partisaneneinsatz in Jugoslawien.

Die »Baltshug«-Gruppe und andere »feindliche Elemente«

Im Moskauer Schutzbundkollektiv setzte der systematische Terror mit fünf Verhaftungen erst im April 1936 ein. Die überwiegende Zahl der Festnahmen in den Jahren 1936–1937 betrafen die Schutzbündler im

Hotel »Baltshug«, die, wie erinnerlich, von Karl Wagner, dem V-Mann des NKWD und Adlatus des Schutzbündlerbetreuers Richard Uccusic, bespitzelt und denunziert wurden.¹⁵⁸ Zu den Spätankömmlingen im »Baltshug« bemerkte Uccusic, »daß mit den Transporten September–Oktober 1935 eine Reihe von unsauberem, verdächtigen Elementen herkamen, deren Einreise irrtümlich und wahrscheinlich infolge der Arbeit von Polizeispitzeln erfolgte. U.a. stellte ich auch die Korrespondenz einer Reihe von Schutzbündlern mit dem Trotzlisten Dr. Pollak (Prag) fest. Als dann Verhaftungen in diesem Zusammenhang im Baltshug-Kollektiv erfolgten, wiesen verschiedene Umstände darauf hin, daß es noch weitere dringend Verdächtige gebe. Er meldete auch, einige Schutzbündler im Hotel bekämen ihre Post aus dem Ausland unter einem fiktiven Namen, was sie »als verdächtige Elemente erscheinen« ließ.¹⁵⁹ Wegen der »illegalen Briefe« (Uccusic) bzw. der Korrespondenz mit dem mysteriösen Prager Pollak verhaftete das NKWD im April 1936:

Josef Stanek (1938 erschossen)
Josef Arch (1936 ausgewiesen)
Hans Wasicek (1936 ausgewiesen)
Franz Baumberger (verschollen)

Baumberger, ein ehemaliger Betriebsrat in den Steyrer-Werken, hatte der Moskauer Kollektivleitung zufolge »trotz wiederholter Warnung brieflichen Verkehr mit (dem) Trotzlisten Pollak fortgesetzt«. ¹⁶⁰ Im Oktober 1936 wurde er wegen »konterrevolutionär-trotzkistischer Tätigkeit« zu fünf Jahren Haft verurteilt, die er im Polarkreis verbüßte. Susanne Leonhard, die im Invalidenlager Adak den an schwerer Dysenterie dahinsiechenden Baumberger wieder gesund pflegte, erfuhr von ihm, welche Bewandnis es mit dem berühmten Dr. Pollak aus Prag hatte: »(Baumberger) wurde (...) der Verbindung mit der konterrevolutionären Bourgeoisie des Auslandes bezichtigt, wegen seines Briefwechsels mit einem Prager Philatelisten, dem er – nicht ahnend, daß er sich dadurch einer »konterrevolutionären« Handlung schuldig mache – Briefmarken aus der Sowjetunion geschickt hatte.« ¹⁶¹ Baumberger sollte im April 1941 freikommen, mußte sich aber von Susanne Leonhard vier Monate zuvor verabschieden. Er wurde nämlich in die »Etappe«, d.h. in ein anderes Lager, versetzt und gilt seither als verschollen. ¹⁶² Bis 1948 hatte seine Lebensgefährtin keine Nachricht von ihm erhalten. ¹⁶³ In seiner vierzig Jahre später erlassenen Rehabilitierung hieß es lapidar: »Es erweist sich als unmöglich, den weiteren Verlauf seines Schicksals festzustellen.« ¹⁶⁴ Baumbergers Lebensgefährtin Josefine Brunner hatte ihn 1936 während der Untersuchungshaft besuchen dürfen. Er riet ihr,

mit den zwei Kindern nach Hause zu fahren. Dabei stellte sich heraus, daß Frau Brunner und ihre Tochter seit Juli 1936 sowjetische Staatsbürger und somit Gefangene in der Fremde waren. Wie es dazu kam, berichtete die Mutter auf der österreichischen Gesandtschaft:

»(Es) kam zu uns eine Funktionärin der »MOPR« (mit dem Vornamen Marussja) und forderte uns – eine Gruppe von 12 Personen – auf, Bögen mit einem russischen Text, den sie uns einhändigte, zu unterschreiben, da wir sonst keine Arbeit bekämen. Wir unterschrieben. (Ich mit Baumberger) Einige Wochen später besuchte uns dieselbe Person und sagte uns, die Bögen, die wir damals unterschrieben haben, wären Gesuche um Aufnahme in den Sowjetsstaatsverband, die Unterschriften seien aber ungültig, da kein Sowjetbürger als Zeuge war. Sie forderte uns auf, die Gesuche neu zu schreiben, wir lehnten aber das Ansinnen ab (...). 1936 trat man an meinen Lebensgefährten Franz Baumberger neuerdings mit der Forderung, die Sowjetstaatsbürgerschaft anzunehmen, heran; er lehnte ab und wurde bald darauf verhaftet.«¹⁶⁵

Die österreichischen Diplomaten intervenierten für Frau Brunner beim Narkomindel und forderten, die Österreicherin mit der MOPR-Funktionärin Marussja zu konfrontieren. Da die Sowjetbehörden von sich aus die Staatsbürgerschaftsfrage nicht klären wollten, mußte die wegen Verhaftungsgefahr im Gesandtschaftsgebäude wohnende Mutter ihre Entlassung aus dem sowjetischen Staatsverband beantragen.¹⁶⁶ Im November konnte sie mit ihren zwei Kindern nach Steyr zurückfahren.¹⁶⁷

Bei zwei weiteren, im April 1936 verhafteten »Baltschug«-Bewohnern beruhten »Spitzel«-Insinuationen auf der Tatsache, daß die betreffenden Personen – Franz Haderlapp und Kajetan Klug – in der österreichischen Gendarmerie gedient hatten.¹⁶⁸ Haderlapp war Anfang der 20er Jahre kurze Zeit Gendarm, bis 1933 Bürgermeister und Schutzbundführer in Eisenkappel und erreichte 1935 Moskau nach Aufenthalt in Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei.¹⁶⁹ Die Kaderabteilung führte gegen ihn eine langfristige »Untersuchung«, und seine »Genossen« berichteten, er übertöne »Reste sozialdemokratischer Ideologie mit Phrasen«.¹⁷⁰ Obwohl die österreichischen Behörden von dem aus der UdSSR abgeschobenen Josef Arch erfuhren, daß Haderlapp im Moskauer Butyrka-Gefängnis einsaß, verweigerten sie dem seit April 1934 ausgebürgerten Kärntner¹⁷¹ einen Reisepaß für die Heimkehr.¹⁷² Haderlapp, der nach zweimonatiger Haft in der Zelle das sowjetische Abschiebungsurteil überreicht bekam,¹⁷³ wurde angeblich zunächst in den Fernen Osten verschickt und erst Ende 1938 ausgewiesen.¹⁷⁴ Seine Frau Marie und der Sohn Wilhelm wurden aus dem Hotel »Baltschug« hinausgeworfen, erhielten Asyl und schließlich auch ihre Reisepässe von der österreichischen Gesandtschaft. Die Ausstellung der Reisedoku-

mente verfügte Gesandter Pacher einen Tag, bevor aus Wien die Mitteilung über die Ausbürgerung der Familie eintraf. Er begründete seinen humanen, aber weisungswidrigen Schritt mit der prekären Lage von Frau Haderlapp, »die am willigsten und eifrigsten (...) die zugewiesenen Hausarbeiten« verrichte; daher sei eine »Redressierung« (d.h. Rücknahme der Pässe) nicht möglich, man müsse vielmehr »Frau Haderlapp sobald als tunlich nach Hause instradieren«, was dann auch im Juni 1937 geschah.¹⁷⁵ Von der Familie Klug aus Linz konnte lediglich Vater Kajetan ausreisen. Die wahrscheinlich ebenfalls mit Roßtäuschereien bewerkstelligte »Aufnahme« in den sowjetischen Staatsverband hatte tragische Folgen. Kajetan Klug lehnte dieses Danaer-Geschenk auch in der Haft ab, seine Frau nahm jedoch 1936 unter Druck sowjetische Pässe für sich und ihre zwei Söhne an.¹⁷⁶ Falls die gesamte Familie »tatsächlich« eingebürgert worden sei, habe »selbstverständlich jede weitere Intervention im Interesse des Ehepaars Klug zu entfallen« – so das Wiener Außenamt an Gesandten Pacher.¹⁷⁷ Hätte Frau Klug der Gesandtschaft die erpresserischen Umstände dargelegt, unter denen die Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft zustandekam, wäre man ihr, wie Frau Brunner, vermutlich mit Verständnis begegnet. Aber das tat sie nicht. Information über ihre schwierige Lage bezogen die österreichischen Diplomaten aus Zuschriften seitens ehemaliger Zellengenossen ihres Ehemannes und glaubten zudem, auch sie, Marie Klug, sei in Haft. Sie war indes noch in Freiheit und agierte parteikonform. Gegenüber der Kaderabteilung gab sie Karl Wagner als die Person an, die »nur Zwietracht und Haß unter den übrigen Genossen« gestiftet hatte, zu Unrecht jedoch als einen bis zum Februar 1934 in Österreich dienenden Wachmann.¹⁷⁸ Der Schutzbündlerbetreuer Uccusic war von ihrer Parteiloyalität nicht überzeugt:

»Sie benimmt sich seit der Verhaftung ihres Mannes sehr hinterhältig und gerät dabei wiederholt in Widersprüche; so zum Beispiel erklärte sie bei der MOPR: »Wenn mein Mann ein Schuft ist, will ich nichts mit ihm zu tun haben und bitte, mich rasch auf Arbeit zu schicken, damit ich beweisen kann, wer ich bin.«

Uccusic führte auch ins Treffen, Frau Klug halte die Komintern wegen der Überprüfung der Angaben ihres Mannes (z.B. Beteiligung an den Februarkämpfen in Linz) sowie die Machinationen eines MOPR-Angestellten dafür verantwortlich, daß ihr Gatte verhaftet wurde.¹⁷⁹ Marie Klug starb 1943 in der Nähe von Moskau.¹⁸⁰ Ihr jüngster Sohn Arnold ist auch verschollen. Sein Bruder Willi, den das NKWD 1938 auf acht Jahre in den Fernen Osten verschickte, überlebte die Haft und lebt heute in St. Petersburg.¹⁸¹

Die einzige Quelle für den Leidensweg des Kajetan Klug bildet eine von ihm im NSDAP-Verlag 1941 herausgegebene Broschüre, bei der allerdings ein NS-Propagandist die Feder führte. Der Bericht enthält glaubhafte Details aus dem Gefängnis- und Lagerleben, ist jedoch mit antisemitischen Bemerkungen gespickt und Klugs Biographie etwas beschönigt. Er floh 1935 über die tschechische Grenze, als seine Verhaftung wegen Tätigkeit für die illegale KPÖ bevorstand.¹⁸² Die Moskauer KPÖ-Kaderverantwortlichen ließen Klugs »Beteiligung an den Februarkämpfen und die Berechtigung seiner Emigration«¹⁸³ überprüfen. Klug hatte nämlich in einer ZK-Sitzung der MOPR die verzögerte Beteiligung der »Baltshug«-Bewohner mit Winterkleidung heftig kritisiert, ebenso die Modalitäten der Aufnahme österreichischer Kinder in die deutschsprachige Mittelschule »Karl Liebknecht«.¹⁸⁴ Man hielt ihm auch vor, seine Frau sei mit einer deutschen Emigrantin auf der deutschen Botschaft gewesen.¹⁸⁵ Die Anfang April 1936 abgeschlossene KI-Untersuchung gegen Klug ließ die »Spionage«-Anklage dahingestellt, verhängte aber wegen seiner zehn Jahre zurückliegenden Gendarmerietätigkeit den Parteiausschluß und stellte die Übersiedlung der ganzen Familie nach Baku in Aussicht.¹⁸⁶ Drei Wochen später erfolgte Klugs Festnahme durch das NKWD, das ihm »Spionage im Auftrage der österreichischen Polizei« (§ 58/6) vorwarf. Er hielt mehreren Konveyer-Verhörserien, einer Scheinhinrichtung und einigen Gefängnisüberstellungen stand. Im Oktober 1936 wegen »konterrevolutionärer, trotzkistischer Aktivitäten« zu fünf Jahren Haft verurteilt, saß er die Lagerhaft im Hohen Norden ab, umging nach Entlassung die Verbannungsorder nach Charkow und reiste 1941 nach Moskau, wo er Asyl in der Deutschen Botschaft erhielt und mit dem diplomatischen Personal Ende Juni 1941 ausreiste.¹⁸⁷

Die Umstände der im Hotel »Sowjetskaja« durchgeführten Verhaftung von Elisabeth Pfeiffer veranschaulichen, daß auch in dieser Herberge der Österreicher ständige Observanz, Bespitzelung und Denunziation auf der Tagesordnung standen. Die Geschwister Andreas, Johann und Elisabeth sowie die Ehefrauen der Brüder hatten einen Monat zuvor auf der Gesandtschaft den Antrag auf Rückreise in die Heimat gestellt. Der Sicherheitsdirektor für Burgenland hatte die Pfeiffers wegen der Februarereignisse zur Verhaftung ausgeschrieben, außerdem waren die Brüder als Kommunisten in Sauerbrunn bekannt, wohin sie 1919, nach der Niederlage der ungarischen Räterepublik, geflüchtet waren. Sie konnten schließlich über die Gesandtschaft zurückfahren, jedoch nicht ihre Schwester, da sie noch ungarische Staatsbürgerin war und bei ihrer Ankunft in Österreich mit Verhaftung und Abschiebung nach Ungarn rechnen mußte.¹⁸⁸ Nach ihrer Verhaftung (4.11.1936) schloß die öster-

reichische Gesandtschaft jegliche Intervention für sie dezidiert aus und verwies die Brüder an die ungarische Vertretung. Weder Verbalnoten der ungarischen Botschaft noch der unermüdliche Einsatz der Brüder, die zu NKWD-Beamten und Staatsanwälten vordrangen, konnten die Freilassung erwirken. Wenigstens erfuhren die Brüder die Haft-»Gründe«. Uccusic mutmaßte, Elisabeths Korrespondenz »mit einer im Ausland befindlichen Person« hätte »vielleicht der GPU eine Handhabe« geboten. Sie pflegte nämlich Briefverkehr mit dem im Mai 1936 nach Österreich zurückgekehrten, als »Verräter« und »schlechtem Element« abgestempelten Stefan M. (s.w.o.).

Da M. sich in seinen späteren Briefen beklagte, daß Andreas und Elisabeth Pfeiffer seine Briefe nicht beantworteten, meinten die Pfeiffer-Brüder die Korrespondenz sei von der Komintern beschlagnahmt und der Geheimpolizei übergeben worden. Außerdem wurden die Geschwister unter Druck gesetzt, als »informelle Mitarbeiter« für das NKWD zu arbeiten. Andreas sagte nach der Verhaftung seiner Schwester zu, sie hatte aber ein konkretes Angebot bereits ausgeschlagen: Spionagedienst gegen die deutsche Botschaft und die Schutzbündemigranten. Der Geheimpolizei war mittlerweile nicht entgangen, daß Elisabeth Pfeiffer in Begleitung der geschiedenen Frau eines Schutzbündlers mit deutschen Diplomaten im Restaurant »Praga« getanzt hatte. Als sich an einem dieser Abende die deutsche Gesellschaft in lauten Ausfällen gegen die »Sowjetmacht« erging, eilte sie unmittelbar danach zu ihrem Bruder Andreas, der Nachtschicht in der Druckerei Nr. 7 hatte, wo auch sie arbeitete. Um sich durch eine »Selbstanzeige« bei den Verfolgungsinstanzen abzusichern, meldete sie in der Druckerei den »Praga«-Vorfall, den ein Redakteur sofort an das NKWD weiterleitete. Ihre Verhaftung und die beabsichtigte Ausreise der Brüder waren natürlich kein Geheimnis im »Sowjetskaja«, was Gewerkschaftsbetreuer Schramm und der Schutzbündler Hodik weidlich ausschlachteten, um Schmähungen und allerlei Drohungen auszusprechen. In einem wodka-seligen Moment gratulierte Hodik angeblich den Brüdern zu ihrem »guten Verhalten« seit Beantragung der Ausreise. Er soll außerdem gestanden haben, im Auftrag der »Abteilung 616 der GPU« auf die Familie Pfeiffer angesetzt worden zu sein und selbst Gefahr zu laufen, von seinen Dienstherrn verhaftet zu werden.¹⁸⁹ Einen Monat nach Ausreise der Brüder (Februar 1937) wurde über Elisabeth Pfeiffer wegen »antisowjetischer Aktivitäten« die Schubhaft verhängt. Dies dürfte in der Folge als zu »mild« interpretiert worden sein, denn 1938 kam eine fünfjährige Lagerstrafe wegen »Spionage« hinzu. Die GULag-Verwaltung entließ sie im August 1941, ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Zwei Tage vor ihrer Verhaf-

tung nahm das NKWD einen anderen Bewohner des »Sowjetskaja«, nämlich »Alois Sladky«, an seinem Arbeitsplatz in der 1. Uhrenfabrik fest. Seine Festnahme erregte beträchtliche Nervosität im Kollektiv (s.w.o. den Fall Karl Meth), denn die generelle Anklage »Nichtentlarvung eines Volksfeindes« hing in der Luft: »Sladky« hatte jahrelang seine Identität und NS-Vergangenheit verheimlicht und sich überdies einen guten Ruf im Kollektiv erworben. Er war zeitweise Leiter der Schutzbundjugend in Moskau, galt als intelligent und interessierte sich für »gesellschaftliche« Tätigkeit.¹⁹⁰ Darüber hinaus betätigte er sich als fleißiger »Arbeiterkorrespondent« und verfaßte Artikel auch über die Schutzbundkollektive außerhalb Moskaus.¹⁹¹ Er gab im April 1936 der KI seine wahre Identität preis und stellte die Wandlung vom NS- zum KP-Aktivist anschaulich dar. Warum »Sladky« »erst« im November desselben Jahres in die Repressionsmaschinerie hineingeriet, ist nicht klar. Einen direkten Anlaß mochte seine brieflich geäußerte Rückkehrabsicht¹⁹² oder eine laute Auseinandersetzung mit dem Gewerkschaftsmann Schramm im Hotel¹⁹³ geboten haben. »Sladky« hieß eigentlich Franz Kroisenbrunner, kam 1915 in Preßburg zur Welt und lebte bis zum 7. Lebensjahr bei der kommunistisch gesinnten Mutter. Später in Obhut des strengkatholischen Vaters in Graz, rebellierte er, riß mehrmals aus und trat 1930 eine Lehrstelle als Uhrmachergehilfe in Steyr an. Dort war er, wie in Graz, aktives Mitglied des »Deutschen Turnerbundes«, später auch der NSDAP. Mit dem Heimatschein seines Freundes Sladky flüchtete er aus Steyr, arbeitete für den technischen Apparat der NSDAP, unter anderem in Tirol. Hier verhaftet und ausgewiesen, war er gerade wieder in Steyr, als die Februarkämpfe ausbrachen. Entgegen den Weisungen der NSDAP schloß er sich den Schutzbündlern an, kämpfte auf der Ennsleithen mit und flüchtete später in die Tschechoslowakei, wo er der KPÖ beitrug und im Juni 1934 die Fahrt nach Moskau antrat. Seine spätere Entwicklung – Kroisenbrunner war damals knapp 20 Jahre alt – lieferte keine Anhaltspunkte, die dem Eigenresümee seiner politischen Laufbahn widersprochen hätten:

»Heute nach zwei Jahren Arbeit und Studium in der Sowjet-Union kann ich doch sagen, daß ich mich gänzlich von meiner früheren Ideologie befreit habe und eine feste bolschewistische Weltanschauung mir angeeignet habe. Ich glaube, das auch durch meine Arbeit im Betrieb sowie durch meine gesellschaftliche Arbeit bereits bewiesen zu haben.«¹⁹⁴

Nach Kroisenbrunners Verhaftung war dieser für den Kaderreferenten Täubl dennoch ein »Naziagent«.¹⁹⁵ Das NKWD übergab ihn 1940 an die Gestapo.

Die »Bernaschek-Anhänger«

Eine dritte Gruppe, die das Duo Wagner–Uccusic anvisierte, umfaßte die vermeintlichen Anhänger Richard Bernascheks in der Sowjetunion. Uccusic nahm jene Schutzbündler aufs Korn, die »sich mehr oder minder offen zu Bernaschek bekennen und gegenüber der Kommunistischen Partei und der Sowjetunion oppositionell eingestellt sind«: Klug, Kanotscher, Wurm, Chwatal, Lengger und Leitner (»Bodenberger«). Auch aus dem Leningrader Kollektiv trafen beim Hüter der bolschewistischen Wachsamkeit ähnliche Berichte ein, was diesen zur Bemerkung veranlaßte, daß »die Arbeit der Bernaschek-Anhänger sich immer mehr an die Nazis anzulehnen« scheine.¹⁹⁶ Diese meistens aus Linz oder Steyr stammenden Februarkämpfer wurden allesamt verhaftet. Ob Urbans Denunziationen in die jeweilige Anklage aufgenommen wurden, ist ungewiß. Wie bereits erwähnt, sahen Klug, Chwatal und Lengger nach mannigfachen Entbehrungen die Heimat wieder. Richard Leitner (»Bodenberger«) verkehrte laut Kaderbeurteilung »mit schwankenden Elementen«,¹⁹⁷ ferner »mit den Anhängern Bernascheks« und wollte in der UdSSR nicht bleiben.¹⁹⁸ Er arbeitete in der russischen Provinz und suchte um einen Reisepaß an, was Uccusic auch nicht entging.¹⁹⁹ Da ihn die Steyrer Polizei ausgebürgert hatte, erhielt Leitner keine Reisedokumente²⁰⁰ und verschwand später im GULag. Der frühere SDAP- und Schutzbundfunktionär Karl Wurm verbaute sich sozusagen selbst die ersehnte Heimkehr. Seine Kameraden in Moskau hielten ihn für »indolent (...) politisch wie beruflich interessenlos«,²⁰¹ die Kaderüberprüfungskommission schlug ihn zur Ausweisung aus der UdSSR vor.²⁰² Erst 1936 in Moskau eingetroffen, hielt Wurm kurz danach das ihm von der Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf a.d. Krems zugesandte Ausbürgerungsdekret in der Hand. Der Bezirkshauptmann führte darin nicht etwa Wurms Beteiligung am Februaraufstand als Ausbürgerungsgrund an, sondern Details aus seiner angeblichen Tätigkeit als illegaler KP-Leiter in der Tschechoslowakei und in Wien, die der Emigrant seiner Frau auf dem normalen Postweg zukommen hatte lassen.²⁰³ Wurm schickte eine »Richtigstellung« retour, die er mit »Rot Front! Karl Wurm, Bolschewik. Wir kommen wieder!« abschloß.²⁰⁴

Einige Monate später führte er, mittlerweile auch unter anderen Prämissen auf ein »Wiederkommen« bedacht, im Gesandtschaftsgebäude Komintern-Kuriere, österreichische Spanienkämpfer und sonstige Schutzbundemigranten namentlich an. Nach der Devise: »Man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter«, befaßten sich zwar fünf Sicherheitsdi-

rektoren in den österreichischen Bundesländern mit seinen Angaben,²⁰⁵ der oberösterreichische Sicherheitschef Revertera teilte jedoch die Meinung des Kirchdorfer Bezirkshauptmannes und beantragte »dringend, dem Manne die Heimkehr zu verwehren«.²⁰⁶ Im Oktober 1937 verhaftet, starb Karl Wurm ein Jahr später.

Es waren vorwiegend wirtschaftliche Gründe, die Viktor Kanotscher zur Auswanderung bewogen. Nach dem Feberaufstand war er einige Wochen im Arrest, mußte sich zwar keinem Verfahren stellen, verlor aber trotzdem seine fixe Arbeitsstelle als Monteur im Linzer Gaswerk. Da auch seine Geschwister arbeitslos waren, emigrierte er in die Tschechoslowakei und im Juni 1935 mit Richard Bernaschek junior nach Moskau.²⁰⁷ Kaum im Land, ersuchte er um Aufnahme in die KPÖ und versprach, sich »der Parteidisziplin auf jede Art und Weise zu fügen« und seine »Aufgabe als Kommunist (...) immer zu erfüllen«.²⁰⁸ Obwohl Kanotscher bereits 1933 der Linzer KPÖ beigetreten war²⁰⁹ und sich der Arbeitskommandierung in die Wolgarepublik »gefügt« hatte, bezeichneten ihn besonders »linientreue« Landsleute als »schwankend, Alleingehender, Anhänger Brünns, besonders Bernascheks, politisch indolent, weil konservativer »Revolutionärer Sozialist«.²¹⁰ Äußerungen im »Baltshug« (wo er gelegentlich auf Kurzbesuch weilte) und angebliche »Verbindungen« wurden alsbald der Kaderabteilung zugetragen und so nachgezeichnet:

- * Man kann in der Wolgarepublik als ausländischer Deutscher nicht bleiben, weil es regelrechte Verfolgungen gibt.
- * Er befürchtet, die Erledigung seines Heimkehrantrags werde viel zulange dauern, so daß er, wie andere »Baltshugianer«, vorher verhaftet werden könnte.
- * Er hat Beziehungen zur deutschen Botschaft.²¹¹
- * Er besucht »öfters geheim« Bernascheks Tochter Ella im »Schutzbundhaus«.²¹²

Gegen seine Rückkehr hatte die Linzer Bundespolizeidirektion keine Einwände, zumal seine Familie bereit war, für ihn vollständig aufzukommen.²¹³ Warum Kanotscher seinen Paß nicht abholte, entzieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht hatte er einen neuen Arbeitsplatz oder fühlte sich nun halbwegs sicher. Er soll zu seinen Freunden gesagt haben, daß es in puncto Verhaftung »ohnehin zu nichts kommen wird«.²¹⁴ Am Vorabend der Moskauer Maifeier 1937 schlug das NKWD zu, drei Monate später wurde der junge Linzer zu fünf Jahren »Besserungsarbeit« verurteilt. Er starb am 6. März 1938 im »Sewwostlag« (Nordöstlicher Lagerkomplex).

Moskau 1938: Repressionen auf Hochtouren

Die von österreichischen Politfunktionären postulierte »feindliche« Gruppenbildung im Kollektiv als Hintergrund oder ansatzweise Erklärung für Verhaftungen gilt für die Periode Jänner bis Mai 1938 kaum noch, da die Repression in der Moskauer Österreicher-Enklave Massencharakter annahm und »gute« wie »schlechte Elemente« verschlang. Die letale Zufälligkeit äußerte sich auch in der Auswahl der 30–40 Verhafteten und deren weiteren Schicksalen, d.h. Lagerhaft oder Todesurteil für Mitglieder derselben angeklagten Gruppe. Die Strafunterlagen der 1938 hingerichteten Brüll und Roscher, zwei Hauptfiguren der Emigration, verweisen auf ein geplantes »Großbreinemachen« des Jeshowschen NKWD innerhalb der KPÖ-Parteiorganisation in Moskau. Die ihnen zur Last gelegten, von A bis Z erfundenen »Verschwörungen« inkludierten »Spionage« und »antiparteiliche« Aktivitäten, die von Ernst Fischer »geleitet« worden sein sollten. Das Ausmaß der auf die Enthauptung der KPÖ-Emigration hinzielenden Konstruktion geht aus dem »Geständnis« eines selbst unter Anklage stehenden einstigen Offiziers der 1. Verwaltung (Auslandsspionage) des NKWD hervor:

»Ich übergab dem deutschen Geheimdienst (...) eine Reihe von Unterlagen (...) die ich von A. Ketzlik, K. Wagner über antisowjetische Gruppierungen innerhalb der Schutzbündler sowie über eine antisowjetische rechte Organisation, die unter den Mitgliedern und Mitarbeitern des ZK der KPÖ existierte und mit der Aufdeckung einer antisowjetischen Organisation im Apparat der Komintern von Pjatnitskij und Knorin im Zusammenhang stand, erhalten hatte. Mitglieder dieser Organisation im ZK der KPÖ sind Ernst Fischer, Richard Urban, A. Ketzlik und andere. (Ferner) Unterlagen aus Akten der 1. Abteilung über Heinz Roscher, früher Kommandant der Schutzbündler, Mitglied einer antisowjetischen Organisation unter den österreichischen Politemigranten; über Karl Wagner, Mitglied der KPÖ, Mitarbeiter der österreichischen Sektion der KI und Agent des NKWD; über Ernst Fischer, Mitglied des ZK der KPÖ.«²¹⁵

Die Großabrechnung mit den Österreichern wurde durch die Verhaftung Karl Wagners am 3. Januar 1938 eingeleitet. Einige der in dieser Phase verhafteten Schutzbündler waren schon längst aus dem politischen Kollektiv ausgestoßen worden, beispielsweise Johann Pischa, der Hauswart im »Schutzbundhaus«. Seine Kaderbeschreibung fiel vorerst positiv aus,²¹⁶ gleichwohl zog er sich den Groll der eigenen Genossen zu, weil er seine Zweizimmerwohnung dem Sohn überließ. Statt dessen hatten Pischa sen. und seine Frau in das Einzimmerquartier, das der verheiratete Sohn von der MOPR zugewiesen bekommen hatte, einziehen wollen. Es

war für den Vater naheliegend, daß sein Sohn, die Schwiegertochter und das Enkelkind die geräumigere Wohnung benötigten. Die Vertrauensmänner im Haus, speziell Otto Fischer, waren Pischa zufolge anderer Meinung:

»Gleich darauf (nach dem Umzug – Anm. d. Verf.) kam Gen. Otto Fischer und fragte mich, mit welchem Recht ich das Zimmer bezogen habe, da es angeblich einen Beschluß gibt, wonach die österreichische Sektion die Zimmer im Schutzbundhaus verteilt und daß er, da ich somit gegen einen Beschluß der Partei gehandelt habe, veranlassen wird, daß ich sowie mein Sohn aus der Partei und aus dem Kollektiv ausgeschlossen werden.«

In einer Vertrauensmännerversammlung, so der alte Pischa weiter, hatte man ihm den Vorwurf gemacht, er ziehe persönliche Vorteile aus seiner Stellung und eigne sich »Kollektiveigentum« an. Eine Parteiversammlung des Schutzbundkollektivs schloß Pischa sen. am 7. Juli 1937 aus der KPÖ aus, seine nach Versammlungsschluß an Ernst Fischer gerichtete Bitte, er wolle den Beschluß schriftlich haben, erntete die hämische Replik, man werde nicht ihm zuliebe einen »Schriftsteller anstellen«. Die Vertrauensleute verlangten von der Hausverwaltung Pischas Entlassung, was abgelehnt wurde, da er seinem Dienstgeber zufolge gut arbeitete und hinsichtlich des Wohnungstausches entsprechend sowjetischer Gesetze gehandelt hatte.²¹⁷ Am 29. März 1938 zusammen mit anderen »Schutzbundhaus«-Bewohnern verhaftet, wurde Pischa vier Monate später hingerichtet. Seine Frau wartete jahrelang auf eine Nachricht von ihm. Erst als man ihr Anfang der 60er Jahre die Todesurkunde ihres Mannes aushändigte, fuhr sie nach Wien zurück, wo sie im selben Jahr starb.²¹⁸ Ebenfalls im März 1938 wurde der Waidhofener Schutzbündler Karl Neumüller, der in Moskau als Spezialist für Normierungen tätig gewesen war, verhaftet. Im Mai folgten das Todesurteil und Hinrichtung. Auch Karl Brückl wurde per Genickschuß ermordet (26.7.1938). Seine Einreise in die UdSSR wies »Unregelmäßigkeiten« auf. Kommunist seit 1928, Februarkämpfer in Wien-Floridsdorf und Mitorganisator der Schutzbundtransporte nach Moskau, kehrte er aus Brünn wieder nach Wien zurück und emigrierte 1935 endgültig – anscheinend ohne »Erlaubnis der Partei« – in die UdSSR.²¹⁹ Die Kaderleute hatten Brückl offensichtlich für die ILS ausgesucht (I-Name: »Josef Schneider«), schickten ihn aber auf Arbeit zuerst nach Sibirien, anschließend nach Georgien, schließlich landete er wieder in Moskau. Laut Urteil der Überprüfungskommission war er »kein negatives Element«, konnte aber »nicht die richtige Einstellung zur Sowjetunion finden« und sollte wieder auf »Kommandierung« oder auf »legale« Weise nach Hause fahren.²²⁰ Er

wartete vermutlich auf seine neue Verwendung, als das NKWD am 16. März 1938 seiner habhaft wurde.²²¹

Der wegen einer Schießerei mit Wiener Polizisten (am ersten Jahrestag der Februarkämpfe) aus Österreich geflüchtete Georg Stiftner²²² geriet in Konflikt mit dem »Baltshug«-Kollektiv, das ihn unkameradschaftlichen Verhaltens bezichtigte.²²³ In einer Parteiversammlung beantragte das »Aktiv« 1936 seinen Ausschluß (»Sprachrohr und Vertreter der parteifeindlichen Elemente«),²²⁴ doch schließlich kam er mit einer »strengen« Rüge davon.²²⁵ Seine Streitereien mit anderen Hotelbewohnern rührten wahrscheinlich daher, daß er monatelang auf einen Arbeitsplatz warten mußte. Das Kaderurteil über ihn fiel jedenfalls positiver aus, nachdem er eine Stelle als Chauffeur im südlichen Moskauer Vorort Orechowo erhalten hatte.²²⁶ Ein Jahr später, im April 1938, starb auch Stiftner durch einen Genickschuß.

*Verhaftungen im Arbeitskollektiv:
Stalin-Werk, Kugellagerwerk, Erste Uhrenfabrik*

Beim letzten unionsweiten »sozialistischen Wettbewerb« der Österreicher gingen die Februarkämpfer des Autowerks »Stalin« als Sieger hervor.²²⁷ Das NKWD führte 1938 eine Verhaftungswelle durch, der die prominentesten Österreicher im Werk zum Opfer fielen. In den Werkshallen herrschten damals aufgrund unzähliger »Wachsamkeitsappelle« Angst und Mißtrauen. In seinen zahlreichen DZZ-Artikeln berichtete Brüll von »entlarvten Schädlingen«, die den Jahresplan 1937 »sabotiert« hätten.²²⁸ 1937 hatten Stachanowisten einzelne Mitglieder des technischen Personals (ITR) als »Schädlinge« denunziert.²²⁹ Es liegt nahe, daß das ITR, als das Pendel zurückschlug, als Disziplin in der Produktion und somit der Autorität der Betriebsleitung wieder höchste Priorität eingeräumt wurde, sich an seinen Kritikern von einst auf ähnliche Weise (Denunziation an das NKWD) rächte. Mit ihren vielen Verbesserungsvorschlägen, mit Kritik an russischer Schlamperei, Desorganisiertheit und vielem anderen mehr hatten sich die österreichischen Werksaktivisten nicht nur Freunde gemacht. Das trifft übrigens auch auf einfache russische Arbeitskollegen zu, die zusehen mußten, wie die Stachanowisten, allen voran die besser ausgebildeten Ausländer, geltende Arbeitsnormen gründlich »verdorben« hatten. Schließlich sei auf den Zeitpunkt der Verhaftungen hingewiesen – zwischen dem zweiten und dritten Schauprozeß, als täglich vor der »Wühlätigkeit ausländischer Faschisten« gewarnt wurde. Die Größenordnung der »Abrechnungen« in der Autofabrik – bei



Im Februar 1938 verhaftete Schutzbündler aus dem Moskauer Kugellagerwerk »Kaganowitsch«: Anton Rechberger, Karl Hübsch, Ferdinand Eygruber.

denen die verfolgten Österreicher natürlich nur einen winzigen Bruchteil ausmachten – kann man daran messen, daß im April 1938 eine viertägige (!) Konferenz der Parteioorganisation abgehalten wurde. Die Angriffe der 905 (!) Delegierten zielten auf das bis dahin tätige Parteikomitee, dem »ungenügende Aufmerksamkeit den Signalen einzelner Kommunisten gegenüber, die Volksfeinde entlarvten«, vorgeworfen wurde.²³⁰

Anfang Februar holte die Polizei Heinz Roscher ab, eine Woche später Kajetan Baumgartner (s.w.o.), im März Erwin Turra, Ing. Josef Brüll, Ferdinand Beier und Leopold Brudna. Roscher, Brüll und Brudna wurden erschossen, Beier überlebte die achtjährige Haftstrafe nicht. Erwin Turra und Ferdinand Flucher (Oktober 1938 verhaftet) wurden 1940 an die Gestapo übergeben. Bei den drei Hingerichteten wurde eine Doppelanklage – »Sabotage« und »Spionage« – konstruiert. Den politischen Aspekt der Anschuldigungen – die Inkriminierung der Führung der gesamten österreichischen Politmigration – koppelte die Geheimpolizei mit werksinternen »Verdachtsmomenten«. Auch im Kugellagerwerk drehte sich das Verfolgungskarussell.²³¹ In den Monaten Februar und März 1938 verhaftete das NKWD die aus Steyr stammenden Werksangehörigen Eygruber, Hübsch und Rechberger. Sie wurden mißhandelt und gegeneinander ausgespielt. Rechberger (ehedem Berufssoldat und Mitbegründer von KJV-Gruppen in Steyr, Ferlach und Grünbach²³²) wurde wegen »antisowjetischer Agitation« zu fünf Jahren Haft verurteilt und starb 1942 als GULag-Häftling. Der Brigadier Karl Hübsch, ein gutbelegter Aktivist des Schutzbundkollektivs,²³³ soll wegen einer Bemerkung über Goebbels von einem russischen Arbeitskollegen denunziert worden sein. Nach seiner Auslieferung an die Gestapo erreichte er Ende 1939 Steyr wieder, wo er bis zum Kriegsende im kommunistischen Untergrund aktiv war. Seine hochschwängere Frau Käthe wiesen die Sowjetbehörden als »Nichtrossin« aus. Sie wurde an der ehemaligen österreichischen Grenze verhaftet und drei Tage lang im Gestapo-Hauptquartier »Hotel Metropol« verhört. Schließlich mußte sie ins Spital gebracht werden, wo sie den Sohn Karl frühzeitig zur Welt brachte.²³⁴ Drei Monate nach Hübsch kam der wegen »antisowjetischer Agitation« zu fünf Jahren Lagerhaft, später zur Ausweisung verurteilte Ferdinand Eygruber in Steyr an. Eygruber war ehedem der eifrigste aller österreichischen »Arbeiterkorrespondenten« und schrieb regelmäßig über die Vorgänge im Kugellagerwerk.²³⁵ Laut Bericht eines österreichischen Arbeitskollegen trugen werksinterne Streitereien zu seiner Verhaftung bei:

»Bei den Arbeitern war er nicht beliebt, da er streitsüchtig und streng war. Er formulierte die Arbeiten nur mit erster und zweiter Sorte, oder überhaupt

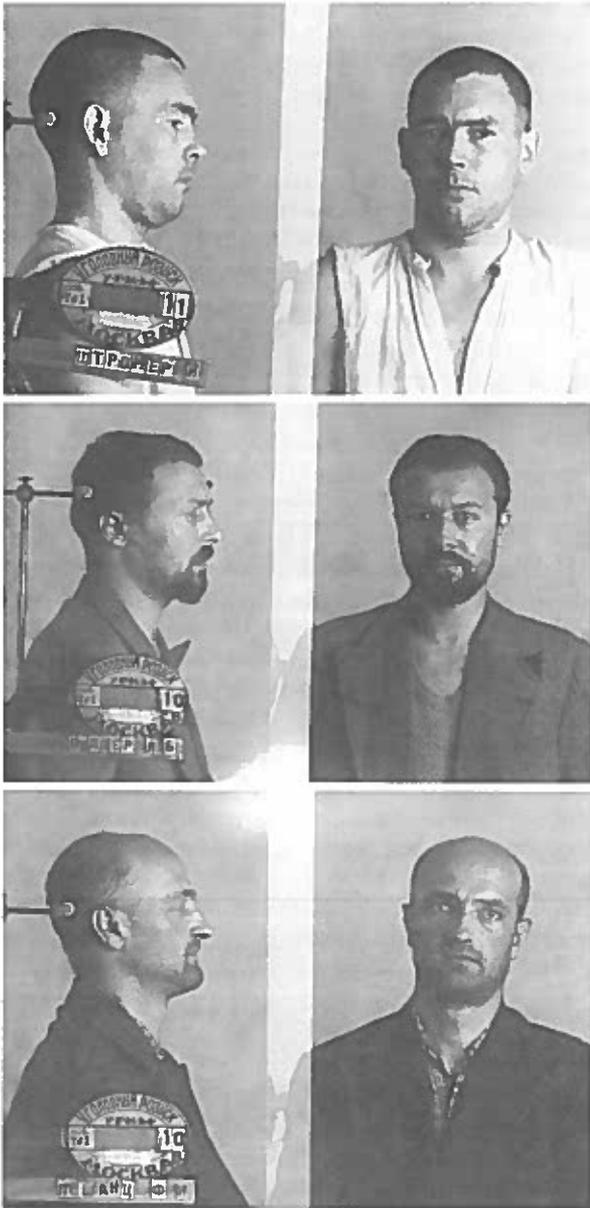
nur zweiter Sorte, das den Arbeitern nicht 100 Prozent Lohn und Verlust der Prämie brachte (...) Vor seiner Verhaftung hatte er eine große Unannehmlichkeit, das (sic!), wie ich später erfuhr, zu seiner Verhaftung beitrug (...) Nach seiner Aussage mir gegenüber hieß ihn der Meister einen »Faschist« und im Jähzorn habe er den Meister mit einer Eisenkiste gestoßen. Der Brigadier erzählte mir, daß er (Eygruber) dem Meister die Kiste nachgeworfen habe. Der Meister stellte natürlich Gen. Eygruber an bestimmter Stelle als einen Menschen dar, der faktisch die Produktion störte. Wenn auch nicht die Absicht von Eygruber, ein vom Meister aus schweres Vergehen.«²³⁶

Damit beglichen Eygrubers Vorgesetzte eine alte Rechnung. Einige Monate zuvor hatte der Steyrer via DZZ dem Meister unterstellt, dieser widme dem Ausschußproblem zuwenig Aufmerksamkeit.²³⁷ Gleichfalls im Zeitraum Februar–März 1938 wurden mehrere Schutzbündler aus der 1. Uhrenfabrik wegen »Spionage« sowie »antisowjetischer Tätigkeit« angeklagt. Josef Kormout und Hermann Kandler wurden zu mehrjährigen Lagerstrafen verurteilt und 1941 der Gestapo übergeben.²³⁸ Josef Silberstern, vom Kollektiv positiv eingeschätzt,²³⁹ starb kurz vor Ablauf der fünfjährigen Strafe 1943 im Lager. Johann Stromer sah sich hingegen mit negativen Meldungen aus dem Kollektiv konfrontiert. Auf seinen Wunsch waren Mutter und Schwester zum Daueraufenthalt nach Moskau gekommen. Die Schwester reiste mit ihrem Schutzbündler-Ehemann 1936 nach Wien zurück, kurz darauf beantragten Mutter und Sohn die Einreise des zweiten Bruders. Das Kollektiv bezeichnete Stromer als »moralisch zersetzt«, trug ihm »antisowjetische Äußerungen« nach und schlug seine Ausweisung vor.²⁴⁰ Die schwersten Vorwürfe bezogen sich auf seine Kommentare zu den Schauprozessen und Stalins Verfassung (s.w.u.) sowie auf angebliche Aussagen am Arbeitsplatz, die ein Landsmann folgendermaßen kolportierte:

»Es wäre unbedingt notwendig, hierher eine Abteilung Nationalsozialisten zu bringen zu dem Zwecke, um hier auf dem Sawod (Betrieb – Anm. d. Verf.) Ordnung zu schaffen.«²⁴¹

Stromers Mutter wurde 1938 des Landes verwiesen,²⁴² sein Heimreise-Antrag an die Gesandtschaft wurde durch die Verhaftung gegenstandslos. Seine »Untersuchung« wickelte das NKWD schnell ab: März Verhaftung, Juli Todesurteil, August Erschießung.

Josef Kormout,²⁴³ ein Schutzbundkämpfer aus Wien-Simmering, war mit dem sowjetischen Alltag gut zurechtgekommen. Er war Parteimitglied, verdiente sehr gut und hatte eine russische Arbeitskollegin geheiratet. Für die Ausreise seines Bruders Otto zeigte Josef Kormout wenig Verständnis, den Anklagen in den Schauprozessen brachte er große



1938 in Butowo bei Moskau erschossene Schutzbund-Emigranten:
Johann Stromer, Leon Biller, Josef Leschanz.

Skepsis entgegen. Ferner äußerte er seinen Glauben an die Unschuld der einstigen Mitstreiter Stalins ziemlich unverblümt, beispielsweise im Speisesaal des Hotels »Sowjetskaja« oder gegenüber selbsternannten Wachsamkeitsaposteln wie dem DZZ-Redakteur Alois Ketzlik, der solche Ketzereien an den WZSPS rapportierte:

»Die Schutzbündler Kormout und Stromer erklärten in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der DZZ folgendes: ›Wie kann das möglich sein, daß man jetzt (1936) Bucharin beseitigen will, Bucharin – derselbe Mann, welcher die Konstitution geschrieben hat, wie wäre es möglich, daß er jetzt an der Reihe ist.‹

Der Genosse Ketzlik war bestrebt, Kormout und Stromer zu erläutern, daß die Konstitution vom Genossen Stalin ausgearbeitet wurde, aber diese Leute antworteten: ›Es gibt nicht so einen Menschen, welcher allein so etwas ausarbeiten könnte.‹ Im weiteren Gespräch mit Kormout erklärte dieser, daß seiner Meinung nach solche Leute wie Sinowjew und Kamenew in dem Prozeß mit politischen Reden auftreten müßten, um ihre politischen Ansichten zu begründen.«²⁴⁴

Diese Äußerungen dürften die Ablehnung von Kormouts Meldung für den Spanien-Einsatz bewirkt haben, worüber er, Uccusic zufolge, gekränkt war. Der Schutzbündlerbetreuer stufte ihn 1937 überdies als »eigenwillig« ein und beanstandete seine Nähe zu »schlechten Elementen« (»Sladky«, Heimkehrer). Daß sein Bruder Otto heimgefahren war, wurde ihm auch angelastet, gleichwohl fiel die Charakterisierung abschließend eher positiv aus:

»Als ich mit ihm eine längere Aussprache hatte, schien er seinen Fehler einzusehen und verhält sich seither ruhig und korrekt.«²⁴⁵

Am 20. März 1938 wurde Kormout in das Parteibüro der Uhrenfabrik gerufen. Von dort brachten ihn NKWD-Beamte auf die Lubjanka, stellten seine Personalien fest und lieferten ihn schließlich ins Taganka-Gefängnis ein. In zahlreichen Verhören versuchten die Untersuchungsrichter die Anklage (»Spionage« und »antisowjetische Tätigkeit«) »wasserdicht« zu machen. Franz Hodik, der 1934–1936 in der Uhrenfabrik gearbeitet hatte, sagte gegen Kormout aus, dieser hätte in seinem Hotelzimmer »antisowjetische Versammlungen« abgehalten. Was die »Spionage zugunsten Deutschlands« betraf, so hatte in der Phantasie des Untersuchungsbeamten Kormouts Arbeitskollege Kandler die Rolle des »Anwerbers« zu übernehmen. Nach einem halben Jahr unterschrieb Kormout das »Geständnis«, vorher fand aber zwischen ihm und einem Verhörbeamten ein Schreiduell statt, das die Absurdität des Verfahrens unter Beweis stellte:

»Beamter: Was erzählst Du mir für eine Scheiße, immer, daß Du unschuldig bist? Glaubst Du, ich weiß das nicht? Bin ich ein Idiot?
Kormout: Warum denn die Anklage?
Beamter: Das muß so sein.
Kormout: Wer braucht das?
Beamter: Ich weiß es selber nicht!«

Aufgrund einer Eingabe an Stalin zwecks Wiederaufnahme seines Falles erhielt Kormout Besuch von einem Militärstaatsanwalt. Dieser befragte russische Arbeitskameraden des Österreicherers und führte eine neuerliche Gegenüberstellung mit Hodik durch, der das Märchen hinsichtlich »geheimer Versammlungen« im »Sowjetskaja« wiederholte und nach Aufforderung des durch zwei Jahre Haft und Verhöre gewitzten Kormout die »Teilnehmer« nannte. Bis auf einen Aktivisten der Moskauer KPÖ-Gruppe waren diese in der Zwischenzeit allerdings verhaftet worden. Kormout verlangte, auch dem noch in Freiheit befindlichen »Teilnehmer« gegenübergestellt zu werden. Da wimmelte der Militärjurist ab, meinte, auch dieser Mann sei befragt worden und ließ erkennen, daß er von dem ganzen Sammelsurium an Anschuldigungen wenig hielt. Kurz darauf, am 10. März 1940, erblickte Kormout die Freiheit wieder, kahlgeschoren, krank und mittellos. Seine Frau, die inzwischen einen Sohn geboren hatte, war aus dem Hotel delogiert worden. Kormout fand bei der Familie Mraz im »Schutzbundhaus« Unterschlupf. In der Komintern berichtete Kormout Kopenig und Fischer von seinem Martyrium. Sie intervenierten bei der MOPR, um ihm und dem fast zur gleichen Zeit entlassenen Josef Leitner Unterkunft, Kleider, Geld und Arbeit zu verschaffen. Kormout kehrte zu seinem ursprünglichen Beruf (Juwelenmonteur) zurück, wurde aber am 22. August 1940 erneut verhaftet und ins Butyrka-Gefängnis gebracht. Den »Grund« für seine zweite Festnahme erfuhr er nicht, man teilte ihm lediglich mit, er sei »nicht richtig« entlassen worden. Heute meint er, die zweite Festnahme sei deshalb erfolgt, weil er eine wichtige Regel gebrochen hätte: Er sprach über seine Hafterlebnisse, und zwar nicht nur mit der österreichischen Parteiführung, sondern auch im »Schutzbundhaus«. Von der Kaderabteilung zu einer Stellungnahme über den wieder einsitzenden Kormout aufgefordert, schrieb Friedl Fürnberg, dieser sei überzeugter Kommunist, der es allerdings liebe, »überall zu kritisieren«. Das Schreiben des EKKI-Vertreters wurde ins Russische übersetzt und dürfte »weitergeleitet« worden sein. Im Butyrka-Gefängnis wurde Kormout weder geschlagen noch verhört, auch die »Spionage«-Anklage ließ das NKWD diesmal fallen. Aufgrund der »alten« Protokolle wurde er trotzdem wegen »antisowjetischer Agitation« zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Um seine Frei-

lassung oder Ausweisung nach Österreich zu erzwingen, trat er in den Hungerstreik, den er erst abbrach, als der Gefängnisdirektor die schriftliche Bestätigung seiner Ausweisung vorzeigte. Nach Überstellung an die Gestapo und Schubhaft in Lublin war Kormout 1941 wieder in Wien.

Seine bei der KPÖ-Leitung deponierte Beschwerde über Hodiks verleumderische Aussagen brachte diesen zu Fall. Dazu sei angemerkt, daß Hodiks nun aufgerollte »verdächtige« Vergangenheit den führenden österreichischen Kommunisten in Moskau jahrelang kein Thema war: Man wußte, daß er für die Geheimpolizei arbeitete. Seine Personalakte enthält lediglich Dokumente aus dem Jahr 1940, die Hodik in einem verzweifelten Selbstrettungsversuch eigenhändig verfaßte. Über Hodiks Agententätigkeit war beispielsweise der Kaderreferent Täubl informiert, spielte er doch bei der Untersuchung des »Fall-Uccusic-Wagner« eine nicht unwesentliche Rolle. Darüber hatte Täubl folgendes »Zur Weiterleitung« (d.h. an das NKWD) geschrieben:

»Vor einigen Tagen erhielten wir (...) die Mitteilung, daß der Schutzbündemigrant Hodik in seinem Tagebuch Aufzeichnungen hat über die Verbindungen mit einem Spion (diese Mitteilung gaben wir bereits weiter). Wir sprachen in den letzten Tagen mit Hodik und dabei stellte sich folgendes heraus: Der Spion, mit dem er Verbindung hatte, war Karl Wagner. Nach den Angaben von Hodik soll Wagner versucht haben, ihn für die Spionagetätigkeit zu werben. Wagner machte ihm eine Reihe von konkreten Vorschlägen, die wir nicht wiederholen wollen, da Hodik uns auch mitteilte, daß er diese an die NKWD weitergeleitet hat (...) Hodik selbst sagte z.B., er ist überzeugt davon, daß Wagner ein deutscher Spion sei (...).«²⁴⁶

Hodik war als Mechaniker (1. Uhrenbetrieb bzw. »Stalin«-Autowerk) und als Bergsteigerlehrer im Kaukasus beruflich tätig. Für die *DZZ* verfaßte er Artikel über die Arbeitswelt und politische Themen.²⁴⁷ In den drei nach Aufforderung der KPÖ-Führung geschriebenen Versionen seines Lebenslaufes (September 1940) lieferte er genügend »Verdachtsmomente« gegen sich:

- 1) Als tschechischer Staatsbürger leistete er 1930–1933 Militärdienst in Olmütz.
- 2) Mitgliedschaft beim KJV: Nach Ausschluß aus der SAJ fungierte er 1925–1927 als Gruppenleiter im KJV, trat jedoch 1927 der SDAP bei, um als Flugzeugmechanikerlehrling in die Fliegerschule (Aspern) aufgenommen zu werden.
- 3) Haft in Österreich:
 - a) Mai bis September 1933 wegen Teilnahme an einer KP-Demonstration.
 - b) 17.2.–27.2.1934 auf dem Polizeikommissariat Wien XV wegen Teilnahme am »Feberaufuhr«. Mehrere Gegenüberstellungen mit ihm denunzieren-

den Schutzbundfunktionären, Mißhandlungen, bis er folgendes unter-
schrieb:

»Daß ich am Aufstand im Ottakringer Arbeiterheim als Führer beteiligt
war, daß ich eine Reihe von Genossen kenne, welche, sobald ich sie zu
Gesicht bekomme, der Polizei ausliefern werde. Daß ich mir die Verlet-
zungen selbst zugezogen habe.«²⁴⁸

Mitte September 1940 urgierte Fürnberg bei der IKK, den Fall »raschest
zu untersuchen«, da das Gerücht umgehe, Hodik bereite seine Ausreise
vor.²⁴⁹ Der IKK-Sekretär Florin riet der KPÖ, zumal sich deren Führung
nun in Moskau befand, den Fall selbst in die Hand zu nehmen, seine
Behandlung durch die IKK würde viel mehr Zeit in Anspruch nehmen.
Hodik habe das Recht, so Florin weiter, an die IKK einen Rekurs zu
richten. Sollten sich aber die schweren Anschuldigungen bewahrheiten,
werde die IKK den sofortigen Ausschluß aus den Reihen der Partei voll-
ziehen.²⁵⁰ In einer Politbüro-Sitzung (27.9.1940), zu der Priworotskaja
(Kaderabteilung) sowie Hodik zugezogen wurden, wurde der Parteiaus-
schluß verhängt. Beweise für »partei-feindliche« Tätigkeit lagen nicht vor,
es genügten Verdächtigungen und Unterstellungen:

»Es ist anzunehmen (!), daß er (...) damals bereits Genossen der Polizei aus-
lieferte. Seine Angaben betreffend die Flucht über die Grenze sind wider-
spruchsvoll und die Art der Flucht selbst ist verdächtig. Ebenso ist verdächtig,
wie er die Erlaubnis der tschechischen
Militärbehörden zur Fahrt in die SU
bekommen hat. Alle seine Angaben
sind widerspruchsvoll, offensichtlich
unaufrichtig und es ist kein Zweifel,
daß er viel verheimlicht. Es wird da-
her beschlossen: Hodik Franz aus der
KPÖ auszuschließen als ein der Ar-
beiterklasse schädliches Element, das
im hohen Masse verdächtig ist,
Dienste für die Polizei geleistet zu
haben.«²⁵¹

In der Folge dürfte Hodik, wie
andere Ausgestoßene vor ihm, Ar-
beit sowie Wohnplatz verloren ha-
ben. Das NKWD griff am 1. April
1941 zu. Es nahm seine Betriebsar-
beit unter die Lupe und brachte ihn
in Verbindung mit dem »deutschen
Spion« Heinz Roscher. Seine Bezie-
hung zu Roscher beschrieb Hodik in



Haftfoto Franz Hodik.

einem Verhör (Mai 1941) als »besonders nahe«, dessen Verhaftung als »nicht richtig«, da er »kein Feind der Sowjetmacht« sein könnte. Einige Wochen später hatten ihn die Verhörbeamten soweit gebracht, daß er »gestand«, von Roscher für die deutsche Aufklärung »angeworben« worden zu sein. Bei der Anhörung vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichts am 9. Juli 1941 »bestätigte« er diese Angaben. Das Urteil lautete »Höchststrafmaß«, ²⁵² die Hinrichtung wurde 18 Tage später vollzogen. Daß die Verhandlung gegen Hodik zwei Wochen nach dem deutschen Überfall und somit in einer Atmosphäre gesteigerter »Spionage«-Hysterie stattfand, besiegelte vermutlich sein Schicksal. 1957 wurde die Causa Hodik nochmals aufgerollt und die Anklage als unbegründet eingestellt. ²⁵³

Verhaftungen in der Kriegszeit 1941–1945

Eine Verhaftungswelle, die mit der des Jahres 1938 in Moskau durchaus vergleichbar ist, setzte am Tag des deutschen Überfalls auf die UdSSR (22.6.1941) unter den Schutzbund-Asylanten ein. Die Verhaftungsquote war an jenen Orten am höchsten, die auf der aktuellen Marschroute der deutschen Wehrmacht lagen – Charkow und Leningrad. Auffällig ist ferner, daß viele der 1941 verhafteten Österreicher kurz nach der Einlieferung ins Gefängnis bzw. Lager starben – ein Zeichen für die katastrophale medizinische Versorgung und akute Lebensmittelknappheit am jeweiligen Internierungsort. ²⁵⁴ Gegen viele Opfer erhob man gar keine Anklage, sie wurden bloß wegen ihrer Staats- bzw. Sprachzugehörigkeit festgehalten. Die Verhaftung fand oft mit dem Tod des Häftlings ein Ende. Andere wurden als »deutsche Spione« per Fernurteil in abgelegene Gebiete deportiert und überlebten die wochenlange Fahrt nicht. Franz Weißhäupl, ein angesehenes KPÖ-Mitglied aus dem Gorkier Autowerk, wurde 1941 von der Repressionsmaschinerie erfaßt und zu 15 Jahren »Besserungsarbeit« verurteilt. Er kam in eines der berüchtigten Lager der Komi ASSR und dürfte dort umgekommen sein. ²⁵⁵ Für die Verfolgungsinstanzen figurierte auch der Wiener Neustädter Josef Frank als »deutscher Spion«. Eigentlich handelte es sich um einen invaliden Spanienkämpfer, der erst 1939 einreiste und eine Rente von der MOPR bezog. Nach seiner Genesung arbeitete er bis zur Verhaftung (Juli 1942) als Schlosser in einer Maschinenbaufabrik in Alma Ata. ²⁵⁶ Zu zehn Jahren verurteilt, starb er 1943 bei Taschkent. Fast alle österreichischen Politemigranten mußten Moskau 1941 verlassen und die nächsten Jahre in weit entfernten Evakuierungsorten verbringen. Bevor die Evakuie-

rungsbund verfügt wurde, erfolgten in Moskau mehrere Verhaftungen unter den Österreichern, besonders traf es die nun im Teenageralter stehenden »Schutzbundkinder«. Auch mindestens vier Mitglieder des Schutzbundkollektivs wurden festgenommen. Nach über einem Jahr Untersuchungshaft erhielt der Wiener Schutzbündler Johann Djuritsch im September 1942 eine Lagerstrafe von zehn Jahren, die er überlebte. 1954 kam er nach Wien zurück. Der »Spionage« bezichtigt wurde auch der Linzer Josef Danzmayer, weil er angeblich Mitglied der Heimwehr gewesen war (!). Kurz vor Kriegsende schloß sich die Zellentüre hinter dem Spanienveteranen Johann Maurer, der dem Vernehmen nach den ihm aufgetragenen Einsatz als Fallschirmkundschafter sozusagen in letzter Minute verweigerte. Er stand die zehn Jahre im Gulag durch und starb Anfang der 70er Jahre in der UdSSR.

Am 25. Juni 1941 tauchten NKWD-Männer im Datschenzimmer der Familie Uccusic (Udelnaja bei Moskau) auf und führten den Familienvater Richard, den ehemaligen Schutzbündlerreferenten im EKKI, ab. Seit seiner Absetzung als KI-Funktionär durchlebte Uccusic' Familie mehrere Stadien des sozialen Abstiegs. Die »Kommandierung« nach Frankreich bzw. die Anstellung als Korrektor und Übersetzer bei der

ел. Выписка из протокола № 10-л Особого Совещания при Народном Комиссаре Внутренних Дел СССР от 26 " февраля 19 42 г.		РАСКРЕЩЕНО № 10-л 1942 г.
СЛУШАЛИ	ПОСТАНОВИЛИ	
26. Дело № 2934/Следчасть 2 Упр. НКВД СССР, по обвинению УРБАН Рихарда Ивановича, 1895г.р., урог. Вены, австриец, в негражданства.	УРБАН Рихарда Ивановича, как оспонально-опасный элемент в-ключить в исправительно-трудовую лагеря сроком на ВОСЕМЬ лет, считая срок с 25 июня 1941	
<i>Утвержденная (в секретате)</i>		
Нач. Секретариата Особого Совещания при Народном Комиссаре Внутренних Дел СССР		

NKWD-Urteil gegen Richard Uccusic («Urban»).

DZZ zerschlugen sich, das Hotelleben (»Zentralnaja«) wurde zunehmend unerträglich (keine Bettwäsche, keine Koch- und Waschgelegenheiten), zudem erkrankten alle Familienmitglieder. Die Übersiedlung nach Udelnaja brachte keine wesentlichen Erleichterungen. Probleme mit Heizung und Kochgelegenheiten traten auf, Brunnen und WC befanden sich draußen, einen Arzt aufzutreiben war schwierig usw. Um seine Familie zu erhalten, mußte Richard Uccusic an zwei Schulen unterrichten und anschließend die Lebensmittel besorgen, da die Läden in Udelnaja meistens leer waren. Nach seinen zahlreichen Bittbriefen intervenierte die KPÖ-Führung für Uccusic, der eine parteioffizielle Empfehlung für die Schule brauchte. Weitere Briefe der KPÖ-Prominenz waren notwendig, damit die Familie die quartalmäßig fällige Aufenthaltsgenehmigung, Kinderkleidung sowie eine kleine Geldunterstützung von der MOPR erhielt. Der Sohn Milan meldete sich zur Roten Armee und fiel, 20jährig, Ende 1943 im Partisanenkampf bei Leningrad. Die Mutter Jilke und Tochter Ljubica wurden nach dem Dorf Poltawka bei Frunse (Kirgisien) evakuiert. In Frunse erfuhr die Tochter auf ungewöhnliche Weise vom Schicksal des Vaters. Das NKWD versuchte nämlich, das 15jährige Mädchen als »Informantin« zu gewinnen und holte Auskünfte über sie bei der MOPR und an ihrem Arbeitsplatz ein. Als sie nach einem Krankenstand wieder zur Arbeit erschien, berichteten ihr beherzte Arbeitskollegen von den Visiten des NKWD-Mannes und gaben ihr den Rat zu »verschwinden«. In der Folge lernte sie den fraglichen Geheimpolizisten kennen und erhielt über ihn von der lokalen Stelle der Staatssicherheit (MGB) einen Streifen Papier, auf dem das Todesdatum des Vaters notiert war. Richard Uccusic, der seit der Verhaftung seines Freundes Karl Wagner mit der eigenen Festnahme bereits gerechnet hatte, starb Ende März 1943 im Saratower Gefängnissspital. Seine Verurteilung beruhte auf dem Gummi-Paragraphen »sozialgefährliches Element«, der NKWD-Kurzformel für »politische Unzuverlässigkeit«.²⁵⁷

Zwischen Juli und September 1941 fielen neun Mitglieder des Charower Kollektivs der Massenxenophobie zum Opfer. Ein »ausreichender Grund« für die Verhaftung konnten das Weitererzählen von Kriegsberichten im Radio (!) oder eine unvorsichtige Bemerkung bzw. Spekulationen über den Frontverlauf sein, die »wachsamen« Kollektivaktivisten oder Arbeitskollegen den »höheren Organen« hinterbrachten.

Einen Tag nach der deutschen Invasion faßte das NKWD die Wiener Schutzbündler Franz Redl und Anton Smeykal. Redl hatte sich Jahre zuvor bei der Komintern über die miserablen Löhne (50 Rubel für zwei Wochen Arbeit) im Werk »Serp i Molot« beschwert.²⁵⁸ 1940 schwärzte

ihn der Parteisekretär des Werks bei dem KPÖ-Emissär Hermann Köhler an, er mache des öfteren antisowjetische Bemerkungen.²⁵⁹ Das war auch die Grundlage für den ersten Anklagepunkt («antisowjetische Agitation»), der zweite («Spionage zugunsten Deutschlands») »stützte« sich vermutlich darauf, daß Redl mit einem anderen Schutzbündler am 22. Juni »über die Situation an der Südfront« gesprochen haben soll.²⁶⁰ Er starb Ende 1941 in der Untersuchungshaft. Bei Smeykal hatte der bloße Verdacht auf »antisowjetische Äußerungen« zur Verhaftung geführt. Auch er erlag noch vor Jahresende 1941 den katastrophalen Haftbedingungen.

Gegen den am 24. Juni festgenommenen Johann Ebner dichtete das NKWD die übliche Doppelanklage und sorgte für seine Verurteilung zu zehn Jahren »Besserungsarbeit«. Er verschied 1944 im Lager. Umgekommen sind auch die ebenfalls 1941 verhafteten Franz Friedl und Anton Festl. Festl, ein steirischer Februarkämpfer und Spanienveteran, fiel einer Typhusepidemie zum Opfer. Friedl verschwand bei der »Etappierrung« ins Landesinnere, die wegen der gefährlichen Kriegssituation unterbrochene Untersuchung wurde auch später nicht mehr aufgenommen.

Am 26. Juli holte das NKWD im Hotel »Spartak« die seit der Verhaftung ihres Mannes Josef (Februar 1938) als Schneiderin bzw. Strickerin arbeitende Viktoria Sladek und deren ältesten Sohn Alfred.²⁶¹ Die NKWD-Büttel spielten Mutter und Sohn gegeneinander aus. Der Frau redeten sie ein, der Sohn habe bereits gestanden, daß sie Spionage betrieben habe; dem 16jährigen Burschen erzählten sie, seine Mutter sei erschossen worden. Gegen Viktoria Sladek hatte die Geheimpolizei nicht die geringsten Anhaltspunkte, nicht einmal die üblichen Denunziationen. Sie hatte 1938 auf Anraten der Charkower Miliz zwecks Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung auf der deutschen Botschaft ihren Paß verlängern und die Kinder in ihn eintragen lassen. Daraus phantasierten die Untersuchungsrichter eine »Agententätigkeit zugunsten Deutschlands«. Außerdem wurde ihr zur Last gelegt, »antisowjetische Gespräche« im Hotel geführt und »Heimkehrabsichten« gehegt zu haben. Alle Verleumdungen stritt sie energisch ab. Der deutsche Vormarsch veranlaßte die Sowjetbehörden, die Insassen der Gefängnisse in Charkow zu evakuieren. Trotz eines Herzfehlers und chronischer Nierenentzündung befand der Gefängnisarzt, Viktoria Sladek sei »für leichte Arbeit geeignet«. Im Iwdel-Lager (Swerdlowsker Region) arbeitete sie zur Zufriedenheit des Brigadiers einer Holzfällerbrigade. Im Lager wurde sie noch einmal (April 1942) verhört und kurz darauf per Fernurteil zu fünf Jahren verurteilt. Mittlerweile schien selbst den abgebrühten NKWD-Offizieren die »Spionage«-Anklage gegenstandslos.

Statt dessen wurde sie nach »Überprüfung« des »Falles« nunmehr zum »sozial-gefährlichen Element« abgestempelt, das Strafausmaß blieb daselbe.

Alfred Sladek warfen seine Peiniger vor, auf eine Toilettenwand im »Spartak« eine Losung gegen Stalin gekritzelt zu haben. Er wurde systematischen Mißhandlungen sowie nächtlichen Konveyer-Verhören ausgesetzt und schließlich zu acht Jahren verurteilt. Alfred sah seine Mutter in Iwdel wieder. Dort traf er auch neun Schutzbündler, die jedoch die ersten Monate des mörderischen GULag-Daseins nicht überlebten. Später wurden Mutter und Sohn in das Nebenlager Sarma verlegt, wo Viktoria der Lagerschneiderei zugeteilt wurde, jedoch wegen eines chronischen Leberleidens »invalid« geschrieben werden mußte. Auch Josef Sladek kam nach Sarma, Vater und Sohn erkannten einander aber nicht sofort, so sehr hatten die Leidensjahre ihr Aussehen verändert. 1946 kam Viktoria Sladek frei und wurde nach Solikamsk (Ural) verbannt, wo sie ein kümmerliches Dasein (Kohlenschipperin, Nachtwächterin) fristete und eine armselige Keusche bewohnte. Ein Jahr später traf ihr schwerkranker Mann ein, ihr niedriger Lohn reichte aber für den Lebensunterhalt beider nicht aus. Josef Sladek, der wegen seiner angegriffenen Gesundheit keine Arbeit annehmen konnte, wurde Bettler am Solikamsker Hauptplatz und verhungerte im Jahre 1948. Drei Jahre darauf kam Alfred zu seiner Mutter, 1954 konnten sie gemeinsam heimfahren. Der jüngste Sohn Viktor (geb. 1933) blieb bis heute verschollen. Im August 1941 wies ihn das NKWD in das Kinderheim »Zelenyj Raj« (»Grünes Paradies«) ein. Viktor gab 1946 ein letztes Lebenszeichen von sich: Er sei von der Kollektivlandwirtschaft, in der er arbeiten sollte, zur Mutter weggelaufen.²⁶² Im August 1963 richteten Alfred und Viktoria Sladek ein Gesuch an Breschnew, drei Monate später verfügte das Oberste Präsidium des Charkower Gebietsgerichts die Rehabilitierung. Die Zeugen, die Josef Sladek 1938 belastet hatten, wurden neuerlich befragt und zogen ihre damaligen Aussagen zurück, andere Arbeitskollegen beschrieben den Simmeringer nun als positiv. Die Anklage – so das Berufungsurteil – war nicht mehr beweisbar, da man über keinerlei »kompromittierendes Material« verfügte. Aus denselben Gründen wurde das Verfahren gegen Viktoria Sladek 1963 eingestellt.

Am 27. September 1941, kurz vor der Evakuierung der Österreicher aus Charkow, wurde der Verhaftungsbefehl gegen den Floridsdorfer Schutzbündler Josef Bauer ausgestellt und exekutiert. Aufgrund der heranrückenden Front blieb nur Zeit für ein einziges protokolliertes Verhör. Als der NKWD-Mann Bauer »konterrevolutionäre Tätigkeit« vorwarf, antwortete dieser:

»Ich beschäftige mich in keiner Weise mit konterrevolutionären Tätigkeiten und habe auch nicht die Absicht, dies zu tun. Aus diesem Grunde weigere ich mich, irgendwelche Angaben zu machen.«²⁶³

Kurz darauf ins Landesinnere »etappiert«, starb Bauer unterwegs. 1989 wurde die Anklage der »Spionage zugunsten Deutschlands« wegen »Fehlens des Tatbestands eines Verbrechens« eingestellt.²⁶⁴ Seine heute noch in Charkow lebende Frau berichtet, Josef sei aus Protest in den Hungerstreik getreten, die offizielle Todesursache lautete al-

lerdings »Blutvergiftung«.²⁶⁵ Frau Bauer wurde übrigens mit der Mehrheit des Charkower Kollektivs nach Namangan (Usbekistan) evakuiert. Von dortaus suchte sie ihren Mann und wandte sich 1942 an die MOPR.²⁶⁶ Eine diesbezügliche Information erhielt sie damals freilich nicht, lediglich eine kleine, von Fürnberg befürwortete finanzielle Unterstützung.²⁶⁷

Auch in Leningrad führte das NKWD Massenverhaftungen durch. Die Verfolgung der schon erwähnten Familie Waik entpuppte sich als Akt von Sippenhaftung. Gabriele Waiks Untersuchungsrichter interessierte sich vornehmlich für ihren ehemaligen Gatten, Josef Dorotic: Wieso konnte dieser beispielsweise fehlerfreies Russisch sprechen und sich vom Werkzeugmacher bis zum Oberkonstrukteur hinaufarbeiten? Gründe für die Verhaftung von Tochter Gabriele und Mutter Emilia führte der NKWD-Mann keine an, sondern meinte lapidar, niemand hätte sie belästigt, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre.²⁶⁸

Im Fall Melitta Waloschke lautete die Anklage auf »antisowjetische Agitation«, das Urteil auf zehn Jahre Lager. Die Frau, deren erster Mann 1937 heimgefahren war, lebte mit einem österreichischen Spanienkämpfer zusammen, für dessen Freilassung aus einem französischen Konzentrationslager sie beim Staatspräsidenten Kalinin (s.w.o.) intervenierte. Sie überlebte die Haft und wurde 1951 in das Gebiet von Nowosibirsk verbannt.

Die Lebensspur von Leopold Gassmann verliert sich schon mit dessen Verhaftung im Juni 1941. Vermutlich standen die ihm nachgesagten, vom Leningrader Kollektiv an das NKWD rapportierten »Verbindungen zu



Josef Bauer in Charkow vor seiner Verhaftung.

deutschen Matrosen« während der Paktzeit (s.w.o.) mit seiner Verhaftung in ursächlichem Zusammenhang.

Mindestens zwölf weitere Haftfälle schnürten die NKWD-Büttel 1941 zu einer Verschwörungs- und Sammelanklage zusammen. Dies war die dritte Variante einer »Österreicher-Konspiration« aus der Fälscherwerkstatt der Leningrader Geheimpolizei: 1935 ortete sie die »Heimfahrtagitatoren« um Josef Stern, 1938 die »konterrevolutionäre Gruppe« namens »Revolutionäre Sozialisten«.²⁶⁹ Von den Angeklagten überlebte einzig Fritz Hegmala die ständigen Folterungen im Gefängnis, wochenlanges Eingesperrtsein in versiegelten Viehwaggons und schließlich die mörderischen Strapazen des GULag-Alltags:

Name:	Verhaftet:	Schicksal:
Rudolf Berk	Juni 1941	† 2.7.1942, Slatoust
Hermann Ellinger	Juni 1941	† 1943
Fritz Hegmala	23.6.1941	Heimkehr 1954
Franz Koubek	22.6.1941	† 13.3.1943
Alois Mitter	Juni 1941	† 1943
Josef Mitterhuber	Juni 1941	† 11.9.1942
Aron Mossauer	Juni 1941	† 1943
Josef Paar	April 1941	† 20.1.1942
Heinrich Robl	Juni 1941	† 12.10.1942
Franz Schörgendorfer	Juni 1941	† 1945 (?)
Jaroslav Ulrich	Juni 1941	† 7.9.1942
Franz Mouchar	Juni 1941	† Krasnotourinsk

Die Haltlosigkeit der Anschuldigungen stellte die Geheimpolizei erst 1958 fest, als ein KGB-Offizier die Akte von Franz Koubek und somit die ganze Gruppe einer Untersuchung unterzog. Die Wiederaufnahme des Verfahrens ging auf die Eingabe der russischen Witwen von Robl und Ellinger zurück, im Zuge der Ermittlungen holte der KGB-Oberstleutnant Erkundigungen aus Archiven ein und befragte ehemalige Arbeitskollegen sowie Familienangehörige der Opfer. Sechs »Gruppenmitglieder« arbeiteten in der Lokomotivreparaturwerkstatt des »Proletarski«-Werks und waren



Haftfoto Franz Koubek.

Wohnungsnachbarn in der Bolschaja Schtschernilowka. Als erster wurde der aus Niklasdorf (Steiermark) stammende Josef Paar verhaftet. Parteiintern galt er als Verbündeter des Josef Stern.²⁷⁰ Bei den Verhören zwang man Paar immer mehr zu »gestehen«: »Angeworben« von Stern, um die unzufriedenen Schutzbündler zur Heimkehr zu bewegen und »eine anti-sowjetische Verleumdungskampagne in Österreich« zu initiieren; Mitglied einer »zersetzerischen, konterrevolutionären Gruppe«; geplante Sabotageakte im Werk und in der Stadt, u.a. die Sprengung der Palast- und Leutnant Schmidt-Brücke usw. Im November 1941 zog Paar seine Aussagen zurück. Ähnliche, aus der Luft gegriffene Anschuldigungen bekamen auch die anderen zu hören, die Verurteilungen (acht bzw. zehn Jahre) erfolgten erst 1943, als die sechs noch Lebenden bereits Gulag-Häftlinge waren. Bezüglich Paar, Berk, Ulrich, Mossauer, Koubek und Robl wurde kein OSO-Beschluß gefaßt, da sie inzwischen verstorben waren. Was die einzelnen Schicksale betrifft, waren Alois Mitter und Josef Mitterhuber insofern »untersuchungswürdig«, als die KPÖ sie 1936 ausgeschlossen hatte. Mitter, den »schlechten Elementen« zugeordnet, sagte man »trozkistische Ansichten« nach.²⁷¹ Mitterhuber war laut Ernst Fischer, der ihn zur Ausweisung aus der UdSSR vorschlug, »ein sowjetfeindliches Element (...) und ein enger Freund des verhafteten Schutzbündlers Stern«.²⁷² Bei den anderen waren die Kaderurteile neutral bzw. positiv, Robl war sogar nach Spanien kommandiert worden.²⁷³ Der obersteirische Februarkämpfer Koubek soll deshalb verhaftet worden sein, weil er ein Bild von Koloman Wallisch über ein Stalin-Porträt geklebt hatte.²⁷⁴ Seine »Genossen« hatten einmal in der *DZZ* den Stab über ihn gebrochen (s.w.o.), ein zweites Mal in einer Eingabe an die Komintern – mit der Mitteilung, er sei zwecks Heimkehr auf der österreichischen Gesandtschaft gewesen, jedoch nach Leningrad zurückgekehrt.²⁷⁵ Im Sommer 1935 verbrachte Koubek mehrere Wochen in Moskau, zusammen mit zwei anderen Leningrader Schutzbündlern, die schließlich ausreisen konnten. Er war fünfmal auf der Gesandtschaft und brach zusammen, als man ihm sein Ausbürgerungsdekret verlas.²⁷⁶ Die österreichische Staatspolizei bewilligte später die Ausstellung eines Reisepasses, war aber nicht gewillt, die Ausbürgerung aufzuheben.²⁷⁷ Koubek schreckte jedoch vor der Heimreise zurück, angeblich weil seine Verwandten angesichts der tristen wirtschaftlichen Verhältnisse in Wartberg ihm davon abgeraten hatten.²⁷⁸ Während der Verhöre kamen die Moskauer Besuche zur Sprache, ebenso der Inhalt seiner Briefe nach Österreich. Er »gestand« schließlich Mitgliedschaft in einer »zersetzerischen« Gruppe sowie »konterrevolutionäre Agitation« im Zusammenhang mit den verschiedenen Heimkehrerwellen, stritt jedoch »Spionage« und beabsichtigte »Sabota-

geakte im Kriegsfall« bis zuletzt ab. Die Gespräche bei den losen Zusammenkünften in den Wohnungen der Schutzbündler wurden ihm auch noch vorgehalten, speziell die kritischen Bemerkungen zu Ukasen der Sowjetregierung über die Siebentagewoche, die Strafen für »Zuspätkommen« am Arbeitsplatz (s.w.o.) und die Einführung von Schul- und Universitätsgebühren. Ein mutmaßlicher NKWD-Vertrauensmann – zugleich Mitglied der Kollektivleitung – war bei einigen dieser Plauderstunden zugegen, allerdings auch, als Koubek abgeführt wurde. Die Wiedergabe von genauen, als »antisowjetisch« auslegbaren Aussagen können jedenfalls nur von einem Zuträger unter den Österreichern stammen. Im Slatouster Gefängnis kam der inzwischen durch Skorbut völlig erblindete Koubek ins Spital, wo er laut ärztlichem Befund am 13. März 1943 auch verstarb. Als Todesursache wurde Lungentuberkulose angeführt.

Opferschicksale

Alexander Lange

Am 19. September 1937 bestätigte der stellvertretende Leiter des NKWD im Gebiet Gorki, mit Berufung auf § 158 und 58/6, 58/11 des Strafkodex den Haftbefehl für Alexander Lange.¹ Tags darauf nahm ihn das NKWD im Schutzbündler-Wohnhaus fest und konfiszierte Gewerkschaftsbuch, Udarnik-Urkunde, diverse Dokumente, Briefe, Hefte und Fotos.² Bei der Aufnahme seiner Personalien gab Lange zwei Tage später an, er sei 1935 »wegen unerlaubten Fernbleibens von der Arbeitsstelle« aus der Parteigruppe ausgeschlossen worden. Die wohl überarbeiteten Verhörtechniker in Gorki wickelten die Causa Lange schnell ab. Einerseits gab es genug parteiinternes Belastungsmaterial (s.w.o.); andererseits war schon im Juni 1937 von Moskau aus avisiert worden, zu überprüfen, ob nicht »die Beschuldigungen gegen Lange und Gustav Penninger ein besonderer Fall sein sollten«.³ Diese »Anregung« hing wiederum mit einer Verhaftung zusammen – von Erich Ortmyer, den das NKWD später über die Grenze abschob. Nach einem Protest seiner Frau hatte ein Moskauer Militärstaatsanwalt Ortmyers Anklageschrift 1937 nach Gorki geschickt, da man zweifelte, ob »Repressalien« gerechtfertigt waren.⁴ Das Gorkier NKWD reagierte nicht auf dieses Schreiben,⁵ sondern zimmerte eine Spionageanklage aus dem vorhandenen Material gegen Penninger, Lange und Fritz Mankowits. Am 11. Oktober 1937 hatten die Verhörbeamten Lange soweit gebracht, daß er »gestand«, er habe sich von Mankowits zwecks Spionage zugunsten Österreichs anwerben lassen. Seine »Agententätigkeit« sollte darin bestehen, Produktionsdetails aus dem Autowerk an die österreichischen Diplomaten zu übergeben, wofür er von der Gesandtschaft mit einem Reisepaß für die Heimfahrt oder – falls Mankowits schon abgefahren sein sollte – mit einem Geldbetrag belohnt werden würde. Als zweiten »Verbündeten« gab Lange August Penninger an. Mit den zwei Kollegen wollte Lange laut »Geständnis« ursprünglich die Sowjetunion über eine Route durch den Kaukasus verlassen, daher habe er sich als Bergsteigerinstrukteur dort engagieren lassen. Ein NKWD-Sergeant verhört Lange zweimal am 11. Oktober 1937, weitere Verhörprotokolle des Beschuldigten sind in seiner Strafakte nicht vorhanden.⁶

In einer erschütternden Erklärung schilderte Lange seine Heimkehrabsichten als »antisowjetische Propaganda«, derer er sich schuldig bekenne. Weiters gab er an, ursprünglich beabsichtigt zu haben, nach

gelungener Abreise in die Tschechoslowakei gemeinsam mit Penninger weiter nach Spanien zu fahren, um dort auf republikanischer Seite zu kämpfen. Schließlich bat er um die Möglichkeit, »in einem Arbeitslager oder dergleichen durch Arbeitsfleiß meine Ehre wieder zu gewinnen«, die er »durch solche Machinationen verloren« hätte.⁷ Gleichzeitig wurden die anderen Mitglieder des fingierten »Komplots« bearbeitet. Am 10. Oktober 1937 »gestand« der einen Tag vor Lange verhaftete Penninger, jener sei antisowjetisch eingestellt und wollte vom Bergsteigerlager im Kaukasus die UdSSR illegal verlassen.⁸ Im Dezember verurteilte eine OSO des NKWD sowohl Lange als auch Penninger zur Ausweisung aus der UdSSR. Mitte Oktober 1938 annullierte diese Instanz den Beschluß. Vier Wochen später diktierte eine NKWD-Troika im Fall Lange zehn Jahre Lagerhaft. Im Juni 1939 erreichte er seinen Strafort: die Station Plesejkaja an der »Nördlichen Eisenbahn«. Anfang 1940 wandelte eine OSO des NKWD seine Lagerhaft in eine Ausweisung aus der Sowjetunion um.⁹ Lange lebte später in Linz und behielt seine Rußlanderlebnisse für sich.¹⁰

Für Penninger kam der Ausweisungsbescheid zu spät. Er starb am 27. Februar 1939 im Gefängnisspital von Gorki. Es zeugt von bürokratischem Chaos der NKWD-Terrormaschinerie, daß das ursprünglich über alle drei Angeklagten verhängte Abschiebungsdekret nur im Fall Man-kowits, dem »Rädelsführer«, Anwendung fand. Zwei Monate nach dem »Anschluß« sah er seine Heimat wieder. Aufgrund eines Lungenleidens entthob ihn die Gestapo der für alle »Rußlandrückkehrer« vorgeschriebenen Meldepflicht.

Franz Pillich

Der Repressionsfall Franz Pillich¹¹ ist aus drei Gründen ungewöhnlich: Er wurde fernab von einem Schutzbundkollektiv verhaftet, man entließ ihn nach 26 Monaten Haft und händigte ihm sogar seine Anklageschrift aus.

Der 1900 in Celje (Slowenien) geborene Pillich diente als k.u.k. Soldat im Ersten Weltkrieg, wurde danach italienischer Staatsbürger und 1921 aus Jugoslawien wegen politischer Tätigkeit für die Arbeiterbewegung abgeschoben. Er ließ sich in Bruck an der Mur nieder, arbeitete als Koch im Drahtwerk Felten und Guillaume, wurde »abgebaut« und lebte bis 1934 von Gelegenheitsarbeiten. 1923 trat Pillich der SDAP sowie dem Schutzbund bei und betätigte sich als Arbeitersportler. Am 12. Februar 1934 erhielt er beim Kampf um die Forstlehranstalt in Bruck einen

Bauch- sowie einen Streifschuß am Kopf. Nach einem Spitalsaufenthalt kam er auf Gelöbnis frei und flüchtete in die Tschechoslowakei, wo er sich der kleinen Emigrantengruppe in Saaz an der Eger anschloß. Dort organisierte er den Rußlandtransport (1935) mit und geriet deshalb in Konflikt mit den lokalen SP-Funktionären. Seine Tochter Elsa, die er zu sich nach Saaz geholt hatte, mußte fast ein Jahr auf das sowjetische Einreisevisum warten.¹²

Ihr Vater wohnte im Hotel »Baltschug« und arbeitete dort wiederum als Koch. Später wurde er Erzieher – als solcher hatte er sich in Bruck wie in Saaz betätigt – im Kinderheim Nr. 6, wo seine Tochter und die anderen »Schutzbundkinder« wohnten. Diese Anstellung verlor er, weil ihm einmal die Nerven »durchgingen«, wobei ein österreichischer Bub eine Ohrfeige einstecken mußte.¹³

Das österreichische Referat in der EKKI-Kaderabteilung verdächtigte, wie erwähnt, fast pauschal die 1935 angekommenen und im Hotel »Baltschug« wohnenden Schutzbündler. Es stellte auch Pillich ein schlechtes Zeugnis aus. Seine Entlassung aus dem Kinderheim begründete Uccusic mit »Disziplinwidrigkeiten, Jähzorn und Gewalttätigkeit«, die Erwerbslosigkeit mit der »Tatsache«, daß Pillich nicht zu einer – von der MOPR bestimmten – Arbeitsstelle fahren könne, weil er seine Papiere »verloren« hätte.¹⁴ Das Moskauer Kollektiv stellte ihn als »Anhänger Brünns (SPÖ)« hin, ferner als jemanden, der »seinen hiesigen



Freunde aus Bruck/Mur in der UdSSR, ca. 1936: Peter Salzer, Elsa Potrebny (Tochter von Franz Pillich), Franz Pillich.

Aufenthalt als Zwangsaufenthalt« ansehe.¹⁵ Es gab also ausreichende Gründe für die »Zurückstellung« des von Pillich im März 1937 geschriebenen Ansuchens um Aufnahme in die KPÖ.¹⁶ Elisabeth Kauf meint, ihr Vater habe Moskau 1937 wegen der beginnenden Verhaftungswelle unter den Schutzbündlern verlassen. In Bruck, Saaz, und auch in der Sowjetunion war Pillich mit Peter Salzer freundschaftlich eng verbunden.¹⁷ Beide entschlossen sich, ins Altai-Gebiet zu fahren und dort Arbeit zu suchen. Salzer fuhr auf »Quartiersuche« voraus, Pillich folgte ihm im Oktober 1937. Eigentlich war Pillichs Flucht aus Moskau der letzte Ausweg:

Aufgrund seines schlechten Kaderurteils konnte er mit der für eine neue Arbeitsstelle erforderlichen Empfehlung nicht rechnen. Außerdem mochte er damals schon in Erfahrung gebracht haben, daß ihm der übliche Weg nach Hause, nämlich über die Gesandtschaft, versperrt war, denn die österreichischen Behörden hatten ihn 1936 ausgebürgert.¹⁸ Sein nunmehriges Ziel war Smejnogorsk im Altai-Gebiet, wo Freund Salzer als Elektromonteur arbeitete. Dort kam Pillich nie an, in Rubzowsk verhaftete ihn das NKWD (26.10.1937), und zwar im Gebietskomitee der WKP(b), an das er sich zwecks Weiterreise um Hilfe gewandt hatte.¹⁹ Die NKWD-Leute schlugen Pillich die Zähne aus und schleuderten ihn immer wieder mit dem Kopf gegen die Wand. Zwei Leutnants der Staatssicherheit erdichteten eine Strafanklage gegen Pillich und andere, die offensichtlich dem Zweck diene, möglichst viele Ausländer in einen »Spionagefall« zu verwickeln und damit das Plansoll dingfest gemachter »Volksfeinde« zu erfüllen. Mitangeklagt waren sein Freund Salzer, der – übrigens auch aus Bruck stammende – Schutzbündler Koppelhuber sowie noch drei Ausländer.²⁰ Koppelhuber kam angeblich nach Workuta ins Lager, während der im Dezember 1937 verhaftete Salzer zwei Monate später abgeurteilt wurde. Die Anklage lautete auf »Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären, aufständischen Gruppe«. Am 27. März 1938 vollstreckte ein Erschießungskommando das Todesurteil in Barnaul. Das Militärgericht des sibirischen Wehrkreises rehabilitierte Peter Salzer am 29. April 1957.²¹ Pillich hatte nach seiner Verhaftung den Freund nicht mehr gesehen, fand aber dessen Brotbeutel in der Zelle²² – ein untrügliches Zeichen, daß jemand auf Nimmerwiedersehen abgeholt worden war.

Das NKWD beschuldigte Pillich, Agent einer nicht näher genannten »ausländischen Macht« zu sein. »Im Auftrage dieses Nachrichtendienstes« soll er in die Tschechoslowakei gefahren sein, dort Verbindung zu einem »Residenten« dieser Macht geknüpft und Februarkämpfer an die tschechoslowakische Bourgeoisie verraten haben. In der UdSSR führte

Pillich laut Anklage im Auftrage des dortigen »Residenten« Spitzeldienste gegen seine Schutzbündkollegen aus und übergab einem gewissen Weidinger die Ergebnisse. Bevor er Moskau verließ, bildete Pillich, so das schlechte NKWD-Drehbuch, eine aus fünf Schutzbündlern bestehende »Spionagegruppe«, und, im Smejngoroder Gebiet (Altai) angekommen, »sammelte« der Allroundspion Angaben über große Bauprojekte sowie über die Wolframingewinnung.²³

In der Barnauler Gefängniszelle freundete sich Pillich mit dem Kinderarzt Wolkow an. Als dieser im Herbst 1939 freikam, nahm er ein Gesuch Pillichs an Berija mit und leitete es weiter.²⁴ In der originellen Anklageschrift wurde vermerkt, daß es für die Beschuldigungen keine sachlichen Beweise gab. Im Juli 1939 zog Pillich die unter Folter erpreßten Aussagen zurück, einen Monat später wurde die Anklage als »unbewiesen« zurückgewiesen und zur »Ergänzungsüberprüfung« weitergeleitet. Die zweite Version der Anklage lag im August 1939 vor, die Staatsanwaltschaft des Altai-Gebietes ließ ihr jedoch dasselbe Schicksal zuteil werden wie der ersten. Am 3. Dezember 1939 wurde Pillich aus der Haft entlassen.²⁵ Anscheinend kam man damals zu keinem endgültigen Untersuchungsergebnis, denn die KGB-Zentrale in Moskau ordnete 1954 an, den Fall definitiv abzuschließen (sic!).²⁶ Zu jenem Zeitpunkt war Franz Pillich schon seit 13 Jahren tot. Nach seiner Entlassung arbeitete er in einem Barnauler Restaurant, später in der Fabrikskantine des Werks »Melenschewskij«, wo er als »Stachanowist« ausgezeichnet wur-



Franz Pillich vor und nach der sowjetischen Haft.

de. Ende 1940 ließ er seine inzwischen 16 Jahre alt gewordene Tochter Elsa zu sich kommen. Auf der langen Bahnfahrt nach Barnaul holten sie NKWD-Agenten in Nowosibirsk aus dem Zug und verhörten sie. Endlich in Barnaul angekommen, fand sie ihren Vater seelisch und körperlich gebrochen vor. Sie bewohnten gemeinsam ein armseliges Zimmer, bald mußte der Vater ins Spital, wo er Anfang Juli 1941 aufgrund genereller Schwäche und Tbc verschied. Niemand unterrichtete Elsa vom Tod ihres Vaters. Das Spitalbett war leer, sie mußte allein die Leiche im Kühlraum des Spitals finden und einen Sarg auftreiben. Die auf eine Schubkarre geladene Leiche schob sie zum Friedhof hinaus. Und weil der Sarg für den großgewachsenen Pillich zu klein war, brach ihm der Totengräber die Füße, machte den Deckel zu und grub ihn ein. Nunmehr ganz auf sich allein gestellt – die Vermieterin kündigte ihr das Zimmer – hatte Elsa Glück im Unglück. Die Frau des mit Franz Pillich befreundeten Kinderarztes Wolkow war Leiterin einer Mutterberatungsstelle in Barnaul und ließ das österreichische Mädchen dort arbeiten und auf dem Boden schlafen. Später wurde Elsa Pillich von Ferdl und Marie Erb, einer aus Charkow evakuierten Schutzbündlerfamilie, »adoptiert«, was ihr wohl das Leben gerettet haben mag.²⁷

Als Nachsatz sei hinzugefügt, daß es – vermutlich aufgrund des Gesuchs an Berija – im Herbst 1939 zwischen MOPR, Kaderabteilung und der österreichischen EKKI-Vertretung eine Korrespondenz über Pillich gab. Auf eine Anfrage aus der Kaderabteilung berichtete das ZK der MOPR, es habe Pillich unterstützt. Weder die Leitung der Kaderabteilung noch Fürnberg wußten aber, wo sich Pillich damals aufhielt.²⁸

Heinz Roscher

Nach 21 Tagen Haft unterzeichnete Heinz Roscher das erste protokollierte Verhör, in dem er der »Spionagetätigkeit« bezichtigt wurde. Als seine »Auftraggeber« präsentierte man Ernst Fischer und einen Berliner Schlosser aus Roschers »Zeche« namens Grönert (geb. 1910, 1931 KPD, 1932 UdSSR, Dezember 1937 Verhaftung).²⁹ Das NKWD beschuldigte Grönert, seinen »Spionagedienst« 1933–1935 in der Tambower Fliegerschule begonnen und mit der Bildung einer zweiten Gruppe von Spionen im Autowerk fortgesetzt zu haben. Er wurde gezwungen, Theodor Beutling als seinen »Auftraggeber« anzugeben, den er seit einer gemeinsamen beruflichen Tätigkeit in der Berliner UdSSR-Handelsvertretung kannte. Beutling leitete in der Folge den deutschen Sektor an der KUNMS.³⁰

Sowohl Grönert als auch Beutling widerriefen später ihre Aussagen. Das NKWD erschob Grönert am 27. Mai 1938, der zu acht Jahren GULag verurteilte Beutling starb 1942 im Lager.³¹ Mit der Verhaftung Grönerts kam eine regelrechte Lawine ins Rollen, der auch ein – im Mai 1938 hingerichteter – Franzose namens Jean Duran zum Opfer fiel.³² In der Sammelanklage ebenfalls erwähnt, konnte sich Roman Füchsel, ein Arbeitskollege Roschers, glücklich schätzen: Er befand sich zur Zeit der »Ermittlungen« gerade in Spanien. Den verhafteten Schutzbündlern Kajetan Baumgartner (13. 2.1938), Alexander Dobo-Deutsch (20.6. 1937), Josef Brüll (17.3.1938), Karl Wagner (3.1.1938) und Franz



Haftfoto Heinz Roscher.

Hodik (1.4.1941) wurden gegen die Person Roschers gerichtete Aussagen eingetrichtert bzw. eingepreßelt. Lediglich Hodik und Brüll bestätigten diese auch später, die anderen zogen sie mit Hinweisen auf psychischen Druck im Verhör zurück, als sie in der Gerichtsverhandlung zu Wort kamen.³³

Beim zweiten und letzten Verhör bestritt Roscher die angeblich von Baumgartner gemachten und ihn inkriminierenden Aussagen, ebenso wies er den Vorwurf zurück, gemeinsam mit heimkehrwilligen Schutzbündlern antisowjetische Propaganda betrieben zu haben. Im Gegenteil: Er habe über solche Gespräche Meldung an die KI erstattet. Dabei nannte Roscher die Namen längst nach Hause Gefahrener.³⁴ Die im Eilzugstempo fabrizierte Anklageschrift ließ aus dem Floridsdorfer Schutzbundkommandanten einen Hans (sic!) Roscher werden, die absurden Beschuldigungen gegen den im Taganka-Gefängnis einsitzenden Häftling wurden »den entsprechenden Gerichtsinstanzen zur Verurteilung« vorgelegt.³⁵

Am 17. Mai 1938 verurteilte das NKWD Roscher zum Tode, elf Tage später wurde das Urteil vollstreckt.³⁶ Roschers Frau Marie, mit dem Sohn Gernot im Oktober 1938 ausgewiesen, richtete 1956 ein Gesuch betreffend das Schicksal ihres Mannes an das Wiener Büro des Internationalen Roten Kreuzes. Sie hegte immer noch Hoffnungen:

Bei ihrer Ausweisung hatte man ihr mitgeteilt, Heinz sei zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, nun habe sie durch einen »Heimkehrer« erfahren, Heinz Roscher sei schon 1948 aus einem Sägewerk in einem GULag (Ural) entlassen worden.³⁷ Obwohl ein leitendes Gremium des KGB im Juni 1956 die richtigen Daten über Roschers Verurteilung und Hinrichtung feststellte,³⁸ wies der stellvertretende Leiter der Evidenzabteilung des KGB den Leiter der Auskunfts- und Suchabteilung des sowjetischen Roten Kreuzes einen Monat später an, Frau Roscher »durch entsprechende Stellen« mitteilen zu lassen, ihr Mann sei am 27. Februar 1944 an Herzsklerose in der Haft gestorben.³⁹ Vermutlich nach weiteren Anfragen aus Österreich rückten die Sowjets nun mit der halben Wahrheit heraus, deren beschönigender Tenor fast einer Lüge gleichkam. 1957 teilte man dem österreichischen Botschafter in Moskau mit, Roscher sei 1938 »gestorben«. Die Evidenzabteilung des KGB wies die zuständige Magistratsabteilung in Moskau an, den mit dem 24. August 1955 datierten und getürkten Todesschein zu annullieren, einen mit dem Todesdatum 28. Mai 1938 versehenen auszustellen, welcher an den KGB zu schicken sei, zwecks Übermittlung an das sowjetische Außenministerium für die Weiterbeförderung nach Österreich. Die Todesurkunde mit dem Vermerk »Herzsklerose« als Todesursache, erhielt Marie Roscher Anfang 1958 im Wiener Innenministerium.⁴⁰

Der Anstoß zu der am 4. April 1963, also sehr spät erfolgten posthumen Rehabilitierung kam nicht auf Drängen österreichischer Stellen, schon gar nicht der KPÖ, zustande. Am 12. Februar 1963 machten Schuklin und Motschalik, zwei Referenten der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, die Abteilungsleitung auf Roschers historische Verdienste im Februarkampf 1934 aufmerksam und wiesen auf entsprechende Stellen in dem kurz zuvor erschienenen Buch von Prof. Turok (»Skizzen aus der Geschichte Österreichs, 1929–1938«) hin.

Die Referenten führten weiter aus:

»Nach den Materialien, die sich in der Personalakte Roscher befinden, wurden offensichtlich zum Anlaß seiner Verhaftung einige seiner Aussagen über die Zweckmäßigkeit der Prozesse 1937. Die Akte Roscher wurde nicht überprüft, da es bis jetzt keine Eingabe an die Prokuratur der UdSSR gab. Wir betrachten es als zweckmäßig, die Prokuratur der UdSSR zu beauftragen, die gesetzliche Begründung der Verurteilung Roschers zu überprüfen und die Ergebnisse an die internationale Abteilung des ZK der KPdSU zu übermitteln.«⁴¹

Am 8. Juli desselben Jahres informierte der Moskauer KGB die internationale Abteilung der KPdSU, das Strafverfahren Roscher sei laut Be-

schluß des Militärtribunals des Moskauer Militärkreises »wegen Fehlen eines strafbaren Tatbestandes« am 4. April 1963 eingestellt worden.⁴² Inoffiziell hatte sich Schuklin die Strafakte kommen lassen und empfohlen, »da Roscher als aktives Mitglied der KPÖ in der Vergangenheit bekannt« sei, »ausnahmsweise die Strafakte aus dem Jahre 1938 zu überprüfen«.⁴³ Ein Mitarbeiter der Untersuchungsabteilung der KGB-Verwaltung bekam die Akte zugeteilt und leistete ganze Arbeit. Er durchforstete die Akten all jener, die entweder gemeinsam mit Roscher angeklagt waren oder ihn belastet hatten:

Brüll, Baumgartner, Dobo-Deutsch, Wagner, Hodik, Grönert und Beutling. Der KGB-Offizier stellte folgendes fest:

- 1) Grönert zog seine Aussage, die zur Verhaftung Roschers führte, später zurück.
- 2) Während der Vernehmung las man Roscher eine Aussage Kajetan Baumgartners vor, derzufolge ein Josef Rascher (sic!) mit Baumgartner und Brüll eine nationalistische Gruppe in Moskau bildete. Diesen Auszug konnte man in der Akte Baumgartner nicht finden. Der naheliegende Schluß: Roscher wurde mit gefälschten Aussagen konfrontiert, um ihn zu einem »Geständnis« zu zwingen.
- 3) Roscher wurde erst 20 Tage nach seiner Verhaftung die Anklageschrift vorgelegt.
- 4) Im gleichen Zeitraum wurde er nicht verhört.
- 5) Zwischen den der Akte Roscher beigelegten Aussagen Grönerts und dem Original des Verhörprotokolls in der Akte des Deutschen waren »Abweichungen« festzustellen.
- 6) Nach Beendigung der Untersuchung hatte man Roscher die Unterlagen nicht, wie vorgeschrieben, vorgelegt.
- 7) Die Prokuratur bestätigte die Anklageschrift nicht.

Aufgrund der Recherchen wurde vorgeschlagen, die Causa Nr. 43808 über Roscher Heinz in die Militärprokuratur zu senden, mit der Empfehlung, den NKWD-Beschluß vom 17. Mai 1938 zu annullieren und das Strafverfahren einzustellen.⁴⁴ Nach der Rehabilitierung Roschers durch das Militärtribunal des Moskauer Militärkreises am 4. April 1963 unternahmen die sowjetischen Behörden wenig, um der Familie eine Nachricht zukommen zu lassen. Es wurde lediglich vermerkt, daß Roscher in Moskau keine Verwandten habe und deren Verbleib unbekannt sei.⁴⁵

Josef Brüll

Brülls Strafsache wurde von demselben NKWD-Team bearbeitet, das Roschers Fall in Angriff nahm. Die Beamten (7. Gruppe der 3. Abteilung der Hauptverwaltung für Staatssicherheit (GUGB) des Moskauer NKWD) führten drei protokollierte Verhöre durch. Beim ersten (31.3. 1938) erzählte Brüll aus seinem Leben und bestritt, an »einer konterrevolutionären nationalistischen Gruppe beteiligt« gewesen zu sein.⁴⁶ In der zweiten, am selben Tag von einem anderen NKWD-Mann durchgeführten Einvernahme bekannte er sich schuldig, »sich auf dem Staatsgebiet der UdSSR mit



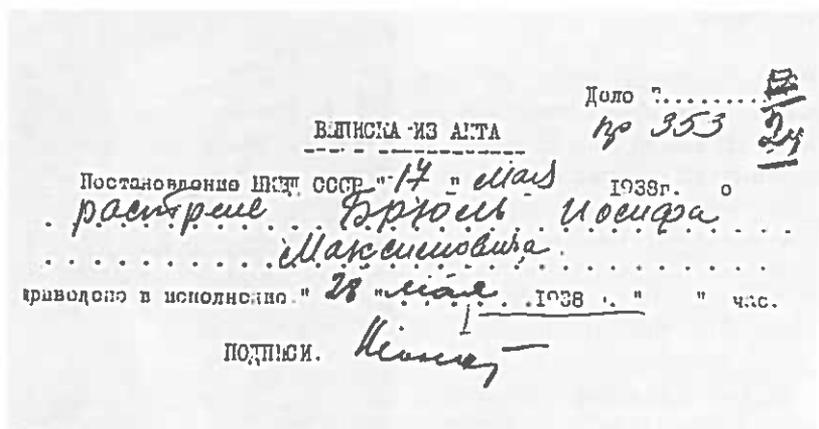
Haftfoto Josef Brüll.

Spionagetätigkeit befaßt« zu haben. Demzufolge hätte ihn Roscher in der zweiten Jahreshälfte 1937 »angeworben«. Über andere Mitglieder der von Roscher im »Autosawod« geleiteten »Spionagegruppe« konnte Brüll kein Angaben machen.⁴⁷ Beim dritten und letzten Verhör (10.5.1938) befragte ihn der Untersuchungsrichter über Bekannte und die Gründe für den Besuch der österreichischen Gesandtschaft.⁴⁸ Zur Erinnerung: Eine Zusammenfassung (in russischer Sprache) von Brülls Bericht über seine frustrierende parteioffizielle Visite bei Legationsrat Lohner erging 1936 an die Kaderabteilung.⁴⁹ Die Kurzfassung hatte Stasowa mit einem Begleitbrief an die Kaderabteilung gesandt.⁵⁰

All dies spielte keine Rolle in der eilends – zwei Wochen nach der Verhaftung (sic!) – angefertigten Anklageschrift, die den im Taganka-Gefängnis einsitzenden Häftling als »Agent des deutschen Geheimdienstes« auswies.⁵¹

Bei einer OSO-Beratung, an der ein stellvertretender Volkskommissar für Inneres sowie ein Staatsanwalt teilnahmen, kam am 17. Mai 1938 die Sache Brüll, vermutlich mit vielen anderen, zur Entscheidung. »Kraft der Anordnung des NKWD Nr. 00439 v. 25. Juli 1937« verurteilte die OSO Josef Brüll zum Tode durch Erschießen.⁵² Elf Tage später wurde die Hinrichtung vollzogen.⁵³

Im August 1940 faßten Below und Priworotskaja von der Kaderabteilung des EKKI mehrere Charakteristiken über Brüll in einem Bericht



Bestätigung der Vollstreckung des Todesurteils gegen Josef Brüll.

zusammen. Eine Stellungnahme Fürnbergs vom Juli 1940 wurde darin angeführt:

»(Brüll) beteiligte sich aktiv an den Februarkämpfen. Er war einer der führenden Schutzbündler. In der Sowjetunion war er immer aktiv im Interesse der Partei tätig«.

Damals war man in der Komintern der Meinung, Brüll sei zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Eine Kopie des Berichts erging auch an Dimitrow, eine offizielle Intervention dürfte aber nicht erfolgt sein.⁵⁴

Die erste Anregung zur Rehabilitierung kam von alten Kollegen aus der Gewerkschaft der Privatangestellten (bis 1934: Bund der Industriangestellten) in Wien, in der Brüll vor seiner Emigration den stellvertretenden Vorsitz geführt hatte. Schon 1947 hatten Nationalratsabgeordneter Friedrich Hillegeist und der Kommunist Otto Horn Brülls Witwe Mathilde eine Bestätigung ausgestellt, in der Josef Brüll als einer »der aktiven freigewerkschaftlichen Funktionäre und politisch Tätigen der Arbeiterbewegung vor 1934« bezeichnet wurde. Sieben Jahre später richtete Eduard Hofecker, leitender Sekretär der GPA, in der Sache Brüll (»er war mein bester Freund«) ein Schreiben an ihm bekannte WZSPS-Funktionäre in Moskau. Hofecker wies auf eine aus der UdSSR nach Österreich gelangte Nachricht hin, derzufolge Brüll noch lebe und sich in der Kohlengrube Nr. 7 im Lagerkomplex Workuta (Komi ASSR) befinde. Diesen Brief hatte Hofecker selbst gelesen, er hielt ihn »für völlig eindeutig und zweifellos echt und authentisch«. Im Namen der

GPA bat er seinen sowjetischen Kollegen Gurejew, festzustellen, ob Brüll noch am Leben sei und, falls er nach Österreich zurückkehren wolle, dies zu ermöglichen.⁵⁵ Im selben Zeitraum wandte sich Mathilde Brüll, ein »altes« KPÖ-Mitglied und Angestellte in der Wiener KP-Buchhandlung »Das Internationale Buch«, an die KPÖ-Führung, um aufgrund der o.a. Nachricht »neuerlich Erkundigungen über ihren Mann einzuziehen«. Die »Intervention« Koplénigs und Fürnbergs bei den »Freunden« verdiente diese Bezeichnung nicht, sie war vielmehr ein Zeugnis ihres menschenverachtenden politischen Opportunismus und Zynismus:

»Da (es) sich bei Brüll um einen leitenden Funktionär handelt, würden wir den Beschluß über seine Rückkehr gern erst dann fassen, wenn wir etwas über seine derzeitige Verfassung und seine politischen Ansichten in Erfahrung gebracht haben. Wenn diesbezüglich alles – wie es auch früher der Fall war – in Ordnung ist, könnte er der Partei hilfreich sein. Im gegenteiligen Fall würde er uns schaden. Jedenfalls wäre es wichtig für uns, etwas über ihn in Erfahrung zu bringen.«⁵⁶

Verlässlichere Bündnisgenossen hatte Mathilde Brüll in der GPA und in der Person des österreichischen Botschafters, Bischoff, der am 22. Oktober 1955 dem Leiter der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenamts mitteilte, »die Frage der Auffindung von Brüll (sei) für die österreichischen Behörden von großer Bedeutung«. Außerdem wirke sich »seine Anhaltung in der UdSSR ungünstig auf die Beziehungen der österreichischen Gewerkschaftsführer aus, mit denen die Sowjetunion derzeit erfolgreich in Kontakt« träten.⁵⁷ Sowohl der WZSPS als auch das sowjetische Außenamt übermittelten den Brief Hofeckers an die Gefängnisabteilung des Innenministeriums, die ihrerseits feststellen mußte, ein Josef Brüll scheine im Gefängnisregister nicht auf.⁵⁸ Außerdem bestätigte das Innenministerium der Komi ASSR, der Gesuchte sei in Workuta nicht wohnhaft und scheine auch in den Karteien des Ministeriums nicht auf.⁵⁹ Das Protokoll von Brülls Todesurteil wurde im KGB-Archiv gefunden,⁶⁰ womit die ersten Schritte zu seiner Rehabilitation erfolgten. Ein KGB-Oberst antwortete auf die Anfragen des WZSPS bzw. Außenministeriums u.a. folgendes:

»Den Unterlagen der Akte zu schließen, wurden bei der Untersuchung in der Sache Brüll die Prozeßvorschriften verletzt: es wurde kein Beschluß darüber gefaßt, ihm die Anklage vorzulegen und es wurde kein Protokoll über den Abschluß der Untersuchung in dieser Sache erstellt. Alle Untersuchungsaktivitäten in der Sache Brüll wurden im Laufe eines Tages erledigt, am 31. März 1938.«

Der Oberst hielt »es für möglich mitzuteilen, daß Brüll J.M. im Jahr 1938 verurteilt« worden und in der Haft gestorben sei. Außerdem empfahl er, beim Generalstaatsanwalt der UdSSR zu beantragen, das Urteil gegen Brüll aufzuheben.⁶¹

Die österreichische Botschaft urgierte die Ausstellung eines Totenscheins zwecks Übermittlung nach Österreich.⁶² Die offizielle Todesnachricht, am 6. Jänner 1956 ausgefolgt und neun Monate später den Familienangehörigen in Wien übergeben,⁶³ war, wie so häufig, eine Fälschung – »gestorben« am 25. November 1938, Todesursache: Lungenentzündung.⁶⁴

In seinem Bericht (9.4.1956) an das MKOG führte ein stellvertretender Staatsanwalt unter anderem an:

- 1) Die in der Untersuchung von Brüll und Roscher gemachten Aussagen sind unkonkret und können nicht bestätigt werden.
- 2) Es geht nicht klar hervor, unter welchen Umständen Brüll von Roscher angeworben worden sein sollte.
- 3) Und da Roscher im selben Werk wie Brüll arbeitete, wäre ersterer nicht darauf angewiesen, »derlei Informationen über Brüll beziehen zu müssen«.
- 4) Roschers Aussagen über Brüll sind ebenso unkonkret.
- 5) Die Aussagen des Kajetan Baumgartner taugen als Beweis nicht, denn dieser wurde 1939, nach der Niederschlagung der Anklage, aus der Haft entlassen.
- 6) Von der Kaderabteilung des EKKI liegen nur positive Meldungen über Brüll vor.
- 7) Sorokin, der an den Ermittlungen gegen Roscher und Brüll führend beteiligt war, »wurde 1939 wegen ungesetzlicher Untersuchungsmethoden und Fälschung von Strafsachen verurteilt«.
- 8) Es wurden »grobe Verletzungen der sozialistischen Gesetzgebung begangen: die Beschuldigung Brülls wurde (ihm) nicht vorgelegt, Art. 206 Strafgesetzbuch wurde in dieser Sache nicht erfüllt und die Anklageschrift wurde vom Staatsanwalt nicht bestätigt«.

Er konstatierte schließlich, Brüll sei »unbegründet verurteilt«, daher stellte er das Ersuchen, das Todesurteil aufzuheben und die »Sache wegen Nichtvorhandenseins eines verbrecherischen Tatbestands niederzuschlagen«.⁶⁵

Am 18. August 1956 annullierte der Oberste Gerichtshof der UdSSR das 18 Jahre zuvor gegen Brüll gefällte Urteil, womit die Strafsache eingestellt und er selbst posthum rehabilitiert wurde.⁶⁶ Aus unbekanntenen Gründen wurde der Rehabilitierungsbescheid nicht gleich nach Österreich geschickt. Im Oktober 1958 richtete Friedl Fürnberg ein Rehabilitierungsansuchen Mathilde Brülls mit einem Begleitbrief an das Präsidium des ZK der KPdSU. Diesmal porträtierte der KPÖ-Generalsekretär

den Ermordeten als »aufrechten Arbeiterfunktionär«, der »sich als disziplinierter Kommunist erwiesen« hätte.⁶⁷ Auf Anfrage des sowjetischen ZK teilte der KGB eine Zusammenfassung des Rehabilitierungstextes mit, ohne allerdings die inhaltlichen Gründe dafür anzugeben.⁶⁸ Ob die KPÖ Mathilde Brüll davon in Kenntnis setzte und sie einen »neuen« Totenschein mit dem richtigen Todesdatum erhielt, ist unbekannt.

Eduard Lange

Am 15. Dezember 1936 tagte die Internationale Kontrollkommission (IKK), das Schiedsgericht der Kommunistischen Internationale, im Zimmer 339 des Kominterngebäudes. Die dritte »Verhandlungssache« betraf Eduard Lange, den ehemaligen Schutzbundkommandanten von Stadl Paura (Oberösterreich), der zur Zeit seiner Anhörung unter dem Namen »Hans Ricker« am österreichischen Sektor der Internationalen Lenin-Schule (ILS) studierte. Hans Täubl (»Keller«), der Österreich-Referent in der Kaderabteilung, fungierte als Ankläger. Lange verteidigte sich, der Beschluß stand jedoch seit längerem fest: Ausschluß aus der KPÖ als »feindliches Element«.⁶⁹

Am 9. Februar 1937 erfolgte Langes Verhaftung durch das NKWD,⁷⁰ acht Monate später seine Verurteilung durch das MKOG wegen »antisowjetischer Agitation und Propaganda« sowie »terroristischer Aktivitäten«. Zu der zehnjährigen Haftdauer im Hohen Norden kamen 1940 noch drei Jahre hinzu, angeblich wegen eines Fluchtversuchs. Im Juli 1942 verhängte ein Militärtribunal vor Ort die Todesstrafe. Die Anklage war diesmal mit der aus dem Jahre 1937 ident. Ob der Erschießungsbefehl exekutiert wurde, ist ungewiß. Laut einer in Moskau 1993 an das österreichische Außenministerium übergebenen Liste ist Lange jedenfalls Ende 1942 im Lager verstorben.

Drei Anklagen, zwei davon im Lager, wurden gegen ihn erhoben – das ist unter den österreichischen Opfern des Stalinismus eine Seltenheit. Vermutlich paßte sich der draufgängerisch und kämpferisch veranlagte Edi Lange auch im Gulag nicht an, wie zuvor schon in Österreich und in Moskau.

Zunächst jedoch eine biographische Skizze über den 1936 »entlarvten« Österreicher.⁷¹

1906 als Sohn eines Eisenbahners in Triest geboren, wuchs Edi Lange in Linz auf und übersiedelte mit 14 Jahren zu seinem Onkel nach Landeck (Tirol). Dort und in Telfs erlernte er das Schlosserhandwerk und geriet unter den politischen Einfluß seiner großdeutsch-bürgerli-

chen Verwandten. Er trat dem »Deutschen Turnerbund« bei, war Mitbegründer einer Ortsgruppe des »Bund Oberland« in Telfs und nahm an Heimwehraufmärschen in Tirol teil. Der »Bund Oberland« war Mitte der 20er Jahre eine der berüchtigten faschistischen Schlägerbanden, auf deren Konto zahlreiche Überfälle – vor allem auf Arbeiterfunktionäre – gingen. In Deutschland wegen politischer Mordanschläge verboten und behördlich aufgelöst, gründete »Oberland« mehrere Ortsgruppen in Österreich, u.a. in Wien und Tirol,⁷² und nahm in seine Reihen jene völkischen Schläger auf, die 1925 den Schutzbundfunktionär Müller in Mödling bei Wien ermordeten.⁷³

С. С. С. Р.

НАРОДНЫЙ КОМИССАРИАТ ВНУТРЕННИХ ДЕЛ
ГЛАВНОЕ УПРАВЛЕНИЕ ГОСУДАРСТВЕННОЙ БЕЗОПАСНОСТИ

ОРДЕР № 201

РАСКРЕЧЕНО

Центральный Архив
 Министерства Внутренних
 Дел Российской Федерации

Сост. Дзюк

9 февраля 1937 г.

Выдан *Сол.*

_____ Главного
 Управления Государственной Безопасности НКВД
 тов. _____ на производство
Ареста и обыска

_____ *Ланге*
Едуарда

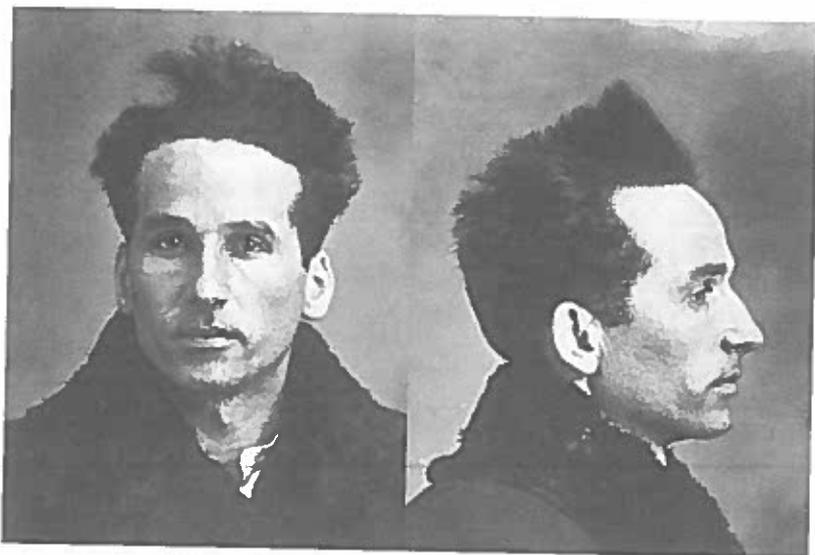
адрес *Ул. Советская*



Народного Комиссара Внутренних Дел СССР
 Комиссар
 Государственной Безопасности 1-го ранга
Ланге
 Комиссар
 Второго Отдела ГМБ
 Государственной Безопасности 3-го ранга

справка: *118*

Arrestbefehl gegen Eduard Lange.



Haftfotos Eduard Lange.

Nachdem Lange seine Stelle in Telfs gekündigt hatte, jedoch wider Erwarten vom Bundesheer abgelehnt worden war, fuhr er nach Linz zurück, wo er sich in einer Fachschule als Meister qualifizierte und in den Dienst der ÖBB eintrat. Da er noch bei den »Deutschen Turnern« mitmachte und immer wieder an »Gefechtsübungen« der Rechten teilnahm, machte ihm sein sozialistisch gesinnter Bruder Alex (s.w.o.) schwere Vorwürfe. Auch von seinen Kollegen in der »roten« Eisenbahnwerkstatt beeinflusst, vollzog Lange den Austritt aus dem »Deutschen Turnerbund«, wirkte fortan aktiv im Arbeiterturnverein mit und trat 1928 der SDAP und dem Schutzbund bei. Er übersiedelte nach Stadl Paura und heiratete Margarete Gruber. Sie war Tochter der Wirtin im Gasthaus Gruber, das als Parteiheim der Sozialdemokraten galt. 1930 von den ÖBB »abgebaut«, hatte Lange genügend Zeit für seine Hauptinteressen – Politik und militärische Übungen. Er leitete den Wehrtürnerzug des lokalen Schutzbundes und wurde ca. 1932 Kommandant der Ortsgruppe. Er war zudem aktiver Politfunktionär: Kassier der Stadtorganisation und Bezirksausschußmitglied (Wels) in der SDAP, Turnwart im Arbeiterturnverein, Aktivist im Arbeitslosenkomitee usw.

Richard Bernaschek (Landesleiter des Schutzbundes in Oberösterreich) beauftragte Lange mit der Herstellung von Handgranaten (»Schmiervasen«). Heinrich Fritz, ein enger Freund Langes, besorgte

das erforderliche Material aus dem Kohlenrevier und belieferte auch Bernaschek mit Sprengkapseln und Sprengstoff.⁷⁴ Im Zuge von bundesweiten Suchaktionen nach Schutzbundwaffen – den sozialdemokratischen Wehrverband hatte die Dollfuß-Regierung Ende März 1933 verboten – wurden Lange und ein zweiter Schutzbündler aus Stadl Paura am 3. Mai 1933 verhaftet. Vor dem Untersuchungsrichter gab Lange den Betriebsratsobmann der Wolfsegger Braunkohlengrube, Karl Löberbauer, als Materiallieferanten für die Handgranatenherstellung an. Löberbauer wurde am 18. Mai verhaftet⁷⁵ und im Juli zu sechs Wochen Arrest verurteilt.⁷⁶ Im Hauptanklagepunkt freigesprochen, erhielt Lange jedoch wegen einer Nebenklage (»Übertretung des Waffenpatents«) eine dreiwöchige Arreststrafe und war somit insgesamt sieben Wochen in Haft.⁷⁷ Diese Strafen ließen erkennen, daß die oberösterreichischen Behörden dem Fall keine große Bedeutung beimaßen. Andere, ähnlicher Delikte angeklagte Schutzbündler aus dem Welser Bezirk wurden vergleichsweise härter bestraft: sechs oder acht Monate Kerkerstrafe.⁷⁸ Am frühen Nachmittag des 12. Februar 1934⁷⁹ gab Lange die Streikparole weiter, sammelte die Schutzbündler in Stadl Paura, verteilte die spärlichen Waffen und setzte durch, daß Schule, Postamt und Flachsspinnerei den Betrieb einstellten. Am 13. Februar ordnete er die Absperrung der Bundesstraße an und gab den Schießbefehl, als am Abend Bundesheer, Gendarmerie und Heimwehr in den verbarrikadierten Ort eindringen. Erst zwei Tage später, nach dem Eintreffen zusätzlicher Militäreinheiten, wurde Stadl Paura von der Exekutive »eingenommen«. Die »Rädelsführer« waren aber schon geflüchtet. Lange hatte 15 Schutzbundkollegen auf einem Gewaltmarsch nach Steyermühl mitgenommen, wo er versuchte, das Kommando über die dort unschlüssige Schutzbundgruppe – deren Führer waren verhaftet worden – in die Hand zu bekommen und einen abenteuerlichen Angriff gegen Wels bzw. eine Entlastungsaktion für Stadl Paura zu organisieren. Er gewann die Unterstützung der jüngeren Kämpfer und teilte sie auf Verteidigungsposten ein. Als die für die geplanten Ausfälle notwendigen Lastautos verspätet eintrafen, war die Niederlage nicht mehr abzuwenden. Ein älterer Schutzbundfunktionär, der gegen Langes draufgängerische Vorhaben gestimmt hatte, erinnerte sich:

»Edi Lange (...) war ein verbitterter, fanatischer Kämpfer, persönlich jedoch ein lieber Mensch. Er blieb nur zwei Tage in Steyermühl. Auf seinen Kopf war eine Prämie ausgesetzt worden. Der Gendarmerieinspektor von Laakirchen kam zu mir und wollte, daß wir ihn ausliefern. Doch wir wußten natürlich nichts von Lange. In Wirklichkeit hatten wir ihn in Ehrendorf bei einem Bauern versteckt gehalten. Der Chauffeur B. nahm Lange auf einer Dienstreise in die Schweiz mit.«⁸⁰

Mittlerweile tobten sich die »Sieger« in Stadl Paura aus. Sie verhafteten 53 Personen, darunter Langes Frau. In einer Reihe von Prozessen wurden zahlreiche Schutzbündler im Mai 1934 zu mehrmonatigen Kerkerstrafen verurteilt.⁸¹ Das Gasthaus Gruber, Parteihaus der »Roten«, wurde behördlich geschlossen,⁸² der Wirtsfamilie (Langes Schwiegermutter, Frau und Tochter) kündigte die Brauerei den Pachtvertrag auf und vernichtete damit ihre Existenz.⁸³

Lange kam Anfang März 1934 in Zürich an und wurde, wie sein Freund Heinrich Fritz, von der Schweizer SP betreut. Sie trafen dort andere oberösterreichische Flüchtlinge, darunter Karl Jakubetz (Bürgermeister und Ortsleiter der SDAP in Attnang-Puchheim)⁸⁴ sowie den bereits erwähnten Josef Fahrner, der damals als Kellner im Eisenbahnspisewagen auf der Strecke Basel–Zürich–Wien arbeitete. Mit seiner Hilfe organisierten Lange und Fritz die Einschleusung sozialdemokratischer bzw. kommunistischer Literatur nach Österreich.⁸⁵ Für sie war jedoch klar, daß der Schweizer Aufenthalt nur ein Provisorium sein konnte. Sie wollten wieder berufstätig werden und richteten im Sommer 1934 – auf Vorschlag der Schweizer »Roten Hilfe« – Einreiseansuchen an die sowjetischen Behörden. Von der Unterstützung gewährenden Schweizer Sozialdemokratie hatten sie sich »in politischer Hinsicht doch längst« abgewandt.⁸⁶ Gespräche mit Fritz Adler und Otto Leichter im Büro der SAI in Zürich hatten zu ihrer Entfremdung von klassisch sozialdemokratischen Positionen beigetragen: Während Heinrich Fritz zur KP tendierte und ein »indirektes Angebot«, mit den »Revolutionären Sozialisten« (Nachfolger der SDAP) zusammenzuarbeiten, ausschlug,⁸⁷ kooperierte Lange eng mit Richard Bernaschek, als diesem noch ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten in Österreich vorschwebte.⁸⁸

Mit einem dritten Schutzbündler fuhren Fritz und Lange über Paris nach Antwerpen und von dort per Schiff nach Noworossijsk.⁸⁹ In Moskau teilte der WZSPS Lange dem Österreicher-Kontingent im »Elektrowod« zu, wo er als Schlosser in der Experimentalzeche arbeitete und an diversen »sozialistischen« Wettbewerben teilnahm. Abends besuchte er einen Kurs in der KUNMS.⁹⁰ Im September 1935 befürwortete der EKKI-Vertreter Großmann seine Delegierung an die Lenin-Schule (ILS).⁹¹ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Lange bei der Anführung seiner Lebensdaten zwar die Tatsache, aber nicht die Umstände seiner 1933 erfolgten Verhaftung angegeben, seine frühere Mitgliedschaft im »Oberland« hingegen überhaupt nicht. Vor der ILS-Mandatskommission beschrieb Großmann den Oberösterreicher als einen »kämpferischen und guten Burschen«. Bei dieser Gelegenheit gab Lange zu Protokoll, es sei bei der Hausdurchsuchung anlässlich seiner Verhaftung nichts gefunden

worden, zu seinem Schwager in Tirol, einem Heimwehrkommandanten, habe er keinen Kontakt mehr.⁹² Letzteres hatte er angeblich »erst nach eindringlichen Fragen« zugegeben,⁹³ in dem fünf Tage zuvor ausgefüllten Fragebogen für Studenten der ILS hatte er die Spalte 22 (»Diente oder dient jemand von Deinen Verwandten in der Geheimagentur, Polizei, Kriminalpolizei usw.? Wo und in welcher Stellung?«) leer gelassen.⁹⁴

Auf diese Weise lieferte Lange die ersten Verdachtsmomente gegen sich, weitere folgten. Die Untersuchung seiner Vergangenheit erhielt kurz danach Auftrieb, als ein Politbüromitglied der KPÖ dem Parteiapparat in Moskau mitteilte, Lange habe Karl Löberbauer »bei polizeilichen und gerichtlichen Verhören« 1933 als Sprengmittellieferanten angegeben, weswegen dieser verhaftet und verurteilt worden sei. Der Informant riet, eine Stellungnahme von Löberbauer selbst einzuholen und gab dessen Anschrift in Charkow an.⁹⁵ Im Dezember 1935 bestätigte Löberbauer in seiner Antwort an das ZK der KPÖ diese Angaben und fügte hinzu, eine von ihm gefertigte Skizze zur Herstellung von Handgranaten sei »bei Lange anlässlich einer Haussuchung gefunden worden«. Ob Langes Aussagen auch die – laut Löberbauer – ca. 20 im selben Zeitraum verhafteten Schutzbundfunktionäre (Ried, Wels, Steyr) belastet hätten, wurde im Brief als offene Frage hingestellt. Zum Schluß meinte Löberbauer, für Lange wäre »kein zwingender Grund vorhanden gewesen, meinen Namen zu nennen«, er hätte etwa die Schuld auf den kurz vorher verstorbenen Ortsleiter des Schutzbundes in Stadl Paura abschieben können.⁹⁶

Der Inhalt dieser Beschuldigungen erging im Juli 1936 an die Kaderabteilung,⁹⁷ gleichzeitig sammelte Täubl Aussagen über Lange von den Lehrern und Kursteilnehmern der ILS ein, vorwiegend Hörern des »kurzen Kurses«, der – laut Lernprogramm – am 1. August 1936 beendet war. Nach einer Sommerpraxis studierte Lange weiter, vermutlich in dem »österreichischen Grundkurs«, der bis Februar 1937 andauerte.⁹⁸ Da 1936 über 60 Österreicher an der ILS studierten, gab es keinen Mangel an potentiellen Informanten.⁹⁹ Über Lange wurde aber auch Positives vermeldet, beispielsweise die Meinung der Schulleitung, seine Entwicklung sei hervorzuheben, »weil er keine Praxis in der Parteiarbeit« besitze, aber trotzdem »bedeutende Fortschritte« erzielt habe.¹⁰⁰ Ein Landsmann (»Franz Otto«) schrieb über die Februarkämpfe im Bezirk Wels folgendes:

»Lange war einer der wenigen Genossen, der ohne besondere Weisungen und Anleitungen die Initiative ergriff und seine Pflicht bis zum Schlusse (sic!) erfüllte.«¹⁰¹

Tratschgeschichten über Lange lieferte ein ILS-Schüler aus Linz, für Täubl waren sie aber »noch keine Fakten«. ¹⁰² Politisch brisantere Meldungen erstatte »Rudolf Pohl« (= Alfred Klahr), der führende Dozent im österreichischen Sektor der ILS. Er machte Lange für dessen großdeutsch-monarchistisch eingestellten Verwandten in Tirol verantwortlich, wies auf den Waffenprozeß sowie auf die verschwiegene Tätigkeit bei »Oberland« hin und führte Nazi-freundliche Äußerungen an, die Lange nachgesagt wurden. ¹⁰³ In einer Meldung an die Kaderabteilung gab Täubl die Meinung von Klahr wieder und spekulierte, Lange befürchte wegen möglicher Racheakte der Nazi die Rückkehr nach Österreich. Täubl zufolge hatte sich Lange in der Schule »verdächtig« gemacht, denn er sondere sich derartig ab, daß »alle Genossen« meinten, »irgend etwas von ihm« (sic!) sei »nicht in Ordnung«. ¹⁰⁴ Konfrontiert mit Kritik an seiner Person, antwortete Lange noch im Sommer 1936, man könne ihn aus der Schule nehmen. ¹⁰⁵ Im Oktober gab er resigniert zu Protokoll:

»Es ist noch Zeit, daß ich meine Fehler liquidiere. Ich habe die nötige Kraft in mir. Sollte dies aber nicht der Fall sein, dann seid konsequent, dann hat es keinen Sinn, daß ich weiter auf diesem Gebiet arbeite.« ¹⁰⁶

Angesichts des drohenden Unheils, das sich über Langes Haupt langsam zusammenzog, ist es wohl eine Ironie des Schicksals, daß die ILS-Direktorin Kirsanowa Mitte November den Verbindungsdienst des EKKI darum bat, »alles Notwendige für die Abreise (voraussichtlich Ende Januar 1937)« des Schülers »Ricker« zu unternehmen. ¹⁰⁷ Lange konnte als ausgewiesener Berufsrevolutionär deshalb nicht in die Heimat zurückkehren, weil seine politischen Vorgesetzten, nämlich Täubl und Dernberger (Inlandsleiter der KPÖ), seiner Causa auf den Grund gehen wollten. Zuerst wurde die leidige Handgranaten-Geschichte verhandelt. Lange bekannte ein, sein damaliges Verhalten vor dem Untersuchungsrichter in Wels sei nicht richtig gewesen, bestritt jedoch die »Notwendigkeit«, all dies bei Ankunft in der UdSSR berichten zu müssen, zumal er darüber mit Löberbauer – beide wohnten Anfang 1935 im Hotel »Baltshug« – gesprochen und dieser ihm seinerzeit »nicht den geringsten Vorwurf gemacht« hätte. ¹⁰⁸ Auf dümmliche Fangfragen (ob er eine Kommandierung nach Spanien oder die Rückkehr nach Österreich vorziehe; ob sich die Nazi an ihm rächen würden usw.) gab Lange verständlicherweise zweideutige Repliken, redete ausführlich über seine politische Entwicklung (vom »deutschen« zum »Arbeiter«-Turner), verschwieg jedoch seine Mitgliedschaft bei dem paramilitärischen völkischen Verband. Seine Antworten auf Fragen zum ILS-Kollektiv waren widersprüchlich: Er berichtete von einer gruppenmäßigen »Mißstimmung«

(»Sie haben ein Trommelfeuer auf mich organisiert«), die er im nächsten Atemzug als »nun zerstreut« darstellte. Schließlich sagte er, er könne nichts und stehe im Unterricht immer nach.¹⁰⁹

In der am 9. Dezember 1936 zum »Fall Ricker« eigens einberufenen ILS-Parteiversammlung teilte Lange mit, er hätte am Vortag »gelogen«, nun sei er aber bereit zu sagen, warum er absichtlich verheimlicht hätte, »Deutscher Turner« und Mitarbeiter des Richard Bernaschek gewesen zu sein: »Ich hatte Angst, daß man an mir zweifeln wird, wenn ich alles sage.« Lange verhehlte seine frühere Sympathie für »revolutionäre« Nazi nicht. Von der Schweiz aus hätte er am Wiederaufbau des Schutzbundes innerhalb einer Anti-Dollfuß-Front, zu der auch »mit Hitler unzufriedene Nazis« stoßen sollten, aktiv mitarbeiten wollen. Er sei auch dazu ausersehen worden, Bernascheks publizistische Schriften in Österreich und der Schweiz zu verbreiten. Die enge Zusammenarbeit habe jedoch mit seiner Abfahrt (Jänner 1935) nach Moskau aufgehört.

Typisch für solche KI-Inquisitionen war, daß von der KP ehemals sanktionierte Handlungen nun – gemäß der neuen »Linie« – als Belastungsmaterial herangezogen werden konnten. Obwohl die Haltung der KPÖ gegenüber Bernaschek bis zu dessen Besuch in Moskau (August 1934) als diskussionsbereit beschrieben werden kann, wurde diese Gesprächsbereitschaft später verdrängt und Bernaschek von den fanatischsten der österreichischen Stalinisten fälschlicherweise als unverbesserlicher Nationalsozialist hingestellt. Ebenso wenig erwähnt wurde bei Langes »Parteihinrichtung« die Tatsache, daß die oberösterreichische KP mit der Zustimmung des ZK im Herbst 1934 einen Delegierten nach Kaplitz entsandte, um mit Bernaschek nach dessen Rückkehr aus der Sowjetunion zu verhandeln.¹¹⁰

Dem Protokoll des Parteimeetings wurden einige Lange zugeschriebene Äußerungen gegenüber ILS-Kollegen beigelegt:

- * Anfang des Jahrhunderts sei die »nationale« Arbeiterbewegung im Sudetengebiet »die wirkliche Arbeiterbewegung«, deren Gewerkschaften keine »Streikbrecher« gewesen.
- * Franco sei »eine Kämpfernatur«.
- * »Jetzt (nach dem Sommerurlaub – Anm. d. Verf.) fängt das Scheißlernen wieder an.«¹¹¹

Einige Tage vor der kollektiven Abrechnung versuchte Täubl mit dem Hinweis, die »Sache« sei der IKK übergeben worden, Langes Entfernung aus der Schule frühzeitig zu bewirken.¹¹² Im gleichen Sinne schrieb Alichanow (interimistischer Leiter der Kaderabteilung) an die ILS-Direktorin.¹¹³ Kirsanowa hatte zwar gegen die Relegierung nichts einzuwen-

den, meinte aber, man möge den IKK-Beschluß abwarten.¹¹⁴ Täubl informierte auch das NKWD von der bevorstehenden IKK-Verhandlung und legte seinem Brief einen Bericht über Ricker-Lange bei.¹¹⁵

Bei der IKK-Sitzung am 15. Dezember 1936 mußte sich Lange von den Anklägern sämtliche »Verheimlichungen« vorwerfen lassen, wobei seine Kooperation mit Bernaschek eine zentrale Rolle einnahm. Ein Notizbuch, in das Lange einige von Bernaschek übermittelte Adressen eingetragen hatte, wurde beschlagnahmt. Während der Anhörung wurden Tatsachen absichtlich verdreht, Täubl klärte die Beisitzer über die innerösterreichischen Elemente des Falls nicht auf. Im Gegenteil: Bernaschek wurde praktisch als Nazi dargestellt, der Langes Auswanderung in die UdSSR »vorgeschlagen« hätte.¹¹⁶ Dieser bekräftigte seine kommunistische Gesinnung und verwehrt sich insbesondere gegen einen Passus im Beschluß der ILS-Versammlung, in dem man ihm »Wühlarbeit mit faschistischer Ideologie« anlastete.¹¹⁷ Nach dem Parteiausschluß durch die IKK ersuchte die KPÖ die MOPR, Lange weiterhin als Politemigranten zu behandeln und ihm die nötigen Papiere (Personalausweis, Aufenthaltsgenehmigung) sowie Arbeit zu verschaffen, ferner eine finanzielle Unterstützung bis zum Arbeitsantritt zu gewähren.¹¹⁸

Lange fand selbst eine Arbeitsstelle im Kugellagerwerk,¹¹⁹ die dazu erforderlichen Papiere hatte er trotz zahlreicher Eingaben jedoch bis Ende Jänner 1937 noch nicht erhalten.¹²⁰ Die Verzögerungstaktik der sowjetischen Bürokratie ging möglicherweise vom NKWD aus, das zu den Materialen zum »Fall Ricker« von Täubl eine Namens- und Adressenliste aus Langes Notizbuch zugeschickt bekam.¹²¹ Im nachhinein waren die Wachsamkeitsfanatiker mit ihrer Arbeit zufrieden. In einem Rückblick auf das Lehrjahr 1936 im österreichischen Sektor der ILS schrieb Alfred Klahr:

»Nach Entlarvung der Elemente Ricker und Braun (= Arnold Reisberg) sowie aufgrund der Selbstkritik der Fehler seitens einzelner Genossen wurde die Arbeit des Sektors immer besser.«¹²²

Agnes und Gustav Deutsch

In Österreich gehörten Agnes und Gustav Deutsch der sozialdemokratischen »Linksinelligenzija« an, waren mit den Fischer-Brüdern befreundet und kamen als erste »Februaremigranten« Ende März 1934 nach Moskau. Der österreichische EKKI-Vertreter hätte beide gern in der Hauptstadt behalten, Gustav und Agnes meinten aber, sie würden

»in Moskau von Europa viel zu sehr eingefangen« werden, um »sich noch viel mit russischen Dingen zu beschäftigen«. ¹²³

Sie wollten in der Provinz am »sozialistischen Aufbau« aktiv mitwirken – er als Bauingenieur auf der Moskau–Donbass Eisenbahnlinie, sie als Deutschlehrerin bei der Planungsbehörde Gosplan in Woronesch. Später übersiedelten sie nach Jelez in derselben Region Südrußlands. ¹²⁴ Ihre Ergebenheit – hier sei an die Jubelschrift »Schutzbündler in der Sowjetunion« aus der Feder von Agnes erinnert – war nicht vorgespielt, konnte jedoch jenes Mißtrauen nie ausräumen, das Gustav Deutsch wegen seiner Familie entgegengebracht wurde.

Gustav Deutsch wurde 1906 in Zürich geboren, wo sein Vater Julius mit einem Stipendium der österreichischen Sozialdemokratie an der dortigen Universität Staatswissenschaften studierte. In Österreich wurde der Vater später prominenter Sozialdemokrat – Parteisekretär seit 1907, Heeresminister 1918/19, Vorstandsmitglied der Partei bis 1934, Gründer und Obmann der Wehrformation »Republikanischer Schutzbund« usw. Gustav betätigte sich in der SAJ, fungierte zeitweilig als Obmann der sozialistischen Mittelschülervereinigung und trat anschließend dem Schutzbund und der Partei bei. Nach Beendigung seines Studiums (Hoch- und Tiefbauingenieur) emigrierte der junge Deutsch 1930 nach Frankreich, kehrte aber, inzwischen wieder arbeitslos, zwei Jahre später nach Wien zurück. Zwischen 1932 und 1934 nahm er am politischen Leben kaum noch teil, im Februar 1934 kam seine Schutzbundgruppe nicht zum Einsatz. Um der Verhaftung zu entgehen, flüchtete Gustav Deutsch nach Prag. Seine Unzufriedenheit mit der Politik der SDAP reichte weit zurück. Die attentistische Haltung der Parteiführung konnte er aus nächster Nähe beobachten, nicht zuletzt als Referent in der Technischen Leitung des Schutzbundes Ende der 20er Jahre. ¹²⁵ Die in Oberösterreich geborene, im schweizerischen Sankt Gallen aufgewachsene Agnes Reitermayer lernte Gustav Deutsch in Paris kennen, wo sie als Stenotypistin beschäftigt war und einem deutschsprachigen SP-Zirkel angehörte, für den sie Pressearbeit leistete. ¹²⁶

Ende 1934 ¹²⁷ gab das Ehepaar Deutsch eine umfangreiche Stellungnahme bei der Komintern ab, die zugleich ein Ansuchen um Aufnahme in die KPÖ sowie eine Abrechnung mit der eigenen sozialdemokratischen Vergangenheit darstellen sollte. ¹²⁸ Die in der *DZZ* abgedruckte Erklärung ¹²⁹ hatte schwerwiegende Folgen, nicht zuletzt die Ausbürgerung beider durch den österreichischen Staat. Den Ausschluß aus dem österreichischen Staatsverband konnten sich die beiden nicht erklären, zumal sie die Gründe dafür nicht erfuhren. Folglich suchten sie um sowjetische Pässe an, die sie im Sommer 1936 erhielten. ¹³⁰ Die Bekehrung

zum Kommunismus begründete das Ehepaar Deutsch mit der »Passivität« der österreichischen Sozialdemokratie gegenüber dem Faschismus sowie mit der austromarxistischen »Illusion«, ein friedlicher Weg könne zum Sozialismus führen.¹³¹ Dieses politische Bekenntnis wurde vielerorts beanstandet. Ein Kadermann der KPD in Moskau mit dem Parteinamen »Körner-Schmidt« schrieb eine sektiererische Stellungnahme dazu, deren anklagende Argumentationslinie in der »Feststellung« gipfelte, der »Fehler« der SDAP hätte nicht 1934, sondern mit deren Gründung (sic!) begonnen und »mit dem Verrat (...) im Weltkriege einen Höhepunkt« erreicht.¹³² In ihrer höflich gehaltenen Replik bezeichneten Agnes und Gustav Deutsch solche Ausführungen trefflich als Ausdruck jener KPD-Politik, »die den jetzt dem Kommunismus zuströmenden, früher sozialdemokratischen Arbeitern diesen Weg eher erschweren (...) als erleichtern« wolle.¹³³ Aber auch in den eigenen Reihen stießen beide auf Argwohn, beispielsweise bei einer Veranstaltung im Moskauer »Deutschen Klub« (Ende Jänner 1935).¹³⁴ Dort hing, so Gustav später, »das Mißtrauen direkt im Saal (...) wenn auch nicht jeder es so primitiv zum Ausdruck brachte wie unser Freund Roscher«. Deutsch störte auch eine im Moskauer Schutzbundkollektiv festgestellte Tendenz, »die eigene Vergangenheit in einem irgendwie anderen Licht darzustellen«. Er meinte, die KPÖ hätte Roscher »etwas verwöhnt«.¹³⁵

Trotzdem oder gerade deswegen bemühte sich das Ehepaar, im »sowjetischen Leben« voll aufzugehen. Die KPÖ befürwortete ihre Anerkennung als Sympathisanten der WKP/b,¹³⁶ später suchte Gustav um die volle Mitgliedschaft in der sowjetischen Partei an.¹³⁷ Er ist jedoch vermutlich nie aufgenommen worden, weil er nicht imstande war, zwei Mitglieder ausfindig zu machen, die für ihn gebürgt hätten.¹³⁸ Auf seinen Inspektionsreisen bei der Eisenbahn sorgte sich Deutsch um die Entfaltung der Stachanow-Bewegung¹³⁹ sowie die Hebung von Qualitätsstandards.¹⁴⁰

Es waren aber nicht konstruierte »Verfehlungen« im Arbeitsbereich, sondern eine vom Moskauer NKWD



Gustav Deutsch, 1937 in der UdSSR.

ausgeheckte »Großverschwörung«, die am 21. Oktober 1937 zu Deutschs Verhaftung führte, als dieser sich auf einer Dienstreise in der Stadt Woronesch befand. Am selben Tag wurde Agnes in Jelez festgenommen. Die Anklage führte an, Deutsch sei »im Auftrag des trotzkistischen Zentrums« in die UdSSR gekommen, »um eine antisowjetische, terroristische Tätigkeit« zu entfalten; zu diesem Zweck hätte er eine »Spionageorganisation« geschaffen und »ausländische Fachkräfte angeworben«. Zu seinem fiktiven »Agentenkreis« gehörten Otto und Ernst Fischer, Oskar Großmann und Bela Kun (sic!). Die NKWD-Beamten, die Deutsch in Woronesch arg zurichteten – unter anderem schlugen sie ihm die Zähne aus – wurden später wegen »ungesetzlicher Verhaftungen und der Falsifikation von Untersuchungsunterlagen« bestraft und vermutlich erschossen.¹⁴¹

Agnes Deutsch hatte 40 Tage Einzelhaft und einen Hungerstreik hinter sich, als sie am 3. Dezember 1937 ihrem Mann gegenübergestellt wurde. Vor ihr stand ein menschliches Wrack. Aus dem Mund ihres eigenen Mannes mußte sie hören, sie hätte in seinem und im Auftrag Ernst Fischers die Forschungsreisen für ihr Buch »Schutzbündler in der Sowjetunion« dazu benützt, um »eine konterrevolutionäre Gruppe unter den Schutzbündern« zu organisieren. Sie wollte diese Stelle im Protokoll handschriftlich richtigstellen, worauf ihr Gustav den Federhalter aus der Hand riß und sie noch einmal anflehte, die »Richtigkeit der Aussage« per Unterschrift zu bestätigen, da es sonst für sie nur schlechter werde:

»Wenn nicht heute, so morgen oder übermorgen wirst Du sowieso alles unterschreiben.«

Sie verweigerte trotzdem die Unterschrift und wurde in den darauffolgenden Tagen pausenlos verhört:

»Dann habe ich schon gegen mich ausgesagt, daß ich »eine Spionagetätigkeit geführt habe, aber mich an keine Fakten erinnern kann«. Am zehnten Tag brachte man mich direkt von diesen Verhören nach Moskau.«

Die Verlegung beider Häftlinge in die Hauptstadt verweist auf die »Wichtigkeit« des Falles. In Moskau erfuhr Agnes, daß man den ersten Teil der Anklage gegen sie – »Organisierung einer Spionagegruppe unter den Schutzbündern« – schon fallen gelassen hatte. Entsprechend erleichtert, vom Hunger und den vorangegangenen Torturen durch die NKWD-Büttel in Woronesch geschwächt, unterschrieb Agnes nun sie selbst inkriminierende Protokolle. Als während eines Dauerverhörs (19.2.1938) in Moskau die NKWD-Leute über die »konterrevolutionäre Einstellung« des Ehepaars mehr wissen wollten, unterschrieb sie, ihr Mann sei »stärker kon-

terrevolutionär eingestellt als ich«. Gemeint hatte sie lediglich, ihm sei, als einzigem Sohn des Sozialistenführers Julius Deutsch, der Bruch mit der Sozialdemokratie vergleichsweise schwerer gefallen. Ähnlich verdreht wurde eine Aussage, die sie gegenüber einer Russin getätigt hatte:

»Im Gegensatz zur ›Prawda‹ oder ›Iswestija‹ betreibt die ›DZZ‹ Augenauswischerei.«

Nach dem erzwungenen Geständnis kam Agnes Deutsch langsam zu sich, verlangte Papier und distanzierte sich in einem an Jeshow adressierten Ansuchen von den erpreßten Aussagen. Das Urteil gegen sie – zehn Jahre GULag – war aber zwei Tage vorher gefällt, ihr allerdings erst zwei Monate später mitgeteilt worden.¹⁴² Auf dem Weg nach Kolyma konnte sie über Johann Stöckler Ruth Fischer von der Anklage gegen sich und Gustav in Kenntnis setzen.¹⁴³ Überdies gelang es ihr Anfang 1940 von Kolyma aus, der Frau Otto Fischers zwei Briefe und ein Ansuchen an den Obersten Staatsanwalt zukommen zu lassen.¹⁴⁴ Unabhängig davon erreichte Ernst Fischer 1938 ein aus einem Moskauer Gefängnis geschmuggelter Brief aus der Feder des leidgeplagten Gustav Deutsch.¹⁴⁵ Aus drei verschiedenen Quellen wußte die Moskauer KPÖ-Leitung also, daß schwere Anschuldigungen gegen die erste Parteigarnitur, vor allem gegen die Fischer-Brüder Otto und Ernst, im Raum



Haftfotos Gustav Deutsch.

standen. Es lag daher im ureigenen Interesse des österreichischen Politbüros, daß die Angelegenheit Deutsch »bereinigt«, d.h. einer neuerlichen Untersuchung unterworfen wurde (s.w.u.).

Gustav Deutsch wurde im Juni 1938 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Agnes überlebte das Kolyma-Regime und heiratete einen wolgadeutschen Mithäftling. Vorher war ihr die im März 1956 erlassene Rehabilitierung sowie das Todesdatum – aber nicht die Todesursache – von Gustav Deutsch mitgeteilt worden.¹⁴⁶ Nach Aufhebung ihrer Verbannungsstrafe zog sie nach Moskau, blieb loyale Kommunistin und schrieb bis zu ihrem Tod (1976) Artikel über die UdSSR für die KP-Presse der Schweiz.¹⁴⁷

Interventionen zugunsten der Verhafteten: die Rolle der KPÖ-Leitung in Moskau

Die KPÖ-Führung war vor der Übersiedlung Johann Kopenigs und anderer Polbüro-Mitglieder von Paris nach Moskau (Oktober 1939)¹⁴⁸ auf mehrere Zentren verteilt: Prag 1934–1938, Paris 1938–1939, im österreichischen Untergrund und in Moskau. Die ersten offiziellen Interventionen der engeren Parteiführung für verhaftete Parteigenossen wurden erst Anfang 1940 unternommen. Warum derartige Schritte so spät erfolgten, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Möglicherweise wartete man ab, bis der Terror, der zwar in Form von willkürlichen Verhaftungen zum System gehörte und nie abbrach, etwas nachließ. Wie der EKKI-Vertreter Fischer darauf reagierte, wird nachstehend behandelt. Friedl Fürnberg, der sozusagen mitten im Mahlstrom saß und als Fischers Nachfolger ab Sommer 1938 ein wichtiger Adressat für etwaige Fürsprachen seitens der verzweifelten Verwandten gewesen wäre, schwieg zeit seines Lebens über solche Angelegenheiten. Wahrscheinlich war er vor Angst erstarrt und mied den Kontakt zu den Betroffenen. Dr. Franz David, dessen zweite Frau 1937 verhaftet wurde, berichtete, bei einem Abendessen in der Wohnung von Erna Jellinek habe Friedl Fürnberg kein einziges Wort mit ihm gesprochen.¹⁴⁹ Und obwohl sich Kopenig 1934–1939 zumeist in Prag bzw. Paris aufhielt, war er oft genug in der Sowjetunion, um mit Fischer, Fürnberg, Täubl und anderen Funktionären über die ihnen wichtigsten Repressionsfälle zu sprechen und etwaige Eingaben zu machen.

Durch die Vertrauensleute in den Städten wußte das österreichische Polbüro ziemlich genau,¹⁵⁰ wann und wo das NKWD die Verhaftung eines Politemigranten vorgenommen hatte. Wo sich der/die Betroffene

anschließend befand, welche Strafe verhängt wurde – solche Fakten freilich entzogen sich seiner Kenntnis. Die KPÖ-Führung konnte auch nicht nachfragen oder sich gar unmittelbar an das NKWD wenden. Alle Anfragen mußten über den Schreibtisch des Komintern-Generalsekretärs Dimitrow wandern. Der Bulgare richtete dann das entsprechende Schreiben der KPÖ nebst einem Begleitbrief an die Prokuratur (Staatsanwaltschaft), wenn nicht direkt an Berija selbst. Die Mitschuld der EKKI-Vertretung, der Kaderabteilung und der Vertrauensleute in den Kollektiven an dem »Verschwinden« einer nicht geringen Zahl von österreichischen Asylanten dürfte auf diesen Seiten wohl hinlänglich demonstriert worden sein. Was die Festnahme von schlecht beleumdeten KPÖ-Mitgliedern und Schutzbündlern betraf, ließ sich Fischer – zumindest nach der Version in seinen Memoiren – von der Kaderabteilung versichern, es handle sich um »notorisch schlechte Elemente«, aber jeder Fall werde gewissenhaft untersucht.¹⁵¹ Als Fischer im Zusammenhang mit den Verhaftungen ihm persönlich bekannter und von ihm geschätzter Parteiaktivisten (Roscher, Brüll, Armand Weiss) zum ersten Mal mit Dimitrow darüber sprach, fragte ihn dieser, ob »unter allen Umständen« auf jeden einzelnen Genossen Verlaß sei, ob der Verhaftete sich nicht »vielleicht ohne böse Absicht, aus Unbedachtsamkeit, Geschwätzigkeit« mißbrauchen habe lassen.¹⁵² Dimitrow setzte Fischer auseinander, die Komintern sei nicht befugt, sich in die Maßnahmen des NKWD »einzumengen«. Er selbst könne bestenfalls ein Verfahren beschleunigen helfen; und was »Fehlgriffe« anbelange, solle man »den Organen der Sowjetunion vertrauen«.¹⁵³ Bei einem weiteren Besuch in derselben Angelegenheit – so der Bericht in Fischers Erinnerungen weiter – ließ der KI-Chef Fischer wissen, daß er nicht dauernd gemahnt werden wolle.¹⁵⁴ Der Ton der Korrespondenz zwischen Dimitrow und »den höheren Organen« ließ den konkreten Stand der Machtverhältnisse erkennen. Man sammelte Belastungsmaterial gegen alle noch in Freiheit befindlichen, führend tätigen Ausländer im KI-Apparat und bereitete einen Schauprozess gegen die gesamte Führungsgarnitur der »Weltrevolution« vor.¹⁵⁵

Neben den direkten Interventionen, die auf einem Beschluß des Polbüros beruhten, gab es indirekte, in Form von Kadercharakteristiken für bereits lange Zeit einsitzende Häftlinge. Aus solchen Dokumenten geht hervor, daß die österreichische Parteispitze wenig, meistens überhaupt nichts vom Aufenthalt oder den sonstigen Lebensverhältnissen der betreffenden Personen wußte. So schrieb Johann Koplénig im April 1942 über das frühere ZK-Mitglied Julius Czagan aus Graz, dieser habe gegen »Fraktionen gekämpft« und sei ein »ehrlicher und ergebener Genos-

se«.¹⁵⁶ Damals befand sich Czagran schon seit zweieinhalb Jahren wieder in der Heimat, die er nach seiner Auslieferung an die Gestapo durch das NKWD über Polen Ende 1939 erreicht hatte. Auch über einige repressierte KPÖ-Mitglieder, in deren Fällen die Parteileitung 1940 en bloc um eine Überprüfung ansuchte, erteilte die österreichische EKKI-Vertretung vor und nach der Verhaftung positive Charakteristiken an die Kaderabteilung, die allerdings wirkungslos blieben.

Nicht so in einem anderen Fall, wo der Amtsweg in der umgekehrten Richtung verlief. Ludwig Haas, Mitglied der KPÖ seit 1919 und ehemals »Arbeitslosenführer« in Wien, trat 1932 in die WKP/b ein. Ende September 1937 schloß ihn die Kramatorsker Parteiorganisation als »Volksfeind« aus, unmittelbar danach holte ihn das NKWD. Im April 1941 wurde seine zehnjährige Haftstrafe auf die Hälfte reduziert. Zwei Monate vorher hatte die Staatsanwaltschaft eine Charakteristik von der Kaderabteilung des EKKI verlangt. Anfang März erfolgte Dimitrows Antwort mit der beigefügten, positiv gehaltenen Charakteristik aus der Feder Kopenigs.¹⁵⁷

Auf einer Sitzung der in Moskau befindlichen ZK-Mitglieder beschlossen Kopenig, Fischer, Fürnberg, Zucker-Schilling, Hexmann und Leo Gabler (Parteiame: »Otto Maier«) am 16. Jänner 1940, Briefe an die Prokuratur zu schicken. Man beschloß u.a., das Gesuch von Agnes Deutsch weiterzuleiten und »eine Untersuchung des Falles ihres Mannes zu verlangen bzw. vorzuschlagen, daß sie beide vor ein ordentliches Gericht kommen«. Gleichzeitig »verlangten« die KPÖ-Spitzenfunktionäre vom Obersten Prokuror der UdSSR die Überprüfung fünf weiterer Fälle und deren Übergabe an ein ordentliches Gericht. Die im Beschluß angeführten Emigranten waren altgediente Parteigenossen: Hans Jellinek, Franz Quittner, Franz Falk (= Geza Reitman), Peter Schnur (Parteiame in Österreich: Kolaritsch) und Alexander Stöckler.¹⁵⁸ In einer kurz darauf an die Kaderabteilung übergebenen Sammelcharakteristik baten die schon erwähnten ZK-Mitglieder darum, die positiv dargestellten Parteibiographien von Quittner, Falk, Jellinek und Stöckler an den Obersten Prokuror der UdSSR weiterzuleiten.¹⁵⁹ Ende Jänner schickte die Kaderabteilung in der Sache Deutsch Charakteristiken, eine Stellungnahme der KPÖ sowie das Original-Ansuchen von Agnes Deutsch an die Prokuratur.¹⁶⁰ Kurz vor Kriegsausbruch erhielt die Leitung der Kaderabteilung die Antwort, deren Inhalt Kopenig mitgeteilt wurde: Die »Überprüfung« der Unterlagen habe ergeben, daß Gustav und Agnes Deutsch zu Recht verurteilt worden seien, daher könne man weder die Beschwerde der Ehefrau noch die Intervention seitens der KPÖ anerkennen.¹⁶¹

Bei den parteioffiziellen Interventionsfällen handelte es sich – mit Ausnahme des Ehepaars Deutsch – um »Altkommunisten«, die mit der KPÖ politisch und familiär (Jellineks Frau Erna, die Sekretärin Togliattis, war Friedl Fürnbergs Schwester) über viele Jahre hinweg verbunden waren. Dies veranschaulicht das Datum des Parteibeitritts: Quittner 1918, Stöckler 1918, Reitman-Falk 1918, Jellinek 1927. Die letzten Endes fruchtlosen Interventionen gestalteten sich folgendermaßen:

Franz Quittner

Am 31. Mai, 3. August, 5. August 1939 und am 24. Januar 1940¹⁶² adressierte Fürnberg (oder in seiner Vertretung Fischer) positive Beurteilungen über Franz Quittner an die Kaderabteilung. Am 19. April 1940 schrieben Koplemig, Fürnberg und Schilling in derselben Sache an Dimitrow. Dabei verwiesen sie auf Quittners Erfindungen, wobei eine (Bohrmaschine für Nephelingewinnung) im April 1938 – also einen Monat nach Quittners Verhaftung! – in der *TASS*, *Prawda* und *Iswestija* »lobend« bekanntgemacht wurde.¹⁶³ 1940 gab die KPÖ-Führungstriade die von Genia Lande-Quittner übermittelten Informationen über ihren



Franz Quittner, Gründungsmitglied des KJV in Österreich, 1938 erschossen.

Mann an den Generalsekretär der KI weiter: Verhaftung am 8. März 1938, Anlegung einer Strafakte mit der Nummer 5969,¹⁶⁴ Verschickung Quittners aufgrund eines Beschlusses der Sonderkommission (OSO) des NKWD an einen unbekanntem Ort.¹⁶⁵ Bei der Vorbereitung seiner Eingabe an die Prokuratur erfuhr Dimitrow von der Kaderreferentin Priworotskaja, die Kaderabteilung hätte schon zweimal (Ende 1939 und Anfang 1940) auf die Bitte Genia Landes bzw. der KPÖ sämtliche Quittner betreffenden Kaderunterlagen an vier Adressaten geschickt:

- 1) Den Staatsanwalt des Moskauer Militärgebiets
- 2) Seinen Stellvertreter
- 3) Den Chef des NKWD-Moskau
- 4) Die Staatsanwaltschaft der UdSSR¹⁶⁶

Am 22. April 1940 schickte Dimitrow die KPÖ-Empfehlung, eine Information der Kaderabteilung ähnlichen Inhalts sowie ein Gutachten über Quittners wissenschaftliche Arbeit an den Prokurator Pankratjew. Im letzteren Dokument hob ein Professor Walter Quittners Verdienste auf dem Gebiet der Experimentalphysik hervor, insbesondere seine Tieftemperaturen-Forschungen und Arbeiten über »Anfangsströme in der Deselelektrik«, wofür Quittner eine inzwischen als »klassisch« angesehene Messungsmethode erfunden hätte.¹⁶⁷ In seinem Begleitbrief bat Dimitrow den Staatsanwalt darum, sich für den Fall Quittner zu interessieren und nach Möglichkeit dessen Akte zu überprüfen sowie etwaige Ergebnisse der Komintern mitzuteilen.¹⁶⁸ Die schroffe Antwort aus der Prokuratur hielt Dimitrow zwei Wochen später in den Händen. Nach Erhalt der Intervention von Dimitrow hatte sich Pankratjew die Akte Quittner vorlegen lassen. Er teilte nun mit, Quittner sei wegen Spionage am 31. Mai 1938 erschossen worden, außerdem habe man die von seiner Frau Genia angestrebte Untersuchung des Falles bereits abgelehnt. Welche Torturen Quittner über sich ergehen lassen mußte, kann man aus der Mitteilung Pankratjews erahnen, derzufolge der prominente Wissenschaftler drei Tage (sic!) nach seiner Verhaftung »Spionage gegen die UdSSR« zugegeben habe. Die Folterspezialisten der Geheimpolizei hatten »Schwachstellen« in Quittners Biographie aufgefunden gemacht, insbesondere seine 1925 durch die Linzer Polizei erfolgte Festnahme.

Zu Pfingsten 1925 war ein Aufmarsch rechtsradikaler Kriegerverbände in Linz geplant, was die Leitung des KJVÖ veranlaßte, ihr jährliches Pfingsttreffen dorthin zu verlegen. Die Behörden verboten die Veranstaltung der Jungkommunisten, trotzdem fuhren 200 Mitglieder des KJV-Wien nach Linz. Es kam zu Zusammenstößen, das Quartier der KJVler wurde von der Polizei im Sturm genommen, die 200 Verhaftungen vornahm. Nach intensiven Verhören entließ man einige Tage später die jungen Revolutionäre und belegte sie mit einem zehnjährigen »Verweis« aus der Stadt Linz.¹⁶⁹ Soweit die Fakten. Laut Verhörprotokoll soll Quittner in Linz die KJV-Führungsmitglieder Fürnberg, Lauscher, Reisinger und andere »verraten« haben. Aus dem verhörenden Polizeioffizier machten die NKWD-Schergen einen »Auftraggeber«, der Quittner fünf Jahre später mit »bestimmte(n) Spionageaufgaben« in die UdSSR schickte (sic!). Außerdem hätte Quittner seine Polizeiverbindungen nicht »unterbrochen« und bei seiner anläßlich der Juliereignisse 1927 in Wien erfolgten zweiten Festnahme die ZK-Mitglieder Hexmann und Koplenig der Polizeidirektion preisgegeben. Diese für die KPÖ-Leitung niederschmetternde Nachricht legte der Sekretär Dimitrows sowohl Ko-

plenig als auch Fürnberg vor. Unter dem handschriftlichen Vermerk »Niemandem mitteilen außer Fürnberg und Kopenlig« setzte das Duo seine Unterschrift.¹⁷⁰

Acht Monate vorher hatte übrigens Ernst Fischer phantastisch anmutende Details aus dem »Bekennnis Quittner«¹⁷¹ erfahren. Einem aus dem GULag geschmuggelten Brief zufolge soll Quittner »gestanden« haben, deutschen Stellen alle geheimen Patente seines Instituts »verkauft«, die Wiener Polizei jahrelang über KJVÖ-Interna informiert und mit einem Freund in Prag, der eigentlich »ein Gegner« war, korrespondiert zu haben.¹⁷²

Franz Falk (= Geza Reitman)

Positive Charakteristiken über Falk schickte Fürnberg im Juli 1938 und im Oktober 1939,¹⁷³ die gesamte Parteiführung drei Monate später¹⁷⁴ an die Kaderabteilung des EKKI. 1940 erfuhr die KPÖ-Leitung, die via Kaderabteilung an das NKWD zu überweisenden Charakteristiken über Falk, Stöckler und Jellinek könnten der Geheimpolizei nicht zugestellt werden, aber die Fälle würden überprüft werden. Fürnberg unterrichtete die verwaisten Familien davon, ferner von einem geplanten Schreiben an Berija. Warum er erst im Jänner 1941 Dimitrow ersuchte,¹⁷⁵ dies zu veranlassen, ist unklar. Am 31. Jänner 1941 schickte Dimitrows Sekretär Tatarjenko die Charakteristiken an Staatsanwalt Botschkow und wies darauf hin, die Akte Falks befinde sich in der Hauptmilitärprokuratur, jene Jellineks bei der Verwaltung des NKWD, Moskauer Gebiet.¹⁷⁶ Parallel dazu ergingen die drei Kaderbeurteilungen an Berija persönlich.¹⁷⁷ Falk mußte die volle Strafe von zehn Jahren absitzen. Im Jänner 1948 kam er aus dem Lagerkomplex frei, im Juli traf er in Wien ein, wo er fortan unter dem Namen Franz Kunert als Journalist der KPÖ-Tageszeitung *Volksstimme* arbeitete.

Hans Jellinek

Die umfangreichste Korrespondenz bezüglich eines österreichischen Interventionsfalles befindet sich in der Kaderakte Hans Jellinek sowie in den Dimitrow-Fonds des Kominternarchivs. Fünf Tage nach Jellineks im Morgengrauen¹⁷⁸ des 10. Oktober 1938 erfolgter Festnahme schrieb Fürnberg an Dimitrow, er habe »heute«¹⁷⁹ durch seine Schwester von der Verhaftung erfahren. Fürnberg bat Dimitrow nicht direkt, sich für

seinen Schwager einzusetzen, sondern hob dessen »Parteiverdienste« hervor, womit er nicht nur seiner »persönlichen Auffassung allein, sondern (...) der Meinung unseres ZK«¹⁸⁰ Ausdruck verleihen wollte. Einen Monat später unterschrieben Hexmann und Fürnberg eine »Auskunft«, worin der EKKI-Vertreter Jellineks schon in Wien begonnene Mitarbeit für den NKWD erwähnte, die er als »illegale Arbeit in einem Apparat« umschrieb. In einem Nachsatz beteuerte Hexmann, er selbst finde nichts, was Jellinek »zum Feind unserer Sache werden lassen« könnte.¹⁸¹ In ihrer Eingabe an Dimitrow (17.10.1938) bediente sich auch Erna Jellinek der stalinistischen Parteisprache: Hans Jellinek habe vor seiner Abkommandierung zum NKWD in Wien, die den abrupten Abbruch aller Parteitaktivitäten erforderte, seine Parteizelle von »Trotzkisten gesäubert«. Ihr Brief schloß gläubig:

»Ich bin fest davon überzeugt, daß mein Mann ein ehrlicher und aufrichtiger Kommunist ist, der immer auf der Linie der Partei stand, einen energischen Kampf gegen die Trotzkisten führte und immer das Vertrauen des österreichischen ZK hatte. Ich kann nur annehmen, daß die Verhaftung auf einem Irrtum oder einer Verleumdung beruht. Ich richte an Sie, lieber Gen. Dimitrow, die inständigste Bitte, meinem Mann und mir in dieser für einen ehrlichen Kommunisten sichtlich allerschwersten Situation zu helfen.«¹⁸²

Dimitrow hatte drei Tage zuvor angeordnet, Kaderunterlagen über Hans und Erna Jellinek an Berija zu schicken.¹⁸³ Tatarjenko, die rechte Hand des Kominternchefs, tat dies am 4. Dezember 1938 in einem persönlichen Brief an den neuen NKWD-Chef von Stalins Gnaden und legte den Originalbrief von Erna Jellinek, eine russische Übersetzung desselben sowie Informationen über die Familie Jellinek aus der Kaderabteilung des EKKI bei.¹⁸⁴ Tatarjenko gab sich damit nicht zufrieden und rief vier Wochen später einen NKWD-Mitarbeiter an, der versprach, »alles zu prüfen und mitzuteilen«.¹⁸⁵ Neben den schon angeführten und im Namen des Polbüros verfaßten Sammelcharakteristiken für die vier »bewährten« Genossen richteten Fürnberg bzw. Fischer im August 1939 Fürsprachen für Jellinek an die Kaderabteilung.¹⁸⁶ Eine Zusammenfassung dieser Schriftstücke schickte Guljajew (Leiter der Kaderabteilung des EKKI) sofort an den Prokurator Pankratjew.¹⁸⁷

1940 wußte die KPÖ-Führung, daß Jellinek zu einer Lagerstrafe verurteilt wurde und sich im Lager Dudinka am Jenissej befand.¹⁸⁸

Ferner teilte Fürnberg der Kaderabteilung mit, Jellinek habe mit Zustimmung der Partei im Herbst 1937 in der österreichischen Gesandtschaft seinen Paß verlängern lassen.¹⁸⁹ Obwohl Fürnberg und andere Politbüro-Mitglieder Jellineks Parteivergangenheit entsprechend den

»Wachsamkeitsregeln« jener Jahre im richtigen Parteichinesisch verfaßten und potentiell belastende Punkte (z.B. den Gesandtschaftsbesuch 1937) »aufzuklären« suchten, mußte Jellinek fast seine volle Strafe, zuletzt in Norilsk, abbüßen. 1941 lehnte es die Erste »Spezialabteilung« des Moskauer NKWD, 1943 die OSO ab, Jellineks Fall noch einmal zu untersuchen.¹⁹⁰ Im Jahre 1947 verließ er das Lager, im Mai war er wieder in Wien. Daß ihm nach der Lagerhaft die in vielen Fällen verhängte Verbannung erspart blieb, ist möglicherweise auf ein Schreiben der KPÖ an das ZK der KPdSU (November 1946) zurückzuführen. Man könne Jellinek in Wien »gut brauchen«, wo seine Frau »eine verantwortliche Parteiarbeit« ausführe,¹⁹¹ hieß es in diesem Brief.

Nicht beweisbar, aber auch nicht auszuschließen ist, daß die zahlreichen Interventionen seitens der KPÖ-Leitung Jellinek vor dem Erschießungskommando retteten und/oder seine Haftbedingungen erleichterten. Jedenfalls durfte er mit seiner Familie korrespondieren und war ob seiner Radio- und Elektrokenntnisse für die Lagerverwaltung eine wertvolle Arbeitskraft, z.B. beim Legen von Telefonleitungen.¹⁹²

Alexander (Schani) Stöckler ist in einem Lager im Fernen Osten zugrundegegangen. Sein Todesdatum ist unbekannt. Juristisch rehabilitierte ihn 1966 das Militärtribunal des Moskauer Militärkreises. Die Moskauer Stadtorganisation der KPdSU, deren Mitglied er von 1929 bis 1937 war, vollzog die Rehabilitierung erst im April 1990.

Offensichtlich trauten sich Kopenig und Fürnberg nur für jene einzusetzen (und auch dies zaghaft und reichlich spät), für die sie aufgrund langer Bekanntschaft hundertprozentig bürgen konnten. Das konnten sie nach eigenem Ermessen für die erst 1934 in die Partei eingetretenen Schutzbündler nicht tun. Warum sollten sie auch nachträglich bei Dimitrow intervenieren und ihren Namen für jene hergeben, die sie selbst oder ihresgleichen als »schlechte« oder »verdächtige Elemente« stigmatisiert hatten, bevor die Geheimpolizei zuschlug? Daß es anders hätte sein können, zeigen zwei Beispiele aus »Bruderparteien«. Gegenüber Dimitrow begründete Wilhelm Pieck 1940 die von der Prokuratur angekündigte Freilassung zweier führender KPD-Kader¹⁹³ mit »der großen Beharrlichkeit« der die Wahrheit suchenden Prokuroren Kurow und Ismailow. Über »die höheren Organe« schrieb Pieck:

»Die Schwierigkeiten, die von der Führung der NKWD in der Freilassung der Genossen gemacht werden, rufen den Eindruck hervor, daß für sie andere Gründe maßgebend sind, gegen die Freilassung zu sein, als eine korrekte Prüfung der Umstände unter denen die Genossen verhaftet und verschickt wurden.«

Pieck erinnerte Dimitrow auch an das Ansuchen, er möge sich im sowjetischen Politbüro zur Freilassungsproblematik äußern:

»Die ganze Angelegenheit ist eine politische und kann selbstverständlich nur durch das Polbüro entschieden werden. Je mehr diese Aussprache hinausgeschoben wird, umso schwieriger gestalten sich die Fragen, von den(en) viele unserer Genossen und ihre Familien auf das schwerste betroffen werden, ohne daß diese Maßnahmen mit (sic!) dem Interesse der Sicherheit des Sowjetstaates liegen.«¹⁹⁴

Ein Schreiben ähnlichen Inhalts von einem Führer der KPÖ ist in den diversen Dimitrow-Fonds des Komintern-Archivs nicht zu finden.¹⁹⁵

Zwei Jahre früher, als die »Jeshowschtschina« am stärksten wütete, richtete Eugen Varga, der weltberühmte Ökonom und EKKI-Kandidat, einen persönlichen Beschwerdebrief an Stalin. Der prominente ungarische Kommunist geißelte den Haß auf Ausländer, daß diese »wahrlos als Spione angesehen« wurden, und rollte die ihn bewegende politische Frage auf: den Prozeß der raschen Dezimierung und Demoralisierung der »Kader der kommunistischen Parteien faschistischer Länder, die in dem bevorstehenden Krieg eine große Rolle zu spielen haben werden«.

Während sich ein Teil der ausländischen Kader, so Varga, in Spanien ausblutete, war der in der Sowjetunion verbliebene Rest »demoralisiert und entmutigt«. Die Hauptursache ortete Varga im »Gefühl völliger Hilflosigkeit in bezug auf Angelegenheiten, die die Verhaftung politischer Emigranten betreffen«. Von den ehemaligen Volkskommissaren der ungarischen Räterepublik befanden sich Varga zufolge nur vier in Freiheit, zehn hatte man verhaftet. Am Ende seines Briefes empfahl er, »Feinde nicht zu schonen«, aber umso mehr für die verhafteten Ausländer »eine sorgfältige, nicht überstürzte Überprüfung« einzuleiten und Kommunisten im In- und Ausland von deren Ergebnis zu informieren.¹⁹⁶ Schließlich sei, um die – erst 1940 initiierten – Interventionen der KPÖ-Führung realistisch einzuschätzen, darauf hingewiesen, daß allein im Jahre 1938 die KPD mit 16, die KP Bulgariens mit 131 Wiederuntersuchungsanträgen bei Dimitrow vorstellig wurde.¹⁹⁷

- 185 Michal Reiman, Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der »zweiten Revolution«, Frankfurt a.M., 1979, S. 115.
- 186 Schröder, Industrialisierung, S. 224.
- 187 Schafranek, Die Betrogenen, S. 201.
- 188 Arch J. Getty, Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938, Cambridge 1985, S. 94.
- 189 ÖStA/AdR, BKA/Wanderungsamt 04/F118, Zl. 110.297.
- 190 Ebenda, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 4961, Zl. 319.785/36.
- 191 Ebenda, Karton 4961, Zl. 319.785/36.
- 192 McLoughlin, Szevera, Posthum, S. 33.
- 193 ÖStA/AdR, BKA Wanderungsamt 04/F116, Zl. 106.157.
- 194 Ebenda, Brief des österreichischen Gesandten ans BKA, 29.5.1933.
- 195 Siehe vor allem: Lewis C. Siegelbaum, Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR. 1935–1941, Cambridge 1990, und Robert Maier, Die Stachanow-Bewegung. Stuttgart 1990.
- 196 Robert Thurston, The Stakhanovite Movement. Background to the Great Terror in the Factories 1935–38, in: Arch J. Getty, Roberta T. Manning (Hrsg.), Stalinist Terror. New Perspectives, Cambridge 1993, S. 142–160, S. 154.
- 197 Die nachfolgenden Zitate stammen alle aus der jeweiligen NKWD-Strafakte.
- 198 RZA, Personenmappe Fritz Aust, Aktennotiz vom 16.2.1933.
- 199 McLoughlin, Szevera, Posthum, S. 53.
- 200 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 5008, Zl. 368.856.
- 201 Ebenda.
- 202 Interview Szevera mit Friedrich Keipert Mai 1996.

Schutzbund-Emigration – Aufnahme

- 1 Zwei zeitgenössische Listen veranschlagten die Größe der Schutzbund-Emigration (Männer) mit 597 Personen (RZA, 495/80/558, Bl. 58–132.) respektive 634 Personen (ebenda, Bl. 84–109). Nach eigenen Berechnungen dürfte die tatsächliche Zahl ca. 750 Personen betragen.
- 2 Für Einzeldetails der kurzlebigen Schweizer Emigration der Schutzbündler siehe: Heinrich Fritz, Stationen meines Lebens, Wien 1990, S. 91ff.; Schafranek, NKWD, S. 137; VGA, ALÖS, Mappen 140, 152 (Korrespondenz mit Franz Pabst, Zürich).
- 3 Vgl. dazu: Heinz Roscher, Die Februarkämpfe in Floridsdorf, Prag 1934, S. 92–105.
- 4 Siehe dazu DÖW, Ms. 7157, Erinnerungen Ludwig Beer; Josef Simon, Augenzeuge, Wien 1979, S. 110ff.
- 5 RF, 6.6.1931.
- 6 Manfred Marschalek (Hrsg.), Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1935, Wien 1990, S. 22f.
- 7 Ebenda, S. 57, 117.
- 8 VGA, ALÖS, Mappe 143, Generalsekretär der SPTsch Vojtech Dundr an ALÖS, o.D.
- 9 Siehe Anmerkung 6.
- 10 RZA, 495/80/437, Bericht aus C, 9.3.1934.
- 11 Interview mit Adolf Macek.
- 12 VGA, ALÖS, Mappe 142, Deutsch an Robert Bratschi (Bern), 27.3.1934; DSAP Reichenberg an Deutsch, 25.4.1934; Deutsch an DSAP Reichenberg, 26.5.1934.
- 13 Kurze Zeit später machte Maria Deutsch-Kramer ihrem Mann Julius in Preßburg schwere Vorwürfe, weil er sich »mit der schwarzen Binde fotografieren ließ«. Die

- Niederschrift von Maria Deutsch-Kramer (17.10.1952) stellte mir Manfred Marschalek freundlicherweise zur Verfügung.
- 14 Anfang Juli 1936 reisten 11 Schutzbündler aus der ČSR nach Norwegen ab. Schon 1934 hatten französische Regierungsstellen die Patronanz über eine kleine österreichische Emigrantengruppe verweigert. Siehe VGA, ALÖS, Mappen 140, 144.
 - 15 RZA, Kaderakte (im folgenden: KA) Josef Brüll, 495/187/795, Eigenbericht, S. 42f.
 - 16 Interview mit Albin Mayr.
 - 17 RZA, 495/175/34, Sitzungen v. 27. u. 28.2.1934.
 - 18 Ebenda, EKKI-Beschlüsse KPÖ, 11.3.1934.
 - 19 VGA, ALÖS, Mappe 140, Daniel Ranner an ALÖS, 24.3.1934.
 - 20 RZA, KA Josef Brüll.
 - 21 Schafranek, Die Betrogenen, S. 174; Karl R. Stadler, Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbundemigration 1934, Wien 1974, S. 282, 284.
 - 22 Siehe dazu: Walter Fischer, Kurze Geschichten aus einem langen Leben, Mannheim 1986, S. 54f.
 - 23 VGA, ALÖS, Mappe 140, Richtlinien: Überreichung des Ansuchens für die Einreise in die SSSR (= UdSSR).
 - 24 Ebenda, Mappe 149, ALÖS an Oskar Pollak (Zürich), 17.4.1934.
 - 25 Ebenda, Mappe 141, ALÖS an Ludwig Birkenfeld (Bratislava), 11.4.1934.
 - 26 Ebenda, Mappe 140, Österr. Flüchtlingsstelle Prag an ALÖS, 16.4.1934.
 - 27 Ebenda.
 - 28 VGA, ALÖS, Mappe 143, Berger an ALÖS, 16.4.1934.
 - 29 RZA, 495/80/435, Brüll an die Interkomm. der Angestellten, 23.2.1934 (Kopie).
 - 30 VGA, ALÖS, Mappe 140, ALÖS an Schabes, 5.4.1934.
 - 31 RZA, KA Josef Brüll, Eigenbericht, S. 42.
 - 32 Ebenda, S. 43.
 - 33 Josef Meisel, « Jetzt haben Wir Ihnen, Meisel! » Kampf, Widerstand und Verfolgung eines österreichischen Antifaschisten (1911–1945), Wien 1985, S. 42f.
 - 34 Wie Anmerkung 28.
 - 35 VGA, ALÖS, Mappe 140, undatiertes Protestschreiben an ALÖS, Brunn.
 - 36 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4886, Zl. 164.336–34.
 - 37 RZA, 495/80/435, Protokoll der Zusammenkunft der 2. Gruppe der Schutzbündler am 9.6.1934 im Kolonnensaal von WZSPS, S. 48f.
 - 38 Wie Anmerkung 36.
 - 39 Sonderarchiv Moskau, Bericht Ludwig Carhoun, S. 1.
 - 40 Der vollständige Text ist in *Rundschau* (Basel), Nr. 28/1934, 3.5.1934, S. 1071f., Teile davon bei Stadler, Opfer, S. 119–122, nachzulesen.
 - 41 VGA, ALÖS, Mappe 140, Übertritt österreichischer Emigranten in die Komm. Internationale, 21.4.1934.
 - 42 Ebenda, Erklärung mit 9 Unterschriften.
 - 43 Ebenda, Erklärung mit 31 Unterschriften.
 - 44 Ebenda, Mappe 143, Erklärung, Znaim, 12.5.1934.
 - 45 *Rundschau*, Nr. 34/1934, 31.5.1934, S. 1295.
 - 46 VGA, ALÖS, Mappe 141, Ferdinand Strasser (Chocerady) an Karl Heinz, 20.4.1934.
 - 47 Ebenda, Mappe 143, Heinz an Berger, 23.4.1934; Heinz ans Sekretariat der DSAP, 23.4.1934.
 - 48 Ebenda, Berger an Karl Heinz, 24.4.1934.
 - 49 Ebenda, Mappe 140, Schabes an die Lagerleitung in Zbraslav, Chocerady, Volary-Wallern usw., 25.4.1934.
 - 50 Ebenda, Karl Heinz an Schabes, 27.4.1934.
 - 51 Interview mit Anton und Hedwig Sandmann.

- 52 Meisel, Kampf, S. 44f.
- 53 Ende Mai war das Brünner Lager »so gut wie liquidiert«, während man in Zbraslav schon am 30. April 12 Mann entlassen hatte. Siehe VGA, ALÖS, Mappe 143, Heinz an Taub, 26.5.1934. Siehe dazu auch: Ebenda, Beyer an ALÖS, 2.5.1934.
- 54 VGA, ALÖS, Mappe 143, Berger an ALÖS, 11.5.1934.
- 55 Ebenda, Heinz an Taub, 16.5.1934.
- 56 Ebenda, Berger an ALÖS, 2.5.1934.
- 57 Ebenda, Taub an Heinz, 16.5.1934.
- 58 Ebenda, Heinz an Berger, 9.5.1934. Diesem Brief beigeheftet ist ein Schreiben des KPÖ-Vertrauensmannes Walter Landgraf an den im Znaimer Lager befindlichen und von der österreichischen Polizei gesuchten Februarkämpfer Franz Zatloukal.
- 59 VGA, ALÖS, Mappe 143, Heinz an Berger, 14.5.1934; ebenda, Mappe 140, Heinz an »Werte Genossen«, 22.5.1934; ebenda, Protestschreiben (mit 19 Unterschriften) aus Znaim an ALÖS, 23.5.1934; ebenda, Gedächtnisprotokoll Franz Jonas vom 26.5.1934.
- 60 Gedächtnisprotokoll Jonas.
- 61 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4886, Zl. 164.336–34.
- 62 RZA, 495/80/437, Bulletin des Ing. Weissel-Fonds der ČSR (Berichtsperiode Februar bis Ende Juni 1934).
- 63 VGA, ALÖS, Mappe 143, Berger an ALÖS, 2.5.1934.
- 64 Ebenda, Mappe 140, Schabes an die Lagerleitungen, 2.5.1934; ebenda, Gronemann an die Lagerleitungen, 4.5.1934.
- 65 Ebenda, Heinz an Otto Leichter, 10.5.1934.
- 66 Ebenda, Mappe 140, Schabes an ALÖS, 15.5.1934; DÖW, Ms. 6222 (Tagebuch des Josef Schörgendorfer).
- 67 VGA, Mappe 140, Bericht über den Transport der Rußlandfahrer nach Sternberg.
- 68 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4886, Zl. 187.818.
- 69 Stadler, Opfer, S. 118.
- 70 RZA, 495/80/558.
- 71 Dabei stütze ich mich auf die Protokolle der Legitimationskommission des ZK der MOPR, die den Februarkämpfern – und später ihren Frauen – das Asylrecht gewährte. Diese Unterlagen befinden sich in: RZA, 495/80/558, 539/4/109, 529/4/112. Andere Quellen, die zur Ergänzung der Personendaten herangezogen wurden, stammen aus Biographien und ausgefüllten Fragebogen im RZA sowie aus Beständen des Österreichischen Staatsarchivs, vor allem die umfangreiche Liste der Geflüchteten in: BKA/Inneres, 22/Gen, Zl. 302.233/GD/34.
- 72 Meisel, Kampf, S. 45; Mitteilung Josef Meisel, 20.8.1992.
- 73 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4933, Zl. 316.093/35; RZA 533/ 1/213 (Unterlagen über die Kommunistische Jugend Internationale KJI/ KIM).
- 74 RZA, 495/175/134, Protokoll der geschlossenen Sitzung des Politischen Sekretariats des EKKJ am 11.3.1934.
- 75 Ebenda, 495/80/558, Kadercharakteristiken der Heimkehrer aus Charkow; ebenda, Personenakt Johann Djuritsch.
- 76 Ebenda, 495/175/22, Bl. 69–83. (Sechs Listen von KPÖ-Mitgliedern in der UdSSR, vermutlich 1936 erstellt. Die »Altkommunisten« wurden darin gesondert angeführt.)
- 77 Beispielsweise der Gemeinderat der KPÖ in Neufeld an der Leitha und spätere Rußlandfahrer Julius Farkas, den man am 18. Jänner einlieferte. Siehe dazu: Schafrank, Betrogenen, S. 183.
- 78 Siehe dazu: ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 5138, Zl. 131.013/34.
- 79 Ebenda, Polizeidirektion-Wien, IV-2606/1934, Karton 8, »Wilhelm Wagner und Genossen«, 20.2.1934.
- 80 *Rundschau*, Nr. 35/1934, 7.6.1934, S. 1365.

- 81 Die Zahl der nach Jugoslawien geflüchteten Schutzbündler läßt sich nicht eruieren. Noch im Juni 1934 befanden sich 76 Februarflüchtlinge dort. Vgl. RZA, 495/80/437, Senator Nedved (Prag) an die MOPR, Moskau, 19.7.1934. Nachweislich sind 13 in die Sowjetunion emigriert, größtenteils nach Rostow am Don.
- 82 Vgl. dazu. Hans Landauer, Wien–Moskau–Madrid. Die Odyssee österreichischer Schutzbündler, 1934–1945, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Jahrbuch 1990, Wien 1990, S. 76–88, S. 77. Eine ausführliche Korrespondenz über die nach Lettland eingeladenen Schutzbündler befindet sich in: VGA, ALÖS, Mappe 144; ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4892, Zl. 205.703/34.
- 83 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Zl. 303.152/36.
- 84 VGA, ALÖS, Mappe 140, Schabes an alle Lagerleitungen, 24.7.1934.
- 85 Beispielsweise bei drei Wiener Kommunisten, die des Mordes an einem Kriminalbeamten anlässlich einer Demonstration in Wien-Ottakring am 12. Februar 1935 verdächtigt wurden. Siehe dazu RZA, 545/6/70, Protokoll Nr. 12 vom 23.4.1935.
- 86 RZA, 495/80/437, Schreiben an den Weissel-Fonds Prag, 14.10.1934.
- 87 Fischer, Kurze Geschichten, S. 65f.
- 88 VGA, ALÖS, Mappe 140, Papier titl. »Mitteilung an alle österreichischen Februar-emigranten, die um Einreise in die SU angesucht haben.« Ein Exemplar des Schreibens fiel einer österreichischen Zensurstelle in die Hände: ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4931, Beilage zur Zl. 332.213/35.
- 89 RZA, 539/3/268, Der RH-Aktivist, Nr. 1, Juli 1935.
- 90 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4961, Beilage zur Zl. 369.148/35.
- 91 Vgl. dazu das Bittschreiben aus dem Lager Sternberg (2.3.1935) in: VGA, ALÖS, Mappe 150.
- 92 RZA, 495/80/437, Senator Nedved (Prag) an MOPR Moskau, 19.7.1934.
- 93 Vgl. ausführlich dazu: Marschalek, Untergrund, S. 58–60.
- 94 RZA, 485/80/482, Memorandum der österreichischen Emigranten in Brünn und Umgebung.
- 95 VGA, ALÖS, Mappe 140, Gesamtstand, Stichtag 24.1.1935.
- 96 Ebenda, Mappe 155, Standesausweis, 1.12.1935.
- 97 Ebenda, Mappe 140, Verzeichnis, 1.6.1936.
- 98 Marschalek, Untergrund, S. 60.
- 99 Die betreffenden Artikel sind abgedruckt in: Klaus Jarmatz/Simone Barck/Peter Diezel, Exil in der UdSSR, Leipzig 1979, S. 21.
- 100 Carola Tischler, Vom Helfer zum Verräter? Reaktionen der Internationalen Roten Hilfe auf die Massenverhaftung deutscher Emigranten in der Sowjetunion, 1936–38, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Hrsg. v. Hermann Weber und Dietrich Staritz, Berlin 1993, S. 294.
- 101 Ebenda.
- 102 Siehe beispielsweise das Sitzungsprotokoll vom 3.1.1936, in: RZA, 529/4/112.
- 103 Das war bis Mitte November 1935 Oskar Großmann. Vgl. die Protokolle der Sitzungen der Legitimationskommission vom 14.5.1934, 3.6.1934 usw., in: RZA, 545/6/70.
- 104 Eine Spalte in dem Vordruckformular für die Überführung eines Mitglieds aus einer »Schwesterpartei« in die WKPF/b war diesem Komplex gewidmet. Siehe z.B. die Formulare aus der Kaderabteilung der KI im RZA: August Woborew (495/187/1848), Karl Vogelauer (495/187/1726), Karl Gerster (495/187/1666).
- 105 RZA, 545/6/70, Protokoll der Sitzung der Legitimationskommission vom 22.4.1934; ebenda, 495/187/826, KA Gustav Deutsch, Fragebogen für die Überführung der Mitglieder der ausländischen Komparteien in die KPdSU, ausgefüllt am 3.7.1936.

- 106 RZA, 545/6/70, Protokolle vom 14.5.1934, 3.6.1934, 3.10.1934, 4.11.1934, 23.12.1934 usw.
- 107 Siehe die Statuten des INO-Büros in: GARF, 545/13a/397, Film 2.
- 108 Beispielsweise die Schriftstellerin Klara Blum. Eine umfangreiche Korrespondenz über ihre vergeblichen Versuche, in das Schutzbundkollektiv bzw. die KPÖ aufgenommen zu werden, befindet sich in: RZA, 495/73/116, 495/73/205.
- 109 Zu Menzel siehe RZA, 495/187/1181 (Biographie), 495/80/558 (Kadercharakteristik).
- 110 »Ausnahmsweise« durften 10 der 30 Schutzbündler, die Anfang 1935 einreisten, in Moskau wohnen. Siehe: GARF, 5451/19/585, Leiter des Moskauer INO-Büros Sharikow ans ZK der WKP/b, 7.2.1935.
- 111 Siehe dazu: RZA, 545/6/70, Antrag Marischka, 3.3.1935.
- 112 Vgl. dazu: Ebenda, 529/4/112, Protokoll der Sitzung der Leg. Kommission der MOPR v. 23.1.1936.
- 113 Ebenda, 495/80/437, »Stafford« (= Bernard Koenen) (IRH) an Gurmman (WZSPS), 29.8.1934.
- 114 Ebenda, 545/6/70, Protokoll der Sitzung der Legitimationskommission der MOPR v. 27.5.1935.
- 115 Zahlreiche individuelle Schreiben der österreichischen Ehemänner und Väter befinden sich in: Ebenda, 495/80/437.
- 116 Ebenda, Brief »Lieber Freund« an Troestel, 25.7.1934.
- 117 Siehe die Anträge in: Ebenda, 545/6/70.
- 118 Ebenda, Protokoll der Sitzung der Legitimationskommission der MOPR v. 3.3.1935.
- 119 GARF, 5451/19/585, Sharikow (INO-Büro) an Stassowa (MOPR), 1.4.1935, 2.4.1935, Strassowa (MOPR) an Sharikow (INO-Büro), 9.3.1935.
- 120 Ebenda, Sharikow an Strassowa, 2.4.1935.
- 121 Für eine unvollständige Aufstellung der Kompanien und Züge siehe die diesbezüglichen Listen (drei) in: VGA, ALÖS, Mappe 140.
- 122 Zur Rolle von Erjautz in den Februartagen siehe: Hans Schafranek, »Die Führung waren wir selber« – Militanz und Resignation im Februar 1934 am Beispiel Kaisermtührens, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte, Band 2, Wien 1984, S. 439 – 469, (bes. S. 448).
- 123 Die einzige alleinstehende Frau im 1. Schutzbundtransport, Gerda Morberger, publizierte 1948 eine höchst aufschlußreiche Darstellung ihres Aufenthaltes (April 1934 – Dezember 1936) in der Sowjetunion: Gerda M. Krautter, Wie ich Rußland erlebte, Hamburg 1948, S. 17.
- 124 Interview mit Franz Jurica.
- 125 Krautter, Rußland, S. 17.
- 126 Interview mit Franz Jurica; VGA, ALÖS, Mappe 134, Brief (Moskau 26.4.1934) an Berta und Alois.
- 127 RZA, Personenmappe Johann Djuritsch, Autobiographie vom 10.10.1940; ebenda, 545/6/70, MOPR Protokoll vom 14.5.1934.
- 128 Krautter, Rußland, S. 23.
- 129 Interview mit Franz Jurica.
- 130 Interview mit Franz David.
- 131 Krautter, Rußland, S. 25f.
- 132 Ebenda, S. 15.
- 133 DÖW, Spanienkämpferkartei: Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHSta), Abteilung GD 2, Mappe »Heimkehrer aus der Sowjetunion«, Niederschrift mit Johann Steigersdorfer v. 31.3.1936. Wir danken Hans Landauer (DÖW) für die Überlassung dieses Materials.
- 134 Vgl. dazu: Krautter, Rußland, S. 27; *Rundschau*, Nr. 28/1934, 3.5.1934, S. 1082.

- 135 Interview mit Franz Jurica; Zweimal auf der Flucht. Nach Rußland geflüchtete und freiwillig zurückgekehrte ehemalige Schutzbündler berichten über ihre Erlebnisse, Wien 1936, S. 15; Bericht Carhoun, S. 3.
- 136 Krautter, Rußland, S. 36; *Der Gegenangriff*, Antifaschistische Wochenzeitschrift (Prager Ausgabe), 5.5.1934.
- 137 Interview mit Franz Jurica.
- 138 *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (AIZ)*, 24.5.1934.
- 139 Mitteilung von Herbert Steiner.
- 140 RZA, 495/175/34, Protokoll der EKKI-Sitzungen v. 27. u. 28.2.1934.
- 141 Interview mit Franz Jurica.
- 142 Ebenda.
- 143 Ernst Fischer, *Erinnerungen und Reflexionen*, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 294.
- 144 RZA, 533/10/84, An Gen. Prokofjew und Fromkin: Fragen bzw. Argumente, die eine Reihe Schutzbündler in der Diskussion gestellt haben. Gez. von Iwan, 4.5.1934.
- 145 Interview mit Franz Jurica; Zweimal auf der Flucht, S. 18.
- 146 Krautter, Rußland, S. 29.
- 147 Zweimal auf der Flucht, S. 25–29.
- 148 Bericht Carhoun, S. 4f.
- 149 Interviews mit Erich Wolf, Eduard Szlovak.
- 150 DÖW Ms. 21098.
- 151 GARF, 5451/19/585, Bericht der Bauern- und Arbeiterkontrollkommission an Kaganowitsch und Schwernik, o.D.
- 152 Ms. Alois Bauer (unpaginiert). Ich danke Frau Ingeborg Bauer für die Überlassung des Manuskripts.
- 153 Stadler, Opfer, S. 118.
- 154 DZZ, 5.6.1934; DÖW Ms. 8829.
- 155 *Rundschau*, Nr. 35, 7.6.1934, S. 1365.
- 156 PAAA, Verz. Akten Botschaft Moskau, C IV A, »November-Verhaftungen«, Bd. 4, Sicherheitspolizei Warschau, 30.12.1939, Verhörprotokoll Georg Bogner; Ms. Alois Bauer.
- 157 RZA, 495/80/435, (Protokoll der Sitzung). Eine Zusammenfassung der Beratungen wurde als Tarnbroschüre in Österreich vertrieben: Das Glück der Schwester Ellen Smith, DÖW-Bibliothek 403 1a/12.
- 158 Robert Conquest, *The Great Terror*, London 1990, S. 407f., 420.
- 159 RZA, 495/187/2985, Lebenslauf Josef Liebert, 24.11.1934; Das Glück der Schwester, S. 11f.
- 160 RZA, 495/80/435, (Protokoll der Veranstaltung).
- 161 Wenn nicht anders angegeben, stützt sich die Darstellung auf: Inez Kykal/Karl R. Stadler, Richard Bernaschek, *Odyssee eines Rebellen*, Wien 1976, S. 171–194.
- 162 DÖW Ms. 13437; Hans Hautmann, *Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–24*, Wien–Zürich 1987, S. 270ff.
- 163 Interview mit Gustl Moser (B. McLoughlin); Interview mit Gustl Moser (Peter Kammerstätter). 1935 kooptierte man Moser (Parteiname: Damberger) ins ZK und ins Sekretariat des Polbüros. Im selben Jahr nahm er mit beratender Stimme am 7. Weltkongreß der KI teil. Zwei Jahre später wählte man ihn erneut ins ZK. Während des 2. Weltkrieges leitete Moser die KPÖ-Gruppe im schwedischen Exil. Vgl. dazu: RZA, 495/74/9, Verzeichnis des ZK der KPÖ, gewählt auf der Parteikonferenz im August 1937.
- 164 RZA, EKKI-Beschlüsse: KPÖ.
- 165 Das Protokoll befindet sich in: Ebenda, 495/80/435.
- 166 Ebenda.

- 167 Interview mit Gustl Moser (Peter Kammerstätter).
 168 Wiedergegeben, mit Kommentar, in: Kykal/Stadler, *Odyssee*, S. 181–186.
 169 Wie Anmerkung 165.
 170 Kykal/Stadler, *Odyssee*, S. 191.
 171 Fischer, *Erinnerungen*, S. 296f.
 172 Wo er nicht ohne weiteres in die Emigrantenfürsorge wieder aufgenommen wurde. Siehe: VGA, ALÖS, Mappe 151, Schabes (?) an Deutsch, 10.9.1935.
 173 GARF, 5451/19/585, Institut für Wirtschaftliche Untersuchungen des Gosplans UdSSR an Institut für Gewerkschaftsbewegungen und Sozialversicherung, WZSPS, 7.5.1935; ebenda, Institutsdirektor Smeul an Gosplan, 19.5.1935.
 174 VGA, ALÖS, Mappe 151, Strasser (Moskau) an Max Opravil, 21.8.1935.

Schutzbund-Emigration – Betriebsleben

- 1 Maier, Stachanow, S. 41.
- 2 Siehe ausführlich dazu: Alec Nove, *An Economic History of the USSR*, Penguin Books Harmondsworth 1978, S. 224–252.
- 3 Maier, Stachanow, S. 29.
- 4 Ebenda, S. 196.
- 5 Ebenda, S. 160.
- 6 Schröder, *Industrialisierung*, S. 218ff.
- 7 Siehe die detaillierte Darstellung in: Roy Medvedev, *Let History Judge* (Neuausgabe), Oxford 1989, S. 255ff.
- 8 In seiner Rede vor Wirtschaftlern am 23. Juni 1931, abgedruckt in: Josef Stalin, *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, S. 402–424.
- 9 Schröder, *Industrialisierung*, S. 308.
- 10 Siegelbaum, *Stakhanovism*, S. 84.
- 11 Maier, Stachanow, S. 44.
- 12 Siegelbaum, *Stakhanovism*, S. 20.
- 13 Wenn nicht anders angeführt, beruht die Darstellung auf: Siegelbaum, *Stakhanovism*, S. 40ff.
- 14 Zu Betriebskommunen siehe: Schröder, *Industrialisierung*, S. 284–291.
- 15 Agnes Deutsch, *Schutzbündler in der Sowjetunion*, Strasbourg 1937, S. 22.
- 16 Ebenda, S. 10.
- 17 Ms. Alois Bauer.
- 18 *DZZ*, 3.3.1935, 15.1.1936, 30.9.1936, 15.12.1936, 8.1.1938; Stadler, *Opfer*, S. 192f.
- 19 Maier, Stachanow, S. 36f.
- 20 *DZZ*, 20.7.1935, 9.8.1935, 10.1.1936.
- 21 *DZZ*, 21.12.1935, 18.1.1936; Interview mit Albin Mayr.
- 22 Siegelbaum, *Stakhanovism*, S. 113.
- 23 *DZZ*, 4.1.1936.
- 24 S. Weinberg, *Hier geht die Zeit schneller. Ein amerikanischer Arbeiter in der Ersten Moskauer Uhrenfabrik*, Moskau 1934, S. 14.
- 25 *DZZ*, 11.12.1935.
- 26 *DZZ*, 18.1.1936.
- 27 Ebenda.
- 28 *Rote Zeitung, Leningrad (RZL)*, 4.1.1936.
- 29 *RZL*; *DZZ*; GARF, 5451/19/585.
- 30 *Das Neue Dorf*, Organ des ZK der KP/b der Ukraine (im folgenden: *DND*), 4.9.1935.

- 31 *DZZ*, 26.11.1935.
- 32 GARF, 5451/19/585.
- 33 *DZZ*, 30.9.1936.
- 34 Süß, Arbeiterklasse, S. 182.
- 35 Siegelbaum, Stachanovism, S. 207.
- 36 Vgl. Schröder, Industrialisierung, S. 299ff.; Krupinski, Rückkehrer, S. 156ff.
- 37 Siehe dazu: Siegelbaum, Stachanovism, S. 253; Krupinski, Rückkehrer, S. 161.
- 38 Krupinski, Rückkehrer, S. 20.
- 39 GARF, 5451/19/585, WZSPS Ukraine an WZSPS-Sekretär Schwernik, 14.3.1935.
- 40 Ebenda, INO-Büro WZSPS Moskau an NKTP, 22.2.1935.
- 41 Ebenda, Sharikow (INO-Büro WZSPS) an alle Sekretäre des WZSPS, 7.4.1935.
- 42 Ebenda, Rabinowitsch (INO-Büro Moskauer Gewerkschaften) an das INO-Büro des WZSPS, 8.3.1935.
- 43 Ebenda, Bericht der Arbeiter- und Bauernkontrollkommission an Kaganowitsch und Schwernik, o.D.
- 44 Ebenda, Wischnjak (Leiter des INO-Büro Leningrad) an Sharikow (INO-Büro Zentrale Moskau), 2.4.1935. (Anlage: Lohntabellen)
- 45 Ebenda.
- 46 Ebenda, Gulyja (Sekretär des WZSPS-Ukraine) an WZSPS-Sekretär Schwernik in Moskau, 14.3.1935.
- 47 Wie Anmerkung 41.
- 48 Ms. Alois Bauer.
- 49 Wie Anmerkung 41.
- 50 GARF, 5451/19/585, EKKI-Vertreter Großmann an Abolin, 22.6.1935.
- 51 RZA, 495/187/2904, KA A. Litwak, Autobiographie vom 19.7.1933.
- 52 Ms. Alois Bauer.
- 53 GARF, 5451/19/585, Bericht über die Arbeit unter den Schutzbündlern in Charkow (A. Lange, im Juni 1935).
- 54 Ebenda, Abolin an den Vorsitzenden des WZSPS Charkow, 3.8.1935.
- 55 Ebenda, Bericht über die allgemeine Versammlung des Schutzbund-Kollektivs (Charkow) am 17.8.1935.
- 56 Ebenda, Über die Situation bei den Schutzbündlern in Charkow, datiert mit 5.9.1935.
- 57 Ebenda, Bericht Abolins: Über den Zustand der Arbeit bei den Schutzbündlern in Leningrad, o.D.
- 58 Ebenda, Schwernik an Stalin, 26.6.1935.
- 59 Ebenda, Über die Situation bei den Schutzbündlern in Charkow, 5.9.1935.
- 60 Bericht Carhoun, S. 9.
- 61 GARF, 5451/19/585, Moskauer Gewerkschaftsrat an Abolin, 4.10.1935.
- 62 Bericht Carhoun, S. 7.
- 63 Interview mit Franz Jurica.
- 64 Zweimal auf der Flucht, S. 67.
- 65 Ebenda, S. 61.
- 66 Ebenda, S. 32.
- 67 Vgl. die Beispiele in: Krupinski, Rückkehrer, S. 65.
- 68 Nove, *Economic History*, S. 252.
- 69 Bericht Carhoun, S. 15.
- 70 Siehe die Aufzählung der Waren und Mengen in: Zweimal auf der Flucht, S. 40.
- 71 Siehe die Preislisten in: Bericht Carhoun, S. 13; Krupinski, Rückkehrer, S. 59.
- 72 Bericht Carhoun, S. 11; Zweimal auf der Flucht, S. 40.
- 73 *RZL*, 15.8.1934.
- 74 *RZL*, 24.9.1934.

- 75 Das Volkskommissariat für Schwerindustrie (NKTP) berichtete Abolin am 21. April 1935, daß man keine Einzelverträge mehr mit Ausländern abschließen. Im Zeitraum 1.1.34 – 1.1.35 hatte sich die Zahl der im Bereich des NKTP beschäftigten Ausländer von 5149 auf 4810 (davon 871 Österreicher) verringert (GARF, 5451/19/585).
- 76 Ebenda, Schwernik an Stalin, 26.6.1935. Schwernik schickte einen gleichlautenden Brief an das ZK der WKP/b (ebenda).
- 77 Bericht Carhoun, S. 17.
- 78 Ebenda, S. 15; Ms. Alois Bauer.
- 79 Berechnet nach: Bericht Carhoun, S. 15; Krupinski, Rückkehrer, S. 37.
- 80 Bericht Carhoun, S. 14.
- 81 Krupinski, Rückkehrer, S. 35.
- 82 Interview mit Franz Jurica.
- 83 Bericht Carhoun, S. 14, 32.
- 84 *DZZ*, 5.5.1935.
- 85 *DZZ*, 6.5.1935.
- 86 Aus den Moskauer Betrieben »Stalin« und »Elektrosawod«. Siehe *DZZ*, 8.5.1935.
- 87 Bericht Carhoun, S. 22.
- 88 GARF, 5451/19/585, Auszug aus dem letzten Bericht des Schutzbundinstruktors in Charkow, 10.7.1935.
- 89 *RZL*, 12.10.1934.
- 90 *DZZ*, 21.1.1935.
- 91 *DZZ*, 12.2.1935.
- 92 *DZZ*, 14.1.1935.
- 93 *DZZ*, 4.2.1935.
- 94 *DZZ*, 21.1.1935.
- 95 *DZZ*, 15.5.1935.
- 96 *DZZ*, 6.5.1935.
- 97 *DZZ*, 17.5.1935, 28.5.1935.
- 98 *DZZ*, 4.6.1935.
- 99 *DZZ*, 4.3.1935, 27.4.1935, 26.6.1935.
- 100 *DZZ*, 22.3.1935.
- 101 *DZZ*, 5.6.1935.
- 102 *DZZ*, 9.2.1935.
- 103 *DZZ*, 18.4.1935. Zur Udarnik-Bewegung aus der Sicht ausländischer Arbeiter siehe: Krupinski, Rückkehrer, S. 163ff.; Zweimal auf der Flucht, S. 39f.
- 104 *DZZ*, 5.6.1935.
- 105 *RZL*, 12.8.1934.
- 106 *RZL*, 10.12.1934.
- 107 *RZL*, 10.1.1935.
- 108 *RZL*, 10.2.1935.
- 109 *RZL*, 22.3.1935.
- 110 *RZL*, 14.5.1935.
- 111 *RZL*, 14.6.1935.
- 112 *RZL*, 16.6.1935.
- 113 *RZL*, 20.9.1935.
- 114 *RZL*, 20.5.1935.
- 115 *RZL*, 8.6.1935.
- 116 *DZZ*, 18.6.1935.
- 117 *DZZ*, 26.11.1935.
- 118 *DZZ*, 1.4.1935.
- 119 GARF, 5451/19/585, Allgemeine Versammlung des Schutzbund-Kollektivs, 17.8.1935.

- 120 Ebenda, Über die Situation bei den Schutzbündlern.
121 Zur Person Greves siehe: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991, S. 85; Reinhard Müller (Hrsg.), Die Säuberung, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 280.
122 *DZZ*, 21.6.1935.
123 *DZZ*, 23.7.1935.
124 Wie Anmerkung 121.
125 *DZZ*, 16.6.1935.
126 *DZZ*, 16.7.1935.
127 GARF, 5451/19/585, Sharikow an alle Sekretäre des WZSPS, 17.4.1935.
128 Ebenda, Über den Zustand der Arbeit bei den Schutzbündlern in Leningrad, o.D.
129 Vgl. dazu Schröder, Industrialisierung, S. 51–53.
130 Ebenda, S. 54–59.
131 Ebenda, S. 49; Siegelbaum, Stakhanovism, S. 37.
132 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 88.
133 Ebenda, S. 36f.
134 Bei der 1. Unionskonferenz der Funktionäre der sozialistischen Industrie am 3. Februar 1931. Siehe den Text in: Stalin, Leninismus, S. 391–401.
135 Ebenda, S. 592 (S. 590–596).
136 Siehe die Diskussion darüber in: Siegelbaum, Stakhanovism, S. 38f.
137 Ebenda, S. 63–75.
138 Maier, Stachanow, S. 209ff.
139 Deutsch, Schutzbündler, S. 50.
140 *DZZ*, 4.11.1935.
141 *DZZ*, 22.11.1935.
142 *DZZ*, 8.12.1935.
143 *DZZ*, 6.4.1936.
144 *DZZ*, 24.8.1936.
145 Maier, Stachanow, S. 137–139.
146 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 87.
147 *DZZ*, 18.10.1935.
148 Stalin, Leninismus, S. 608f.
149 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 94.
150 Maier, Stachanow, S. 313.
151 *DZZ*, 17.1.1936.
152 *DND*, 10.1.1936.
153 *DZZ*, 5.11.1935.
154 RZA, 495/187/1876, KA Anton Barak, Fragebogen, 25.8.1940.
155 *DZZ*, 26.10.1935.
156 *DZZ*, 22.11.1935, 10.1.1936, 6.4.1936.
157 *DZZ*, 10.1.1936.
158 Stalin, Leninismus, S. 604.
159 *DZZ*, 23.11.1935.
160 *DZZ*, 6.12.1935, 8.12.1935, 4.2.1936 (2); *RZL*, 26.1.1936.
161 In den Fängen, S. 171f.
162 *DZZ*, 4.2.1936.
163 RZA, 495/287/1408, KA Karl Hübsch, Notiz Nr. 1408.
164 *DZZ*, 22.11.1935.
165 *DZZ*, 23.10.1935.
166 *DZZ*, 23.11.1935.

- 167 *DZZ*, 22.2.1936.
168 Anton Barak (*DZZ*, 26.10.1935) berichtete: »Als ich heute morgen keinen Schweißdraht hatte, ist der Meister gleich losgerannt und fünf Minuten später hatte ich das Material.«
169 Bericht Carhoun, S. 19.
170 *RZL*, 18.7.1936; *DZZ*, 4.2.1936, 2.6.1936.
171 Interview mit Anton und Hedwig Sandmann.
172 *DZZ*, 12.12.1935.
173 *DZZ*, 8.1.1936.
174 *DZZ*; *RZL*; *DND*.
175 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 100–104.
176 Ebenda, S. 104.
177 Ebenda, S. 105.
178 Ebenda, S. 128.
179 Maier, Stachanow, S. 260.
180 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 76, 110.
181 Ebenda, S. 131.
182 Ebenda, S. 113–115, 134, 274.
183 *DZZ*, 1.5.1936.
184 *DZZ*, 14.7.1936.
185 *DZZ*, 8.9.1936.
186 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 110.
187 Maier, Stachanow, S. 260.
188 *DZZ*, 8.9.1936.
189 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 119.
190 Ebenda, S. 119f.
191 *DZZ*, 22.2.1936, 1.3.1936, 5.3.1936, 23.3.1936.
192 *DZZ* 11.12.1936.
193 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 158.
194 *DZZ*, 11.12.1936.
195 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 159f.
196 Bericht Carhoun, S. 21.
197 *DZZ*, 12.7.1936.
198 Angeblich geschah dies in Leningrad später als anderswo (*DZZ*, 30.12.1936).
199 Siegelbaum, Stakhanovism, S. 160f.
200 *DZZ*, 28.10.1935, 2.11.1935, 14.12.1935, 10.1.1936, 2.8.1936.
201 *RZL*, 6.2.1936; *DZZ*, 27.5.1936.
202 *DZZ*, 4.4.1936, 3.11.1936.
203 *DZZ*, 27.12.1935.
204 *RZL*, 6.2.1936.
205 *DZZ*, 27.11.1935.
206 *DZZ*, 18.1.1936.
207 *DZZ*, 10.4.1936.
208 *DZZ*, 10.9.1936.
209 *DZZ*, 30.12.1936.
210 *RZL*, 4.4.1936.
211 *DZZ*, 10.6.1936.
212 *RZL*, 2.2.1936.
213 *RZL*, 10.2.1936 (Hervorhebung im Original).
214 *RZL*, 16.3.1936.
215 *RZL*, 24.3.1936.

Schutzbund-Emigration – Das Leben im Kollektiv

- 1 *DZZ*, 18.4.1935.
- 2 GARF, 5451/19/585, Präsidium des Moskauer Stadtexekutivkomitees der Arbeiter- und Bauernsowjets an Gen. Schwernik (WZSPS) (mit vier Beilagen), 20.1.1935.
- 3 Lilly Beer-Jergitsch, DÖW, Ms. 8834, S. 36ff.
- 4 Schröder, Industrialisierung, S. 104.
- 5 Nove, Economic History, S. 250f.
- 6 Wie Anmerkung 1.
- 7 *DZZ*, 29.9.1935, 4.11.1935, 12.2.1936.
- 8 *DZZ*, 14.9.1935.
- 9 *DZZ*, 9.2.1935.
- 10 *DZZ*, 24.1.1935.
- 11 *DZZ*, 6.4.1935.
- 12 *DZZ*, 24.1.1935.
- 13 *DZZ*, 10.2.1936.
- 14 *DZZ*, 6.3.1935. Siehe dazu auch: Fischer, Kurze Geschichten, S. 59–63.
- 15 *DZZ*, 2.11.1935.
- 16 Ebenda.
- 17 *DZZ*, 16.9.1935.
- 18 *DZZ*, 15.10.1935.
- 19 *DZZ*, 28.10.1935.
- 20 *DZZ*, 26.11.1935.
- 21 *DZZ*, 10.10.1936.
- 22 *DZZ*, 17.5.1936.
- 23 *DZZ*, 29.5.1936, 15.5.1937.
- 24 *DZZ*, 20.10.1936.
- 25 *DZZ*, 29.8.1935.
- 26 Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer, Berlin 1990, S. 297–299.
- 27 *DZZ*, 16.9.1936.
- 28 Die Schutzbündler in der 1. Uhrenfabrik in Moskau meldeten sich kollektivmäßig zum Fallschirmunterricht (*DZZ*, 21.7.1935).
- 29 *DZZ*, 21.5.1936.
- 30 Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg. Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936 bis 1945, Wien 1986, S. 36f.
- 31 *DZZ*, 29.6.1935.
- 32 *DZZ*, 17.7.1935, 3.9.1935.
- 33 *DZZ*, 23.7.1935.
- 34 *DZZ*, 16.7.1935, 28.7.1935.
- 35 *DZZ*, 28.7.1936.
- 36 *DZZ*, 21.2.1936.
- 37 Ebenda.
- 38 RZA, 495/74/5, Fischer an Dimitrow, 19.1.1936.
- 39 Beer-Jergitsch, Ms. 8834, DÖW.
- 40 Schafranek, Die Betrogenen, S. 221f.
- 41 Deutsch, Schutzbündler, S. 72.
- 42 Wie Anmerkung 40.
- 43 RZA, Personenmappe 19, Gustav Döberl, Autobiographien vom 27.6.1947, 15.10.1950.

- 44 DÖW, Akte 6191.
 45 DZZ, 12.2.1936.
 46 Fritz, Stationen, S. 104f.
 47 Wie Anmerkung 44.
 48 Deutsch, Schutzbündler, S. 70f.; DZZ, 12.9.1936.
 49 DZZ, 4.9.1935.
 50 Ms. Alois Bauer; Interview mit Franz Jurica, Erich Wolf.
 51 DZZ, 23.8.1935.
 52 DZZ, 3.10.1935.
 53 Ebenda; Ms. Alois Bauer; Interview mit Franz Jurica, Erich Wolf.
 54 DZZ, 12.10.1935.
 55 RZA, Personenmappe 19, Gustav Döberl, Kadercharakteristik von Urban, 17.4.1937.
 56 DÖW, Ms. 8834 (Beer-Jergitsch).
 57 Interview mit Käthe Hübsch.
 58 Wenn nicht anders angegeben, beruht die Darstellung über die KUNMS auf folgenden Werken: Beatrix Herlemann, Der deutschsprachige Bereich an der Kaderschule der Kommunistischen Internationale, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (IWK), Heft 2/1982, S. 205ff.; Clara und Paul Thalmann, Revolution für die Freiheit. Stationen eines politischen Kampfes Moskau–Madrid–Paris, Hamburg 1977, S. 63ff.; Leonid G. Babitschenko, Die Kaderschulung der Komintern, in: Jahrbuch für internationale Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 37–59.
 59 RZA, 495/187/1319, Autobiographie vom 8.12.1936.
 60 Ebenda, 495/187/2647, KA Lorenz Mraz, Großmann an die Kaderabteilung der KI, 25.8.1934.
 61 Ebenda, Keller über Wurzel Leo (= Lorenz Mraz), 22.2.1938.
 62 Ebenda, Autobiographie vom 14.9.1940.
 63 Ebenda, 495/187/3031, Autobiographie vom 21.6.1946.
 64 Ebenda, KUNMS Zeugnis, 7.5.1936.
 65 Ebenda, Charakteristik, 11.5.1936.
 66 Siehe die Aufnahmebedingungen für die KUNMS in: DZZ, 30.5.1935.
 67 Siehe seine Daten in: In den Fängen, S. 158.
 68 Krautter, Rußland, S. 87.
 69 Ebenda, S. 104f.
 70 RZA, 495/187/3021, Fragebogen von Valentin Strecha (»Hans Nagl«), o.D. Vgl. dazu auch seine Memoiren: Valentin Strecha, Widerstand für Österreich, Wien 1988.
 71 RZA, 533/10/96, Bericht des Jugend-Aktivs Moskau vom 1. Juni – 1. Dezember 1935.
 72 DZZ, 16.3.1936, 9.8.1936. Siehe auch ausführlich dazu: Krautter, Rußland, S. 165ff.
 73 RZL, 18.5.1934, 21.5.1934.
 74 GARF, 5451/19/585, Bericht Abolins: Über den Zustand der Arbeit bei den Schutzbündlern in Leningrad, o.D.
 75 RZL, 9.7.1934.
 76 RZL, 15.9.1934.
 77 NKWD-Strafakte Franz Koubek, Fragebogen des Verhafteten.
 78 RZL, 3.7.1934.
 79 DZZ, 30.9.1935.
 80 Siehe den Artikel zum fünfjährigen Bestand in: RZL, 6.1.1936.
 81 Interview mit Anton und Hedwig Sandmann; DÖW, Ms. 21098.
 82 DZZ, 16.2.1935; RZL, 11.2.1936.
 83 RZL, 4.1.1936.
 84 RZL, 29.10.1934.
 85 RZL, 22.9.1934.

- 86 *DZZ*, 9.2.1936.
87 *DZZ*, 8.7.1935, 24.5.1936.
88 *DZZ*, 14.7.1936.
89 Deutsch, *Schutzbündler*, S. 134f.
90 *RZL*, 3.9.1934.
91 *DZZ*, 3.9.1935.
92 Dmitri Volkogonov, *Stalin. Triumph and Tragedy*. London 1991, S. 195, 278.
93 *DZZ*, 8.1.1935, 24.4.1935.
94 *DZZ*, 10.1.1936.
95 Bericht Carhoun, S. 35f.
96 Interview mit Anton und Hedwig Sandmann.
97 *DZZ*, 9.7.1935.
98 *DZZ*, 5.9.1935, 26.5.1936.
99 *DZZ*, 20.12.1936.
100 Deutsch, *Schutzbündler*, S. 109f.
101 *DZZ*, 5.9.1935, 1.11.1935.
102 *DZZ*, 27.12.1936; Deutsch, *Schutzbündler*, S. 129–132.
103 Rosa Puhm, *Eine Trennung in Gorki*, Wien 1990, S. 76.
104 *DZZ*, 12.3.1936.
105 *DZZ*, 20.12.1936.
106 *DZZ*, 11.5.1937.
107 *DZZ*, 16.2.1935.
108 Ebenda.
109 *DND*, 19.5.1934, 25.7.1934.
110 *DND*, 2.7.1934.
111 *DND*, 12.2.1935.
112 Ms. Alois Bauer; NKWD-Strafakte Paul Meisel.
113 GARF, 5451/19/585, Charkower Gewerkschaften an WZSPS (Moskau), 5.10.1935; RZA, 495/80/413, Anton Reisinger an das ZK der KPÖ, März 1934.
114 Deutsch, *Schutzbündler*, S. 113.
115 *DZZ*, 28.6.1935.
116 Bericht Carhoun, S. 28.
117 *DND*, 12.3.1936.
118 Interview mit Erich Wolf.
119 Ms. Alois Bauer.
120 Interview mit Erich Wolf, Franz Jurica.
121 Ms. Alois Bauer.
122 Ebenda; Interview mit Erich Wolf; *DZZ*, 17.5.1935, 28.6.1935; *DND*, 24.5.1935.
123 *DZZ*, 17.6.1936.
124 *DZZ*, 21.5.1936.
125 *DZZ*, 24.8.1935.
126 Ms. Alois Bauer.
127 *DZZ*, 24.5.1936, 12.11.1936.
128 *DND*, 30.1.1936.
129 Schwarz, *Labor*, S. 135.
130 Siegelbaum, *Stakhanovism*, S. 279.
131 Ebenda, S. 261.
132 Nove, *Economic History*, S. 227f.
133 Ebenda, S. 247f.
134 Schwarz, *Labor*, S. 232f.
135 Ebenda, S. 170.

- 136 Ebenda.
137 Nove, *Economic History*, S. 256.
138 Ebenda, S. 260.
139 Siehe die Ablichtungen in: *Deutsche Zeitung*, 21.12.1938.
140 Schwarz, *Labor*, S. 101.
141 Ebenda, S. 102f.
142 Ebenda, S. 103.
143 Ebenda, S. 104f.
144 Ebenda, S. 106–120.
145 Ebenda, S. 299.
146 RZA, 495/187/1034, Autobiographie o.D.
147 Ebenda, 495/187/1035, Margarete Leschanz an die KPÖ-Sektion, 17.11.1940.
148 Ebenda, 495/187/2730, KA Robert Löffler, Fürnberg an die Kaderabteilung, 5.6.1940.
149 Ebenda, Fürnberg an die Kaderabteilung, 29.12.1940.
150 Ebenda, 495/187/1876, Autobiographie vom 5.10.1940.
151 Krupinski, Rückkehrer, S. 159.
152 ÖStA/AdR, F 47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 374.608.
153 Krupinski, Rückkehrer, S. 160.
154 Ebenda.
155 RZA, 495/74/10, Fürnberg an Dimitrow, 19.3.1938.
156 Wenn nicht anders angegeben beruht folgende Schilderung auf: Ebenda, Fürnberg an Dimitrow, 25.10.1938.
157 Ebenda, 495/187/1237, Brief von Johann S. an die österreichische Sektion, 8.12.1938.
158 Ebenda, 495/74/10, Fürnberg an Dimitrow, 14.11.1938.
159 Ebenda, 495/10A/401, Melitta Waloschke, Juli Strem, Lisa Merten, Anna Hochhofer an Kalinin, 21.11.1938.
160 Ebenda, Manuiski an Kalinin, 30.12.1938.
161 Ebenda, 495/74/10, Fürnberg an Dimitrow, 15.4.1938.
162 Ebenda, 495/12/28, Friedl (Fürnberg?) an »Lieber Freund«, 16.8.1939.
163 Interview mit Anton und Hedwig Sandmann.
164 RZA, 495/80/558, Polbüro-Sitzungsprotokolle vom 3.2.1940, 19.8.1940, 3.9.1940, 27.9.1940, 13.3.1941.
165 Ebenda, Polbüro-Sitzungsprotokoll vom 20.2.1940.
166 Ebenda, Polbüro-Sitzungsprotokoll vom 11.6.1940.
167 Ebenda, Polbüro-Sitzungsprotokoll vom 19.8.1940.
168 Ebenda, 495/80/556, Kadercharakteristiken.
169 Ebenda, 495/80/558, Polbüro-Sitzungsprotokoll vom 16.1.1940.
170 1940 waren 54 der erfaßten Parteimitglieder »mit ihren Beträgen längere Zeit im Rückstand« (ebenda, Polbüro-Sitzungsprotokoll vom 3.9.1940).
171 Ebenda, 495/74/10, Fürnberg an Dimitrow, 26.7.1938 (mit einem handschriftlichen Vermerk von Dimitrow).
172 Ebenda, 495/80/558, Polbüro-Sitzungsprotokoll vom 14.4.1940.
173 Ebenda, Polbüro-Sitzungsprotokoll vom 11.6.1940.
174 Ebenda.
175 Ebenda, Polbüro-Sitzungsprotokoll vom 19.8.1940.
176 Ebenda, 495/80/557, Schriftlicher Bericht über die Lage der österreichischen Politemigranten (Schutzbündler), die in Charkow leben, 14.11.1940.
177 Ebenda, Bericht über die Versammlung und die Aussprachen mit den Leningrader Schutzbündlern, 22.7.1940.
178 Ebenda, 495/74/15, Fürnberg an Dimitrow, 5.8.1940.
179 Ebenda, 495/80/558, Polbüro-Sitzungsprotokoll, 13.3.1941.

- 180 RZA, 495/175/22, Liste der Parteimitglieder in der SU (717 Namen).
181 DZZ, 5.12.1936.
182 Schwarz, Labor, S. 52.
183 Krupinski, Rückkehrer, S. 207.
184 Krautter, Rußland, S. 78. Vgl. dazu: Krupinski, Rückkehrer, S. 200.
185 Interview mit Käthe Hübsch.
186 Interview mit Albin und Marie Mayr.
187 Mitteilung von Karl Münchreiter junior.
188 DND, 10.1.1936.
189 DZZ, 29.9.1935.
190 DZZ, 6.3.1936.
191 DZZ, 18.4.1936.
192 DZZ, 17.6.1936.
193 DZZ, 17.9.1936.
194 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4974, Zl. 370.410/GD/35.
195 DZZ, 3.7.1935.
196 Krupinski, Rückkehrer, S. 198.
197 Ebenda.
198 Ms. Alois Bauer.
199 Ebenda.
200 Ebenda.
201 DZZ, 21.6.1935.
202 DZZ, 1.4.1936.
203 DZZ, 9.7.1935.
204 DZZ, 21.6.1935.
205 Interview mit Anton und Hedwig Sandmann.
206 Archiv der KPÖ, Hexmann an Friedl, 28.2.1946.
207 Ebenda, Hexmann an die Kaderabteilung, 22.4.1947.
208 Ebenda, Notiz (o.U.), 20.5.1947.
209 Wie Anmerkung 205.
210 Goldman, Women, S. 310.
211 Ebenda, S. 333.
212 In den Fängen, S. 250.
213 DZZ, 30.5.1936.
214 Ebenda.
215 Reinhard Müller (Hrsg.), Die Säuberung, Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 74f.
216 Wie Anmerkung 213.
217 DZZ, 3.6.1936.
218 In den Fängen, S. 238.
219 DZZ, 1.6.1936.
220 DZZ, 3.6.1936.
221 In den Fängen, S. 162.
222 DZZ, 4.6.1936.
223 DZZ, 9.6.1936.
224 DZZ, 16.6.1936.
225 Ebenda.
226 DZZ, 5.6.1936, 9.6.1936.
227 DZZ, 6.6.1936.
228 DZZ, 5.6.1936.
229 DZZ, 28.6.1936.

- 230 Puhm, *Trennung*, S. 74f.
 231 Ebenda, S. 87.
 232 Krupinski, *Rückkehrer*, S. 203.
 233 Ebenda, S. 205.
 234 Ebenda, S. 203.
 235 Schwarz, *Labor*, S. 288–290.

Schutzbund-Emigration – Auseinandersetzungen

- 1 Vgl. den Aufsatz zu diesem Thema: Barry McLoughlin/Hans Schafranek, *Die Kaderpolitik der KPÖ-Führung in Moskau 1934–40*, in: *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*. (Hrsg. v. Hermann Weber/Dietrich Staritz), Berlin 1993, S. 125–147. Eine gekürzte Version wurde abgedruckt in: *Exil, Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse*, Jg. XII, Heft 1/1992, S. 76–93.
- 2 RZA, 495/175/22, Liste der Parteimitglieder in der SU, (o.D.).
- 3 Ebenda, 495/80/558, Politbüro Sitzungsprotokoll vom 13.3.1941.
- 4 GARF, 5451/19/585, Über den Zustand der Arbeit bei den Schutzbündlern in Leningrad (o.D. = September 1935).
- 5 RZA, 495/80/554, EKKI-Vertreter Fürnberg an die Internationale Kontrollkommission der Komintern (im folgenden: IKK), 9.12.1939.
- 6 Bei einer Sitzung der in Moskau befindlichen ZK-Mitglieder beschloß man am 16. Jänner 1940 Leopold Hubacek »als Ausnahme« in den Jugendverband aufzunehmen (RZA, 495/80/558).
- 7 »Die KPÖ-Führung im Moskauer Exil und die Verfolgung österreichischer Kommunisten in der Sowjetunion.« Aus einem Gespräch mit Friedrich Hexmann, in: *Weg und Ziel*, Theoretisches Organ der KPÖ (Wien), Nr. 7–8/1991, S. 343f.
- 8 Getty, *Origins*, S. 58.
- 9 Siehe z.B. RZA, 495/187/1725, Überführungsformular Kompartei-KPdSU, ausgefüllt von Meier Wiener am 21.12.1926.
- 10 Ebenda, 495/187/1126, KA Paul Meisel, Fragebogen für die Überführung der Mitglieder ausländ. Komparteien in die KPdSU, ausgefüllt am 6.4.1936.
- 11 Vgl. die Sitzungsprotokolle der KPÖ-Führung (Jänner 1940 – Juni 1941) in: Ebenda, 495/80/558.
- 12 Getty, *Origins*, S. 38f.
- 13 Ebenda, S. 40–48.
- 14 Harry Wicks, *Keeping my Head. The Memoirs of a British Bolshevik*, London 1992, S. 91f.
- 15 Getty, *Origins*, S. 48ff.
- 16 Ebenda, S. 63f., 86.
- 17 DZZ, 14.10.1935.
- 18 DZZ, 17.3.1936.
- 19 Deswegen wurde der »Parteiorg« im Kirow-Werk in Leningrad scharf kritisiert (DZZ, 30.10.1936).
- 20 Ebenda.
- 21 DZZ, 30.9.1936.
- 22 DZZ, 23.12.1937.

- 23 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden: SAPMO), KPD, ZK, Politbüro, 72/3/82, Arbeitsprogramm für Februar–März (1936), S. 11.
- 24 RZA, 495/80/558, Keller, 23.3.1937.
- 25 Ebenda, 495/187/1244.
- 26 Ebenda, 495/187/1595.
- 27 Ebenda, 495/187/2888.
- 28 Ebenda, 495/187/811.
- 29 In den Fängen, S. 275f.
- 30 DÖW, Akte 9671.
- 31 Krautter, Rußland, S. 135–137.
- 32 RZA, 495/175/34, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des EKKI vom 13.11.1935.
- 33 Ebenda, Protokoll der Geschlossenen Sitzung des Pol. Sekretariats vom 11.3.1934.
- 34 Ebenda, 495/187/31, KA Ernst Fischer, Charakteristik vom 20.12.1944 (Angabe von Johann Koplenig).
- 35 Ebenda, Charakteristik vom Mai 1943.
- 36 Ebenda, 495/175/34, Auszug aus Protokoll Nr. 298 des Sekretariats des EKKI vom 28.7.1938.
- 37 Ebenda, 495/74/9, Auskunft von Below über Fürnberg (»Erde«) vom 19.5.1938.
- 38 Ebenda, Auskunft von Below über Johann Täubl vom 19.5.1938; ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 5189, Zl. 354.491; Mitteilung von Josef Meisel an den Autor.
- 39 RZA, 495/187/2989, KA Richard Urban, »Wieden« (d.i. Ernst Fischer) an Gen. Shugar, 2.2.1936.
- 40 Ebenda, »Ercoli« (= Palmiro Togliatti) an Tschernomordik (Kaderabteilung), 20.3.1936.
- 41 Ebenda, »Rudolf Pohl« (= Alfred Klahr) an die Kaderabteilung, 25.12.1935; Ebenda, »Bauer« (= Arpad Haasz) an die KI, o.D.
- 42 DZZ, 2.4.1936.
- 43 RZA, 495/187/2888, Biographie, o.D.
- 44 DÖW, Akte 10770, Wagner an Julius Deutsch (?), o.D.
- 45 DÖW, Spanienkämpferkartei, Kopien aus: HHSta, Abt. GD2, Mappe »Heimkehrer aus der Sowjetunion«, Niederschrift aufgenommen mit Ludwig Bendl am 9.10.1935.
- 46 RZA, 495/187/795, KA Josef Brüll, Auszug einer Rede, o.D.
- 47 Bericht Carhoun, S. 11f., 15; Zweimal auf der Flucht, S. 62.
- 48 GARF, 5451/19/585, Eingabe des WZSPS-Sekretärs Schwernik an SOVNARKOM, 10.2.1935.
- 49 Bericht Carhoun, S. 21f., 35.
- 50 Ebenda, S. 35.
- 51 Heimkehrer Erzählen (DÖW-Bibliothek 6948), Wien 1935, S. 8.
- 52 Bericht Carhoun, S. 22
- 53 DÖW, Akte 8457 (Aussage Ferdinand Erb).
- 54 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Zl. 188.381.15/1934, Gesuch Müllers an das Bundeskanzleramt, o.D.
- 55 Ebenda, Protokoll aufgenommen mit Otto Müller und Josef Seitlinger am 29.6.1934.
- 56 Ebenda, Bericht Pachera an das Bundeskanzleramt, 5.7.1934.
- 57 DÖW, Akte 8457 (Zeitungsausschnitt »Volkswacht«, o.D.). Auf der Heimfahrt machte Müller einen Zwischenstopp in Brünn und gab sich gegenüber dem ALÖS etwas zugeknöpft, so daß Karl Heinz auf eine später eingelangte Anfrage der dänischen Sozialdemokraten im Zusammenhang mit Müllers Kerkerstrafe über die allgemeine Stimmung unter den Schutzbündlern in der UdSSR nichts Konkretes antworten konnte:

- Unterkunft und Verpflegung seien von einigen kritisiert worden; andererseits wisse man eher von positiven Berichten. Heinz gab auch unbestätigte Gerüchte weiter, denen zufolge mit den Bedingungen in den Betrieben unzufriedene Schutzbündler »in das Grubengebiet um Astrachan und Saradov (sic) verschickt worden sein sollen« (1). (VGA, ALÖS, Mappe 144, Socialdemokratisk Forbund in Danmark an ALÖS, 4.9.1934; ebenda, Heinz an die dänische SP, 13.9.1934.)
- 58 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 4886, Zl. 240.236, Schwinner an den Herrn Bundesminister, 7.9.1934.
- 59 Ebenda, RS 15, F47 Rußland, Zl. 224.054–15/34.
- 60 VGA, ALÖS, Mappe 140, Protokoll Werner Necas, 11.9.1934.
- 61 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Zl. 311.862–15/1934, 263.807–15/1934, 253.307–15/1934, 243.463–15/1934, Zimmerl Johann Paßausstellung.
- 62 Ebenda, Zl. 311.862–15/1934, Österreichische Gesandtschaft an das Bundeskanzleramt, 9.11.1934.
- 63 Ebenda.
- 64 Ebenda, Zl. 263.807–15/1934, Zum Drahterlaß Zl. 1020 v. 27.10.1934.
- 65 Ebenda, Privatbrief des Herrn Generalkonsuls Dr. Schwagula an Dr. Hermann Pacher, o.D.
- 66 Ebenda, Pacher an Schwagula, 18.10.1934
- 67 Ebenda, BKA/Inneres, 22/Gen., Zl. 316.412/GD35.
- 68 Ebenda, Zl. 341.159–37.
- 69 DZZ, 8.6.1935.
- 70 DZZ, 30.8.1936.
- 71 Zweimal auf der Flucht, S. 6f.
- 72 ÖStA/AdR, RS 15, F 47 Rußland, Karton 389, Zl. 109.731.
- 73 Ebenda.
- 74 Zweimal auf der Flucht, S. 80f.
- 75 RZA, KA Josef Brüll, undatierter Redeauszug.
- 76 Ebenda, undatierter Protokollauszug.
- 77 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Zl. 117.530–15/1935: »Schilderung der Vorfälle mit den heimkehrwilligen ehemaligen Schutzbündlern Alfred Herold, Josef Loibl, Friedrich Benesch und Johann Kupecek in Moskau am 6. März 1935 auf Grund ihrer Angaben.«
- 78 Ebenda, 2. Aufzeichnung, Moskau, 7.3.1935.
- 79 Ebenda, Zl. 117.530, Pacher ans Bundeskanzleramt, 7.3.1935.
- 80 GARF, 5451/19/585, Bericht der Arbeiter- und Bauernkontrolle, o.D.
- 81 Zweimal auf der Flucht, S. 56f.
- 82 RZA, 495/80/558, Kadercharakteristiken: Heimkehrer.
- 83 GARF, 5451/19/585, Sharikow an den Stellv. Leiter des Kulturproprom des Moskauer Stadtkomitees der WKP/b, Gen. Litwejko, 8.2.1935.
- 84 DÖW, Akte 6124.
- 85 GARF, 5451/19/585, An alle Sekretäre des WZSPS. Kopie an die Sonderabteilung des NKWD, unsignierter Bericht v. 25.3.1935.
- 86 RZA, 495/80/558, Kadercharakteristik vom 20.6.1937.
- 87 Archiv der KPÖ, Liste der Heimkehrer nach Österreich, 9.12.1940.
- 88 DZZ, 29.1.1935.
- 89 Zweimal auf der Flucht, S. 73.
- 90 DÖW, Akte 10770, Richard Strasser (Sternberg) an Julius Deutsch, 28.5.1936.
- 91 Zweimal auf der Flucht, S. 77f.
- 92 Ebenda, S. 85ff.
- 93 RZA, 545/6/70, MOPR-Protokoll, o.D.

- 94 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Zl. 134.736.
 95 Ebenda, Zl. 121.786–15/1936.
 96 Ebenda, Zl. 141–294–36.
 97 Ebenda, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 5207, Zl. 337.192.
 98 Ebenda, BP Koat Schmelz, Bericht vom 23.1.1936.
 99 Dies behaupteten unabhängig voneinander Gustav Moser und Dr. Franz David gegenüber dem Autor.
 100 RZA, 495/187/658, KA Heinz Roscher, Abschrift vom Brief Mathias an Genossen Roscher, 28.7.1936.
 101 Ebenda, 495/187/2929, Lebenslauf v. 10.8.1934.
 102 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Beilage zur Zl. 109.731.
 103 Ebenda, Zl. 105.792–15/1937.
 104 Archiv der KPÖ, Blaue Kartei.
 105 RZA, 495/80/447, Großmann an »Lieber Freund«, 16.2.1935
 106 Ebenda, 495/287/2989, KA Richard Urban, Bericht Urban, vom 29.12.1936.
 107 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Zl. 105.972–15/37 (Beilage).
 108 GARF, 5451/19/585, Volkskommissariat für Äußeres (2. Westabteilung) an Gen. Sharikow (WZSPS), 31.7.1935.
 109 Siehe ausführlich dazu: Medvedev, Let History, S. 368ff.
 110 GARF, 5451/19/585, Linde an Sharikow, 31.7.1935; Krestinskij an Jagoda (NKWD), Abolin (WZSPS) und Kogan (WKP/b), 3.8.1935.
 111 DÖW, Spanienkämpferkartei, Kopien aus: HHStA, Abteilung GD2, Mappe: Heimkehrer aus der Sowjetunion, Niederschrift aufgenommen am 9.10.1935 mit Ludwig Bendl.
 112 ÖStA/AdR, RS 15, 30/Verhaftungen, Karton 119, Zl. 186.731.
 113 Ebenda, 47 PS Rußland, Zl. 214.250–15/1936.
 114 RZA, 495/287/795, KA Josef Brüll, Protokoll vom Besuch in der Gesandtschaft am 4. u. 10.8.1936, unterzeichnet von Dorfner und Griebbaum, 14.8.1936.
 115 Ebenda, Josef Brüll an die österreichische Sektion der Komintern, 16.8.1936.
 116 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 4924, Zl. 310.439, Bericht des Gesandten Pacher vom 23.1.1935 (Abschrift).
 117 Ebenda, Stellungnahme der Staatspolizei vom 17.2.1935.
 118 RZA, KA Josef Brüll, Stassowa an Tschernomordik vom 20.8.1936, mit Vermerk (27.8.1936) von »Keller« und »Urban«.
 119 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4924, Zl. 350.694, Schwinner an das Bundeskanzleramt (mit Beilage), 23.7.1936.
 120 RZA, 495/187/587, Auszug aus dem Bericht über die Lage der Schutzbündler in Charkow von Gen. Grünwald, Februar 1938.
 121 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 20/1c, Zl. 330.956/GD36.
 122 Ebenda, 47 PS Rußland, Zl. 158.547–15/1936.
 123 Ebenda, Zl. 149.342.
 124 RZA, 495/80/558, Kadercharakteristiken: Heimkehrer.
 125 Ebenda, 495/187/1101, Angaben von Urban, o.D.
 126 Ebenda, Angaben Urbans vom 21.4.1937.
 127 Siehe dazu: Heinz Roscher, Die Februarkämpfe in Floridsdorf, Prag 1934; Schutzbundkämpfer erzählen vom Februar 1934, Moskau 1936; Julius Deutsch, Wer hat versagt?, in: Der Kampf, Juni 1934, S. 66ff.; Josef Lager, Februarlegenden, in: Der Kampf, Mai 1935, S. 210ff.; Heinz Roscher, Die Wahrheit über den Februar darf nicht verdunkelt werden, in: Rundschau, Nr. 31, 18.7.1935, S. 1549ff. (auch abgedruckt in: DZZ, 21.7.1935); Von einem Schutzbündler (Robert Gronemann/Julius Deutsch), Floridsdorf in den Februarkämpfen 1934, Karlsbad, 1935; Walter Fischer, Ein Dolchstoß aus

- Brünn, in: *DZZ*, 8.7.1935; Dr. Wilhelm Petri, Der Februaraufstand in Floridsdorf, DÖW Ms.
- 128 Vgl. dazu: Julius Deutsch, *Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen*, Karlsbad 1934; ders., *Ein Weiter Weg*, Zürich–Leipzig–Wien 1960; ders., *Zur Geschichte der Februarkämpfe*, in: *Der Kampf*, Feber 1938, S. 41ff.
- 129 Heimkehrer erzählen, S. 5.
- 130 Bericht Carhoun, S. 1.
- 131 Ebenda, S. 3.
- 132 Josef Lager, Februarlegenden, in: *Der Kampf*, Mai 1935, S. 210ff.
- 133 *DZZ*, 6.7.1935.
- 134 Die Sowjetunion in Wort und Bild, Januar 1935 (VGA, ALÖS, Mappe 137).
- 135 *DZZ*, 6.7.1935.
- 136 *DZZ*, 16.12.1935.
- 137 *DZZ*, 4.3.1936.
- 138 *DZZ*, 9.1.1938.
- 139 RZA, 495/187/658, KA Heinz Roscher, das ZK/MOPR an die Kaderabt. EKKI, 28.8.1936; Kaderabt. EKKI ans ZK/MOPR, 28.11.1936; Keller ans ZK/MOPR, 26.11.1936.
- 140 Ebenda, Blatt für die Überprüfungscommission, Roscher Heinz, 31.12.1936.
- 141 Ebenda, Brief Roschers an Gen. Robert, 30.7.1937.
- 142 Beide lehnte die »Proverka« für Spanien ab. Sie kamen, wie andere prominente Schutzbund-Stachanowisten des Autowerks, im Frühjahr 1938 in den Fleischwolf des NKWD.
- 143 RZA, 495/80/585, Kadercharakteristiken von Urban, 1.4.1937. Das in Anmerkung 140 erwähnte Formular, das speziell für die Auswahl der Spanienfreiwilligen vervielfältigt wurde, ist versehen mit U/M.St., d.h. Diktat von Urban, von Martha Stark getippt. Daß Urban von Roschers Antrag nichts wußte, ist daher kaum glaubwürdig.
- 144 Ebenda, KA Roscher, Bericht vom Leiter des INO-Büro MOSPS Schugar an den Sekretär des MK der WKP/b, Gen. Koritnij, 9.9.1936.
- 145 Ebenda, Kadercharakteristik über Heinz Roscher, verfaßt von D. Tschernjak, 5.5.1937 (Hervorhebung durch d. Verf.).
- 146 Ebenda, 495/287/2989, KA Richard Urban, Handschr. Bericht von Urban, 5.12.1936.
- 147 Ebenda, KA Heinz Roscher, Meldung von Robert Rosak, o.D.
- 148 Wie Anmerkung 146.
- 149 RZA, KA Heinz Roscher.
- 150 Ebenda, Mitteilung Wiedens an Krajewski, 19.2.1937(ursprünglich aus dem Russischen übersetzt).
- 151 RZA, 495/187/31, KA Ernst Fischer, Below (Kaderabteilung) an Poljatschek, 25.9.1937.
- 152 Ebenda, 495/187/2989, KA Richard Urban, Handschr. Biographie, 7.3.1937; Biographische Daten über Urban von Keller, 15.2.1937.
- 153 Ebenda, Keller über Urban, 16.1.1938.
- 154 Ebenda, Bauer/Haasz an die Kaderabteilung, Betrifft: Information über Gen. Urban, o.D.
- 155 Ebenda, Rudolf Pohl an die Kaderabteilung, Betrifft: Gen. Urban, Moskau, 25.12.1935.
- 156 Ebenda, Keller über Urban Richard, 31.8.1936.
- 157 RZA, 495/187/1425, Auszug aus dem Protokoll der Kollektivversammlung am 16.7.1936.
- 158 Ebenda, RZA, 495/187/587, Protokoll der Kollektivversammlung am 16.7.1936 (Auszug).
- 159 Ebenda.

- 160 RZA, KA Richard Urban, Stückler über Wagner, 29.10.1936.
161 Ebenda, Handschr. Bericht von Urban, 5.12.1936.
162 Ebenda, Bericht von Keller, 5.4.1937.
163 Ebenda, Bericht von Keller, 29.4.1937.
164 Ebenda, Kadercharakteristik Richard Urban von Keller, 26.10.1937.
165 Ebenda, datiert mit 12.6.1937.
166 Ebenda, Keller, Betrifft: Ukuschitz Richard (Urban), 16.1.1938.
167 Ebenda, Drenowski an Gen. Robert, o.D.
168 Ebenda, Bericht Urbans v. 26.12.1937.
169 Ebenda, A. Müller an P. (Poljatschek?), 31.3.1938.
170 Ebenda, Formular Nr. 000.977, An den Verbindungsdienst des Sekretariats des EKKI, unterschrieben von Fürnberg am 29.3.1938.
171 Ebenda, Urban an Dimitroff, 26.11.1938.
172 Ebenda, Fürnberg an Dimitroff, 25.12.1938.
173 Ebenda, Bericht Urban, 29.12.1936. Siehe dazu auch seinen Brief über Bernascheks Tochter Ella, in: Ebenda, Bericht Urban, 3.1.1937.
174 Ebenda, Bericht Urban, 29.10.1937; Brief Bertha Heider an Keller, 10.1.1937.
175 GARF, 5451/19/585, Abolin: Über den Zustand der Arbeit bei den Schutzbündlern in Leningrad, o.D.
176 Bericht Carhoun, S. 16.
177 DZZ, 28.3.1936.
178 Bericht Carhoun, S. 23–26.
179 Wie Anmerkung 175.
180 RZA, Personen-Mappe 94, Josef Stern, Prüfungskommissionsformular o.D.
181 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Zl. 327.830–GD36.
182 PAAA, Verz. d. Akten d. deutschen Botschaft Moskau, C IV A (Haftliste Moskau), Stand Mai 1938.
183 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Zl. 100.707–15/37.
184 Ebenda, Zl. 128.183.
185 Ebenda, BKA/Inneres, 20/1C, Zl. 327.741/GD1936. Die Korrespondenz über die Ausbürgerungen befindet sich in: Ebenda, 22/Gen., Zl. 339.995.
186 DÖW, Spanienkämpferdatei, Kopien aus: HHSta, Abteilung GD2, Mappe: Heimkehrer aus der Sowjetunion, Niederschrift aufgenommen mit Josef Steigersdorfer am 31.3.1936.
187 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Zl. 301.761/37, Niederschrift aufgenommen mit Alois Wieser, 7.1.1937.
188 Ebenda, RS 15, F47 Rußland, Zl. 128.186
189 RZA, 495/187/1126, Angabe Urbans, 21.4.1937.
190 Ebenda, Erklärung an das INO-Büro der Leningrader Gewerkschaften, 7.4.1936.
191 Ebenda, Bericht Urban, 5.4.1936.
192 GARF, 5451/19/585, Sharikow an alle Sekretäre des WZSPS, 7.4.1935.
193 Ebenda, Volkskommissariat für Äußeres, Konsularabteilung, an das INO-Büro des WZSPS, 22.6.1935; Scheweleva (MOPR) an Sharikow (WZSPS), 16.6.1935.
194 RZA, 495/187/587, Angaben Urbans, 13.4.1937.
195 Ebenda, Brief vom Schutzbundkollektiv Kirow-Werk an die KI, o.D.
196 Ebenda, Keller an die Kaderabteilung, 8.9.1936.
197 ÖStA/AdR, RS 15, F 47 Rußland, Zl. 220.826.
198 Ebenda, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 5026, Zl. 314.092–GD38.
199 Ebenda, Niederschrift aufgenommen mit Anton Mader am 26.3.1937.
200 RZA, Personenmappe 78, Franz Rasborschek, Biographie, 15.5.1936.
201 Wie Anmerkung 197.

- 202 RZA, 495/187/2099, Auszug aus der Resolution der allgemeinen Versammlung der Rostower Schutzbündler vom 14.3.1935.
- 203 Ebenda, Meldung Nr. 1717.
- 204 RZA, Personenmappe Josef Hoffmann, Sten. Autobiographie, Rostow, 26.2.1936.
- 205 Ebenda, 495/187/811, Überprüfungskommission, Angaben Urbans.
- 206 Ebenda, Sten. Biographie, Rostow, 24.2.1936.
- 207 Ebenda, 495/187/564, Stenog. Biographie, Rostow, 24.2.1936.
- 208 Ebenda, Personenmappe Franz Sulzbacher, Autobiographie, Rostow, 2.4.1936.
- 209 Ebenda, Personenmappe Franz Pietzka, Biographie, Rostow, o.D.
- 210 Ebenda, 495/187/1237, KA Alexander Lange, Fritz Hackl an Großmann, 17.8.1935.
- 211 DÖW (Hrsg.) Für Spaniens Freiheit. Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936–39, Wien 1986, S. 167.
- 212 RZA, Personenmappe 14, Franz Chuchlik, Angabe Kamils, o.D.
- 213 Ebenda, 495/187/587, Sieberer an Urban, 11.3.1937.
- 214 Ebenda, Blatt für die Prüfungskommission (16 Spalten).
- 215 Ebenda, 495/187/1244, Blatt für die Prüfungskommission (16 Spalten).
- 216 Ebenda, 495/80/558.
- 217 Siehe Anmerkung 212.
- 218 RZA, 495/187/587, Sieberer an Urban, 7.6.1937.
- 219 Wie Anmerkung 216.
- 220 Ebenda.
- 221 Ebenda, 495/287/1101, Fritz Hackl an die österreichische Sektion der KI, 7.12.1935.
- 222 ÖStA/AdR, Paß-Sachen, Rußland I, FS47, 1937, Karton 389, Beilage zur Zl. 154.460–15.
- 223 Ebenda, Zl. 204.756.
- 224 RZA, 495/187/1230, Biographische Angaben, 10.8.1934.
- 225 Er war Mitglied der Komsomolzengruppe im Kollektiv und pflegte Kontakt zu Komsomol-Studenten des Forsttechnikums im 120 km von Gorki entfernten Städtchen Serjoschka (DZZ, 14.3.1936).
- 226 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 5026, Zl. 314.092.
- 227 Ebenda, 47 RS Rußland, Karton 389, Zl. 120.152.
- 228 Ebenda, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 5026, Zl. 360.928.
- 229 Ebenda, Zl. 314.092.
- 230 ÖStA/AdR, FS 30 Rußland, Verhaftungen, Zl. 141.489/38.
- 231 DÖW, Akte 17760. In seiner Eingabe an das Fürsorgeamt in Wr. Neustadt behauptete Robert M. 1947, er sei 1934 »durch Veranlassung der tschechischen Regierung nach Rußland abgeschoben worden« (!) (ebenda).
- 232 RZA, 495/80/558, Ernst Fischer an die Kaderabteilung, 11.6.1937.
- 233 Ebenda, 495/187/1101, Blatt für die Prüfungskommission (16 Spalten).
- 234 Ebenda, Charakteristik von Kamil, August 1936.
- 235 Ebenda, Fritz Hackl an Urban, 30.7.1936.
- 236 Ebenda, 495/187/1126, Bericht Keller, 28.4.1937; Schutzbundkollektiv Gorki an den Zentralrat der Gewerkschaften Moskau, 25.4.1935.
- 237 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Zl. 163.144.
- 238 RZA, 495/187/1237, KA Alexander Lange, Fritz Hackl an Großmann, 17.8.1935.
- 239 ÖStA/AdR, RS 15, F47 Rußland, Zl. 184.003.
- 240 DÖW, Akte 15660.
- 241 RZA, Personenmappe 2, Wilhelm Bankler; Ebenda, 495/80/558, Liste der in Gorki arbeitenden Genossen.
- 242 Ebenda, 495/187/1610, Bankler Wilhelm. Sein Benehmen und seine Äußerungen in letzter Zeit.
- 243 Ebenda, 495/187/587, Sieberer an Urban, 11.3.1937.

- 244 Ebenda, Abschrift, 9.9.1936.
245 Ebenda, Auszug aus einem Brief von Kamil aus Gorki, August 1936.
246 Ebenda, 495/187/1101, Auszug aus den Mitteilungen über das Schutzbündkollektiv in Gorki v. 29.8.1936, gez. v. INO-Leiter Markus.
247 Ebenda, 495/80/558, Fischer an die Kaderabteilung, 11.6.1937.
248 Ebenda, 495/187/479, KA August Penninger, Biographie o.D.
249 Ebenda, Blatt für die Prüfungskommission (16 Spalten).
250 Ebenda, Urteil der Prüfungskommission.
251 Ebenda, 495/287/1237 KA Alexander Lange, Fritz Hackl an Großmann, 17.8.1935.
252 Ebenda, Alex an »Lieber Edi« (= Alexander Lange an Eduard Lange), 14.8.1935.
253 Deutsch, Schutzbündler, S. 130.
254 DZZ, 26.5.1936.
255 RZA, 495/187/587, Sieberer an Urban, 7.6.1937.
256 RZA, KA Alexander Lange, Handschr. Notiz Urbans, 25.4.1937.
257 Ebenda, 495/80/558, Fischer an die Kaderabteilung, 11.6.1937.
258 Ebenda, KA Alexander Lange, Below an Poljatschek, 10.8.1937.
259 Ebenda, Below an Poljatschek, 20.9.1937.
260 Brief von Maria Hackl (Charkow) an den Autor.
261 DÖW, Akte 7157.
262 Ebenda, Akte 6409.
263 DZZ, 12.5.1936.
264 DZZ, 27.3.1937, »Ein Schädlingstest aufgedeckt«.
265 RZA, 495/80/556, Bl. 94, Kaderbeschreibung 1940.
266 Interview mit Franz David.
267 Interview mit Franz Jurica.
268 GARF, 5451/19/585, Über die Situation bei den Schutzbündlern in Charkow, 5.9.1935.
269 RZA, 495/187/1101, Kadercharakteristik 16.3.1937; Prüfungskommissionsformular, Angaben von Urban, o.D.
270 Wie Anmerkung 268.
271 Ebenda.
272 Ms. Alois Bauer.
273 Wie Anmerkung 268.
274 GARF, 5451/19/585, Beschluß der Stadtversammlung der Schutzbündler Charkows über die Notiz in der *Reichspost*, 10.4.1935.
275 Ebenda, Beschluß der allgemeinen Versammlung der Schutzbündler über die gemeine Handlungsweise des Schutzbündlers Pelzmann, 17.4.1935.
276 RZA, 495/187/1126, Charakteristik entnommen dem Memorandum über die Arbeit unter den Schutzbündlern in Charkow vom Januar 1935.
277 Ebenda, 495/187/655, KA Franz Redl, Brief o.D.
278 Wenn nicht anders angegeben, beruht die Darstellung der Vorgänge in der Kollektivversammlung auf: GARF, 5451/19/585, Bl. 243–246.
279 ÖStA/AdR, RS 15, 47 PS Rußland, Zl. 131.375–15/1935, Dienstzettel vom 27.4.1935.
280 Ebenda, Radiogramm eingelangt am 27.4.1935.
281 Ebenda, Zl. 152.221–15/1935, Dienstzettel vom 18.6.1935.
282 GARF, 5451/19/585, Über die Situation bei den Schutzbündlern in Charkow.
283 Schafranek, Die Betrogenen, S. 213.
284 RZA, 495/187/587, Auszug aus dem Brief von Stein an Großmann, 7.8.1935.
285 GARF, 5451/19/585, Abolin an Wyschinskij, 7.8.1935.
286 Auf der an Linde übergebenen Liste der sechzehn unbehelligt ausreisen zu lassenden Schutzbündler waren 12 aus Charkow. Siehe dazu: Ebenda, Linde an Sharikow, 31.7.1935.

- 287 RZA, 495/80/558, Liste: Durch das Österreichische Konsulat zurückgefabrene Schutzbündler.
- 288 ÖStA/AdR, RS 15, FS 47 Rußland, Karton 389, Zl. 171.987.
- 289 DÖW, Spanienkämpferkartei, Kopien aus: HHStA, Abt. GD 2, Mappe: Heimkehrer aus der SU, Verhörprotokoll Eduard Halla, Bez. Koat Simmering, 2.9.1935.
- 290 RZA, 495/187/587, Auszug aus dem Brief von Stein an Großmann, 7.8.1935.
- 291 Wenn nicht anders angegeben, stützt sich folgende Darstellung auf: GARF, 5451/19/585, Bl. 86–93.
- 292 RZA, 495/187/1409, Auszug aus dem Bericht über die Mängel in der Arbeit im Schutzbündelkollektiv Charkow, 9.12.1935.
- 293 Ebenda.
- 294 Ebenda, 495/187/445, Auszug aus: Einige Notizen über Charkow, gez. von Urban, 16.2.1936.
- 295 ÖStA/AdR, 47 PS Rußland, Zl. 221.221.
- 296 Ebenda, Zl. 100.241–15/36.
- 297 Ebenda, Zl. 233.856 (Radiogramm).
- 298 RZA, 495/80/558, Kadercharakteristiken: Charkow.
- 299 Siehe dazu: Ernst Zipperer, Das Asyl in Rußland hieß Tod, in: *AZ-Sonntag*, 10.2.1963.
- 300 RZA, 495/187/1409, Überprüfungscommission, Formular o.D.
- 301 ÖStA/AdR, 47 PS Rußland, Mappe 100.707–15/37, Zl. 106.145.
- 302 Ebenda, Zl. 137.456.
- 303 Ebenda, Protokoll aufgenommen mit Frau L. in der Kanzlei der Gesandtschaft, 28.4.1937.
- 304 Ebenda, RS 15, 30 Verhaftungen Rußland, Zl. 117.925–15/37.
- 305 Ebenda, 47 RS Rußland, Mappe 100.707–15/37, Bericht Anna L., Moskau, 15.4.1937.
- 306 Wie Anmerkung 294.
- 307 ÖStA/AdR, RS 15, 30 Verhaftungen, Zl. 203.946.
- 308 RZA, Personenmappe 75, Leopold Pucher, Formular der Überprüfungscommission.
- 309 Ebenda, 495/187/558, Kadercharakteristiken: Charkow, 15.6.1937.
- 310 ÖStA/AdR, RS 15, 30 Verhaftungen Rußland, Zl. 117.927–15/37, Verhaftetenliste, 28.8.1937.
- 311 RZA, 495/187/1126, KA Paul Meisel, Auszug aus Brief Turnheim, Charkow, 22.9.1937.

Schutzbund-Emigration – Terror

- 1 *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 34/1991, S. 34
- 2 René Ahlberg, Stalinistische Vergangenheitsbewältigung. Auseinandersetzung über die Zahl der GULAG-Opfer, in: *Osteuropa*, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 42. Jg., Heft 11, November 1992, S. 921–937, hier S. 926f.
- 3 Trud, 9.7.1993.
- 4 Conquest, Terror, S. 487
- 5 Ebenda, S. 544.
- 6 Volkogonov, Triumph, S. 308.
- 7 Ahlberg (Anm. 2), S. 932, 936f.
- 8 Lew Rasgon, Gefangener im eigenen Land, in: *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 34/1991, S. 34.
- 9 Siehe vor allem: J. Arch Getty/Gabor T. Rittersporn/Viktor N. Zemskov, Victims of the Soviet Penal System in the Pre-War Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence, in: *The American Historical Review*, No. 98, 4/1993, pp. 1017–1049.

- Vgl. dazu die Aufsätze in: J. Arch Getty & Roberta T. Manning (Eds.), *Stalinist Terror. New Perspectives*, Cambridge 1993.
- 10 Getty/Rittersporn/Zemskov, S. 1022 ; Volkogonov, *Triumph*, S. 307.
 - 11 Gabor Tamas Rittersporn, *Stalinist Simplifications and Soviet Complications. Social Tensions and Political Conflicts in the USSR 1933–53*, Chur/ Reading/Paris etc. 1991.
 - 12 Robert Maier, *Die Stachanow-Bewegung*, Stuttgart 1990, S. 383.
 - 13 Ebenda, S. 385.
 - 14 Ebenda, S. 384.
 - 15 Siehe die diesbezügliche Aussage von Molotow (März 1936) in: Rittersporn, *Simplifications*, S. 65.
 - 16 Ebenda, S. 51.
 - 17 Graziosi, *Foreign Workers*, S. 44, 56.
 - 18 Maier, *Stachanow*, S. 385.
 - 19 Schafranek, NKWD, S. 17; *DZZ*, 24.8.1936 (Urteil); Müller, *Säuberung*, S. 104f., 333.
 - 20 *DZZ*, 10.8.1936.
 - 21 *DZZ*, 29.8.1936, 30.8.1936, 22.1.1937, 1.2.1937, 2.2.1937, 12.3.1937, 9.4.1937, 4.3.1938, 10.3.1938, 11.3.1938, 14.3.1938 usf.
 - 22 *Pravda*, 18.11.1936, zit. in: Rittersporn, *Simplifications*, S. 109.
 - 23 Fridrich I. Firsow, *Die »Säuberungen« im Apparat der Komintern*, in Weber/Staritz, *Kommunisten*, S. 39.
 - 24 Ebenda, S. 50.
 - 25 RZA, 495/20/758, Büro des Sekretariats des EKKI an die Sekretäre des EKKI, 19.2.1936.
 - 26 Ebenda, Krajewski (Leiter der Kaderabteilung-EKKI) und Anwelt (Sekretär der IKK) an das Sekretariat des EKKI, 19.2.1936.
 - 27 Ebenda, Beilage.
 - 28 Ebenda, 495/20/759, »Gesamtdarstellung über Parteivergehen in den Komparteien von 49 Ländern, behandelt in der IKK von 1924 bis 1.4.1936 einschließlich.« Von den 23 mitbehandelten Österreichern wurden 13 ausgeschlossen, einer rehabilitiert, über neun weitere faßte die IKK keinen Beschluß.
 - 29 Ebenda, Über die Arbeit der IKK, 9.7.1936.
 - 30 Ebenda, 495/20/756, Beschluß des Präsidiums des EKKI und des Büro der IKK, 9.4.1937.
 - 31 Ebenda, Über die Zentralen Kontroll-Kommissionen, 9.4.1937.
 - 32 Medvedev, *History*, S. 341; siehe auch dazu: Jakowlew, *Blutige Vergangenheit*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 1993, Berlin 1993, S. 237.
 - 33 Rittersporn, *Simplifications*, S. 166.
 - 34 Jakowlew, *Blutige Vergangenheit*, S. 233f.
 - 35 Medvedev, *History*, S. 515.
 - 36 Rittersporn, *Simplifications*, S. 205.
 - 37 Jakowlew, *Blutige Vergangenheit*, S. 236. Zur Komplizenschaft der Partei bei der Verhaftung sowie der »Pflichterfüllung« des NKWD siehe: Walter Laqueur, *Stalin. Abrechnung im Zeichen von Glasnost*, München 1990, S. 154, 500; Conquest, *Terror*, S. 260.
 - 38 Medvedev, *History*, S. 622, 656–659; Conquest, *Terror*, S. 284f.; Grant Apressjan, *Ein Recht auf ehrendes Gedenken*, in: *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 29/1989, S. 29f.
 - 39 Conquest, *Terror*, S. 282.
 - 40 Ebenda; Medvedev, *History*, S. 499.
 - 41 Arkadi Waksberg, *Die Verfolgten Stalins. Aus den Verliesen des KGB*, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 18ff.
 - 42 Medvedev, *History*, S. 484–512, S. 532f.; Volkogonov, *Triumph*, S. 300.

- 43 Medvedev, History, S. 49ff.; Conquest, Terror, S. 287f.
- 44 Kees N. Boterbloem, Einige Aspekte der stalinistischen »Säuberungen« in der russischen Provinz, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993, S. 79.
- 45 Barry McLoughlin, Endstation Butowo: Februarkämpfer in der UdSSR, in: Beilage »12. Februar 1934«, S. 16, Wiener Zeitung, 12.2.1994; Ders., Das Todespolygon von Butowo, in: Falter (Wien) Nr. 46/1994, S. 12–14. Listen deutscher Butowo-Opfer sind nachgedruckt in: Neues Deutschland (Berlin), 17.6.1993, 2.11.1993.
- 46 Auskunft von Natalija Mussijenko (Moskau).
- 47 Interview mit Leonardo Damiano (Moskau).
- 48 RZA, 495/187/1238, Autobiographie o.D.
- 49 Siehe z.B. sein Gedicht »Lied der Sowjetkinder«, in: DZZ, 9.7.1936.
- 50 Interview mit Franz Leinmüller, durchgeführt von Rosa Puhm am 4.2.1968. Wir danken Frau Puhm für die Überlassung des Transskripts.
- 51 Puhm, Trennung, S. 85.
- 52 ÖStA/AdR, F 47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 138.657, 100.707.
- 53 Ebenda, Zl. 129.749.
- 54 Flugblatt, Hrsg. von BO der SPÖ für Obersteiermark, o.D. Ich danke Heimo Halbreiner (Graz) für die Überlassung des Materials zum Donawitzer Wahlkampf im März 1950.
- 55 Der GULaghäftling Pichler starb 1939 an Typhus, Pignitter wurde im selben Jahr vom NKWD der Gestapo übergeben.
- 56 Wahrheit, 7.3.1950.
- 57 Der Alpine Arbeiter, 4. Jg., Nr. 1.
- 58 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 5026, Mappe 305.527/GD.38, Bundespolizeidirektion Linz, Niederschrift mit Marianne Hladik, 20.11.1937.
- 59 Conquest, Terror, S. 264.
- 60 Ms. Alois Bauer.
- 61 Ebenda.
- 62 ÖStA/AdR, RS 15, 30 Verhaftungen Rußland, Zl. 192.595–15/37.
- 63 Schafranek, Die Betrogenen, S. 212f.
- 64 GARF, 5451/19/585, Protokoll der allgemeinen Versammlung der Schutzbündler in Charkow vom 17.4.1935.
- 65 ÖStA/AdR, F 47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 122.108.
- 66 Ebenda, Zl. 133.087, Schröpfer an das Bundeskanzleramt (Abt. für äußere Angelegenheiten), 31.3.1937.
- 67 Wenn nicht anders angegeben, beruht die Darstellung des »Fall Erjautz« auf dessen Aussagen vor der Wiener Gestapo (16.2.1940), in: PAAA, C IVA, Akten der Deutschen Botschaft Moskau, Haftfälle, Personenakte Erjautz.
- 68 Interview mit Erich Wolf.
- 69 PAAA, Personenakte Erjautz, Pacher an das Bundeskanzleramt, 8.7.1937.
- 70 Ebenda, Dr. Presser an die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, 12.9.1937.
- 71 Ebenda, Bundeskanzleramt an die österreichische Gesandtschaft Moskau, 18.9.1937.
- 72 Ebenda, Österreichische Gesandtschaft Moskau an das Bundeskanzleramt, 15.10.1937.
- 73 Ebenda.
- 74 Das erfuhr Alois Erjautz, als er die Zelle mit zwei deutschen Mitgliedern der Klubleitung teilte. Wie Anmerkung 67.
- 75 DÖW-Akte 7157, Liste der Charkower Schutzbündler.
- 76 ÖStA/AdR, F 47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 171.987.
- 77 Ebenda, BKA/Inneres, 22/Gen., Karton 4963, Zl. 328.287/36.
- 78 DZZ, 6.12.1935.
- 79 RZA, Personenmappe 87, Schwarz Josef, Angaben Urbans, o.D.

- 80 Ebenda, 495/187/460, Brief o.D.
- 81 Ebenda, Formular der Überprüfungscommission, o.D. (Angaben Urbans)
- 82 Ebenda, 495/187/558, Kadercharakteristik, 16.6.1937.
- 83 Ebenda, Verzeichnis der in Charkow arbeitenden Genossen (Mit handschriftlichen Kommentaren).
- 84 PAAA, Akten der Deutschen Botschaft Moskau, Haft Sachen 1937–1941, Verhörprotokoll mit Jakob Meisel, Wien, 13.6.1938.
- 85 Mitteilung von Josef Meisel an Hans Schafranek.
- 86 Josef Meisel, Kampf, S. 54f.
- 87 RZA, 495/187/1126, KA Paul Meisel, Auszug aus Brief Turnheim, Charkow, 11.8.1937.
- 88 Ebenda, Auszug aus Brief Turnheim, Charkow, 22.9.1937.
- 89 NKWD-Strafakte Paul Meisel, Durchsuchungsprotokoll, 21.9.1937. Beschlagnahmt wurden außerdem persönliche Dokumente in deutscher und russischer Sprache.
- 90 Ebenda, Vernehmungsprotokoll vom 28.9.1937.
- 91 Ebenda, Protokoll der Gegenüberstellung, 1.10.1937.
- 92 PAAA, Akten der Deutschen Botschaft Moskau, Haft Sachen 1937–41, Verhörprotokoll mit Paul Meisel, 10.6.1938.
- 93 NKWD-Strafakte Paul Meisel, Anklageschrift.
- 94 Ebenda, Beschluß, o.D.
- 95 Wie Anmerkung 92.
- 96 Josef Meisel, Kampf, S. 60f.
- 97 Ebenda, S. 157.
- 98 RZA, 495/187/587, KA Josef Sladec, Angaben vom 16.6.1937; ebenda, Formular der Überprüfungscommission (Angaben Urbans).
- 99 NKWD-Strafakte Josef Sladec; *Arbeiter-Zeitung (AZ)*, 10.2.1963.
- 100 RZA, Personenmappe Josef Vogt, Angaben in russischer Sprache, 18.10.1940.
- 101 Ebenda, Personenmappe 103, Josef Vollmann, Für die Überprüfungscommission, 17.2.1937.
- 102 Ebenda, Formular der Überprüfungscommission, Angabe Urbans.
- 103 ÖStA/AdR, RS15, 30 Verhaftungen Rußland, Zl. 151.622; Archiv der KPÖ, Blaue Kartei.
- 104 RZA, 495/187/587, Slawik Karl, Charakteristik, o.D.
- 105 ÖStA/AdR, F47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 163.146.
- 106 RZA, 495/187/587, Turnheim an die KI, 11.8.1937, 16.8.1937; Franz Fiala an die KI, 23.8.1837; Erb und Rausch an die KI, 24.6.1937; Auszug aus einem Bericht über die Lage der Schutzbündler in Charkow, Februar 1938.
- 107 Ebenda, Keller, Zur Weiterleitung, 1.9.1937.
- 108 DZZ, 22.2.1935.
- 109 RZA, 495/187/1409, Josef Hopfgartner, Formular der Überprüfungscommission o.D.
- 110 Siehe die Korrespondenz zwischen Pabst und Karl Heinz in: VGA, ALÖS, Mappen 140,152.
- 111 RZA, 545/6/70, Sitzungsprotokoll der Legitimationskommission der MOPR v. 13.10.1935.
- 112 DÖW Ms. 13510, S. 51 (Memoiren Otto Fischers).
- 113 RZA, 495/187/31, KA Ernst Fischer, Elsa Pabst an Ernst Fischer, o.D.
- 114 GARF, 5451/19/585, Eingabe unterzeichnet von Matthias Ehrlich (Sternberg), 3.3.1935.
- 115 RZA, 545/6/70, Sitzungsprotokoll der Legitimationskommission der MOPR, 25.6.1935.
- 116 Ebenda, Personenmappe 111, Josef Wludarczyk, Formular der Überprüfungscommission, o.D.; Bericht der Org. Abteilung der KPÖ, 5.1.1933.

- 117 Ebenda, 495/80/437, Liste 2, Weissel-Fonds.
 118 Archiv der KPÖ, Blaue Kartei.
 119 Heimkehrer erzählen, Wien 1935, S. 5.
 120 GARF, 5451/19/585, Sharikow an die Sekretäre des WZSPS Schwernik und Abolin (Kopie an die Sonderabteilung des NKWD), o.D., Eingangsstempel 27.3.1935.
 121 Deutsch, Schutzbündler, S. 118–122.
 122 DZZ, 16.2.1936, 11.6.1936; RZL, 14.2.1936.
 123 NKWD-Strafakte Franz Koubek, Abschlußbericht des Leningrader KGB, 27.5.1958.
 124 ÖstA/AdR, F47, PS Rußland, Karton 389, Zahl 183.543.
 125 Ebenda, Zl. 200.968.
 126 Ebenda, Zl. 197.927.
 127 GARF, 5451/19/585, Sharikow an Aleksijew (Vorsitzender des WZSPS in Leningrad), 4.3.1935.
 128 Ebenda, Zirkular an alle Sekretäre des WZSPS, Kopie an die Sonderabteilung des NKWD, 25.3.1935.
 129 Heimkehrer erzählen, S. 7.
 130 ÖStA/AdR, F 47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 183.045.
 131 Ebenda. Siehe auch dazu: Ebenda, Zl. 183.550, 158.549, 152.335, 197.927, 190.761 ff.
 132 Heimkehrer erzählen, S. 7.
 133 Ebenda; ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 20/1, Karton 4633, Zl. 330.529, 357.061.
 134 RZA, Personenmappe 46, Langer Franz, Formular der Überprüfungscommission, 27.4.1937 (Angaben Urbans).
 135 PAAA, Akten der Deutschen Botschaft Moskau, Haftfälle 1937–41, Mappe Franz Langer, Franz Langer an die Gesandtschaft in Moskau (o.D.), Eingangsstempel: 4.12.1937.
 136 Ebenda, Deutsche Botschaft an das Auswärtige Amt Berlin, 22.4.1938.
 137 Ebenda, Telegramm Nr. 106, Berlin, 18.7.1938.
 138 Ebenda, Deutsche Botschaft Moskau an das Auswärtige Amt Berlin, 29.9.1938.
 139 Ebenda, Bericht von Langer Franz, o.D. (26.9.1938)
 140 Ebenda, Schwinner an das Auswärtige Amt Berlin, 10.10.1938.
 141 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)/Institut für Wissenschaft und Kunst (IWK) Hrg., Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, Bd. 1: Arbeiterbewegung, Wien–München o.J. (1985), S. 199.
 142 Wie Anmerkung 140.
 143 Erzählte Geschichte, S. 200f.
 144 Archiv der KPÖ, Blaue Kartei.
 145 VGA, ALÖS, Mappe 141, Strasser an Gen. Berger bzw. ALÖS, 26.4.1934.
 146 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Zl. 370.308/GD 36, »Liste der in Moskau befindlichen Schutzbündler«.
 147 RZL, 26.1.1936.
 148 RZA, 495/187/1126, Bericht, 19.11.1936.
 149 Ebenda, Formular der Überprüfungscommission, Meth Karl, Angaben Kellers, o.D.
 150 Ebenda, 495/80/558, Ernst Fischer an die Kaderabteilung, 17.6.1937.
 151 Ebenda, Bericht von Franz Honner über die Versammlung und die Aussprachen mit den Leningrader Schutzbündlern, 22.7.1840.
 152 Mitteilung von Hedwig Sandmann.
 153 RZA, 495/80/558, Kadercharakteristik, 1.4.1937.
 154 NKWD-Strafakte Heinz Roscher, Warskoj an das Militärkollegium des Obersten Gerichts, 9.4.1956; ebenda, Auszüge aus der NKWD-Strafakte Kajetan Baumgartner.
 155 RZA, Personenmappe 107, Weiss Armand, Autobiographie, 28.8.1940.

- 156 NKWD-Strafakte Heinz Roscher, Verhörprotokoll vom 26.2.1938.
- 157 Fischer, Erinnerungen, S. 367f.; RZA, Personenmappe Armand Weiss, Fürnberg an die Kaderabteilung, 9.1.1940.
- 158 Laut Hotelliste wohnten 40 Österreicher am 3.12.1935 im »Baltshug«, die größtenteils im September und Oktober 1935 eingereist waren. RZA, 495/ 80/558, Schutzbündler im Hotel Baltshug. Nachweislich sind mindestens 28 von ihnen verhaftet worden.
- 159 Ebenda, 495/187/2989, KA Richard Urban, Bericht Urbans, 5.12.1936.
- 160 Ebenda, Personenmappe 10, Franz und Josefine Baumberger, Fragebogen über Baumberger Franz (o.D.), für die Kollektivleitung: Barak, Fritz, Macek, Döberl, Steiner, Mraz.
- 161 Susanne Leonhard, Gestohlenes Leben. Als Sozialistin in Stalins Gulag, Frankfurt-Main 1988, S. 148.
- 162 Ebenda, S. 221f., 364.
- 163 DÖW, Akte 13495, Eidesstattliche Erklärung v. 27.10.1948.
- 164 McLoughlin/Szevera, Posthum Rehabilitiert, S. 18f.
- 165 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Zl. 361.145.
- 166 Ebenda.
- 167 Ebenda, Zl. 376.385.155.
- 168 Karl Wagner soll sieben »Baltshug«-Gästen vorgeworfen haben, Polizeibeamte gewesen zu sein. (RZA, KA Richard Urban, Keller 5.4.1937, Zur Weiterleitung.)
- 169 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Zl. 365.778.
- 170 RZA, Personenmappe 28, Franz Haderlapp, Fragebogen (19 Spalten), o.D.
- 171 ÖStA/AdR, F47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 142.444.
- 172 Ebenda, Zl. 194.570, 183.542.
- 173 Ebenda, Zl. 100.707, Protokoll aufgenommen im Landesgericht Graz mit Josef Arch, 20.12.1936.
- 174 Archiv der KPÖ, Blaue Kartei; Schafranek, Die Betrogenen, S. 189f.
- 175 ÖStA/AdR, F47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 154.973.
- 176 Ebenda, Zl. 115.102.
- 177 Ebenda, Zl. 125.829.
- 178 RZA, KA Richard Urban, Keller, 5.4.1937, Zur Weiterleitung.
- 179 Ebenda, Vertraulicher Bericht von Urban, 29.12.1936.
- 180 NKWD-Strafakte Willi Klug, Willi Klug an den Moskauer KGB, o.D.
- 181 Mitteilung von Natalija Mussijenko (Moskau).
- 182 Kajetan Klug, Die größte Sklaverei der Weltgeschichte. Tatsachenbericht aus den Strafgerichten der GPU. Aufgezeichnet von Karl Neuscheler, Berlin 1941, S. 9f.; ÖStA/AdR, F47, PS Rußland, Zl. 125.829.
- 183 Klug, Sklaverei, S. 18.
- 184 Ebenda, S. 11.
- 185 Ebenda, S. 12f.; RZA, KA Richard Urban, Bericht Urban, 3.1.1937. Laut Urban hieß die deutsche Frau Schroeder. Vermutlich handelte es sich um die am 27. Oktober 1936 in Moskau verhaftete und 1942 im Lager umgekommene Marga Schroeder aus Schleswig. Siehe, In den Fängen, S. 210.
- 186 Klug, Sklaverei, S. 14.
- 187 Ebenda.
- 188 ÖStA/AdR, F47, PS Rußland, Ktn. 389, Zl. 237.193.
- 189 Ebenda, RS 15, 30/Verhaftungen Rußland, Karton 119, Zl. 202.873, Eingabe von Andreas und Johann Pfeiffer an das Sekretariat des hohen Völkerbundes in Genf, 18.7.1937.
- 190 RZA, 495/187/1276, Fragebogen (12 Spalten).

- 191 DZZ, 26.11.1935, »Charkow will aufholen«. Siehe auch seine DZZ-Artikel: »Wir werden Sowjetmenschen« (12.2.1935), »In der Sowjetunion lerne ich Lenin kennen« (21.1.1936).
- 192 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen., Zl. 367.964.
- 193 Wie Anmerkung 189.
- 194 RZA, 495/187/1276, Autobiographie, 18.4.1936.
- 195 Ebenda, Formular der Überprüfungscommission, Angaben Kellers, 22.4.1937.
- 196 Ebenda, KA Richard Urban, Vertraulicher Bericht von Urban, 29.12.1936.
- 197 Ebenda, Personenmappe 49, Leitner Richard, Fragebogen (19 Spalten), o.D.
- 198 Ebenda, Angabe Urbans, 22.4.1937.
- 199 Wie Anmerkung 197.
- 200 ÖStA/AdR, F47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 105.970.
- 201 RZA, 495/187/433, Fragebogen o.D. (19 Spalten)
- 202 Ebenda, Angabe Urbans, 22.4.1937.
- 203 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Ktn. 5114, Zl. 301.402.
- 204 Ebenda.
- 205 Ebenda, 22/OÖ, Zl. 323.965.
- 206 Ebenda, Zl. 310.548.
- 207 Ebenda, 22/Gen, Ktn. 5013, Zl. 373.360.
- 208 RZA, Personenmappe 36, Viktor Kanozer, Brief an die öst. Sektion, 1.7.1935.
- 209 Ebenda, Autobiographie o.D.
- 210 Ebenda, Charakteristik o.D.
- 211 Ebenda, KA Richard Urban, Vertraulicher Bericht von Urban, 29.12.1936.
- 212 Ebenda, Vertraulicher Bericht von Urban, 3.1.1937.
- 213 Wie Anmerkung 207.
- 214 Wie Anmerkung 212.
- 215 NKWD-Strafakte Hans Jellinek, Auszug aus dem Verhörprotokoll, aufgenommen mit M.R. am 21.6.1938.
- 216 RZA, Personenmappe 74, Johann Pischa, Biographische Daten o.D.
- 217 Ebenda, Johann Pischa an die österreichische Sektion der Kommunistischen Internationale, 20.7.1937.
- 218 DÖW, Ms. 8834, S. 149.
- 219 RZA, 495/187/793, Autobiographie o.D.
- 220 Ebenda, Formular der Überprüfungscommission, Angabe von Urban, o.D.
- 221 In einer 1937 über Brückl verfaßten Charakteristik hieß es: »(Er) zählt auch in der SU zu den stets unzufriedenen, häufig den Arbeitsplatz wechselnden Elementen und ist derzeit wieder ohne Arbeit.« (Ebenda, 495/80/558)
- 222 Zu den Vorfällen am 12.2.1935 am Johann-Nepomuk-Berger-Platz in Wien-Ottakring siehe: *Reichspost*, 13. und 14.2.1935; VGA, ALÖS, Mappe 153; ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/Gen, Karton 4928, Zl. 327.063.
- 223 RZA, 495/187/1101, Fragebogen o.D.
- 224 Ebenda, Baltschug-Kollektiv an die öst. Sektion der KI, o.D.
- 225 Ebenda, 495/80/558, Kadercharakteristik, 19.6.1937.
- 226 Ebenda, Urban (Für die Überprüfungscommission), 21.4.1937.
- 227 DZZ, 10.1.1937.
- 228 DZZ, 8.1.1938.
- 229 Siegelbaum, Stakanovism, S. 253f.
- 230 DZZ, 20.4.1938.
- 231 Auch in den Führungsetagen. Vgl. dazu: Siegelbaum, Stakanovism, S. 254f., 274f.
- 232 RZA, 495/187/507, Autobiographie, 25.4.1937.
- 233 Vgl. seine Kaderakte in: Ebenda, 495/187/1408.

- 234 Interview mit Käthe Hübsch.
- 235 Nach 1936 brachte die deutschsprachige Presse selten Berichte über Schutzbündler. Ab 1937 berichtete Eygruber ausschließlich über seinen Arbeitsplatz. Siehe: *DZZ*, 22.3.1937, 27.3.1937, 8.4.1937, 5.5.1937, 15.5.1937, 10.9. 1937, 15.9.1937, 4.10.1937, 28.10.1937, 29.11.1937, 4.12.1937 usf.
- 236 RZA, 495/187/1664, KA Ferdinand Eygruber, Bericht von Heini A., 2.4.1940.
- 237 *DZZ*, 15.5.1937.
- 238 Kandler fiel später als Wehrmachtssoldat bei Stalingrad. Zum Schicksal seiner Familie siehe Stadler, Opfer, S. 357ff.
- 239 RZA, 495/187/587. Notiz vom 15.4.1937.
- 240 Ebenda, Personenmappe Stromer Johann, Formular der Überprüfungscommission; ebenda, Brief von Johann und Anna Stromer an die MOPR, 20.12. 1937; ebenda, 495/80/558, Kadercharakteristik, 20.6.1937.
- 241 Ebenda, 495/187/658, KA Heinz Roscher, Bericht über einzelne Stimmungen unter den Schutzbündlern, von Shugar (INO-Büro Moskau) an Koritny (ZK der WKP/b), 9.9.1936.
- 242 Archiv der KPÖ, Blaue Kartei.
- 243 Wenn nicht anders angegeben, beruht folgende Darstellung auf: RZA, 495/ 187/1229, KA Josef Kormout; Interview mit Josef Kormout, Teil 1 u. 2.
- 244 Wie Anmerkung 241.
- 245 RZA, 495/80/558, Charakteristik von Urban, 1.4.1937.
- 246 Ebenda, KA Richard Urban, »Streng Vertraulich« (Zur Weiterleitung), Bericht von Keller, 5.4.1937.
- 247 *DZZ*, 12.2.1935, 6.3.1935, 18.3.1935, 22.4.1935, 1.1.1936 usw.
- 248 RZA, 495/187/1331, Autobiographien, 10.9.1940, 13.9.1940; Fragebogen, 12.9.1940.
- 249 Ebenda, 495/80/554, Fürnberg an die IKK, 17.9.1940.
- 250 Ebenda, Florin an Fürnberg, 19.9.1940.
- 251 Ebenda, 495/80/558, Polbüro-Sitzungsprotokoll, 27.9.1940.
- 252 NKWD-Strafakte Heinz Roscher, Bericht zum Auszug aus der Archivakte Nr. 23784, 21.2.1963.
- 253 Ebenda.
- 254 Siehe die diesbezüglichen Zitate aus offiziellen NKWD-Quellen in: Lew Rasgon, Gefangener im eigenen Land, Unsere Zeit (Moskau), Heft 33/1991. Ich danke Herrn Ferdinand Hackl für die Überlassung dieses Materials.
- 255 Interview mit Leonrado Damiano (Moskau); RZA, 485/80/558, Liste über die in Gorkij arbeitenden Genossen o.D.
- 256 Information von Prof. Karl Flanner und Hans Landauer.
- 257 RZA, KA Richard Urban; Interview mit Ljubica Kormout.
- 258 Ebenda, 495/187/655, Redl Franz an die KI, o.D.
- 259 Ebenda, 495/80/557, Bericht über die Lage der österreichischen Politemigranten (Schutzbündler), die in Charkow leben, von Konrad Försterling (= Hermann Köhler), 10.11.1940.
- 260 Vertrauliche Mitteilung.
- 261 Wenn nicht anders angegeben, bezieht sich die Darstellung auf die Strafakten von Viktoria und Josef Sladek sowie auf den Zeitungsartikel: »Das Asyl in Rußland hieß Tod« (*AZ*, 10.2.1963).
- 262 Stadler, Opfer, S. 331.
- 263 NKWD-Strafakte Josef Bauer, Vernehmungsprotokoll vom 6.10.1941.
- 264 Ebenda, Beschluß der Staatsanwaltschaft für das Charkower Gebiet, 19.1. 1989.
- 265 Maria Hackl (Charkow) an Maria Maxl (= Schwester von Josef Bauer), 19.5. 1993.
- 266 RZA, 495/187/2050, KA Josef Bauer, Eingabe von Maria Bauer, 30.4.1942.

- 267 Ebenda, ZK der MOPR an die Kaderabteilung des EKKI, 22.10.1942, mit handschriftlicher Notiz von Fürnberg, 3.11.1942.
- 268 Stadler, Opfer, S. 335.
- 269 Details der 1941 zusammengestellten Sammelanklage sind entnommen: NKWD-Strafakte Franz Koubek; Stadler, Opfer, S. 306–320.
- 270 RZA, 495/80/558, Verzeichnis über die in Leningrad beschäftigten Genossen o.D.
- 271 Ebenda, Charakteristik, 20.6.1937.
- 272 Ebenda, Peter Wieden (= Ernst Fischer) an die Kaderabteilung, 17.6.1937.
- 273 Ebenda, 495/187/587, Unterlagen über Heinrich Robl.
- 274 Stadler, Opfer, S. 306.
- 275 RZA, 495/187/1197, KA Franz Koubek, Beurteilungsblatt des Leningrader Kollektivs, o.D.
- 276 ÖStA/AdR, F 47, PS Rußland, Karton 389, Zl. 176.352.
- 277 Ebenda, Zl. 184.284.
- 278 NKWD-Strafakte Franz Koubek, Verhörprotokoll vom 3.7.1941.

Schutzbund-Emigration – Opferschicksale

- 1 NKWD-Strafakte Alexander Lange, Bestätigung, 19.9.1937.
- 2 Ebenda, Protokoll der Hausdurchsuchung, 20.9.1937.
- 3 Ebenda, Staatsanwalt des Moskauer Militärkreises an den Vorsitzenden des NKWD in Gorki, 14.6.1937.
- 4 Ebenda.
- 5 Ebenda, Handschr. Vermerk des UKGB, 26.8.1967.
- 6 Ebenda, Verhörprotokolle vom 11.10.1937, Teil 1 und 2.
- 7 Ebenda, Erklärung von Alexander Lange, o.D.
- 8 Ebenda, Auszug aus dem Verhörprotokoll des Angeklagten A. Penninger vom 10.10.1937.
- 9 Ebenda, Beschlüsse vom 4.12.1937, 16.10.1938, 11.11.1938, 5.2.1940.
- 10 Mitteilung von Elfriede Leitner (Nichte).
- 11 Für das Überlassen mehrerer, ihren Vater betreffender Dokumente und Fotos dankt der Autor Frau Elisabeth Kauf.
- 12 Interview mit Elisabeth Kauf (Tochter); RZA, 495/187/508, KA Franz Pillich, Angaben über Franz Pillich von Bruno Pogatschnig (Leningrad), 25.10.1935; Nachlaß Franz Pillich, Autobiographie Franz Pillich (Beilage zum Ansuchen an Berija), 2.10.1939.
- 13 Interview mit Elisabeth Kauf.
- 14 RZA, KA Franz Pillich, Kadercharakteristik von Urban, o.D.
- 15 Ebenda, Fragebogen (19 Spalten).
- 16 Ebenda, Franz Pillich an die österreichische Sektion, 3.3.1937, mit Vermerk: zurückgestellt! Urban/Keller, 29.3.1937.
- 17 Interview mit Elisabeth Kauf; RZA, 495/80/437, Daten über die Emigranten im Lager Saaz (Liste des Weissel-Fonds).
- 18 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22./Gen, Karton 4974, Zl. 384–33/27–1936.
- 19 Nachlaß Franz Pillich, Gesuch Franz Pillichs an Berija, 2.10.1939.
- 20 Ebenda, Anklageschrift, Akte Nr. 50225, Zur Beschuldigung Pillich Franz Mateusowitsch nach Artikeln 58–2–6–9–11 des Strafgesetzes der RSFSR, o.D.
- 21 Brief Lew Kwin (Barnaul) an B. McLoughlin, 8.6.1992.
- 22 Interview mit Elisabeth Kauf.
- 23 Nachlaß Franz Pillich, Anklageschrift Franz Pillich.

- 24 Interview mit Elisabeth Kauf.
- 25 Lew Kwin an B. McLoughlin, 8.6.1992.
- 26 Lew Kwin an B. McLoughlin, 3.3.1992.
- 27 Interview mit Elisabeth Kauf.
- 28 RZA, KA Franz Pillich, Fürnberg an die Kaderabteilung, 19.10.1939; Auskunft von Below/Priworotskaja, 3.11.1939; Bogdanow (MOPR) an die Kaderabteilung, 29.10.1939; Below an Bogdanow, 14.10.1939.
- 29 NKWD-Strafakte Heinz Roscher, Verhörprotokoll vom 26.2.1938.
- 30 In den Fängen, S. 35f.
- 31 NKWD-Strafakte Heinz Roscher; Auskunft aus der Archivuntersuchungsakte Nr. 448975.
- 32 Ebenda, Auskunft aus der Archivuntersuchungsakte Nr. 22720 Theodor Beutling.
- 33 Ebenda, Auszug aus der Untersuchungsakte Kajetan Baumgartner.
- 34 Ebenda, Verhörprotokoll vom 13. Mai 1938.
- 35 Ebenda, Anklageschrift Roscher Hans (sic!).
- 36 Ebenda, Auszug aus NKWD-Protokoll Nr. 353.
- 37 Ebenda, russische Kopie: Marie Roscher an »Hochverehrte gnädige Frau« (Wien).
- 38 Ebenda, Beschluß: Leitung des KGB, 25.6.1956.
- 39 Ebenda.
- 40 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, Zl. 23.354/2a/58.
- 41 RZA, KA Heinz Roscher.
- 42 Ebenda.
- 43 NKWD-Strafakte Heinz Roscher, U. an Generalmajor S., 14.3.1963.
- 44 Ebenda.
- 45 Ebenda, Auskunft, 20.4.1963.
- 46 NKWD-Strafakte Josef Brüll, Verhörprotokoll (1), 31.3.1938.
- 47 Ebenda, Verhörprotokoll (2), 31.3.1938.
- 48 Ebenda, Verhörprotokoll, 10.5.1938.
- 49 RZA, KA Josef Brüll, Mitteilung o.D.
- 50 Ebenda, Stassowa an Tschernomordik 20.8.1936, mit Vermerk (27.8.1936) von Keller und Urban.
- 51 NKWD-Strafakte Josef Brüll, Anklageschrift, 31.3.1938.
- 52 Ebenda, Auszug aus dem Protokoll Nr. 353, 17.5.1938.
- 53 Ebenda.
- 54 RZA, KA Josef Brüll, Bericht, 24.7.1940.
- 55 NKWD-Strafakte Josef Brüll, Eduard Hofecker an Herrn Gurejew, 9.9.1955.
- 56 RZA, KA Josef Brüll, Mitteilung von Kopenig/Fürnberg, 29.9.1955.
- 57 NKWD-Strafakte Josef Brüll, Sowjetisches Außenamt an die Gefängnisabteilung des Innenministeriums, 26.10.1955.
- 58 Ebenda, WZSPS an Gefängnisabteilung, 18.10.1955; Gefängnisabteilung an 1. Sonderabteilung des Innenministeriums, 27.10.1955.
- 59 RZA, KA Josef Brüll, Ministerium des Inneren der UdSSR an Gen. Moschetow (ZK d. KPdSU), 4.2.1956.
- 60 NKWD-Strafakte Josef Brüll, Auszug vom 14.11.1955.
- 61 Ebenda, Bericht, 1.12.1955.
- 62 Ebenda, Sowj. Außenamt an den KGB, 14.12.1955.
- 63 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, Zl. 147.232-2/56.
- 64 NKWD-Strafakte Josef Brüll, Hauptverwaltung der Miliz, Schein Nr. 007316.
- 65 Ebenda, Berufungsantrag, 9.4.1956.
- 66 Ebenda, Oberster Gerichtshof, Erkenntnis Nr. 4n-07094/56, 18.8.1956.
- 67 RZA, KA Josef Brüll, ZK der KPÖ ans ZK der KPdSU, 7.10.1958.

- 68 Ebenda, Tschesnokow an Moschetow, 23.10.1958.
- 69 RZA, 495/187/3022, KA Eduard Lange (Ricker), Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der IKK am 15.12.1936, Vortrag Keller; ebenda, Ladungsschein der IKK an Ricker, o.D.; ebenda, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der IKK am 15.12.1936, datiert 26.1.1937.
- 70 Ebenda, 495/187/1237, KA Alexander Lange, Below (Kaderabteilung) an Poljatschek, 10.8.1937.
- 71 Wenn nicht anders angeführt, stützen sich die Lebensdaten von Lange auf die von ihm geschriebenen bzw. ausgefüllten Bogen in: Ebenda, KA Eduard Lange, ILS-Aufnahmekartei, 11.9.1935; ILS-Fragebogen, 15.9.1935; Autobiographie, Februar 1935; Protokoll der Parteiversammlung (ILS) über Ricker Hans am 9.12.1936; Fragebogen, 15.12.1936; Tatsachenbericht, 4.9. 1934.
- 72 Vgl. dazu: Friedrich Berg (= Friedrich Strindberg), *Die Weiße Pest*, Wien 1926.
- 73 Ebenda, S. 37ff.
- 74 Fritz, Stationen, S. 80ff.
- 75 RZA, KA Eduard Lange, Brief Löberbauer an die KPÖ/EKKI, 9.12.1935.
- 76 ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Karton 5106, Zl. 260.381.
- 77 Zur Gerichtsverhandlung siehe: *Welser Zeitung*, 7.7.1933, S. 14.
- 78 Vgl. dazu: *Rieder Volkszeitung*, 12.7.1933, 19.7.1933, 2.8.1933.
- 79 Zu den Februarkämpfen im Welser Bezirk und Stadl Paura siehe: DÖW, Peter Kammerstätter, *Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes am 12. Februar 1934 in Oberösterreich* (Materialien), S. 832, 1720–1740; RZA, KA Eduard Lange, Tatsachenbericht, 4.9.1934.
- 80 DÖW, Kammerstätter Materialien, S. 840 (Aussage Roman Gillesberger).
- 81 Ebenda, S. 1736ff.
- 82 Ebenda, S. 1736.
- 83 Mitteilung von Elfriede Leitner, der Tochter von Eduard Lange.
- 84 Fritz, Stationen, S. 91ff. Vgl. dazu: VGA, ALÖS, Mappe 137, Bericht Karl Jakubetz an die SAI, Zürich, 19.2.1934.
- 85 RZA, KA Eduard Lange, Bericht von Fritz und Lange, o.D.
- 86 Ebenda.
- 87 Ebenda.
- 88 Ebenda, Protokoll der Parteiversammlung (ILS), 9.12.1936.
- 89 Eduard Lange an seine Frau, 17.1.1935. An dieser Stelle möchte ich mich bei Frau Elfriede Leitner, der Tochter von Eduard Lange, für ihre Kooperationsbereitschaft sowie für die Überlassung der Korrespondenz zwischen ihren Eltern bedanken.
- 90 Eduard Lange an seine Frau, 12.5.1935.
- 91 RZA, KA Eduard Lange, Großmann an die Kaderabteilung, 10.9.1935.
- 92 Ebenda, Auszug aus dem Protokoll der Mandatskommission der ILS, Protokoll Nr. 30, Punkt 11, 20.9.1935.
- 93 Ebenda, Über den Studenten im österreichischen Sektor der ILS Ricker Hans, 22.10.1936.
- 94 Ebenda, Fragebogen, ausgefüllt am 15.9.1935. 1933–34 wurde die Heimwehr als Hilfspolizei mehrmals eingesetzt, insbesondere während der Februarkämpfe.
- 95 Ebenda, Bl. 24, o.D.
- 96 Ebenda, Karl Löberbauer (Charkow), an die KPÖ/EKKI, 9.12.1935.
- 97 Ebenda, Auskunft über Ricker Hans, 11.7.1936.
- 98 Ebenda, 531/1/106/, Bl. 1, 2.
- 99 Ebenda, Bl. 34, Liste der Studenten nach Land. Stand: 7.4.1936.
- 100 Ebenda, KA Eduard Lange, Charakteristik o.D..
- 101 Ebenda, Stellungnahme von »Franz Otto«, 13.7.1936.

- 102 Ebenda, Notizen von Keller über die Aussage des Gen. Adam, 5.7.1936. Dabei ging es vornehmlich um Verstöße gegen Konspirationsregeln, z.B. Übernachtung außerhalb der Schule, Nichtanmeldung einer zufälligen Begegnung mit Schutzbündlern in den Straßen Moskaus usw. Eine undatierte Richtigstellung zu den Vorwürfen aus Langes Feder befindet sich auch in der Kaderakte.
- 103 Ebenda, Notizen über Ricker Hans, 14.6.1936.
- 104 Ebenda, Bericht Keller, 23.9.1936.
- 105 Ebenda.
- 106 Ebenda, Aussage von Ricker Hans, datiert 27.10.1936, von Keller und Martha Stark geschrieben.
- 107 Ebenda, Kirsanowa an die OSS des EKKI, 19.11.1936.
- 108 Im ersten Brief an seine Frau (siehe Anmerkung 89) erwähnte Lange das Wiedersehen mit der Familie Löberbauer.
- 109 RZA, KA Eduard Lange, Protokoll über die Besprechung mit Gen. Ricker vom 28.11.1936. (Handschr. Vermerk: »Ein nicht genaues, vor allem unvollständiges Protokoll. Rbt.« (Robert bzw. Keller = Täubl), 14.12.1936)
- 110 Mitteilung von Prof. Peter Kammerstätter.
- 111 RZA, KA Eduard Lange, Protokoll der Parteiversammlung vom 9. Dezember 1936 des Zirkels II über Ricker Hans.
- 112 Ebenda, Keller an Kirsanowa, 3.12.1936.
- 113 Ebenda, Alichanow an Kirsanowa, 9.12.1936.
- 114 Ebenda, Handschriftl. Vermerk.
- 115 Ebenda, Keller, 10.12.1936. Zur Weiterleitung an NKWD. Auch eine russische Version des Protokolls der Parteiversammlung über Lange erging an das NKWD. (Ebenda, Alichanow an Korniljow, 14.12.1936.)
- 116 Ebenda, An das ZK der KPÖ: Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der IKK vom 15.12.1936, ausgestellt am 25.1.1937.
- 117 Ebenda, Protokollarische Niederschrift der Sitzung der IKK vom 15.12.1936.
- 118 Ebenda, Keller an das ZK/MOPR, z.H. Gen. Stassowa, 22.12.1936.
- 119 Ebenda, Keller an das ZK/MOPR, 21.1.1937.
- 120 Ebenda, Kirsanowa an den Verbindungsdienst des EKKI, 25.12.1936; Alichanow an ZK/MOPR, 27.12.1936; Keller an den Verbindungsdienst des EKKI, 7.1.1937; Wieden (= Ernst Fischer) an den Verbindungsdienst des EKKI, 19.1.1937; Fragebogen zur Ausstellung einer Aufenthaltsgenehmigung, 7.1.1937.
- 121 Ebenda, Keller, 26.1.1937, Zur Weiterleitung an das NKWD.
- 122 Ebenda, 531/1/227, Einschätzung der Studenten von R. Pohl, 17.6.1937
- 123 RZA, 495/187/826, KA Gustav Deutsch, Gustav und Agnes Deutsch an Gen. Großmann, 30.1.1935.
- 124 Ebenda, Auskunft der Kaderabteilung, 24.7.1940; Leopold Spira, Agnes und Gustav Deutsch, in: Memorial (Hrsg.), Österreichische Stalin-Opfer, Wien 1990, S. 63.
- 125 RZA, KA Gustav Deutsch, Autobiographie, 24.9.1936.
- 126 Ebenda, Auskunft, 24.7.1940.
- 127 Spira, Agnes und Gustav Deutsch, S. 63.
- 128 RZA, KA Gustav Deutsch, Agnes und Gustav Deutsch an das ZK der KPÖ, Moskau, 19.12.1934.
- 129 DZZ, 6.2.1935.
- 130 RZA, KA Gustav Deutsch, Autobiographie, 24.9.1936; ÖStA/AdR, BKA/ Inneres, 22/Gen, Zl. 339.318/GD35, 358.119/GD35, 324.666/GD35, 356.973/ GD36, 305.789/GD36.
- 131 Wie Anmerkung 129.

- 132 RZA, KA Gustav Deutsch, »Zur Erklärung von Gustav und Agnes Deutsch« von Körner-Schmidt, o.D.
- 133 Ebenda, Gustav und Agnes Deutsch an »Werter Genosse«, 18.2.1935.
- 134 Siehe die Einladung von Großmann zur Klubveranstaltung, in: Ebenda, Großmann an Gustav Deutsch, 20.1.1935.
- 135 Ebenda, Agnes und Gustav Deutsch an Großmann, 30.1.1935.
- 136 Ebenda, Großmann an die Kaderabteilung EKKI, 2.7.1935; Keller an das Parteikomitee in Woronesch, 20.10.1935; Krajewski (Kaderabteilung EKKI) an das Parteikomitee der Eisenbahnverwaltung in Woronesch, 1.2.1935; Krajewski an das ZK der WKP/b, 9.12.1935.
- 137 Ebenda, Fragebogen für die Überführung in die KPdSU, Gustav Deutsch, 3.7.1936.
- 138 Ebenda, Parteikomitee der Eisenbahnverwaltung in Woronesch an die Kaderabteilung EKKI, 16.2.1935.
- 139 DZZ, 15.11.1936.
- 140 DZZ, 29.12.1936.
- 141 RZA, KA Gustav Deutsch, Rehabilitierungsanspruch des MKOG, 17.3.1956.
- 142 Ebenda, Ansuchen von Agnes Deutsch an den Obersten Prokurator der UdSSR, 30.7.1939.
- 143 Ebenda, 495/187/31, KA Ernst Fischer, »Schany« (= Johann Stöckler) an Ruth (Fischer), o.D.; ebenda, Ernst Fischer an Dimitrow, 9.8.1939.
- 144 Ebenda, KA Gustav Deutsch, Fürnberg an Dimitrow, 24.1.1940.
- 145 Fischer, Erinnerungen, S. 18–21.
- 146 RZA, KA Gustav Deutsch, MKOG an das UKGB f. Gebiet Magadan, 6.4. 1956.
- 147 Peter Huber, Stalins Schatten in der Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern, Zürich 1994, S. 192f.; Spira, Agnes und Gustav Deutsch, S. 66.
- 148 RZA, 495/187/17, KA Johann Kopenig, Meine Tätigkeit in der Zeit von 1932 bis 1945, 7.4.1945.
- 149 Interview mit Dr. Franz David.
- 150 RZA, 495/175/34, Bl. 150fL, Liste der verhafteten Österreicher, 9.12.1940.
- 151 Fischer, Erinnerungen, S. 358.
- 152 Ebenda, S. 359.
- 153 Ebenda.
- 154 Ebenda, S. 365.
- 155 Siehe dazu: Fridrich I. Firsow, Die Säuberungen im Apparat der Komintern, in: Weber/Starets, Kommunisten, S. 37–51.
- 156 RZA, Personenmappe Julius Czagran, Kopenig an die Kaderabteilung, 2.4. 1942.
- 157 Ebenda, 495/73/122, Below (Stellv. Leiter der Kaderabteilung) an Tatarjenko (Sekretär von Dimitrow), 20.3.1941.
- 158 Ebenda, 495/80/558, Protokoll der Polbüro-Sitzung vom 16.1.1940.
- 159 Ebenda, 495/187/1937, Brief an die Kaderabteilung, 24.1.1940.
- 160 Ebenda, 495/187/826 KA Gustav Deutsch, Guljajew (Leiter der Kaderabteilung) an Prokurator Pankratjew, 29.1.1940.
- 161 Ebenda, Prokurator Botschkow an Guljajew, 18.6.1941. Mit handschriftlichem Vermerk: »An Genin. Priworotskaja, Gen. Kopenig mitteilen.«
- 162 Ebenda, 495/187/1937.
- 163 Ebenda, 495/73/88, Kopenig/Fürnberg/Schilling an Dimitrow, 19.4.1940.
- 164 Ebenda, 495/187/1468, KA Hans Jellinek, Fürnberg an die Kaderabteilung, 28.1.1940.
- 165 Mitteilung von Ruth von Mayenburg.
- 166 RZA, 495/73/88, Priworotskaja an Tatarjenko, 21.4.1940.

- 167 Ebenda, Kopie der Beurteilung der wissenschaftlichen Arbeit Quittners durch Prof. Walter, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, 21.4.1940.
- 168 Ebenda, Dimitrow an Prokurator Pankratjew, 22.4.1940.
- 169 Max Stern, Geschichte wird gemacht. Vom Lehrlingsstreik 1919 zum Freiheitsbataillon 1945, Wien 1988, S. 40–42.
- 170 RZA, 495/73/88, Prokurator Pankratjew an Dimitrow, 11.5.1940.
- 171 Den Fall Quittner behandelte der Komintern-Forscher Fridrich Firsow in einem damals (1989) sensationellen Bericht. Siehe: Fridrich Firsow, Mut gegen Ungesetzlichkeit. Dokumente aus der Komintern über den Kampf für die Rettung von Kommunisten und Internationalisten vor stalinschen Repressalien, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (Prag), 32. Jg., Heft 7/1989, S. 998–1003 (Deutsche Ausgabe für Österreich, BRD, Schweiz). In der DDR-Ausgabe durfte der Artikel erst nach der Entmachtung Erich Honeckers erscheinen.
- 172 RZA, 495/187/31, KA Ernst Fischer, »Schany« (= Alexander Stöckler) an »Liebe Ruth!« (= Ruth Fischer), o.D.
- 173 Ebenda, 495/187/1626, KA Falk-Reitman, Fürnberg an die Kaderabteilung, 25.7.1938, 1.10.1939.
- 174 Ebenda, 495/187/1937.
- 175 Ebenda, 495/73/122, Fürnberg an Dimitrow, 17.1.1941.
- 176 Ebenda, Tatarjenko an Staatsanwalt Botschkow, 31.1.1941.
- 177 Ebenda, Guljajew an Dimitrow, 1.2.1941.
- 178 Mitteilung von Dr. Dora Vingron (geb. Jellinek).
- 179 Dr. Vingron ist der Meinung, ihre Mutter sei sofort nach der Verhaftung von Hans Jellinek zu Fürnberg ins Hotel »Lux« geeilt. Warum Fürnberg seine Kenntnisnahme von der Verhaftung fünf Tage später ansetzte, ist rätselhaft. Vielleicht hatte er in der Zwischenzeit mit sich gerungen oder wollte übervorsichtig handeln.
- 180 RZA, 495/74/11, Fürnberg an Dimitrow, 15.10.1938.
- 181 Ebenda, 495/187/1468, KA Hans Jellinek, Auskunft, unterschrieben von Fürnberg und Hexmann am 10.11.1938.
- 182 Ebenda, 495/74/11, Erna Jellinek an Dimitrow, 17.10.1938.
- 183 Ebenda, Andrejew (Kaderabteilung) an Dimitrow, 14.11.1938.
- 184 Ebenda, Tatarjenko an Berija, 4.12.1938.
- 185 Ebenda, Handschr. Notiz von Tatarjenko.
- 186 Ebenda, 495/187/1468, KA Hans Jellinek, Fürnberg an die Kaderabteilung, 14.8.1939; Ernst Fischer an die Kaderabteilung, 20.8.1939.
- 187 Ebenda, Guljajew an Pankratjew, 21.8.1939.
- 188 Ebenda, Fürnberg an die Kaderabteilung, 28.1.1940. Darin wurde das Strafausmaß mit sechs Jahren angegeben. Tatsächlich lautete das Urteil auf acht Jahre wegen »Spionage«.
- 189 Ebenda, Fürnberg an die Kaderabteilung, 29.7.1940.
- 190 NKWD-Strafakte Hans Jellinek, 1. Spez. Abteilung des NKWD (Moskau) an das GULag in Norilsk, 28.1.1941; Sekretariat der OSO an das NKWD in Swerdlowsk, 8.5.1943.
- 191 Ebenda, (?) an Gen. Filipow (Moskau), 9.11.1946.
- 192 Mitteilung von Dr. Dora Vingron.
- 193 Dabei handelte es sich um Bernard Koenen (Parteiame: Heinrich Stafford) sowie Paul Schwenk (Parteiame: Paul Scherber). Den KI-Apparatmann Schwenk entließ man am 13.1.1941, den KPD-Führer Koenen, der zwischen 1937 und 1939 zweimal verhaftet wurde, etwas später aus der Haft. Siehe dazu: In den Fängen, S. 119, 219.
- 194 RZA, 495/73/88, Pieck an Dimitrow, 19.11.1940.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

1) Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der Neuesten Geschichte (RZA), Moskau.

Komintern-Archiv

a) *Sekretariat Manuïlski*

495/10a: 300, 301, 391, 398, 401, 409, 412.

b) *Sekretariat Ercoli (Togliatti)*

495/12: 26.

c) *Sekretariat Gottwald*

495/13: 13.

d) *Sekretariat Dimitrow*

495/73: 49, 56, 58, 72, 88, 93, 107, 110, 113, 116, 122, 191, 205, 210, 211, 212, 215.

495/74: 5, 6, 9, 10, 11, 13, 15, 16, 21, 22.

e) *Antifa-Schulen im Zweiten Weltkrieg*

495/77: 12.

f) *Kommunistische Partei Österreichs*

495/80: 413, 431, 432, 435, 436, 437, 447, 449, 482, 554, 556, 557, 558, 593.

g) *EKKI-Beschlüsse betr. KPÖ*

495/175: 34.

h) *Kaderakten österreichischer Kommunisten*

495/187: über etwa 300 Personen.

i) *Kommunistische Universität der Minderheiten der Völker des Westens (KUNMS)*

529/1: 497.

529/2: 39.

j) *Internationale Lenin-Schule (MLS/ILS)*

531/1: 31, 106, 117, 131, 143, 146, 227, 228, 230, 237, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 263, 277.

531/2: 665.

k) *Kommunistische Jugend-Internationale (KIM)*

533/1: 209, 213.

533/10: 71, 77, 81, 84, 86, 87, 89, 90, 93, 96, 101, 106, 112, 114.

l) *Internationale Rote Hilfe (MOPR)*

539/3: 254 bis 279.

539/4: 109, 112.

2) NKWD-Strafakten aus den Archiven des Sicherheitsministeriums der Russischen Föderation (AMBFR)

Friedrich Aust, Josef Bauer, Josef Brüll, Ferdinand Eygruber, Karl Hübsch, Hans Jelínek, Franz Jurica, Eduard Keipert, Franz Koritschoner, Franz Koubek, Alexander Lange, Eduard Lange, Anna Maché, Paul Meisel, Karl Nebenführ, Anna Puschek, Julius Puschek, Anton Rechberger, Heinz Roscher, Robert Schneider, Josef Sladek, Viktoria Sladek, Josef Taschner, Erna Wengels, Johann Wierländler.

3) Sonderarchiv, Moskau

Manuskript Ludwig Carhoun.

4) Staatliches Archiv der Russischen Föderation (GARF), Moskau

a) Facharbeiter und Arbeiterdelegationen

5451/13a: 10, 49, 50, 105, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 194, 297, 363, 384, 391, 397, 403, 422, 423, 435, 441, 442, 443, 445, 447, 456, 460, 475, 482, 485, 487, 488, 489, 490, 491, 495, 496, 501, 523, 526, 538, 656.

b) Betreuung der Schutzbündler

5451/19: 585.

5) Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Wien

ALÖS, Mappen 140 bis 157.

Protokolle der Parteivorstandssitzungen 1925–1928, 1931–1933.

6) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien

a) Manuskripte:

Erinnerungen: Lilli Beer-Jergitsch, Hilda Koplenig, Otto Fischer; Materialien zum Schutzbundaufstand in Oberösterreich, 3 Bde., zusammengetragen von Prof. Peter Kammerstätter; Dr. Wilhelm Petri, Der Feberaufstand in Floridsdorf.

b) Akten:

Über österreichische Politemigranten in der UdSSR (ca.120).

c) Spanienkämpferkartei.

7) Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (ÖStA/AdR), Wien

a) Bundeskanzleramt/Inneres:

Wanderungsamt

20/1

20/1c

22 /Gen.

22/Bundesländer.

b) Neues Politisches Archiv

RS 15, F47 Russland

RS 15, 30/Verhaftungen.

8) Archiv der KPÖ, Wien

a) Mikrofilme 101–103.

b) Korrespondenz zwischen F. Hexmann (Moskau) und Kaderabteilung der KPÖ, 1946–1947.

c) Blaue Kartei.

d) Liste der Heimkehrer nach Österreich, 9.12.1940.

9) Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Bonn

a) Verzeichnis der Akten der früheren deutschen Botschaft Moskau

b) Pol. V, Politik Rußland 1941, Akten betr. Auswanderungswesen

- c) Pol. V, Rußland: Vernehmungsprotokolle
- d) Akten betr. Haftliste Moskau

10) Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMBA), Berlin

- a) Kommunistische Partei Deutschlands, Zentralkomitee
- b) SED, Zentralkomitee. Kaderfragen
- c) EA. Bestand: Erinnerungen
- d) NL 36 (Nachlaß Wilhelm Pieck)
- e) NL 51 (Nachlaß Max Hoelz)

11) Literaturarchiv der Akademie der Künste der DDR, Berlin

Nachlaß Hugo Huppert

12) Nachlässe

Alois Bauer (Manuskript)
Leopoldine Münichreiter
Franz Pillich

13) Interviews

Alice Angst, Bruno Czermak, Anna D., Leonardo Damiano, Franz David, Lajos Falusi, Martin Grünberg, Friedrich Hexmann, Laurenz Hiebl, Käthe Hübsch, Franz Jurica, Elisabeth Kauf, Hilde Kopleng, Josef Kormout, Trude Kurz, Fritz Lauscher, Adolf Macek, Leo Maché, Theodor Maller, Albin und Marie Mayr, Josef Meisel, Karl Münichreiter, Ulrich Nebenführ, Elisabeth Osche-Essmann, Rosa Puhm, Julius Puschek, Genia Quittner, Erna Rausch, Rosa Reitmann, Anton und Hedwig Sandmann, Anton Schneider, Georg Scheuer, Rudolf Spirik, Valentin Strecha, Ljubica Uccusic, Martha Waldbrunner, Karl Wierländner, Erich Wolf, Erwin Zucker-Schilling.

II. Gedruckte Quellen

1) Zeitgenössische Zeitschriften, Zeitungen

Der Abend, Wien: Jg. 1926, 1931.

Arbeiter Illustrierte Zeitung (AIZ), Prag:

Jg. 1934.

Arbeiter-Stimme. Zentralorgan der KPÖ (Opposition), Wien:

Jg. 1930–1931.

Arbeit und Wirtschaft, Wien: Jg. 1926.

Arbeiter-Zeitung. Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs, Wien:

Jg. 1924–1927, 1931.

Deutsche Zentral-Zeitung, Moskau (DZZ):

Jg. 1934 (unvollständig), 1935, 1936, 1937, 1938, 1939.

Deutschösterreichische Tageszeitung, Wien: Jg. 1931.

Finanznachrichten, Wien: Jg. 1931.

Der Gegenangriff. Antifaschistische Wochenzeitschrift, Prag:
Jg. 1935.

Hammer und Pflug. Organ der Republikanischen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer Österreichs, Wien: Jg. 1925.

Internationale Presse-Korrespondenz für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Berlin/Wien:
Jg. 1932.

Neues Wiener Tagblatt: Jg. 1926.

Neunkirchner Bezirksbote: Jg. 1931.

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Wien/Prag/Paris:
Jg. 1925, 1926, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938.

Die Kommunistische Internationale, Moskau:
Jg. 1927, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939.

Der Kriegsteilnehmer. Organ der Republikan. Reichsvereinigung ehem. Kriegsteilnehmer und der Kriegsoffer Österreichs, Wien: Jg. 1924.

Das Neue Dorf/Die Wahrheit (DND), Charkow:
Jg. 1934, 1935, 1936.

Reichspost, Wien: Jg. 1935.

Der RH-Aktivist, Moskau:
Jg. 1935.

Rieder Volkszeitung: Jg. 1933.

Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien:
Jg. 1925–1933.

Rote Zeitung, Leningrad (RZL):
Jg. 1934, 1935, 1936.

Rundschau, Basel:
Jg. 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939.

Weg und Ziel, Theoretisches Organ der KPÖ, Wien: Jg. 1991.

Welser Zeitung: Jg. 1933.

2) Protokolle, Tätigkeitsberichte, Quelleneditionen, Werkausgaben, zeitgenössische Reiseberichte und Reportagen, Kampf- und Propagandaschriften, programmatische Texte, Statistiken

Die Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion. Aus Berichten und Artikeln, Hamburg 1926.
Otto Bauer. Werkausgabe, Bd. 6, Wien 1979.

Friedrich Berg (= Friedrich Strindberg), *Die Weiße Pest*, Wien 1926.

66 österreichische Arbeitersportler berichten über die Sowjetunion. Bericht der österreichischen Besucher der Moskauer Spartakiade 1928, Wien 1928.

Agnes Deutsch, *Schutzbündler in der Sowjetunion*, Straßburg 1937.

Julius Deutsch, *Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen*, Karlsbad 1934.

Otto Deutsch, *Das Räderwerk des Roten Betriebs. Eine Studienfahrt durch die Wirtschaft Sowjet-Rußlands*, Wien/Leipzig 1929.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Für Spaniens Freiheit. Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936–1939*, Wien 1986.

Ernst Ertl, *Werkmeister im »Paradies«*. 4 Jahre Traktorenwerk Charkow, Berlin/Leipzig 1937.

Friedrich I. Firsov, *Mut gegen Ungesetzlichkeit. Dokumente aus der Komintern über den Kampf für die Rettung von Kommunisten und Internationalisten vor stalinischen Re-*

- pressalien, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (Prag), 32. Jg., Heft 7/1989, S. 998–1003 (Deutsche Ausgabe für Österreich, BRD, Schweiz).
- Fritz Funk, 3 Jahre unter Hammer und Sichel, Berlin 1933.
- Heimkehrer Erzählen, Wien 1935.
- Im Lande der befreiten Arbeiter und Bauern. Bericht der ersten österreichischen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland, Berlin 1926.
- Kajetan Klug, Die größte Sklaverei der Weltgeschichte. Tatsachenbericht aus den Strafgerichten der GPU. Aufgezeichnet von Karl Neuscheler, Berlin 1941.
- Kommunistische Internationale. Erweiterte Exekutive (März/April 1925). Thesen und Resolutionen, Hamburg 1925.
- Kurt Krupinski (Hrsg.), Rückkehrer berichten über die Sowjetunion, Berlin 1942.
- W. I. Lenin, Briefe, Bd. 4 (August 1914 – Oktober 1917), Berlin (DDR) 1967.
- Reinhard Müller (Hrsg.), Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek bei Hamburg 1991.
- Parteitag 1927. Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten vom 29. Oktober bis 1. November 1927 im Ottakringer Arbeiterheim in Wien, Wien 1927.
- Protokoll der 3. Reichskonferenz der kommunistischen Partei Deutschösterreichs am 7. und 8. Dezember 1919, Wien 1920.
- Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921.
- Protokoll des Fünften Parteitages der Kommunistischen Partei Österreichs. Vom 24. bis 27. März 1922, Wien 1922.
- Ratschläge für Auswanderer nach der Sowjetunion, Hrsg. vom Bundeskanzleramt (Wanderungsamt). Merkblatt 100, Wien 1932.
- A. Rudolf (= Raoul Laszlo), Fünfzehn Arbeiterdelegierte in der Sowjetunion, Moskau (Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR) 1932.
- Ders., Drei Jahre Sowjet-Union, Wien/Leipzig 1936.
- Russland. Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation nach Rußland und dem Kaukasus im November und Dezember 1924, Berlin 1925.
- Von einem Schutzbündler (Robert Gronemann/Julius Deutsch), Floridsdorf in den Februar-kämpfen 1934, Karlsbad 1935.
- J. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947.
- Statistisches Handbuch für die Republik Österreich (1927 – 1936).
- Tätigkeitsbericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale 1925 – 1926. Ein Jahr Arbeit und Kampf, Hamburg 1926.
- Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1925.
- Leo Trotzki, Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie?, in: Leo Trotzki. Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Band 1.2. (1936 – 1940), Hamburg 1988.
- Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschösterreichs. Tätigkeitsbericht über das Jahr 1931, Wien 1932.
- S. Weinberg, Hier geht die Zeit schneller. Ein amerikanischer Arbeiter in der Ersten Moskauer Uhrenfabrik, Moskau 1934.
- Zweimal auf der Flucht. Nach Rußland geflüchtete und freiwillig zurückgekehrte ehemalige Schutzbündler berichten über ihre Erlebnisse, Wien 1936.

III. Literatur

- Rene Ahlberg, Stalinistische Vergangenheitsbewältigung. Auseinandersetzung über die Zahl der GULAG-Opfer, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 42. Jg., Heft 11, November 1992, S. 921–937.
- Karl I. Albrecht, Der verrätene Sozialismus, Berlin/Leipzig 1943.
- Anneliese Aigner, Die Entwicklung des Außenhandels zwischen Österreich und der Sowjetunion, Dipl. Arbeit Wien 1991.
- Grant Apressjan, Ein Recht auf ehrendes Gedenken, in: *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 29/1989.
- Leonid G. Babitschenko, Die Kaderschulung der Komintern, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 1993, S. 37–59.
- Gerhard Bisovsky/Hans Schafranek/Robert Streibel (Hrsg.), Der Hitler–Stalin-Pakt. Voraussetzungen, Hintergründe, Auswirkungen, Wien 1990.
- Kees N. Boterbloem, Einige Aspekte der stalinistischen »Säuberungen« in der russischen Provinz, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1993, S. 60–81.
- Vera Brodskaja, Lenin and the Mensheviks. The Persecution of Socialists under Bolshevism, 1987.
- Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Stuttgart 1958.
- Alfred Burmeister (= Wanda Bronska-Pampuch), Der Aufstand von Kingir, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B XXII/56, 30.5.1956, S. 333ff.
- Michail Iwanowitsch Burzew, Einsichten, Berlin (DDR) 1985.
- Paul Carell, Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Rußland, Frankfurt a. M./Berlin 1963.
- David Caute, The Fellow-Travelers. A Postscript to the Enlightenment, London 1973.
- Robert Conquest, Am Anfang starb Genosse Kirow. Säuberungen unter Stalin, Düsseldorf 1970.
- Ders., Kolyma. The Arctic Death Camps, London 1978.
- Ders., Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929 – 1933, München 1988.
- Ders., The Great Terror, London 1990.
- David J. Dallin/Boris Nikolaevsky, Zwangsarbeit in Sowjetrußland, Wien o.J. (1948).
- Julius Deutsch, Ein Weiter Weg, Zürich/Leipzig/Wien 1960.
- Isaac Deutscher, Trotzki. II. Der unbewaffnete Prophet 1921 – 1929, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972.
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes/Institut für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.), Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, Bd. 1: Arbeiterbewegung, Wien/München o.J. (1985).
- Hans Magnus Enzensberger, Dossier: Revolutions-Tourismus, in: *Kursbuch* Nr. 30, Dezember 1972, S. 160f.
- Exil in der UdSSR (Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933 – 1945, Band 1/I), Leipzig 1989.
- Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch. Band 1: Stalin und die Intellektuellen und andere Themen. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung, München 1983.
- Donald Filtzer, Soviet Workers and Stalinist Industrialization. The formation of modern Soviet production relations, 1928–1941, London/Sydney/Dover/New Hampshire 1986.
- Fridrich I. Firsov, Die Säuberungen im Apparat der Komintern, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz, *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993, S. 37–51.
- Ernst Fischer, Erinnerungen und Reflexionen, Reinbek bei Hamburg 1969.

- Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt a.M. o.J. (1950).
- Walter Fischer, Kurze Geschichten aus einem langen Leben, Mannheim 1986.
- Marcello Flores, L'immagine dell'URSS. L'Occidente e la Russia di Stalin (1927 – 1956), Milano 1990.
- Karl Frick, Umdenken hinter Stacheldraht. Österreicher in der UdSSR (= Monographien zur Zeitgeschichte. Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes), Wien/Frankfurt a.M./Zürich 1967.
- Margit Frischauer, Auseinandersetzungen und Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten vom 15. Juli 1927 bis zum 12. Februar 1934. Phil. Diss., Wien 1976.
- Heinrich Fritz, Stationen meines Lebens, Wien 1990.
- Bernhard Furler, Augen-Schein. Deutschsprachige Reisereportagen über Sowjetrußland 1917 – 1939, Frankfurt a.M. 1987.
- J. Arch Getty, Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938, Cambridge 1985.
- Ders./Roberta T.Manning (Hrsg.), Stalinist Terror. New Perspectives, Cambridge 1993.
- Ders./Gabor T. Rittersporn/Viktor N. Zemskov, Victims of the Soviet Penal System in the Pre-War Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence, in: The American Historical Review, No. 98, 4/1993, S. 1017–1049.
- Wendy Goldman, Women, the State and Revolution. Soviet Family Policy and Social Life, Cambridge 1993.
- Helene Golniza, Im Angesicht der Todesengel Stalins, Mattersburg 1989.
- Andrea Graziosi, Foreign workers in Soviet Russia, 1920–1940: Their experience and their legacy, in: International Labour and Working Class History, Nr. 33, 1988, S. 38–59.
- Lea Große, Eine Inventur, Berlin (DDR) 1982.
- Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1971.
- Ders., Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–24, Wien/Zürich 1987.
- Beatrix Herlemann, Der deutschsprachige Bereich an den Kadernschulen der Kommunistischen Internationale, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Heft 2/1982, S.205–229.
- Heinz Hoffmann, Mannheim. Madrid. Moskau. Erlebtes aus drei Jahrzehnten, Berlin (DDR) 1986.
- Ders., Moskau–Berlin. Erinnerungen an Freunde, Kampfgenossen und Zeitumstände, Berlin (DDR) 1989.
- Paul Hollander, Political Pilgrims. Travels of Western Intellectuals to the Soviet Union, China and Cuba 1928 – 1978, New York/Oxford 1981.
- Peter Huber, Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern, Zürich 1994.
- Ders./Hans Schafranek, Stalinistische Provokationen gegen Kritiker der Moskauer Schaulprozesse, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Von der Utopie zum Terror, Wien 1994.
- Hugo Huppert, Schach dem Doppelgänger, Halle/Leipzig 1979.
- In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Hrsg. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991.
- Alexander Jakowlew, Blutige Vergangenheit, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1993, Berlin 1993.
- Stefan Karner, Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Wien/München 1995.
- Fritz Keller, Gegen den Strom. Fraktionskämpfe in der KPÖ – Trotzlisten und andere Gruppen 1919–1945, Wien 1978.

- Gerd Koenen, Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao, Castro ... Sozialistischer Personenkult und seine Sängere. Von Gorki bis Brecht – von Aragon bis Neruda, Frankfurt a.M. 1987.
- Arthur Koestler/Ignazio Silone/Richard Wright/André Gide/Louis Fischer/ Stephen Spender, Ein Gott, der keiner war, Zürich/Stuttgart/Wien 1950.
- Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte, Band 2, Wien 1984.
- Gerda M. Krautter, Wie ich Russland erlebte, Hamburg 1948.
- Karl Kröhnke, Lion Feuchtwanger – Der Ästhet in der Sowjetunion. Ein Buch nicht nur für seine Freunde, Stuttgart 1991.
- Fred Kupfermann, Au Pays des Soviets. Le voyage français en Union soviétique 1917 – 1939, Paris 1979.
- Hiroaki Kuromiya, Stalin's Industrial Revolution. Politics and Workers, 1928–1932, Cambridge 1988.
- Inez Kykal/Karl R. Stadler, Richard Bernaschek, Odyssee eines Rebellen, Wien 1976.
- Hans Landauer, Weg und Blutzoll der österreichischen Spanienkämpfer in den Jahren 1939 – 1945, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Jahrbuch 1988, Wien 1988, S. 148–162.
- Ders., Wien–Moskau–Madrid. Die Odyssee österreichischer Schutzbündler, 1934–45, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Jahrbuch 1990, Wien 1990, S. 76–88.
- Walter Laqueur, Stalin. Abrechnung im Zeichen von Glasnost, München 1990.
- Susanne Leonhard, Gestohlenes Leben. Als Sozialistin in Stalins GULag, Frankfurt a.M. 1988 (6. Auflage).
- Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, München 1979.
- Ders., Spurensuche. 40 Jahre nach »Die Revolution entläßt ihre Kinder«, Köln 1992.
- Ders., Der Schock des Hitler–Stalin–Paktes. Erinnerungen aus der Sowjetunion, Westeuropa und USA, Freiburg 1986.
- Elinor Lipper, Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich 1950.
- Raimund Löw, Otto Bauer und die russische Revolution. Mit einem Vorwort von Eduard März, Wien 1980.
- Peter Lübke, Kommunismus und Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1978.
- Leo Maché, Die Familie Suniza-Maché, in: Memorial (Hrsg.), Österreichische Stalin-Opfer, Wien 1990, S. 11–20.
- Robert Maier, Die Stachanow-Bewegung, Stuttgart 1990.
- S. Margulies, The Pilgrimage to Russia. The Soviet Union and the Treatment of Foreigners 1924 – 1937, Madison 1968.
- Manfred Marschalek (Hrsg.), Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1935, Wien 1990.
- Günther Maschke/Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Radikale Touristen. Pilger aus dem Westen, Verbannte aus dem Osten, München 1975.
- Ruth von Mayenburg, Blaues Blut und rote Fahnen. Ein Leben unter vielen Namen, Wien/München/Zürich 1969.
- Barry McLoughlin, Endstation Butowo: Februarkämpfer in der UdSSR, in: Beilage »12. Februar 1934«, in: Wiener Zeitung, 12.2.1994.
- Ders., Das Todespolygon von Butowo, in: Falter (Wien) Nr. 46/1994.
- Ders., Die Schutzbundemigration in der UdSSR: Neue Funde und Erkenntnisse aus Moskauer Archiven, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Jahrbuch 1994, Wien 1994, S. 97–105.
- Ders., Todespolygon: Die Österreicher in Butowoer Massengrab, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Jahrbuch 1995, Wien 1995, S. 138–152.

- Barry McLoughlin/Hans Schafranek, Die Kaderpolitik der KPÖ-Führung in Moskau 1934 bis 1940, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993, S. 125–147.
- Barry McLoughlin, Walter Szevera, Posthum rehabilitiert. Daten zu 150 österreichischen Stalin-Opfern, Wien 1991.
- Roy Medvedev, *Let History Judge* (Neuausgabe), Oxford 1989.
- Josef Meisel, »Jetzt haben wir Ihnen, Meisel!« Kampf, Widerstand und Verfolgung eines österreichischen Antifaschisten (1911–1945), Wien 1985.
- Memorial (Hrsg.), *Österreichische Stalin-Opfer*, Wien 1990.
- Reinhard Müller, Flucht ohne Ausweg. Lebensläufe aus den geheimen »Kaderakten« der Kommunistischen Internationale, in: *Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse*, Heft 2, 1990, S. 76–95.
- Ders., Linie und Häresie. Lebensläufe aus den Kaderakten der Komintern (II), in: *Exil*, Heft 1, 1991, S. 46–50.
- Ders., *Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941*, Berlin 1993.
- Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Von der Utopie zum Terror*, Wien 1994.
- Waltraut Nicolas, *Viele tausend Tage. Erlebnisbericht aus zwei Ländern*, Stuttgart 1960.
- Alec Nove, *An Economic History of the USSR*, Harmondsworth (Penguin Books) 1978.
- Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg. Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936 bis 1945, Wien 1986.
- Ulla Plener, Arnold Reisberg – ein kommunistisches Schicksal, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)*, Berlin, Heft 2/1991, S. 259–268.
- Sibylle Plogstedt, *Arbeiterkämpfe in der sowjetischen Industrie (1917–1933)*, Frankfurt a.M./New York 1980.
- Elsa Poretzky, *Les Nôtres. Vie et mort d'un agent soviétique*, Paris 1969.
- Rosa Pubm, *Eine Trennung in Gorki*, Wien 1990.
- Genia Quittner, *Weiter Weg nach Krasnogorsk. Schicksalsbericht einer Frau*, Wien/München/Zürich 1971.
- Lew Rasgon, *Gefangener im eigenen Land*, in: *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 31–34/1991.
- Anne D. Rassweiler, *The Generation of Power. The history of Dneprostoi*, New York, Oxford 1988.
- Michal Reiman, *Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der »zweiten Revolution«*, Frankfurt a.M. 1979.
- Trude Richter, *Totgesagt. Erinnerungen*, Halle/Leipzig 1990.
- Gabor Tamas Rittersporn, *Stalinist Simplifications and Soviet Complications. Social Tensions and Political Conflicts in the USSR 1933–53*.
- Heinz Roscher, *Die Februarkämpfe in Floridsdorf*, Prag 1934.
- A. Rossi, *Les Communistes Français pendant la drôle de guerre*, Paris 1951.
- Jürgen Rühle, *Literatur und Revolution. Die Schriftsteller und der Kommunismus in der Epoche Lenins und Stalins*, Frankfurt a.M./Olten/Wien 1987.
- Theo Rutschi, *Ich höre ein Lied ...*, Zürich 1983.
- A.M. Samsonow, *Die große Schlacht vor Moskau 1941 – 1942*, Berlin (DDR) 1959.
- Hans Schafranek, »Die Führung waren wir selber« – Militanz und Resignation im Februar 1934 am Beispiel Kaisermühlens, in: *Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte*, Band 2, Wien 1984, S. 439–469.
- Ders., *Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei*, Wien 1988.
- Ders., *Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937 – 1941*, Frankfurt a.M. 1990.

- Ders., *Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion*, Wien 1991.
- Ders., »Angehörigen von Volksfeinden können wir nicht helfen«. Das Schicksal der Familie Nebenführ, in: ders., *Die Betrogenen, Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion*, Wien 1991, S. 75–100.
- Ders., »Unpersonen«: Spanienkämpfer zwischen Verrat und Widerstand in Österreich 1938–1944, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, Bd. 10 (1989), S. 61–81.
- Ders., *Die Internationale Lenin-Schule und der »Fall Reisberg« (1937)*, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Von der Utopie zum Terror*, Wien 1994, S. 135–156.
- Georg Scheuer, *Nur Narren fürchten nichts. Szenen aus dem dreißigjährigen Krieg 1915–1945*, Wien 1991.
- Bodo Scheurig, *Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945*, Köln 1984.
- Joseph Scholmer, *Die Toten kehren zurück. Bericht eines Arztes aus Workuta*, Köln/Berlin 1954.
- Hans-Henning Schröder, *Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion. Ein sozialgeschichtlicher Versuch über die Anfangsphase des Stalinismus (1928–34)*, Berlin 1988.
- Solomon Schwarz, *Arbeiterklasse und Arbeitspolitik in der Sowjetunion*, Hamburg 1953.
- Ders., *Labor in the Soviet Union*, New York 1952.
- Victor Serge, *Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901–1917–1941*, Frankfurt a.M. 1967.
- Lewis C. Siegelbaum, *Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR. 1935–1941*, Cambridge 1990.
- Timothy Sosnovy, *The Housing Problem in the Soviet Union*, New York 1954.
- Leopold Spira, *Agnes und Gustav Deutsch*, in: *Memorial* (Hrsg.), *Österreichische Stalin-Opfer*, Wien 1990, S. 63–67.
- Karl R. Stadler, *Opfer verlorener Zeiten. Die Geschichte der Schutzbundemigration 1934*, Wien 1974.
- Karlo Štajner, *7000 Tage in Sibirien*, Wien 1975.
- John L. Steele, *Der Fall Staschinskij. Zwei Morde auf Bestellung*, in: *Die lautlose Macht. Geheimdienste nach dem Zweiten Weltkrieg*, Bd. 1, Stuttgart/Zürich/Wien 1985, S.234–253.
- Herbert Steiner, *Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918–1933. Bibliographische Bemerkungen*, Wien/Meisenheim am Glan 1968.
- Max Stern, *Geschichte wird gemacht. Vom Lehrlingsstreik 1919 zum Freiheitsbataillon 1945*, Wien 1988.
- Dieter Stiefel, *Arbeitslosigkeit. Politische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen. Am Beispiel Österreich 1918–38*, Berlin 1979.
- Valentin Strecha, *Widerstand für Österreich*, Wien 1988.
- Hanna Sturm, *Die Lebensgeschichte einer Arbeiterin. Vom Burgenland nach Ravensbrück*, Wien 1981.
- Walter Süß, *Die Arbeiterklasse als Maschine. Ein industrie-soziologischer Beitrag zur Sozialgeschichte des aufkommenden Stalinismus*, Berlin 1985.
- Walter Szevera, »Schachty« und die Opferung der technischen Intelligenz, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Von der Utopie zum Terror*, Wien 1994, S. 61–69.
- Clara und Paul Thalmann, *Revolution für die Freiheit. Stationen eines politischen Kampfes Moskau–Madrid–Paris*, Hamburg 1977.
- Robert Thurston, *The Stakhanovite Movement. Background to the Great Terror in the Factories 1935–38*, in: Arch J.Getty/Roberta T. Manning (Hrsg.), *Stalinist Terror. New Perspectives*, Cambridge 1993, S. 142–160.

- Carola Tischler, »Vom Helfer zum Verräter? Reaktionen der Internationalen Roten Hilfe auf die Massenverhaftung deutscher Emigranten in der Sowjetunion, 1936–38«, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993, S. 292–302.
- Dies., *Die UdSSR und die Politmigration. Das deutsche Exil in der Sowjetunion zwischen KPD, Komintern und sowjetischer Staatsmacht (1933–1945)*, Phil.Diss., Kassel 1995.
- Leo Trotzki, *Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie?*, in: Leo Trotzki. *Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Band 1.2 (1936 – 1940)*, Hamburg 1988.
- Robert C. Tucker, *Stalin in Power. The Revolution from above, 1928–1941*, New York/London 1990.
- Franz Vanry (Franz Weinreb), *Der Zaungast. Lebenserinnerungen*, Wien 1983.
- Hilde Vitzthum, *Mit der Wurzel ausrotten. Erinnerungen einer ehemaligen Kommunistin*, München 1984.
- Karl Vogelmann, *Die Propaganda der österreichischen Emigration in der Sowjetunion für einen selbständigen österreichischen Nationalstaat (1938 – 1945)*, Phil. Diss., Wien 1973.
- Arkadi Waksberg, *Die Verfolgten Stalins. Aus den Verliesen des KGB*, Reinbek bei Hamburg 1993
- Hermann Weber, »Weiße Flecken« in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Berlin 1990.
- Ders./Dietrich Staritz (Hrsg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993.
- Alexander Weissberg-Cybulski, *Hexensabbat. Russland im Schmelztiegel der Säuberungen*, Frankfurt a.M. 1951.
- Harry Wicks, *Keeping my Head. The Memoirs of a British Bolshevik*, London 1992.
- Dimitri Wolkogonow, *Stalin. Triumph und Tragödie*, Düsseldorf 1989 (englische Ausgabe: *Stalin, Triumph and Tragedy*, London 1991).

Bildnachweis:

AMBRF: 361, 362, 383/1, 383/2, 383/3, 386/1, 386/2, 386/3, 392, 397, 406, 409, 410, 414, 415/1, 415/2, 425, 469

DÓW: 182, 239, 243, 423, 429

Martin Grünberg: 595, 597

Elisabeth Kauf: 402, 404/1, 404/2

Fritz Keipert: 90, 154, 235, 247/2

Leo Maché: 501

Maria Maxl: 396

Barry McLoughlin: 232, 240, 241, 267, 436/1, 436/2

Memorial-Moskau: 390

Natalija Mussijenko: 179, 234, 247/1

Österreichisches Staatsarchiv: 292, 340

Hermine Raus: 257, 318/1, 318/2

RZA: 195, 284

Willi Wagner: 237

Personenregister

(in der UdSSR geführte »Parteinamen« und sonstige Pseudonyme unter Anführungsstrichen)

- Abakumow, Viktor S. 451
Ableitinger 169
Abolin 162, 181, 183, 202-205, 215, 288,
319, 320, 338f
Ackermann, Manfred 32
Adler, Alfred 30
Adler, Friedrich (= Fritz) 185f, 417, 473
Adler, Raissa Timofeievna 30
Adler, Walter 79
Aigner, Karl 22
Alichanow, Gework S. 310, 420
Andronikaschwili 27f
Angermann, Josef (»Holzer, Leo«) 459
Anissimow 230
Annenkowa, Julia 177
Antosch, Paul 123
Arbusow, Alexej 571
Arch, Josef 372f
Ascher, Erna 267
Assejew, Nikolaj 571
Aust, Franziska 151, 153f
Aust, Friedrich 111, 118, 122f, 150-152,
154, 197
Awramow (»Michailow«) 586f
- »Bach, Gottfried« 453
»Bachinger, Gottfried« 453
Bachrach, Gajane 488
Balzer, Franz 46f
Bandera, Stephan 530, 535
Bankler, Wilhelm 331f
Barak, Anton 220f, 258, 262
Baral, Arnold 473
Baratow - Umanski 594
Bauer, Alois 252, 355
Bauer, Josef 395f
Bauer, Otto 16, 30, 33, 35f, 38, 160, 184,
186, 306
»Bauer« 445, 453, 492
Baumberger, Franz 372f
Baumgartner, Kajetan 371, 384, 406,
408, 412
Beer-Angerer 46
Beer, Anton 445
Beer-Jergitsch, Lilly 442, 569, 549
- Beerenzweig 322
Beier, Ferdinand 286, 291, 307, 384
Belkin 465
Benedikt, Otto 246, 476
Benesch, Friedrich 294f
Benesch, Susanna (»Berger, Lisa«) 445
Benkovits (»Reder, Karl«) 452
Berger 163, 165, 445
Berger, Franz 238-240
Berghaus, Josef 200
Berija, Lawrenti P. 346, 351, 404f, 427,
431f, 495
Berk, Rudolf 397f
Berman, Boris 496
Berman, Jakob 587
Bernaschek, Ella 169, 318, 379
Bernaschek, Richard 170, 185-188, 238,
318f, 378f, 415f, 420f
Bestak, Helene 51, 55f
Bettelheim, Ernst (Gerö) 474, 486
Beutling, Theodor 244, 405f, 408
Bielewicz, Alex (»Führer, Harry«) 445
Bielloch, Rudolf 248
Biermann, Sergej 23, 34
Billier 313, 386
Binder, Franz 371
Birkenfeld, Grete 551
Birkenfeld, Ludwig 236
Birnbaumer, Karl 288f, 325
Blank, Max 117
Bogomolow 465
Bohl, Robert 469
Botschkow 431
Brandstädter, Franz 55
Braun, Otto (»Wagner«) 421, 597
Braunthal, Julius 26, 34
Breschnew, Leonid I. 395
»Brettl« 453
Brichacek, Berta (»Tröger, Emmi«)
449
Brichacek, Otto (»Bergau, Fritz«) 449
Broda, Christian 459
Brodnig, Heinrich 235f
Brückl, Karl (»Schneider, Josef«) 381
Brudna, Leopold 306f, 384

- Brüll, Josef 162f, 176, 195, 226, 286, 291,
293, 303, 308, 371, 380, 382, 384, 406,
408-412, 427, 551
- Brüll, Mathilde 410-413, 551
- Brunner, Josefine 372-374
- Brust, Paul (»Raab, Franz«) 445
- Bucharin, Nikolaj I. 30, 138, 141, 302,
387, 472f, 480f, 499
- Burda, Maria (»Beer, Maria«) 445
- Burger, Ernst (»Kugelman, Herbert«)
449
- Burian, Johann 35
- Busygin 225
- Carhoun, Ludwig 164, 223, 227, 306,
321f
- Chavenson 319
- Choroschajewa, Sina 564
- Chrastka, Othmar 293
- Christ, Oskar 500
- Chruschtschow, Nikita S. 345f, 350
- Chuchlik, Franz 327, 333
- Chwatal, Karl 364, 378
- Conquest, Robert 344-346, 511
- Czagan, Julius 427f, 469
- Czermak, Bruno 43, 45f
- Dallin, David J. 507
- Dallinger, Josef 326f
- Dam, Georg 224
- Damiano, Leonardo 352
- Damjanow, Georg P. (»Below«) 333f,
409, 488
- Danzmayer, Josef 392
- David, Franz 176f, 182, 186, 251, 285,
336, 426, 566
- Dernberger, Kurt 419, 453f
- Deutsch, Agnes (geb. Reitermeier)
174, 301, 333, 363, 421-426, 428f
- Deutsch, Gustav 174, 301, 363, 421-426,
428f
- Deutsch, Julius 31, 34, 36, 104, 160f,
165, 305f, 422, 425
- Deutsch, Maria 161
- Diem, Fritz 259
- Dimitrow, Georgi 180, 261, 263f, 267,
283, 315, 371, 410, 427-434, 451, 562,
565, 583f, 593
- Djuritsch, Johann 176, 392
- Döberl, Gustav 238-240, 242f
- Dobias, Karl 182, 333
- Dobias, Hans 182, 237
- Dobo-Deutsch, Alexander 406, 408
- Dobritzhofer, Anton 262
- Dollfuß, Engelbert 75f, 86, 160, 296,
416, 420
- Donauer, Alois 22
- Dorfner, Franz 182, 302f
- Dorotic, Josef 396
- Dragonow 590
- Dubrowskij 463
- Duncker, Käte 557
- Duran, Jean 406
- Dycka, Josef 167
- Ebner, Johann 394, 445
- Eckl, Rudolf (»Strauss, Heinz«) 448
- Ehrlich, Aron 571
- Eichinger 598
- Eichinger, Johann (»Schmidt, Stefan«)
453, 593
- Eickhoff 155
- Eidemann, Robert P. 237
- Einsiedel, Heinrich Graf von 594
- Eisenbauer, Josef 587f, 593
- Eliava 28
- Ellinger, Hermann 397
- Erb, Ferdinand 405
- Erb, Grete 269
- Erb, Maria 405
- Erjautz, Alois 176, 356f
- Exter, Adolf 357
- Eygruber, Ferdinand 383-385
- Fabri, Ernst 468, 568
- Fadejewa 463
- Fahrner, Josef 313f, 417
- Falusi, Lajos 597-600
- Farkas, Julius 22, 25, 29, 34, 36, 38
- Fasching, Franz 54-57
- Fasching, Maria (»Wender, Minna«)
447, 593
- Fassl, Fritz 340
- Fassler, Isidor 41
- Fedin, Konstantin A. 571
- Fein, Erich 43f
- Festl, Anton 394
- Fiala, Franz 31, 475, 488
- Fiala, Friedrich 22
- Fierlinger, Zdenek 161
- Finster, Heinrich 312
- Firkel, Maria 555, 575-577

- Fischer, Ernst (»Wieden, Peter«) 168,
 171, 176, 179, 181, 188, 238, 259, 263f,
 283-286, 308-310, 314f, 317, 319, 328-
 330, 332, 365, 370f, 380f, 388, 398, 405,
 421, 424-428, 431f, 451, 470, 487, 488,
 562, 567, 603f
 »Fischer, Helena« 453
 Fischer, Otto 309, 364, 371, 381, 421,
 424f, 601, 603
 Fischer, Ruth (= von Mayenburg, Ruth)
 168, 179, 425, 475, 562f, 567, 591, 594f
 Fischer, Walter 171, 235, 309
 Flieg, Leo 471
 Flitsch, Matthias 340f, 343, 357f
 Florin, Wilhelm 390
 Flucher, Ferdinand 384
 Fogarasi, Bela 438, 597
 Forst-Feigelstock, Leopold 468f, 471
 »Forster« 463-465
 Frais, Oskar 358
 Frank, Jakob (»Gräf, Max«) 500
 Frank, Josef 391
 Frank, Willi (»Fink«) 569, 579, 601-603
 Frey, Josef 439f, 474f, 480, 485, 489, 502
 Freytag 160
 Friedjung, Prive 568
 Friedl, Franz 394
 Friedländer, Paul 473
 Frinowski, M. P. 496
 Fritz, Heinrich 415, 417
 Frumkina, Maria 244, 246
 Fuchs 142, 242
 Fuchs, Franz 163, 583f
 Fuchs, Franz (»Pold, Franz«) 447f
 Fuchs, Fritz 603
 Fuchs, Hans (»Fried, Egon«) 445
 Füchs(e)l, Roman 286, 406, 588
 Fuchshofer, Rudolf 288f
 Fukerieder, Franz 367f
 Fürnberg, Siegfried (Friedl) 259-265,
 284f, 311, 316, 318, 371, 388, 390, 396,
 405, 410-412, 426, 428-433, 451, 470,
 476, 488f, 491, 493f, 550, 562, 565, 567,
 580, 603f
 Fürpaß, Ernst 588

 Gabler, Leo (»Maier, Otto«) 263, 428,
 444, 451, 470
 Galina, Josef 208
 Gallai 155
 Ganko, Grete 269

 Gatter, Adolf 314
 Gebhard, Franz (»Jankow«) 588
 Gebhardt, Franz 334
 Gedlicka, Eduard 18, 21
 Geissler, Otfried 588-590
 Gelb, Anna (»Berger, Lene«) 447, 452
 Germanetto, Giovanni 183
 Geschke, Ottomar 557
 Getty, John Arch 346
 Glaser, Alois 371
 Glaubauf, Fritz 19, 564, 592, 603
 Goland 482
 Gorki, Maxim 249
 Gorski 455f
 Götzowa 23
 Gramsauer, Willi 18
 Grassl, Robert 334
 Greve, Richard 213f, 248
 Griebbaum, Hans 302f
 Grill, Erwin 69
 Groll, Leopold 39
 Gronemann, Robert 160
 Grönert 405f, 408
 Grösch(e)l, Franz 251, 360
 Grossauer, Willibald 445
 Grossbard, Jakob (»Blau, Jakob«) 447,
 453
 Grossbard, Karoline (geb. Zwifelhofer)
 445
 Große, Lea 567
 Grosser 155f
 »Grossmann, Leo« 453
 Großmann, Oskar 162, 177, 183, 187,
 210, 283, 293, 300, 338, 417, 424, 451,
 479
 Gruber, Gustav 56
 Gruber, Margarete 415
 Grün, Franz 354
 Grünberg, Martin (»Falk, Felix«) 11,
 569f, 587-589, 595, 597-600, 604
 Guljajew, L.A. 432, 492
 Gunkel 65
 Günser, Julia 43, 452f
 »Günter, Kurt« 453
 Gurman 41

 Haas, Ludwig 428, 469
 Haas, Robert 553
 Haasz, Arpad (»Bauer«) 311, 438, 463
 Hackl, Anton 334
 Hackl, Fritz 327, 330, 333

- Häckl, Elvira 541f
 Haderlapp, Franz 373
 Haderlapp, Maria 373f
 Haderlapp, Wilhelm 373
 Hagmüller, Leopold (»Bauer«; »Honig,
 Karl«) 445, 447
 Halbmaier, Franz 101
 Halla, Eduard 339
 Händler, Josef (»Gabler, Heinrich«)
 445
 Hanska 22
 Hänzl 313f
 Hart, Rudolf 334
 Hartl 52
 »Hartmann, Franz« 453
 Haselmayer, Franz (»Kunst, Fred«)
 449
 Hausenbichl, Hermann 135
 Hegmala, Fritz 397
 Heider, Berta 275
 Heinz, Karl 160f, 165, 453, 461
 Herbsthof, Franz 146
 Herold, Alfred 292, 294-296, 298
 Herrmann, Karl 69
 Herzmansky 53
 Hexmann, Friedrich 263f, 272, 278, 428,
 430, 432, 440f, 470, 567, 578, 592, 603
 Hiebl, Laurenz 334, 357, 568, 588
 Hiffmann, Stefan 453
 Hilbert, Josef 340f
 Hillegeist, Friedrich 410
 Hinterse(h)er, Anton 357, 593
 Hirsch, Albert (»Zug, Fritz«) 452
 Hirschmann, Johann 55
 Hladik, Johann 354
 Hladik, Marianne 354
 Hloupy, Barbara 568
 Hlouschek, Rudolf 313
 Hoch, Ernst 43
 Hochberg 213f
 Hodik, Franz 376, 387-391, 406, 408
 Hodinova 171
 Hoelz, Max 196, 441
 Hofecker, Eduard 410f
 Hofer, Peter (»Steiner, Paul«) 452f
 Hoffmann 456
 Hoffmann, Heinz 444, 596
 Hoffmann, Josef 326
 Höflinger, Alfred 55f, 60, 62
 Högl, Willi 587
 Holzmüller, Franz 29
 Honecker, Erich 444
 Honner, Franz 22, 263, 266f, 451, 470,
 587, 589, 592, 598
 Hopfgartner, Michael 364
 Hoppe, Gustav 313
 Horn, Otto 410
 »Huber, Hans« (= Johann) 452, 460f
 Huber, Karl 261
 Huber, Raimund (»Donab, Josef«) 445
 Hübsch, Karl 182, 222, 236, 383f
 Hübsch, Käthe 269, 384
 Hudeczek, Karl 57
 Huk, Emil (»Ruf, Felix«) 452
 Huppert, Hugo 468, 562, 568-572, 597,
 603
 Hutschnecker, Alfred (»Spiru, Vasili«)
 597
 Hütter, Heribert (»Leiser«) 43, 306,
 447f, 588, 597f
 Ignatowa, Olga 450
 Inber, Vera 571
 Iog, Ernst 145, 151-153
 Iranyi, Paul 364
 Isakow 600
 Jagoda, Genrich 19, 491, 496
 Jäkel, Paul 471
 Jakl, Rudolf 448
 Jakob, Max (»Stern, August«) 449
 »Jakopo« 463
 Jakowlew 329
 Jakubetz, Karl 417
 Jaroslowski, Emilian 436
 Jasansky, Johann 445, 447
 Jellinek, Erna 426, 429, 432, 492, 497,
 548
 Jellinek, Hans 428, 431-433, 491-493,
 496-498, 548
 Jeshow, Nikolaj I. 346, 351, 358, 380,
 425, 442, 488, 491, 495f, 555
 Jewrenow 213, 339, 340
 Jilke, Johann 221f, 274, 322
 Johann, Leopold 63
 Jonas, Franz 166
 Jorgo, Franz 593
 Jurica (Juritza), Franz 336, 519-529,
 531f, 534-543
 Kabakow 522
 Kaczer, Sofja 597

- Kadletz 142
 Kadmon, Otto 33
 Kafka, Maria 568
 Kaganowitsch, Lazar M. 138, 216, 222, 346, 350, 383
 Kalinin, Michail 23, 180, 210, 262f, 351, 396, 553
 Kalteis, Margarete (»Wald, Grete«; »Danielson, Henriette«) 445, 588
 Kamenew, Leo B. 30, 292, 307f, 387
 Kamil, Heinz Joachim 330, 332, 593, 603
 Kammerer, F. (»Adam, Rudolf«) 448
 Kandler, Hermann 370, 385
 Kanotscher, Viktor 378f
 Karl, Hermann 29
 Kaspar, Karl (»Zimmermann, Karl«) 447, 453
 Katzelberger, Antonia 328-330
 Kauf, Elisabeth 403
 Kaufmann, Ernst 41
 Kautsky, Karl 26, 35, 214
 Keipert, Eduard 150, 154-157
 Keller (»Pares, Eduard«?) 449
 Kern, Leopold 63
 Kerschbaumer (»Anderwald«) 445
 Kersche, Gregor 469f
 Keszterle, Viktor 341-343, 358
 Ketzlik, Alois 22, 251, 380, 387, 469
 Kickinger 46
 Kijatkin 597
 Killich, Georg (»Miller, Georg«) 494
 Kirchschräger, Rudolf 518
 Kirow, Sergej 120, 196, 349
 Kirsanowa, Klawdija 419f, 436, 463-465
 Kisch, Egon Erwin 45
 Klahr, Alfred (»Pohl, Rudolf«) 311f, 419, 421, 459, 463, 487, 550, 591
 »Kleber, Karl« 453
 Kleine-Guralski, August 471
 Klement, Eduard 18
 »Kling, Grete« 453
 Klingbeil 601
 Kloc 56
 Kloc, Alice 587
 Klug, Arnold 374
 Klug, Kajetan 373-375, 378
 Klug, Maria 374
 Klug, Wilhelm 374
 Kment, Wilhelm 29
 Kna(u)smüller, Erwin 593
 »Knittel« 449
 Knorin, Waldemar G. 162, 183f, 380
 »Koch, Gustav« 453
 Köhler, Hermann (»Försterling, Konrad«; »Hermes«; »Grün«; »Viktor«) 263-265, 394, 445, 460, 470
 Kohn-Eber, Michael 469, 473
 Kollontai, Alexandra 29
 Kompein, Simon (»Uccusci«; »König«) 445
 Koplenig, Ernst 564
 Koplenig, Hilde 81, 563-565
 Koplenig, Johann 163, 167, 180, 183f, 186, 261, 263, 284, 316, 318, 388, 411, 426-431, 433, 439-441, 451, 470, 481, 485, 521f, 550, 462-565, 567, 573f, 579-581, 592f, 597, 599, 602-604
 Koplenig, Lisa 564
 Koppel, Friedrich 64
 Koppelhuber, Josef 363, 403
 Koritschoner, Franz 251, 438, 468-490, 501
 Kormout, Josef 246, 329, 385, 387-389
 Kormout, Otto 329f, 385, 387
 Körner-Schmidt (»Schlesinger«) 423
 Kortschiak, P. (»Smirnow, Peter«) 445
 Kothgasser, Hans 142
 Koubek, Franz 229f, 397-399
 Koudelka, Otto 145f
 Kozjubinski, Juri 481
 Kraft, Rupert 145f
 Krajewski, Anton 310, 479
 Kramer, Robert (»Weber, Karl«) 445
 Krcmar 55
 »Krebs, Kurt« 453
 Krestinski, Nikolaj N. 148, 302
 Kriftner, Johann 588
 Krivonos, P. F. 216
 Krjutschkow 344
 Kroisenbrunner, Alois (»Sladky, Alois«) 246, 370, 377
 Kropf, Ferdinand 240
 Krupinski, Kurt 259
 Krupskaja, Nadjeschda 19, 29
 Krylenko, Nikolaj W. 273
 Kuchticek, Anton 259
 Kuder, Leopold 338
 Kummer, Eduard 182, 293f, 297
 Kun, Bela 180, 186-188, 248, 424, 438
 Kunstovny, Hans 200

Kupecek, Johann 292f, 295, 297f
 Kurella, Alfred 571
 Kurella, Elfriede 571
 Kussbach, Anton (»Winkler, Fritz«) 448
 Labi, Ferdinand (»Jungmann, Emil«) 445
 Lachmaier 63
 Lameraner, Hans (»Lang, Hans«) 445
 Landau, Kurt 38
 Landgraf, Walter (»Wild, Walter«) 447f
 Lang, Lutz 564
 Lang, Robert 55
 Lange, Alexander 327f, 332-334, 400f, 415
 Lange, Eduard (»Ricker, Hans«) 333f, 413-421, 448, 462
 Langer, Franz 368f
 Lars, Ferdinand 22, 29, 34
 Larin 139
 Lasker, Eduard 145
 Laszlo, Raoul (»Rudolf, A.«) 14
 Lauscher, Fritz 430, 445
 Lazarowitsch, Maximilian 472
 Lechner, Johann (»Glaser, Franz«) 452, 470
 Ledl, Franz 54
 Leeb, Franz 445
 Leeb, Josef 30, 445
 Lehner, Klara 500
 Leichter, Otto 417
 Leinmüller, Franz 327, 352
 Leitner, Daisy 441, 444
 Leitner, Ferdinand 587
 Leitner, Josef 371, 388
 Leitner, Richard (»Bodenberger«) 378
 Lengger, Johann 363, 378
 Leonhard, Susanne 372
 Leonhard, Wolfgang 567, 586, 588f
 Leonow, Leonid 571
 Leschanz, Josef 257, 386
 Leschanz, Margarete 257
 Liebert, Josef (»Hein, Josef«) 183f, 447
 Liebknecht, Karl 247, 375, 472, 551f, 557, 588
 Lillenberger, P. (»Werner, Else«) 452
 Linde 301
 Litwak, Anka (»Lange, Anna«) 202f, 251, 445, 501

Löberbauer, Karl 416, 418
 Löffler, Robert 258
 Loibl, Josef 292, 294f
 Lorber, Josef 170, 224
 Löschl, Franz (»Donner, Franz«) 447, 453
 Losowski, Solomon A. 184, 438
 Löw, Rudolf 36
 Löwinger, Andor 81, 146, 469
 Löwinger, Elisabeth 550
 Lukanowa, Emma 564
 Lurie, Moissej 515
 Luxemburg, Rosa 472, 557
 Maché, Anna 498-504, 552f
 Maché, Leo 462, 500, 503, 552f
 Mader, Anton 325
 Madwiejew 18
 Maestrelli, Dino 574
 Maier, Robert 346
 Maller, Theodor (»Neumann«) 445
 Mandelkorn, Sina 298
 Mang, Josef 69
 Mankowits, Friedrich (= Fritz) 328, 332, 400f
 Manuilski, Dimitri S. 184, 188, 262, 307, 438, 443, 451, 591, 597
 Marchel, Alfred 445
 Marchlewski, Julian 244
 Maresch, Leopold 22, 197, 469f, 475
 Mark, Karl 311
 Markl, Franz 22, 34
 Markus 327, 329, 332
 Maurer, Johann 392
 Maurer, Karl 472
 Mayerhofer, Josef (»Tischler«) 447
 Mayr, Albin 237, 262
 Medwedew, Roy 345f
 Meischl, Georg 203, 340, 357
 Meischl, Walter 358
 Meisel, Jakob 358f, 361
 Meisel, Josef (»Born, Josef«) 163, 167, 358-360, 447f, 453-455, 458
 Meisel, Karl 359
 Meisel, Paul 358-361
 Melcher, Gilbert 474
 Melnitschanski 23f
 Menzel, Menachim 174
 Meth, Karl 369f, 377
 Mewis, Karl 444
 Meyer, Anton 22, 36f

- Mielke, Erich 444
 Mikojan, Anastas 344, 346
 Miksch, Thomas 469
 Mindin 565
 Minich, Rudolf 144
 Mintz 438
 Mirow-Abramow, Jakob 438, 567
 Mirtl, Johann 364
 Mitkowsky 250
 Mitrofanow, Sergej 481, 483f
 Mitter, Alois 397f
 Mitterhuber, Josef 397f
 Mittermayer, Josef 209
 Molotow, Wjatscheslaw M. 237, 346, 350f
 Mönch, Anna 293, 300, 370
 Mönch, Franz 300f
 Montel, Heinrich 50, 65, 67f
 Morberger, Gerda 246, 283, 301
 Morgenthal 251
 Moser, August (»Damberger«) 185f, 188f
 Mossauer, Aron 397f
 Motschalik 407
 Mouchar, Franz 397
 Mraz, Hilde (geb. Beintinger) 245f, 388
 Mraz, Lorenz (»Moritz, Lorenz«) 245, 262, 388
 Müller, Boris N. (»Melnikow«) 449
 Müller, Hugo 238
 Müller, Otto 287f
 Munblit, Georgi 571
 Münichreiter, Karl (jun.) 11, 296, 581, 583
 Münichreiter, Karl sen. 296, 578
 Münichreiter, Leopoldine 568, 578-583
 Münichreiter, Paul 575, 578-583
 Münzenberg, Willi 472
 Murphy, J.T. 437
 Nagler, Hersch 469
 Nasarow 251
 Naumann, Walter 246
 Nebenführ, Karl 555, 575
 Nebenführ, Ulrich 555, 557, 559, 575-578
 Nebenfür, Jakob 69
 Nedved 171
 Neumüller, Karl 381
 Nevelskij 337
 »Nigler, Willi« 453
 Nikischow 514
 Nikolaevsky, Boris 507
 Obradowitsch 571
 Obrovnik, Margarete (»Geiger, Flora«) 449
 Okenka, Johann 358
 Ordschonikidse, Grigori K. (Sergo) 35, 120, 216f, 226, 335
 Ortmayr, Erich 400
 Oschanin, Lew 571
 Osche-Essmann, Margarete (»Elsa Seghers«; »Ilse Sagers«) 449f
 Ott, Anna 554
 Ott, Johann 553f
 »Otto, Franz« 418, 453
 Paar, Josef 397f
 Pabst, Elsa 364
 Pabst, Franz 364
 Pacher 148, 288-290, 293, 295, 298, 301-303, 338f, 342, 374
 Padma, Maria J. 488
 Pankratjew, M. 430, 432
 Panzenböck, Ferdinand (»Hassler, Hans«) 452f
 Parfionow 603
 Parma, Oskar 445
 Pasternak, Boris 571
 Payer, Othmar 144
 Pelzmann, Josef 337f, 340, 355
 Petrowski 571
 Petrowych, Maria 571
 Petrusow, Steffi 488
 Petz, Karl (»Kurz, Fred«?) 449
 Pfeiffer, Andreas 302, 375f
 Pfeiffer, Elisabeth 302, 375f
 Pfeiffer, Johann 302, 375f
 Pfeiffer, Josef 588
 Pfeiffer, Max 222
 Philipp, Ludwig 160
 Pichler, Viktor (»Tham, Paul«) 449
 Pichler, Wilhelm 354, 469
 Pieck, Wilhelm 228, 254, 283, 433f, 451, 557, 602
 Pietzka, Ernst 354
 Pietzka, Franz 354
 Pignitter, Franz 126, 354
 Pillich, Franz 363, 401-405
 Piltz, Ferdinand 326
 Pirker, August (»Ellinger, Gustav«) 448

Pirkheim, Hans (»Binder, Hans«) 447
Pischa, Johann 182, 380f
»Pistor, Hella« 448
Pitzl, Josef 22, 29, 34, 38
Pjatakow, Juri L. 129, 216, 332, 463
Pjatigorski, Leo 472
Pjatnitskij, Ossip 380
Pleyl, Josef 165
Pliskina 580
Pohl 81, 312, 419
Pointner, Josef (»Stahl«) 445
Poljatschek, L. M. 333, 488
Pollak 372
Pollitt, Harry 451
Pollmann, Fritz 251, 340, 360
Polzer 439
Pözl, August 177
Postyschew, Pawel P. 226
Prager 43
Priworotskaja 263, 409, 429
Prokofjew 459
Ptacek, Karl 18
Pucher, Leopold 342f, 358f
Puhm, Rosa 250, 574
Puschek, Julius 114, 126, 508-519
Puschmann, Erwin 18

Quittner, Franz 428-431, 469, 548, 550
Quittner, Genia (geb. Lande) 18-20,
246, 429f, 450, 463, 546-548, 550, 569-
574, 586, 603

Rabofsky, Eduard (»Binder, Fritz«)
449, 459f
Radek, Karl 33, 310, 332, 463, 472, 474,
487
Rager, Fritz 62
Raidl, Rudolf 69
Ramisch, Alfred 134
Ranftl, Josef 29
Rasborschek, Franz 325
Rassinger, Adolf 22
Rebhandl, Ludwig 203
Rechberger, Anton 383f
Redl, Franz 393f
Reichmann 500
Reinhardt 18
Reisberg, Arnold (»Braun, Bruno«)
246, 421, 450, 462, 550
Reisberg, Eleonore 550
Reisinger, Anton 251f, 430

Reitman, Geza (»Falk, Franz«; »Kunert,
Franz«) 428f, 431, 469, 549
Reitman, Rosa 549
»Remo, Peter« 452, 487
Revai, Lilli 564
Revertera, Graf Peter 379
Ringl, Franz 69
Rittersporn, Gabor Tamas 346
Rjasnoj 558
Robl, Heinrich 397f
Röhrenbacher, Eugen (»Klinger, Otto«)
445
Rohrer, Johann 328
Romin 59, 61f
Ros(s)ak, Robert 183, 309, 588
Roscher, Heinz 162, 175, 179, 224, 286,
291, 294, 299f, 305-310, 315, 371, 380,
384, 390f, 405-409, 412, 423, 427
Roscher, Maria 310, 407
»Roschnetzka, Maria« 452
Rossak, Friedl 564
Rothausen 482
Rothziegel, Leo 473
Ruben-Wolf, Martha 274
Rudas, Ladislaus 438, 441
Rutschi, Theo 443

Sagl, Franz 367
Sakowski 496
»Salmann« 464
Salzer, Peter 363, 402f
Samek 317
»Sanders, Franz« 453
Sandmann, Anton 223f, 263, 585, 588,
590
Sandmann, Hedwig 263, 585, 588
Sauberer, Franz 238f
Schabes, Hans 160f
Schachinger, Rudolf 353
Schatunowskaja, O. G. 345
Scheichenberger, Hans 587
Scherzer, Ernst 69
Schikin 594
»Schiller, Alex« 453
Schimpl, Friedrich 359
Schirikjan 19
Schlamm, Willi 22, 252, 475
Schlegel, Johann 128
Schlögl, Anton 587, 597f
»Schlosser, Willi« 453
»Schmalzer, Ernst« 453

- Schmidt, Johann 340
 Schmidt, Ludwig (»Ziegler, Willi«) 449
 Schmiedl, Johann (»Munk, Friedl«;
 »Mönch«) 340, 449
 Schneider, Anna (geb. Puschek) 508,
 517
 Schneider, Anton (»Erbe, Anton«)
 182, 447f
 Schneider, Josef 381
 Schneider, Robert 508, 517f
 Schnur, Peter (»Kolaritsch«) 244, 428,
 469
 Scholz, Willy (»Hammer, Rudolf«) 452
 Schönbauer 56
 Schönfelder, Gustav 22, 500-503
 Schörgendorfer, Franz 397
 Schramm 376f
 Schreiner, Johann (»Richter, Karl«)
 453, 462
 Schröpfer, Franz 355f
 Schuklin 407f
 Schüller, Lene 564
 Schüller, Richard 564, 567
 Schüller, Rosa (»Olden, Grete«) 452
 Schuster, Wilhelm 145, 152f
 »Schustermann, Rudolf« 453
 Schwamberger, Georg 54
 Schwang, Josef 78
 Schwarz, Josef 242, 358
 Schweiger, Johann 327
 Schweigerbauer 44
 Schwernik, N. M. 207, 239
 Schwertner 152
 Schwinner 288, 304, 369
 Sedlacek, Josef 56
 Segal 438
 Seiler 46
 Seitlinger, Josef 287f
 Seldes 500
 Semaschko, Alexandra P. 500-503
 Serge, Victor 13
 Seydewitz, Fridolin 513
 Seydewitz, Max 513
 Sharikow 202, 215, 295f, 301, 365f
 Shdanow, Andrej A. 251, 346
 Shugar 210f
 Sieberer, Alois 327-329, 332f, 352f
 Siersch, Gustav 330f
 Silberstern, Josef 385
 Sinowjew, Grigori 23, 30, 38, 292, 307f,
 387, 439, 475
 Sip 22
 Skaret, Ferdinand 31
 Sladek, Alfred 361, 394f
 Sladek, Josef 361f, 394
 Sladek, Viktor 395
 Sladek, Viktoria 361, 394f
 Slavik, Johann 363
 Smeykal, Anton 393f
 Smodic, Ferdinand (»Bauer«) 453
 Smoljaninow 62
 Sobolew 18
 Sobotka, Karl 364
 Sobotka, Gustav 601f
 Söllner, Andreas 145
 Sorokin 412
 Soucek, Aloisia 275, 453
 Soucek, Josef 227, 236
 Spat, Johann (»Kulman«) 447, 453
 Spirik, Rudolf (»Ahrer«) 587
 Spitzer, Rudolf 338
 Springer, Franz 250
 Stachanow, Alexej G. 128f, 132, 150,
 215-217, 219f, 224f, 227
 Stachl, Johann 22
 Štajner, Karlo 497
 Stalin, Josef W. 35, 68f, 98, 108, 120,
 138f, 141, 157, 162, 180, 191, 196, 207,
 213, 216-218, 220f, 223, 251, 263, 283,
 291, 308, 344, 346, 349-351, 360, 369,
 385, 387f, 395, 398, 432, 434, 439, 450,
 467, 472, 488, 506, 514f, 517, 523, 530,
 537f, 545f, 553, 555, 561
 Stalkow 604
 Stammer, Maria (»Sperber, Jenny«)
 547
 Stanci, Leopold 262
 Stanek, Josef 372
 Stark, Max (»Berger, Franz«) siehe
 Berger, Franz
 Staschinskij, Bogdan 530
 Stassowa, Jelena D. 162, 304, 409
 Stavaritsch, Karl (= Stadler, Karl R.)
 43, 459
 Stein 338
 Steiner, Herbert 9, 46, 500
 Steiner, Assja 10
 Steiner, Josef 358f
 Steinhardt, Karl 488
 Stern 295, 554
 Stern, August 449
 Stern, Josef 322f, 367, 397f

- Stern, Leo 597f, 600
 Stern, Wolf 593
 Stiftner, Georg 382
 Stöckler, Alexander 428f, 431, 433
 Stöckler, Johann 425
 Stoll, Franz 18, 20
 Strasser, Josef 474
 Strasser, Richard 185f, 189, 297f
 Strauss, Kilian (»Bergmann, Alfred«) 452
 Strecha, Valentin (»Nagl, Hans«) 246, 449, 458
 Strobl, Othmar 311, 452
 Ströhmer, Anna 22, 472, 488
 Stromer, Johann 385-387
 Stückler, Josef 314f
 Sturm, Hanna 29
 Suchomel, Irmfried 146-149
 Sulzbacher, Franz 327
 Suniza, Leo 462, 552
 Sverma, Jan 590
 Swales, A. B. 13
 Swatosch, Wilhelm 309
 Swoboda, Franz 18
 Szigethy, Matthias 328f, 353
 Szymiski, Nikolaus 136

 Tatarjenko 431f
 Täubl, Johann (»Keller«; »Robert«) 167, 182, 281f, 285, 303, 309f, 314-317, 330f, 348, 359, 363, 370, 377, 389, 413, 418-421, 426, 445, 470, 487f
 Teply, Gustav (»Grieg, Ferdinand«) 448
 Ter-Gregorian 597, 600
 Thälmann, Ernst 228, 234, 237, 249
 Tieke, Rudolf 274
 Timosko 449
 Titkin 455, 464f
 Togliatti, Palmiro (»Ercoli«) 314, 429, 454, 548, 589, 597
 Tomann, Karl 22, 439, 468, 474f, 477f, 480, 485, 487-489
 Tränkler, Fritz 170
 Trenjow, Konstantin 571
 Trenowsky 317
 Treschek, Alois 586
 Treschek, Maria 586
 Trilisser, Michail A. (»Moskwin«) 438, 450
 Troost, Maria 22, 29

 Trotzki, Leo D. 23, 30, 37f, 284, 366, 439, 451, 473, 498, 500
 Trucker, Karl 588
 Tschudnowski 473
 Tucek, Stefanie 269
 Tuchatschewski, Michail N. 237
 Tucker, Robert 346
 Turk, Alois 44f
 Turk, W. 44
 Turnheim, Fritz (= Friedrich) 334f, 338, 357, 359f
 Turok, Wladimir M. 407
 Turra, Erwin 384
 Twele 116

 Uccusic, Jilke 285, 393
 Uccusic, Ljubica 285, 393
 Uccusic, Milan 285, 393
 Uccusic, Richard (»Urban«) 242, 282, 285, 300, 302-305, 307-309, 311-319, 324, 327, 331-333, 340-343, 348, 358, 362, 372, 376, 378, 380, 387, 389, 392f, 402
 Ufimzew, Nikolaj 500-502
 Uhl, Karl 49-57, 59, 62f, 68
 Ulbricht, Walter 590-592
 Ulrich, Jaroslaw 397f
 Ulrich, Wassili 351
 Ulsch, Eduard (»Vogeler, Fritz«) 448
 Ungar, Emmerich 300
 Untertrieffaller, Franz 145, 152f

 Vajda, Alexander 603
 Valasek, Karl 98
 Varga, Eugen 434, 549
 Vaupotic, Wilhelm (»Band«) 447
 Vayshnoras 539
 Veith, Ernst 63, 69
 Vessely, Ludwig 43
 Vitzthum, Hilde (»Kaiser, Herta«) 441
 Vogelmann, Karl 593
 Vogt, Johann (2) 593
 Vogt, Josef 362
 Vollmann, Josef 362
 Vrba, Franz (»Novak, Franz«) 452, 459

 Wagner, Hilde (»Hassler, Hilde«) 452
 Wagner, Karl 264, 285, 380, 389, 393, 406, 408, 453

Wagner, Karl (»Führer, Friedrich«;
 »Zink, Gustav«) 245, 310, 312-316,
 318, 372, 378
 Wagner, Leopold 145, 152f
 Wagner, Maria 269f
 Wagner, Paula 264
 Wagner, Richard 587
 Waik, Emilia 396
 Waik, Gabriele 396
 Waldhauser (»Babuschkin, Iwan«) 445
 Walecki, Henryk 244
 Wallisch, Koloman 296, 365, 398
 Waloschke, Melitta 396
 »Walter, Fritz« 453
 Wandel, Paul (»Klassner«) 444, 586
 Wangenheim, Gustav von 571
 Wangenheim, Inge von 571
 Wasicek, Hans 372
 »Wassermann, Otto« 453
 Weber, Else 273
 Weeg 55
 »Weiland« 463
 Weiser, Franz 359
 Weiss, Armand 371, 427
 Weiss, Rudolf 69
 Weissel, Erwin 162, 175, 296, 322
 Weißhäupl, Franz 328, 391
 Wengels, Erna (»Herles, Anna«) 555-
 559, 575
 Weninger, Karl 292f, 297-301, 309
 Wertheim, Johannes 41f, 474
 Wierländner, Karl 584f
 Wieser, Alois 323
 Wilkow 574, 586
 Wimmer, Matthias 293f, 299f
 »Winter, Wolfgang« 453
 Wischnjak 367

Wittfogel, Rosa 549
 Wlassow, Andrej A. 530
 Wobl, Karl (»Rotter, Hermann«) 445
 Wolf, Erich 252
 Wolf, Friedrich 273, 594
 Wolf, Georg 594
 Wölfel, Jakob 353
 Wölfel, Josef 353
 Wolkogonow, Dimitri 345f
 Wolkow 404f, 455, 459, 464f
 Womacka, Franz 55f, 63
 Worobjow 601f
 Woroschilow, Kliment J. 346
 Wurm, Johann 69
 Wurm, Karl 315, 378f
 Wyschinskij, Andrej 203, 338, 340

 Zabransky, Julius 367f
 Zabusch, Franz 18f, 33
 Zak, Anton 31, 238
 Zarka, Leopold 364
 Zartl, Heinrich 371
 Zatloukal, Franz (»Bloch, Franz«) 447
 Zetkin, Clara 29, 472
 Zettl, Matthias 357
 Ziegler, Alfred 22
 Zika, Rudolf 22, 324f
 Zimmer, Maria 557-559
 Zimmermann, Karl 55f, 447
 Zinner, Hedda 567
 Zipper, Hans (»Schuster, Gustav«)
 447f, 453
 Zounek, Ludwig 292, 298
 Zuber, Ludwig 353f
 Zucker-Schilling, Erwin (»Baumer,
 Erwin«) 263, 428f, 445, 470, 567, 592
 Zwifelhofer, Karl 444

